MAINFRÄNKISCHE STUDIEN

ROLAND FLADE

JUDEN IN WÜRZBURG 1918 - 1933

Band 34

FREUNDE MAINFRÄNKISCHER KUNST UND GESCHICHTE E. V., WÜRZBURG
HISTORISCHER VEREIN SCHWEINFURT E. V.

WÜRZBURG 1985

MAINFRÄNKISCHE STUDIEN

ROLAND FLADE

JUDEN IN WÜRZBURG 1918 - 1933

Band 34

FREUNDE MAINFRÄNKISCHER KUNST UND GESCHICHTE E. V., WÜRZBURG
HISTORISCHER VEREIN SCHWEINFURT E. V.

WÜRZBURG 1985

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2026

Zugleich philosophische Dissertation — Würzburg 1984

Gesamtherstellung: HartDruck GmbH, Volkach

Für Annette

Vorwort

Mein Dank gilt zunächst und vor allem Prof. Dr. Harm-Hinrich Brandt, der die Arbeit mit großer Geduld betreute und der mir stets kritischer und wohlgesonnener Leser in einem war.

Die Mitarbeiter der im Anhang genannten Forschungseinrichtungen gewährten großzügige Hilfe. Dem verstorbenen Leiter des Stadtarchivs Würzburg, Archivoberrat Dr. Heinrich Dunkhase, verdanke ich die Erlaubnis zur Auswertung der Unterlagen des Würzburger Einwohnermeldeamts, auf der zentrale Abschnitte der Dissertation basieren.

In Gesprächen und Briefen berichteten Bürger der Bundesrepublik, der USA, Israels, Frankreichs, Großbritanniens, Südafrikas, Australiens, Portugals und Schwedens über das jüdische Leben in ihrer früheren Heimatstadt Würzburg. Diese Kontakte machten die Arbeit zu einer menschlich bereichernden Erfahrung.

Ich danke Prof. Dr. Klaus Schönhoven (Mannheim) für die Übernahme des Korreferats sowie Prof. Dr. Herbert A. Strauss (Berlin) und Prof. Dr. William G. Niederland (Englewood, USA) für vielfältige Anregungen. Daneben unterstützten meine Forschungen auch Reiner Strätz M.A. (Eisingen), der mir Einblick in ein unveröffentlichtes Manuskript zur Geschichte der Würzburger Juden gab, sowie Frau Tony Burkart (Frankfurt a.M.) und Mrs. Cabrini B. Lepis (North Bergen, USA).

Die Hans-Böckler-Stiftung förderte die Dissertation durch ein 2 1/2 jähriges Stipendium. Zuschüsse leisteten außerdem die Stadt Würzburg und die Israelitische Kultusgemeinde Würzburg, vertreten durch ihren Vorsitzenden David Schuster.

Die Philosophische Fakultät II der Bayerischen Julius-Maximilians-Universität Würzburg nahm die Arbeit im Herbst 1984 als Dissertation an. Die Freunde Mainfränkischer Kunst und Geschichte ermöglichten die Drucklegung durch Aufnahme in die Reihe der "Mainfränkischen Studien".

Meine Frau Annette begleitete mich auf den meisten Archivreisen. Sie half mir in zahllosen Gesprächen, offene Fragen zu klären, und regte mannigfal-

tige Verbesserungen an den verschiedenen Fassungen des Manuskripts an. Schließlich besorgte sie auch die Reinschrift der Arbeit, die ohne ihre nie nachlassende Unterstützung nicht hätte entstehen können.

Würzburg, im März 1985 Roland Flade

Inhalt

Einleitung 1
1. Quellenlage 3
2. Die Personenkartei 7
3. Mündliche und schriftliche Befragungen 11

I. Demographische Entwicklung und Sozialstruktur 13
1. Die demographische Entwicklung der jüdischen Bevölkerung Würzburgs bis 1920 13
2. Die Sozialstruktur der jüdischen Bevölkerung Würzburgs im Jahr 1920 16
Graphik 1: Sozialstruktur der ostjüdischen und der übrigen jüdischen Bevölkerung Würzburgs 20
3. Die demographische Entwicklung der jüdischen Bevölkerung Würzburgs in der Weimarer Republik 21
Graphik 2: Die jüdische Bevölkerung Würzburgs zwischen 1800 und 1933 21
a. Stagnation der Würzburger Gesamtbevölkerung 23
b. Permanente Zuzugsbeschränkungen für Ostjuden 23
c. Wegzug und Auswanderung 25
4. Allgemeine Tendenzen der jüdischen Bevölkerungsentwicklung in der Weimarer Republik am Beispiel Würzburgs und Bayerns... 28
a. Urbanisierung 29
b. Geburtenrückgang und Altersgliederung 30
Graphik 3: Geburtenziffer der bayerischen Gesamtbevölkerung und der bayerischen Juden 31
Graphik 4: Jüdische Geburten und Sterbefälle in Bayern, 1881 bis 1933 33
c. Mischehen 34
d. Austritte aus dem Judentum 37
e. Übertritte zum Judentum 39

II. Berufsgliederung 40
1. Die Erwerbsziffer 42
2. Analyse der Berufsgliederung der jüdischen Bevölkerung Würzburgs für die Jahre 1920 und 1931 44
a. Häuslicher Dienst und Lohnarbeit wechselnder Art 44

b. Öffentliche Dienste und freie Berufe 45

Graphik 5: Anteil jüdischer Firmen und Einzelpersonen an der Berufsabteilung Öffentliche Dienste und freie Berufe 49

Graphik 6: Jüdische Erwerbstätige in der Berufsabteilung Öffentliche Dienste und freie Berufe 49

c. Industrie und Handwerk 50

Graphik 7: Anteil jüdischer Firmen an der Berufsabteilung Industrie und Handwerk 56

d. Handel und Verkehr 57

Graphik 8: Anteil jüdischer Firmen an der Berufsabteilung Handel und Verkehr 69

Graphik 9: Jüdische Erwerbstätige in der Textil- und Lebensmittelbranche 70

e. Landwirtschaft und Gärtnerei 71

3. Jüdische Wirtschaft? 72

III. Politische Orientierung 75

1. Die Deutsche Demokratische Partei (DDP) 75

2. Die Bayerische Volkspartei (BVP) 78

3. Die Deutsche Volkspartei (DVP) und die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 80

4. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 82

5. Die Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 85

6. Die politische Orientierung der Würzburger Juden im Überblick 86

Graphik 10: Jüdische Parteianhänger in Würzburg 86

a. Der Erste Weltkrieg 87

b. Der Novemberumsturz von 1918 88

c. Räteunruhen im Frühjahr 1919 91

IV. Innerjüdische Gruppierungen 93

1. Orthodoxie und liberales Judentum 93

2. Zionismus 104

3. Ostjuden 117

a. Die ostjüdische Zuwanderung seit 1881 117

b. Die Staatsangehörigkeitsverhältnisse der in Würzburg lebenden jüdischen Ausländer 121

c. Das Verhältnis zwischen Ostjuden und deutschen Juden 124

d. Die Auseinandersetzung um das Wahlrecht für Ostjuden 129
e. Das religiöse Leben der Ostjuden 132

V. Die Kultusgemeinde 135
1. Organisatorischer Aufbau 135
a. Gesetzliche und statutenmäßige Grundlagen 135
b. Gemeindemitgliedschaft und Wahlrecht 136
c. Kultusverwaltung und Gemeindeversammlung 138
d. Fraktionenbildung 139
2. Finanzwesen 142
3. Der Rabbiner 147
4. Stadtgemeinde und Landgemeinden 150
a. Das Bezirksrabbinat 150
b. Heidingsfeld 152
c. Der Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden und der Bund gesetzestreuer Gemeinden Bayerns 153
d. Die Diskussion um die Teilung des Bezirksrabbinats 156

VI. Bildungswesen 162
1. Die Volksschule 162
2. Das höhere Schulwesen 165
3. Die Israelitische Lehrerbildungsanstalt (ILBA) 168
4. Jüdische Studenten 176

VII. Sozialwesen 185
1. Wohltätigkeitsvereine 185
2. Sozialeinrichtungen 190
a. Krankenhaus und Altersheime 190
b. Schwesternheim 192
c. Kindergarten 194
3. Einzelunterstützungen 194
4. Inflation und Verarmung des Mittelstandes 197
5. Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit 201
6. Allgemeines soziales Gebahren 204

VIII. Gesellschaftliche Integration und Vereinsleben 207
1. Außen- und Binnenkontakte 207
2. Das Vereinsleben als Indikator für den Grad der Integration in die nichtjüdische Gesellschaft 212

a. Veteranen- und Sportvereine 213
b. Gemeinnützige und Bildungsvereine 215
c. Gesellschaftsvereine 218
3. Die Jugendbewegung 222

IX. Antisemitismus 234
1. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund (1919-1923) 236
2. Das antisemitische Programm 251
a. Rasse und Volk 252
b. Außen- und Innenpolitik 253
c. Ostjuden 254
d. Kulturpolitik 260
e. Wirtschaftspolitik 262
3. Parteien und Organisationen 266
a. Die Bayerische Volkspartei 267
b. Die Vereinigte Nationale Rechte (DNVP und DVP) 273
c. Verbandswesen der Rechten 275
d. Die Studentenschaft 280
4. Der Kampf gegen die antisemitische Bewegung 293
a. SPD, Freie Gewerkschaften und Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 294
b. Liberales und katholisches Bürgertum 297
c. Jüdische Reaktionen auf den Antisemitismus 301
d. Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.) 310
e. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (R.j.F.) 318
5. Die Entwicklung der antisemitischen Bewegung in Würzburg seit 1922 323
a. Die NSDAP-Ortsgruppe (1922-1928) 323
b. Der "Ritualmord" von Manau (1929) 330
c. Das Schächtverbot (1930) 335
d. Der Habima-Skandal (1930/31) 341
e. Das Würzburger NSDAP-Organ "Die Freiheit" (1931) 349
f. Die nationalsozialistische Machtübernahme 352

X. Zusammenfassung 356

Anmerkungen 362

Quellen und Literatur 474

Fragebogen 495

Register 499

Einleitung

Die vorliegende Arbeit beschreibt Struktur und Entwicklung einer geschlossenen jüdischen Bevölkerungsgruppe in den Jahren zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Beginn des Dritten Reiches. Eine ungewöhnlich reichhaltige archivalische Überlieferung erlaubt in Verbindung mit mündlichen und schriftlichen Befragungen von Zeitzeugen die differenzierte Rekonstruktion der demographischen, sozialen, wirtschaftlichen, politischen und religiösen Verhältnisse und deren Veränderungen in der israelitischen Kultusgemeinde Würzburg, die mit 2261 Mitgliedern (1) zu den bedeutendsten des Reiches zählte.

Erstmals wird mit dieser Arbeit eine Strukturanalyse der jüdischen Gemeinde einer großen deutschen Stadt vorgelegt, die alle Lebensbereiche berührt und die auf der statistischen Erfassung aller jüdischen Bürger basiert. (2) Die Ergebnisse werden jeweils in das kommunale und regionale Umfeld eingebettet und durch den Vergleich mit den Gegebenheiten auf Landes- und Reichsebene in ihrer spezifischen Aussagekraft erkennbar.

Die Dissertation betrachtet die Weimarer Republik als Epoche aus eigenem Recht und nicht als Vorgeschichte des Dritten Reiches, auch wenn es bei der Erforschung jener Jahre unmöglich ist, "das Wissen um die 'Endlösung' völlig aus dem Bewußtsein auszuschalten." (3) Die Zeitgenossen hatten keine Kenntnis von der mit dem 30. Januar 1933 einsetzenden Entwicklung, und nur vom ex-ante-Standpunkt aus kann ihr Verhalten vorurteilsfrei dargestellt und gewürdigt werden.

Der behandelte Zeitabschnitt weist kaum Berührungspunkte mit der Gegenwart auf. Die heute existierende israelitische Kultusgemeinde Würzburg steht nicht in der Kontinuität ihrer 1942 zwangsweise aufgelösten Vorgängerin. Nur wenige der ehedem in Würzburg wirtschaftlich und sozial verwurzelten Juden sind, so sie die nationalsozialistische Diktatur überlebten, nach 1945 wieder in ihre Heimatstadt zurückgekehrt. Keine dieser Personen lebt heute noch hier. Nicht in einem einzigen Fall haben sich Kinder der Vertriebenen in Würzburg angesiedelt.

Die Geschichte der Würzburger Juden hat zwischen 1933 und 1943, dem Jahr der letzten Deportationen, ihr Ende gefunden, so wie die gesamte deutsch-

sprachigen Judenheit Zentraleuropas "zu den wenigen historischen Formationen [gehört], deren Geschichte von tausend Jahren und mehr wohl als endgültig abgeschlossen zu gelten hat." (4) Was nach 1945 in Würzburg wieder aufgebaut wurde, stellt einen Neuanfang dar, symbolisiert durch die Tatsache, daß das umfangreiche Aktenmaterial der früheren Kultusgemeinde, das bis zum Jahr 1938 reicht, heute in einem Archiv in Jerusalem aufbewahrt wird und daß eine neue Synagoge errichtet werden mußte, weil keines der sieben alten Gebetshäuser das Dritte Reich überdauerte. Das jüdische Leben im Würzburg der Weimarer Republik ist demnach "geschichtsreif" in einem viel tieferen Sinn, als es das Leben einer anderen Personengruppe oder Institution nach nur einem halben Jahrhundert sein könnte. (5)

Die Arbeit ist nach Themenbereichen gegliedert. Sie nähert sich der zu untersuchenden Gruppe zunächst mit allgemeinen Fragestellungen und behandelt ihre zahlenmäßige Entwicklung und Sozialstruktur (Kap. I) sowie die Berufsgliederung (Kap. II). Darauf aufbauend wird die politische Orientierung (Kap. III) dargestellt. Erst dann folgt die Analyse der innerjüdischen Gruppierungen (Orthodoxie, liberales Judentum, Zionisten, Ostjuden; Kap. IV) sowie des Aufbaus und der Funktionsweise der israelitischen Kultusgemeinde (Kap. V). Weitere Abschnitte sind dem jüdischen Bildungsbereich (Kap. VI) und dem Sozialwesen (Kap. VII) gewidmet. Kapitel VIII und IX stellen mit der Behandlung der gesellschaftlichen Integration und des Antisemitismus wieder den Bezug zur nichtjüdischen Umwelt her.

Die bisherige Forschung zur Geschichte der Juden in Würzburg hat fast ausschließlich den Zeitraum bis 1900 (6) sowie das Dritte Reich (7) zum Thema. Für die Weimarer Republik liegen lediglich verschiedene Arbeiten über jüdische Studenten und Antisemitismus an der Universität Würzburg (8) sowie zur Israelitischen Lehrerbildungsanstalt (ILBA), der seit 1927 einzigen deutschen Ausbildungsstätte für jüdische Lehrer und Kantoren (9), vor. Das in hebräischer Sprache verfaßte Lexikonwerk "Pinkas Hakehillot" (10) beschreibt die Geschichte aller jüdischen Gemeinden Bayerns einschließlich Würzburgs und wurde mit den Passagen über Weimarer Republik und Drittes Reich auch in einer deutschen Ausgabe veröffentlicht. (11)

Den in Archiven des In- und Auslandes verstreuten schriftlichen Zeugnissen über das jüdische Leben in Würzburg kommt unter diesen Umständen,

ebenso wie den Befragungen von Überlebenden und Emigranten, besondere Bedeutung zu.

1. Quellenlage

Das fast vollständig erhaltene Archiv der ehemaligen Kultusgemeinde Würzburg befindet sich heute in den Central Archives for the History of the Jewish People in Jerusalem. Hier bildet es einen der größten Einzelbestände einer deutschjüdischen Gemeinde. 658 Faszikel stammen aus Würzburg; von diesen berührt ein großer Teil die Jahre der Weimarer Republik. (12)

Die Würzburger Akten wurden bis 1929 ungeordnet im Dachgeschoß des Gemeindehauses (Domerschulstraße 21) aufbewahrt. Im Sommer dieses Jahres führte Gemeindesekretär Ruben Moses Eschwege eine Inventarisierung durch. Die Mitglieder der Kultusverwaltung wurden aufgefordert, alle in ihrem Besitz befindlichen Akten "nach deren Erledigung dem Gemeindesekretariate zwecks Vervollständigung des Aktenmaterials einzuliefern." (13)

Das Gemeindearchiv dokumentiert für die Weimarer Republik und darüber hinaus bis zum Jahr 1938 praktisch lückenlos das innergemeindliche, administrative Leben. Die Entwicklung der zahlreichen jüdischen Einrichtungen der Stadt läßt sich ebenso rekonstruieren wie die Entscheidungsfindung in der Kultusverwaltung und die Tätigkeit der jüdischen Vereine, Wohlfahrtseinrichtungen und Stiftungen. Wichtigster Bestandteil des Würzburger jüdischen Gemeindearchivs, das 1935 und 1936 in Zusammenarbeit mit dem Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden (VBIG) seine endgültige Ordnung erhielt (14), sind die Protokolle der Sitzungen der Kultusverwaltung. Für die Zeit vom November 1918 bis zum Januar 1933 umfassen die Protokolle in zehn Bänden 1655 eng beschriebene Seiten. Bis 1921 erfolgten die Eintragungen handschriftlich, seit 1925 mit Schreibmaschine.

Ein Band, der den Zeitraum von 1922 bis 1924 behandelt, fehlt. (15) Die Lücke läßt sich mit Hilfe der "Kopierbücher" weitgehend schließen. Darin wurden Durchschriften von allen Briefen gesammelt, die Mitglieder der Gemeindeleitung verfaßten. "Kopierbuch 5" (16) umfaßt den Zeitraum vom 4.

Dezember 1921 bis zum 20. April 1924, "Kopierbuch 6" (17) die Zeit vom 21. Oktober 1923 bis zum 17. April 1924.

Die Protokolle verfaßte Ruben Moses Eschwege. (18) Seine Niederschrift enthält, zum Teil in wörtlicher Wiedergabe, die Verhandlungen der 18köpfigen Kultusverwaltung, die Beschlüsse und die Abstimmungsergebnisse. Der Vorsitzende der Gemeinde, Gerson Haas, brachte vor Beginn der jeweiligen Sitzung kleinere Korrekturen, meist stilistischer Art, am Protokoll der letzten Zusammenkunft an. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde die Niederschrift verlesen und genehmigt. (19) Sie enthält also eine authentische Darstellung der Diskussionen in der Verwaltung.

Während der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 wies der Münchner Polizeipräsident, SS-Obergruppenführer Freiherr von Eberstein, die Gestapostellen des Landes in mehreren Fernschreiben ausdrücklich an, "in allen Synagogen und Geschäftsräumen der jüdischen Kultusgemeinden das vorhandene Archivmaterial polizeilich zu beschlagnahmen, damit es nicht im Zuge der Demonstrationen zerstört wird." (20) Als Männer der 81. SS-Standarte gemeinsam mit SA-Leuten die Einrichtung der Würzburger Synagoge zerstörten, von Brandstiftung sah man wegen der benachbarten nichtjüdischen Anwesen ab, ließen sie befehlsgemäß die Gemeindedokumente unversehrt. Eschwege wurde gezwungen, die stählernen Behälter, in denen die Unterlagen aufbewahrt wurden, zu öffnen. (21)

Die Gestapo beschlagnahmte in Würzburg sowie in zahlreichen Gemeinden Unterfrankens das jüdische Archivgut. In den folgenden Monaten gab sie einen großen Teil an das Staatsarchiv Würzburg ab. Zurückgehalten wurden lediglich solche Unterlagen, die für die "Zwecke der Staatspolizei verwendbar waren." (22) Um auch künftig "ein eventuelles Zurückgreifen der Staatspolizei" auf gewünschte Akten zu ermöglichen, sah das Staatsarchiv davon ab, Dokumente zu vernichten, die "vom archivalischen Gesichtspunkt aus einer weiteren Aufbewahrung nicht bedürfen." (23) Tatsächlich mußte das Archiv am 12. März 1941 Trauungsregister der Kultusgemeinde aus den Jahren 1814 bis 1919 an die Gestapo abgeben. Am 3. März 1942 erhielt die Staatspolizei ein "Leichenhofregister" des jüdischen Friedhofs in Heidingsfeld, das die Jahre 1811 bis 1940 umfaßte, am 31. Dezember 1942 gab das Archiv ein Verzeichnis von zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Heidingsfeld beerdigten Juden an das Reichssippenamt ab. (24)

Inzwischen waren bereits im Staatsarchiv die jüdischen Akten mit Signaturen versehen und in ein Verzeichnis eingetragen worden. Diese 1939 und 1940 erstellte Liste wurde 1942 von einer zum Arbeitseinsatz nach Würzburg abkommandierten Fachkraft "geprüft, weitergeführt und abgeschlossen." (25)

Im September 1954 brachte der Geschäftsführer des neugegründeten Landesverbands der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern, Stefan Schwarz, den gesamten Bestand zusammen mit Archivalien aus anderen Gemeinden in die Jewish Historical General Archives in Jerusalem, die heutigen Central Archives for the History of the Jewish People. (26) Diese Einrichtung betrachtet sich als Rechtsnachfolger der archivwürdigen Überreste aus den zerstörten jüdischen Gemeinden Europas; sie verfügt auch über umfangreiche Sammlungen von jüdischen Akten auf Mikrofilmen, deren Originale in Archiven des Auslands verblieben sind. (27)

Das Staatsarchiv Würzburg beherbergt vor allem die archivalische Hinterlassenschaft der Gestapostelle Würzburg. Deren Vorläuferorganisation war die 1929 eingerichtete Staatliche Polizeidirektion in Würzburg, die auch eine politische Abteilung besaß. (28) Diese Abteilung übernahm den für Würzburg und Unterfranken relevanten Aktenbestand des 1922 gegründeten Staatspolizeiamts Nürnberg-Fürth, der vor allem aus Spitzelberichten über die politischen Aktivitäten links- oder rechtsgerichteter Persönlichkeiten und Organisationen bestanden haben dürfte. Außerordentlich umfangreich ist der Akt über den 1927 gestorbenen Würzburger Landtagsabgeordneten Felix Freudenberger, der als Sozialdemokrat und Jude besonders aufmerksam überwacht wurde. (29)

Die durch ein Personen-, Sach- und Ortsregister erschlossenen rund 18000 Gestapo-Akten dokumentieren die Lebenswege Tausender unterfränkischer Juden bis zur Auswanderung oder Deportation. Von allen während des Novemberpogroms von 1938 Verhafteten wurden in umfangreichen Verhören Lebensdaten, frühere Parteizugehörigkeit, politische und wirtschaftliche Aktivitäten ermittelt und in Protokollen festgehalten. Die meisten dieser Informationen beziehen sich auf die "Systemzeit" der Weimarer Republik. Viele Akten enthalten persönliche Dokumente wie Zeugnisse, Familienbilder, Bescheinigungen über die Beteiligung am Ersten Weltkrieg und Briefe, die den zu Deportierenden bei der körperlichen Durchsuchung in Würzburg abgenommen wurden.

In Einzelfällen sind in den Personenakten auch Vereinsunterlagen aufbewahrt. So beschlagnahmte die Gestapo beim Vorsitzenden des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.), Rechtsanwalt Karl Rosenthal, Dokumente aus dem Abwehrkampf des C.V. gegen die völkische Bewegung in Unterfranken, die bis ins Jahr 1922 zurückreichen. (30)

An Hand der Akten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Würzburg lassen sich verschiedene Prozesse und Ermittlungsverfahren gegen antisemitische Organisationen und Aktivisten rekonstruieren. Verstreut finden sich in den Unterlagen einzelne Exemplare rechtsradikaler Periodika, wie etwa des Würzburger NSDAP-Organs "Die Freiheit", das 1931 erschien. Die staatsanwaltschaftlichen Akten wurden nur insofern ausgewertet, als sie die Stadt Würzburg betreffen. Die Geschichte der völkischen Agitationstätigkeit in den überwiegend protestantischen Landstädten und Gemeinden des Maindreiecks wird in der vorliegenden Arbeit nur am Rande gestreift.

Auch das Bayerische Hauptstaatsarchiv in München, das Bundesarchiv in Koblenz, die Central Zionist Archives in Jerusalem sowie das Stadtarchiv Würzburg verfügen über kleinere Bestände, die sich auf das jüdische Leben im Würzburg der Weimarer Republik sowie auf judenfeindliche Aktivitäten beziehen. Die zeitgenössische Publizistik ist relativ vollständig erhalten, allerdings auf die Archive und Bibliotheken mehrerer Länder verteilt. (31)

Als besonders ergiebig erwies sich die Durchsicht der Würzburger Tageszeitungen, die in erfreulicher Vielfalt erschienen und das lokale Geschehen aus unterschiedlichen Blickwinkeln spiegelten. Der "Würzburger General-Anzeiger" (WGA) stand der Deutschnationalen Volkspartei nahe (32), SPD und Freie Gewerkschaften gaben den "Fränkischen Volksfreund" heraus, die Bayerische Volkspartei das "Fränkische Volksblatt". (33) Aus jüdischer Sicht berichteten über Würzburg die "Bayerische Israelitische Gemeindezeitung", das Organ des Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden, außerdem das in München erscheinende zionistische "Jüdische Echo" und das "Jüdische Wochenblatt für Unterfranken und Aschaffenburg". (34)

2. Die Personenkartei

Grundlage vor allem für statistische Angaben und quantitative Untersuchungen war die aus 4305 Karten bestehende Personenkartei, die, basierend auf den Beständen verschiedener Archive, eigens für diese Arbeit angelegt wurde. An Hand dieser personenbezogenen Datensammlung wurden die Charakteristika der jüdischen Bevölkerung Würzburgs herausgearbeitet und einige dieser Charakteristika miteinander korreliert.

Die Personenkartei faßt Informationen aus jüdischen Wähler- und Steuerlisten (35), aus Verzeichnissen von Unterstützungsempfängern (36) und aus einer Mitgliederkartei der israelitischen Kultusgemeinde zusammen, ergänzt sie durch Daten aus Unterlagen des Würzburger Einwohnermeldeamts sowie durch Angaben aus den Gestapo-Akten, den Würzburger Wohnungsbüchern und aus mündlichen und schriftlichen Befragungen.

Den Grundstock der Kartei bilden die in mehrmonatiger Arbeit ausgewerteten Meldebögen im Stadtarchiv Würzburg, die zu allen in Würzburg ansässigen Bürgern eine Fülle von Informationen enthalten und daher auch die demographische Entwicklung des jüdischen Bevölkerungsteils bis in die zwanziger Jahre widerspiegeln. 1929 beauftragte die jüdische Gemeindeverwaltung einen Beamten des Einwohnermeldeamts damit, An- und Abmeldungen jüdischer Bürger, Geburts- und Sterbefälle etc. in einer separaten Kartei für die Zwecke der Gemeinde zu sammeln. (37) Diese Kartei wurde am 10. November 1938 zusammen mit den anderen jüdischen Archivalien beschlagnahmt und überstand wie diese den Krieg im Staatsarchiv Würzburg. Heute befindet sie sich ebenfalls in Jerusalem.

In die für diese Arbeit geschaffene Kartei wurden nur solche Personen aufgenommen, die mindestens ein halbes Jahr zusammenhängend in Würzburg gemeldet waren. Nicht oder nur in Einzelfällen verzeichnet sind Personen, die im Rahmen einer akademischen oder schulischen Ausbildung von außerhalb nach Würzburg kamen, also Studenten der Julius-Maximilians-Universität (38), jüdische Schüler an den höheren und berufsbildenden Schulen, deren Eltern auswärts wohnten (39), sowie Schüler der Israelitischen Lehrerbildungsanstalt. (40) Lehrlinge, die in Würzburg eine kaufmännische oder sonstige Ausbildung absolvierten, sind dagegen aufgenommen, falls sie län-

ger als ein halbes Jahr in der Stadt gemeldet waren.

Für die Zwecke der Kartei gilt nur derjenige als Jude, der sich während der Weimarer Republik durch die Zugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft als solcher bekannte. Dies bedeutet nicht, daß nicht solche Personen, die der angestammten Religion den Rücken gekehrt hatten, von ihrer Umwelt in Einzelfällen weiterhin als Juden betrachtet wurden. (41) Selbst die assimilatorische "Bayerische Israelitische Gemeindezeitung" gab 1930 in einer Vorbemerkung zu einem Artikel über die Berufsgliederung der Juden zu erkennen, daß auch für sie das Judentum nicht nur aus den "Anhängern des mosaischen Bekenntnisses" bestand, sondern darüber hinaus auch aus jenen Personen, "die nach Austritt aus der israelitischen Kultusgemeinschaft einen anderen Glauben angenommen haben oder religionslos geworden sind." (42) Ähnlich der Zionist Arthur Ruppin, der im gleichen Jahr in Band 1 seiner "Soziologie der Juden" schrieb, für den anthropologischen Forscher sei ein Religionswechsel "ohne Bedeutung". (43)

Diese Äußerungen drücken etwas Selbstverständliches aus, nämlich daß die prägende Wirkung von Herkunft und Abstammung nicht durch die Unterzeichnung eines Dokumentes vor dem Standesbeamten außer Kraft gesetzt werden kann. Dennoch wurde die - auf Grund der Quellenlage - theoretisch bestehende Möglichkeit, in diese Arbeit auch solche Personen einzubeziehen, die von jüdischen Eltern abstammten, ihren Glauben aber durch Austritt oder Taufe abgelegt hatten, aus grundsätzlichen Erwägungen verworfen, da in diesem Fall eine, wenn auch unfreiwillige, Annäherung an den nationalsozialistischen Rassegedanken nicht ausgeschlossen werden konnte.

In die Personenkartei aufgenommen sind dagegen die in Heidingsfeld wohnenden Juden. Heidingsfeld wurde am 1. Januar 1930 nach Würzburg eingemeindet, doch behielt die dortige jüdische Gemeinde bis 1937 ihre Eigenständigkeit. Um die Vergleichbarkeit der für die ersten und die letzten Jahre der Republik ermittelten statistischen Daten zu gewährleisten, sind die Heidingsfelder Juden allerdings nur in Ausnahmefällen bei der Auswertung der Kartei berücksichtigt. Wenn nichts anderes ausdrücklich vermerkt ist, beziehen sich alle statistischen Angaben in dieser Arbeit auf die Bevölkerung der israelitischen Kultusgemeinde Würzburg, d.h. auf den Gebietsstand Würzburgs vor der Eingemeindung.

Die Personenkartei wird im folgenden unterschiedlich genutzt, je nachdem, welche Angaben für das gerade behandelte Thema relevant sind. Von besonderer Bedeutung ist die Kartei für die Analyse der Sozialstruktur der jüdischen Bevölkerung Würzburgs. Basierend auf Kultusumlage- (Kirchensteuer-) Listen und Aufstellungen über die Empfänger von kultusgemeindlicher Finanz- und Sachunterstützung ist es möglich, fundierte Aussagen über die Vermögensverhältnisse von 907 Personen zu machen. Es handelt sich dabei, wie später gezeigt wird, um eine Gruppe, die stellvertretend für nahezu die gesamte Judenheit der Stadt steht. Alle diese Personen waren länger als ein halbes Jahr und darüber hinaus am gleichen Stichtag in Würzburg gemeldet. Als Stichtag legten die Quellen den 1. Juli 1920 nahe. (vgl. Kap. I)

Auf der Basis von Stichtagen erfolgte auch die Analyse der Berufsgliederung. Die berufsstatistischen Aussagen beruhen auf den Angaben über jene Personen, die am 1. Juli 1920 bzw. am 1. Juli 1931 in Würzburg (wiederum mindestens für sechs Monate) gemeldet waren. Während sich das erste Datum von selbst ergab, da für diesen Tag bereits eine statistische Auswertung erfolgte, wurde der 1. Juli 1931 gewählt, weil er ebenfalls in eine (noch) relativ ruhige Zeit fällt, in der die lähmenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise ihr größtes Ausmaß noch nicht erreicht hatten.

Für 1920 konnte für 820 Personen ein Beruf ermittelt werden, 1931 für 819 Personen. Der Vergleich zwischen den beiden Stichtagen erlaubt Aussagen über Entwicklungen, die sich in einzelnen Branchen und Berufen zwischen der Anfangs- und der Endphase der Republik vollzogen.

Darüber hinaus wurden für die Stichtage auch alle übrigen in Würzburg gemeldeten Juden statistisch erfaßt, also Ehefrauen, Kinder ohne Beruf sowie nicht mehr Berufstätige wie Privatiers und Witwen. Für 1920 konnten so demographische Angaben über insgesamt 2075 Personen gesammelt werden, für 1931 gelang dies bei 1862 (ohne Heidingsfeld) bzw. 1923 (mit Heidingsfeld) Personen. Es sind daher auch jenseits der Berufsgliederung Aussagen möglich, etwa über die Erwerbsquote und ihre Wandlung zwischen 1920 und 1931 oder über die allgemeine jüdische Bevölkerungsentwicklung. Dem zuletzt genannten Aspekt kommt besondere Bedeutung zu, da während der Republik nur eine Volkszählung (1925) stattfand.

Beziehen sich die Angaben über die Sozialstruktur auf den 1. Juli 1920 und jene über die Berufsgliederung auf diesen Tag sowie den 1. Juli 1931, so wurde für einige Themenbereiche ein noch weiterer Rahmen gesteckt. Sollen demographische Phänomene wie Mischehe oder Austritt aus dem Judentum untersucht werden, dann werden alle in der Kartei erfaßten Personen, die zwischen dem November 1918 und dem Januar 1933 für mindestens sechs Monate in Würzburg gemeldet waren, zum Untersuchungsgegenstand. Es geht in diesen Fällen nicht darum, eine Entwicklung zwischen bestimmten Stichtagen zu beschreiben, sondern darum, an Hand möglichst vieler Beispiele Aussagen über solche Bereiche zu machen, die die amtliche Statistik nur unzulänglich beleuchtet.

Über die eigenen statistischen Ermittlungen hinaus wird für die Arbeit auf zeitgenössische Werke zurückgegriffen. Zu nennen ist hier vor allem Arthur Ruppins epochale "Soziologie der Juden", die alle jüdischen Lebensbereiche erfaßte und sich dabei häufig deutscher und bayerischer Zahlen bediente. Ruppin war erster Vorsitzender des 1904 gegründeten Berliner Bureaus für die Statistik der Juden, dessen "Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden" mit Unterbrechungen von 1905 bis 1931 erschien. (44) Auch die "Bayerische Israelitische Gemeindezeitung" beschrieb regelmäßig die wegen des Rückgangs der jüdischen Bevölkerungszahl als bedrohlich empfundenen demographischen Bewegungen im bayerischen Judentum.

Die Bedeutung der so gewonnenen statistischen Informationen wird in der Arbeit nicht verabsolutiert; ihre Erarbeitung trägt vielmehr als "Methode der Interpretation neben anderen zur Kenntnis und Einordnung" (45) des jüdischen Lebens in Würzburg bei. Weiter kommt vor allem der Personenkartei die Aufgabe zu, Faktenmaterial für narrative Passagen zu liefern. Am Beispiel sorgfältig ausgewählter typischer Einzelbiographien werden grundsätzliche Probleme der sozialen, wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung des jüdischen Bevölkerungsteils in Würzburg dargestellt, wobei die Informationen aus der Kartei, wenn möglich, durch Befragungsergebnisse und die Auswertung der zeitgenössischen Tagespresse ergänzt werden. Diese kurzen Lebensbeschreibungen sollen außerdem die Arbeit auf dem Gebiet der Biographie mit der nicht behandelten Zeit des Dritten Reiches und dem nur ansatzweise einbezogenen Kaiserreich verknüpfen. Falls entsprechende Unterlagen existieren, werden daher für alle erwähnten Personen gewisse Grunddaten wie Geburtsjahr und -ort, Beruf sowie Zeitpunkt des

Zuzugs, des Wegzugs bzw. der Deportation genannt. (46)

3. Mündliche und schriftliche Befragungen

Um solche Bereiche des jüdischen Lebens zu erhellen, für die nur begrenzt schriftliche Überlieferung vorliegt und die sich auch der quantitativen Erfassung entziehen, wurde ein mehrere hundert Fragen umfassender Fragebogen an 93 Überlebende und Emigranten geschickt, die während der Weimarer Jahre in Würzburg wohnten. 53 Personen antworteten; von diesen gingen 45 in meist ausführlichen Briefen auf die angesprochenen Themenkomplexe ein. (47) Mit 21 Personen kamen in der Bundesrepublik, in Israel und in den Vereinigten Staaten zum Teil mehrmalige Gespräche zustande. Diese wurden in der Regel auf Tonband aufgenommen und anschließend transkribiert. Die maschinenschriftlichen Transkriptionen machen 129 Seiten aus. (48)

Die Befragten gehörten unterschiedlichen sozialen und innerjüdischen Gruppen an: Kleinbürgerliche Ostjuden waren unter ihnen ebenso vertreten wie Mitglieder wohlhabender Familien, Zionisten ebenso wie Anhänger der Assimilation, Orthodoxe ebenso wie Liberale. Der älteste Gesprächspartner kam 1896 zur Welt und trat noch während der Republik in Würzburg in gesellschaftlichen und politischen Kreisen führend hervor; jüngere Personen wuchsen in den zwanziger Jahren auf und konnten über jüdische Jugendvereine und Bildungseinrichtungen Auskunft geben.

Die Interviews und Briefkontakte berührten die Bereiche der Alltagsbedingungen und -erfahrungen sowie der kollektiven Einstellungen und des subjektiven Empfindens. Sie beleuchteten zwischenmenschliche Ausdrucksformen der Judenfeindschaft sowie persönliche Reaktionen auf antisemitische Zurücksetzungen, sie informierten über private Kontakte zwischen christlichen und jüdischen Familien sowie über die Integration der ostjüdischen Gruppe in die Gemeinschaft der eingesessenen Würzburger Juden und die dabei wirksamen Hemmnisse und Vorurteile. (49)

Die quellenkritische Überprüfung der mündlichen und schriftlichen Zeugnisse wurde dadurch erleichtert, daß zu vielen angesprochenen Themenbereichen mehrere Äußerungen vorlagen und so die Zuverlässigkeit der Be-

fragten ermittelt werden konnte. Teilweise war auch die Verifizierung durch den Vergleich mit anderen Überlieferungen möglich.

I. Demographische Entwicklung und Sozialstruktur

1. Die demographische Entwicklung der jüdischen Bevölkerung Würzburgs bis 1920

Eine jüdische Ansiedlung ist in Würzburg seit 1147 bezeugt, doch kann mit Sicherheit angenommen werden, daß Juden in dieser wichtigsten Stadt Ostfrankens schon früher lebten. (1) Die mittelalterliche Geschichte der Gemeinde ist geprägt vom Wechsel zwischen unterschiedlich langen Phasen ruhigen Wachstums und regelmäßig wiederkehrenden Pogromwellen, deren erste die jüdische Bevölkerung Würzburgs 1147 traf. In der Folge entwickelte sich die Gemeinde zu einem bedeutenden Zentrum jüdischer Gelehrsamkeit. Weitere Pogrome unterbrachen 1298, 1336 und 1349 diesen Prozeß. Im ausgehenden Spätmittelalter häuften sich Restriktionen und Pressionen, so daß die jüdische Bevölkerungszahl, die zeitweise 800 erreichte (2), stark zurückging. Gegen Mitte des 16. Jahrhunderts lebten nur noch 60 Juden in Würzburg. (3)

Seit der Amtszeit der Bischöfe Friedrich von Wirsberg (1558-1573) und Julius Echter von Mespelbrunn (1573-1617) war der Aufenthalt von Juden in Würzburg besonders strengen Einschränkungen unterworfen. Friedrich bewog im Jahr 1559 Kaiser Ferdinand I., ein Dekret zu erlassen, das die allgemeine Ausweisung der Juden aus Würzburg vorsah. Als die jüdischen Bemühungen, die Maßnahme zu verhindern, scheiterten, verließen sie die Stadt. Später erlangten einzelne Juden das Sonderprivileg, in Würzburg wohnen zu dürfen, allerdings nur bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts. Danach war jüdischen Kaufleuten lediglich erlaubt, die Stadt nach Entrichtung einer Körpersteuer zu Handelszwecken für einige Stunden am Tag zu betreten. (4)

Im Jahr 1802 wurde das Fürstbistum Würzburg erstmals bayerisch, nach einer Zwischenphase unter Großherzog Ferdinand von Toskana (1806-1814) erneut und endgültig. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war Würzburg eine fast rein katholische Stadt, in der nur einige wenige Protestanten und keine Juden lebten. Viele unterfränkische Juden hatten sich in den ehemals reichsritterschaftlichen Orten und vor allem in dem Würzburg benachbarten Heidingsfeld angesiedelt. (5) Von den 2691 Einwohnern Heidingsfelds gehörte in den Jahren 1814/15 fast ein Fünftel (507) der jüdischen Religi-

onsgemeinschaft an. (6) Die Stadt diente während mehrerer Jahrhunderte als Sitz des Oberrabbinats.

1803 erhielten Moses Hirsch aus Gaukönigshofen und seine Angehörigen als erste jüdische Familie das Recht zur Niederlassung in Würzburg. Weitere Familien, vor allem aus Heidingsfeld, Niederwerrn, Höchberg und Reichenberg, folgten. (7) 1814/15 wohnten in Würzburg 138 Juden, die 0,7 % der Bevölkerung ausmachten. (8) Um diese Zeit verlegte Rabbiner Abraham Bing den Sitz des Oberrabbinats von Heidingsfeld nach Würzburg. (9)

Entscheidende Bedeutung für die weitere demographische Entwicklung der Juden in Würzburg erlangte das bayerische Judenedikt von 1813, das zwei Jahre nach der Rückkehr Würzburgs zu Bayern auch in der Stadt vollzogen wurde. Das Edikt sah in dem zentralen Matrikelparagraphen eine strikte Begrenzung der jüdischen Bevölkerungszahl in allen Orten mit jüdischer Ansiedlung vor:

"Die Zahl der [jüdischen] Familien durfte an denjenigen Orten, wo Juden wohnten, in der Regel nicht vermehrt, sollte eher vermindert werden. Die vorhandenen Judenfamilien wurden [..] in Matrikeln eingetragen; die Matrikelnummer des Vaters vererbte sich auf den Sohn. Außerhalb der Matrikelzahl sollte eine Erlaubnis zur Ansässigmachung Juden nur erteilt werden:
1. wegen Errichtung von Fabriken oder großen Handelsunternehmungen;
2. bei Ergreifung eines ordentlichen Handwerks, wenn sie die Ausübung eines Meisterrechts erhalten haben;
3. wenn sie so viel an Grund und Boden zur eigenen Bearbeitung erkaufen, 'worauf eine Familie vom Feldbau, ohne darneben Handel zu treiben, sich gut ernähren kann'". (10)

Der erst 1861 aufgehobene Matrikelparagraph hatte eine "erhebliche stagnative Auswirkung auf die zahlenmäßige und soziale Entwicklung der Juden in Bayern im 19. Jahrhundert." (11) Viele Juden waren gezwungen, sich in anderen Teilen Deutschlands niederzulassen oder auszuwandern. Hatten die bayerischen Juden um 1800 noch rund ein Viertel der deutschen Juden ausgemacht, so stellten sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht einmal mehr 10 %. (12) Auch der jüdische Anteil an der bayerischen Bevölkerung ging stark zurück. (13)

Der Matrikelparagraph bewirkte daneben, daß die Juden in Bayern anders als in den übrigen deutschen Ländern in ihrer sozialen Mobilität lange Zeit beschränkt blieben, an der durch den Industrialisierungsprozeß ausgelösten Land-Stadt-Bewegung erst verspätet, dann aber um so stärker, teilnahmen

und wirtschaftlich zunächst in Rückstand gerieten. Noch 1840 wohnten 88 % der bayerischen Juden in Dörfern und Kleinstädten. (14)

Der jüdische Zuzug nach Würzburg war demnach erheblich erschwert, erwies sich jedoch nicht als völlig unmöglich. 1817 wurden an 29 Familien "ordentliche Matrikelnummern" vergeben; "außer der Matrikelzahl" konnten sich in begrenztem Umfang weitere Familien niederlassen. (15) 1837 wohnten 230 Juden in der Stadt (0,8 % der Bevölkerung) (16), 1852 hatte sich die Zahl auf 496 (1,7 %) erhöht. (17)

Nach der Aufhebung der diskriminierenden Bestimmungen des Judenedikts im Jahr 1861 konnte die jüdische Bevölkerung wesentlich schneller wachsen, bis 1880 die 2271 Juden in Würzburg 4,5 % der Bevölkerung darstellten. (18) Danach ging der jüdische Prozentanteil langsam wieder zurück, während die absoluten Zahlen sich nochmals erhöhten und zur Jahrhundertwende mit 2567 Juden in Würzburg den Höchststand erreichten, der während des nächsten Jahrzehnts annähernd gehalten wurde. (19)

Der jüdische Bevölkerungszuwachs in Würzburg bis zum Ersten Weltkrieg spielte sich vor dem Hintergrund der Entleerung der kleinen unterfränkischen Landgemeinden ab. Die jüdische Bevölkerung in diesem Regierungsbezirk ging von 16000 (1818) auf knapp 12000 (1910) zurück. (20) 1907 bestanden 94 der 124 jüdischen Kultusgemeinden in Unterfranken aus weniger als 100 Personen. 28 Gemeinden erreichten nicht einmal die Zahl von zehn religiös selbständigen, über 13 Jahre alten männlichen Juden und hätten daher, entsprechend einer Ministerialentschließung von 1863, eigentlich mit nahegelegenen Gemeinden vereinigt werden müssen. (21)

An dem seit 1861 für Juden nicht mehr eingeschränkten Urbanisierungsprozeß nahm auch die übrige Bevölkerung teil, wenn auch in wesentlich geringerem Ausmaß. Auf jüdischer Seite wirkte sich eine starke "Konditionierung durch die Geschichte" (22) aus. Jahrhundertelang zu den Handelsberufen gedrängt, sahen Juden traditionell in der Stadt ihr Zentrum, einen Ort des Handels und der Bildungsmöglichkeiten. (23)

Von den am 1. Juli 1920 in Würzburg gemeldeten Kultusumlagepflichtigen war fast die Hälfte (46 %) vom Land nach Würzburg gekommen. (24) Gut ein Fünftel (22 %) gab bei der Registrierung im Einwohnermeldeamt an, zuvor in einer Stadt ansässig gewesen zu sein; nur ein Viertel der Personen (26 %)

war in Würzburg geboren. (25)

Noch präzisere Angaben über die Mobilität der jüdischen Bevölkerung Deutschlands lassen sich bei einer weiteren Auszählung der Personenkartei machen. Analysiert wird nun das Wanderungsverhalten aller nicht in Würzburg wohnenden Kinder der 1920 in Würzburg registrierten Personen. Für 349 Kinder liegen Informationen vor. Von diesen zogen 209 (60 %) von Würzburg oder einem früheren Wohnsitz der Eltern aus in eine Großstadt; 90 (26 %) emigrierten und nur 50 (14 %) wandten sich einer Mittel- bzw. Kleinstadt oder einer Landgemeinde zu. Frankfurt a.M. nahm allein 27 der nicht in Würzburg wohnenden Kinder auf, Berlin 23, München 18. (26)

Die Auswanderung hatte im 19. Jahrhundert der deutschen Judenheit einen verhältnismäßig größeren Verlust zugefügt als der Gesamtbevölkerung. Monika Richarz schätzt, daß zwischen 1800 und 1880 100000 Juden emigrierten und 3 % der deutschen Auswanderer ausmachten. Zwischen 1880 und 1895 verließen erneut 1 1/2 Millionen Menschen das Reich, darunter rund 20000 Juden. Nach dem Ende der "großen Depression" und dem wirtschaftlichen Aufschwung nahm die Zahl der Emigranten rapide ab. (27)

Von den 90 nicht in Würzburg wohnenden Kindern, die ins Ausland gegangen waren, hatten 53 die USA als Ziel angegeben, zehn die Schweiz und acht Großbritannien. (28)

Eine Gegenbewegung stellte die überwiegend ostjüdische Einwanderung nach Deutschland dar. Seit dem Beginn der Pogrome im Zarenreich im Jahr 1881 emigrierten mehr als 2 Millionen osteuropäischer Juden nach Übersee, die meisten von deutschen Häfen aus. Ein kleiner Teil der Flüchtenden konnte sich im Reich niederlassen. In Würzburg stellten die Ostjuden 1920 11 % der jüdischen Bevölkerung; etwa die Hälfte der Ostjuden war vor 1910 angekommen. (vgl. Kap. IV,3)

2. Die Sozialstruktur der jüdischen Bevölkerung Würzburgs im Jahr 1920

Hinsichtlich der sozialen Stellung der Erwerbspersonen unterscheidet die Statistik zwischen den Hauptkategorien der Selbständigen, der Angestellten und der Arbeiter. Dabei umfassen die Selbständigen Firmenbesitzer und Direktoren ebenso wie selbständige Heimarbeiter, Trödler und kleine Hand-

werker. Tatsächlich kann die soziale Lage der letzteren viel niedriger sein als die eines kaufmännischen Angestellten. (29)

Die wirkliche soziale Schichtung bringen diese Kategorien nur unzureichend zum Ausdruck. Diese wird vor allem durch das Einkommen, den Bildungsgrad, die gewissen Berufen entgegengebrachte gesellschaftliche Wertschätzung sowie schließlich durch die statistisch in keiner Weise faßbare besondere Geltung überragender Persönlichkeiten, die sich ebensogut in selbständiger wie in abhängiger Stellung befinden können, bestimmt. (30) Immerhin kann man davon ausgehen, daß der Prozentsatz der Selbständigen einen Hinweis auf die soziale Stellung einer Gruppe gibt. Daher wurde auch im Rahmen dieser Arbeit, basierend auf der Personenkartei, der Anteil von Angestellten und Selbständigen an der jüdischen erwerbstätigen Bevölkerung Würzburgs ermittelt. (vgl. Kap. II,3)

Darüber hinaus bieten die internen Unterlagen der israelitischen Kultusgemeinde Würzburg in den Central Archives in Jerusalem die Möglichkeit, weit differenziertere Aussagen über die soziale Struktur der Würzburger Judenheit zu machen. Vor allem können sich die Aussagen auch auf die nichterwerbstätige Bevölkerung, wie Privatiers und Witwen, beziehen, die von einem angesparten Vermögen lebten und von den Kategorien "angestellt" und "selbständig" ohnehin nicht erfaßt werden.

Die Sozialstruktur der jüdischen Einwohner Würzburgs wird mit Hilfe zweier Quellengruppen rekonstruiert, die sich lückenlos ergänzen: den Kultusumlagelisten sowie den Unterlagen über jene Gemeindemitglieder, die von jüdischen Institutionen Sach- und Finanzmittel als Unterstützung erhielten.

Jeder Jude, der in Würzburg ständig seinen Wohnsitz nahm, wurde damit automatisch Mitglied der israelitischen Kultusgemeinde. (31) Aus dieser Zwangsmitgliedschaft konnte er sich nur durch Austritt aus der jüdischen Religionsgemeinschaft lösen. Den Kultusgemeinden stand durch Gesetz das Recht zu, alle Mitglieder zu Kultusumlagen (Kirchensteuern) heranzuziehen. Dies geschah zunächst durch die Gemeinde selbst. In einem komplizierten Verfahren ermittelte ein Ausschuß der Kultusverwaltung die von den Gemeindemitgliedern zu zahlenden Umlagen, wobei Vermögen und Einkommen des Betreffenden bei der Schätzung ebenso berücksichtigt wurden wie

Erbschaften und geschäftliche Verluste. Zur Umlage herangezogen wurden Familienvorstände und Alleinstehende; "vermögenslose Personen mit geringem Einkommen" waren von der Steuerpflicht ausgenommen. (32) Mitte 1920 fand eine Neufestsetzung der Umlagen statt (33), so daß für dieses Jahr also besonders genaue Zahlen vorliegen. Im Lauf des Jahres 1922 wurde die Einziehung der Umlagen an das Finanzamt Würzburg übertragen. Den Listen der von der Kultusgemeinde mit Geld- und Sachmitteln Unterstützten (34) entstammen die Namen derjenigen Personen, die wegen ihrer Bedürftigkeit überhaupt nicht in die Listen der Umlagepflichtigen aufgenommen wurden.

Durch Auswertung dieser Unterlagen läßt sich die soziale Stellung von 907 Personen relativ präzise ermitteln. Rechnet man Ehepartner, Kinder und andere in der Hausgemeinschaft mitlebende, nicht steuerpflichtige Gemeindemitglieder hinzu, so dürften diese 907 Personen stellvertretend für den weitaus größten Teil der Würzburger Juden stehen.

Da aktualisierte Steuerlisten nur für das Jahr 1920 vorliegen und da auch die Überlieferung der Namen von Unterstützungsempfängern kurz danach abbricht, beziehen sich alle Angaben in dieser Arbeit, die die Zuordnung zu einer Einkommensklasse bzw. zu einer sozialen Schicht betreffen, ausschließlich auf das Jahr 1920, auch wenn dies künftig nicht mehr eigens hervorgehoben wird. Diese von der Quellenlage erzwungene Beschränkung bedeutet, daß die Sozialstruktur in einem Jahr analysiert wird, in dem die Auswirkungen des Ersten Weltkrieges zumindest teilweise überwunden waren; die Berufstätigen hatten nach oft mehrjähriger Abwesenheit im Feld Zeit gehabt, sich wieder in ihren Beruf einzufinden; die Folgen der durch den Krieg in Gang gesetzten Geldentwertung zeigten sich in ihrer ganzen Schärfe erst in den nächsten Jahren. (35)

Mitglieder der Einkommensklasse 1 wurden 1920 mit über 500 M Kultusumlage veranlagt. Es handelt sich bei dieser Gruppe um die unzweideutige wirtschaftliche und soziale jüdische Oberschicht (36), die sich überwiegend aus Großindustriellen, Kaufhausbesitzern und Großkaufleuten zusammensetzte. Typischer Repräsentant der Oberschicht, die 4 % der jüdischen Bevölkerung Würzburgs ausmachte, war Siegmund Ruschkewitz, Inhaber des bekanntesten Würzburger Kaufhauses, der 1931 auch das erste Würzburger "Einheitspreisgeschäft" eröffnete.

Mitglieder der Einkommensklasse 2 zahlten über 140 M Kultusumlage. Dem gehobenen Bürgertum gehörten wohlhabende Kaufleute und Industrielle sowie ein Teil der freiberuflich Tätigen an. Von diesen vertraten viele die Interessen ihres Berufsstandes in der Industrie- und Handelskammer und in Berufsvereinigungen. Rechtsanwalt Bruno Stern, zwischen 1929 und 1933 für die Deutsche Demokratische Partei im Würzburger Stadtrat, zählte zum gehobenen Bürgertum. Wegen des Wohlstands vor allem dieser Bevölkerungsgruppe war das jüdische Durchschnittseinkommen im Deutschen Reich während der Weimarer Jahre rund 3,2 mal so hoch wie das der Gesamtbevölkerung. (37) In Würzburg machte das gehobene Bürgertum gut ein Fünftel (21,5 %) aller jüdischen Einwohner aus.

Zur Einkommensklasse 3, dem mittleren Bürgertum, werden die Inhaber mittelgroßer Geschäfte sowie die Mehrzahl der freiberuflich Tätigen mit gutem Einkommen gerechnet, außerdem viele leitende Angestellte und Prokuristen. Von der Gemeinde wurden sie zu einer Umlage von über 70 M herangezogen. Dem mittleren Bürgertum gehörte fast ein Fünftel (18 %) der jüdischen Bevölkerung Würzburgs an, darunter Rechtsanwalt Gerson Haas, der der Gemeinde in den Jahren der Republik vorstand.

In Einkommensklasse 4 lag die Kultusumlage bei mindestens 7 M. Das Kleinbürgertum bildete mit 46,5 % die größte jüdische Bevölkerungsgruppe in Würzburg. Es bestand aus kaufmännischen Angestellten und Händlern mit geringem Geschäftsumfang; hinzu kamen einfache Beamte (darunter die meisten Angestellten der Kultusgemeinde), zahlreiche Handlungsreisende und Buchhalter, Waren- und Versicherungsagenten, Verkäufer und Handwerker. Zum Kleinbürgertum zählte der SPD-Landtagsabgeordnete und Gewerkschaftsfunktionär Felix Freudenberger, der in der Augustinerstraße eine kleine Buchhandlung betrieb.

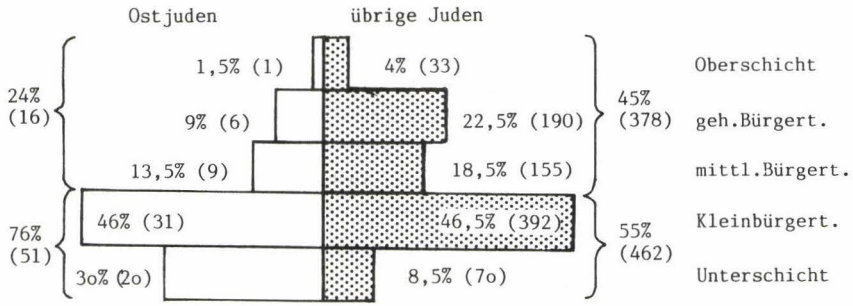
In Einkommensklasse 5, der jüdischen Unterschicht, wurden alle Personen zusammengefaßt, die 1920 weniger als 7 M Kultusumlage bezahlten, von der Steuerleistung befreit waren oder von der Gemeinde Unterstützung erhielten. Die Unterschicht bildeten Kleinhändler, Reisende, die ihre Waren auf Messen und Märkten feilboten, kleine Handwerker, Inhaber von unbedeutenden Warenproduktionsstätten, Hauspersonal und Gelegenheitsarbeiter. Diese Notexistenzen an der Peripherie des Wirtschaftslebens stellten mit 10 % der Würzburger Juden eine relativ kleine Gruppe, die durch Auswan-

derung und sozialen Aufstieg dezimiert wurde. Typische Vertreterin der Unterschicht war die polnische Staatsangehörige Anna Rosner, die 1904 nach Würzburg kam und sich noch 1920, im Alter von 80 Jahren, im Würzburger Wohnungsbuch als "Händlerin" bezeichnete. Ihr Mann war 1892 noch in Polen gestorben, ihr einziger Sohn wohnte in Wien. Anna Rosner wurde regelmäßig durch die jüdische Gemeinde unterstützt. (38)

Die jüdische Bevölkerung in Würzburg wie auch im gesamten Deutschen Reich war demnach als Sozialgruppe weder abgeschlossen noch homogen; sie wies vielmehr eine deutliche Klassenstruktur auf und war gekennzeichnet durch den geringen Umfang der Oberklasse und des - überwiegend ostjüdischen - Proletariats im Gegensatz zu einem breiten Bürgertum und Kleinbürgertum. (39)

Untersucht man die Sozialgliederung von Juden mit deutscher und solchen mit osteuropäischer Staatsangehörigkeit getrennt, so ergeben sich gravierende Unterschiede:

Graphik 1: Sozialstruktur der ostjüdischen und der übrigen jüdischen Bevölkerung Würzburgs in Prozent (in absoluten Zahlen)



Über drei Viertel der Ostjuden gehörten den beiden unteren Einkommensklassen an, während diese Klassen bei den übrigen Würzburger Juden nur gut die Hälfte ausmachten. Entsprechend geringer war der ostjüdische Anteil am mittleren und gehobenen Bürgertum sowie an der Oberschicht.

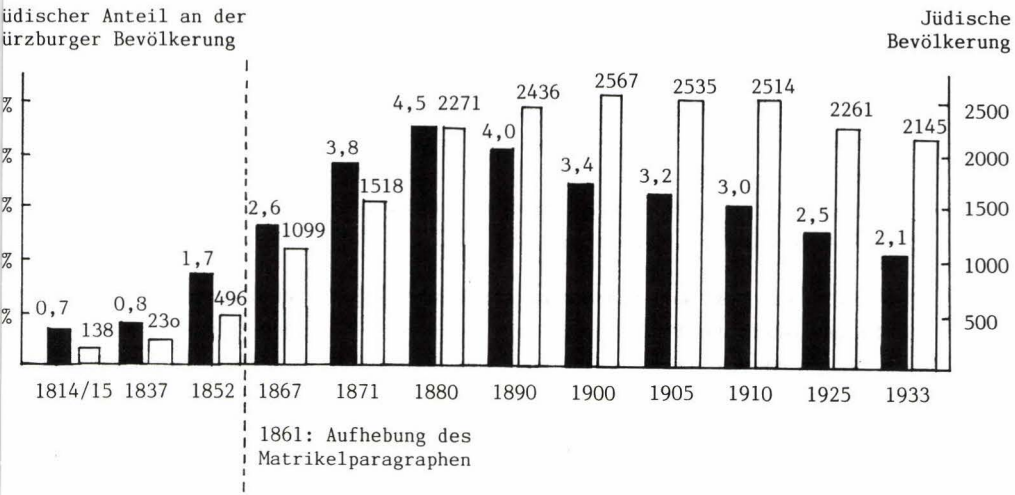
Die Länge der Ansässigkeit in Würzburg hatte wesentliche Bedeutung für die Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen: Drei Viertel der Mit-

glieder der Oberschicht waren vor 1900 in Würzburg geboren worden oder zugezogen; bei der jüdischen Gesamtbevölkerung traf dies nur auf gut die Hälfte zu. (40)

Je länger eine Familie also in Würzburg ansässig war, desto wahrscheinlicher hatte sie es zu wirtschaftlichem Wohlstand gebracht. Da der freie Zuzug nach Würzburg für Juden bis 1861 stark eingeschränkt war, mußte die Zahl derjenigen Familien, die ihre Vorfahren in der Stadt bis zum Beginn oder in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen konnten, relativ klein sein. Zu dieser Gruppe gehörte jedoch ein bedeutender Teil jener Familien, die dem gehobenen Bürgertum oder der Oberschicht zuzurechnen waren. Umgekehrt kam nur ein kleiner Teil der Ostjuden (2 %) vor 1900 nach Würzburg. Das späte Zuzugsdatum liefert eine Begründung für ihre durchschnittlich wesentlich niedrigere soziale Stellung.

3. Die demographische Entwicklung der jüdischen Bevölkerung Würzburgs in der Weimarer Republik

Graphik 2: Die jüdische Bevölkerung Würzburgs zwischen 18oo und 1933 in absoluten und relativen Zahlen



Die Graphik zeigt deutlich die hemmenden Auswirkungen des Matrikelparagraphen auf das Wachstum der jüdischen Bevölkerung Würzburgs: Bis 1852 stellten die Juden stets weniger als 2 % der gesamten Bürgerschaft. Nach der Aufhebung der Bestimmung vervierfachte sich die jüdische Bevölkerung innerhalb weniger Jahrzehnte und erlangte 1880 den später nie mehr erreichten Anteil von 4,5 %.

Nach 1880 nahm die Zahl der Juden in Würzburg absolut weiter zu, während sie relativ bereits zurückging. 1900 war mit über 2500 Juden die Höchstzahl erreicht, die bis 1910 in etwa gehalten wurde. Zehn Jahre nach der Jahrhundertwende war allerdings der jüdische Anteil an der Gesamtbevölkerung schon wieder auf 3 % gefallen.

1925 fand die einzige Volkszählung während der Weimarer Republik statt. Erstmals seit über 100 Jahren war die absolute Zahl der Juden drastisch zurückgegangen: um 9,8 % gegenüber der Zählung von 1910 auf nunmehr nur noch 2261 Personen oder 2,5 % der Gesamtbevölkerung. (41)

Trotz dieses Verlustes nahm Würzburg im Vergleich der acht größten Städte Bayerns noch immer eine Sonderstellung insofern ein, als die Stadt nach Fürth den höchsten jüdischen Bevölkerungsanteil hatte. In absoluten Zahlen lagen nur die Gemeinden in München, Nürnberg und Fürth vor Würzburg. (42)

Bei der nächsten Volkszählung am 16. Juni 1933 wurden 2145 Juden in Würzburg gezählt (2,1 %); der prozentuale Anteil lag somit nur unwesentlich über dem von 1852. (43) Die Zahlen von 1933 sind indessen nur bedingt mit den übrigen zu vergleichen, da im Juni 1933 bereits eine unbekannte Anzahl von deutschen Juden ins Ausland geflohen war. (44) Zudem beziehen die Würzburger Ergebnisse das 1930 eingemeindete Heidingsfeld mit ein. Dort hatten 1910 86 und 1925 83 jüdische Einwohner gelebt, die 1,8 bzw. 1,6 % der Bevölkerung ausmachten. (45)

Die Zahlen von 1933 sollen daher zunächst unberücksichtigt bleiben; einer Erklärung bedarf das Phänomen, daß die jüdische Bevölkerung zwischen 1890 und 1910 praktisch konstant geblieben war und sich dann 1925 um ein Zehntel verringert hatte. Dabei sind verschiedene eng miteinander verknüpfte demographische Entwicklungslinien zu berücksichtigen.

a. Stagnation der Würzburger Gesamtbevölkerung

Zwischen 1914 und der Eingemeindung Heidingsfelds stagnierte die Einwohnerzahl Würzburgs, abgesehen von geringfügigen Schwankungen: 1914 betrug sie rund 90000, 1929 knapp 93000; dazwischen ging sie sogar mehrmals auf unter 90000 zurück. (46) Die Entwicklung in den meisten anderen größeren Städten des Reichs verlief ähnlich; nur dort, wo Eingemeindungen vorgenommwurden, stieg die Bevölkerungsziffer stark an. Wegen der Wohnungsnot war der Zuzug von auswärts meist nicht größer als der Verlust durch Wegzug. (47)

Die Wohnungssituation im Würzburg der Nachkriegsjahre war außerordentlich gespannt, da während des Krieges das zivile Bauwesen praktisch zum Erliegen kam und nun der Kapitalmangel größere Baumaßnahmen erschwerte. Im Februar 1920 suchten insgesamt 2134 Familien eine Unterkunft; Hunderte von diesen mußten in Baracken, viele auch in Hotels untergebracht werden. (48) Zeitweise war der Zuzug nach Würzburg genau reglementiert (49) und nur möglich, wenn Verwandte oder Bekannte eine Unterkunft bereitstellten. So erhielt der Antiquitätenhändler Nathan Adler aus Markelsheim bei Mergentheim für sich und seine Familie im März 1919 die Zuzugserlaubnis nur, "solange keine eigene Wohnung benötigt wird". (50) Der Viehhändlerswitwe Jeanette Frank aus Sterbfritz (Bezirksamt Schlüchtern) wurde im gleichen Monat der "Zuzug genehmigt für die Wohnung der Tochter". (51)

Im Januar 1925 erklärte angesichts sinkender jüdischer Bevölkerungszahlen Rabbiner Siegmund Hanover in einer Sitzung der Kultusverwaltung, die Gemeinde habe dennoch "eine große Zukunft", denn der "Zustrom zu ihr sei lediglich infolge der Wohnungsknappheit unterbunden." (52)

b. Permanente Zuzugsbeschränkungen für Ostjuden

Im September 1919 hob die bayerische Regierung das für Würzburg erlassene Zuzugsverbot auf. (53) Von diesem Zeitpunkt an wurde das Bevölkerungswachstum in Würzburg nicht mehr durch eine Verordnung gehemmt, sondern, ähnlich effektiv, durch den Mangel an geeignetem Wohnraum; am 9. September 1919 warnte der Stadtrat alle Zuzugswilligen vor der Übersiedlung in die Stadt. (54)

Eine wesentlich strengere Bestimmung galt seit dem 20. März 1920 für Ausländer und Staatenlose, die sich in einer bayerischen Stadt niederlassen wollten. In einer "Verordnung über Zuzug u. Aufenthalt" dekretierte die erste Regierung von Kahr, solche Personen dürften "nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der für den Zuzug zuständigen Bezirkspolizeibehörde [...] nach Bayern einreisen und an einem Orte in Bayern Aufenthalt nehmen". Die Regierung verbot, "Ausländer und Staatenlose, die nicht im Besitze der vorgeschriebenen bezirkspolizeilichen Zuzugs- und Aufenthaltsgenehmigungen sind, zu beherbergen oder in Wohnung zu nehmen." Für den Fall von Zuwiderhandlungen wurde "Gefängnis bis zu 1 Jahr" angedroht. (55)

Wie lange diese Verordnung galt, läßt sich nicht feststellen. Es ist aber anzunehmen, daß sie in dieser oder ähnlicher Form während der gesamten Weimarer Jahre angewandt wurde. 1929 erklärte Albert Sirkus, ostjüdischer Vertreter im Vorstand der Kultusgemeinde, die Behörden gestatteten keinen Zuzug von Ausländern nach Würzburg; höchstens ausländischen Studenten sei vorübergehend die Möglichkeit zum Aufenthalt in Würzburg gegeben. (56)

Wie in Kapitel IX ausgeführt wird, richtete sich die "Verordnung über Zuzug u. Aufenthalt" der Kahr-Regierung praktisch ausschließlich gegen nach Bayern eingewanderte Ostjuden. Diese wurden auch in Würzburg vor allem davon betroffen. Am 1. Juli 1920, kurz nach dem Erlaß der Bestimmungen, lebten in Würzburg 231 Ostjuden, die 11 % der jüdischen Bevölkerung der Stadt ausmachten. (57) Bis 1931 ging die Zahl um ein Drittel auf 153 Personen zurück. Der Verlust der Ostjuden war für die jüdische Gemeinde in demographischer Hinsicht um so schwerer zu verschmerzen, weil diese Gruppe zwischen 1900 und etwa 1919 besonders stark zugenommen hatte.

Von 1900 bis 1910 kam etwa die Hälfte aller Ostjuden, die 1920 in Würzburg lebten, in die Stadt. Da vor der Jahrhundertwende kaum Ostjuden in Würzburg gewohnt hatten (58), bedeutet dies, daß die annähernde Stagnation der jüdischen Bevölkerung zwischen den Zählungen von 1900 und 1910 nur durch den starken ostjüdischen Zuzug herbeigeführt wurde. Die deutschjüdische Bevölkerung, die zuvor 100 Jahre lang angewachsen war, ging bereits seit der Jahrhundertwende zurück.

Zwischen 1910 und dem für die Auswertung der Personenkartei ausgewählten Stichtag (1. Juli 1920) stieg der Anteil der Ostjuden nochmals stark an;

die Hälfte der 1920 in Würzburg lebenden Ostjuden wanderte erst in diesen Jahren zu. (59) Es spricht alles dafür, daß noch bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs die jüdische Bevölkerungszahl etwa 2500 ausmachte. Erst die Nachkriegsjahre mit Zuzugsbeschränkungen und Wohnungsmangel dürften die Wende herbeigeführt haben. Zuungunsten der Juden wirkte sich hierbei aus, daß der dynamischste Teil der jüdischen Zuzugsbewegung, nämlich der ostjüdische, nun den stärksten Einschränkungen unterworfen war. Für sich allein waren die Juden mit deutscher Staatsangehörigkeit schon seit 1900 nicht mehr in der Lage, das jüdische Bevölkerungsniveau in Würzburg zu halten. Überdies stellten die Ostjuden eine Personengruppe dar, die wegen ihrer geringeren Verwurzelung in der Stadt eher als ihre deutschen Glaubensgenossen geneigt waren, Würzburg wieder zu verlassen. In mehreren Fällen wurden Ostjuden von der Kahr-Regierung auch gezwungen, aus Würzburg und Bayern wegzuziehen.

c. Wegzug und Auswanderung

Von den für 1920 ermittelten Umlagepflichtigen und Unterstützungsempfängern verließen 13,7 % bis zum Jahr 1931 Würzburg. (60) Die verschiedenen Einkommensklassen zeigten dabei ein stark voneinander abweichendes Wanderungsverhalten. Die Mitglieder von Oberschicht (3 %) und gehobenem Bürgertum (8 %) verließen Würzburg weitaus seltener als Angehörige von Kleinbürgertum (17 %) und Unterschicht (21 %). Da die Ostjuden zu drei Vierteln den beiden unteren Klassen zuzurechnen waren und da ihrem Wegzug kein entsprechender Zuzug gegenüberstand, verringerte sich ihr Anteil an der gesamten jüdischen Bevölkerung Würzburgs zwischen 1920 und 1931 von 11 auf 8 %. Von den aus Würzburg Verzogenen wandten sich über zwei Drittel einer Großstadt zu, 21 % gingen in eine Klein- oder Mittelstadt und lediglich 8 % in eine Landgemeinde. (61)

Von einer nennenswerten Auswanderung deutscher Juden kann vor 1933 nicht gesprochen werden,

"nicht nur, weil das Aufgeben mühsam erarbeiteter Positionen und völliger Neubeginn in neuem Land bei fortgeschrittenem Alter (bei der Jugend war es anders) eine übermäßige menschliche und moralische Kraftanstrengung

bedeutete, sondern auch, weil damit indirekt zugegeben würde, daß die Zugehörigkeit zum deutschen Vaterland endgültig gelöst werden mußte. [...] Die deutschen Juden waren große Patrioten, sie hingen an Deutschland, an ihrem Geburtsland, sie waren aufgewachsen in deutscher Sprache und Kultur." (62)

In diese Richtung weisen auch die Äußerungen ehemaliger Würzburger. Fritz Cohn, Inhaber einer Silberschmelz- und Scheideanstalt, "glaubte nicht an Auswanderung; er wollte nichts damit zu tun haben, bestimmt nicht vor 1933. Deutschland, Würzburg war seine Heimat." (63) Einzelne Emigrationen vor 1933 "lösten großes Erstaunen aus" (64), die Zurückgebliebenen dachten, "daß mit den Leuten, die auswandern, irgend etwas nicht stimmt." (65) Mehrere der vom Autor Befragten gaben an, von Auswanderungen vor 1933 überhaupt nichts zu wissen. (66) Immerhin zeigt die Auswertung der Personenkartei (67), daß in den Jahren der Weimarer Republik 66 Personen das Reich verließen, die zuvor mehrere Jahre in Würzburg gelebt hatten. (68) Für ganz Deutschland schätzt Bernard B. Weinryb, daß im gleichen Zeitraum höchstens 2000 Juden jährlich ins Ausland gingen. (69)

Hinsichtlich der Motivation der Emigranten kommt ein Geflecht von möglichen familiären, ideologischen und wirtschaftlichen Gründen in Betracht. Es fällt auf, daß Witwen und Halbwaisen über ein Drittel (36 %) der Auswanderer stellten. Der Tod des Vaters bzw. des Ehemanns bewirkte ganz offensichtlich die leichtere Trennung von der gewohnten Umgebung. Die meisten Emigranten gehörten der Altersgruppe 20 bis 30 Jahre an, der überwiegende Teil (56 %) war ledig. Fast jeder zweite Auswanderer verließ Deutschland nicht isoliert, sondern wurde von anderen Familienmitgliedern begleitet bzw. diese folgten nach kurzer Zeit. Mehrere Ehepaare emigrierten gemeinsam, zum Teil mit Kindern, in anderen Fällen fand die Auswanderung in Etappen statt. So fuhr der 1912 von Reichenberg nach Würzburg gekommene Weinhändler Oskar Heß im Februar 1926 zunächst alleine nach New York und holte 1 1/2 Jahre später seine Frau und die beiden minderjährigen Söhne nach. (70) Acht der auswandernden Frauen zogen zu einem Ehemann, der schon vor der Heirat im Ausland gelebt hatte.

Über zwei Drittel der Emigranten (45 Personen) stammten aus Familien, die nach der Jahrhundertwende in Würzburg ankamen und wurden auch nach diesem Datum in Würzburg geboren. Man kann die Auswanderung dieses Personenkreises als integralen Bestandteil eines über mehrere Jahrzehnte sich erstreckenden Wanderungsprozesses sehen, der meist vom Land in die Mittelstadt

Würzburg und von dort, mit oder ohne Zwischenstation in einer Großstadt, ins Ausland führte. Ähnlich war die Situation der Ostjuden, die meist nach 1900 aus ihrer russischen oder österreichischen Heimat nach Würzburg gekommen waren, die also den Schritt der Emigration bereits einmal vollzogen hatten. Sie stellten 20 % der Auswanderer aus Würzburg, also etwa doppelt so viele, wie ihrem durchschnittlichen Anteil an der jüdischen Bevölkerung Würzburgs entsprechen würde.

Bevorzugtes Zielland waren wie schon im Kaiserreich die Vereinigten Staaten, die fast die Hälfte aller Würzburger Emigranten aufnahmen. Als jeweils etwa gleich attraktiv erwiesen sich die Schweiz, Palästina, Holland und Belgien. Diese fünf Länder bildeten die neue Heimat für annähernd 90 % der erfaßten Personen. (71)

Während die Auswanderung in die USA bisweilen den Beigeschmack von Unfreiwilligkeit hatte (72), erschien die Emigration in das britische Mandatsgebiet Palästina in anderem Licht. Wenn auch in liberalen, assimilierten Kreisen Unverständnis darüber herrschte, daß jemand "in die Wüste zog" (73), so erkannte doch eine wachsende Zahl den Idealismus der zionistisch motivierten Pioniere an, die beim Aufbau einer jüdischen Heimstätte mithelfen wollten. Von der kleinen zionistischen Ortsgruppe abgesehen, fand nationaljüdisches Gedankengut vor allem in Teilen der Würzburger jüdischen Jugendbewegung Verbreitung. Die orthodoxe Jugendgruppe Esra hatte einen zionistischen Flügel, dem der 1908 geborene Kaufmannssohn Michael Berney angehörte. Berney ging 1927, zwei Jahre nach dem Tod seines Vaters, in das religiös-zionistische Lehrgut Rodges bei Fulda zur landwirtschaftlichen Ausbildung und arbeitete danach ein Jahr in holländischen Gärtnereien. Am 21. Januar 1930 emigrierte er nach Palästina und holte vor der nationalsozialistischen Machtergreifung auch seine Mutter und deren ledige Schwester nach. (74) Berneys Schwester Fanny, ebenfalls im Esra aktiv, wanderte im Dezember 1931 nach Palästina aus. Über das Motiv für seine Emigration äußerte Berney: "Meine so frühe Auswanderung wurde durch meinen Vater indirekt gefördert. In den Jahren 1922/24 sagte er bereits: 'Der Judenhaß wird immer stärker, wir Juden haben hier keine Zukunft.'" (75)

Wie Michael Berney und seine Angehörigen kamen auch weitere Palästina-Auswanderer aus bekannten zionistischen Familien. (76) Die meisten hatten sich durch eine landwirtschaftliche oder gärtnerische Berufsausbildung auf

das Emigrationsland Palästina vorbereitet.

Daß es sich bei den Auswanderern überwiegend um Personen handelt, deren Versuch, in Würzburg wirtschaftlich Fuß zu fassen, nicht wunschgemäß verlief, enthüllt die Analyse der sozialen Verhältnisse. Für 60 Personen ist eine Aussage über die eigene Einkommensklasse bzw. die der Eltern möglich. Demnach gehörten fast zwei Drittel der Auswanderer (77) der Unterschicht und dem Kleinbürgertum an. Dem jüdischen Proletariat zuzurechnen war beispielsweise der 1895 von Adelsberg zugezogene Hermann Wolff, der auf Messen und Märkten mit Woll- und Kurzwaren sowie mit Schreibmaterialien handelte und 1920, im Alter von 60 Jahren, erneut einen Wandergewerbeschein beantragte. Wolff erhielt finanzielle und Sachunterstützung von der jüdischen Kultusgemeinde, nach seinem Tod (1926) legte die Stadt Würzburg für seine Witwe einen Armenakt an. Zwei von Wolffs Söhnen emigrierten nach Baltimore, eine Tochter wohnte zunächst mit ihrem Ehemann einige Jahre in Nürnberg und wanderte dann ebenfalls in die USA aus. (78)

4. Allgemeine Tendenzen der jüdischen Bevölkerungsentwicklung in der Weimarer Republik am Beispiel Würzburgs und Bayerns

"Die demographische Entwicklung der deutschen Juden war während der Republik gekennzeichnet durch die Beschleunigung von Prozessen, die schon Ende des 19. Jahrhunderts begonnen hatten. Dazu gehörten der Geburtenrückgang und die Überalterung, die Zunahme der Mischehen, die Konzentrierung in den Großstädten und die Einwanderung von osteuropäischen Juden. Im Zeitalter der Hochindustrialisierung waren Geburtenrückgang und Urbanisierung allgemeine Kennzeichen der Bevölkerungsentwicklung, jedoch zeigten sich diese bei Juden wesentlich früher als bei der Gesamtbevölkerung und erreichten daher in der Republik schon extreme Formen." (79)

Die jüdische Bevölkerungsentwicklung auf Reichsebene glich der in Würzburg. Während des Kaiserreichs verringerte sich zunächst nur der prozentuale Anteil der Juden an der deutschen Bevölkerung (80), während die absoluten Zahlen noch nach oben zeigten. (81) Die Volkszählung von 1925 brachte dann sowohl prozentual als auch absolut einen Rückgang, der sich bis zum Juni 1933 fortsetzte. (82) Schon vor 1918 erkannten die deutschen Juden, "daß die biologische Entwicklung ihrer Gemeinschaft rückläufig war". (83) 1911 veröffentlichte Felix Theilhaber eine die Situation dra-

matisierende Studie, der er den Titel "Der Untergang der deutschen Juden" gab. (84) In Bayern erreichte die Abnahme eine solche Größenordnung, daß die "Bayerische Israelitische Gemeindezeitung" im März 1928 schrieb, es bestehe "Anlaß zu Besorgnissen um den Bestand dieser kleinen Minorität". (85)

a. Urbanisierung

Die jüdischen Bevölkerungsverluste in Bayern verteilten sich nicht gleichmäßig auf das ganze Land, sondern gingen allein auf Kosten der ländlichen Gebiete vor sich. (86) Die industrielle Unterentwicklung Bayerns sowie das Überwiegen ländlicher Regionen führte einerseits dazu, daß die jüdische Abwanderung aus Bayern besonders stark war, während andererseits ein immer noch überdurchschnittlich großer Teil der bayerischen Juden auf dem Land lebte. Nur Bayern sowie die ebenfalls überwiegend agrarisch strukturierten Länder Hessen, Württemberg und Baden verfügten 1933 über ein nennenswertes Landjudentum. In Bayern lebte noch ein knappes Drittel der Juden in Gemeinden mit weniger als 10000 Einwohnern; auf Großstädte konzentriert war 1933 nur etwa die Hälfte der bayerischen Juden, während es im ganzen Reich bereits 71 % waren. (87)

Eine Sonderstellung innerhalb des durch seinen agrarischen Charakter ohnehin atypischen Landes Bayern nahm Unterfranken ein. Hier lebte 1933 noch mehr als die Hälfte der jüdischen Bevölkerung in Gemeinden mit weniger als 10000 Einwohnern. (88) Wenn man berücksichtigt, daß in den Jahrzehnten zuvor Unterfranken einen wesentlich höheren Prozentsatz seiner jüdischen Bevölkerung verloren hatte als Bayern insgesamt (89), so wird ersichtlich, welch besonders große Zahl von unterfränkischen Juden ursprünglich auf dem Lande lebte.

Unterfranken verfügte über unverhältnismäßig viele kleine jüdische Landgemeinden mit einem bedeutenden Potential von Abwanderern. Zwischen 1910 und 1925, als sich die jüdische Bevölkerung in Würzburg wie in ganz Bayern um 10 % verringerte, verloren traditionsreiche unterfränkische Landgemeinden besonders stark: In Laudenbach ging die jüdische Bevölkerung um 39 %, in Burgpreppach um 29 %, in Marktbreit um 23 % und in Urspringen um

22,6 % zurück. (90)

Die Bewegung der deutschen Juden aus den Landgemeinden und Mittelstädten in die Großstädte war nur ein Aspekt der jüdischen Sonderentwicklung auf demographischem Gebiet, allerdings ein sehr bedeutsamer, denn die geographische Konzentration der Juden lenkte weit über ihren numerischen Anteil an der Nation hinaus die Aufmerksamkeit auf sie, so wie auch die Sozialstruktur und die im nächsten Kapitel behandelte Beschränkung auf relativ wenige Berufsgruppen die Juden deutlich aus der Gesamtbevölkerung heraushoben. (91)

Dabei macht die besondere sozioökonomische Situation der Juden jeden Vergleich problematisch. Hierzu schrieb Arthur Ruppin in seiner "Soziologie der Juden":

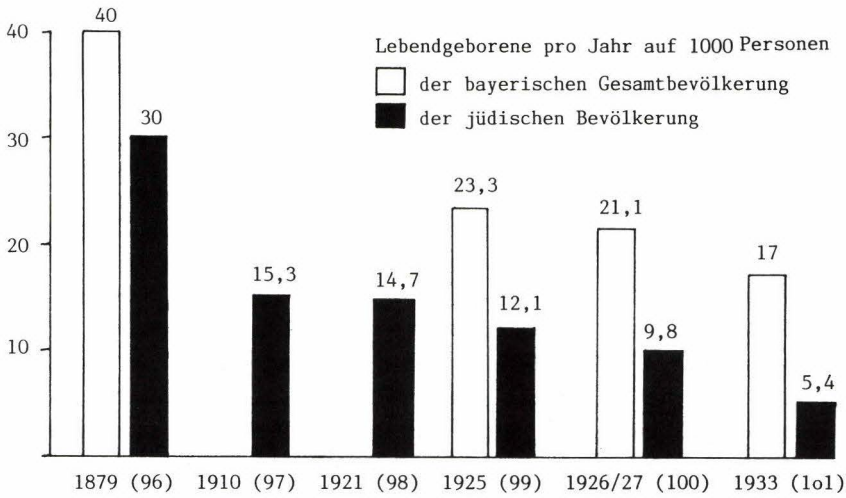
"Es muß bei allen statistischen Angaben über die Juden immer berücksichtigt werden, daß die Juden eine spezifische - durch Altersgliederung, Beruf, Wohnort, Bildung und Vermögen - von der übrigen Bevölkerung verschiedene Bevölkerungsschicht darstellen und daß diese ihre soziale Verschiedenheit auch auf alle ihre anderen Verhältnisse zurückwirkt." (92)

b. Geburtenrückgang und Altersgliederung

Besonders deutlich wird dies bei der jüdischen Geburtenziffer in Bayern, die seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts deutlich schneller als die der Gesamtbevölkerung zurückging. Blieb 1879 die jüdische gegenüber der allgemeinen Geburtenziffer um 25 % zurück, so kam 1933 weniger als eine jüdische Geburt auf drei Geburten der bayerischen Gesamtbevölkerung. (93)

Die jüdische Geburtenziffer erreichte bereits in den Jahren 1926 und 1927 mit jeweils durchschnittlich 9,8 Geburten auf 1000 jüdische Einwohner einen "in keinem Lande der Welt auch nur annähernd anzutreffenden Tiefstand." (94) Nicht nur war die Ziffer der gesamtbayerischen Bevölkerung mehr als doppelt so hoch, auch die europäischen Länder mit der niedrigsten Geburtenziffer lagen weit über den bayerischen Juden. (95)

Graphik 3: Geburtenziffer der bayerischen Gesamtbevölkerung und der bayerischen Juden (1879 bis 1933)



Der Geburtenrückgang war eine seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in ganz Europa zu beobachtende Erscheinung, wenn auch die Nichtjuden überall eine höhere Geburtenziffer behielten als die Juden. Die Sonderentwicklung bei den Juden erklärt sich zum Teil daraus, daß diese zu einem viel größeren Prozentsatz in Städten und Großstädten wohnten. Die dort verstärkt praktizierte Geburtenregelung begründet Ruppin unter anderem damit, daß die dafür unabdingbare höhere Bildung in der Stadt weiter verbreitet ist als auf dem Land:

"Der Großstädter ist in seinem Handeln rationalistischer als der ungebildete Dorfbewohner, der sich viel mehr von seinen Instinkten beherrschen läßt. Dazu kommt noch, daß die Erziehung der Kinder in der Stadt höhere Aufwendungen verlangt als auf dem Lande und daß in der Wirtschaft der Bauern die Kinder schon in einem viel früheren Alter sich nützlich betätigen können als in der Stadt." (102)

Tatsächlich lag die Geburtenziffer aller bayerischen Großstadtbewohner im Jahr 1925 mit 16,3 erheblich näher bei der jüdischen (12,1) als bei der bayerischen Gesamtbevölkerung (23,3). (103) Ruppin glaubt sogar, daß der Vergleich einander entsprechender christlicher und jüdischer Gruppen, beispielsweise gebildeter und wohlhabender jüdischer und christlicher

Großstadtbewohner, zu annähernd gleichen Geburtenziffern führen würde. (104)

Die für die Würzburger Juden und die Gesamtbevölkerung der Stadt ermittelten Zahlen sind praktisch deckungsgleich: Von allen Würzburger Familien mit Kindern hatten 31 % ein Kind (jüdische Familien: 28 %), 27 % zwei Kinder (Juden: 28 %) und 17 % drei Kinder (Juden: 18 %). (105) Auch die Zahlen der kinderreichen Familien mit vier und mehr Kindern weichen kaum voneinander ab. (106)

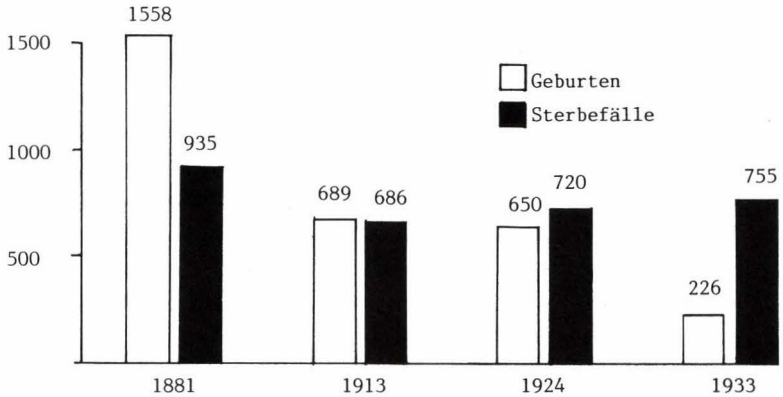
Das Reproduktionsverhalten der Ostjuden unterschied sich gravierend von dem der übrigen Bevölkerung. Unter den ostjüdischen Familien mit Kindern waren kinderreiche Familien doppelt so häufig anzutreffen wie unter allen Würzburger und allen jüdischen Familien mit Kindern. (107) Andererseits waren unter den 223 jüdischen Kindern, die zwischen November 1918 und Januar 1933 von in Würzburg ansässigen Eltern geboren wurden, nur zwölf ostjüdische Kinder. Dies entspricht 5,4 %, liegt also deutlich unter dem ostjüdischen Anteil an der jüdischen Bevölkerung der Stadt. Die sehr große Kinderzahl der ostjüdischen Familien rührte noch aus der Zeit vor der Ankunft in Würzburg her; nach der Ansiedlung paßten sich die Ostjuden dem generativen Verhalten ihrer deutschjüdischen Glaubensgenossen an und übertrafen sie hierbei sogar noch. Zu berücksichtigen ist daneben der hohe Prozentsatz der Ledigen unter den Ostjuden.

Besonders zahlreich waren kinderreiche Familien in den beiden unteren Einkommensklassen: Beim jüdischen Kleinbürgertum betrug der Anteil gut ein Drittel, bei der Unterschicht sogar weit mehr als die Hälfte, während er in den übrigen Gruppen ein Viertel nicht oder nur knapp überstieg. (108)

Mit der Würzburger Bürgerschaft gemein hatten die Juden der Stadt die "zunehmende Überalterung". (109) Die Zahl der alten Menschen in Würzburg lag sowohl über dem Reichsdurchschnitt als auch über dem Durchschnitt aller deutschen Großstädte. (110) Bei den Juden führten die fallende Geburtenziffer und die insgesamt längere Lebenserwartung dazu, daß die niederen Altersklassen geringer besetzt waren als die mittleren und hohen. Der Anteil der Kinder unter 15 Jahren sank bei den deutschen Juden zwischen 1871 und 1933 um die Hälfte. 1925 befand sich ein Drittel der Juden, aber nur ein Viertel der Gesamtbevölkerung im Alter von 45 und mehr Jahren. 1933 gab es bei der Gesamtbevölkerung 9 % noch nicht schulpflichtiger Kinder, unter den Juden aber nur knapp 5 %. (111) Die Überalterung der Juden

hatte zur Folge, daß die Zahl der Sterbefälle anstieg und in Bayern seit 1924 die Zahl der Geburten übertraf.

Graphik 4: Jüdische Geburten und Sterbefälle in Bayern, 1881 bis 1933 (in absoluten Zahlen) (112)



In Würzburg starb zwischen 1920 und 1931 annähernd ein Viertel (24,3 %) der für den 1. Juli 1920 ermittelten Umlagepflichtigen und Unterstützungsempfänger, wobei sich die verschiedenen Einkommensklassen deutlich voneinander abhoben. Von den Angehörigen der Oberschicht starben 12 %, beim gehobenen Bürgertum waren es 20 und beim mittleren Bürgertum 21 %. Deutlich höher lagen das Kleinbürgertum mit 27 und die Unterschicht mit 29 %. Der Grund: Die Einkommensklassen 1, 2 und 3 setzten sich zu einem größeren Prozentsatz aus aktiv im Wirtschaftsleben Stehenden zusammen, während in den Klassen 4 und 5 der Anteil älterer, im Ruhestand lebender Menschen größer war. Die Witwen, Privatiers und Privatieren, deren soziale Lage bekannt ist, gehörten zu genau zwei Dritteln (66 %) dem Kleinbürgertum und der Unterschicht an, während diese beiden Klassen ansonsten nur gut die Hälfte (56,5 %) der jüdischen Bevölkerung Würzburgs ausmachten.

Bei der Addition der Verluste der jüdischen Bevölkerung Würzburgs, die zwischen 1920 und 1931 durch Tod, Wegzug und Auswanderung entstanden, ergibt sich ebenfalls eine klassenmäßig gegliederte aufsteigende Entwicklung: Der Verlust lag beim Großbürgertum lediglich bei 18 %, während ge-

hobenes und mittleres Bürgertum jeweils etwa ein Drittel verloren. (113) Von den Angehörigen des Kleinbürgertums und der Unterschicht lebte nach elf Jahren nur noch etwa jeder zweite in Würzburg. (114)

c. Mischehen

Als besonders "verhängnisvoll für den Bestand der jüdischen Bevölkerung" bezeichnete die "Bayerische Israelitische Gemeindezeitung" 1928 die "überhandnehmenden Mischehen". (115) Die Zahl der Mischehen, die durch Reichsgesetz erst seit 1875 in allen deutschen Staaten erlaubt waren (116), stieg seit 1876 in Bayern sprunghaft an. Zwischen 1875 und 1880 bildeten sie lediglich 3,5 % aller Eheschließungen mit jüdischer Beteiligung, zwischen 1896 und 1900 bereits 8,1 %, und für die Jahre 1911 bis 1915 betrug die Mischehen-Quote 16,5 %. Die letzte verfügbare Zahl stammt aus dem Zeitraum 1921 bis 1924: Mehr als ein Viertel (27 %) aller in diesen Jahren von bayerischen Juden geschlossenen Ehen waren Mischehen. (117)

Das orthodoxe Judentum sah und sieht die Mischehe als Verstoß gegen die Religion an. Tatsächlich war die Heirat ausschließlich im Kreis der eigenen Religionsgenossen über Jahrhunderte hinweg das wichtigste Bindemittel gewesen, das die Juden zusammenhielt und aus ihnen eine ethnische Einheit mit ausgeprägter Eigenart machte. (118)

Um dem Anwachsen der Mischehen entgegenzutreten, rief die "Gemeindezeitung" die jüdischen Vereine Bayerns dazu auf, "der Geselligkeit die größte Aufmerksamkeit angedeihen" zu lassen: "Jede jüdische Gemeinde sollte es als wichtige Aufgabe betrachten, ein jüdisches Heim als Zentralpunkt jedweder Unterhaltung des Wissens und des Vergnügens zu besitzen. Es gilt schnell zu handeln, um der ungünstigen Situation eine entscheidende Wendung zu geben." (119)

In Würzburg lebten zwischen November 1918 und Januar 1933 insgesamt 46 jüdische Männer und Frauen in einer Mischehe bzw. gingen in Würzburg eine solche ein. Zwei dieser Personen ließen sich in Würzburg scheiden und schlossen erneut eine Ehe mit einem nichtjüdischen Partner, so daß sich

die Gesamtzahl von 48 Mischehen ergibt. (120) Von diesen wurde die Hälfte mit katholischen Partnern geschlossen (52,1 %), gut ein Drittel (37,5 %) mit protestantischen. In zwei Fällen war der Partner freireligiös, in drei Fällen ist seine Religionszugehörigkeit unbekannt. (121) Bei der Volkszählung des Jahres 1925 betrug der Anteil der Katholiken an der Würzburger Bevölkerung 76,4 %; sie waren also bei den Mischehen stark unterrepräsentiert. Die Protestanten hingegen, die 20,4 % der Bürger ausmachten, stellten einen fast doppelt so großen Anteil an den Mischehen-Partnern. (122) Das auch auf Reichsebene, dort allerdings weniger deutlich zu beobachtende Phänomen (123), dürfte mit dem stärkeren Einfluß zusammenhängen, den die katholische Kirche auf die ihr angehörenden Gläubigen in Ehefragen ausübt.

Von den 46 Würzburger Juden, die in einer Mischehe lebten, waren zwei Drittel männlichen und ein Drittel weiblichen Geschlechts. (124) Die Beobachtung, daß Männer leichter als Frauen eine Mischehe mit einem nichtjüdischen Partner eingingen, läßt sich auch für andere Länder, etwa Preußen und Hessen, sowie für Bayern insgesamt machen. (125)

Die Mischehe tat dem Judentum dadurch Abbruch, daß der jüdische Teil in der Mischehe sich häufig von seiner Religion entfernte und nach der Eheschließung aus dem Judentum austrat. Von den 46 jüdischen Männern und Frauen, die in Würzburg in einer Mischehe lebten, taten diesen Schritt drei (6,5 % der jüdischen Partner). Noch wesentlich bedeutsamer sind die Verluste für das Judentum, wenn man die Kinder aus Mischehen in Betracht zieht. Die durchschnittliche Kinderzahl aller zwischen 1918 und 1933 vom Autor registrierten Ehen mit Kindern mit einem oder zwei jüdischen Partnern war 2,86, die der Mischehen mit Kindern lediglich 1,87. (126) Aus Mischehen entsprang also durchschnittlich ein Drittel weniger Kinder als aus anderen Ehen. Diese Kinder wurden dem Judentum nicht zur Hälfte, sondern zu einem viel geringeren Prozentsatz erhalten. Ruppin kam auf Grund verschiedener Berechnungen zu der Annahme, "daß nicht mehr als 10 Prozent aller Kinder aus Mischehen dauernd beim Judentum verbleiben" (127), während die "Gemeindezeitung" vom März 1928 schrieb, 23 % der Kinder aus Mischehen würden "dem Judentum zugeführt." (128)

Basierend auf der für Würzburg erstellten Personenkartei ist es möglich, diese Schätzungen an Hand exakter Zahlen zu überprüfen. Untersucht man zu-

nächst alle 45 Kinder, die den Würzburger Mischehen entstammten, so erhält man folgende Zahlen: 20 Kinder gehörten der protestantischen, 16 der katholischen Religion an, zwei Kinder waren freireligiös, für vier ist keine Angabe möglich. Nur drei Kinder (6,7 %) hielten an der jüdischen Religion fest. Wieder fällt das enge Verhältnis von Mischehe und Taufe auf: Von den ursprünglich acht als jüdisch gemeldeten Kindern traten fünf noch vor 1933 aus der jüdischen Religion aus. Betrachtet man nur die in Würzburg aus Mischehen geborenen Kinder, so kommt man zu einem ähnlichen Ergebnis: Von 16 Kindern wurde nur eines (6,25 %) beim Einwohnermeldeamt als jüdisch geführt.

Die Würzburger Zahlen bestätigen die von Bennathan aufgestellte Behauptung, unter den Ostjuden seien die Mischehen weniger häufig gewesen als unter den einheimischen Juden. (129) Nur zwei der jüdischen Partner in Mischehen waren ostjüdischer Herkunft (4,3 %). Ihr Anteil an den Mischehen lag also nicht einmal halb so hoch wie ihr Anteil an der jüdischen Bevölkerung Würzburgs. Fragwürdig erscheint dagegen die Ansicht Ruppins, Mischehen kämen "am häufigsten in den gebildeten, wohlhabenden, irreligiösen Schichten" (130) vor. Die für Würzburg ermittelten Zahlen lassen eher den Schluß zu, daß kleinbürgerliche Verhältnisse der beste Nährboden für die Verehelichung mit einem Nichtjuden waren. 27 der 46 jüdischen Partner in Mischehen lassen sich einer Einkommensschicht zuweisen; davon gehörten allein 14 (52 %) dem Kleinbürgertum an. Ansonsten hatte nur noch das gehobene Bürgertum eine nennenswerte Zahl von Mischehen (6, bzw. 22 %) aufzuweisen. (131)

Ruppin bezeichnete die Ehe zwischen Juden und Christen als symptomatisch für die Entwicklung des postemanzipatorischen Judentums:

"Die Mischehe [hat] - ähnlich wie die Taufe - eine große Bedeutung als Symptom einer allgemeinen Erscheinung, nämlich der Lockerung des jüdischen Gemeinschaftsgefühls überhaupt: Die Mischehe kann sich nur dort ausbreiten, wo diese Lockerung den Boden für sie vorbereitet hat. Sie ist nur die letzte Phase des Prozesses, der mit der Niederreißung des Ghettos und der Beteiligung der Juden an der Kultur ihrer Umgebung beginnt. Insofern ist die geringe oder größere Häufigkeit der Mischehe ein guter Maßstab für den Grad der Assimilation der Juden überhaupt." (132)

d. Austritte aus dem Judentum

In Würzburg wurden in den Weimarer Jahren 43 Austritte aus der jüdischen Religionsgesellschaft registriert. Diese geschahen zunächst durch persönliche Abmeldung beim zuständigen Bezirksrabbiner, der aber nicht verpflichtet war, ein Abmeldezeugnis auszustellen oder den Austritt dem Stadtmagistrat oder der Gemeindebehörde zu melden. Dafür mußte der Austretende selbst sorgen. 1921 trat eine neue gesetzliche Vorschrift in Kraft, wonach am Standesamt des Wohnsitzes der Austritt zu erklären war. Das Amt stellte eine Bescheinigung aus und schickte sie der Kultusgemeinde, welche sie wiederum an den Rabbiner zur Kenntnisnahme weiterleitete. (133)

Von den Würzburger Austritten gingen sieben mit dem Übertritt zur evangelischen und fünf mit dem Übertritt zur katholischen Kirche einher. In drei Fällen wurde "freireligiös" bzw. "konfessionslos" angegeben. Mit Ruppin ist anzunehmen, daß die meisten Personen, für die keine Angaben vorliegen, sich einer anderen als der jüdischen Religion nicht angeschlossen haben. Ruppin nennt für Württemberg für die Jahre 1921 bis 1925 elf Übertritte zum Christentum, aber 45 "Austritte zu den Konfessionslosen", was einen Konfessionslosen-Anteil von 80 % bedeutet. (134) Bei der Addition aller Würzburger Austretenden ohne neue Religion ergibt sich eine mögliche Quote von 72 % Konfessionslosen.

Während Würzburg mit 488 Freireligiösen im Jahr 1933 deutlich unter anderen Städten lag (135), erreichte die Zahl der Freireligiösen im Reich mit 1550000 eine beträchtliche Höhe. Über die ehemaligen Bekenner der jüdischen Religion innerhalb dieser Gruppe schrieb Ruppin:

"Die Juden ziehen den Austritt zu den Konfessionslosen dem Übertritt zum Christentum vor, weil er die Taufzeremonie erspart und von der jüdischen Gemeinschaft milder beurteilt wird. In der Tat vermeidet er die Unaufrichtigkeit, daß der zum Christentum übertretende ein dogmatisches Glaubensbekenntnis ablegen muß, obwohl er doch fast ausnahmslos - von materiellen Beweggründen zum Übertritt oder von bevorstehender Heirat mit einem christlichen Ehegatten ganz abgesehen - das Judentum einfach deshalb verläßt, weil er müde ist, das Stigma des Juden weiter zu tragen." (136)

Die große Bedeutung, die hier der Mischehe beigemessen wird, findet auch hinsichtlich der Würzburger Untersuchungsergebnisse ihre Berechtigung:

Eine geplante, bestehende oder frühere Mischehe des Austretenden selbst oder eines Elternteils bildete in 17 Fällen (40 %) den offensichtlichen Hintergrund des Austrittes. Materielle Beweggründe lassen sich dreimal nachweisen, wobei jeweils der Austritt der Kultusgemeinde gegenüber mit dem Wunsch begründet wurde, sich der als zu hoch empfundenen Kultusumlage zu entziehen. Die äußerst selten wahrgemachte Drohung mit dem Austritt wandten liberale Groß-Steuerzahler bisweilen an, um eine Reduzierung des Umlagesatzes zu erreichen.

Ein Ausgetretener, der das Judentum im Jahr 1913 verlassen hatte und in Bad Kissingen zur protestantischen Religion übergetreten war, zahlte 1920 regulär wie alle Mitglieder der Kultusgemeinde an diese seine Umlage. (137) Der Teilhaber einer Würzburger Weinhandlung vertrat seine Firma vornehmlich in Rußland, wo er mit einem jüdischen Paß nur schwer auftreten konnte. (138) Es scheint sich hier um einen Fall - den einzigen - zu handeln, in dem der Austritt mit dem innerlichen Beharren im Judentum und mit der weiteren Mitgliedschaft in der israelitischen Kultusgemeinde einherging, der der Schritt wahrscheinlich verheimlicht wurde. Eine Person war vor der Jahrhundertwende zur katholischen Religion übergetreten und im Februar 1907 in die jüdische Religionsgemeinschaft zurückgekehrt. (139)

Fast ein Fünftel der in Würzburg zwischen 1918 und 1933 vorgenommenen Austritte (19 %) betraf Personen, die erst seit kurzem in Würzburg wohnhaft waren und keinen Bezug zur jüdischen Gemeinde besaßen; darunter befanden sich drei Studenten von auswärts. Bei der Addition der seit weniger als zehn Jahren in Würzburg Ansässigen erhält man 15 Personen (35 %). Mehr als ein Drittel der Austretenden nutzte also die relativ oder gänzlich fremde Umgebung, um sich von der angestammten Religion zu lösen. Bei über einem Viertel der Austretenden (28 %) handelte es sich um Studenten bzw. um Akademiker und deren Angehörige. 23 % (einschließlich der Ehefrauen und Kinder) waren im kommunalen oder Staatsdienst.

Die von Ruppin vertretene Ansicht, "daß die Übertritte in den höheren Schichten besonders häufig sind" (140), findet sich durch die Würzburger Zahlen bestätigt. Mittleres und gehobenes Bürgertum sowie Oberschicht stellten 56 % der Austretenden (141), Kleinbürgertum und Unterschicht 35 %. Für die übrigen Personen ist keine Angabe möglich.

e. Übertritte zum Judentum

Den 43 für Würzburg ermittelten Austritten aus der jüdischen Religionsgemeinschaft stehen lediglich vier Übertritte zum Judentum gegenüber. Stets handelte es sich um Frauen (Durchschnittsalter: 27 Jahre), die einen jüdischen Mann heirateten. Drei stammten aus katholischen bayerischen Familien (davon nur eine aus Würzburg), in einem Fall ist die frühere Religion nicht feststellbar. (142) Die vier zwischen November 1918 und Januar 1933 geschlossenen Ehen, in denen ein Partner kurz vor oder nach der Trauung zum jüdischen Glauben übertrat, brachten drei während der Weimarer Jahre in Würzburg geborene jüdische Kinder hervor.

Hinsichtlich der von Ruppin eingeführten Kategorie des "Überschusses der Austritte über die Eintritte" ergibt sich für Würzburg ein Verlust von 39 Personen oder von 2,74 Personen pro Jahr. Während der Weimarer Jahre lag die jüdische Durchschnittsbevölkerung in Würzburg bei etwa 2300 Personen. Der jährliche Verlust betrug also 1,2 auf 1000 jüdische Einwohner. Ruppin nennt folgende Vergleichszahlen für etwa den gleichen Zeitraum: Preußen 1,3, Berlin 1,0 und Hamburg 2,0 auf 1000 Juden. (143)

II. Berufsgliederung

Wie die Sozialschichtung und das demographische Verhalten zählt auch die Berufsgliederung zu den erworbenen sekundären Sozialmerkmalen, durch die sich die jüdische Bevölkerung von der christlichen unterschied. (1) Im folgenden wird unter Auswertung der Personenkartei die berufliche Gliederung der jüdischen Bürger Würzburgs für die beiden Stichtage (1. Juli 1920 und 1. Juli 1931) analysiert und in den Zusammenhang der deutschen Juden wie auch der Gesamtbevölkerung im Reich gestellt. Dabei wird der Beruf nach der Art des Betriebes, in dem die betreffende Person arbeitet (objektiver Beruf) definiert, nicht nach der Tätigkeit, die sie ausübt (subjektiver Beruf). Prokuristen und Reisende sind daher, je nachdem ob sie in einem kaufmännischen oder einem industriellen Betrieb tätig sind, dem Handel oder der Industrie (und hierbei wiederum der jeweiligen Branche) zugerechnet. (2)

Beim Vergleich mit den Verhältnissen im Reich und in Bayern werden die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählungen von 1907, 1925 und 1933 herangezogen. Erstere liefert die aktuellsten Angaben für die Zeit vor 1918. (3) Die Zählung von 1925 berücksichtigte zwar die Konfession nicht, doch bearbeitete die Akademie für die Wissenschaft des Judentums die Ergebnisse, so daß Aussagen über die jüdische Bevölkerung möglich sind. (4) Die Zählung vom Juni 1933 fand statt, als schon 5 bis 10 % der Juden ins Ausland geflohen waren und viele jüdische Akademiker Berufsverbot erhalten hatten. Diese wurden jedoch, sofern sie noch im Reich lebten, als Erwerbslose in den früheren Berufsgruppen mitgezählt. (5)

Die Arbeit untersucht darüber hinaus, welchen zahlenmäßigen Anteil jüdische Firmen in Würzburg an bestimmten Branchen und Einzelpersonen an bestimmten Berufen hatten. Als "jüdische Firmen" gelten dabei ausschließlich jene Unternehmungen, deren Inhaber der israelitischen Kultusgemeinde angehörten. (6) Dabei spielt die Tatsache keine Rolle, daß in vielen dieser Firmen die Zahl der christlichen Angestellten die der jüdischen übertraf. Entscheidend sind allein die Besitzverhältnisse.

Die folgenden Seiten wurden nicht in der Absicht geschrieben, einen möglicherweise "zu großen" Anteil von Würzburger Juden an bestimmten Branchen zu erklären oder gar zu entschuldigen, ebensowenig wie dieser Anteil

durch den "Beitrag" einzelner Personen oder Firmen zum Würzburger Wirtschaftsleben relativiert werden soll. Das Kapitel verfolgt lediglich das Ziel, den jüdischen ökonomischen Sektor in Würzburg in seiner Komplexität zu beschreiben. Zwar ist Alfred Marcus zuzustimmen, der betont, Untersuchungen des "wirtschaftlichen Gewichts" der Juden seien nicht "wirklich erschöpfend durchzuführen", denn "dafür fehlen die Unterlagen und sie werden auch nie zu beschaffen sein." (7) Doch kann immerhin festgestellt werden, daß die Quellenlage für Würzburg Aussagen erlaubt, die in ihrer Präzision über die Zahlenreihen amtlicher Statistiken hinausreichen.

So ist es möglich, Entwicklungen darzustellen. Es wird gezeigt, wie sich die Situation zwischen den Stichtagen in einzelnen Branchen veränderte, welchen Aufschwung Firmen seit der Gründung nahmen, wie die Inhaber wechselten und Teilhaber aufgenommen wurden. Weiter kann über Größe und Bedeutung einzelner Firmen Auskunft gegeben werden (8), ebenso über Bekanntheits- und Beliebtheitsgrad von selbständig Tätigen sowie über die Zahl der Angestellten. Auf diese Weise wird die von Niewyk beklagte Praxis vermieden, lediglich die Anzahl jüdischer Unternehmen in einzelnen Branchen zu nennen, ohne Aussagen über deren Geschäftsumfang hinzuzufügen. (9) Schließlich erbrachten die mündlichen und schriftlichen Befragungen in mehreren Fällen auch Beschreibungen des Berufsalltags, die Wirklichkeiten jenseits statistischer Zahlen aufzeigen.

Von besonderer Bedeutung sind die gezielt ausgewählten Beispiele, die, soweit als möglich, die verschiedenen sozialen Schichten berücksichtigen. Hier rücken Ostjuden sowie eben erst zugezogene Mitglieder von Unterschicht und Kleinbürgertum neben bedeutenden Firmengründern und bekannten Großunternehmern gleichberechtigt in den Mittelpunkt des Interesses. Hier liegen auch vor allem die Lücken in der Literatur, die sich mit den wirtschaftlich nicht Erfolgreichen bislang kaum auseinandergesetzt hat: "Eine Erforschung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Masse der Juden fehlt." (Monika Richarz) (10) Diese Arbeit zeigt dagegen das jüdische Wirtschaftsleben in seiner ganzen Breite.

1. Die Erwerbsziffer

Am Beispiel der Erwerbsziffer läßt sich zeigen, daß auch auf wirtschaftlichem Gebiet der Unterschied zwischen jüdischer und übriger Bevölkerung geringer wird, wenn man die Juden nicht mit der gesamten Bevölkerung vergleicht, sondern mit Teilen, deren Lebensumstände denen der Juden eher entsprechen.

Während von 1000 bayerischen Bürgern im Jahr 1925 mehr als die Hälfte (536) hauptberuflich erwerbstätig waren, traf dies bei den bayerischen Juden auf wesentlich weniger Personen, nämlich nur auf 432, zu. (11) Für alle Würzburger Bürger lag die entsprechende Zahl bei 452 und mithin kaum über der der bayerischen jüdischen Gesamtbevölkerung. (12) 1933 hatte sich die Würzburger Erwerbsziffer sogar noch weiter verringert - auf 440 (13); sie traf sich nunmehr genau mit der jüdischen: Von den Juden, die am 1. Juli 1931 in Würzburg wohnten, standen ebenfalls je 1000 Personen 440 im Erwerbsleben. (14)

Die niedrige jüdische Erwerbsziffer rührt von der Tatsache her, daß bei den Juden jene Berufe unterrepräsentiert waren, die einen frühzeitigen Eintritt in die Berufstätigkeit erforderten (Arbeiter, Landwirte) (15), und daß die von ihnen bevorzugten und in den folgenden Abschnitten geschilderten Berufe in der Regel eine längere Ausbildung verlangten. Darüber hinaus machte sich auch die Überalterung der jüdischen Bevölkerung bemerkbar, die die Zahl der aktiv im Berufsleben Stehenden schrumpfen ließ.

Als wichtigster Faktor muß jedoch die besonders niedrige Erwerbsziffer der jüdischen Frauen angesehen werden, die um mehr als die Hälfte geringer war als die aller bayerischen Frauen. Der ausgeprägt agrarische Charakter Bayerns erforderte die intensive Beteiligung der Frauen an der landwirtschaftlichen Arbeit. Ackerbau und Viehzucht waren jedoch bei den Juden und in den Städten kaum anzutreffen. (16) Zudem war in den von Juden stark besetzten mittleren und gehobenen bürgerlichen Schichten die Berufstätigkeit der Frau ohnehin eine Ausnahmeerscheinung.

Die niedrige jüdische Erwerbsziffer läßt eine besonders hohe Zahl von er-

wachsenen Berufslosen erwarten. Tatsächlich lag im Jahr 1907, für das allein Angaben existieren, die Anzahl der jüdischen Berufslosen in Bayern fast doppelt so hoch (21,5 %) wie unter der Gesamtbevölkerung (11,4 %). (17)

In Würzburg wurden für 1920 insgesamt 270 Privatiers und Privatieren, Witwen, Pensionisten sowie Pfründner (Bewohner der jüdischen Altersheime) ermittelt: 1931 waren es nur noch 206. Die Zahl der Erwerbstätigen selbst blieb jedoch in diesen elf Jahren praktisch konstant (1920: 820, 1931: 819). Folglich kamen auf jede alte Person ohne Beruf 1920 drei Berufstätige, 1931 aber vier. (18)

Diese Verschiebung dürfte überwiegend hervorgerufen worden sein durch die Auswirkungen von Inflation und Weltwirtschaftskrise. Alte Menschen, die sich schon in den Ruhestand zurückgezogen hatten, sahen sich vielfach gezwungen, erneut einen Beruf zu ergreifen. So lebte der aus dem hessischen Bebra stammende Bernhard M. Stern 1920 als 72jähriger Privatier in Würzburg von seinem angesparten Vermögen. Zuvor hatte er in der Stadt ein Mode- und Weißwarengeschäft besessen. Nach der Inflation, die ihn zum "Kleinrentner" und "Reichsbeihilfen-Empfänger" machte, übernahm er Textilvertretungen und ließ sich mit diesem Beruf auch 1931, nunmehr 83 Jahre alt, ins Wohnungsbuch eintragen. (19)

Nicht unterschätzt werden darf außerdem die Zahl jener alten Menschen, die wegen der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse darauf verzichten mußten, überhaupt in den Ruhestand zu treten.

2. Analyse der Berufsgliederung der jüdischen Bevölkerung Würzburgs für die Jahre 1920 und 1931 (20)

a. Häuslicher Dienst und Lohnarbeit wechselnder Art

Seit Beginn des 19. Jahrhunderts ging der Anteil der jüdischen Erwerbstätigen an dieser Berufsabteilung ständig zurück. 1895 lag er auf Reichsebene bei 3,5 %, 1925 nur noch bei 2,8 %. Hausangestellte und Tagelöhner gehörten der untersten Einkommensschicht an, die durch sozialen Aufstieg und Auswanderung am stärksten dezimiert wurde. (21) Im Reich wie auch in Bayern und Würzburg waren Juden stets zu einem geringeren Prozentsatz in dieser Berufsabteilung tätig als die Gesamtbevölkerung, was vor allem durch die durchschnittlich wesentlich höhere soziale Stellung der Juden zu erklären ist. (22)

In Würzburg war der Abstand besonders groß: Fast jeder zehnte erwerbstätige Würzburger (9,8 %) sicherte 1925 seinen Lebensunterhalt durch häuslichen Dienst und Lohnarbeit wechselnder Art (23), während dies bei den für 1920 ermittelten jüdischen Erwerbstätigen nur auf 1,3 % zutraf. Es handelte sich hierbei ausschließlich um Hausangestellte ("Stützen"). Tagelöhner und Gelegenheitsarbeiter waren nicht nachweisbar. 1931 sahen sich 1,7 % der erwerbstätigen Juden Würzburgs gezwungen, sich als "Stütze" in Privathaushalten zu verdingen. (24)

Der Anstieg ist auf die durch Inflation und beginnende Weltwirtschaftskrise verursachte Verarmung vor allem im mittleren Bürgertum zurückzuführen. Manche Tochter aus ehemals wohlhabenden Familien mußte jede sich bietende Arbeitsgelegenheit ergreifen, wobei die häuslichen Dienste insofern bevorzugt wurden, als hier keine lange Ausbildung nötig war. Der Zuwachs wäre sicher noch bedeutend größer gewesen, wenn nicht die Einschränkung in der Haushaltsführung bei ehemals reichen Schichten die Beschäftigungsmöglichkeiten vermindert hätte. (25)

Die - ausschließlich weiblichen - 308 jüdischen Hausangestellten, die 1925 in Bayern lebten, waren ohne Ausnahme bei jüdischen Arbeitgebern beschäftigt. (26) Soweit Angaben für Würzburg vorliegen, bestätigen sie diese Tendenz.

b. Öffentliche Dienste und freie Berufe

Die berufliche Emanzipation der Juden war 1871 nur gesetzlich vollendet. Tatsächlich gab es auch danach vor allem im Beamtenapparat noch berufliche Diskriminierung von Juden, die von den höheren Positionen in Heer und Verwaltung oft trotz entsprechender Qualifikation ausgeschlossen blieben. Die jüdischen Akademiker reagierten hierauf mit der Bevorzugung der freien Berufe vor allem des Arztes, des Rechtsanwalts und des Journalisten. (27)

Die volle berufliche Gleichstellung der Juden in der Beamtenschaft wurde erst in der Republik verwirklicht. Der Anteil der jüdischen Erwerbstätigen an den freien Berufen und im öffentlichen Dienst, der während des Kaiserreichs mit 7,1 % (1895) und 7,9 % (1907) praktisch konstant geblieben war, nahm in der Weimarer Republik kontinuierlich zu und betrug 1925 bereits 9,7 und 1933 sogar 12,5 %. (28)

In Würzburg verlief die Entwicklung in parallelen Bahnen: 1920 machten öffentliche Dienste und freie Berufe unter der jüdischen erwerbstätigen Bevölkerung 9,4 % aus; 1931 war der Anteil auf 10,1 % gestiegen. (29) Der Zuwachs ist jedoch nicht überwiegend durch die verstärkte Tätigkeit von Juden in öffentlichen Ämtern und Behörden zu erklären, sondern findet seine Begründung vor allem in einem weiteren Wachstum der Zahl der freiberuflich Tätigen. Hier machte sich die Tendenz von Kaufmannssöhnen bemerkbar, in akademische, meist freie Berufe überzuwechseln. Dieser Schritt, häufig Folge des sozialen Aufstiegs, wurde auch von Juden aus weniger bemittelten Familien angestrebt, die, wie etwa der Sohn des aus Rußland stammenden Kantors Abraham Niederland, ihr Studium weitgehend selbst finanzieren mußten. (30)

Rund 11 % der niedergelassenen Würzburger Allgemein- und Fachärzte, Zahnärzte und Tierärzte waren in den Weimarer Jahren Juden. (31) Diese Zahlen entsprechen in etwa den Verhältnissen im Reich (32), liegen aber wesentlich höher als in Bayern. (33)

Die größte Kassenpraxis in Würzburg hatte der praktische Arzt Max Strauß (34), dem die Gestapo 1938 "ziemlich großen Zulauf, besonders aus

den unteren Kreisen" bescheinigte. Strauß sei dafür bekannt gewesen, "daß er viele arme Patienten umsonst behandelte." (35) Als der praktische Arzt Nathan Riesenfeld am 28. Januar 1930 starb, schrieb der "General-Anzeiger", es habe im Stadtteil Grombühl "wohl kaum eine Persönlichkeit" gegeben, die "so volkstümlich und so beliebt war wie Dr. Riesenfeld". Die "ganz ausgedehnte Praxis" des Arztes habe "bis weit in die Stadt hinein gereicht". (36) Zahnarzt Max Frank, zweimal promoviert (Dr. phil. und Dr. med. dent.), beschäftigte in seiner umfangreichen Praxis einen Assistenzarzt und einen Techniker im eigenen Labor. (37)

Über die Hälfte der 1920 registrierten niedergelassenen Ärzte gehörte dem Kleinbürgertum an (38); zwei Fachärzte zählten zum gehobenen Bürgertum. Als Angestellte arbeiteten im Würzburger Gesundheitswesen nur wenige Juden (1920: zwei, 1931: acht). Es handelte sich dabei überwiegend um Zahntechniker, Dentisten und Assistenzärzte. Osteuropäischer Staatsangehörigkeit war lediglich ein Medizinalpraktikant. (39)

Ein Viertel aller Würzburger Apotheken befand sich sowohl 1920 als auch 1931 in der Hand jüdischer Apotheker. (40) Max Mandelbaum gehörte der dreiköpfigen Leitung des Apothekervereins Würzburg an. (41) Darüber hinaus waren 1920 vier und 1931 fünf Personen als Apotheker bzw. Apothekenassistenten angestellt.

Ähnlich hohe Zahlen liegen für die selbständigen Rechtsberater vor: 1920 war über ein Viertel, 1931 annähernd ein Viertel der Rechtsanwälte in Würzburg jüdischer Konfession. (42) Als Rechtspraktikanten, Referendare und Assessoren lassen sich 1920 vier und 1931 drei weitere Personen nachweisen. Dem stehen lediglich drei und 1931 nur zwei Personen im beamteten Justizdienst, als Oberamtsrichter, Oberlandesgerichtsrat bzw. Amtsanwalt, gegenüber. Auf jeden jüdischen Beamten im öffentlichen Justizdienst kam also eine vielfach höhere Zahl von selbständigen Anwälten. (43)

In der gemeinschaftlichen Anwaltskanzlei des Vorsitzenden der israelitischen Kultusgemeinde, Gerson Haas, und des Stadtrats Bruno Stern waren zwei bis drei Assessoren oder Referendare, vier Sekretärinnen bzw. Sekretäre, eine Buchhalterin sowie eine Registraturhilfe angestellt (44), doch dürfte eine Kanzlei dieser Größe auch unter den jüdischen Anwälten eher die Ausnahme gewesen sein. Gerson Haas wurde 1920 in den Vorstand der An-

waltskammer für den Bereich des Oberlandesgerichts Bamberg gewählt (45); er vertrat als Rechtsanwalt den Fränkischen Weinhändlerverband. (46)

Mehr als die Hälfte der jüdischen Lehrer in Würzburg war sowohl 1920 als auch 1931 an jüdischen Einrichtungen, nämlich der Volksschule und der Lehrerbildungsanstalt, angestellt. (47) An den übrigen Volksschulen, die allesamt einen ausgeprägt katholischen bzw. protestantischen Charakter hatten, unterrichteten keine Juden. Simultanschulen, an denen dies zumindest theoretisch möglich gewesen wäre, wurden während der Weimarer Jahre in Würzburg nicht eingerichtet.

Das einzige Gymnasium, das Juden als Studienprofessoren oder Studienräte beschäftigte, war die Kreisoberrealschule, das heutige Roentgen-Gymnasium. Dort unterrichteten im Schuljahr 1920/21 Juda Freudenberger Handelswissenschaften sowie David Tachauer und Julius Bodky Mathematik und Physik. (48) Als Studienrätin für Französisch wirkte darüber hinaus seit 1924 Rosa Silberschmidt an der Mädchen vorbehaltenen Sophienschule. (49)

Diese Zahlen decken sich tendentiell mit den von der "Bayerischen Israelitischen Gemeindezeitung" für das Schuljahr 1926/27 veröffentlichten Angaben. Damals stellten bayerische Juden 2,1 % der Lehrer an Realschulen und 1,8 % an Oberrealschulen, jedoch nur 0,5 % an Realgymnasien und 0,4 % an humanistischen Gymnasien. Die höheren Mädchenschulen nahmen mit 1,0 % eine mittlere Stellung ein. (50)

Weder 1920 noch 1931 lehrte ein Jude als ordentlicher Professor an der Würzburger Julius-Maximilians-Universität. Emil Hilb, 1882 in Stuttgart geborener Kaufmannssohn, hatte seit 1909 einen Lehrauftrag für Mathematik in Würzburg, nachdem er Assistent und Privatdozent in Erlangen gewesen war. Hilb wurde in Würzburg zunächst zum außerordentlichen Professor und in der Mitte der zwanziger Jahre zum ordentlichen Profesor ernannt. (51) Als Hilb 1929 starb, veranstaltete die Universität eine Gedächtnisfeier, an der Rektor, Professorenschaft, die Mathematiklehrer der Gymnasien sowie ein Vertreter der Studentenschaft teilnahmen. (52)

Außerordentlicher Professor war der Facharzt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten Karl Hellmann, Sohn des auf dem gleichen Fachgebiet tätigen Arztes Ludwig Hellmann. (53) An zahlreichen deutschen Universitäten gab es weitere jüdische Ärzte, die ihr akademisches Amt neben ihrem Hauptbe-

ruf ausübten und auf Grund ihrer wissenschaftlichen Leistungen berechtigt waren, den Titel eines außerordentlichen Professors zu führen. (54) E. G. Lowenthal stellt fest, der jahrzehntelange Kampf um die Ernennung von Juden zu Ordinarien an deutschen Universitäten sei "nicht vergeblich" gewesen, obwohl "auch noch in der Weimarer Republik manchem hervorragenden Gelehrten der ihm gebührende Platz versagt" worden sei. (55)

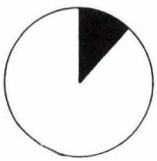
Der Anteil von Würzburger Juden am kulturellen Leben der Stadt konzentrierte sich auf das Stadttheater und das Konservatorium für Musik. Da hier starke Fluktuation herrschte, sind genaue statistische Angaben nicht möglich. Am Theater waren Juden vor allem im Bereich von Oper und Operette tätig; verschiedene Künstler verließen Würzburg bei der Schließung des Singspiels im Jahr 1929. (56)

Die Journalistin Johanna ("Henny") Stahl berichtete aus Würzburg für die "Frankfurter Zeitung". Die 1895 in Würzburg als Tochter eines Strumpfwarenfabrikanten geborene promovierte Volkswirtschaftlerin kandidierte 1929 auf der Liste der Deutschen Demokratischen Partei für den Stadtrat (57); vier Jahre lang redigierte sie die vom Verlag des "Würzburger General-Anzeiger" herausgegebene "Bayerische Frauenzeitung". (58) Die "Frankfurter Zeitung" gehörte ebenso wie das "Berliner Tageblatt" und die "Vossische Zeitung" zur Gruppe der von jüdischen Verlegern herausgegebenen liberalen, meinungsbildenden Tageszeitungen, die von der Rechten als "Judenpresse" bezeichnet wurden.

Mit dem Tanzpädagogen Rudolf von Laban waren zwei junge Jüdinnen aus Würzburg verbunden. Laban, Schöpfer des "Neuen Ausdruckstanzes", errichtete in den zwanziger Jahren ein "Choreographisches Institut" in Würzburg, in dem Liesl Loeser, 1904 geborene Tochter eines Kaufmanns, tätig war. Als Laban 1927 nach Berlin zog, übernahm Liesl Loeser sein Institut und wandelte es in eine "Schule für Gymnastik und Tanz" um, in der Erwachsene und Kinder nach der Laban'schen Bewegungslehre unterrichtet wurden. (59) Ihre Schwester Trudel Loeser wirkte zunächst ebenfalls als Tanzlehrerin bei Laban und war später als Tanzmeisterin an den Vereinigten Bühnen in Düsseldorf angestellt. (60)

Graphik 5: Anteil jüdischer Firmen und Einzelpersonen an der Berufsabteilung Öffentliche Dienste und freie Berufe (in Prozent) (61)

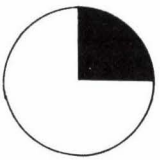
Ärzte: 11 %



Apotheken: 27 %



Rechtsanwälte: 26 %



Graphik 6: Von den jüdischen Erwerbstätigen in Würzburg waren beschäftigt

	1 9 2 0		1 9 3 1	
	Personen	%	Personen	%
als Ärzte, im Gesundheitswesen	20	2,4	24	2,9
als Apotheker und Drogisten	7	0,9	9	1,1
als Lehrer und Universitätslehrer	20	2,4	19	2,3
in der Rechtspflege	22	2,7	22	2,7
als Künstler, Schriftsteller, Privatgelehrte	5	0,6	7	0,9
sonstige	3	0,4	2	0,2
Summe	77	9,4	83	10,1

c. Industrie und Handwerk

Der Anteil der jüdischen Erwerbstätigen an dieser Berufsabteilung stieg in Bayern seit der Emanzipation ständig an; 1882 betrug er 11,8 % (62), 1925 19 %. (63) Der Abstand zur bayerischen Gesamtbevölkerung, die zu einem Drittel in Industrie und Handwerk beschäftigt war (64), blieb zwar immer noch beträchtlich, doch wies die Entwicklung bei Juden und Christen in die gleiche Richtung: Die Christen differenzierten sich in ihrer wirtschaftlichen Betätigung von der Landwirtschaft her und wandten sich der Industrie und dem Handwerk, aber auch dem Handel zu. Die Juden wiederum, die sich in ihrer traditionellen Domäne, dem Handel, verstärkter Konkurrenz sowie Konsumvereinen und Genossenschaften gegenübersahen, ergriffen mehr und mehr nicht-kaufmännische Berufe. (65)

Dabei fällt auf, daß die Juden stets solche Gewerbe bevorzugten, die dem Handel oder dem Konsumenten nahe waren. Sie stellten nicht Halbfabrikate her oder arbeiteten um festen Lohn, sondern sie produzierten überwiegend Waren, die sie selbst an die Abnehmer verkaufen konnten. (66) Ruppin spricht deshalb davon, daß "gewisse Handfertigkeiten oder Handwerke die direkte Verlängerung oder Vervollkommnung des Handels" gewesen seien und vermutet, daß etwa das Schneiderhandwerk bei den Juden als "Anhängsel" zu ihrem seit dem frühen Mittelalter sehr ausgeprägten Tuchhandel entstanden sei. (67)

Die enge Verknüpfung von Handwerk und Handel macht es unmöglich, bei den jüdischen Erwerbstätigen der Stadt Würzburg zwischen jenen zu unterscheiden, die in der Fertigung beschäftigt waren, und jenen, die die Produkte vertrieben. Für die Nahrungsmittel- und die Textilbranche werden jedoch im Abschnitt "Handel und Verkehr" übergreifend alle in diesen Bereichen Tätigen zahlenmäßig erfaßt.

Von den in Industrie und Handwerk erwerbstätigen Personen waren 1925 in Bayern 35,3 % der Juden im Bekleidungsgewerbe beschäftigt, bei den Christen aber nur 26 %. (68) Die Textilindustrie kannte keine zentralisierte Großproduktion und kam durch das Verlagssystem der jüdischen Bevorzugung von selbständigen, wenn auch kleinen Betrieben entgegen. Die deutschen Juden spielten in der Konfektion eine wichtige Rolle: von den Fir-

men der Damen- und Herrenoberbekleidung besaßen sie 1930 rund zwei Drittel. (69)

Ein beachtlicher Teil der jüdischen Industrie- und Handwerksbetriebe des Bekleidungsgewerbes entstand erst nach 1915. Am Aufbau konnten daher Ostjuden relativ großen Anteil nehmen. (70) In Würzburg befand sich von den 20 jüdischen Textilproduktionsstätten des Jahres 1920 ein Viertel in ostjüdischer Hand; allerdings handelte es sich dabei durchweg um kleine Firmen. Am bedeutendsten (gemessen an der Höhe der vom Inhaber gezahlten Kultusumlage) war noch die Strumpfwarenfabrik des 1886 in Lodz geborenen Moritz Golomb, die zeitweise einige dutzend meist nichtjüdischer Arbeiter beschäftigte. Golomb hatte seit 1910 mit Christbaumschmuck auf unterfränkischen Messen und Märkten gehandelt und 1918 eine Maschinenstrickerei angemeldet. (71)

Als selbständiger Schneider betätigte sich der 1873 in der Nähe von Wilna geborene Moses Back, der seit 1907 in Würzburg lebte. Während Back dem Kleinbürgertum angehörte, war Golomb ins mittlere Bürgertum aufgestiegen. (72) Backs Neffe Josef Leiserowitz, als Sohn eines Schneiders 1884 ebenfalls in der Umgebung von Wilna geboren, kam 1913 von Frankfurt nach Würzburg. Leiserowitz meldete 1916 einen Schneider- und Kürschnerbetrieb mit einigen Näherinnen und einem männlichen Angestellten an. Die jüdische Gemeinde mußte ihn durch Geldzuwendungen unterstützen. (73)

Eine Handwebwerkstätte mit angeschlossener Kunstgewerbehandlung betrieb 25jährig Paula Ostrach, die 1914 mit ihrem Vater, einem russischen Staatsangehörigen, nach Würzburg gezogen war. Nach dem Besuch der Sophienschule studierte sie an der Würzburger Kunstgewerbeschule unter Heiner Dikreiter, anschließend absolvierte sie die Kunsthochschule in Stuttgart und legte an der Webfachschule in Sindelfingen die Gesellenprüfung ab. 1929 eröffnete Paula Ostrach eine Handweberei in Veitshöchheim, die sie 1930 nach Würzburg verlegte und in der vier Arbeiterinnen beschäftigt waren. (74)

Kleinere Textilproduktionen befanden sich auch im Besitz von alteingesessenen Würzburger Juden, meist in der Form von Maßschneidereien. (75) Zu größerer Bedeutung hatte Seligmann Löb Steinam das Herrenmaßgeschäft Steinam & Cie geführt. 1834 in Fuchsstadt geboren, lebte Steinam seit der Mitte der sechziger Jahre zunächst als Trödler, dann als "Kleiderma-

gazinbesitzer" in Würzburg. (76) Curt Riess beschrieb die weitere Karriere seines Großvaters so:

"Er hatte wohl als Schneidergeselle irgendwo im Frankenland begonnen, war früh nach Würzburg gekommen und hatte dort bald einen Herrenkleiderladen eröffnet. [...] Die feinsten Leute Bayerns ließen sich bei ihm ihre Anzüge schneidern und die Beamten ihre Uniformen. Darin bestand überhaupt das Hauptgeschäft: Diese Beamten, wo immer sie lebten, aufzusuchen, in Bamberg und Aschaffenburg, in Bayreuth und Augsburg, und eben auch in Nürnberg und München, ihnen anhand von Stoffmustern Anzüge und Uniformen zu verkaufen, Maß zu nehmen, nach einiger Zeit wieder mit der Anprobe zu erscheinen, um festzustellen, ob alles paßte, und dann noch ein drittes Mal zu kommen, um das fertige Stück abzuliefern. [...] Die ganze Woche reiste er; erst am frühen Nachmittag des Freitags kam er zurück, rechtzeitig um zu baden, die Kleider zu wechseln und zum Abendgottesdienst in die Synagoge zu pilgern." (77)

Der 1912 gestorbene Steinam steht hier stellvertretend für die große Gruppe der in der Textilbranche Beschäftigten, die Produktion und Verkauf in einer Person vereinigten. Nach 1918 wäre es allerdings ungewöhnlich gewesen, daß der Inhaber einer großen Firma noch selbst im hohen Alter Reisen zu Kunden unternahm. Steinams Sohn Adolf gliederte der Firma, die zu den größten Textilunternehmen in Würzburg zählte, später eine Stoffhandlung an. (78)

In der Hand von deutschen Juden befanden sich auch drei bedeutende, vor der Jahrhundertwende gegründete Kleiderfabriken. (79)

Wie im Reich war in Würzburg der überwiegende Teil der in der Lederbranche beschäftigten Juden im Handel mit Schuhen, Leder und Häuten tätig. Lederhandwerk und -industrie wurden 1920 durch eine ostjüdische Schuhmacherei sowie eine kleine "Fein- und Schnellsohlerei" repräsentiert; beide Inhaber lagen mit ihren Kultusumlagen an der unteren Grenze des Kleinbürgertums. (80) Angehörige der jüdischen Oberschicht besaßen zwei große lederverarbeitende Firmen: die Schuhfabrik Simon Emanuel Oppenheimer's Nachf. H. Buxbaum & Co (81) sowie die Glacélederfabrik Heidingsfeld. (82)

Neben der Bekleidungsindustrie traten Juden auch in der Industrie der Nahrungs- und Genußmittel überproportional stark hervor. Von den bayerischen Juden, die 1925 ihren Lebensunterhalt in Handwerk und Industrie verdienten, betätigten sich 30,6 % in der Berufsgruppe Nahrungsmittel. Bei den Christen lag der Anteil lediglich bei 11,7 %. (83) Die Nahrungs-

mittelbeschaffung war ein verhältnismäßig alter Beruf. Fast die Hälfte aller 1935 im Reich bestehenden jüdischen Betriebe dieser Branche (49 %) entstand vor 1914. Im Gegensatz zum Bekleidungsgewerbe konnten Ostjuden daher hier nur eine untergeordnete Rolle spielen. (84)

Zu den größten jüdischen Unternehmen in Würzburg zählte die Mohrsche Malzfabrik Adler & Blum. Der 1848 in Allersheim bei Ochsenfurt geborene Lazarus Adler war in jungen Jahren in die USA ausgewandert und hatte die amerikanische Staatsangehörigkeit erworben. 1873 ließ er sich in Würzburg nieder und heiratete die Tochter eines Malzfabrikanten, dessen Firma er später übernahm. Nach Adlers Tod im Jahr 1899 führte sein Sohn Willi die Fabrik weiter und nahm 1907 seinen Schwiegervater Ferdinand Blum als Teilhaber auf. Willi Adler, seit dem Tod seines Kompagnons 1929 Alleininhaber, besaß außerdem eine Malzfabrik in Iphofen. (85) Im August 1931 gerieten die beiden Firmen in finanzielle Schwierigkeiten, nachdem 14 Brauereien, die zuvor Großabnehmer gewesen waren, ihre Zahlungen einstellten. Der Zusammenbruch der zwei Betriebe konnte jedoch verhindert werden; in der Saison 1932/33 verarbeiteten sie über 62000 Zentner Malz. (86)

Der Nahrungsmittelindustrie zuzurechnen sind weiterhin zwei in jüdischem Besitz befindliche Würzburger Mühlen (87) sowie verschiedene Destillerien und Likörfabriken. Die größte Firma dieser Branche und das größte jüdische Unternehmen in Würzburg überhaupt (88) war die Branntweinbrennerei M. Hanauer & Sohn. Einer der Teilhaber, Hermann Reiß, fungierte 1930 als zweiter Vorsitzender des Vereins Deutscher Weinbrennereien (89), sein Sohn Julius gehörte dem Vorstand der Ortsgruppe Würzburg des Bayerischen Industriellen-Verbandes an. (90)

Im Jahr 1920 betrieben Juden 5,5 % aller Würzburger Metzgereien, 1931 sogar 8 %. (91) Der hohe jüdische Anteil erklärt sich zum Teil aus der Tatsache, daß koscheres, nach rituellen Vorschriften geschlachtetes Fleisch stets von besonderer Qualität ist und auch von solchen Personen erworben wurde, die die Speisegesetze nicht einhielten; darunter mögen qualitätsbewußte christliche Käufer gewesen sein. Die jüdischen Metzger Würzburgs, die auch nicht-rituelles Fleisch verkauften, gehörten überwiegend dem Kleinbürgertum und dem mittleren Bürgertum an. Ostjuden waren unter ihnen nicht vertreten. Darüber hinaus existierten sowohl 1920 als auch 1931 zwei jüdische Bäckereien in Würzburg, was einem Prozentsatz von 1,5 (1920) bzw.

1,4 (1931) entspricht. (92)

In der Zigarren- und Zigarettenproduktion der Stadt traten Juden besonders hervor. Sie besaßen 1931 die Hälfte der im Wohnungsbuch aufgeführten Zigarrenfabriken (93), doch ist auch hier festzustellen, daß die Herstellung meist Hand in Hand mit dem Verkauf ging. Als Beispiel kann der aus dem galizischen Chorośnica bei Przemyśl stammende Koppel Bader gelten, der sich 1904 von Leipzig kommend in Würzburg angemeldet hatte. Der kleinen Zigarettenfabrikation Baders war zeitweise auch ein Laden angegliedert. (94)

Die Zigarrenfabrik J. G. Eisemann & Co gehörte einer alteingesessenen Familie: Schon 1831 war der 1901 in Heidingsfeld geborene Wolf Mayer "als Handelsmann dahier angenommen" worden, d.h. er erhielt die Erlaubnis zur Niederlassung in Würzburg und zur Begründung eines Bankgeschäftes. (95) Zwei seiner Kinder wanderten nach Amerika aus, während der Sohn Heinrich die Eisemannsche Zigarrenfabrik erwarb; dessen Sohn Jacques Mayer machte sie zu einer der größten in Würzburg. (96)

Jüdische Industrielle besaßen 1920 vier von acht und 1931 fünf von elf Lack- und Farbenfabriken, die für diese Jahre in die Wohnungsbücher aufgenommen wurden. (97) Der 1866 in Schlesien geborene Alfred Riesenfeld betrieb seit 1892 in Würzburg ein "Warenagenturgeschäft für chemisch-technische Produkte". 1902 gründete er zusammen mit seinem Schwager Hermann Brauer in Heidingsfeld eine Lackfabrik, die 1924 an seinen Sohn Bruno überging, der sie bis zur "Arisierung" im März 1938 leitete. Zu diesem Zeitpunkt besaß die Firma Auslieferungslager in Heidingsfeld, München, Chemnitz, Frankfurt a.M. sowie im Vogtland. (98)

Alfred Riesenfelds Sohn Walter erlebte als Gymnasiast und Student im elterlichen Haushalt die Entwicklung der Lackfabrik in den Jahren vor der Inflation mit. Obwohl Alfred Riesenfeld entsprechend den an die jüdische Gemeinde gezahlten Kultusumlagen 1920 dem gehobenen Bürgertum zugerechnet werden muß, empfindet sein Sohn rückblickend die finanzielle Lage von Familie und Firma als durchaus problematisch:

"Meine Eltern waren Kleinkaufleute. Seitdem mein Vater die Lackfabrik gegründet hatte, war er in finanziellen Schwierigkeiten. Zuhause lebten wir bescheidener als viele andere, denn was wir für die Familie brauchten, mußte aus der Fabrik genommen werden. Wir waren typische Kleinunternehmer

mit all den Sorgen. In den letzten Jahren [um 1920] war der Absatz besser. Mein Vater hatte etwas Geld gespart und kaufte [1919] ein Haus in Würzburg. Die Leute in Heidingsfeld sagten: 'Oh, Riesenfeld, die mit der Lackfabrik, die müssen reich sein!' Aber das war fauler Zauber." (99)

Von geringerem Umfang war das jüdische Engagement im Metallgewerbe. Der Anteil christlicher Erwerbstätiger an dieser Branche lag 1925 in Bayern fast dreimal so hoch wie der jüdische. (100) Dem Kleinbürgertum gehörten jene beiden Männer an, die sich in Würzburg der Metallverarbeitung widmeten. Siegfried Strauß besaß 1920 zusammen mit einem Nichtjuden die kleine Metallwarenfabrik "Progreß". (101) Der 1872 in Dertingen bei Wertheim als Sohn eines Schmieds geborene Schmiedemeister Isak Schwarzschild hatte sich in seiner Werkstatt in der Burkarderstraße auf Hufbeschlag und Wagenbau spezialisiert. (102) Zur Berufsabteilung "Metallverarbeitung" zählten 1920 darüber hinaus der Inhaber einer "Gold-, Silberschmelz- und Scheideanstalt" sowie ein Juwelier. (103)

Von den acht Optikern, die 1920 in Würzburg ein Geschäft betrieben, war einer, Edmund Biow, Jude. 1931 ging die Firma auf den Sohn Paul und den nichtjüdischen Schwiegersohn über. (104) Bis zu seinem Tod im Jahr 1929 fungierte Edmund Biow als Vorsitzender der Würzburger Ortsgruppe des Bayerischen Optikerverbandes. (105)

Der holzverarbeitenden Industrie ist die Erste Würzburger Möbelfabrik von Siegfried Silbermann zuzurechnen (106) - eines der größeren jüdischen Unternehmen der Stadt. Mitglieder der jüdischen Oberschicht waren auch die Brüder Max und Willi Fleischmann, die Sägewerke in Ochsenfurt und Wernfeld sowie eine Holzhandlung in Würzburg besaßen. (107)

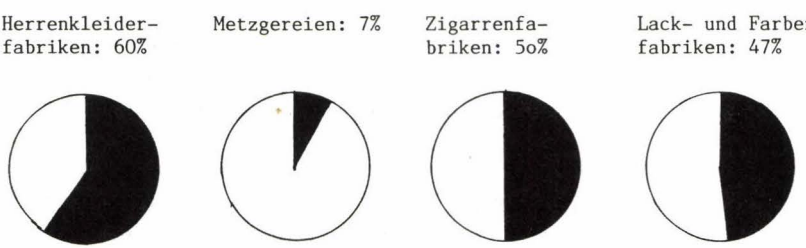
In mehreren deutschen Städten traten Juden in der Druckindustrie und im eng damit verbundenen Verlagswesen mit politisch und kulturell einflußreichen Unternehmungen hervor. Zu nennen sind hier vor allem die liberalen Zeitungsverlage Ullstein und Mosse in Berlin, der Societätsverlag in Frankfurt und der Literaturverlag S. Fischer. (108) In Würzburg beschränkte sich die jüdische Tätigkeit in diesem Bereich auf kleine Druckereien (109), denen jeweils Papierhandlungen angegliedert waren.

Zur Berufsabteilung "Industrie und Handwerk" werden schließlich auch die Fotografen gezählt. In dieser relativ jungen Branche spielten Ostjuden eine bedeutende Rolle. 1920 leitete der 1886 im polnischen Schildberg ge-

borenen Georg Lewkowitz das "Erste Süddeutsche Porträt-Reklameinstitut". Lewkowitz hatte vor dem Ersten Weltkrieg auf Messen und Märkten mit Weiß- und Wollwaren gehandelt. (110) Als Reisenden beschäftigte sein Institut den aus Galizien stammenden Josef Bär Bader. (111) Aus Ostpreußen kam der mit einer Ostjüdin verheiratete Jakob Israelsky, der ebenfalls zunächst auf Messen und Märkten verkauft und dann 1918 eine "Annahmestelle von photographischen Vergrößerungen und Verkleinerungen nebst Bilderrahmen und Fassungen" angemeldet hatte. (112)

Waren 1920 von den 25 im Wohnungsbuch verzeichneten Fotografen noch drei jüdischer Religion gewesen, so traf dies 1931 nur noch auf eine Person zu: Max Brinkmann aus Eschwege betrieb am Kranenkai ein Fotoatelier. (113) Der tschechoslowakische Staatsangehörige Ludwig Schwarz gab 1931 als Beruf "Schausteller und Fotograf" an, was auf eine Betätigung im Rahmen von Volksfesten und Messen hindeutet. (114) Die in der Fotobranche Beschäftigten gehörten mit einer Ausnahme dem Kleinbürgertum an.

Graphik 7: Anteil jüdischer Firmen an der Berufsabteilung Industrie und Handwerk (nach Branchen)



d. Handel und Verkehr

Der extrem hohe Anteil der deutschen Juden an dieser Berufsabteilung war seit dem Kaiserreich leicht rückläufig: 1895 gehörten noch 65,2 % der jüdischen Erwerbstätigen zu dieser Abteilung; 1925 und 1933 waren es jeweils nur noch 61,3 %. Umgekehrt stieg die Zahl der Nichtjuden kontinuierlich an, von 13 % 1907 auf 18,4 % 1933. (115)

In Bayern, wo der Urbanisierungsgrad der Juden hinter dem anderer Länder zurückblieb, zählten 1925 zwei Drittel (66,8 %) der jüdischen, aber nur 12,6 % der gesamten Bevölkerung zu dieser Berufsabteilung. (116) Zeigte sich auf Landesebene also ein besonders starkes Gefälle, so traf dies auf Würzburg nur in wesentlich geringerem Ausmaß zu: Hier wurde 1925 ein Drittel der Erwerbstätigen (32,6 %) bei Handel und Verkehr gezählt. (117) Das heißt: Im Vergleich der jüdischen Berufsgliederung mit der von Stadtbewohnern verringert sich die Differenz erheblich. (118)

Die Abteilung Handel und Verkehr umfaßt das eigentliche Handelsgewerbe, sodann das Versicherungs- und Verkehrsgewerbe und schließlich die Gast- und Schankwirtschaften. Untersucht man zunächst das Handelsgewerbe und hier wiederum die größte Untergruppe, den Waren- und Produktenhandel, so ergibt sich, daß die in diesem Bereich tätigen Juden die Selbständigkeit vorzogen: Jeder zweite 1933 hier beschäftigte deutsche Jude war Geschäftsinhaber, von der Gesamtheit der deutschen Erwerbstätigen aber nur jeder fünfte. Monika Richarz nennt für 1933 im Reich 55000 jüdische Firmeninhaber, die 7 % aller Firmen im Groß- und Einzelhandel besaßen (119) und fährt fort:

"Nach einer Schätzung aufgrund einer Modellerhebung in den 69 größten Gemeinden beschäftigten die jüdischen Einzelhandelsfirmen ein Viertel des gesamten im Einzelhandel tätigen Personals und erzielten 1932 auch ein Viertel des Gesamtumsatzes im Einzelhandel. Das läßt darauf schließen, daß die Geschäfte der jüdischen Inhaber im Durchschnitt wesentlich größer und umsatzstärker waren als die übrigen, zumal sich unter ihnen zahlreiche Kaufhäuser und Warenhäuser befanden. Man kann davon ausgehen, daß es die gut ausgebauten Spezialgeschäfte - vor allem im Textilhandel - waren, die sich zum Teil schon seit Generationen in der Familie erhielten, denen viele Familien des jüdischen Bürgertums ihren relativen Wohlstand verdankten." (120)

Auch im Bereich des deutschen Waren- und Produktenhandels wuchs allerdings der nichtjüdische Anteil (121) und ging der jüdische Anteil zurück. (122)

Dennoch waren sowohl 1920 als auch 1931 weit mehr als die Hälfte aller Würzburger Textilgroßhandlungen bzw. Stoff- und "Buckskin"- (Streichgarnstoff-)Handlungen in jüdischem Besitz. (123) Zu den größten und ältesten jüdischen Firmen Würzburgs zählte die Textilwarengroßhandlung M. Kahn & Cie, die am 2. April 1827 von Moses Kahn gegründet worden war. (124) Sein Enkel Julius Kahn, Mitglied der jüdischen Oberschicht, beschäftigte im Jubiläumsjahr 1927 rund 20 Angestellte und galt als "vorbildlicher Arbeitgeber", der "seine Leute auch in schlechten Zeiten durchgehalten" habe. (125)

Am anderen Ende der sozialen Skala stand die Tuchhandlung von Josef Goldschmidt, der 1876 in Würzburg als Sohn des Hoteliers Isaac Löb Goldschmidt zur Welt kam, sich 20jährig als Schneider selbständig machte und später in der eigenen Wohnung im Gebäude des väterlichen Hotels ein Tuchlager anmeldete. Goldschmidt, Vater von acht Kindern und Angehöriger des Kleinbürgertums, sah offenbar in Würzburg keine Möglichkeit zu wirtschaftlichem Aufstieg; 1927 zog er mit seiner Familie nach Hanau, später war er in Frankfurt a.M. angemeldet. (126)

Eine ähnliche Rolle wie im Großhandel spielten die Würzburger Juden auch im Textil-Einzelhandel mit rund einem Drittel aller Unternehmungen. Von den Herren- und Knabenbekleidungsgeschäften gehörten ihnen 1920 fast 30 und 1931 annähernd 35 % (127); bei Damen- und Kinderbekleidungsgeschäften lagen die Zahlen im gleichen Bereich. (128)

Mit 134 Angestellten der wahrscheinlich größte jüdische Arbeitgeber in Würzburg war die Firma Wilhelm Zapff auf der Juliuspromenade. (129) 1901 hatte der in Eberstadt bei Darmstadt geborene Karl Simon 28jährig das Unternehmen mit zwei Lehrlingen, einem Handlungsgehilfen, fünf Verkäuferinnen und einem Hausknecht übernommen. (130) Durch Ankauf mehrerer Nachbaranwesen baute er das Geschäft so aus, daß es zum weitaus größten Kaufhaus der Textilbranche in Würzburg wurde. Die Gestapo mußte 1937 zugeben, daß Simon die meisten Angestellten übertariflich bezahlte. (131) 1931 führte das Haus Damen- und Herrenkonfektion, Textilwaren aller Art sowie Linole-

um, Teppiche und Gardinen. (132)

Auch ein Viertel der Schuh- bzw. Lederhandlungen in Würzburg befand sich während der Weimarer Jahre in jüdischem Besitz. (133)

Am sichtbarsten wurde in Würzburg die wirtschaftliche Bedeutung der Juden im Detailhandel durch die großen Warenhäuser. Von den jüdischen Kaufhausketten hatten sich weder die Firmen Tietz, Israel, Wertheim noch Schocken am Main niedergelassen. Lediglich die "Kurz-, Weiß-, Wollwaren, Besatz- und Herrenartikelhandlung" Emil Löser & Co mit ihren 45 Angestellten war Teil eines überregionalen Konzerns. (134) Dennoch dominierten jüdische Warenhäuser den Würzburger Markt; für 1931 verzeichnete das Wohnungsbuch zehn entsprechende Unternehmen, davon allein sechs jüdische.

Bei dem "Warenhaus für Bedarfsartikel" S. Ruschkewitz handelte es sich um die wohl bekannteste unter allen jüdischen Firmen Würzburgs. Gegründet von dem 1871 in Danzig geborenen Siegmund Ruschkewitz im Jahr 1898, mußte das Haus des öfteren erweitert und dem gewachsenen Publikumsinteresse angepaßt werden. Im Mittelpunkt des auf mehrere Etagen verteilten Sortiments standen ebenfalls Textilwaren, doch wurden daneben auch Haushaltsartikel, Schreibwaren, "Sprechapparate" (Grammophone) und Schallplatten sowie Lebensmittel und Spielwaren angeboten. 1933 beschäftigte die Firma 130 Angestellte. (135)

Von antisemitischer Seite wurde gegen Kaufhäuser der Vorwurf erhoben, sie führten den Ruin des mittelständischen Einzelhandels herbei. Einen Höhepunkt erlebte die nationalsozialistische Kampagne im Jahr 1931, als die Firma Ruschkewitz maßgeblich an der Errichtung eines "Einheitspreisgeschäftes" in der Eichhornstraße beteiligt war. 60 Angestellte verkauften in 15 Abteilungen etwa 3000 Artikel in der Preislage von zehn Pfennigen bis einer Mark. Der Stadtrat mußte sich mit der Frage befassen, ob die Erlaubnis zur Eröffnung des Ladens verweigert werden könnte. (136)

Reiseartikel, Luxus- und Lederwaren sowie Beleuchtungskörper offerierte das "kunstgewerbliche Kaufhaus" Josef Laredo. Der 1845 im marokkanischen Tanger als Sohn eines Rabbiners geborene Laredo hatte nach seiner Ankunft in Würzburg 1874 zunächst mit einem türkischen Basar die Messen der Umgebung bereist, aber schon fünf Jahre später ein Geschäft eröffnet, das der Sohn Oskar Laredo 1907 als "Luxus- und Galanteriewarenhandel" übernahm.

In der Firma, die zeitweise bis zu 20 Angestellte beschäftigte, wurde in den zwanziger Jahren ein "Graphisches Kabinett" eingerichtet, das sich zu einem wichtigen Ausstellungsforum für zeitgenössische Graphik und Malerei entwickelte (137) und "die Firma im nordbayerischen Kunsthandel führend" werden ließ. (138) Laredo brachte Werke von Chagall, Nolde und Kokoschka nach Würzburg (139); er veranstaltete Sonderausstellungen zum Thema "Neue Sachlichkeit" (Dix, Grosz) (140) ebenso wie zum 65. Geburtstag von Käthe Kollwitz. (141) In Vortragszyklen führten Experten in das künstlerische Schaffen der Gegenwart ein. (142) Laredo, der im Januar 1929 das erste Flachdachhaus Würzburgs in der Keesburgstraße 29 bezog (143), amtierte als Vorsitzender des Centralverbandes Deutscher Luxus- und Lederwarengeschäfte, als Ortsvorsitzender der deutschen Kunsthändlergilde sowie als Vorstandsmitglied des Würzburger Einzelhandelsverbandes. (144)

Ebenso wie der Handel mit Textilien war auch der Handel mit Agrarprodukten eine traditionell jüdische Domäne. Juden hatten seit Jahrhunderten Getreide, Vieh und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse aufgekauft und zu den überregionalen Märkten vermittelt. Seit Einführung von landwirtschaftlichen Genossenschaften ging allerdings die jüdische Bedeutung in diesem Sektor zurück. Der private Vieh- und Getreide- sowie der Futtermittelhandel erlebten deutliche Einbußen. (145)

Wie im Reich, wo jüdische Getreidegroßhändler knapp ein Viertel der einschlägigen Unternehmen besaßen (146), war auch in Würzburg jede vierte Getreide-, Mehl- und Futtermittelgroßhandlung in jüdischer Hand. (147) Als bedeutendster Kaufmann dieser Branche in Würzburg ist Albert Dannenberg zu nennen, der 1875 in Adelebsen bei Göttingen als Kaufmannssohn geboren wurde und 1890 als Lehrling in die Würzburger Landesproduktenhandlung von David Mai eintrat. Seit 1906 Teilhaber, übernahm er die Firma D. Mai 1920 als Alleininhaber. Das Unternehmen erlangte unter seiner Leitung internationale Bedeutung und unterhielt Geschäftsbeziehungen mit Österreich, Ungarn, Holland und Südamerika, von wo Getreide importiert wurde. Dannenberg, der häufig in Stellungnahmen zu geplanten Gesetzen die Position des Lebensmittelgroßhandels darlegte, war auch an der Kraftfutterfabrik Vulkanolwerk beteiligt. (148)

Im Jahr 1921 entstand auf Grund einer Anregung Dannenbergs die Würzburger Produktenbörse. Die Stadt hatte seit jeher als Hauptplatz des fränkischen

und nordbayerischen Getreide- und Produktenhandels fungiert, wozu ihre Lage inmitten eines der besten bayerischen Anbaugebiete sowie gute Eisenbahn- und Schiffahrtsverbindungen zu den niederrheinischen und holländischen Import- und Exportplätzen beitrugen. Um sich von der Monopolstellung der Mannheimer und Frankfurter Börsen unabhängig zu machen, beschlossen im Sommer 1921, kurz nach der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung von Getreide- und Futtermitteln, Erzeuger, Händler und Genossenschaften die Errichtung einer Börse in Würzburg "zur Wahrung der Standesinteressen der beteiligten Kreise und schiedsrichterlichen Erledigung von Streitigkeiten sowie Erleichterung des Handelsverkehrs mit Getreide, Mehl, Saaten, Futter- und Düngemittel, Obst, Gemüse /und/ Kartoffeln". (149)

Die Börse schuf Klarheit bei der Preisbildung für landwirtschaftliche Produkte aus Unterfranken; Angebot und Nachfrage wurden durch amtliche Festsetzung der Preise in ein Gleichgewicht gebracht. 1922 hatte die Börse bereits über 500 Einzelmitglieder. Der Anteil der Juden war so beträchtlich, daß in diesem Jahr mit Rücksicht auf die orthodoxen jüdischen Produktenhändler zusätzlich zum Samstag der Dienstag als zweiter Börsentag eingeführt wurde. (150)

Im Gegensatz zum Großhandel spielte der Einzelhandel mit Lebensmitteln für die jüdischen Erwerbstätigen Würzburgs nur eine relativ geringe Rolle. 1920 und 1931 existierten jeweils vier Kolonial- und Delikatessen- bzw. Milchgeschäfte (darunter 1920 ein Betrieb in christlich-jüdischem Gemeinschaftsbesitz). Seit 1927 hatte Jonas Königshöfer die Koschermilch-Verteilung für Würzburg inne. Der 1873 in Frankfurt geborene Rabbinersohn war mit einer Tochter des Würzburger Rabbiners Nathan Bamberger verheiratet und kam nach dem Ersten Weltkrieg nach Würzburg. "Jeden Morgen holte er mit einem Leiterwagen die Milchkannen in der Milchzentrale und brachte sie im Lauf des Vormittags zu den orthodoxen Abnehmern. Am Nachmittag versorgte er sein kleines Geschäft für koschere Käse- und Milchprodukte in der Büttnerstraße 10." (152)

Engros- und Detailhandel verband das Eier- und Fettwarengeschäft von Georg Koffler, mit zwölf Angestellten 1933 eines der größeren ostjüdischen Unternehmen in Würzburg. (153) Koffler, der aus der Bukowina stammte, hatte sich 26jährig 1905 mit einer Eierhandlung in Würzburg selbständig gemacht. Das Unternehmen nahm einen solchen Aufschwung, daß Koffler 1920 dem geho-

benen jüdischen Bürgertum angehörte. (154) 1912 beteiligte er seinen ebenfalls aus der Bukowina stammenden Schwager Chaim Spindel an der Firma. (155)

An keiner Branche erreichten die Würzburger Juden in der Weimarer Republik einen auch nur annähernd so großen Anteil wie am Wein- und Spirituosenhandel. 1920 waren 92 von 166 entsprechenden Betrieben, also mehr als die Hälfte, in jüdischer Hand, 1931 sogar 89 von 138, d.h. annähernd zwei Drittel. Eine monopolartige Stellung erlangten Juden beim Weingroßhandel, der nur für 1931 im Wohnungsbuch getrennt aufgeführt wurde: vier Fünftel aller Würzburger Weingroßhandlungen (71 von 90 Betrieben) hatten jüdische Inhaber.

Eine ganze Reihe der jüdischen Weinhandlungen Würzburgs war bereits in den früheren Wohnorten der Inhaber, meist in der unterfränkischen Region, betrieben und dann beim Umzug nach Würzburg verlegt worden. So hatte der 1858 in Thüngen geborene Viktor Vorchheimer dort ein Weinversandgeschäft gegründet, das jedoch für die neunköpfige Familie nicht genügend Ertrag abwarf, so daß die Ehefrau ein Schuhgeschäft eröffnen mußte. Die beiden ältesten Söhne Siegfried und Emanuel traten als Reisende und dann als Teilhaber in das Weingeschäft ein und übernahmen die Firma schließlich, der jüngste Sohn konnte in Würzburg studieren. 1911 zog die Familie von Thüngen nach Würzburg und etablierte die Weinhandlung in der Kroatengasse (156):

"Die beiden Inhaber der Weinhandlung kauften die Weine ein, lagerten sie in riesigen Fässern und hatten einen Kellermeister, der sich um Lagerung, Reifung und die Abfüllung in Flaschen kümmerte. Die Inhaber reisten viel, vor allem in Norddeutschland, und verkauften den in Flaschen abgefüllten Wein kistenweise an Haushaltungen, nicht an Geschäfte. Alle paar Wochen, etwa einmal im Monat, kamen sie nach Würzburg, um nach dem Rechten zu schauen." (157)

Vorsitzender des Fränkischen Weinhändler-Verbandes war während der Weimarer Jahre Wilhelm Kahn, Inhaber der Vereinigten Transit-Kellereien, von 1920 bis 1930 für die Deutsche Demokratische Partei im Würzburger Stadtrat und Angehöriger des jüdischen Großbürgertums. Kahn stammte aus einer der ältesten jüdischen Familien Würzburgs. Sein Großvater, der Höchberger Tuch- und Schnittwarenhändler Wolf Kahn, war 1830 nach Würzburg gezogen, der drei Jahre danach geborene Sohn Maier Kahn hatte das Textilge-

schäft weitergeführt. Dessen Sohn Wilhelm wiederum gründete zu Beginn des Jahrhunderts eine Weinhandlung, die 1920 zu den größten jüdischen Unternehmen der Stadt zählte. Der Ehemann von Wilhelm Kahns einzigem Kind trat kurz nach der Heirat 1928 in die Firma ein. (158)

Etwa ein Drittel der jüdischen Weinhändler in Würzburg war dem Kleinbürgertum oder der Unterschicht zuzurechnen.

Der Viehhandel fällt, genaugenommen, nicht unter den Oberbegriff des Warenhandels, da es sich häufig um Vermittlergeschäfte handelte. Während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam diesem Zweig jüdischen Handels besondere Bedeutung zu, die sich jedoch im Zuge der verstärkten Urbanisierung verringerte. (159) In Süddeutschland, vor allem in Unterfranken, wo der jüdische Verstädterungsprozeß erheblich langsamer ablief als im übrigen Reich, spielten jüdische Viehhändler auch in den Weimarer Jahren noch eine dominierende Rolle. Selbst in der Stadt Würzburg war sowohl 1920 als auch 1931 noch jeder zweite Vieh- und Pferdehändler Jude. (160)

Als Vorsitzender des unterfränkischen Viehhändlerverbandes fungierte 14 Jahre lang der 1877 im badischen Neidenstein geborene Siegfried Jakob, der 1908 seinen Wohnsitz nach Würzburg verlegt und hier eine bedeutende Viehhandlung aufgebaut hatte. Jakob verfügte über höhere Schulbildung und Abitur; seine Lehrzeit verbrachte er in Italien und Frankreich. Von Würzburg aus fuhr er an zwei oder drei Tagen in jeder Woche mit dem Auto auf die Güter der Großbauern, um sich nach dem Bedarf an neuem Vieh zu erkundigen, das er dann auf den Märkten in Köln, Dortmund, Lübeck oder Königsberg erwarb. (161)

Der Anteil jüdischer Kaufleute am Tabakhandel verringerte sich in Würzburg in den Weimarer Jahren deutlich. Stellten sie 1920 noch fast ein Fünftel aller entsprechenden Firmen (162), so waren es 1931 nur noch 6,7 %. (163) Wahrscheinlich handelt es sich dabei um einen Zufall, denn die Gründe für die Geschäftsaufgaben (hohes Alter, Tod, Wegzug) sind nicht branchenspezifisch.

Außerhalb des Textil- und Agrarhandels bildete das Metallgeschäft den dritten Schwerpunkt des jüdischen Groß- und Einzelhandels, jedoch war der jüdische Anteil infolge von Kartellbildungen in der Metallindustrie rückläufig. Aus dem Altmetallhandel hatte sich die Bedeutung der Juden

für den Metall-, Eisen- und Schrotthandel entwickelt, in dem sie 1930 noch rund die Hälfte aller Firmen besaßen. (164)

Für Würzburg wurden im Rahmen dieser Arbeit Altwaren- und Rohproduktenhändler sowie Metallhändler zusammengefaßt, da zwischen ihnen nicht mit ausreichender Trennschärfe differenziert werden kann. Die entsprechenden jüdischen Firmen machten 1920 28,1 % aller Würzburger Firmen dieser Branche aus.(165) 1931 hatte sich der Anteil auf 17,6 % verringert. (166) Die Zahl der jüdischen Alteisenhändler ging zwischen 1920 und 1931 von acht auf einen zurück. (167)

In der Nachkriegszeit hatte die Verschrottung von Kriegsmaterial zu zahlreichen kurzlebigen Firmengründungen geführt, an denen Ostjuden besonders stark beteiligt waren. Das Wohnungsbuch verzeichnete für 1920 allein drei ostjüdische Rohproduktenhandlungen, von denen sich keine länger halten konnte. Einer der Inhaber, Moses Weidenfeld, wurde noch 1920 mit seiner Familie aus Bayern ausgewiesen. Weidenfeld, seit 1911 in Würzburg, hatte zunächst eine kleine Weinagentur betrieben. (168) Ein weiterer in dieser Branche tätiger Ostjude, Majer Leib Kranzler aus Galizien, beteiligte sich nach seiner 1917 erfolgten Ankunft in Würzburg an einer Schuhsohlerei, bevor auch er eine Rohproduktenhandlung gründete. (169)

Auch ein Teil der in der Hand von deutschen Juden befindlichen Rohprodukten- und Metallhandlungen entstand erst nach dem Krieg. Die beiden größten jüdischen Unternehmen der Branche (Moses Kastanienbaum, H. Gotthilf & Cie) waren dagegen Schöpfungen des 19. Jahrhunderts. (170)

Unter den nur für 1931 vom Wohnungsbuch angegebenen Elektrogroßhandlungen waren von sechs Firmen zwei jüdisch. Für 1920 verzeichnete das Wohnungsbuch darüber hinaus sechs und für 1931 vier jüdische Maschinenhandlungen und -reparaturbetriebe, was einem Anteil von 13 (1920) bzw. 22 (1931) % an allen Firmen dieser Branche entspricht. (171)

Die 1911 gegründete HESK-Gesellschaft (172) produzierte und vertrieb zunächst Grammophone und das dazugehörige Zubehör. Die "Sprechmaschinenpatente" des Mitbegründers Max Eisler wurden 1914 verkauft, die Firma 1917 liquidiert. Seit 1920 verkaufte das nunmehr im Alleinbesitz des 1873 in Würzburg geborenen Julius Herzfelder befindliche Unternehmen landwirtschaftliche Maschinen und Eisenwaren. 1930 wurde eine Transmissionen-

und Kugellagerfabrik in Schweinfurt eröffnet. Die HESK-Gesellschaft, die zeitweise bis zu 30 Arbeiter und Angestellte beschäftigte, war in den zwanziger Jahren das größte Werkzeug-, Transmissionen- und Kugellagerversandgeschäft Deutschlands und arbeitete auf der Basis von Preislistenversand an Schlosser, Schmiede und mechanische Werkstätten in ganz Deutschland. (173)

Den Würzburger Antiquitäten- und Möbelhandel dominierte die jüdische Firma S. Seligsberger Wwe., die 1933 27 Angestellte zählte. (174) Der 1831 in Fuchsstadt geborene Salomon Seligsberger hatte sich 1864 als Trödler in Würzburg angemeldet und schon sieben Jahre später die Erlaubnis zur Errichtung eines Kauf- und Versteigerungsgeschäfts erhalten. Das Antiquitäten- und Möbelhaus, das sich daraus entwickelte, führte Seligsbergers Witwe nach dessen 1888 erfolgtem Tod weiter, bis es 1905 die Kinder Ernestine, Siegmund und Simon Seligsberger übernahmen. (175) Die Geschwister brachten die Firma "auf eine derartige Höhe, daß sie weit über Bayern hinaus, nicht nur in Deutschland sondern auch im Ausland, besonders in Holland, als eines der besten deutschen Antiquitätengeschäfte galt". (176)

Die Landesleitung Mainfranken der nationalsozialistischen Reichskammer der bildenden Künste bezeichnete das Unternehmen 1937 als drittgrößtes in Deutschland, durch das "Würzburg einen guten Namen als Stadt des Kunsthandels bekam und dadurch viele Fremde, insbesonders Ausländer, anzog." (177) Siegmund Seligsberger stand während der Weimarer Jahre der Ortsgruppe Würzburg des Deutschen Möbelfachverbandes vor. (178)

1920 war fast jeder dritte, 1931 annähernd jeder zweite Würzburger Antiquitätenhändler Jude. (179) Darüber hinaus wurde auch der Rohstoff Holz von einer Reihe jüdischer Kaufleute vertrieben, meist in Verbindung mit Kohle. (180)

Sowohl 1920 als auch 1931 existierten zwei jüdische Buchhandlungen in Würzburg, wobei der Laden von Felix Freudenberger zu den kleinsten der Stadt gehörte, während J. Franks Buchhandlung und Antiquariat (im Besitz von Ludwig Lazarus) eine solche Entwicklung nahm, daß für das Antiquariat eigene Räumlichkeiten angemietet werden mußten. (181) Lazarus schuf auch eine Leihbücherei für belletristische und populärwissenschaftliche Literatur. (182)

Im Geld- und Kredithandel ging die Bedeutung der Juden zwischen 1918 und 1933 im Reich und auch in Würzburg zurück. Hauptgrund hierfür war die Ausbreitung von Aktienbanken und ländlichen Kreditbanken. Juden kontrollierten 1907 noch 7,9 % des deutschen Bank- und Kreditwesens. Anfang 1933 betrug im gesamten Reichsgebiet der Anteil der Juden nur noch 2,6 %. (183) Von den 17 1920 in Würzburg vertretenen Geldinstituten waren vier Privatbanken in jüdischer Hand. Nur eine von ihnen überdauerte die Weimarer Jahre; an Stelle der drei liquidierten Betriebe kam 1931 lediglich ein neuer hinzu. Besaßen jüdische Bankiers 1920 noch fast ein Viertel aller Geldinstitute der Stadt, so waren es 1931 kaum mehr als 10 %. (184)

Als kleinstes Unternehmen muß das Bankkommissionsgeschäft des 1854 in Bonnland geborenen Jakob Hecht bezeichnet werden, das offenbar während der Inflationsjahre geschlossen wurde. Hecht, Sohn eines Metzgers und seit 1884 in Würzburg ansässig, wirkte zeitweilig auch als Versicherungsagent. (185)

1892 hatte Isidor Herrmann aus Trabelsdorf bei Bamberg das Bankhaus J. Herrmann gegründet (186), das nach seinem Tod (1909) die Söhne Paul und Fritz gemeinsam weiterführten. Im Februar 1931 mußte die Firma wegen gefallener Börsenkurse und Verlusten im Auslandsgeschäft ihre Zahlungen einstellen. (187) Das in der Theaterstraße beheimatete älteste Privatbankgeschäft der Stadt wurde kurz danach liquidiert; als Vertreter der Gläubiger im Liquidationsverfahren fungierte Rechtsanwalt Bruno Stern. (188) Die Wahl dieses Mannes deutet darauf hin, daß sich unter den Gläubigern zahlreiche Juden befanden.

Das einzige jüdische Bankhaus Würzburgs, das kontinuierlich während der gesamten Republik arbeitete, das Bankgeschäft Weglein & Lehmann, war wohl um die Jahrhundertwende entstanden. Die Firma blieb an Samstagen geschlossen; die Reichsbank gestattete dem Unternehmen, Wechsel am Sonntag einzureichen. (189)

Bei den zwölf 1920 im Bankwesen arbeitenden jüdischen Erwerbstätigen handelte es sich nur in zwei Fällen um einfache Angestellte, siebenmal dagegen um Inhaber bzw. Teilhaber und dreimal um Direktoren oder Prokuristen. (190)

Die unterste soziale Stufe des jüdischen Erwerbslebens läßt sich in den

Berufsbezeichnungen "Händler", "Händlerin" und "Handelsmann" fassen. Damit dürften überwiegend Straßenhändler und Hausierer gemeint sein. Bisweilen gibt die auf dem Meldebogen festgehaltene Beantragung eines Wandergewerbescheins oder die Anmeldung als "Reisender auf Messen und Märkten" zusätzlich Aufschluß.

Der Hausierhandel wurde hauptsächlich in ländlichen Gegenden betrieben. In Unterfranken spielten Juden hierbei noch immer eine große Rolle; sie stellten 1925 12 % aller Hausierer gegenüber nur 2,9 % in ganz Bayern. Unter dem Druck von Einzelhandelsgeschäften und Versandhäusern ging allerdings die Bedeutung dieses Berufszweigs ständig zurück. (191)

Die im Hausierhandel tätige und in Würzburg wohnhafte Personengruppe umfaßte 1920 13 und 1931 sieben Personen, von denen der größte Teil die Staatsangehörigkeit eines osteuropäischen Landes besaß (192) und zwischen 1895 und 1920 nach Würzburg gekommen war. Die Tätigkeit als Reisender auf Messen und Märkten wurde, wie bereits gezeigt, von zahlreichen Immigranten kurz nach der Ankunft in Deutschland ergriffen, dann jedoch im Zuge des beruflichen Aufstiegs so schnell wie möglich abgelegt und meist durch ein stationäres Handelsgeschäft in Würzburg ersetzt. Wer 1920 noch als Hausierer arbeiten mußte, dem war dieser Aufstieg nicht gelungen; tatsächlich wurde die Hälfte dieses Personenkreises 1920 von der israelitischen Kultusgemeinde finanziell unterstützt. Das Durchschnittsalter der gesamten Gruppe lag sehr hoch: 1920 bei 56 und 1931 bei 58 Jahren.

Keine sonderliche Bedeutung hatten für die Würzburger Juden zwei weitere in der Berufsabteilung Handel und Verkehr zusammengefaßte Branchen. Im Bereich des Verkehrsgewerbes existierte eine Speditionsfirma, die der 1871 in Hüttenheim geborene Hermann Hausmann 1903 gegründet hatte. (193) Im Versicherungsgewerbe waren 1920 zehn und 1931 acht Personen tätig.

Zwei der Würzburger Hotels befanden sich sowohl 1920 als auch 1931 in jüdischem Besitz. (194) Bei den Gast- und Schankwirtschaften bzw. Hotels spielten Juden wegen des Wunsches rituell lebender Glaubensgenossen, auch außerhalb des Hauses gemäß den Speisegesetzen leben zu können, eine nennenswerte Rolle. Im Jahr 1900 war in Hamburg der Verein zur Förderung ritueller Speisehäuser entstanden, dem 1925 im Reich 185 Gaststätten angeschlossen waren (195), darunter die Würzburger Hotels Goldschmidt und

"Zur blauen Glocke". Die Kundschaft beider Häuser dürfte sich überwiegend aus Juden zusammengesetzt haben. 1927 wurde das Hotel Goldschmidt an die Freien Gewerkschaften verkauft, die in dem weitläufigen Gebäude Büros einrichteten.

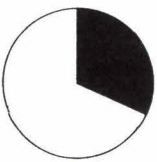
In der zweiten Hälfte des Jahres 1920 übernahm der gelernte Metzger Jakob Strauß das Central-Café (C.C.) sowie das angeschlossene Central-Hotel. Unter der Leitung des 1891 in Würzburg als Sohn eines Metzgers geborenen Strauß entwickelte sich das C.C. zu einer weit über die Grenzen der Stadt hinaus bekannten Unterhaltungseinrichtung, die "für den Würzburger Fremdenverkehr von größter Bedeutung" war. (196) Als die Stadt aus Ersparnisgründen den Oper- und Operettenspielbetrieb im Stadttheater einstellte, erbaute Strauß das Central-Casino-Theater für Varieté-aufführungen sowie Operetten- und Komödiengastspiele auswärtiger Bühnen. (197) Bei der Eröffnung im März 1930 sprach das Zentralorgan des deutschen Vergnügungsgewerbes von der "Tat von Würzburg" (198) und der "General-Anzeiger" wies darauf hin, daß nur wenige Städte in Deutschland "einen so schmuckvollen und künstlerisch vornehmen Zweckbau für Theater und Varieté" besäßen. (199) Als dem Casino-Theater im Herbst 1931 die Lizenz für Operettenaufführungen entzogen wurde, weil das Stadttheater den Musiktheaterbetrieb wieder aufnahm, stieß diese Entscheidung auf wenig Verständnis bei den Würzburger Tageszeitungen. (200)

Graphik 8: Anteil jüdischer Firmen an der Berufsabteilung Handel und Verkehr (nach Branchen)

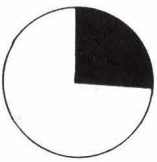
Textilgroßhandlungen: 59%



Textileinzelhandelsgeschäfte: 32%



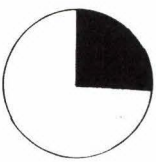
Schuhwarenhandlungen: 27%



Warenhäuser: 6o%



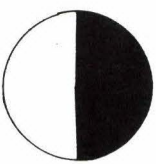
Getreide-, Mehl- und Futtermittelgroßhandlungen: 26%



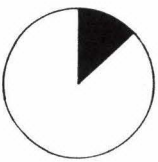
Wein- und Spirituosenhandlungen: 60%



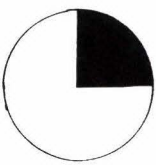
Vieh- und Pferdehandlungen: 49%



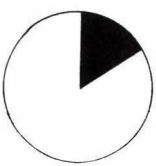
Tabakhandlungen: 13%



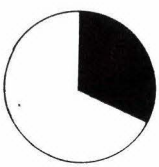
Altwaren-Rohprodukten- und Metallhandlungen: 24%



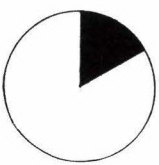
Maschinenhandlungen und -reparaturbetriebe: 16%



Antiquitätengeschäfte: 32%



Banken: 17%



Industrie und Handwerk sowie Handel und Verkehr gemeinsam beschäftigten 1925 zwei Drittel (67,3 %) aller Würzburger Erwerbstätigen. (201) Für die jüdische, im Erwerbsleben stehende Bevölkerung lauten die entsprechenden Zahlen für 1920 89,2 % und für 1931 87,8 %. Die größte Bedeutung kam dabei der Lebensmittel- und Textilbranche zu, die jeweils etwa ein Viertel der jüdischen Erwerbstätigen aufnahmen.

Graphik 9: Von den jüdischen Erwerbstätigen in Würzburg waren beschäftigt

	1920		1931	
	Personen	%	Personen	%
in der Textilbranche (einschließlich der Leder- und Schuhbranche)	198	23,9	195	23,4
in der Lebensmittelbranche insgesamt	241	29,3	223	27,1
in der Wein- und Spirituosenbranche	164	20	156	19
in der Tabakbranche	24	2,9	15	1,8
in Bäckereien	5	0,6	5	0,6
in Metzgereien	15	1,8	20	2,4
in sonstigen Betrieben der Lebensmittelbranche	33	4	27	3,3

e. Landwirtschaft und Gärtnerei

1931 bezeichnete sich ein jüdischer Bürger Würzburgs im Wohnungsbuch als Landwirt, doch hatte der aus Schwanfeld stammende Josef Frankenthal zuvor bereits auch als Viehhändler gearbeitet, was auf die traditionelle Verbindung von Handel und kleiner, meist nicht selbst betriebener Landwirtschaft hinweist. (202) Viehhändler besaßen Ställe, Scheunen und Land für den Futteranbau, ebenso wie Hopfenhändler oft über eigene Hopfenfelder verfügten. Diese Flächen wurden von Familienangehörigen oder Tagelöhnern bebaut, jedoch trieben Juden die Landwirtschaft meist nur als Hilfswirtschaft oder im Nebenerwerb. (203)

Der Landwirt Frankenthal sowie zwei 1931 als Gärtner tätige Juden stellten 0,4 % der jüdischen Erwerbstätigen der Stadt dar. Von allen Würzburger Erwerbstätigen wurden 1925 2,4 % der Berufsabteilung Landwirtschaft und Gärtnerei zugerechnet. (204) Vergleichszahlen für ganz Bayern liegen nur für die Land- und Forstwirtschaft vor, in der im gleichen Jahr 43,8 % aller und 3,6 % der jüdischen Erwerbstätigen beschäftigt waren. (205)

Bei der im ganzen Reich vorherrschenden Tendenz von der Landwirtschaft hin zur Industrie mußten Bestrebungen um eine verstärkte landwirtschaftliche Betätigung der Juden relativ aussichtslos bleiben. Immerhin vermehrte sich die Zahl der jüdischen Erwerbspersonen in der Landwirtschaft zwischen 1907 und 1925 im Reich um ein Drittel. Die "Berufsumschichtung" hin zu Acker- und Gartenbau sowie Viehzucht zeitigte nur bei einer kleinen Gruppe überwiegend junger Menschen Erfolge, von denen viele beabsichtigten, nach Palästina auszuwandern. (206)

3. Jüdische Wirtschaft?

Übergreifend sollen zum Schluß einige grundlegende Fragen im Zusammenhang mit der jüdischen Beteiligung am Würzburger Wirtschaftsleben angeschnitten werden. Die zahlenmäßige Bedeutung des jüdischen Elements wurde hinlänglich erläutert, doch muß hervorgehoben werden, daß der Prozentsatz von jüdischen Erwerbspersonen in bestimmten Branchen wenig aussagt über den Grad des speziellen Einflusses der Juden. Ein einzelner Industriemagnat handhabt in den einprägsamen Worten von Esra Bennathan "eine größere Macht [...] denn tausend jüdische Schneider." (207) Es wurde daher auch die führende Rolle erwähnt, die Juden in Standesorganisationen und Berufsverbänden spielten. Hinzuzufügen wäre noch die Industrie- und Handelskammer für den Regierungsbezirk Unterfranken und Aschaffenburg, der während der Weimarer Zeit insgesamt zehn jüdische Persönlichkeiten aus Würzburg angehörten, wobei diese 1920 28 % und 1931 immerhin noch 19 % der Würzburger Mitglieder ausmachten. (208)

Es manifestiert sich hier ein bedeutender Einfluß, der auch darin zum Ausdruck kommt, daß die jüdischen Arbeitgeber insgesamt zwischen 2000 und 3000 Angestellte und Arbeiter beschäftigt haben dürften (209) und daß weiterhin eine beträchtliche Zahl von Zulieferbetrieben und Heimarbeitern von ihnen abhängig war.

Die jüdische wirtschaftliche Macht war jedoch heterogen; auch hier existierten unübersehbare soziale Schranken. Der jüdische Einzelhandel wurde von einem jüdischen Warenhaus nicht weniger bedrängt als christliche Detailgeschäfte. Ein jüdischer Großkaufmann oder Industrieller hatte mit einem ostjüdischen Zigarettenfabrikanten oder einem kleinbürgerlichen Reisevertreter außer der Religion kaum etwas gemein. Betroffen waren jedoch alle jüdischen Schichten gleichermaßen von der allgemeinen ökonomischen Entwicklung in den Weimarer Jahren. Diese bewirkte, daß die deutschen Juden

"viel von jenem wirtschaftlichen Vorsprung verloren, den sie durch ihre frühe Kenntnis der kapitalistischen Wirtschaftsform im 19. Jahrhundert gehabt hatten. Die Zunahme der Konzerne und Trusts, das Anwachsen der Genossenschaften und die Vergrößerung des staatlichen Wirtschaftssektors wirkten sich strukturell gegen jüdische Unternehmer aus, denn diese waren aus jahrhundertealter Tradition und aus berechtigter Furcht vor Anti-

semitismus meist nicht bereit, ihre Selbständigkeit aufzugeben und in große bürokratische Hierarchien als Abhängige einzutreten." (210)

Der große Anteil der Selbständigen stellte "ein gewissermaßen archaisches Element in der sozialen und beruflichen Struktur der deutschen Judenheit" dar. (211) 60,3 % der jüdischen Erwerbstätigen in Bayern waren 1925 selbständig (212), die entsprechenden Zahlen für Würzburg lauten 62,8 % (1920) und 56,2 % (1931). (213) Während die Zahl der jüdischen Erwerbstätigen zwischen den beiden Stichtagen in Würzburg praktisch konstant blieb, ging der Anteil der Selbständigen relativ stark zurück; gleichzeitig erhöhte sich der Anteil der Angestellten um fast 20 %. (214) Es handelt sich hier unzweideutig um Auswirkungen von Inflation und Weltwirtschaftskrise, die der jüdischen Bevorzugung von Selbständigkeit im Berufsleben zunehmend engere Grenzen setzte. Dennoch blieben die Juden der übrigen Bevölkerung in dieser Hinsicht weit voraus: 1933 waren nur 14,8 % der Würzburger (215) und lediglich 16,4 % der Reichsbevölkerung (216) selbständig.

Eine Sonderstellung nahmen die Ostjuden ein, bei denen sich stets weniger als die Hälfte der Erwerbstätigen (1920: 48 %, 1931: 40 %) in selbständiger Position befanden. (217)

Der Drang zu unabhängiger wirtschaftlicher Stellung "mag die Anpassungsfähigkeit der Juden an die sich verändernden Formen des wirtschaftlichen Lebens im industriellen Deutschland vermindert haben" schreibt Bennathan und fährt fort:

"In manchen ihrer wirtschaftlichen Hauptbeschäftigungsfeldern auf dem weiten Gebiet des Handels überhaupt wie auf dem engeren des Warenhandels, des Bankwesens und der diesen untergeordneten Beschäftigungen, ferner in den juristischen und ärztlichen Berufen gerieten sie unter erheblichen Konkurrenzdruck. Denn die allgemeine deutsche Beschäftigungsstruktur wandelte sich nach diesen Richtungen hin. Einerseits bestand ein Zustrom in die bisher von Juden bevorzugten Berufe, während andererseits technische Neuerungen und Veränderungen der Wirtschaftsorganisation verschiedener Industrien auf die vorwiegend mittleren und kleinen jüdischen Unternehmen drückten."(218)

Die große Zahl von Selbständigen unter den Juden, aber auch andere Faktoren, haben dazu geführt, daß die Frage nach der Existenz eines eigenen jüdischen Wirtschaftssektors oder gar einer eigenen "jüdischen Wirtschaft" gestellt wurde. (219) Diese Frage stellen bedeutet nicht zu vergessen, daß

die meisten jüdischen Unternehmen ausgedehnte Geschäftskontakte mit nichtjüdischen Kunden pflegten (und dies tun mußten, da Juden allein nur einen begrenzten Abnehmerkreis stellten) und daß in der überwiegenden Zahl von jüdischen Firmen mehr Christen als Juden beschäftigt waren. Dennoch bleiben eine Reihe von Fakten bemerkenswert.

Von über 400 Firmen, an denen Würzburger Juden in den Weimarer Jahren beteiligt waren, befanden sich nur insgesamt zehn Firmen in christlich-jüdischem Gemeinschaftsbesitz. (220) Juden und Nichtjuden wurden demnach nur in verschwindend wenigen Fällen Kompagnons.

Jüdische Angestellte und Arbeiter hatten häufiger jüdische als christliche Arbeitgeber. Mehr als zwei Drittel aller jüdischen Angestellten im deutschen Einzelhandel waren in Geschäften mit jüdischen Inhabern beschäftigt. (221) Das "Jüdische Wochenblatt für Unterfranken und Aschaffenburg" vermutete im Januar 1933, in ganz Würzburg seien nur zwei jüdische Angestellte in christlichen Betrieben untergebracht; das Blatt begründete den Tatbestand mit den "heutigen politischen Verhältnissen." (222) Außerdem war es in Handel und Handwerk üblich, daß Juden bei Juden in die Lehre gingen (223), eine Praxis, die sich auch in der Personenkartei widerspiegelt. (224)

Wenn es für einen jungen jüdischen Menschen die Regel war, in einem jüdischen Betrieb zu lernen und anschließend in einer jüdischen Firma zu arbeiten, wenn ein jüdischer Selbständiger bei der Suche nach einem Kompagnon in 98 von 100 Fällen (zumindest in Würzburg) nur auf einen Glaubensgenossen stieß, so widerspricht dies der Vorstellung von der engen deutsch-jüdischen Symbiose. Dennoch wird man nicht von einer "jüdischen Wirtschaft" sprechen können, denn selbst der bei einem jüdischen Arbeitgeber beschäftigte Jude hatte in der Mehrzahl christliche Kollegen und auch die in rein jüdischem Besitz befindliche Firma war in das Wirtschaftsleben ihrer Branche integriert. Ohnehin gab es nur einen begrenzten Abnehmerkreis für ausschließlich für den jüdischen Markt hergestellte Produkte wie Pessachmazzot und Koscherfleisch, der normalerweise die Existenz einer Firma nicht gewährleisten konnte.

III. Politische Orientierung

1. Die Deutsche Demokratische Partei (DDP)

Als überwiegend bürgerliche Sozialgruppe standen die Juden traditionell auf der Seite des Liberalismus, der ihnen als die politische Kraft galt, die im 19. Jahrhundert zusammen mit der bürgerlichen Emanzipation auch die Judenemanzipation durchgesetzt hatte. Sie wählten daher auch schon vor 1918 überwiegend die linksliberale Fortschrittliche Volkspartei und, in geringerem Ausmaß, die Nationalliberale Partei. (1)

Die freisinnige Tradition des Kaiserreichs fand nach dem Novemberumsturz ihre Fortsetzung in der neugegründeten Deutschen Demokratischen Partei. Sie wurde - als einzige der größeren bürgerlichen Parteien - zur "Fahnenträgerin der republikanischen Idee" und zum politischen Sammelplatz der bürgerlichen deutschen Juden. (2) Zu den Gründern der DDP gehörten bekannte Juden wie Albert Einstein, der Berliner Zeitungsverleger Rudolf Mosse sowie der Staatsrechtsprofessor und Rektor der Berliner Handelshochschule Hugo Preuß, von dem der Entwurf der Weimarer Verfassung stammte. (3) Von der Bildung des Kabinetts Scheidemann im Februar 1919 bis zum Ende der großen Koalition 1930 waren die Demokraten an fast allen Regierungen der Weimarer Republik beteiligt. (4)

Die DDP ist die einzige Partei, in der Würzburger Juden in größerer Zahl politisch aktiv wurden. Auf der Kandidatenliste für die Stadtratswahl am 15. Juni 1919 standen drei Juden: Weingroßhändler Wilhelm Kahn (Platz 5), Rechtsanwalt Bruno Stern (Platz 11) sowie Mühlenbesitzer Wilhelm Schwabacher (Platz 24). (5) Die DDP erlangte sieben Sitze (6) und Kahn zog in das Gremium ein. (7) Bei der Kommunalwahl am 7. Dezember 1924 erhielt Kahn erneut einen sicheren Platz auf der DDP-Liste. (8) Am 8. Dezember 1929 wurde Bruno Stern für die Demokraten, die inzwischen nur noch über vier Sitze verfügten, in den Stadtrat gewählt. (9)

Auch im Ortsverein der DDP spielten Juden eine wichtige Rolle, wenn auch nicht auf "sichtbaren" Positionen. 1919 fungierte Bruno Stern als einer

der beiden Schriftführer (10), im gleichen Jahr wurde er in den Landesausschuß der bayerischen Demokraten gewählt. (11) Den Presseausschuß der Würzburger DDP leitete Rechtsanwalt Karl Rosenthal, dem Finanz- und Sekretariatsausschuß stand Tuchhändler Hugo Sichel vor. (12) In der Frauengruppe hatte Eugenie Cahn den Posten einer der beiden Schriftführerinnen inne. (13)

In den Jahren 1928 und 1929 vertrat der Medizinstudent Franz Stern, Sohn von Bruno Stern, als Vorstandsmitglied des Demokratischen Studentenbundes an der Universität republikanisches Gedankengut. (14) In der DDP-Jugendorganisation, der "Gruppe junger Demokraten", wirkten ebenfalls mehrere Juden mit. (15)

Die DDP bot gleichzeitig Raum für Kapitalisten und liberal-radikale Reformer und umfaßte damit die im deutschen Judentum überwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Tendenzen. (16) Sie fungierte im Reich wie beispielsweise auch in Würzburg als bürgerliche Linkspartei und Partnerin der SPD, verstand sich jedoch gleichzeitig als Prellbock gegen eine sozialistische Vorherrschaft. (17) Die Furcht vieler Juden vor einer zu starken Linksorientierung der DDP brachte im November 1918 Karl Rosenthal zum Ausdruck, der in einer Parteiversammlung die Frage stellte, ob die Partei "in Wirtschaftsfragen mit den Bürgerlichen gehe, oder ob sie den 'Kommunismus' wolle." (18)

Die antisozialistische Grundrichtung der DDP erlaubte die enge Zusammenarbeit mit der SPD nur, solange die Sozialdemokraten gemäßigte Ziele vertraten. Im Würzburger Stadtrat bildeten DDP und SPD lange Zeit einen Block. Einer Äußerung des jüdischen Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion, Felix Freudenberger, ist zu entnehmen, daß der demokratische Oberbürgermeister Hans Löffler der klerikal-konservativen Grundstimmung in der Stadt nicht nachgab. In "prinzipiellen Fragen" habe sich Löffler bei Stadtratsabstimmungen stets auf die Seite des "Linksblocks" geschlagen, "so daß wir, wenn auch nicht sozialistische, so doch demokratische Gemeindepolitik betreiben konnten." (19)

Die DDP, die in ihrem Programm "Glaubens- und Gewissensfreiheit" sowie den "Schutz für alle Bekenntnisse" forderte (20), entsandte - wie sonst nur die SPD - während der ganzen Zeit ihres Bestehens Abgeordnete jüdi-

schen Glaubens oder jüdischer Herkunft in den Reichstag. (21) Nach den Schätzungen des DDP-Generalsekretärs wählten 1920 etwa 60 % der wahlberechtigten deutschen Juden demokratisch. (22)

Die Erfolge der DDP bei den Wahlen des Jahres 1919 schienen den späten Triumph des entschiedenen Liberalismus in Deutschland zu dokumentieren. In den unterfränkischen Städten Würzburg, Aschaffenburg, Bad Kissingen, Kitzingen und Schweinfurt erhielt sie bei der Landtagswahl am 12. Januar 1919 fast ein Viertel der Stimmen (24,6 %). (23) In den folgenden Jahren wandten sich viele bürgerliche Wähler den Rechtsparteien zu, so daß die DDP bei der Landtagswahl am 6. April 1924 in den genannten Städten nur noch auf 6,8 % kam. (24) Im Reichstag verringerte sich die Zahl der demokratischen Abgeordneten von Wahl zu Wahl; und als dieser Trend auch beim Urnengang von 1928, nach Jahren relativer politischer Ruhe und wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung, nicht zu stoppen war, sahen sich viele deutsche Juden mit der Tatsache konfrontiert, daß die einzige Partei, deren Programm und Politik sie vorbehaltlos zustimmen konnten, als politischer Machtfaktor kaum noch existierte.

Um verstärkt rechtsliberale Wähler anzuziehen, verband sich die DDP im Juli 1930 mit dem nationalistischen Jungdeutschen Orden, der keine Juden aufnahm, zur Deutschen Staatspartei. Obwohl der Zusammenschluß der ungleichen Partner schon nach zwei Monaten wieder aufgelöst wurde, hatte die ehedem linksliberale DDP ihren Charakter geändert:

"Sie steuerte scharf nach rechts und wurde praktisch, wenn auch nicht dem Namen nach, eher eine gemäßigt-nationalistische Partei. Es war ein freiwilliger Schritt der 'Gleichschaltung' mit dem Geist der neuen Zeit und war praktisch dem Ende des Liberalismus im politischen Leben der Republik gleichbedeutend. Die liberal-demokratisch-jüdische Symbiose neigte sich somit, bereits vor dem Auftreten des Nationalsozialismus als politische Massenpartei, ihrem Ende zu." (25)

In Würzburg ging die DDP-Ortsgruppe in der Staatspartei auf; dieser Schritt wurde von den führenden jüdischen Mitgliedern Wilhelm Kahn, Bruno Stern und Herbert Nußbaum mitgetragen. (26) Dennoch kann mit Sicherheit angenommen werden, daß sich auch viele jüdische Wähler von der Partei abwandten, die bei den beiden Reichstagswahlen des Jahres 1932 in den unterfränkischen Städten kaum mehr als jede hundertste Stimme erhielt (27) und im Reichstag nur noch mit zwei Abgeordneten vertreten war (gegenüber 75 in der Nationalversammlung im Jahr 1919). (28)

Obwohl die Staatspartei im Juli 1932 in einer großformatigen Anzeige im "General-Anzeiger" der Auffassung entgegentrat, "daß durch die Wahl der staatsparteilichen Liste Stimmen verloren gehen könnten" (29), wanderten viele jüdische Wähler zur SPD, zur BVP und vereinzelt auch zur KPD ab, da sie glaubten, nur diese Parteien besäßen die materielle Macht, den nationalsozialistischen Vormarsch aufzuhalten. (30) Daß der Schritt nach links vielen Staatsparteiwählern und -sympathisanten äußerst schwer fiel oder gänzlich unmöglich war, zeigt die soziale Zusammensetzung dieser Gruppe. Für Würzburg konnten im Rahmen der Personenkartei 63 Männer und Frauen ermittelt werden, die politisch zu DDP bzw. Staatspartei tendierten. (31) Fast die Hälfte gehörte dem gehobenen Bürgertum oder der Oberschicht an (32), weitere 34 % dem mittleren Bürgertum. (33) Inhaber und Teilhaber von großen Firmen sowie Selbständige mit gehobenem Einkommen dominierten in dieser Gruppe, die mit dem Niedergang der Staatspartei ihre angestammte politische Heimat verlor.

2. Die Bayerische Volkspartei (BVP)

Die Ende 1918 aus dem bayerischen Zentrum hervorgegangene katholische Bayerische Volkspartei lehnte die durch den Novemberumsturz geschaffenen neuen Verhältnisse, vor allem die republikanische Staatsform, entschieden ab. Die Würzburger BVP-Mitglieder sahen darin eine "mit Gewalt ins Werk gesetzte historische Tatsache", erklärten sich jedoch zur Mitarbeit im umgestalteten Staat bereit, freilich nur "unter voller Wahrung ihrer [monarchistischen] Überzeugung". (34) Daß die Vorbehalte ungemein stark waren, läßt sich vielen polemischen Artikeln des BVP-Organs "Fränkisches Volksblatt" entnehmen, in denen im Winter 1918/19 der Anteil jüdischer Politiker am revolutionären Geschehen in München und Berlin kritisiert wurde und "Zersetzung", "Revolution", "Judentum" als gleichermaßen abzulehnende Begriffe erschienen. (vgl. Kap. IX)

Gleichzeitig warb die BVP im "Volksblatt" um jüdische Stimmen und berief sich dabei auf den Regensburger Distriktrabbiner S. Meyer, der im Januar 1919 in der von ihm herausgegebenen "Deutschen Israelitischen Zeitung" die orthodoxen Juden zur Stimmabgabe zugunsten der BVP aufgefordert hatte:

"Die einzige Partei [zitierte das "Volksblatt" Meyer], die klar und deutlich sich auf den Standpunkt stelle, daß der Staat den Religionsunterricht mindestens schützen müsse, sei die Bayerische Volkspartei, welche die Religion aller Konfessionen schütze und deren religiöse Einrichtungen aufrecht erhalten wolle. Wenn sie [die BVP] auch schreibe, daß sie auf dem Boden des Christentums stehe, so sei das kein Hindernis, denn der Glaube an Gott, die 10 Gebote und die hl. Schrift seien ihnen gemeinsam." (35)

Am 3. Januar 1919 erklärte der Würzburger BVP-Landtagsabgeordnete Georg Stang in einer Wahlversammlung seiner Partei, die BVP wolle "die Kraftquellen aller Konfessionen zur Entfaltung bringen" und "das ganze gläubige Volk einschließlich der Juden zusammenfassen gegen die rote Gefahr." (36)

Es steht außer Zweifel, daß eine Reihe von orthodoxen Würzburger Juden der Aufforderung Meyers nachkam, auch schon vor dem Niedergang der DDP. "Bei Wahlen habe ich einige Male der BVP, da ich religiös veranlagt bin, meine Stimme gegeben", erklärte während des Dritten Reiches in einem Gestapo-Verhör der Expedient Albert Stern. (37) Noch weitere BVP-Wähler sind der Würzburger Orthodoxie zuzurechnen, darunter auch Rabbiner Siegmund Hanover, der ebenfalls "mit dem Bischof stimmte". (38)

Die BVP schien, wie das Zentrum, vielen Juden die Gewähr dafür zu bieten, daß sie sich den Schutz der jüdischen Bürgerrechte eher angelegen sein lassen werde als andere politische Gruppierungen ohne religiöse Grundlage. Zudem ergab sich häufig eine gemeinsame Interessenlage, wenn beispielsweise, wie in den ersten Monaten der Republik, die völlige Trennung von Kirche und Staat drohte, die Einschränkungen des Religionsunterrichts in staatlichen Schulen mit sich gebracht hätte. In Reichskanzler Wilhelm Marx besaß das Zentrum zudem einen Vorsitzenden, der sich als ausgesprochener Gegner des Antisemitismus bekannte. (39)

Das Würzburger BVP-Organ führte seit 1928 unter seinem Chefredakteur Heinrich Leier einen energischen Kampf gegen den anwachsenden Nationalsozialismus und sprach sich in zahlreichen Artikel zugunsten der Juden aus. Es ist daher anzunehmen, daß viele ehemalige jüdische DDP-Wähler in Würzburg und Unterfranken seit der Gründung der Staatspartei zur BVP abwanderten, die sich als konsequente Verteidigerin ihrer Rechte erwies.

Hinzu kam, daß viele in Würzburg lebende Juden erst vor kurzem vom Land in die Stadt gezogen waren und stark von der religiös-konservativen Atmo-

sphäre in agrarischen Gebieten geprägt waren. Karl Handburger etwa, der die Volksschule in Kleinlangheim besucht und dann eine Kaufmannslehre in Windsheim absolviert hatte, wählte die BVP, "wie es auf dem Lande üblich ist". (40)

Arnold Paucker schätzt, daß bei den Reichstagswahlen des Jahres 1932 Zentrum und BVP mindestens 25 bis 30 % der jüdischen Stimmen erhielten. (41) In Würzburg könnte die Zahl in der Endphase der Republik sogar noch etwas höher gelegen haben, da die Orthodoxie in der Stadt überdurchschnittlich stark vertreten war, ebenso wie die Personengruppe mit ländlicher Herkunft. Hinzu kommt außerdem, daß die 18 ermittelten jüdischen BVP-Wähler ausschließlich dem Kleinbürgertum und dem mittleren Bürgertum angehörten (42), jenen beiden Schichten also, die das Gros der Würzburger Juden ausmachten.

3. Die Deutsche Volkspartei (DVP) und die Deutschnationale Volkspartei (DNVP)

In geringerem Umfang wurden auch die beiden bürgerlichen Rechtsparteien von Würzburger Juden gewählt. Am ehesten konnte noch die DVP auf derartige Unterstützung rechnen, denn sie besaß, wie das "Jüdische Wochenblatt für Unterfranken und Aschaffenburg" vor der Reichstagswahl im November 1932 schrieb, "keinen Judenparagraphen" und hatte folglich immer eine kleine Zahl von jüdischen Mitgliedern. Sie sei zudem als Nachfolgerin der Nationalliberalen "weltanschaulich immer eine liberale Partei gewesen." Die Stimmabgabe für die DVP stehe "demnach jedem frei, wenn alle Voraussetzungen wirtschaftlich und weltanschaulich sonst zutreffen." (43)

Das ambivalente, von starken Vorbehalten gegen Juden gekennzeichnete Selbstverständnis der DVP wird in Kapitel IX behandelt. Es genügt hier festzustellen, daß die DVP in Würzburg mit der DNVP gemeinsam als "Vereinigte Nationale Rechte" auftrat und allem Anschein nach keinen Versuch unternahm, deren judenfeindliche Äußerungen zu mäßigen.

Die Deutschnationalen schlossen satzungsmäßig Juden von der Mitgliedschaft aus (44) und arbeiteten bereits 1929 beim Volksbegehren gegen den Young-Plan sowie seit 1931 in der Harzburger Front eng mit der NSDAP zusammen. Zu Beginn der Republik, als der Anschluß der DNVP an die völkische Bewegung noch nicht gänzlich vollzogen war, warb auch diese Partei in Würzburg um die Stimmen jüdischer Sympathisanten am rechten Rand des politischen Spektrums (45), und sie war damit in Einzelfällen wohl erfolgreich.

Daß es auch Juden gab, die den Novemberumsturz als Dolchstoß in den Rükken des unbesiegten Heeres interpretierten, Mehrheitsdemokratie und Parteienherrschaft ablehnten und eine deutsche Machtstaatspolitik befürworteten, ist nicht zweifelhaft. Doch sahen sich Personen, die in diesen Punkten mit DVP und DNVP übereinstimmten, vom Eintritt in diese Parteien in den meisten Fällen (DVP) bzw. überhaupt (DNVP) durch deren judenfeindliche Einstellung abgehalten. So blieb nur die Stimmabgabe zugunsten dieser nationalen Parteien, die für einige Würzburger Juden bezeugt ist. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um Angehörige des mittleren und gehobenen Bürgertums sowie der Oberschicht (46), häufig um Großkaufleute, in einem Fall um einen Adeligen, von denen mehrere im April 1919 als Mitglieder der Bürgerwehr gegen die spartakistische Würzburger Räterepublik kämpften.

Jüdische Anhänger von DVP und DNVP schlossen sich 1921 zum Verband nationaldeutscher Juden zusammen; die kleine Organisation identifizierte sich mit einem völkisch verstandenen Deutschtum und lehnte die Duldung von Ostjuden in Deutschland ab. (47) In Würzburg entfaltete der Verband keine Tätigkeit, doch verfügte er hier über eine Reihe von Sympathisanten. (48) Als einer von diesen muß der praktische Arzt Max Strauß gelten, der nach der nationalsozialistischen Machtübernahme gezwungen wurde, seine Praxis zeitweise zu schließen. Um seine nationale Gesinnung zu dokumentieren, trug Strauß in Abschrift den Brief eines Augsburger Reichswehrhauptmanns bei sich, den dieser am 7. Juni 1933 geschrieben hatte und in dem er die "zwangsweise Beurlaubung" des Mediziners als "unverständlich" bezeichnete, da er diesen als "deutschen Mann" kennengelernt habe, der "im Feld als Frontsoldat seine Pflicht und Schuldigkeit getan" habe. Weiter hieß es in dem Schreiben:

"Du weißt, daß Du meine Freundschaft nicht besäßest, wenn Du in dieser Beziehung nicht völlig makellos und tadelfrei dastündest. Denn letzten Endes sollten doch mit der Entfernung der Juden aus dem deutschen Leben in erster Linie die vom Osten eingewanderten Parasiten und die Leute vom Kurfürstendamm unschädlich gemacht werden; und daß Du - selbst Jude - mit der Säuberung der Nation von derartigen Elementen absolut einverstanden warst, haben ja die mehrmaligen Aussprachen zwischen uns immer erneut bewiesen." (49)

4. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Zahlreiche Juden schlossen sich schon im Kaiserreich der SPD an, jedoch nicht überwiegend deshalb, weil sie überzeugte Sozialisten gewesen wären. Sie taten diesen Schritt vor allem, weil die Sozialdemokraten, genau wie die Juden vor 1918 gesellschaftlich benachteiligt, konsequent und ohne Einschränkung für die Beseitigung aller Formen von Diskriminierung eintraten, mochten sie nun Sozialisten oder Juden treffen. (50) Vor allem jüdische Intellektuelle und Angestellte wandten sich der SPD zu, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg etwa 15 % der jüdischen Wählerstimmen erhielt. (51)

Die SPD entsprach jedoch nicht dem Klasseninteresse der großen Mehrheit der Juden, da

"der weitaus überwiegende Teil der deutschen und der in Deutschland lebenden ausländischen Juden dem privatwirtschaftlichen Kapitalismus, wie er in Deutschland existierte, anhing. Gerade weil die meisten Juden wirtschaftlich, und viele von ihnen in der Stellung mehr oder weniger selbständiger Unternehmer tätig waren und sein wollten, konnten sie gar keine andere, insbesondere nicht die sozialdemokratische, auch nicht die revisionistische Auffassung vertreten. Manche von ihnen gerieten daher gewiß in einen Gewissenskonflikt, indem sie in einer Hinsicht gesellschaftspolitisch mit der Sozialdemokratie sympathisierten, wirtschaftspolitisch aber, und in mancher Hinsicht auch gesellschaftspolitisch, ihr zumindest nicht zuneigten." (52)

Je mehr der Linksliberalismus an politischer Bedeutung verlor und die SPD sich zu einer Reformpartei entwickelte, desto eher waren Juden bereit, zu den Sozialdemokraten überzugehen. Monika Richarz schätzt, daß die SPD vor 1930 ein Viertel der jüdischen Stimmen erhielt, danach jedoch mehr als die Hälfte. (53) Die relativ große Bedeutung, die die BVP in Würzburg für

die jüdischen Wähler erlangte, läßt zumindest die zweite Zahl als für die Würzburger Verhältnisse wesentlich zu hoch gegriffen erscheinen.

Von den 23 Personen, die hier als Sympathisanten der SPD nachweisbar sind, gehörten vier Fünftel (78 %) dem Kleinbürgertum und der Unterschicht an; typische Berufe sind Reisender, Lehrling, Händler und Säuglingsschwester. Vier der fünf SPD-Wähler, die dem mittleren und gehobenen Bürgertum zuzurechnen sind, waren Intellektuelle bzw. Studenten. In einem einzigen Fall bekannte sich ein erwachsenes, im Berufsleben stehendes Mitglied des gehobenen Bürgertums zur SPD, doch trat diese Person 1930 aus der Partei aus. (54) Ostjuden machten 22 % der Gruppe aus.

In kleinbürgerlichen Verhältnissen lebte auch Felix Freudenberger, der als SPD- und Gewerkschaftsfunktionär zum "geistigen Führer der Würzburger Arbeiterschaft" (55) wurde. Am 8. August 1874 in Heidingsfeld als Sohn eines Lehrers geboren, absolvierte er in Würzburg die Gewerbe- und Realschule. Nachdem er in Frankfurt, Witten und anderen Städten als Buchhandlungsgehilfe gearbeitet hatte, ließ er sich 1899 in Würzburg nieder und eröffnete im folgenden Jahr eine kleine Buch-, Papier- und Schreibmaterialienhandlung in der Augustinerstraße 4. Freudenberger heiratete die ebenfalls in Heidingsfeld geborene und aufgewachsene Metzgerstochter Rosa Frankenfelder; 1901 wurde die Tochter Sophie geboren. (56)

Bereits als Handlungsgehilfe fand Freudenberger zur SPD; die Partei stellte ihn 1907 als Landtagskandidaten sowie 1908 als Kandidaten für das Gemeindekollegium auf, in das er 1912 als Gemeindebevollmächtigter gewählt wurde. Seit 1915 gehörte er dem Magistrat an. (57) Auf seinem Meldebogen im Einwohnermeldeamt wurde handschriftlich mit roter Farbe "Sozialdemokrat" vermerkt. (58)

Bei den Stadtratswahlen am 15. Juni 1919 und 7. Dezember 1924 führte Freudenberger die Kandidatenliste der SPD an. (59) Er gehörte dem Direktorium der Fraktionsführer sowie verschiedenen Ausschüssen an. (60) Am 24. Juni 1919 wurde Freudenberger darüber hinaus für eine Legislaturperiode zum ehrenamtlichen vierten Bürgermeister bestellt. (61) Als solchem oblagen ihm gemeinsam mit einem weiteren Stadtrat die Theaterinspizierung sowie die Aufsicht über städtische Weinkellerei und Ratskeller. (62)

Dreimal wurde Freudenberger in den bayerischen Landtag gewählt, erstmals

am 12. Januar 1919, letztmals am 6. April 1924. Er behielt den Sitz bis zu seinem Tod. (63) Freudenberger, der auch im Verwaltungsrat der Würzburger Volkshochschule sowie in der Vorstandschaft der Gesellschaft für Literatur und Bühnenkunst führend hervortrat (64), arbeitete einige Monate in der Verwaltung der israelitischen Kultusgemeinde mit. Am 9. November 1919 kooptierte ihn das jüdische Leitungsgremium als Mitglied. (65) Bei der ein Jahr später stattgefundenen jüdischen Gemeindewahl kandidierte er jedoch nicht mehr.

Felix Freudenberger wurde als "Sozialist und Jude" (66) von der auch für Würzburg zuständigen Polizeistelle für Nordbayern in Bamberg sowie deren Nachfolger, dem Staatspolizeiamt Nürnberg-Fürth, genau überwacht. Aus Hunderten von Spitzelberichten ist seine Tätigkeit in Partei- und Gewerkschaftsämtern minutiös nachzuzeichnen. Der Politiker erscheint dabei als Mann, der auf dem rechten Flügel seiner Partei angesiedelt war und energisch gegen die Zusammenarbeit mit Kommunisten agitierte. In einer SPD-Bezirkskonferenz am 21. Oktober 1923 erklärte er in Würzburg:

"Die Kommunisten müssen genau so stark bekämpft werden als [!] die Deutschnationalen. Ich gehe auch heute noch keinen Fußbreit von dieser Meinung ab und stelle nochmals fest, die KPD, die die Arbeiterbewegung zerschlagen will, ist genau so schlimm wie die Deutschnationalen und muß deshalb auch mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden." (67)

Im November 1926 rief Freudenberger in einer Besprechung von SPD-Funktionären zur "Beseitigung des komm. [!] Einflusses" in den Gewerkschaften auf. (68)

Am 15. Dezember 1927 starb Freudenberger an einem Darmleiden in einem Sanatorium im Schwarzwald, wohin er erst wenige Tage vorher gebracht worden war, im Alter von 53 Jahren. (69) In einem Nachruf bezeichnete der in scharfer Kampfstellung zur SPD stehende "General-Anzeiger" Freudenberger als Politiker, "den hohe Geistesgaben, ein praktischer Blick und ein hervorragendes Rednertalent" ausgezeichnet hätten, als "anständigen Menschen", der "seine öffentliche Tätigkeit als Dienst am Volke uneigennützig und besonnen ausübte." (70)

5. Die Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Auch in diesen beiden Parteien spielten auf Reichsebene Juden vereinzelt wichtige Rollen, wobei es sich meist um Intellektuelle handelte, die die Haltung der SPD als zu kompromißbereit verwarfen. In Würzburg traten weder in der USPD noch in der KPD Juden als Führungspersönlichkeiten hervor, doch sympathisierte eine Reihe von ihnen mit den Unabhängigen Sozialdemokraten oder mit der KPD. Es waren überwiegend junge Menschen, die angesichts von Weltwirtschaftskrise und steigenden Arbeitslosenzahlen den Schritt nach links taten. Vor allem zionistische und ostjüdische Jugendliche ließen sich von kommunistischer Propaganda beeinflussen, was in zionistischen Kreisen auf heftige Gegenwehr stieß; es wurden antikommunistische Veranstaltungen abgehalten, und das zionistische Zentralorgan, die "Jüdische Rundschau", befaßte sich in mehreren Artikeln mit der Problematik. (71)

Im Februar 1931 berichtete der Würzburger Rabbiner Siegmund Hanover in der Kultusverwaltung über "kommunistische Elemente" in der 9. Klasse der Mittelschulen, die "vollkommen religionslos" seien und ihm "besondere Sorge" bereiteten. (72) Im Dezember des gleichen Jahres wiederholte Hanover die Warnung vor der "Gefahr der kommunistischen Einstellung von Schülern". (73)

Angesichts der Ereignisse um die kommunistische "Gemeinschaft zur Wahrung wirtschaftlicher Belange" erscheint die Sorge des Rabbiners berechtigt. Am 27. Mai 1932 löste die Polizei eine Versammlung der Gemeinschaft, der außer Studenten auch Lehrlinge und Schüler angehörten, als "nichtangemeldete öffentliche politische Veranstaltung" auf. Dem anläßlich der Sprengung aufgenommenen Protokoll ist zu entnehmen, daß unter den 39 anwesenden Zuhörern allein 13 junge Juden waren, darunter vier Studenten, die allerdings nicht alle aus Würzburg stammten. (74)

Insgesamt lassen sich neun in Würzburg beheimatete Juden herauskristallisieren, die mit USPD oder KPD sympathisierten, bzw. der KPD oder einer kommunistischen Jugend- oder Studentenorganisation angehörten. Fast alle waren relativ jung; acht wurden nach 1900 geboren, vier nach 1910. Drei

Viertel der Personen stammten aus kleinbürgerlichen oder proletarischen Elternhäusern (75), mehr als die Hälfte hatte einen oder zwei aus Osteuropa stammende Elternteile. (76)

6. Die politische Orientierung der Würzburger Juden im Überblick

In Form einer Tabelle wird zunächst das bisher über die politische Orientierung der Würzburger Juden Gesagte zusammengefaßt. Für 121 Personen ist eine entsprechende Aussage möglich.

Graphik 10: Jüdische Parteianhänger in Würzburg

Partei	Personen insgesamt	%	davon Ostjuden (%) (77)	Einkommensklassen (78)	
				1,2,3 (%)	4,5 (%)
DDP	63	52	-	83	17
BVP	18	15	-	60 (79)	40
DVP/ DNVP	8	6,5	-	87,5	12,5
SPD	23	19	22	22	78
KPD/ USPD	9	7,5	56	25	75
Summe	121	100	-	-	-

Die Tabelle, die naturgemäß Verschiebungen in der politischen Orientierung nicht widerspiegelt, dokumentiert das Übergewicht der DDP sowie die etwa gleich starke Stellung von SPD und BVP. Die Parteien der Rechten und der extremen Linken fanden unter den Juden nur relativ wenige Anhänger. Ostjuden wandten sich ausschließlich den Linksparteien zu. Die Trennungslinie zwischen bürgerlichen (DDP, BVP, DVP, DNVP) und sozialistischen Parteien (SPD, USPD, KPD) verlief in etwa zwischen dem mittleren und dem

Kleinbürgertum.

Daß die überwältigende Mehrzahl der Juden auf der Seite der gemäßigten Parteien stand, geht auch aus ihrem Verhalten in den letzten Jahren des Kaiserreichs und den ersten Jahren der Weimarer Republik hervor. Dem Zeitraum von 1914 bis 1919 gelten die folgenden Anmerkungen, die Weltkrieg, Novemberumsturz und Räteunruhen in chronologischer Reihe behandeln.

a. Der Erste Weltkrieg

Die Worte Wilhelms II., er kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche, wurden wahrscheinlich von keinem Teil der Bevölkerung dankbarer und freudiger aufgenommen als von den deutschen Juden. Sie sahen damit das langwierige Ringen um die volle Anerkennung als gleichberechtigte Staatsbürger endlich zum Abschluß gekommen. (80) Noch Jahre später erinnerten sich Repräsentanten der israelitischen Kultusgemeinde Würzburg voller Wehmut der "glorreichen Augusttage 1914", in denen sich "das ganze Volk in vollster Einigkeit erhoben" habe (Rabbiner Hanover) (81), in denen "der Kriegsruf alle Deutschen unter die Fahne rief" (Rechtsanwalt Rosenthal). (82)

Daß auch die Würzburger Juden von der allgemeinen Euphorie erfaßt wurden, läßt sich vielfach belegen. Am 4. August 1914 schrieb der 21jährige Bruno Katzmann aus der Etappe in Germersheim an seinen Vater, den Textilgroßhändler Hermann Katzmann:

"Wie Du siehst sind wir noch hier, jedoch nur noch kurze Zeit. [...] Eingedenk der großen Gefahren, die unser geliebtes Vaterland bedrohen, ziehe ich heldenmutig ins Feld und sterbe gern für König u. [!] Vaterland. Ich sage mir immer, der 1. [!] Gott verläßt ein treues Soldatenherz nie." (83)

Sieben Wochen später war Katzmann bereits in Frankreich gefallen. (84) Die Würzburger jüdischen Studentenverbindungen berichteten von Bundesbrüdern, die begeistert ausrückten, "um auf düsterer Walstatt ihr Herzblut zu vergießen zur Ehre und zum Ruhme unseres geliebten Vaterlandes." (85)

Der 1919 gestorbene Würzburger Bezirksrabbiner Nathan Bamberger warb in

den Gottesdiensten für die Zeichnung von Kriegsanleihen. (86) Bamberger forderte in einem eigenen Rundschreiben auch die israelitischen Kultusgemeinden des Distrikts dazu auf, sich an der Propaganda für die Anleihen zu beteiligen, und schrieb am 7. April 1918 beispielsweise:

"Die einzig dastehenden wunderbaren Siege unserer geliebten tapfern und mutigen deutschen Kämpfer veranlassen uns zunächst zum aufrichtigen Danke gegen den Allvater, der unseren deutschen Waffen so gnädig zur Seite gestanden. Mit diesem hocherfreulichen Bewußtsein dürfen wir uns aber nicht begnügen; wir müssen vielmehr auch in der Heimat unsere Schuldigkeit tun, einen baldigen, endgültigen, ehrenvollen und segensreichen Sieg zu erlangen. Die Erreichung eines solchen Zieles ist nur dadurch ermöglicht, wenn wir uns vielseitig und kräftig bei der Zeichnung auf die 8. Kriegsanleihe beteiligen und auch andere hierzu veranlassen. Dem deutschen Reiche die Mittel zur Kriegsführung zu bieten, ist daher eine hocheilige [!], patriotische Pflicht, von der sich niemand ohne Unterschied des Glaubens, des Geschlechtes und des Standes entziehen darf." (87)

Von den 398 jüdischen Kriegsteilnehmern aus Würzburg fielen 32; weitere acht starben an ihren Verletzungen. (88) 52 Männer hatten sich freiwillig gemeldet, 82 wurden verwundet, zwei Drittel erhielten Auszeichnungen. (89)

b. Der Novemberumsturz von 1918

Entscheidenden Anteil am Novemberumsturz in Würzburg hatte Felix Freudenberger, der sich allerdings energisch dafür einsetzte, daß kein Blut vergossen und die Ordnung möglichst schnell wieder hergestellt wurde. Freudenbergers Name steht (neben anderen) unter den ersten Proklamationen des am 9. November gebildeten vorläufigen Arbeiter- und Soldatenrats, der innerhalb weniger Stunden die politische und militärische Macht in Würzburg übernahm. (90) Am Nachmittag sprachen Freudenberger sowie zwei weitere Redner in einer Massenversammlung auf dem Residenzplatz. Sie erklärten, Republik bedeute nicht Anarchie; kein Bürger solle verletzt, kein Eigentum beschädigt werden. Da der kommandierende General der in Würzburg stationierten Reichswehreinheiten der neuen Regierung keine Schwierigkeiten bereite, wolle man es ebenso handhaben. (91) Nach der ruhig verlaufenen Kundgebung zogen die meisten Teilnehmer durch die Straßen der Stadt

zum Huttenschen Garten, wo durch Akklamation der endgültige Arbeiter- und Soldatenrat gebildet wurde, dem erneut Freudenberger sowie zwei weitere SPD- und ein USPD-Mitglied angehörten. (92)

Eine Proklamation des Rates erschien am Montag, 11. November, auf den ersten Seiten der vier Würzburger Tageszeitungen. Darin hieß es unter anderem: "Humanität und Gerechtigkeit soll der hehre Grundsatz der neuen Verwaltung sein und bleiben. Jede Belästigung von Zivil- und Militärpersonen ist strengstens verboten. Der Arbeiter- und Soldatenrat verbürgt sich für strengste Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Schutz des Eigentums. Alle Beamten bleiben auf ihren Posten." (93) Als vereinzelt Offizieren die Achselstücke abgerissen wurden, verurteilte dies der Arbeiter- und Soldatenrat ausdrücklich. (94)

Auch in München war ein Würzburger entscheidend am revolutionären Geschehen beteiligt: Felix Fechenbach, Sekretär des Ministerpräsidenten der Revolutionsregierung, Kurt Eisner, wie dieser Jude und USPD-Mitglied. (95) Der Vater Fechenbachs betrieb zu diesem Zeitpunkt in der Semmelstraße 21 eine kleine Sackhandlung. Der 1859 in Mergentheim als Sohn eines Metzgers geborene Noa Fechenbach war 1894 nach Würzburg gezogen und hatte hier eine Bäckerei eröffnet, die 1910 Konkurs anmelden mußte. Seitdem arbeitete er als Versicherungsagent, als Händler mit gebrauchten Säcken und schließlich als Vertreter einer Mazzenbäckerei. (96)

Der Sohn Felix, geboren 1894 in Mergentheim, hatte im Alter von 13 Jahren in Würzburg eine Schuhhändlerlehre begonnen und dann 1911 als Handlungsgehilfe eine Stellung in einer Frankfurter Schuhwaren-Großhandlung angetreten. Im gleichen Jahr wurde er auch SPD-Mitglied. Wegen der Organisation eines Streiks fristlos entlassen, ging er nach München, wo er im Arbeitersekretariat beschäftigt war. Im Krieg schwer verletzt, diente er schließlich in Münchner Garnisonsbüros. 1916 lernte er Kurt Eisner kennen; mit ihm gemeinsam schloß er sich der 1917 gegründeten USPD an. Am 7. November 1918 gaben Eisner und Fechenbach auf der Münchner Theresienwiese durch ihre Reden während einer Großkundgebung den Anstoß zur Absetzung der Wittelsbacher. (97)

In der israelitischen Kultusgemeinde Würzburg wurde mit großem Unbehagen verfolgt, daß mit Freudenberger und Fechenbach zwei Männer aus ihrem Kreis

an führender Stelle die Abschaffung der Monarchie ins Werk setzten. (98) Viele Juden waren überzeugte Monarchisten gewesen, und manche machten auch nach dem Umschwung aus ihrer Überzeugung kein Hehl, beispielsweise indem sie die Bezeichnung "K. B. Hoflieferant" (99) oder "Hofweinhandlung" (100) während der Weimarer Jahre beibehielten. Die Bayerische Rabbinerkonferenz trug dieser Stimmung am 6. Januar 1919 in einer Erklärung Rechnung, in der sie betonte, die Juden gedächten "in Dankbarkeit [...] des gerechten Schutzes, den unter Bayerns Fürsten und Regierungen auch die israelitische Religion und ihre Bekenner im Lande gefunden haben." (101)

Im orthodoxen Zentralorgan "Der Israelit" klagte am 12. Dezember 1918 ein Autor, der die Revolutionsereignisse in Würzburg miterlebt hatte, voller Empörung:

"Man reißt Kokarden ab, trägt rote Schleifen, läßt die Republik hochleben und - ergeht sich in Lästerworten gegen die gestürzte Dynastie, die einen anständig Denkenden tief verletzen, ein jüdisches Herz [...] blutig verwunden müssen. [...] Auch in der jungen Republik gibt es - wer könnte widerstreiten? - viele Millionen Kaiser- und Königstreuer. Daß zu ihnen ein gewaltiger, ja der weitgrößte Teil der Judenheit gehört, ist nach jahrhunder[te]langer religiös-traditioneller Zucht und Übung sicher und jedem wahren Kenner der jüdischen Volkspsyche klar." (102)

Diese Worte wurden geschrieben, als in ganz Deutschland noch Arbeiter- und Soldatenräte die Macht in den Händen hielten und die Spartakusgruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die kommunistische Revolution erzwingen wollte. Als sich jedoch bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 eine breite Mehrheit für SPD, DDP und Zentrum bzw. BVP ergab und sich diese Parteien auf die Einführung der parlamentarischen Demokratie mit sozialen und liberalen Vorzeichen einigten, stellte sich die überwiegende Mehrheit der deutschen Juden auf den Boden der Republik.

c. Räteunruhen im Frühjahr 1919

Die Würzburger Juden waren bereit, die neue Staatsordnung wenn nötig unter Einsatz ihres Lebens zu verteidigen. Dies demonstrierten sie im Frühjahr 1919 mehrmals. Am 6. April 1919 riefen spartakistische Kräfte in Würzburg eine Räterepublik aus; es konstituierte sich ein revolutionärer Aktionsausschuß, der über die Stadt den Belagerungszustand verhängte, Residenz und Bahnhof besetzte und die Presse unter Vorzensur stellte. In der Nacht vom 8. auf den 9. April verhafteten revolutionäre Soldaten 15 Geiseln, darunter Felix Freudenberger (103), der sich bereits in den Wochen zuvor den Haß der Spartakisten zugezogen hatte. Am 20. März 1919 warf er ihnen in einer kommunistischen Versammlung vor, "mit Schlagworten können die Kommunisten wohl Stimmung machen, aber keine Arbeit leisten; jemandem den Revolver an die Kehle setzen sei keine Politik." (104) Einen Tag vor seiner Verhaftung erklärte Freudenberger in einer SPD-Kundgebung, die "Diktatur der Räterepublik" bedeute "die Errichtung einer neuen Klassenherrschaft." (105) Angeblich soll der Aktionsausschuß vorgehabt haben, einen weiteren Juden, den Textilfabrikanten Karl Sichel, festzunehmen, doch wurde diese Absicht nicht in die Tat umgesetzt. (106)

An den kommunistischen Aktionen in Würzburg war kein Jude aktiv beteiligt; lediglich der Versicherungsagent Hermann Löwenthal, der seit Anfang April in der Residenz ein Zimmer bewohnte, war am Rande in das Geschehen verwickelt. (107)

Zur Befreiung der Stadt von der spartakistischen Herrschaft organisierten SPD, Freie Gewerkschaften und bürgerliche Kräfte einen Generalstreik. Zusammen mit Maschinenbauschülern, Arbeitern und Studenten eroberten regierungstreue Truppen die Residenz zurück. Bei dieser Aktion wirkten mehrere Juden mit, darunter der 17jährige Maschinenbauschüler Alfred Haas (108) sowie der aus Heilbronn stammende Student Hugo Kern. Beim anschließenden Vorgehen gegen den von Kommunisten besetzten Bahnhof schaltete Kern mit Hilfe eines Geschützes in der Kaiserstraße ein von Revolutionären hinter der Bahnhofsuhr postiertes Maschinengewehr aus. (109)

Nachdem der Räterepublik ein Ende bereitet war, wurde am 21. April 1919 in einer Versammlung im Rathaus die Aufstellung eines Freikorps zur Nie-

derschlagung der noch bestehenden übrigen bayerischen Räteregime beschlossen. Am nächsten Tag erschien in den Tageszeitungen ein Aufruf zum Beitritt ("Würzburg gilt als Bayerns Schicksalsstadt, Würzburg hat am 9. April die Spartakusherrschaft gebrochen" (110)), den unter anderem Bezirksrabbiner Nathan Bamberger und Felix Freudenberger unterzeichnet hatten. Am 23. April fuhr der SPD-Politiker mit einem Militärkraftwagen durch die Dörfer der Umgebung und warb dort für den Beitritt. (111)

Zahlreiche junge Männer aus jüdischen Familien Würzburgs schlossen sich dem Freikorps an, darunter erneut Alfred Haas, die beiden 17jährigen Oberschüler Alfred Reiß und Arnold Reinstein, der 18jährige Schüler Fritz Ruschkewitz und mehrere Studenten. (112) Während der Freiwilligenverband noch in Würzburg exerzierte und die Befreiung Münchens von der am 29. April ausgerufenen Diktatur der Roten Armee vorbereitete, meldete sich Alfred Reiß in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai 1919 zu einer gewaltsamen Unternehmung gegen versprengte Würzburger Spartakisten, die ein in Zell untergebrachtes Demobilmachungsdepot mit Waffengewalt angegriffen hatten. (113)

Als das 1700 Mann starke Freikorps am 15. Mai in München einzog, war die blutige Rückeroberung bereits abgeschlossen. Die Würzburger Truppen beteiligten sich an der Durchsuchung der Stadtteile nach Waffen und der Bewachung städtischer Gebäude und kehrten am 12. Juni zurück. (114)

Gleichzeitig mit der Werbung zum Freikorps war zum Eintritt in die Bürger- bzw. Einwohnerwehr aufgerufen worden, die ein erneutes Aufflammen der Räteunruhen in Würzburg verhindern sollte. (115) Auch in diesem Verband engagierten sich mehrere Juden, vor allem jene Männer, die schon bei der Niederschlagung der Würzburger Räterepublik mitgewirkt hatten. Außerdem trugen jüdische Geschäftsleute durch Spenden zur Finanzierung der Wehr bei. In den für den Kreis Unterfranken und Aschaffenburg eingerichteten "Ausschuß zur Aufbringung von Geldmitteln für die Einwohnerwehr" berief Regierungspräsident Julius Ritter von Henle drei jüdische Kaufleute. (116) Von den 68 jüdischen Firmeninhabern, die Hermann Reiß, der Vater von Alfred Reiß, ansprach, wurden allein 33550 M gespendet. Schon dieser Betrag, der durch die Sammelergebnisse der beiden anderen jüdischen Ausschußmitglieder noch erheblich aufgestockt worden sein dürfte, entspricht fast der Hälfte der Summe, die die israelitische Kultusgemeinde Würzburg während des ganzen Jahres 1919 aus Kultusumlagen einnahm. (117)

IV. Innerjüdische Gruppierungen

1. Orthodoxie und liberales Judentum

Das Wesen des Judentums bestimmt seine Tradition, die Thora (hebr. "Weisung", "Unterweisung"). Im engen Sinn werden mit dem Begriff Thora die fünf Bücher Mose und die darin enthaltenen Gebote und Verbote bezeichnet. Darüber hinaus steht der Begriff für die Lehren in den Büchern der hebräischen heiligen Schriften sowie für deren mündliche und schriftliche Auslegungen, von denen ein Teil im Talmud (hebr. "Lehre") zusammengefaßt wurde. (1)

In den ersten Jahrhunderten vor und nach der christlichen Zeitrechnung, als die jüdische Religion ihre überlieferte Form bekam, war eine der Aufgaben der in der Thora enthaltenen Lehren, zu verhindern, daß die Juden durch zu engen Verkehr mit ihren nichtjüdischen Nachbarn ihren reinen Monotheismus aufgaben. Deshalb spielten unter den religiösen Vorschriften diejenigen eine so große Rolle, die, wie zum Beispiel die Speisegesetze, den Umgang mit Nichtjuden erschweren, sie auf Schritt und Tritt an ihre Religion erinnern und sie als Juden erkennbar machen sollten. (2)

Bis ins 18. Jahrhundert blieb die Religion für alle Juden, auch in Deutschland, aufs engste mit dem täglichen Leben verflochten. Es gab fast keine Handlung, die nicht durch ein Zeremoniell eingeleitet und geheiligt wurde; die Religion umfaßte sowohl Moral wie Familienleben, Hygiene, Haushalt, Nahrung, Beruf, Geschlechtsleben, Bildung und Kleidung. (3)

Während des 19. und 20. Jahrhunderts verringerte sich die Zahl derjenigen Juden, die die Vorschriften der Thora streng befolgten. Die Orthodoxie, die an der buchstäblichen Erfüllung der Gesetze festhielt, wurde zu einer religiösen Partei, die schließlich nur noch eine Minderheit der deutschen Juden vertrat. Den Zweck der Ritualvorschriften sah die Orthodoxie, ausgehend von den Lehren des Rabbiners Samson Raphael Hirsch in Frankfurt, darin, daß diese den Menschen zu strenger Selbstzucht zwängen und dadurch seine geistige und sittliche Vervollkommnung förderten. (4)

Hinsichtlich der Ernährung unterscheidet die Thora zwischen "reinen" und "unreinen" Tieren. (5) Von den Säugetieren gelten nur die Wiederkäuer mit gespaltenen Hufen als rein; Schweinefleisch sowie Hase und Kaninchen werden also nicht verzehrt. Das Fleisch der erlaubten Tiere darf nur genossen werden, wenn sie gemäß der religionsgesetzlichen Vorschriften geschlachtet wurden. Das "Schächten" übernimmt ein eigens dazu ausgebildeter Fachmann, der mit einem scharfen, völlig schartenfreien Messer die Kehle des Tieres in einem Zug so durchschneidet, daß zugleich Luft- und Speiseröhre fast gänzlich durchtrennt werden und eine vollständige Ausblutung auf dem schnellsten Weg erfolgt. Erst wenn außerdem die Lunge und die umliegenden Organe untersucht sind, darf das Fleisch als rituell geeignet ("koscher") bezeichnet werden. (6)

Nicht nur war Koscherfleisch teurer als normal geschlachtetes, was zu verschiedenen Beschwerden rituell lebender Würzburger an die Kultusverwaltung führte (7), es mußte auch vor der Zubereitung von jeglichen Blutresten gereinigt werden. Die orthodoxe Hausfrau mußte das Fleisch abspülen und eine halbe Stunde in Wasser liegenlassen, es dann von allen Seiten mit Salz bestreuen und nach Ablauf einer weiteren Stunde vom Salz reinigen und nochmals abwaschen. Stark bluthaltigen Teilen, wie etwa der Leber, wurde das Blut durch eine offene Flamme entzogen. (8)

Das Zentrum im Leben des orthodoxen Juden stellte und stellt der von Freitagabend bis Samstagabend dauernde Schabbat dar. (9) Den Verlauf dieses Tages in einer streng religiösen Würzburger Familie schildert der Sohn des Zahnarzts Semi Nathansen so:

"Den Höhepunkt der Woche bildete der Schabbat. Dieser begann schon am Freitagabend. Man badete, zog die guten Kleider an und machte sich bereit, zur Synagoge zu gehen. Vorher zündete meine Mutter zwei Kerzen in einem silbernen Leuchter an und sagte einen Segensspruch zur Begrüßung des Schabbat. Nach dem Gottesdienst kamen wir alle nach Hause, wo unser Vater jedes Kind extra segnete als auch unsere Mutter. Dann sprach der Vater an einem festlich gedeckten Tisch den Segensspruch über ein Glas Wein zur Begrüßung des Schabbat. Während des Essens sangen wir Kinder meistens zweistimmig die Schabbatlieder, und man unterhielt sich über fromme Themen oder auch oftmals über die Ereignisse der Woche. Am nächsten Morgen gingen wir Kinder in den Morgengottesdienst, da wir um 8 Uhr in die Schule gehen mußten, wo man extra Rücksicht auf uns jüdische Schüler nahm; wir brauchten nicht zu schreiben, was uns nicht erlaubt war. Nach der Schule kamen wir nach Hause, wo wir wieder gemeinsam an einem ebenso feierlichen Tisch saßen und ebenfalls mit Gesang unser Essen einnahmen. Am Nachmittag lernten wir dann im Lehrerseminar, bis wir um 5 Uhr zum Jugendgottesdienst

in die Synagoge gingen. Danach waren wir etwas frei zu spielen oder später mit unseren Freunden oder auch Freundinnen auszugehen. Abends war dann der Abendgottesdienst." (10)

Die Familie Nathansen gehörte zu jener Gruppe der Orthodoxie, bei der die Frömmigkeit auch intellektuell untermauert war. Schlüsselbegriff ist hier das "Lernen", das Studium der religiösen Literatur in Lernzirkeln, vor allem am Schabbat. Teile der Würzburger Orthodoxie, die besonderen Wert auf das Lernen legten, besuchten am Samstagmorgen einen separaten Gottesdienst im Haus des verstorbenen Rabbiners Nathan Bamberger in der Bibrastraße oder in der "Mazzestube", der Synagoge, die vorwiegend von Ostjuden benutzt wurde, weil dort die Feier früher beendet war und mehr Zeit für das religiöse Lernen ließ. (11)

Der Gottesdienst in der "Mazzestube" war auch für orthodoxe Schüler gedacht, die nach seinem Ende noch rechtzeitig zum Unterricht gehen konnten. Da die Kinder aus gesetzestreuen Familien am Samstag nichts tragen durften, brachten sie ihre Schulbücher schon am Freitag ins Klassenzimmer (12) oder ließen sie von christlichen Mitschülern für ein kleines Entgelt tragen. (13) Die Schulordnung der höheren Lehranstalten in Bayern bestimmte, daß orthodoxe Kinder dem Unterricht am Schabbat nur passiv beizuwohnen brauchten, wenn ihre Eltern dies wünschten. An verschiedenen jüdischen Feiertagen und Halbfeiertagen konnte auf Antrag Befreiung vom Schulbesuch gewährt werden. (14)

Die Würzburger Orthodoxie war nach Herbert A. Strauss geteilt in den "verhältnismäßig kleinen Kreis" der "Intellektuellen" um die Israelitische Lehrerbildungsanstalt (15) und das Bambergersche Lehrhaus in der Bibrastraße und die große Gruppe derer, deren religiöse Praxis als "Milieufrömmigkeit" bezeichnet werden kann: "An sich war die Gemeinde Würzburg in ihrem Kern keine intellektuelle Gemeinde. Es war eine Gemeinschaftsreligion. Man beobachtete die Religionsgesetze eigentlich nicht, weil man genau wußte warum, oder aus einem tiefen Glaubensgrund, sondern weil das der Zwang der Gewohnheiten dieser Gemeinde einfach vorschrieb." (16) Strauss begründet dies mit dem großen Anteil derer, die erst vor relativ kurzer Zeit vom Land nach Würzburg gezogen waren und noch von der naiven Glaubenshaltung der agrarischen Gebiete geprägt waren. Die Religiosität seiner in Giebelstadt lebenden Großeltern beschrieb Yehuda Amichai (17), der in Würzburg aufwuchs, seine Verwandten aber regelmäßig besuchte:

"Sie waren strenggläubig und hielten alle Gebote ohne Nachgedanken oder Zweifel. [...] Das Judentum meiner Vorfahren in Süddeutschland war naiv, fast kindlich einfach. Es war nicht das gelehrte Judentum der Jeschiwot (Talmud-Hochschulen), wie es in Osteuropa vorkam. Es gab keinerlei dialektische Auseinandersetzung mit Vergangenheit und keinerlei logische Hochrechnung in die Zukunft. Andererseits war es unbewußtes, praktisches, tagtägliches Judentum, ohne Philosophie und Wissenschaft [...]." (18)

Es kann angenommen werden, daß zumindest die erste Generation der aus ländlichen Gebieten nach Würzburg Gekommenen an der althergebrachten religiösen Praxis festhielt. Ein Beleg dafür ist die große Zahl der Gottesdienstbesucher. Am 11. März 1931 äußerte ein orthodoxes Mitglied der Kultusverwaltung, in Würzburg sei es in dieser Hinsicht "nicht so wie in anderen Gemeinden. Der Synagogenbesuch sei erfreulicherweise viel besser"; das Gotteshaus sei nicht nur an den drei Herbstfeiertagen, sondern auch an den übrigen Festen überfüllt; auch der Besuch am Schabbat sei "ein recht starker". (19) Würzburg war die einzige große jüdische Gemeinde in Bayern, in der die Orthodoxie in der Gemeindeverwaltung mit einer Fraktion vertreten war, die der liberalen Fraktion an Personenstärke gleichkam oder diese sogar noch übertraf. (vgl. Kap. V)

Andererseits befolgte nur ein kleiner Teil der orthodoxen Juden Würzburgs während der Weimarer Jahre die in der Thora festgelegten Verhaltensregeln noch genau. So war etwa der tägliche Besuch des Gottesdienstes auch unter strenggläubigen Juden eher die Ausnahme. Ebenso hielt nur eine Minderheit der Orthodoxen ihre Läden am Samstag geschlossen. Es handelte sich meist um kleine Firmen, wie beispielsweise das Textilwaren-Etagengeschäft, das Jakob Berney und nach dessen Tod seine Witwe in der Johannitergasse 16 betrieben. Dieser Laden schloß darüber hinaus an Freitagen bereits um 17 Uhr. (20) Auch das kleine Koschermilch-Geschäft von Jonas Königshoefer (21) und die Textilwarenhandlung von Nathan Fulder waren am Samstag geschlossen. (22)

Mit wenigen Ausnahmen (23) wurden die größeren jüdischen Unternehmen der Stadt wie die der christlichen Konkurrenten dagegen am Schabbat offen gehalten, meist, wie es damals üblich war, bis 19 Uhr. (24) Lediglich während der hohen Herbstfeiertage stellten auch viele dieser Betriebe die Arbeit ein, was, etwa im Fall der großen Einzelhandelsgeschäfte und Kaufhäuser, durch Anzeigen in der lokalen Tagespresse bekanntgegeben wurde. (25)

Als Beispiel einer orthodoxen Familie, in der die Ritualvorschriften nicht mehr vollständig eingehalten wurden, kann die Familie von Benno Strauß gelten, der eine Werkzeugmaschinen- und Industriebedarfsgroßhandlung besaß:

"Mein Vater hat jeden Morgen Tefillin (26) angelegt und seinen Tallis (27) angezogen und zu Hause gebetet. Wir gingen als Kinder am Montag und am Donnerstag nicht zur Aushebung der Thorarolle in die Synagoge, waren aber jeden Freitag und jeden Samstagmorgen in der Synagoge. Meine Eltern hatten einen koscheren Haushalt, und meine Mutter hat besonderen Wert darauf gelegt, die religiösen Gebote, die die Kaschrut (28) betreffen, einzuhalten. Wir kauften immer Fleisch bei einem der koscheren Metzger; das Fleisch wurde gewässert und gesalzen. Wir hatten besondere Bestecke und besonderes Geschirr für Pessach. [...] Wir hatten eine Menorah (29), Mesusah (30), aber berührten sie nicht, das hielten wir für übertrieben, das haben nur die sehr frommen Leute gemacht, die sogenannten 'Schwarzen', wie wir sie nannten. Wir hielten die Sabbatvorschriften verhältnismäßig streng ein. Wir kochten nicht, wir schrieben nicht, aber wir haben eigentlich immer selbst unser Licht angemacht - in streng orthodoxen Haushalten war das nicht der Fall. Das Tragen von Gegenständen haben wir im allgemeinen in der Öffentlichkeit vermieden, weil wir keinen Anstoß geben wollten, aber durchaus privat getan. Natürlich sind wir nicht gefahren: keine Reisen und keine Straßenbahn." (31)

Die für den Orthodoxen geltenden Einschränkungen des Handelns erregten im Lauf des 19. Jahrhunderts Gegnerschaft. Viele Vorschriften und Interpretationen der Gesetzeslehrer schienen einer Anpassung an die moderne Zeit zu bedürfen. Die sich aus dieser Kritik entwickelnde Richtung des liberalen Judentums reagierte auf den "überhandnehmenden Formalismus" (32) mit der Forderung, keine Vorschrift, die ihre Bedeutung verloren habe, dürfe nur darum bestehen bleiben, weil sie vorhanden sei. (33) Die Liberalen wollten der jüdischen Religion durch Beseitigung überlebter Zeremonien und durch ästhetischere Ausgestaltung des Gottesdienstes eine neue anziehende Form geben und dadurch der sich im 19. Jahrhundert verstärkenden Abkehr vom Judentum entgegenwirken. (34)

Gegen die Orthodoxie und zugunsten des religiösen Liberalismus wirkten auch ökonomische Momente. Je stärker Juden im Zuge der Emanzipation in die deutsche Gesellschaft und Wirtschaft integriert wurden, desto hemmender empfanden viele die Verpflichtung, das Geschäft am Samstag geschlossen zu halten, an diesem Tag kein Geld anzunehmen, keine Reisen zu unternehmen und kein Schriftstück zu unterzeichnen. Dem rituell lebenden Juden war dadurch der Zugang zu allen Stellungen stark erschwert, in denen Arbeit am Samstag verlangt wurde, beispielsweise in christlichen Unterneh-

mungen. Zudem geriet er seit Einführung der gesetzlichen Sonntagsruhe gegenüber seinen christlichen Konkurrenten dadurch in Nachteil, daß er seinem Geschäft an zwei Tagen nicht nachgehen konnte. Die Einhaltung der Speisegesetze schränkte seinen Bewegungsspielraum auf Reisen ein. (35)

Die Liberalen ließen zwar den Schabbat und die jüdischen Festtage unangetastet, doch betrachteten sie viele der Zeremonialgesetze als weniger wichtig und überließen ihre Befolgung oder Nichtbefolgung dem einzelnen. Den Frauen, die nach den Lehren des orthodoxen Judentums in der Synagoge und bei religiösen Handlungen zurückgesetzt sind, ermöglichten sie eine stärkere Teilnahme. (36)

Alle religiösen Einrichtungen der israelitischen Kultusgemeinde Würzburg wurden im orthodoxen Sinn geführt, so daß die liberale Anschauung überwiegend nur im privaten und häuslichen Leben zur Geltung kommen konnte.

Wegen der Vielzahl der Ritualvorschriften ergibt sich ein breites Spektrum möglicher Abweichungen von deren vollständiger Erfüllung, wobei die Grenze zwischen liberalem und orthodoxem Juden nur schwer zu ziehen ist. Der Besuch eines der Schabbatgottesdienste sowie der Genuß von Mahlzeiten, die vor dem Schabbatbeginn zubereitet wurden, dürfte auch in liberalen Kreisen relativ weit verbreitet gewesen sein (37), ebenso wie der Verzicht auf gesäuertes Brot während der Pessachwoche (38), die Verwendung von getrenntem Geschirr für "milchige" und "fleischige" Speisen (39), die Vermeidung von Schweinefleisch (40) und der Besitz einzelner Kultgegenstände, auch wenn diese in vielen Fällen "mehr eine dekorative Funktion erfüllten". (41) Insofern jedoch, als in liberalen Häusern die täglichen Gebetszeiten und die Speisegesetze nicht oder nur rudimentär eingehalten wurden, war die Religion fast völlig aus dem Alltagsleben verbannt. In säkularisierter Form lebten allerdings religiöse Gebräuche fort; so etwa der Genuß bestimmter traditioneller Speisen (42) und das feierliche Essen im Familienkreis am Freitagabend:

"Wir haben keine der Sabbatvorschriften gehalten: Wir haben gekocht, geschrieben, Feuer gemacht und wir sind verreist. Aber am Freitagabend war die Familie zusammen, und es gab ein feierliches Essen; meine Mutter zündete die Kerzen an, es war ein besonderer Abend. Nur an den hohen Feiertagen gingen wir in die Synagoge, meine Eltern darüber hinaus manchmal auch am Freitagabend oder am Samstag, zum Beispiel wenn es der Todestag eines Verwandten war. Getrenntes Geschirr hatten meine Eltern nur, als sie ganz jung verheiratet waren. Wir aßen kein geschächtetes Fleisch,

kauften aber sehr oft bei einem jüdischen Metzger, weil dort das Fleisch besser war. Eine Menorah war in unserem Haus als Zierstück ausgestellt." (43)

Monika Richarz schätzt, daß in den Weimarer Jahren nur noch etwa 15 bis 20 % der jüdischen Familien in Deutschland nach den religiösen Gesetzen der Thora lebten. (44) In Würzburg war der Prozentsatz mit Sicherheit wesentlich höher. Bei den Wahlen zur Kultusverwaltung fielen auf die orthodoxe Kandidatenliste stets die meisten Stimmen, jedoch erreichte sie nie die absolute Mehrheit. Auch in Würzburg stellten die rituell lebenden Juden vor 1933 also bereits eine Minderheit dar. Allerdings erhielten die Orthodoxen ständig Zulauf durch die Zuwanderung aus den Landgebieten sowie durch die ostjüdische Einwanderung. Außerdem ist in einigen Fällen bezeugt, daß Kinder aus liberalen Familien durch den Besuch der orthodoxen jüdischen Volksschule in Würzburg in religiöser Hinsicht stark geprägt wurden. (45)

Liberale und Orthodoxe hatten in Würzburg gesonderte Wahlvereine gebildet, die Listen für die alle fünf Jahre stattfindenden Wahlen zur Kultusverwaltung aufstellten. Die 1913 gegründete liberale Ortsgruppe bezeichnete die "Stärkung und Verbreitung liberaler Grundsätze im Judentum" als ihre Aufgabe. (46) Sie war der 1908 geschaffenen überregionalen Vereinigung für das liberale Judentum e.V. angeschlossen, deren Geschäftsstelle sich in Berlin befand und die laut Programm alle Juden, "die den Entwicklungsgedanken auch auf religiösem Gebiet anerkennen", in sich vereinigte. (47)

Als Vorsitzender der liberalen Ortsgruppe fungierte zwischen 1918 und 1933 meist Rechtsanwalt Karl Rosenthal. (48) Dieser kam 1879 in Nürnberg als Sohn des Kaufmanns Heinrich Rosenthal zur Welt. Nach dem Besuch der Volksschule und des humanistischen Gymnasiums in Nürnberg studierte er in Erlangen, Würzburg, Berlin und München Rechtswissenschaften. 1903 promovierte er in Würzburg zum Dr. jur.; drei Jahre später wurde er in der Stadt als Rechtsanwalt zugelassen. Rosenthal erwarb sich im Weltkrieg verschiedene Auszeichnungen und beteiligte sich 1919 an der antispartakistischen Würzburger Einwohnerwehr. Er war Mitglied der Freimaurerloge "Zu den zwei Säulen am Stein", der Deutschen Friedensgesellschaft und der DDP. (49)

Die orthodoxe Ortsgruppe trug in Würzburg den Namen Verein zur Wahrung und Förderung religiöser Interessen; sie verfügte über eine eigene Frauengruppe (50) und war der reichsweiten Freien Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums angegliedert, die 1885 entstand und ihre Geschäftsstelle in Frankfurt am Main hatte.(51) Bis zu seinem Tod im Jahr 1930 führte Hermann Engel die Würzburger Orthodoxen; der 1878 in Würzburg geborene Engel übernahm das kleine Kleidergeschäft seines Vaters. Sein Haus in der Theresienstraße 8 entwickelte sich zu einem Zentrum jüdischer Religiosität, in dem am Freitagabend zahlreiche Gemeindemitglieder zusammenkamen. (52) Als er starb, bezeichnete ihn Ignaz Rindskopf, der Vorsitzende der orthodoxen Fraktion in der Kultusverwaltung, als "Lehrer der Jungen und Lehrer der Alten", der durch sein Leben bewiesen habe, "daß ein treuer Jude auch ein moderner Mensch zu sein vermag." (53) Albert Sirkus, Vertreter der Ostjuden in der Verwaltung, erklärte, Engels "Richtschnur im Handeln" sei "das Prinzip der Thora" gewesen. (54) Engels Nachfolger wurde sein Schwager, der Zahnarzt Semi Nathansen, der 1922 in Würzburg eine Praxis eröffnet hatte. (55)

Die Trennungslinie zwischen Orthodoxie und Liberalismus existierte nicht nur auf dem Gebiet der Religion. Strenggläubige Juden waren im Würzburger Kleinbürgertum und in der Unterschicht häufiger vertreten als in den übrigen Einkommensklassen. Dies trifft sowohl auf Mitglieder der orthodoxen Ortsgruppe und auf nach den Ritualgesetzen lebenden Personen zu (56) wie auch auf die Mitglieder der orthodoxen Jugendvereine. (57)

Die "teilweise ökonomische Unterteilung" (58) wurde bei den Liberalen noch deutlicher; hier kamen auf jedes Mitglied des Kleinbürgertums vier Angehörige des mittleren und gehobenen Bürgertums sowie der Oberschicht. (59)

An diesen Zahlen läßt sich eine Wechselwirkung zwischen wirtschaftlichem Aufstieg und zunehmender religiöser Liberalität ablesen. Andererseits dokumentieren sie auch, daß die Würzburger Orthodoxie weiterhin eine Reihe begüterter Bürger in ihren Reihen zählte.

Die in der Regel günstigere ökonomische Situation der Liberalen bedeutete, daß gerade jene Personen, die von den religiösen Einrichtungen der Gemeinde am wenigsten Gebrauch machten, mit den höchsten Kultusumlagen zu deren Unterhaltung herangezogen wurden. Schon anläßlich der Kultuswahl vom De-

zember 1920 forderte daher die liberale Ortsgruppe, man müsse "vermeiden, daß die Steuerlasten ins Ungemessene [!] wachsen". (60)

Wegen der durch die Inflation herbeigeführten Zerrüttung der Gemeindefinanzen erreichte der Hebesatz der Kultusumlagen im April 1925 einen Höchststand. Als die Konsolidierung der Lage erreicht schien, verlangte im November 1926 der liberale Textilgroßhändler Hugo Sichel von der Verwaltung eine deutliche Senkung des Hebesatzes, "um gewisse Kreise der Kultusgemeinde wenigstens einigermaßen von den drückenden Kultussteuern zu entlasten". (61) Gleichzeitig unterstrichen die Orthodoxen den großen Geldbedarf für den dringend nötigen Umbau der Frauenabteilung der Synagoge. (62)

Obwohl im April 1927 die Umlagen bereits erheblich reduziert worden waren, mahnte im Juni des gleichen Jahres die liberale Ortsgruppe in einem scharfen Schreiben an die Kultusverwaltung eine weitere Senkung um 2 % an. In dem Brief wurde angedeutet, daß sich einige der liberalen Groß-Steuerzahler zum Austritt aus dem Judentum veranlaßt sehen könnten, wenn man ihrem Wunsch nicht nachkomme. (63) Darauf gab Ignaz Rindskopf im Namen der Orthodoxie zu bedenken, daß frühere Generationen zuweilen bereit gewesen seien, für ihre Religion "den Scheiterhaufen zu besteigen. Heute drohe man wegen 2 % Kirchenumlage aus dem Judentum auszutreten." (64) Dennoch setzten sich die Liberalen durch. (vgl. Kap. V)

Während in dieser Angelegenheit die Orthodoxen nachgeben mußten, sahen sich die Liberalen genötigt, den Orthodoxen in all jenen Punkten entgegenzukommen, in denen Grundprinzipien der jüdischen Religion berührt waren. Besonders deutlich wurde dies bei der Frage des passiven Frauenwahlrechts. Daß auch Frauen gleichberechtigt in der Kultusverwaltung mitarbeiten sollten, forderten Liberale erstmals vor der Kultuswahl von 1920. In einem Flugblatt, das sich an die weiblichen Gemeindemitglieder richtete, bezeichnete die liberale Ortsgruppe die Würzburger Orthodoxie als "rückständig", da sie "den Frauen das Recht noch nicht gewähren" wolle, "das die Frauen bereits politisch besitzen". Zwar zahlten Witwen und selbständige Frauen Kultusbeiträge, doch das Mitbestimmungsrecht in Gemeindeangelegenheiten werde ihnen vorenthalten. Das Flugblatt polemisierte gegen die Tatsache, daß Ausländer, vor allem Ostjuden, das passive Wahlrecht besaßen, und fragte: "Warum gewährt man Ausländern, was man gebil-

deten deutschen Frauen verweigert?" (65)

Die Orthodoxen vertraten demgegenüber den Standpunkt, die "Verwaltung des alten Judentums habe sich aus den hervorragendsten Männern der Stadt zusammengesetzt" und Frauen hätten "nie in die Verwaltung gewählt werden" können. (66) Ob dies immer so bleiben müsse, ließ der orthodoxe Rabbiner Siegmund Hanover in einem für die Kultusverwaltung angefertigten Gutachten freilich offen:

"Die geschichtliche Entwicklung im Judentum weist der Frau, wie es ihrer Wesens- und Naturart angemessen ist, keine Vertretung öffentlicher Aufgaben zu. Jüdische Auffassung ist bisher immer gewesen, daß die wahre und echte Weiblichkeit am besten und angemessensten im vertrauten Kreise zum Ausdruck komme [...]. Über die Frage, ob dieser den Frauen zugewiesene, nach innen gekehrte Anteil an der Lösung der menschheitlichen Aufgaben ein vom Religionsgesetz verlangter oder nur von der geschichtlichen Entwicklung bedingt ist, scheinen die jüdischen Gelehrten nicht ganz einig zu sein." (67)

In einer Gemeindeversammlung im Oktober 1920 erklärten die Würzburger Orthodoxen, es handle sich für sie um eine Gewissensfrage, in der sie nicht zu Zugeständnissen bereit seien. Die Versammlung lehnte daraufhin das passive Frauenwahlrecht mit großer Mehrheit ab. (68)

Die Differenzen brachen 1929 anläßlich der Beschlußfassung über eine neue Gemeindesatzung erneut auf. Wieder forderten die Liberalen, daß Frauen in der Verwaltung mitarbeiten sollten, und noch einmal stand die Frage im Mittelpunkt einer Gemeindeversammlung. Die Brisanz des Themas manifestierte sich auch in dem Interesse, das diese Veranstaltung fand: Fast 500 Personen, also annähernd ein Viertel aller in Würzburg lebenden Juden, nahmen daran teil. (69)

Bezeichnenderweise ließen die Liberalen den Antrag auf Einführung des passiven Frauenwahlrechts von einer Frau, der Journalistin Henny Stahl, begründen. (70) Ihr entgegnete Semi Nathansen, daß es für die Orthodoxie "untragbar" wäre, wenn Frauen in der Verwaltung über religiöse "Fragen des Kultus und des Ritus" mitentscheiden dürften; es sei dies ein so grundlegendes Problem, daß darüber aus orthodoxer Sicht überhaupt nicht abgestimmt werden könne. (71) Auch der von Karl Rosenthal eingebrachte Zusatzantrag, das Stimmrecht von weiblichen Mitgliedern der Kultusverwaltung solle ruhen, "wenn es sich um reine Angelegenheiten des Kultus und Ritus

handelt", stieß auf die Ablehnung der Orthodoxen. In der Abstimmung schloß sich der überwiegende Teil der Versammelten den Bedenken Nathansens an und sprach sich gegen den ursprünglichen wie auch gegen den Zusatzantrag aus. (72)

Das Beispiel des passiven Frauenwahlrechts steht hier für einen Fall, in dem die liberale Ansicht von der Notwendigkeit einer Entwicklung auch im religiösen Bereich mit dem buchstäblichen Beharren der Orthodoxie auf den überlieferten Lehren in Konflikt geriet. Die vorsichtigen Formulierungen im Gutachten des Rabbiners deuten darauf hin, daß dieser eventuell zu weitergehenden Zugeständnissen bereit gewesen wäre. Anders kann sein Hinweis, daß die Stellung der Frau im Judentum möglicherweise "von der geschichtlichen Entwicklung bedingt" und somit nicht ein für allemal festgelegt sei, nicht verstanden werden.

Das Beispiel zeigt auch, daß in Würzburg Liberale und Orthodoxe stets einen für beide Parteien akzeptablen modus vivendi fanden. Am 8. Mai 1930 rief Hanover in der Kultusverwaltung dazu auf, "die Frage des passiven Frauenwahlrechts nicht als Ausgangspunkt zum inneren Kampf und Zwist zu nehmen. Man habe in anderen Gemeinden mit diesen Kämpfen nicht nur nichts erreicht, sondern dem Gemeindeaufbau immer geschadet." (73) In Aschaffenburg, so der Rabbiner, habe man den Frauen zunächst nicht einmal das aktive Wahlrecht zugestehen wollen, was zum Eingreifen übergeordneter jüdischer Instanzen geführt habe. (74) Donald L. Niewyk schätzt, daß Ende der zwanziger Jahre noch etwa die Hälfte der jüdischen Frauen in Deutschland von der Teilnahme an Gemeindewahlen ausgeschlossen waren, darunter die weiblichen Mitglieder der Kultusgemeinde Köln. Nur in Ausnahmefällen erhielten Frauen die Möglichkeit, in den Kultusverwaltungen mitzuarbeiten. Zu den in der Frage des passiven Wahlrechts fortschrittlichen Gemeinden gehörten Hamburg und Berlin sowie Frankfurt a.M., wo es gerade der orthodoxe Rabbiner N. A. Nobel war, der sich für die Gleichberechtigung der Frauen einsetzte. (75)

Die Würzburger Orthodoxen brachten schließlich einen Kompromißvorschlag ein, der die Lösung bedeutete: Frauen sollten in Kommissionen gewählt werden können. Die Kommissionsmitglieder, also auch die Frauen, sollten das Recht erhalten, an den Beratungen der Verwaltung über Gegenstände, die den Wirkungskreis des Ausschusses betrafen, teilzunehmen. (76) Außerdem

wurde in die neue Satzung der Passus aufgenommen, daß der zu bildenden Unterrichtskommission und dem Ausschuß für Sozialfragen Frauen angehören mußten; die Einrichtung beider Gremien wie auch ihre teilweise Besetzung mit Frauen hatte ursprünglich Rabbiner Hanover selbst vorgeschlagen. (77)

2. Zionismus

Trotz des im vorhergehenden Abschnitt geschilderten Konfliktpotentials stimmte die überwiegende Mehrheit sowohl der liberalen Juden wie auch der Orthodoxie in einer entscheidenden Frage überein: Beide Parteien hatten den Gedanken an eine politische, nationale oder gar völkische Identität der Juden aufgegeben. (78)

Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts war das Judentum eine Nationalreligion gewesen, in der Volk und Religionsgemeinschaft identisch waren. (79) Die Juden lebten meist von der christlichen Umwelt getrennt in Gettos, sprachen eine eigene Sprache und unterstanden einer weitgehend autonomen Gesetzgebung. Im Zuge der Emanzipation erhielten sie bis 1871 in ganz Deutschland die rechtliche und staatsbürgerliche Gleichstellung. Als Gegenleistung wurde von ihnen erwartet, ihre Selbstabsonderung abzulegen, auf ein eigenständiges innerjüdisches Rechtswesen zu verzichten und vorbehaltlos in der Gesellschaftsordnung und Kultur der Länder, in denen sie lebten, aufzugehen. Das Judentum sollte fortan nur eine Konfession sein. (80)

Christliche Gegner dieser "Konfessionalisierung" behaupteten, es handle sich bei den Juden trotz der Assimilation weiterhin um ein Volk bzw. um eine besondere Nation, deren Angehörige nicht vollberechtigte Staatsbürger in einer anderen Nation sein könnten. Die jüdischen Befürworter von Emanzipation und Integration sahen dagegen ihren Glauben nicht mehr an eine Volksgemeinschaft gebunden; die Bekenner der jüdischen Religion konnten ihrer Ansicht nach verschiedenen Völkern angehören, ebenso wie Katholiken und Protestanten. Die von den meisten Orthodoxen und Liberalen geteilte Überzeugung brachte die in Regensburg erscheinende "Deutsche Israelitische Zeitung" im Dezember 1918 auf folgende Formel: "Wir sind [...]

nach Überzeugung, Wille und Gefühl Bayern jüdischen Glaubens. Diese Überzeugung und dieses Gefühl sind uns heilig. [...] Das Wohl unseres Vaterlandes ist unser Wohl, sein Glück ist unser Glück, seine Sprache ist unsere Muttersprache." (81) Die bereits erwähnte Begeisterung weiter jüdischer Kreise beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs zeugt von der Hoffnung, nun endlich Patriotismus und einwandfreie vaterländische Haltung unter Beweis stellen zu können.

Den Gedanken von der Zugehörigkeit der Juden zum deutschen Volk und von der jüdischen Religion als einer Konfession unter anderen vertrat seit seiner Gründung im Jahr 1893 der zur Abwehr des Antisemitismus geschaffene Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.). Der C.V. sah es als seine Aufgabe an, die deutschen Juden "in der unbeirrten Pflege deutscher Gesinnung zu bestärken". (82) Die Würzburger C.V.-Ortsgruppe leitete Karl Rosenthal (83), doch gehörten dem Verein auch zahlreiche Orthodoxe an, darunter Semi Nathansen. (84) Der C.V. hatte auf Reichsebene 1925 über 70000 Mitglieder. (85)

Als Gegenbewegung zu den Assimilations- und Integrationsbestrebungen der großen Masse der deutschen Juden entstand 1897 die Zionistische Vereinigung für Deutschland (ZVfD), die zwar zahlenmäßig stets wesentlich kleiner als der C.V. blieb, wegen ihrer Radikalität jedoch eine starke Anziehungskraft auf die Jugend ausübte. Die zionistische Lehre vom Fortbestehen der jüdischen Nation und von der Zugehörigkeit aller Juden zu einem Volk widersprach vollständig dem im 19. Jahrhundert entwickelten Selbstverständnis der deutschen Juden. (86) Beeinflußt vom modernen Nationalismus begriffen die Zionisten das Judentum als ethnische Erscheinung und maßen der Religion lediglich sekundäre Bedeutung bei. (87) Immerhin war in den Worten Ruppins dem Zionismus "die Tradition, wie sie durch das orthodoxe Judentum vertreten wird, teuer, weil sie von den Juden noch in den Zeiten ihrer staatlichen Selbständigkeit und engen Volksgemeinschaft geschaffen wurde [...]." (88) Dennoch vertrat ein erheblicher Teil der Zionisten die liberale Auffassung, daß die religiöse Praxis "nicht für ewig ihre alte starre Form behalten kann". (89)

Ergaben sich somit in einzelnen Fragen Berührungspunkte zwischen Zionisten und Liberalen bzw. Orthodoxen, so sahen sich die Anhänger des jüdischen Nationalismus im übrigen meist mit heftiger Ablehnung konfrontiert.

Während die Zionisten davon ausgingen, daß völlige Assimilation und Integration nur zu deformierten Persönlichkeiten führen könne und sich Juden überdies nicht da aufdrängen sollten, wo man sie gar nicht haben wolle (90), spielte in der innerjüdischen Polemik der Vorwurf eine große Rolle, der Zionismus bestätige das antisemitische Argument, die Juden gehörten nicht zum deutschen Volk. (91) In einer Selbstdarstellung grenzte sich der C.V. wie folgt vom Zionismus ab:

"Wer behauptet: 'Ich bin Deutscher nur insofern, als ich meine Steuern bezahle und meine Pflichten dem Staate gegenüber erfülle, im übrigen aber bin ich hier volksfremd; die Zukunft meiner Kinder liegt, wenn ein gütiges Schicksal es will, außerhalb Deutschlands; meine Kultur ist nicht deutsch, und sofern sie es ist, soll sie umgewandelt werden; meine Sprache ist noch deutsch, sie soll aber in Zukunft hebräisch sein', kurz, wer Lebensinhalt und Lebensäußerung der Einzelperson vom Deutschtum in ein angeblich teils geschaffenes, teils noch zu schaffendes jüdisches Volks- und Kulturreich hinüber leiten will, wird und muß die Aufgabe des Zentralvereins [die Bekämpfung des Antisemitismus] als nebensächlich, ja schädlich bezeichnen und kann deshalb an ihr nicht mitarbeiten. Auf der anderen Seite wird der deutsche Jude, dem das deutsche Vaterland und die jüdische Religion heilig sind, die Verbreitung des [jüdischen] Nationalismus bekämpfen müssen, weil der Nationalismus die Grundlage des Lebensinhalts dieses deutschen Juden, sowohl das Gottgewollte im Judentum als auch das Festhalten am Deutschtum, bekämpft." (92)

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte in Würzburg eine erste Auseinandersetzung zwischen zionistischen Studenten und Anhängern der Assimilation stattgefunden, die Aron Sandler, der später dem Vorstand der jüdischen Gemeinde Berlin angehörte, so schilderte:

"1902 inszenierten wir zionistische Studenten in dem ahnungslosen, überraschten Würzburg die zionistische Revolution. [...] Als ich 1902 in Würzburg das medizinische Staatsexamen ablegte, stand ich bereits seit ein bis zwei Jahren im zionistischen Leben. Hier hatte sich ein kleiner Kreis junger Zionisten zusammengefunden, unter ihnen der früh verstorbene Gustav Witkowsky, der wie viele junge zionistische Akademiker in Deutschland aus assimilatorischen Kreisen hervorgegangen war. Es gab nur wenige Studenten, die als Söhne orthodoxer Familien eine gewisse Kenntnis vom Judentum und seiner Literatur mitbrachten. Den meisten zionistischen Studenten war bis dahin alles Jüdische ein Buch mit sieben Siegeln [...]. Es ist schwer zu schildern, welchen äußeren und inneren Aufruhr wir in der Gemeinde Würzburg durch unsere Versammlungen erweckten, in denen wir die neue Lehre in jugendlicher Begeisterung predigten und gegen die leidenschaftlich erregten Gegner verteidigten. Die folgende Generation zionistischer Akademiker, die schon in einer anderen jüdischen Umgebung aufgewachsen ist, kann sich von dieser Revolution keine Vorstellung machen. [...] Ein christlicher Universitätsprofessor, bei dem ich mich zum Examen meldete, legte mir die erstaunte Frage vor, woher wir den Mut nähmen, diesem alten Volk, das seit Jahrtausenden in anderen Bahnen wandele, eine ge-

meinsame moderne, nationale, staatliche Existenz als seine politische Zukunft darzustellen." (93)

Der zionistischen Aufbruchstimmung in Würzburg folgte eine längere Phase der Stagnation. Der nationaljüdische Bund Jüdischer Corporationen (B.J.C.) klagte 1913 in seinem Mitteilungsblatt, die zionistische Bewegung habe in Bayern "bisher keine großen Erfolge aufzuweisen." (94) Der im Wintersemester 1913/14 gegründete zionistische Studentenstammtisch in Würzburg sollte als "Schrittmacher" dienen und dafür sorgen, daß der B.J.C. in den süddeutschen Kreisen Fuß faßte, "die ihm bisher völlig ferngestanden haben." (95)

Als im Ersten Weltkrieg die Mehrzahl der Studenten eingezogen wurde, dürfte die zionistische Arbeit in Würzburg weitgehend zum Stillstand gekommen sein. Eine Änderung brachte erst das Jahr 1917, und dies ist sicher kein Zufall. Am 2. November 1917 bestätigte der britische Außenminister Arthur Balfour in der nach ihm benannten Deklaration das Recht der Juden auf eine "nationale Heimstätte" in Palästina. Damit erfuhr der Zionismus internationale Anerkennung und trat vom Stadium der Ideologie stärker in das der Verwirklichung. Die Auswanderung nach Palästina begann für die jungen deutschen Zionisten zu einer realen Möglichkeit zu werden. (96)

1917 entstand der zionistische Wanderbund Blau-Weiß in Würzburg, der innerhalb weniger Monate 60 junge Mitglieder gewann. (97) Darüber hinaus existierte eine zionistische Jugendgruppe, die Vortrags- und Diskussionsabende sowie einen Kurs über Palästina anbot. Bei einem Treffen im November 1918 beklagten die Jugendlichen allerdings das Fehlen einer Ortsgruppe, "die uns durch Rat und Tat unterstützen könnte." (98)

Die Ortsgruppe entstand am 15. Januar 1919 (99) und wandte sich am 5. Februar 1919 erstmals an eine breitere Öffentlichkeit. Vor einem "für hiesige Verhältnisse sehr zahlreich erschienenen Publikum" (100) propagierte Georg Kareski, der spätere Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Berlin, die "Bejahung des jüdischen Volksgedankens", die jedoch "die treueste Erfüllung unserer Staatsbürgerpflichten in keiner Weise" ausschließe. Als "Forderung des jüdischen Volkes" nannte Kareski die "nationale Autonomie in den Ländern jüdischer Massensiedlung", also vor allem in Rußland und Polen, "die volle Gleichberechtigung für die Juden aller Länder" sowie "Palästina als Zentrum der Judenheit." (101)

Das Jahr 1919 war vom Aufschwung der zionistischen Bewegung in Würzburg geprägt. An der Universität entstand die zionistische Studentenverbindung Hatikwah, deren Mitglieder in zwei Kursen Hebräisch lernten und zahlreiche sportliche Aktivitäten entfalteten. (vgl. Kap. VI,4) Die Ortsgruppe präzisierte in vielen internen und öffentlichen Veranstaltungen - einmal sogar als "Jüdische Volks-Versammlung" bezeichnet (102) - ihren Standpunkt und ließ sich von Palästina-Besuchern über deren Erfahrungen berichten. (103) Am 29. September 1919 wurde in der ersten Generalversammlung David Tachauer zum Vorsitzenden der Ortsgruppe gewählt. (104) Tachauer unterrichtete als Mathematik- und Physiklehrer an der Kreisoberrealschule und ging 1923 nach Rothenburg o.T. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte er bereits längere Zeit in Haifa gelebt und dort auch geheiratet. Eine 1916 geborene Tochter nannte er Hadassah. (105)

An einer ersten grundsätzlichen Auseinandersetzung zwischen den in Würzburg vertretenen innerjüdischen Parteien, die sich im Jahr 1920 an der Frage einer eigenen jüdischen Volksschule entzündete, waren auch die Zionisten beteiligt. Die Liberalen forderten mehrmals, die private Israelitische Erziehungs- und Unterrichtsanstalt aufzulösen und die jüdischen Kinder der Stadt die katholischen und protestantischen Volksschulen besuchen zu lassen. Karl Rosenthal begründete das Postulat mit dem Hinweis, der enge Kontakt zwischen jüdischen und anderen Kindern begründe "Beziehungen fürs Leben" und sei ein Mittel, dem Antisemitismus entgegenzuwirken. (106)

Die Liberalen sahen sich in der Angelegenheit einer orthodox-zionistischen Einheitsfront gegenüber. In einer Kommissionssitzung äußerte im Namen der orthodoxen Ortsgruppe Seminarlehrer Leopold Anfänger die Befürchtung, die jüdischen Kinder würden beim Besuch der christlichen Volksschulen "durch die andersgläubigen [Kinder] häufig verletzt". (107) David Tachauer setzte sich prinzipiell für die Erhaltung der Schule ein und erklärte, die Frage des Antisemitismus habe hierbei "ganz auszuscheiden." (108)

Auch in München war die liberale Gemeindefraktion gegen die Schaffung einer jüdischen Volksschule eingestellt, was das zionistische "Jüdische Echo" zum Anlaß folgender Überlegungen nahm:

"Wir brauchen die jüdische Schule, weil nur in ihr eine Erziehung zu jüdischem Gemeinschaftsbewußtsein möglich ist. In den allgemeinen christlichen Schulen wird unseren Kindern das Judentum bestenfalls als eine Vorstufe für eine höhere religiöse Entwicklung, als ein Durchgangsstadium zur christlichen Menschheitsreligion dargestellt, wenn nicht gar als minderwertig geschildert. Dieses ist für die religiöse Entwicklung unserer Jugend eine schwere Gefahr. Wir können dieser nur begegnen durch Schaffung jüdischer Schulen, in denen die gesamte Erziehung von jüdischem Geiste getragen ist." (109)

Die Liberalen im Münchner Gemeindevorstand zögerten durch hinhaltenden Widerstand die Einrichtung der Volksschule bis zum Jahr 1924 hinaus und widersetzten sich danach konsequent und mit Erfolg der mehrmals von Orthodoxen und Zionisten beantragten Erweiterung. (110) In Berlin kam es wegen des jüdischen Schulwesens ebenfalls zu schweren Konflikten, nachdem die Liberalen zeitweilig eine Reduzierung der dafür aufgewandten Geldmittel bewirkten. (111)

Wie schon in der Frage des passiven Frauenwahlrechts erreichten dagegen die Würzburger Parteien eine gütliche Einigung: Die Unterrichts- und Erziehungsanstalt wurde in eine reguläre Volksschule umgewandelt. Die zionistische und orthodoxe Ortsgruppe hatten einen für sie entscheidenden Sieg errungen, da sie nur in der rein jüdischen Schule die "Verbindung des Gesamtunterrichts mit dem Geiste des Judentums" gewährleistet sahen. (112)

Im Mai 1928 konnte das "Jüdische Echo" triumphierend melden, daß nun "alle jüdischen Kinder der Stadtgemeinde Würzburg" die jüdische Volksschule besuchten. (113) Im Schuljahr 1931/32 betrug die Schülerzahl 141 (114), während gleichzeitig in München nur 102 Kinder die jüdische, aber 304 die öffentlichen Volksschulen besuchten. (115)

Neben der Agitation für die jüdische Volksschule stand für die zionistische Ortsgruppe in Würzburg seit der Gründung die Palästinaarbeit im Mittelpunkt. 1920 wurden Hebräisch-Sprachkurse eingerichtet. (116) Zugunsten des Aufbaus des Landes Israel ("Eretz Israel") sammelte man große Summen, wobei man an eine weit zurückreichende Tradition anknüpfen konnte. Aus Bayern war in der Mitte des 19. Jahrhunderts ein beträchtlicher Teil der Palästinaspenden deutscher Juden gekommen. In Bayern hatten auch die vier führenden deutschen Treuhänder der frühen Sammeltätigkeit für Palästina und die dort existierende jüdische Siedlung gewirkt: die Rabbiner Selig-

mann Bär Bamberger (Würzburg), Abraham Adler (Aschaffenburg), Meir Feuchtwang (Oettingen) sowie Lazarus Ottensoser (Höchberg). (117)

Der 1901 geschaffene jüdische Nationalfonds Keren Kajemeth le Jisrael betrachtete als seine Aufgabe das "Sammeln von Spenden bei den Juden aller Länder, um den Boden Palästinas als unveräußerliches Eigentum des jüdischen Volkes zu erwerben, ihn urbar zu machen und jüdischen Ansiedlern in Erbpacht zu übergeben." (118) Der Keren Kajemeth fand auch über den engeren Kreis der Zionisten hinaus Unterstützung; in 225 Würzburger Familien standen die blau-weißen Sammelbüchsen des Fonds, die die Mitglieder der zionistischen Ortsgruppe regelmäßig leerten. (119) Im ersten Halbjahr 1920 kamen auf diese Weise über 2700 M zusammen (120), 1924 immerhin 3430 RM. (121)

Auch bei dem zur Finanzierung der Einwanderung nach Palästina und der Kolonisation des Landes gegründeten Keren Hajessod gelang es, nichtzionistische Kreise zu beteiligen. Als der Fonds sich im Februar 1922 mit einem Spendenaufruf an die bayerischen Juden wandte ("Die Schaffung einer jüdischen Siedlung in Palästina ist möglich geworden. Daraus erwächst für uns die Aufgabe, am Aufbau des heiligen Landes teilzunehmen"), trug der Appell außer dem Namen des zionistischen Würzburger Arztes Siegbert Nürnberg den des liberalen Gemeindevorsitzenden Gerson Haas. (122)

Das Verhältnis von Liberalen und Orthodoxen zum Zionismus und den von ihm geschaffenen Fonds blieb jedoch ambivalent. Einerseits glaubte man, den Palästinaaufbau guten Gewissens unterstützen zu können, vor allem um den verfolgten Glaubensgenossen in Rußland und Polen eine Zufluchtsstätte zu bieten. Andererseits bedeutete jede Mark für Keren Kajemeth und Keren Hajessod eine Stärkung der zionistischen Sache. Als daher im April 1931 der kurz zuvor in die Kultusverwaltung gewählte Zionist Heinrich Freudenberger den Antrag stellte, die Gemeinde solle einen Beitrag zum Keren Hajessod leisten, fand sich eine knappe orthodox-liberale Mehrheit dagegen. Freudenberger hatte erklärt, ein "vollentwickeltes, schöpferisches jüdisches Leben" sei "nur im Zusammenhang mit dem Aufbau Palästinas möglich" (123) und hinzugefügt:

"Es ist deshalb die Aufgabe unserer Generation, die Schaffung der jüdischen Nationalheimstätte in ihrem ganzen Umfang herbeizuführen, und daher Pflicht auch der jüdischen Gemeinde Würzburg, für den Palästinaauf-

bau, für die große jüdische Aufgabe unserer Zeit, kraftvoll einzutreten." (124)

Im Gegensatz zu Städten wie Bamberg, Frankfurt am Main, München und Nürnberg lehnte die Würzburger Kultusverwaltung den Antrag ab und machte sich damit die Argumentation des Gemeindevorstands zu eigen. Gerson Haas plädierte dafür, "in der momentanen finanziellen Not in erster Linie innerdeutsche Zwecke" zu berücksichtigen. (125)

Über die Sammeltätigkeit für Keren Kajemeth und Keren Hajessod hinaus waren die Zionisten verpflichtet, selbst einen bestimmten Teil ihres Einkommens zugunsten der Entwicklung Palästinas zu spenden. Diese Abgabe trug in Anlehnung an biblische Vorbilder den Namen "Maasser" (Zehnter). (126) Keine andere zionistische Organisation setzte sich so entschieden wie die ZVfD dafür ein, daß ihre Mitglieder den Zehnten bezahlten. (127) Bei besonderen Anlässen spendeten die nationaljüdischen Aktivisten weitere Beträge: so die spätere Vorsitzende der zionistischen Ortsgruppe, Sara Seligsberger, nach der Geburt ihres ersten Kindes im Herbst 1919. (128) Im Januar des gleichen Jahres dankten die Würzburger Zionisten einem Referenten mit der Finanzierung zweier Bäume im "Herzlwald" in Palästina. (129) Eine weitere Abgabe war die sogenannte Zionistensteuer, mit der der organisatorische Apparat der ZVfD aufrechterhalten und die Berufsvorbereitung auswanderungswilliger Jugendlicher gefördert wurde. (130)

Am 10. Dezember 1922 zeigten die Würzburger Zionisten in den Luitpoldlichtspielen den vom Keren Kajemeth produzierten Film "Das neue jüdische Palästina" (131), der für die Emigration nach Eretz Israel warb:

"Die Aufnahmen [...] geben ein einheitliches, geschlossenes Bild von dem Lande mit den endlosen steinigen Wüsten, dem verdursteten Boden, den kümmerlichen Behausungen herabgekommener, elender Menschen. Unmöglich scheint es, daß die Bibel von dieser Wüste als einem Lande sprechen konnte, das von Milch und Honig fließt - und doch: inmitten all dieses Elends, das um so fürchterlicher erscheint, weil die Spuren einstiger Blüte unverkennbar geblieben sind, inmitten all dieses Jammers, blühende, lachende Felder, tragende Bäume, saubere Häuser, lachende, fröhliche, gesunde Menschen; jüdische Siedlungen, jüdische Menschen. Man sieht die schwer Arbeitenden, man sieht aber auch ihre Leistungen." (132)

Die Initiatoren betrachteten die Vorführung als großen Erfolg. Zwei Bürgermeister, wahrscheinlich Hans Löffler und Felix Freudenberger, waren unter den Zuschauern. Der Kinobesitzer erbot sich, den Film eine Woche in

sein Programm zu nehmen, "da er ihn als das allerwirksamste Bekämpfungsmittel antisemitischer Lügen betrachtete, die darauf hinausliefen, die Juden als ein zu produktiver Arbeit unfähiges, nur auf Ausbeutung anderer angewiesenes Volk hinzustellen." (133)

In Kapitel I wurde bereits geschildert, daß eine Reihe junger Würzburger Juden tatsächlich nach Palästina emigrierte. Insgesamt taten diesen Schritt in den Jahren der Weimarer Republik höchstens 2000 deutsche Juden, von denen viele, wie in Würzburg, aus der Jugendbewegung kamen. (134) Die relativ geringe Zahl zeigt, "daß der größte Teil der deutschen Zionisten sich [...] in Deutschland wohlfühlte." (135)

Die Auswanderer trafen in dem unterentwickelten Land auf härteste Lebensbedingungen und auf sich verschärfende Konflikte mit den Arabern, die sich zunächst 1920 entluden. Die jüdisch-arabischen Kämpfe von 1929 forderten dann über 200 Todesopfer. Viele der Emigranten kehrten wieder nach Deutschland zurück. (136) Die Ereignisse blieben nicht ohne Wirkung auf manchen überzeugten Zionisten: "Ich wollte Gärtnerin in Palästina werden. Die Hachscharah-Leute (137) bestimmten meinen Begriff von Heldentum, bis mich ein Vortrag über die Araberfrage völlig desillusionierte. So bekam ich schon mit 15 Jahren Zweifel an der Berechtigung eines jüdischen Nationalismus auf Kosten der Araber." (138)

Während Liberale die Auswanderung nach Palästina ohnehin gänzlich ablehnten ("Palästina lag unendlich fern; wir waren ja Deutsche und zumindest Europäer" (139)), fiel auch Personen, die mit der nationaljüdischen Idee sympathisierten, der Bruch mit bisherigen Überzeugungen schwer:

"Da ich mit einem zionistischen Studenten befreundet war, wuchs mein Interesse am Zionismus und an Palästina. Die Verwirklichung des Konzeptes eines jüdischen Staates dort erschien mir jedoch als eine vollkommene Utopie, auch ein bißchen wie Verrat einer Deutschen jüdischen Glaubens, trotz all des Antisemitismus, dem ich wie wir alle konstant ausgesetzt war." (140)

Die zionistische Aufbruchstimmung in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg, die in Würzburg zur Gründung einer Ortsgruppe geführt hatte, machte bald größerer Skepsis Platz. Die 1919 von nationaljüdischer Seite vorgebrachte Behauptung, die zionistische Organisation werde "von allen Juden und von den Nichtjuden als die einzig legitimierte Vertretung des jüdischen

Volkes empfunden" (141), stellte sich bald als Wunschdenken heraus. Der Ausbruch eines aggressiven arabischen Nationalismus im Jahr 1920 in Jerusalem ließ die zunächst als nahe Möglichkeit erhoffte jüdische Massenbesiedelung des Landes als problematisch erscheinen. (142) Der zionistische Politiker Nahum Goldmann schrieb 1920, man habe sich zu große Hoffnungen gemacht; der nationaljüdischen Bewegung sei der große Schwung abhanden gekommen, die Möglichkeit, das jüdische Volk "unter der Führung der zionistischen Idee zu einen" schien ihm "gering, ja fast endgültig dahin zu sein." (143)

Die Würzburger Ortsgruppe beklagte bereits im Sommer des gleichen Jahres, Vorträge und Versammlungen würden vor allem von Studenten besucht, "während die ältere Generation sich erheblich seltener blicken ließ." (144) 1922 erachtete man nach einer schlecht besuchten Generalversammlung eine "Reorganisation" der Arbeit als nötig. (145) Stattdessen ging jedoch die Zahl der zionistischen Studenten in der Stadt weiter zurück, so daß im Wintersemester 1923/24 bei der Hatikwah die Durchführung des Verbindungsbetriebs auf erhebliche Schwierigkeiten stieß. 1925 löste sich die Korporation auf.

Daß viele Orthodoxe und Liberale den Zionismus trotz dieser Entwicklung weiterhin als ernstzunehmenden Gegner betrachteten, zeigte sich im April 1926, als die nationaljüdische Ortsgruppe mit einem Anschlag im Synagogenhof zu einem Werbevortrag einladen wollte. Die Kultusverwaltung lehnte die Benutzung des gemeindlichen Anschlagbretts durch Vereine "parteipolitischen Charakters" ab, hatte freilich zuvor nichts dagegen gehabt, daß die liberale Ortsgruppe für einen Vortrag an eben dieser Stelle werben durfte. Für die Zionisten setzten sich einzelne Orthodoxe sowie der Vertreter der Ostjuden in der Verwaltung ein, allerdings ohne mit ihren Argumenten durchzudringen. (146)

Über das Verhältnis der großen Mehrheit der nichtzionistischen Würzburger Juden zur nationaljüdischen Idee schrieb Paula Eppstein, die einige Jahre in der Stadt lebte und in zionistischen Zirkeln verkehrte:

"Viele Würzburger Juden betrachteten zionistische Aktivitäten als etwas, das ihren Status als Deutsche bedrohte. Man glaubte in den meisten Kreisen, daß der Zionismus ein Phänomen sei, das aus der Not der aus dem Osten vertriebenen Juden geboren wurde. Man gab etwas Geld für den Keren Kajemeth und den Keren Hajessod als karitativen Beitrag, um den Juden aus dem

Osten die Möglichkeiten zur Auswanderung nach Palästina zu erleichtern. Die wenigen Juden in Würzburg, die Zionisten waren, hat man nicht verstanden und als 'Idealisten' bezeichnet; man hat sich ihrer fast ein wenig geschämt." (147)

Allerdings war die nationaljüdische Rhetorik nicht dazu angetan, Anhänger der Assimilation mit dem zionistischen Gedankengut zu versöhnen. Die unter vielen Zionisten verbreitete Idee von einem rassischen Unterschied zwischen Juden und Deutschen kann nur als völkische Ideologie bezeichnet werden. (148) Die Zionisten sprachen von einer "jüdischen Volksseele" und von "jüdischem Geist" und diese Begriffe waren nicht immer von einem gewissen Gefühl der Überlegenheit frei. (149) "Durch den Zionismus wurde ein starkes Bewußtsein von einem (mysteriösen!) Anderssein in uns gezüchtet", erinnert sich eine ehemalige Würzburgerin, die noch als Jugendliche mit dem Zionismus brach. (150) Zu Beginn des Jahres 1929 sprach ein Referent vor der nationaljüdischen Ortsgruppe über die "blutmäßige [...] Verbundenheit des jüdischen Volkes". (151)

Angesichts solcher Töne konnte es nicht ausbleiben, daß den Zionisten im innerjüdischen Meinungsstreit mangelnder Abstand zur nationalsozialistischen Gedankenwelt vorgeworfen wurde. So bezeichnete am 22. November 1930 ein liberaler Redner in der Kultusverwaltung die Zionisten als "Nationalsozialisten in jüdischen Reihen". (152) Im Sommer 1932 beschmierten Mitglieder der assimilatorischen Würzburger Studentenverbindung Rheno-Palatia eine Bekanntmachung des Jungzionistischen Arbeitskreises, die in einem überwiegend von Juden frequentierten Lokal aushing, mit Hakenkreuzen und zerrissen sie. (153)

Gegen Ende der zwanziger Jahre gelang den zionistischen Aktivisten in Würzburg ein neuer Anfang. Zuvor war die Arbeit weitgehend zum Stillstand gekommen, so daß das "Jüdische Echo" schrieb, es habe in der Stadt "allerhand Propheten" gegeben, "die nicht mehr daran glauben wollten, daß hier so etwas wie zionistisches Leben möglich sei." (154) Im Winter 1928/29 entstand ein zionistischer Arbeitskreis, zu dessen Vortrags- und Diskussionsabenden auch Nichtzionisten kamen. (155) Darüber hinaus wurde eine Ortsgruppe der WIZO (Women's International Zionist Organization) gegründet (156), die in Würzburg später Verband jüdischer Frauen für Palästinaarbeit hieß und möglicherweise auch Nichtzionistinnen umfaßte, die sich für die Entwicklung von Eretz Israel interessierten. (157)

In der Würzburger Misrachi-Gruppe waren orthodoxe Zionisten zusammengefaßt, die den Aufbau Palästinas "auf der Grundlage und im Sinne der traditionellen jüdischen Gesetze" (158) anstrebten. Die Ortsgruppe entstand wahrscheinlich im Sommer 1928, als der Präsident des deutschen Misrachi, Alexander Adler, einen Vortrag in Würzburg hielt. (159) Als Vorsitzender der gesetzestreuen Zionisten fungierte Rechtsanwalt Isidor Grünfeld, der auch im Jungzionistischen Arbeitskreis aktiv war. (160)

Ende 1930 klärten die Zionisten ihr Verhältnis zu den Würzburger Ostjuden. Bis zu diesem Zeitpunkt verfügten die aus Osteuropa Stammenden über eine eigene Interessenvertretung, die Ostjüdische Gemeinschaft. Ostjuden hatten sich allerdings stets überdurchschnittlich für nationaljüdische Belange interessiert (161), und die Zionisten standen ihnen von jeher ausgesprochen wohlwollend gegenüber; in den weniger assimilierten Ostjuden, die aus Gegenden jüdischer Massensiedlung in Rußland und Polen kamen, sah man den Beweis für die Existenz eines jüdischen Volkes.

Die im Dezember 1930 gegründete Jüdische Volkspartei faßte die Mitglieder der Ostjüdischen Gemeinschaft und der zionistischen Ortsgruppe zusammen. (162) Eine ähnliche Kooperation fand, zum Teil schon wesentlich früher, auch in anderen Gemeinden statt. Zwischen 1926 und 1930 kontrollierte die Volkspartei die Mehrheit in der Berliner jüdischen Gemeinde (163), förderte energisch das separate jüdische Schulwesen und erhöhte die Sozialausgaben für Ostjuden. (164) In Berlin und in Duisburg, wo die Zionisten ebenfalls durch die Koalition mit anderen Gruppen die Gemeindeleitung beherrschten, drohten die Liberalen mit der Schaffung von eigenen sogenannten Austrittsgemeinden. (165)

Die Volkspartei setzte sich in Würzburg für die völlige Gleichberechtigung von Juden mit deutscher und solchen mit osteuropäischer Staatsangehörigkeit hinsichtlich des Wahlrechts zu den jüdischen Gemeindegremien ein, drang aber damit nicht durch. (166) Als Vertreter der Volkspartei und erster Zionist gehörte seit Januar 1931 der Grundstücks-, Hypotheken- und Versicherungsmakler Heinrich Freudenberger der Kultusverwaltung an. (167) Der 1895 in Nürnberg geborene Freudenberger, ein Neffe von Felix Freudenberger, absolvierte in Würzburg die Kreisoberrealschule, an der sein Vater Mathematik unterrichtete. 1921 heiratete er die ehemalige Blau-Weiß-Führerin Irma Rosenblatt. Der Haushalt des SPD-Mitglieds wurde

streng religiös geführt; wohl seit dem Ende der zwanziger Jahre stand Heinrich Freudenberger der zionistischen Ortsgruppe vor. (168)

Daß in die 18köpfige Würzburger Kultusverwaltung erst 1931 ein Zionist einzog und daß die Ortsgruppe sich an den vorhergehenden Wahlen überhaupt nicht beteiligte, dokumentiert die Schwäche der zionistischen Bewegung in Würzburg. Die kleine Gruppe um David Tachauer, Sara Seligsberger und Heinrich Freudenberger war auf die Mitarbeit von Studenten angewiesen, die in der Regel nur wenige Semester in der Stadt blieben. (169) Erst die Kooperation mit den Ostjuden führte zu einer Aufwertung der zionistischen Organisation. Andererseits konnten sich die Würzburger Zionisten am 30. Januar 1933 als einzige jüdische Gruppierung der Stadt in ihrer Politik bestätigt sehen; sie hatten den Glauben an eine deutsch-jüdische Symbiose stets als Illusion betrachtet. Schon am 6. Dezember 1932 bezeichnete ein Referent in einer Versammlung im Bahnhofshotel die Periode des Liberalismus in Deutschland als beendet; das "Judentum müsse sich auf sich selbst besinnen und den Weg der eigenen Befreiung gehen." (170) Und als am 8. Februar 1933 der ZVfD-Vorsitzende Kurt Blumenfeld in Würzburg über die "aktuelle Judenfrage" sprach, waren 300 Zuhörer gekommen, darunter viele Liberale und Orthodoxe. Blumenfeld rief die deutschen Juden dazu auf, "von Illusionen befreit" am Aufbau Palästinas mitzuwirken. (171) Die Kultusverwaltung reagierte mit dem Beschluß, den Keren Hajessod monatlich mit 25 RM zu unterstützen. (172)

3. Ostjuden

a. Die ostjüdische Zuwanderung seit 1881

Zu Beginn der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts lebten über 5,6 Millionen Juden östlich des Deutschen Reiches: in Rußland annähernd 4 Millionen, in den östlichen Teilen der österreichisch-ungarischen Monarchie, d.h. in Galizien und in der Bukowina, etwa 750000, in Ungarn fast 700000 und im Königreich Rumänien 200000. Jede politische oder soziale Erschütterung in diesen Ländern der jüdischen Massensiedlung barg eine Gefahr für die Juden in sich. (173)

Der Ermordung des russischen Zaren Alexander II. am 1. März 1881 durch Revolutionäre folgte eine reaktionäre Regierung unter Alexander III. Kurz nach seiner Thronbesteigung breitete sich im Lauf des Sommers eine Welle von Pogromen über ganz Südrußland aus, die mehr als 100 jüdische Gemeinden vernichtete. Die neue Regierung hieß die Verfolgungsmaßnahmen gut und benutzte das Attentat als Vorwand zum Erlaß der "Mai-Gesetze" des Jahres 1882, die die Juden Rußlands auf eine begrenzte Niederlassungszone, den "Ansiedlungsrayon", beschränkten. Die Pogrome wurden auch unter Zar Nikolaus II. (1894-1917) mit Billigung der Regierung fortgesetzt. (174)

Eine Massenflucht der in der drangvollen Enge des Rayons lebenden Juden über die Grenzen nach Deutschland und Österreich setzte ein; sie wurde zum Beginn einer großen jüdischen Auswanderungsbewegung. Von den 2725000 Juden, die zwischen 1880 und 1914 Europa verließen und nach überseeischen Ländern emigrierten, ging ein erheblicher Teil über deutsche Häfen; die meisten dieser Auswanderer kamen aus osteuropäischen Ländern. (175)

Die Behörden duldeten lediglich die Durchreise der Ostjuden, um die deutsche Transatlantik-Schiffahrt zu fördern, nicht jedoch die Seßhaftmachung im Reich. Dennoch wuchs die Zahl der Ostjuden ständig an, wobei manchmal die Auswanderung wegen Krankheit oder Geldmangel unmöglich wurde, in anderen Fällen gar nicht erst geplant war. Personen aus Galizien hatten es etwas leichter als russische Juden, eine Niederlassungserlaubnis zu erhal-

ten, da sie aus dem mit Deutschland verbündeten Österreich-Ungarn kamen. (176)

Trotz wiederholter Massenausweisungen, vor allem aus Preußen, lebten 1914 etwa 90000 Ostjuden im Reich. Hungersnöte und Verfolgungen erwiesen sich auf die Dauer als stärker als die Maßnahmen der preußischen Polizei. (177) Den aus Osteuropa stammenden Juden gelang es allerdings nur in den wenigsten Fällen, die Staatsangehörigkeit Preußens oder eines anderen deutschen Staates zu erwerben; sie konnten daher, wenn ihre Aufenthaltserlaubnis abgelaufen war, jederzeit abgeschoben werden. (178)

Die Niederlassung der ausländischen Juden verlief meist entsprechend den schon geschilderten Gesetzen der jüdischen Wanderung, was zu einer besonders starken Konzentration in Großstädten führte. (179) In Würzburg wuchs die ostjüdische Bevölkerung in nennenswertem Umfang erst nach der Jahrhundertwende und auch dann nur langsam.

Am Beispiel der aus dem galizischen Dorf Rohatyn bei Lemberg nach Würzburg kommenden Emigranten läßt sich das Charakteristische der ostjüdischen Wanderungsbewegung herausarbeiten. Das bis 1918 zu Österreich und danach zum neugeschaffenen polnischen Staat gehörende Rohatyn hatte als erster schon 1886 der Gastwirtssohn Bernhard Aberbach im Alter von 28 Jahren verlassen. Aberbach handelte in Würzburg zunächst mit Galanteriewaren und eröffnete 1904 eine Weinhandlung, deren Geschäftsumfang ihn zu einem Angehörigen des gehobenen Bürgertums werden ließ. Dennoch konnte, als Aberbach 1921 die Aufnahme in die bayerische Staatsangehörigkeit beantragte, "Aussicht auf Einbürgerung nicht gestellt werden". (180) Der Fall dieses Emigranten ist in mehrerer Hinsicht typisch: Trotz 35jährigen Aufenthalts in Deutschland blieb Aberbach Ausländer, ein Schicksal, das er mit seiner ebenfalls aus der Lemberger Gegend stammenden Frau und den beiden in Würzburg geborenen Söhnen teilte, von denen einer Medizin studierte und einer als Reisender arbeitete. (181) Die lange Anwesenheit im Reich führte jedoch zu einem beträchtlichen wirtschaftlichen Aufstieg, der sich in der Höhe der 1920 gezahlten Kultusumlage und im Studium des einen Sohnes widerspiegelt. Fast alle ostjüdischen Angehörigen des mittleren und gehobenen Bürgertums sowie der Oberschicht waren 1920 relativ lange, seit mindestens einem Jahrzehnt, in Würzburg ansässig. (182)

Mit einer Ausnahme verblieben alle später als Aberbach aus Rohatyn Gekommenen in den beiden unteren Einkommensklassen; so beispielsweise der Kaufmannssohn Jakob Wachtel, der sich 1905 im Alter von 29 Jahren mit seiner Frau in Würzburg angemeldet hatte. Wachtel vertrieb als Reisender die Produkte der Schweinfurter Weinhandlung Breitenbach. (183) Wachtels Schwager David Akselrad verließ 1906 seine galizische Heimat 20jährig. Auch er arbeitete als Reisender für die Firma Breitenbach, ebenso wie Markus Stolz, der wenig später aus Rohatyn in Würzburg zuzog. (184)

In den nächsten Jahren änderte sich das Bild kaum: Die aus Galizien stammenden Emigranten waren entweder miteinander verwandt oder bekannt, vermittelten sich gegenseitig einen Arbeitsplatz, meist bei der Firma Breitenbach, und nahmen in einem Fall einen Neuankömmling auch als Untermieter auf. Hochzeiten fanden fast immer nur im engeren Kreis der in Rohatyn und Umgebung beheimateten Gruppe statt. (185)

Während des Ersten Weltkriegs wurden die aus Österreich-Ungarn stammenden und im Reich lebenden Ostjuden eingezogen, die russischen Staatsangehörigen zu feindlichen Ausländern erklärt und teilweise in Internierungslager gebracht. Andere verloren ihre Bewegungsfreiheit. (186)

Der 1873 im ukrainischen Balta geborene Schaja Ostrach lebte während der Kriegsjahre als Zivilgefangener in Würzburg und mußte sich täglich bei den Behörden melden. Ostrach war in seiner Heimat in der von der Regierung verfolgten zionistischen Bewegung aktiv gewesen. 1905 erlebte er das schwere Pogrom in Odessa mit, bei dem zwischen dem 18. und 22. Oktober mehrere hundert Juden den Tod fanden. (187) Seit 1911 in Frankfurt wohnhaft, wurde er zu Beginn des Weltkriegs aus Preußen ausgewiesen und ließ sich mit Frau und zwei Kindern am 8. November 1914 in Würzburg nieder. (188)

Der Weltkrieg brachte mit dem weiten Ausgreifen der deutschen Truppen nach Rußland und Polen große Gebiete mit jüdischer Bevölkerung unter die Kontrolle des Reiches. Der enorme Bedarf an Arbeitskräften veranlaßte die deutschen Besatzungsbehörden, unter den durch den Krieg erwerbslos gewordenen und hungernden jüdischen Massen Arbeiter anzuwerben. Bis zum Ende des Krieges kamen auf diese Weise und durch Zwangsverpflichtung etwa 35000 Ostjuden nach Deutschland, die in der Kriegswirtschaft eingesetzt wurden. (189) Das industriearme Würzburg nahm, soweit dies aus den Unter-

lagen des Einwohnermeldeamts ersichtlich wird, keine dieser Arbeiter auf.

Nach 1918 verstärkte sich die ostjüdische Einwanderung noch. Das Entstehen neuer Nationalstaaten in Mittel- und Osteuropa, Krieg und Bürgerkrieg sowie eine Welle von Pogromen nie gekannten Ausmaßes in Polen und Rußland ließen immer neue Ostjuden in Deutschland Zuflucht suchen. Dieselben Ereignisse veranlaßten aber auch die während des Krieges angeworbenen Personen, trotz Kündigung ihrer Arbeits- und Unterkunftsverhältnisse nicht wieder in ihre Heimatgebiete zurückzukehren. Insgesamt kamen in den Kriegs- und Nachkriegsjahren bis 1922 ungefähr 100000 bis 110000 weitere Ostjuden in das Reich, von denen allerdings knapp die Hälfte nach kurzer Zeit in andere Länder abwanderte. (190)

Auch in Würzburg stieg zwischen 1917 und 1920 die Zahl der Ostjuden verhältnismäßig stark an. Daß die Stadt das "Einfallstor für den Osten" war, wie im Februar 1920 im Stadtrat geklagt wurde (191), kann dennoch nicht behauptet werden. Läßt man die nur für einen begrenzten Zeitraum in Würzburg lebenden Studenten außer acht, so ergibt sich, daß von den am 1. Juli 1920 in der Stadt gemeldeten 231 Ostjuden 114 vor 1910 zugezogen oder in Würzburg geboren waren, vor 1914 sogar 186. Die tatsächliche Zunahme in den Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren, addiert aus Zuzügen und Geburten unter Berücksichtigung von Wegzügen und Todesfällen, belief sich lediglich auf 45 Personen oder nicht einmal ein Fünftel des ostjüdischen Bevölkerungsstandes von 1920. Die bereits geschilderte Zurückhaltung bei der Erteilung von Niederlassungserlaubnissen sowie die in Kapitel IX behandelten Ausweisungen aus Bayern hatten eine uneingeschränkte Vermehrung der Zahl der Ostjuden verhindert. Bis zum 1. Juli 1931 verringerte sich ihre Zahl dann auf 153 Personen. (192)

Der Anteil der aus Osteuropa Stammenden an der jüdischen Bevölkerung Würzburgs lag 1920 bei 11 und 1931 bei 8 %. Im Reich verlief die Entwicklung in anderen Bahnen: Waren 1890 erst 3,9 und 1910 12,8 % der in Deutschland lebenden Juden Ausländer, so betrug ihr Anteil 1925 und 1933 jeweils fast ein Fünftel. (193)

b. Die Staatsangehörigkeitsverhältnisse der in Würzburg lebenden jüdischen Ausländer

Als Ostjuden werden in dieser Arbeit alle Personen bezeichnet, die aus Osteuropa stammten und am 1. Juli 1920 nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen. Dies bedeutet, daß jene Männer und Frauen nicht berücksichtigt sind, die vor diesem Stichtag in Bayern oder einem anderen deutschen Land eingebürgert wurden. Dies war bei insgesamt acht Personen der Fall, wobei dreimal ostjüdische Frauen durch Heirat die Staatsangehörigkeit ihres Ehemannes erwarben. (194) Die fünf übrigen Naturalisationen fanden wie diese Heiraten 1910 oder früher statt; betroffen waren zwei aus Ungarn stammende Kaufleute, zwei in Rußland geborene Fabrikanten und ein in Galizien aufgewachsener Arzt, die zwischen 1888 und 1906 in Würzburg zuzogen. (195)

Die 1920 in Würzburg lebenden 231 Ostjuden kamen zu vier Fünfteln (83 %) aus Polen bzw. den zuvor zu Rußland und Österreich gehörenden polnischen Gebieten. (196) Der polnische Anteil lag damit in Würzburg wesentlich höher als im übrigen Reich, wo er 1925 etwa die Hälfte der jüdischen Ausländer ausmachte. (197) Aus Rußland stammten 6 % der Würzburger Ostjuden, aus Ungarn und Österreich jeweils 3 %.

Das Entstehen neuer Staaten an Deutschlands Ostgrenzen bewirkte, daß viele im Reich lebende Ostjuden ihre Staatsangehörigkeit wechseln mußten. Russen und Österreicher wurden Bürger des neugeschaffenen Polen bzw. des vergrößerten Rumänien. Manche fanden sich in den veränderten Verhältnissen nicht zurecht. So besaß die aus dem galizischen Samusczyn stammende geschiedene Kaufmannsfrau Berta Spindel seit dem September 1920 zwar einen polnischen Paß, den ihr der polnische Generalkonsul in Berlin ausgestellt hatte, da er sie als Bürgerin seines Landes betrachtete. Berta Spindel selbst gab jedoch noch 1922 an, sie sei "politisch nach Rumänien zuständig, da ihr Heimatort rumänisch gewesen sei." (198)

Der ukrainische Kaufmann Schaja Ostrach, in dessen Heimat nach Kriegsende zunächst weiße und rote Truppen um die Vorherrschaft kämpften, mußte sich für eine der beiden Seiten entscheiden. Für Ostrach kam nur die Unterstützung des gemäßigten Sozialisten Simon Petljura in Frage, der zu-

nächst die gesamte Ukraine beherrschte, dann aber von der Roten Armee besiegt wurde. Während eines Gestapoverhörs schilderte Ostrach im Juli 1933 sein Dilemma so:

"Ich mußte entweder nach Berlin, um mir dort einen bolschewistischen Paß, oder nach München, um mir einen nationalen und zwar einen sogenannten Petlurapaß [!] ausstellen zu lassen. Damals habe ich den Petlurapaß vorgezogen und habe ich mir auch einen solchen ausstellen lassen. Petlura, der in Rußland gegen die Rote Armee kämpfte, wurde später ermordet. Nach einiger Zeit ist mein Petlurapaß ungültig geworden und war ich gezwungen, mir einen Paß bei der bolschewistischen Regierung in Rußland bezw. bei deren Konsulat in Berlin zu verschaffen. Ich habe auch dorthin geschrieben, habe aber nach Vorlage meines nationalen Passes keinen anderen ausgestellt erhalten." (199)

Seit dieser Zeit waren Ostrach und seine Familie staatenlos.

Wie im Kaiserreich blieb in der Republik die Einbürgerung ein von den meisten Ostjuden vergeblich angestrebtes Ziel. Da es auch nach 1918 keine deutsche Staatsangehörigkeit gab, konnte die Naturalisation nur in einem einzelnen Land erfolgen, wobei seit 1913 alle übrigen deutschen Staaten bzw. Länder in einem zeitraubenden Verfahren um ihre Zustimmung ersucht werden mußten. Während in den ersten Jahren meist Bayern Einspruch gegen die Einbürgerung von Juden einlegte, kamen entsprechende Bedenken später vor allem aus Württemberg sowie aus Thüringen. (200)

In einer Stellungnahme des bayerischen Außenministeriums vom 23. Februar 1929 hieß es warnend, "daß eine innerliche Angleichung an das Deutschtum gerade bei ostjüdischen Einwanderern sich nur langsam vollzieht." Diese hielten "zäh an ihrer Eigenart" fest und schlügen "nur schwer in einem fremden Volkstum Wurzel." (201)

Wegen dieser und ähnlicher Vorbehalte, auf die im Zusammenhang mit dem Antisemitismus ausführlicher eingegangen wird, lebten 1933 99000 Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Reich, von denen allerdings fast 40 % in Deutschland geboren waren. (202) In Würzburg ergab sich 1920 ein ähnliches Bild: Ein Drittel (33 %) der in der Stadt wohnenden Ostjuden war im Reich geboren (203), ein Viertel (26 %) sogar in Würzburg. (204)

Zu dieser Personengruppe gehörte der 1904 im preußischen Schippenbeil auf die Welt gekommene Kantorensohn Willy Niederland, der mit seinen Eltern seit 1913 in Würzburg lebte. Niederland sprach kein Wort Russisch und

fühlte sich völlig als Deutscher. (205) Als sein Vater nach mehreren vergeblichen Versuchen 1920 erneut die Einbürgerung in Bayern beantragte, machte der Würzburger Stadtrat zwar keine Bedenken geltend, sah sich aber dennoch nicht in der Lage, das Gesuch befürwortend an die Münchner Regierung weiterzuleiten. (206) Erst einige Jahre später, nachdem sich Felix Freudenberger eingeschaltet hatte, erlangte die Familie Niederland die Naturalisation. (207)

Letzlich erfolgreich verliefen auch einige weitere Einbürgerungsverfahren (208), doch fällt auf, daß die Betroffenen überwiegend dem gehobenen Bürgertum angehörten und in keinem einzigen Fall aus Polen stammten. Auch schon vor 1920 hatte sich, wie gezeigt, unter den naturalisierten Osteuropäern nur ein einziger Galizier befunden, dem als Arzt wahrscheinlich eine Sonderstellung eingeräumt wurde.

Besonders krasse Formen nahm die Einbürgerungspraxis bei dem 1884 in Bamberg als Sohn eines russischen Ehepaars geborenen Kapellmeisters Philipp Rypinski an. Rypinski, der sich seit seiner Geburt ununterbrochen in Deutschland aufhielt, lebte während des Ersten Weltkriegs einige Jahre in Würzburg und heiratete hier die Tochter der österreichischen, dann tschechoslowakischen, Staatsangehörigen Lina Buchbinder. (209) In den zwanziger Jahren wurde der Kapellmeister, inzwischen staatenlos und Vater zweier Kinder, musikalischer Leiter des Stadttheaters Heilbronn. Daß der "General-Anzeiger" noch 1931 über "Rypinski-Erfolge" in Heilbronn berichtete (210) und daß seine Frau, die Altistin Else Rypinski, 1930 im Würzburger jüdischen Gesellschaftsverein Casino Lieder zum Vortrag brachte (211), läßt eine enge fortwährende Bindung der Familie an Würzburg vermuten. Rypinski beantragte die Naturalisation mehrmals bei dem für ihn zuständigen Oberamt in Heilbronn. Die württembergische Regierung, die sich zugute hielt, daß sie "derartigen Einbürgerungsgesuchen gegenüber größte Zurückhaltung" übe, befürwortete den Antrag mit folgender Begründung:

"Die Polizeidirektion Heilbronn erhebt gegen die Einbürgerung keine Bedenken. Er [Rypinski] selbst denkt und fühlt deutsch. Tatsachen, welche die Besorgnis rechtfertigen, daß die Einbürgerung das Wohl des Reiches oder eines Landes gefährden würde, sind nicht bekannt. Die Einbürgerung erscheint in staatsbürgerlicher, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht als erwünscht." (212)

Die thüringische Regierung erhob zu Beginn des Jahres 1931 dennoch grund-

sätzliche Bedenken. Innenminister Wilhelm Frick (NSDAP) lehnte die Einbürgerung "dieses Fremdrassigen" ab, weil dadurch "das Wohl des Reichs gefährdet" werde. (213) Damit war die Naturalisation unmöglich geworden.

Außer den Ostjuden lebte 1920 in Würzburg eine geringe Anzahl weiterer Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Sieben in Deutschland Geborene waren zwischen 1860 und 1890 in die USA ausgewandert und dort eingebürgert worden, später aber ins Reich zurückgekehrt. Auch die vier nicht aus Osteuropa stammenden und 1920 in Würzburg registrierten Staatenlosen waren zuvor amerikanische Staatsbürger gewesen; 1931 traf dies noch auf zwei Personen zu. In diesem Jahr wohnten außerdem vier amerikanische, zwei palästinensische und je ein österreichischer, französischer und holländischer Staatsbürger jüdischen Glaubens in Würzburg. (214)

c. Das Verhältnis zwischen Ostjuden und deutschen Juden

Der ostjüdische Zuzug nach Deutschland wurde von vielen hier seßhaften Juden mit großer Skepsis verfolgt. Besonders in den ersten Jahren nach Kriegsende, als die angebliche Überflutung des Reiches durch ostjüdische Einwanderer ein beliebter Topos der antisemitischen Propaganda war (vgl. Kap. IX), zeigten sich unter den deutschen Juden starke Vorbehalte. Eine später nie mehr erreichte Kompromißlosigkeit und Ablehnung spricht aus einer Äußerung des Würzburger Gemeindevorsitzenden Gerson Haas, der am 18. März 1920 in einer Verwaltungssitzung erklärte, daß "eine Förderung oder Unterstützung der Ostjuden nicht im Interesse der in Würzburg wohnhaften deutschen Juden" liege. (215)

Wie in Kapitel VII gezeigt wird, unterstützte die Gemeinde bedürftige Ostjuden tatsächlich auf vielfältige Weise. Hier sollen zunächst die Gründe untersucht werden, die zur anfänglichen Ablehnung der Ostjuden durch viele deutsche Glaubensgenossen führten. Es bleibt festzustellen, daß sich hierbei kein spezifisch deutsches Problem manifestierte. Ein ähnliches Verhalten war überall da zu beobachten, wo fremde, meist arme Juden in ein anderes Land kamen. "In keinem Land zu keiner Zeit waren die dort ansässigen Juden - mit Ausnahme derer in Palästina - von dem Zustrom neuer

Juden begeistert oder bereit, sie mit offenen Armen bei sich aufzunehmen." (Adler-Rudel) (216) Eva G. Reichmann beschreibt dieses Phänomen so:

"Trifft eine [...] Einwanderungswelle [...] auf einen schon ansässigen Bevölkerungsteil, mit dem sie Merkmale irgendwelcher Art teilt, sollten sich diese selbst im Zuge der getrennt durchlebten Epoche noch so sehr verdünnt haben, so muß die Begegnung dazu führen, daß auch unter den Ansässigen sämtliche schon überwunden geglaubten Probleme wieder aufbrechen. Die Mehrheit der deutschen Juden hatte mit mehr oder minder Nachdruck der These angehangen, daß sie eine konfessionelle Gemeinschaft darstellte wie Protestanten und Katholiken. Aber der nationale Charakter der ostjüdischen Massen, mit denen sie nun konfrontiert waren, war nicht zu übersehen." (217)

Zahlreiche aus Osteuropa stammende Zuwanderer repräsentierten den Typ des nicht assimilierten Gettojuden, von dem sich die deutschen Juden seit dem 19. Jahrhundert entfernt hatten. Zwar trugen die in Würzburg lebenden Ostjuden nicht mehr den traditionellen Kaftan (218), aber jene, die erst vor kurzem zugezogen waren, fielen durch ärmliche Kleidung (219), durch ihr Aussehen (220) oder durch ihre Redeweise auf. Die Neuankömmlinge sprachen vielfach noch Polnisch oder Jiddisch - was von deutschen Juden ebenso wie von Christen als "mauscheln" verachtet wurde - oder ein gebrochenes Deutsch. (221) Eine wichtige Aufgabe des jüdischen Kindergartens war es denn auch, ostjüdische Kinder "zum Sprechen von richtigem Deutsch" zu erziehen, damit sie sich "im Interesse aller" im späteren Leben "wenig oder gar nicht von den anderen Juden" unterschieden. (222)

Die nationalen Charakterzüge machten die Ostjuden zu natürlichen Verbündeten der Zionisten. Schon 1919 äußerte die "Jüdische Rundschau" ihre Freude über die ostjüdische Einwanderung in unmißverständlichen Worten:

"[Wir wollen] zum Schluß noch klar und deutlich zum Ausdruck bringen, daß wir uns mit diesen Ostjuden menschlich und national identifizieren und in recht vielen von ihnen einen wertvollen Zuwachs für das deutsche Judentum sehen. Wir wissen, welche Fülle von jüdischem Wissen, jüdischer Gelehrsamkeit, von innerer Verknüpftheit mit jüdischem Volkstum, jüdischem Gesetz und jüdischer Ethik im Ostjudentum enthalten ist, und wir wissen auch, wie sehr alle diese Dinge dem deutschen Judentum not tun." (223)

Jüdische Gelehrsamkeit prädestinierte den religiös gebundenen Teil der Ostjuden zur Zusammenarbeit mit der Orthodoxie. Diese kam in Würzburg beispielsweise dadurch zustande, daß der ostjüdische Gottesdienst auch von Orthodoxen besucht wurde, daß ostjüdische Kinder ganz selbstverständlich

im orthodoxen Jugendverein Esra mitarbeiteten und daß der erste ostjüdische Vertreter im Gemeindevorstand, der Schuhhändler Albert Sirkus, 1925 auf der orthodoxen Liste gewählt wurde.

Unter Zionisten und Orthodoxen war noch am ehesten das Gespür dafür vorhanden, daß die Bezeichnung "Ostjude" die verächtliche Haltung vieler Deutscher gegenüber dem Osten Europas anklingen ließ und selten nur neutral-beschreibend eingesetzt wurde. "Der Ausdruck 'Ostjude' oder 'Polack' war bei uns zuhause verpönt", erinnert sich der aus einer orthodoxen Familie stammende Michael Berney. (224)

Die Distanz, die im Begriff "Ostjude" zum Ausdruck kam, manifestierte sich auch hinsichtlich des sozialen Gefälles. Während 45 % der in Würzburg lebenden deutschen Juden den Einkommensklassen 1, 2 und 3 angehörten, waren es bei den Ostjuden nur 24 %. Dagegen zählten 30 % der Ostjuden zur Unterschicht, aber nur 8,5 % der deutschen Juden. (vgl. Kap. I) Ostjuden betätigten sich überdurchschnittlich oft in den wenig geachteten Berufen des Altwarenhändlers, Hausierers und Reisenden. Von den für Würzburg nachgewiesenen jüdischen Vertretern bzw. Reisenden stellten sie 1920 41 % und 1931 32 %. (225)

Zusammengenommen schufen niedere soziale Stellung, ausgeprägtere Religiosität, zionistische Ausrichtung und Bevorzugung der sozialistischen Parteien eine fast unüberwindliche Barriere zwischen liberalen Juden und Ostjuden. Diese tritt in der Äußerung eines liberalen Gemeindemitglieds zutage: "Wir haben die Juden, die aus dem Osten gekommen sind, die so auffallend waren und so laut, nicht leiden können. Wir wollten nichts mit ihnen zu tun haben. Sie waren uns fremder als irgendwer sonst. Wir konnten nicht vertragen, wie sie reden, wie sie sich benehmen, wie sie sich kleiden. Es war nicht das, was wir waren." (226) Von ostjüdischer Warte nahm sich diese Haltung so aus:

"Von den deutschen Juden, die in Würzburg oder in der Umgebung geboren waren, wurden wir als zweitklassige Juden betrachtet. Selbst die Naturalisation hat da nicht viel geholfen. Die Integration in die jüdische Gemeinschaft Würzburgs war nur recht oberflächlich; sie kam nicht richtig zustande wegen dieser Diskriminierung. Die anderen fühlten sich als unterfränkische Juden, als deutsche Juden, wir waren die Ostjuden. Es war eine erhebliche, chronische und dauernde Diskriminierung. Obwohl ich viele Jahre auf dem Gymnasium der Primus war, ging die gesellschaftliche Diskriminierung weiter und war höchst unerfreulich, besonders für einen heranwach-

senden Menschen. Aber dann als Medizinstudent wurde ich mehr und mehr akzeptiert." (227)

Daß die "Westjuden die Ostjuden nicht an sich heranließen" (228), daß sie von den Ansässigen "sozial nie völlig aufgenommen" (229) und mit "unverhüllten Antipathien" betrachtet wurden (230), daß mit den Ostjuden "kaum gesellschaftlicher Verkehr" existierte (231), bestätigten auch zahlreiche Mitglieder der deutschjüdischen Gemeinschaft Würzburgs. Ihren Niederschlag fand diese Haltung in der geringen Zahl von Ehen zwischen Ostjuden und deutschen Juden. Während für die Jahre der Republik 13 Ehen verzeichnet wurden, in denen beide Partner aus Osteuropa stammten, gab es lediglich fünf Ehen zwischen einem Deutschen und einem Ostjuden. In allen fünf Fällen waren die ostjüdischen Partner vor dem Weltkrieg nach Würzburg gekommen. Zwei der Familien gehörten dem mittleren und zwei dem gehobenen Bürgertum an, nur eine dem Kleinbürgertum. Lediglich in einem Fall besaß der ostjüdische Partner die polnische Staatsangehörigkeit, zweimal kam er aus Ungarn, je einmal aus Rußland und der Bukowina. (232)

Es kann als sicher angenommen werden, daß die gesellschaftliche Trennung nicht ausschließlich durch Vorbehalte der deutschen Juden hervorgerufen wurde. Herbert A. Strauss vermutet, "daß die Ostjuden zu dieser Zeit auch ihrerseits nicht den größten Wert darauf legten, mit den deutschen Juden zu verkehren." (233) Dies trifft jedenfalls auf den religiösen Bereich zu; durch eine separaten Gottesdienst in der "Mazzestube" war es den Ostjuden möglich, ihren besonderen Ritus auch in Deutschland beizubehalten. (234) Darüber hinaus deutet die Existenz mehrerer Vereine auf den Wunsch nach spezifisch ostjüdischer Geselligkeit hin. Außer der ostjüdischen Ortsgruppe, die schließlich in der Jüdischen Volkspartei aufging (235), gab es einen Kulturverein "Achduth", dem überwiegend Ostjuden angehört haben dürften (236), sowie einen Ostjüdischen Frauenverein, der sich zur Aufgabe machte, "Krankenpflege unter ostjüdischen Frauen auszuüben, das gesellige Leben zu heben und Anteil an der Kulturarbeit zu nehmen." (237)

Die Integration von Ausländern in das Leben der Würzburger Juden lief nicht nach festen Regeln ab; immerhin lassen sich einige immer wiederkehrende Merkmale dieses Prozesses bestimmen. Bereits erwähnt wurde, daß die Staatsangehörigkeit sich positiv oder negativ auf das Tempo der Eingliederung auswirken konnte. Allem Anschein nach hatte der Besitz eines pol-

nischen Passes eher negative Folgen, während die russische Herkunft den Prozeß zu beschleunigen vermochte. "Interessanterweise haben russische Juden nicht unbedingt als Ostjuden gegolten", erinnert sich Curt C. Silberman, "man sagte über die Familie Ostrach: 'Das sind russische Juden' und nicht: 'Das sind Ostjuden'!" (238)

Ein Mitglied der betreffenden Familie kam zu dem gleichen Ergebnis: "Was mich heute noch wundert: Meine Eltern und ich hatten viele Freunde unter den deutschen Juden. Irgendwie machten sie einen Unterschied, wahrscheinlich weil meine Familie aus Rußland kommt." (239) Zweifellos spielte hier die Tatsache eine Rolle, daß die Zahl der Russen in Würzburg stets relativ gering blieb und die eingesessenen Juden nicht das Gefühl einer Masseneinwanderung haben konnten. Andererseits waren nicht alle russischen Immigranten von dieser größeren deutschjüdischen Aufnahmebereitschaft betroffen, wie die Äußerung von William G. Niederland zeigt.

Integrationsfördernd wirkte vor allem die gemeinsame Ausbildung von Kindern aus den verschiedenen Gruppen: "In der Schule entwickelten sich Freundschaften mit westjüdischen Kindern; es gab auch Einladungen nach zuhause." (240) Manche Jugendliche setzten sich absichtlich über die Vorurteile der Eltern hinweg:

"Für uns Kinder war das eine Frage des Generationenkonflikts. Ich habe ganz bewußt eine Gemeinschaft mit diesen ostjüdischen Kindern hergestellt, und andere auch, gerade weil wir wußten, daß unsere Eltern sie ablehnen. Es war eine Art von Protest. Ich habe eine Reihe von ostjüdischen Freunden gehabt." (Herbert A. Strauss) (241)

Insofern als die zweite Generation von Ostjuden den einheimischen Juden in Bildung, Berufs- und Sozialstruktur immer ähnlicher wurde, begannen die ursprünglichen Vorbehalte ihre Bedeutung zu verlieren. Es handelte sich jedoch um einen "sehr langsamen Integrationsprozeß, der hauptsächlich Akademiker und erfolgreiche Geschäftsleute" (242) betraf: "Wenn die Ostjuden schon Bildung hatten, dann sind sie mehr anerkannt worden. Aber man machte einen Unterschied bei jemandem, der kaum Deutsch sprechen konnte." (243)

d. Die Auseinandersetzung um das Wahlrecht für Ostjuden

Die Frage, unter welchen Voraussetzungen Ostjuden sich an den Wahlen zur Gemeindeverwaltung beteiligen durften, blieb ein Jahrzehnt lang in Würzburg umstritten. An der Auseinandersetzung um das Ausländerwahlrecht läßt sich die Entscheidungsfindung in der Kultusgemeinde beispielhaft darstellen, ebenso wie die Art der Austragung von Konflikten zwischen den einzelnen innerjüdischen Gruppierungen.

Vor der Gemeindewahl im Dezember 1920 nahmen die liberalen Kandidaten für die Kultusverwaltung eine Extremposition ein. Auf einem Flugblatt erklärten sie, sie wollten "das aktive Wahlrecht der Ausländer von der Prüfung der Würdigkeit des Einzelnen abhängig machen"; das passive Ausländerwahlrecht lehnten die Liberalen gänzlich ab. (244) Während der Beratungen über eine neue Wahlordnung in einer eigens dafür geschaffenen Kommission präzisierten die Liberalen ihre Vorstellungen: Ausländern sollte das Wahlrecht nur auf deren Antrag zugestanden werden und auch nur dann, wenn sie seit mindestens fünf Jahren ununterbrochen in Würzburg wohnten. Als Begründung führte Gerson Haas an, "daß ein erheblicher Prozentsatz [der Ostjuden] aus nicht einwandfreien Geschäften seinen Lebensunterhalt beziehe u. daß es deshalb berechtigt sei, ihnen nicht die gleichen Rechte einzuräumen." (245) Vertreter der Orthodoxie traten dafür ein, Ostjuden bzw. Ausländer "in Bezug auf Stimm- u. Wahlrecht den übrigen Mitgliedern der Kultusgemeinde" völlig gleichzustellen. (246)

In einer Gemeindeversammlung im Oktober 1920 stimmte eine knappe Mehrheit der Anwesenden der liberalen Formulierung zu, obwohl Orthodoxe und Zionisten sich nochmals energisch für die Ostjuden einsetzten. (247) Allerdings erhielten Ausländer das passive Wahlrecht. (248) Der liberale Abstimmungssieg zeigt, daß in der Würzburger Kultusgemeinde zu dieser Zeit eine relativ starke ausländerfeindliche Stimmung herrschte, die allem Anschein nach nicht auf den engeren Kreis der Liberalen beschränkt blieb.

Vor der Wahl trugen sich 39 Ostjuden in die Wählerliste ein. Der Kultusvorstand bat das Einwohnermeldeamt um Nachprüfung, ob alle Wahlwilligen tatsächlich seit fünf Jahren in Würzburg lebten. Als sich herausstellte, daß diese Voraussetzung bei zwei Personen nicht gegeben war, wurden sie

von der Liste gestrichen. (249)

Das Ausländerwahlrecht entwickelte sich auch in vielen anderen jüdischen Gemeinden während der zwanziger Jahre zu einem Streitobjekt. Vor dem Hintergrund steigender ostjüdischer Bevölkerungszahlen versuchten die liberalen Führungseliten, die Ausländer von der gleichberechtigten Teilnahme an den Wahlen auszuschließen (250), was nicht selten auch gelang. In München, wo die Liberalen in der Kultusverwaltung die absolute Mehrheit besaßen und Ostjuden über ein Viertel der jüdischen Bevölkerung ausmachten, erhielten Ausländer das passive Wahlrecht erst im Jahr 1928. (251) In Fürth durften Ostjuden noch 1927 überhaupt nicht wählen (252); Hannover hatte ein Zensuswahlrecht, das die Mehrheit der Ostjuden als Nichtsteuerzahler von der Wahl ausschloß. (253) In Leipzig standen 1923 4000 deutsche Juden 18000 Ostjuden gegenüber; dennoch überließ man den Ausländern nur acht von 33 Sitzen in der Gemeindeverwaltung. (254) Trotz eines ostjüdischen Anteils von 60 % (255) an der jüdischen Bevölkerung der Stadt Dresden konnten hier Ausländer nicht in die Verwaltungsgremien gewählt werden. (256)

Bei diesen Auseinandersetzungen spielte die Furcht vieler liberaler Honoratioren vor einem Sieg des zionistisch-ostjüdischen Bündnisses bei den Gemeindewahlen eine wichtige Rolle. Der spektakuläre Wahlsieg der Volkspartei in Berlin hatte 1926 gezeigt, daß sogar in Städten, in denen Zionisten und Ostjuden in der Minderheit waren (257), diese Gruppen bei entsprechender Mobilisierung ihrer Anhänger Verwaltungen übernehmen konnten. Über den Ausgang von Urnengängen mit gleichem Wahlrecht in Städten wie Leipzig oder Dresden bestand daher keinerlei Zweifel.

In Würzburg, wo der ostjüdische Bevölkerungsanteil 1920 mit 11 % seinen Höchststand erreicht hatte und seither kontinuierlich zurückging, lagen die Verhältnisse anders. Wenn hier von liberaler Seite einer Einschränkung des Ausländerwahlrechts das Wort geredet wurde, mußte dies aus grundsätzlichen Vorbehalten und nicht aus praktischen Beweggründen geschehen. Die Arbeit des 1925 auf der orthodoxen Liste in den Vorstand gewählten Albert Sirkus zeigte überdies, daß von ostjüdischer Seite keinerlei Gefahr für eine ersprießliche Verwaltungstätigkeit ausging. Im Gegenteil: Der 1880 in Tarnopol (Ukraine) geborene und seit 1919 in Würzburg lebende Schuhhändler (258) kam den Liberalen weit entgegen und äußerte 1929, daß "in

Berlin oder anderen Städten" der "Zuzug von Ostjuden so groß" sei, "daß die Stabilität der Gemeinden bedroht sei und eine Beschränkung [des Wahlrechts] in solchen Gemeinden eher verstanden werden könne." In Würzburg jedoch "denke kein Ausländer daran, die Kultusgemeinde zu erobern, weil man von einer gerechten Behandlung seitens der Kultusverwaltung überzeugt sei." (259) Sirkus knüpfte an diese Überlegungen die Forderung an, Ostjuden und deutsche Juden hinsichtlich des Wahlrechts gleichzustellen. (260)

Die erneute Diskussion über diese Frage begann 1929 anläßlich der Vorberatung einer revidierten Gemeindesatzung. Die Orthodoxie, vertreten durch Hermann Engel, plädierte wieder dafür, "jeden Unterschied zwischen reichsdeutschen und nicht reichsdeutschen Juden wegfallen" zu lassen, da die "Kultusgemeinde eine Gemeinde von Juden überhaupt sei und nicht etwa nur eine Gemeinde von deutschen Juden." (261) Die Liberalen widersetzten sich dieser Ansicht mit der Begründung, ein "Ausländer müsse erst Zeit bekommen, sich in die besonderen Verhältnisse einer Gemeinde, auch einer Kult.-Gde. [!], richtig einfühlen zu können, damit er nach einer gewissen Zeit geeignet wird, mit vollster Überzeugung wählen zu können." (262) Immerhin wollten die Liberalen die Dauer des ununterbrochenen Wohnsitzes von fünf auf drei Jahre reduziert sehen. Für diesen Kompromißvorschlag fand sich im Dezember 1929 auch eine Mehrheit in der Verwaltung. (263)

Die folgenden Beratungen dokumentieren die für Würzburg typische Tendenz, zu einvernehmlichen Regelungen zu kommen, die für alle Gruppierungen akzeptabel waren. Stellte schon der Verwaltungsbeschluß vom Dezember 1929 einen Fortschritt dar, so gestanden die Liberalen schließlich auch zu, daß das Ausländerwahlrecht automatisch und nicht mehr auf Antrag verliehen wurde. (264) Der entscheidende Durchbruch gelang dann kurz vor der Gemeindeversammlung vom 21. Dezember 1930: Ausländer, die in einer anderen deutschen Kultusgemeinde bereits wahlberechtigt waren, sollten in Würzburg schon nach einem Jahr wählen dürfen. Auf diese Formel einigten sich alle Fraktionen; auch Sirkus stimmte ihr zu. (265)

Die eigentliche Entscheidung fiel in einer Gemeindeversammlung, die bei Satzungsänderungen das letzte Wort hatte (vgl. Kap. V). Der Verwaltungsvorschlag fand hier eine breite Mehrheit. Allerdings distanzierten sich sowohl Sirkus als auch die orthodoxen Vertreter davon. Sirkus forderte nun die Streichung aller Ausnahmebestimmungen, "auf daß jede Schranke zwischen

Ost und West falle und eine Ostjudenfrage in Würzburg endlich verschwinde." (266) Nachdem Sirkus die Kompromißlinie der Verwaltung verlassen hatte, gab auch die Orthodoxie ihren Mitgliedern die Abstimmung frei. (267) Gegen jede Diskriminierung der Ausländer wandte sich ein Sprecher des orthodoxen Jugendbundes Esra:

"Wir erblicken in der Ausnahmebestimmung gegen Nichtreichsdeutsche eine Differenzierung zwischen verschiedenen Kategorien von Juden und eine Degradierung zu Juden 2. Grades. In einer Gemeindesatzung, dem Grundgesetz jüdischer Gemeinschaft, hat eine solche Differenzierung keine Berechtigung. Wir erheben gegen diese [Regelung] vom Standpunkte des traditionellen Judentums und vom Standpunkte der allgemeinen Forderungen primitivster Gerechtigkeit scharfen Einspruch. Gerade in einer Zeit des schärfsten Angriffes von außen auf unsere bürgerliche und rechtliche Stellung in Deutschland begeben wir uns der inneren Berechtigung, solche Angriffe abzuwehren, wenn wir [in] unseren eignen Reihen die Grundsätze mißachten, die wir im Kampfe nach außen für uns in Anspruch nehmen." (268)

Heinrich Freudenberger argumentierte vom zionistischen Standpunkt aus ähnlich: "In einer jüdischen Glaubensgemeinde gäbe es nur Juden. [...] Die Juden im deutschen Reiche strebten von jeher nach Gleichberechtigung, darum müßten sie auch in ihrer Glaubensgemeinde Gleichberechtigung obwalten lassen." (269) Die Mehrheit in der Versammlung Anwesenden stellte sich dennoch hinter den Verwaltungsvorschlag und machte sich damit das Argument Karl Rosenthals zu eigen, "daß das Prinzip eines kleinen Unterschieds zwischen Reichs- und Nichtreichsangehörigen gewahrt bleiben" müsse. (270)

e. Das religiöse Leben der Ostjuden

Assimilierte und Liberale stellten unter den Würzburger Ostjuden eine deutliche Minderheit dar. (271) Auch hinsichtlich der religiösen Praxis unterschieden sie sich von ihren einheimischen Glaubensgenossen. Der ostjüdische Gottesdienst war "in jeder Hinsicht, seiner äußeren Form nach, grundverschieden vom kühlen, formell peinlich geordneten und oft theatralisch anmutenden Gottesdienst" der westeuropäischen Juden, er wurde geprägt "durch die aktive Teilnahme aller Betenden und das Aufgehen des Individuums in den Wellen des allgemeinen Gesanges", die religiöse Stimmung steigerte sich "nicht selten bis zur Ekstase." (272)

Das Bedürfnis der in Würzburg lebenden Ostjuden, ihre religiösen Gebräuche beizubehalten, konnte nur durch einen eigenen Gottesdienst in einem speziellen Betsaal befriedigt werden. Einen solchen stellte zunächst die Israelitische Lehrerbildungsanstalt zur Verfügung; es dürfte sich dabei um die Turnhalle im Seminargebäude in der Bibrastraße 6 oder um andere gerade freistehende Räumlichkeiten gehandelt haben. Im Jahr 1923 äußerten die ostjüdischen Vertreter den Wunsch, regelmäßig die Haussynagoge des Lehrerseminars benutzen zu dürfen. Daraufhin entwarf die ILBA-Leitung einen von deutlichem Mißtrauen geprägten Mietvertrag, der die Ostjuden unter anderem verpflichtete, "die im Seminar bestehende Hausordnung einzuhalten und im Rahmen des Besuchs des Gottesdienstes Verletzungen des Religionsgesetzes zu unterlassen"; außerdem seien "andere Räume nicht zu betreten" und "Ansammlungen auf der Straße zu vermeiden". (273) Das Dokument stieß auf die einhellige Ablehnung der Ostjuden, die dem Seminarvorstand "religiöse Überhebung" (274) vorwarfen.

Erst drei Jahre später erhielt wegen der Fürsprache von Hermann Engel (275) die ostjüdische Ortsgruppe die Erlaubnis, in der "Kleinen Synagoge" im Erdgeschoß des Gemeindehauses (276) am Schabbat und an Feiertagen ihren Gottesdienst abzuhalten. (277) Der Raum hatte ursprünglich zur Herstellung des rituellen Mazzenbrotes gedient und trug seither den Namen "Mazzestube". Seit 1924 fanden hier während der Wintermonate die Wochentagsgottesdienste statt (278), so daß die große Synagoge nur am Schabbat geheizt werden mußte. (279)

Der ostjüdische Gottesdienst in der "Mazzestube" übte auf Orthodoxe, vor allem Jugendliche, wegen seines fremdartigen Charakters eine besondere Anziehungskraft aus:

"Wir Kinder sind während des Gottesdienstes in der großen Synagoge in die 'Mazzestube' gegangen, weil wir den ostjüdischen Gottesdienst sehen wollten. Es war einfach anders; eine andere Art zu beten, ein anderer Nigun (280); die Menschen dort haben sich anders benommen, sie haben mehr mit dem Körper getan - dieses ostjüdische Schaukeln. Dagegen saßen die deutschen Juden sehr steif in ihren Bänken, wie die Protestanten." (281)

Die beiden führenden Repräsentanten der Würzburger Orthodoxie, Hermann Engel und Semi Nathansen, hielten engen Kontakt mit der ostjüdischen Gruppe. Engel war regelmäßiger Gast in der "Mazzestube" (282), während Nathansen - in den Worten seines Sohnes "ein eingefleischter Deutscher" -

wöchentlich zweimal mit einem Ostjuden zusammenkam, um mit ihm Talmud zu lernen. (283)

Das ostjüdische Beispiel einer intensiven, vom Lernen geprägten und gleichzeitig emotionalen Frömmigkeit regte mehrere orthodoxe jüdische Jugendliche zum Studium an Talmudhochschulen (Jeschiwas) im Osten Europas an. Der 1905 in Würzburg geborene Gustav Seckbach, Sohn des Kultusdieners Benno Seckbach (284), arbeitete nach dem Besuch des Realgymnasiums als Angestellter des Bankhauses Weglein & Lehmann und ging dann 19jährig für drei Jahre zunächst nach Ungarn und dann nach Litauen, um dort an Talmudhochschulen zu lernen. 1928 ließ er sich als Kaufmann in Stuttgart nieder. (285) In der Jeschiwa von Mir (Polen) hielt sich von 1930 bis 1931 der Volksschullehrer Fritz Nußbaum auf, der, 1902 in Maßbach geboren, seit 1919 in Würzburg eine Lehre in einer Schuhgroßhandlung absolviert hatte. Während dieser Zeit lebte er im Haus von Hermann Engel, wo er möglicherweise mit ostjüdischer Religiosität in Kontakt kam. Nach mehrjähriger kaufmännischer Tätigkeit besuchte Nußbaum das jüdische Lehrerseminar in Köln und nahm anschließend eine Stelle als Volksschullehrer in Berlin an. Für den Aufenthalt in Mir ließ er sich 15 Monate beurlauben. (286)

Von ostjüdischer Frömmigkeit und Gelehrsamkeit geprägt war auch Jekutiel Neubauer, seit 1926 Seminarrabbiner an der ILBA, der seine talmudische Ausbildung bei zwei galizischen Rabbinern erhalten hatte. Wie um den 1923 gestorbenen Gustav Tachauer scharte sich um Neubauer jener Teil der Würzburger Orthodoxie, der eine möglichst vollständige Erhaltung der in der Thora festgelegten Verhaltensvorschriften anstrebte. (vgl. Kap. VI,3)

V. Die Kultusgemeinde

1. Organisatorischer Aufbau

a. Gesetzliche und statutenmäßige Grundlagen

Die israelitische Kultusgemeinde Würzburg wurde im Jahr 1828 durch eine Regierungsverordnung neu begründet. Entsprechend dem "Edikt über die Verhältnisse der jüdischen Glaubensgenossen im Königreich Baiern" vom 10. Juni 1813 waren die Kultusgemeinden keine Körperschaften öffentlichen Rechts, sondern lediglich Privatkirchengesellschaften (1) und verfügten damit über weniger Rechte als die christlichen Kirchen. Insbesondere war den Juden nicht erlaubt, mit ihrem Gottesdienst an die Öffentlichkeit zu treten, Prozessionen zu veranstalten oder ihre Synagogen mit Glocken oder Türmen zu versehen. (2) Andererseits beendete das Judenedikt mit der Aufhebung der diskriminierenden Judensteuern und der historischen Judenkorporationen einen wesentlichen Teil der jüdischen Rechtsungleichheit. (3)

Als Vollzugsvorschrift zum Edikt wurde am 29. Juni 1863 eine Ministerialentschließung, "die Verhältnisse der israelitischen Kultusgemeinden betreffend", erlassen. Dieses sogenannte "zweite Judenedikt" setzte den Gemeindezwang fest. Jede jüdische Familie und jeder alleinstehende Jude mußte derjenigen Kultusgemeinde angehören, der sein Wohnsitz zugeteilt war. (4)

In den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg unternahmen die bayerischen Juden mehrere Versuche, eine Revision der noch geltenden Bestimmungen des Judenedikts zu erreichen. Eine Neugestaltung fand dann jedoch erst nach dem Novemberumsturz von 1918 statt, wobei zunächst ein Ausschlag des Pendels ins andere Extrem drohte. Die während der Ministerpräsidentschaft Kurt Eisners in Bayern geführte Diskussion um eine mögliche Trennung von Kirche und Staat trug auch Unruhe in jüdische Kreise hinein. Die nie verwirklichte Maßnahme hätte das Ende der Zwangsgemeinschaften bedeutet. Ein- und Austritt von Mitgliedern wären von staatlicher Einwirkung frei gewesen,

das Besteuerungsrecht der Gemeinden gegenüber allen ortsansässigen Juden, das mit dem Prinzip der Zwangsgemeinde aufs engste verknüpft war, hätte nicht fortbestehen können, die jüdischen Einrichtungen wären auf freiwillige Mitgliedsbeiträge und Benutzungsgebühren angewiesen gewesen. (5) Die mögliche Abschaffung des Religionsunterrichts als Pflichtfach an den öffentlichen Schulen stieß auf den erbitterten Widerstand nicht nur des politischen Katholizismus, sondern auch der orthodoxen jüdischen Kreise. (6)

Die Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 legte dann allerdings fest, daß die Kirchen dem Staatsorganismus eingegliedert bleiben sollten; auch die jüdischen Gemeinden erhielten nun den Status von Körperschaften des öffentlichen Rechts. Die bayerische Verfassung bestimmte, daß die Kirchen ihre internen Angelegenheiten selbständig, ohne staatliche Einwirkung, regeln konnten. (7) Dazu diente zunächst die Satzung der Kultusgemeinde Würzburg von 1877, die nach mehreren Anpassungen an die veränderten Gegebenheiten in der Fassung von 1904 bis zum 21. Dezember 1930 gültig blieb. An diesem Tag verabschiedete die Gemeindeversammlung eine neue Satzung. (8) Die am 31. Oktober 1920 beschlossene Wahlordnung brachte eine veränderte Definition der Gemeindemitgliedschaft sowie ein neues Wahlrecht. (9)

b. Gemeindemitgliedschaft und Wahlrecht

Nach der Satzung in der Fassung von 1904 bestand ein Unterschied zwischen ordentlichen und außerordentlichen Gemeindemitgliedern. Ordentliches Mitglied war jeder volljährige Jude, der das Bürgerrecht in Würzburg besaß oder zumindest fünf Jahre in der Stadt wohnte und der außerdem das sogenannte Einkaufsgeld entrichtet hatte. Als außerordentliche Mitglieder galten alle übrigen Würzburger Juden, die länger als drei Monate in Würzburg lebten. (10)

Zur Zahlung des Einkaufsgeldes forderte die Kultusverwaltung Haushaltsvorstände sowie Personen mit eigenem Einkommen auf, die zur Kultusumlage herangezogen wurden und fünf Jahre in Würzburg ansässig waren, also beispielsweise auch Witwen, die von ihrem Vermögen oder einer Pension lebten. (11)

Begründet wurde die Gebühr damit, daß "die älteren Gemeindemitglieder bei der Konstituierung des hiesigen israelitischen Kultusverbandes sehr bedeutende Beiträge zum Ankaufe, zur Erbauung und Einrichtung der Gemeinde-Realitäten, namentlich der Synagoge" geleistet hätten, so daß man auch von neuen Mitgliedern diesen "sehr mäßigen Eintrittsbeitrag" (zwischen 30 und 150 M) verlangen könne. (12)

Nur volljährige ordentliche Mitglieder männlichen Geschlechts, die bereits das Einkaufsgeld entrichtet hatten, besaßen während des Kaiserreichs das Recht zur Teilnahme an den Gemeindewahlen und an der Kultusverwaltung. (13) Das Stimmrecht war demnach mehrfach eingeschränkt: Frauen besaßen es, wie auch bei den Reichs- und Landtagswahlen, nicht, ebensowenig wie Personen, die nicht zur Zahlung des Einkaufgeldes aufgefordert wurden, sowie alle von der Entrichtung der Kultusumlagen Befreiten. (14)

Zu diesen Bestimmungen sah sich die Kultusgemeinde ermächtigt, da über das Stimmrecht und die Modalitäten der internen Wahlen weder das Judenedikt noch die Ministerialentschließung von 1863 Aussagen machten. (15) Als Folge der in Würzburg üblichen Regelung blieb die Teilnahme an den Gemeindewahlen einer relativ kleinen Gruppe von Männern vorbehalten, die seit längerem in Würzburg wohnten und sich zur Zahlung von Kultusumlagen und Einkaufsgeld in der Lage sahen. Personen, die von der Umlagepflicht befreit und erst vor kurzem zugezogen waren, durften nicht wählen. Nach dem in Kapitel IV über die Zusammensetzung der innerjüdischen Gruppierungen Gesagten liegt auf der Hand, daß diese Bestimmungen auf eine Benachteiligung der Orthodoxie hinausliefen.

Die neue Wahlordnung von 1920 dehnte dann die Mitgliedschaft in der Kultusgemeinde auf "alle Israeliten beiderlei Geschlechts" aus, "die in Würzburg ihren ständigen Wohnsitz haben." (16) Der Unterschied zwischen ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern fiel also fort. Als stimm- und wahlberechtigt wurden alle Gemeindemitglieder erklärt, die volljährig und seit mindestens einem Jahr in Würzburg ansässig waren (17), d.h. auch die Frauen und die Nichtsteuerzahler. Einschränkungen galten allerdings, wie bereits ausgeführt, für Ausländer sowie in der Frage des passiven Frauenwahlrechts. (18)

c. Kultusverwaltung und Gemeindeversammlung

Die Ministerialentschließung von 1863 schrieb vor, daß alle jüdischen Gemeinden einen mehrköpfigen Vorstand, größere Gemeinden außerdem eine Repräsentation zur "Verwaltung der Einkünfte sowie zur Besorgung und Beschaffung der den Kultus betreffenden inneren Einrichtung[en]" besitzen mußten. Wie weit die Zuständigkeit der Kultusverwaltung reichte, hing von der Vollmacht ab, die ihr die Gemeinde übertrug. (19)

In Würzburg setzte sich die Kultusverwaltung bis 1920 aus 14 Personen zusammen: einem aus drei Mitgliedern bestehenden Vorstand, einem Kassier und einem Ausschuß, dem zehn Männer angehörten. (20) Die Wahl geschah unter Anordnung und Leitung des Stadtmagistrats. (21) Die Verwaltung hatte das Recht, sich im Fall von Mandatsniederlegungen durch Zuwahl innerhalb von vier Wochen zu ergänzen. (22) Dies geschah beispielsweise, als am 20. Juni 1919 der langjährige erste Vorsitzende Rechtsanwalt Otto Stern sein Amt abgab. (23) Da sich keines der Verwaltungsmitglieder bereit erklärte, die Nachfolge Sterns anzutreten, wurde ein dem Gremium nicht Angehörender, Rechtsanwalt Gerson Haas, am 13. Juli 1919 zunächst in die Verwaltung und dann zu deren Vorsitzenden gewählt. (24)

Haas, der mit seinem Onkel Otto Stern und dessen Sohn Bruno in einer Anwaltssozietät zusammenarbeitete, kam am 18. März 1871 im mittelfränkischen Welbhausen als sechstes Kind des Rabbiners David Hirsch Haas zur Welt. Nach dem 1878 erfolgten Tod seines Vaters, der inzwischen Bezirksrabbiner in Uffenheim geworden war, übersiedelte er mit Mutter und Geschwistern nach Würzburg, wo er Volksschule, Gymnasium und Universität besuchte. In Heidelberg promovierte er zum Dr. jur. Im Jahr 1900 heiratete er eine aus Bingen stammende Weinhändlerstochter. Der Ehe entsprangen drei Kinder. Haas blieb 20 Jahre Vorsitzender der Kultusgemeinde. Erst 1939 trat er aus Gesundheitsgründen zurück und wurde zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Er starb am 12. Februar 1940 in Würzburg. (25)

Die neue Wahlordnung des Jahres 1920 legte fest, daß die Verwaltung nunmehr aus 18 Mitgliedern zu bestehen habe. Der Vorstand setzte sich weiterhin aus drei Männern, die aus der Mitte der Verwaltung zu wählen waren, zusammen. (26) Die Verwaltung führte die Geschäfte der Gemeinde und ver-

waltete das Gemeinde- und Stiftungsvermögen. Ihr unterstanden alle nicht der Beschlußfassung der Gemeindeversammlung übertragenen Angelegenheiten. (27) In die Zuständigkeit dieser Versammlungen der wahlberechtigten Gemeindemitglieder fielen unter anderem der Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken, falls deren Wert 30000 M überstieg, sowie die Schaffung neuer Beamtenstellen in der Kultusgemeinde und die Abänderung der Satzung. (28) Zwischen 1919 und 1932 wurden 16 Gemeindeversammlungen einberufen, meist in das Hotel Goldschmidt, den "Alhambra"-Saal, die Schrannenhalle oder den gemeindlichen Sitzungssaal. Anwesend waren durchschnittlich zwischen 70 und 180 Personen; standen weniger brisante Themen, wie das Gehalt für Rabbiner Hanover, auf der Tagesordnung, oder hatten sich die Parteien bereits geeinigt, wie in der Frage der Umwandlung der Erziehungs- und Unterrichtsanstalt in eine Volksschule, so sank die Besucherzahl stark ab. (29)

Fast 500 Männer und Frauen kamen am 8. Dezember 1929 in jene Versammlung, in der über die Gewährung des passiven Wahlrechts an weibliche Gemeindemitglieder entschieden wurde. (30) Eine solche Mobilisierung ihrer Sympathisanten und Mitglieder erreichten die innerjüdischen Parteien kein zweites Mal.

d. Fraktionenbildung

In Würzburg standen während des Kaiserreichs dem orthodoxen Rabbiner Nathan Bamberger jeweils Kultusverwaltungen gegenüber, in denen die Liberalen über eine deutliche Mehrheit verfügten. Die restriktive Handhabung des Wahlrechts bewirkte, daß auf zwölf liberale Verwaltungsmitglieder lediglich drei Orthodoxe kamen, so daß sich die Würzburger Orthodoxie als "zur Ohnmacht verurteilt" betrachtete. Die bis 1920 geltenden Bestimmungen hätten es dem strenggläubigen Juden unmöglich gemacht, "aus eigener Kraft die Männer seines Vertrauens und damit die von ihm gewünschte Vertretung in die Kultusverwaltung zu entsenden." Die Rechte der "Wählermassen" seien "vergewaltigt" worden, folglich sei "das Interesse weiter Kreise an der Entwicklung der Gemeindeverhältnisse geschwunden." (31)

Die Umgestaltung des Wahlrechts betrachteten die Orthodoxen als großen Erfolg und als Ergebnis "langjährige[r] zielbewußte[r] Arbeit" (32), während die Zionisten prophezeiten, daß durch die "Heranziehung aller Kreise [...] neues Leben in die Gemeinde kommen" werde. (33)

Bevor am 19. Dezember 1920 die erste Kultuswahl unter den veränderten Umständen stattfand, konstituierte sich eine weitere innerjüdischen Gruppierung, die sich Mittelpartei bzw. Freie israelitische Vereinigung nannte und an deren Spitze Siegmund Seligsberger stand. (34) In einem Wahlflugblatt setzte sich die Mittelpartei für die "Erhaltung des Friedens und der Einheit in der Gemeinde durch Überbrückung der Gegensätze von Rechts und Links" ein. (35) Mit der Forderung nach "Ehrung und Erhaltung der alten ehrwürdigen Einrichtungen und Gebräuche des Judentums" näherte sich die Mittelpartei der Orthodoxie, mit den Postulaten "weise Sparsamkeit", "weitestgehende Heranziehung der Frauen zu tätiger Mitarbeit" und "Fortschritt in allen kulturellen und sozialen Fragen" übernahm sie Programmpunkte der Liberalen. (36)

Die innerjüdische Gruppenbildung war nunmehr abgeschlossen. Außer den seit langem die Verwaltung dominierenden Liberalen beteiligten sich die Orthodoxen sowie die Mittelpartei an der Wahl im Dezember 1920. Zionisten und Ostjuden stellten dagegen keine eigenen Listen auf. Der Urnengang bewirkte eine völlige Umkehrung der bisherigen Machtverhältnisse und brachte laut "Jüdischem Echo"

"einen unerwarteten Entscheid, den selbst die größten Optimisten unter den Orthodoxen nicht erhofft hatten. Bei einer Wahlbeteiligung von 85 Prozent der wahlberechtigten Männer und 87 Prozent der wahlberechtigten Frauen wurden abgegeben: 558 Stimmen für die orthodoxe, 535 für die liberale und 151 für die Liste der Mittelpartei, deren Vertreter bisher im großen ganzen eine Politik im Sinne des traditionellen Judentums betrieben haben. Das Verhältnis der Mandate 8 : 8 : 2 bedeutet die Niederlage des seit Jahrzehnten in der Würzburger Gemeindestube herrschenden Liberalismus." (37)

Es zeugte von der Kompromißbereitschaft der Würzburger Orthodoxie, daß der seit 1 1/2 Jahren amtierende Gemeindevorsitzende Gerson Haas trotz seiner Zugehörigkeit zur liberalen Ortsgruppe am 6. Januar 1921 mit 15 von 16 Stimmen in seinem Amt bestätigt wurde. (38) Die Orthodoxie verzichtete darauf, für die gemeindliche Führungsposition einen eigenen Kandidaten zu präsentieren, und gab sich mit der Wahl von Hermann Engel zum stellvertretenden Vorsitzenden zufrieden. (39) Der Grund dürfte unter anderem darin

zu suchen sein, daß in vielen jüdischen Gemeinden traditionsgemäß Rechtsanwälte als geeignetste Persönlichkeiten für die Vertretung der Juden nach außen sowie gegenüber Behörden und Verwaltungen erachtet wurden. Während die liberale Ortsgruppe mehrere prominente Juristen zu ihren Mitgliedern zählte, darunter Otto Stern und Gerson Haas, war dies bei den Orthodoxen nicht der Fall.

Zudem bot die Konstellation in der Kultusverwaltung die Gewähr dafür, daß berechtigten Wünschen der Orthodoxen nun größeres Verständnis entgegengebracht werden würde, wenn auch die Mittelpartei nicht ausschließlich im gesetzestreuen Sinn abstimmte. In den folgenden zwölf Jahren änderte sich an der internen Gewichtsverteilung kaum etwas: Auch bei der Wahl vom 3. Januar 1926 erhielten Orthodoxie und Liberale je acht sowie die Mittelpartei zwei Mandate. (40) Anläßlich der Wahl von 1931 einigte man sich auf eine Einheitsliste, um einen innerjüdischen Parteienstreit zu vermeiden. Die Liberalen erklärten sich bereit, zugunsten der zionistisch-ostjüdischen Volkspartei auf ein Mandat zu verzichten. (41)

Das ungefähre Gleichgewicht, das in Würzburg zwischen Orthodoxen und Liberalen herrschte, ersparte der Gemeinde weitgehend jene Auseinandersetzungen, die in anderen Städten an der Tagesordnung waren. Allerdings bedeutete die starke Position des gesetzestreuen Elements in Würzburg eine Besonderheit. In München beispielsweise standen 1925 16 Liberalen nur drei Orthodoxe sowie fünf Zionisten gegenüber. (42) Auch in Bamberg, Fürth und Nürnberg stellten Liberale in den Gemeindeverwaltungen trotz des mit Würzburg vergleichbaren Wahlrechts mindestens doppelt so viele Mitglieder wie alle anderen Parteien zusammen. (43) Ein starkes orthodoxes Übergewicht war dagegen in den Landgemeinden die Regel.

Die mit der Wahl von 1920 geschaffenen neuen Mehrheitsverhältnisse in Würzburg wirkten sich positiv auf die Gemeinschaft aus. Es gelang "den Geist der Versöhnung in die Verhandlungen der Verwaltung hineinzutragen", wie der Arzt Alexander Guttenberg, der dem Gremium seit 1905 angehörte, im Juni 1930 bemerkte. (44) Als Gerson Haas am 15. Januar 1931 erneut nahezu einstimmig zum Vorsitzenden gewählt wurde, nahm dies die orthodoxe Fraktion zum Anlaß, die "hervorragenden Leistungen unseres verehrten Herrn Vorsitzenden ganz besonders zu unterstreichen." Haas leite die Gemeinde mit "außerordentlichem Takt, beherrschter Ruhe und rühmenswerter Objektivität"

und habe sich daher "unser ganzes Vertrauen erworben." (45)

2. Finanzwesen

Vor Erlassung des Judenedikts hatten die bayerischen Judenkorporationen ein selbständiges Besteuerungsrecht besessen. Das Edikt enthielt keine entsprechende Bestimmung, doch übten die Kultusgemeinden dieses Recht weiterhin aus. (46) § 31 des Edikts übertrug den Gemeinden allerdings die Verwaltung ihres Vermögens und verzichtete auf diesem Gebiet auf jede staatliche Aufsicht. (47) Die Weimarer Verfassung gestattete den Kirchen dann, die Höhe der Gemeindesteuer im Rahmen der Grundsätze der staatlichen progressiven Steuerveranlagung festzusetzen. (48)

Die Kultusumlagen waren stets die wichtigste Einnahmequelle der Würzburger Gemeinde. Hinzu kamen Mietzahlungen (49), Gebühren für die Benutzung gemeindlicher Einrichtungen (Frauenbad, Friedhof), Zinsen aus Bankguthaben sowie ein städtischer Zuschuß für die Volksschule. (50)

Der Verkauf von Synagogenplätzen war 1840/41 ein bedeutender Faktor bei der Aufbringung der Mittel für den Bau des Gotteshauses gewesen. (51) Die im Privatbesitz befindlichen Eigentumsplätze konnten vererbt, verschenkt oder verkauft werden, während die der Gemeinde gehörenden Plätze alljährlich vermietet wurden. (52)

Bis 1921 wurden die Kultusumlagen von der Gemeinde selbst eingezogen. Die Verwaltung ermittelte alle drei Jahre die Vermögens- und Einkommenslage der Steuerpflichtigen und legte den von ihnen zu zahlenden Betrag fest. (53) Wer bedeutende Verluste erlitt, konnte eine Reduzierung beanspruchen, größere Vermögenszunahmen, etwa durch Heirat oder Erbschaft, berechtigten die Verwaltung zu einer Erhöhung. (54) Für die Festlegung der mit dem Einzug der Kultusumlagen zusammenhängenden Regeln benötigte die Gemeindesatzung von 1904 allein zehn Paragraphen auf rund 2 1/2 Seiten; durch möglichst präzise Bestimmungen sollten Unklarheiten und Konflikte von vornherein ausgeschaltet werden.

Bereits im Oktober 1917 wurde in der Verwaltung der Plan erwogen, die Um-

lagen als Zuschläge zu den Staatssteuern von den Finanzämtern einziehen zu lassen. (55) Die Notwendigkeit, sich nach der finanziellen Lage anderer Gemeindemitglieder erkundigen zu müssen, stieß bei den Angehörigen der Kultusverwaltung auf wachsende Ablehnung; hinzu kam, daß die Beratung über die angemessene Umlagenhöhe sowie die Behandlung von Reklamationen, Neuanlagen sowie von Stundungs- und Ermäßigungsanträgen einen beträchtlichen Teil der Verwaltungssitzungen ausfüllte. Eine Änderung der bisherigen Praxis konnte jedoch nicht ohne die Zustimmung einer Gemeindeversammlung erfolgen, die wiederum wegen des Frontdienstes zahlreicher Gemeindemitglieder vor Kriegsende nicht einberufen werden sollte. (56)

In den ersten Nachkriegsjahren verband sich die Frage des veränderten Einzugsmodus mit der sich beständig verschlechternden Finanzlage der Gemeinde, wehalb diese Komplexe gemeinsam behandelt werden müssen. Bis zum Beginn des Jahres 1920 fiel die Mark auf ein Zehntel ihres Vorkriegswertes. (57) Die Kultusverwaltung versuchte, durch Kriegs- und Teuerungszulagen die Gehälter der Angestellten der inflationären Entwicklung anzupassen.

Im Dienst der Gemeinde standen in der Zeit der Republik außer mehreren Volksschullehren (vgl. Kap. VI) der Rabbiner, der Sekretär und Oberkantor Ruben Moses Eschwege (58), zunächst drei dann zwei Schächter, die für die rituellen Schlachtungen zuständig waren, sowie ein Friedhofsverwalter, ein Kultusdiener, ein Hausmeister und eine Frau, die das Ritualbad beaufsichtigte. Nicht berücksichtigt sind die Angestellten der von Stiftungen verwalteten Lehrerbildungsanstalt, des jüdischen Kranken- und Pfründnerhauses sowie des Kindergartens.

Im April 1919 klagten acht gemeindliche Gehaltsempfänger in einer Eingabe an die Kultusverwaltung, daß sie als Juden unter den "außerordentlichen Zeitverhältnissen" mehr litten als ihre christlichen Kollegen, da nur sie die Kosten für rituelle Verpflegung und Kleidung aufbringen müßten. (59) Im Herbst des gleichen Jahres erklärten die Angestellten, sie befänden sich "infolge ungenügender Besoldung in finanzieller Not." (60) Der neue Gemeindevorsitzende Gerson Haas bestätigte, "daß insbesondere Verheiratete unmöglich mit den bisherigen Bezügen auskommen können". (61) Die mehrmals vorgenommenen Gehaltserhöhungen gingen jeweils mit Erhöhun-

gen der Kultusumlagen einher. Auf den Einzug durch das Finanzamt mußte man zunächst verzichten, da das "religionsgesellschaftliche Steuergesetz", das dafür die Grundlage schaffen sollte, im Landtag länger als erwartet beraten wurde und 1920 nicht mehr verabschiedet werden konnte.

Das Gesetz trat schließlich am 27. Juli 1921 rückwirkend zum 1. April 1920 in Kraft. Es gestattete den Religionsgesellschaften, Zuschläge zu den Reichs- und Landessteuern in Höhe von höchstens 10 % zu erheben. Umlagepflichtig war jede zu einer der folgenden Steuern veranlagte Person: Grund-, Haus-, Gewerbesteuer, Einkommensteuer und Körperschaftssteuer sowie Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen. Die Verwaltung der Zuschläge konnte an die Finanzämter übertragen werden. (62)

Das Gesetz kam so spät, daß am althergebrachten Einziehungsmodus während des Jahres 1921 noch festgehalten werden mußte. Am 10. März 1922 beantragte die Gemeinde dann beim Finanzamt Würzburg-Stadt die Übernahme des Umlageeinzugs. (63) Sechs Wochen später legte eine Gemeindeversammlung einstimmig die Höhe der Umlage auf 6 % fest. (64) Inzwischen hatte sich die finanzielle Situation dramatisch verschlechtert. Im Januar 1922 standen von den am 1. Februar auszuzahlenden Gehältern in Höhe von über 31000 M lediglich 8453 M zur Verfügung; schon zu diesem Zeitpunkt waren die laufenden Ausgaben nicht mehr zu decken. (65) Im Juli beschloß die Verwaltung, die alleinstehenden weiblichen Volksschullehrerkräfte von einer Gehaltsanhebung wegen der "allzugroßen Belastung des Etats" auszunehmen (66), im September erhöhte eine Gemeindeversammlung den Umlagesatz für 1922 von 6 auf 10 %. (67) Die Kultusgemeinde, die bereits Kredite in Höhe von fast 700000 M aufgenommen hatte (68), gab im Herbst 1922 Teilschuldverschreibungen im Gesamtbetrag von nominell 3 Millionen M aus (69) und erhielt im Oktober 1922 von der Städtischen Sparkasse ein Darlehen im Wert von 1,5 Millionen M. (70)

Das Jahr 1923 war von weiteren drängenden Gesuchen der Angestellten um Anpassung ihrer Gehälter an die inflationäre Entwicklung (71) sowie von den Bemühungen der Verwaltung gekennzeichnet, kurzfristig Mittel aufzubringen. Im Frühjahr 1923 erklärten sich mehrere Gemeindemitglieder bereit, an einer monatlichen "Sammeltätigkeit im Interesse der Erhaltung u. des Fortbestandes" der Gemeinde mitzuwirken; im Juni sollten auf diese Weise 60 Millionen M für die nötigsten Ausgaben beigebracht werden. (72)

Im August beschloß die Gemeinde, über die zehnprozentige Umlage hinaus "im Wege der freiwilligen Leistung noch weitere Beiträge von ihren Mitgliedern, aber gleichfalls auf Grund der Staatssteuer, zu erheben, um einigermaßen der außerordentlich schwierigen Finanzlage [...] abzuhelfen." (73) Ob es tatsächlich noch zum Einzug dieser freiwilligen Notsteuer kam, läßt sich nicht feststellen. Überliefert ist jedoch, daß die Gemeinde im November 1923, als die Geldentwertung ihren Höhepunkt erreicht hatte, dazu überging, die Umlagen in Goldmark zu erheben. (74)

Die Konsolidierung der Gemeindefinanzen, die mit der Einführung der Rentenmark einsetzte, dauerte mehrere Jahre. Der Umlagesatz, der 1924 die 10 %-Marke erstmals überschritt (75), betrug 1925 und 1926 jeweils 15 %. Die Handhabe hierzu bot eine Neufassung des religionsgesellschaftlichen Steuergesetzes vom 12. Oktober 1923, in der es hieß, daß die Kultusumlagen je nach Bedarf in beliebiger Höhe eingezogen werden konnten. (76)

Mit diesem Satz war die Gemeinde jedoch an eine "Schallgrenze" gestoßen; obwohl im März 1925 erneut so wenig flüssige Mittel in der Kultuskasse waren, daß die am 1. April fälligen Gehälter und Pensionen nicht ausbezahlt werden konnten (77), betrachtete die Kultusverwaltung eine weitere Erhöhung als "Unmöglichkeit". Einem solchen Schritt seien sogar Gehaltskürzungen vorzuziehen. (78)

Anderen Großgemeinden waren solche Skrupel fremd. Köln verlangte 1926 20 %; auch Breslau und Frankfurt a.M. (je 18 %) sowie Mannheim (16 1/2 %) lagen vor Würzburg. In Mittelgemeinden betrug der Umlagesatz nicht selten 40 bis 50 %, in Kleingemeinden unter Umständen bis zu 100 %. (79)

Als im Lauf des Jahres 1927 die wirtschaftliche Belebung die Steuereingänge der Gemeinde anwachsen ließ, reduzierte die Verwaltung den Umlagesatz mehrmals: zunächst auf 12, dann auf 10 und schließlich auf 9 %. (80) Dabei blieb es bis zum März 1930. (81)

Die mit dem "schwarzen Freitag" (24. Oktober 1929) einsetzende Weltwirtschaftskrise traf die Würzburger Gemeinde hart. Noch 1929 gingen die Einnahmen aus Kultusumlagen (verglichen mit denen des Vorjahres) um 42 % zurück (82), 1932 betrugen sie nur noch gut ein Drittel des Ergebnisses von 1928. (83) Während 1929 ein Defizit durch Einbeziehung des Überschusses aus dem Vorjahr vermieden werden konnte (84), stand die Gemeinde bereits

im Juli 1930 wieder "vor einem Nichts." (85) In der Folgezeit erwies es sich als immer schwieriger, die Gehälter und Pensionen auszuzahlen, zumal die Städtische Sparkasse 1931 die Gewährung eines Kredits verweigerte. (86) Eine gewisse Erleichterung brachten allerdings die mit verschiedenen Notverordnungen des Reichspräsidenten einhergehenden Gehaltskürzungen. (87) Am 5. November 1931 schilderte Ignaz Rindskopf der Verwaltung die aktuelle Situation folgendermaßen:

"Man müsse von Monat zu Monat beängstigt sein hinsichtlich der Aufbringung der Dienst- u. Versorgungsbezüge. [...] Man sei noch nicht in der Lage gewesen, die im Etat 1931 bewilligten zahlreichen Vereins- und Wohlfahrtsbeiträge ganz oder teilweise zu leisten. Für Dezember und die folgenden Monate wisse man nicht, woher man das Geld für die Gehälter nehmen solle. Es sei kein Geld mehr in der Kasse. Eine Möglichkeit zu neuen Krediten sei undenkbar. [!] Daher habe man sich schleunigst mit der Frage zu beschäftigen, ob und wie es möglich sei, eine Kopfsteuer von allen Mitgliedern der Kultusgemeinde zu erheben." (88)

Die Kultusverwaltung hatte sich während des ganzen Jahres 1931 mit Erfolg bemüht, die Umlage auf dem seit dem 1. April 1930 geltenden Satz von 11 % zu halten. Von einer Erhöhung sah man ab, um die ohnehin von der Krise schwer getroffenen Steuerzahler nicht noch zusätzlich zu belasten. (89) Die von Ignaz Rindskopf ins Gespräch gebrachte "Kopfsteuer" hatte dagegen den Vorteil, daß es sich dabei um eine so geringe Summe handelte, daß sie sogar in Notzeiten geleistet werden konnte - auch von solchen Personen, die ansonsten von der Umlagepflicht befreit waren. Am 6. Januar 1932 beschloß eine Gemeindeversammlung einstimmig, daß jedes volljährige Gemeindemitglied von Januar bis März 1932 monatlich eine Notsteuer von zwei Mark entrichten solle. Daneben sollte eine einmalige Abgabe von einem Prozent der Jahresmiete für Wohnungen und einem halben Prozent der Jahresmiete für gewerbliche Räume bezahlt werden. (90)

Die Einnahmen aus der Notsteuer blieben weit hinter den Erwartungen zurück. Im März 1932 waren statt der erhofften 16000 RM erst knapp 10000 RM eingegangen; etwa die Hälfte der zur Zahlung aufgeforderten 900 Gemeindemitglieder hatte nicht reagiert. (91) Auch die Versendung von Hunderten von Mahnschreiben brachte keine wesentliche Besserung. (92) Die Verwaltung mußte daher doch rückwirkend die Kultusumlage für 1931 auf 15 % erhöhen und diesen Satz auch 1932 belassen. (93) Aschaffenburg, Schweinfurt und Kitzingen verlangten zu diesem Zeitpunkt bereits 30 % und mehr. (94)

Die Kultusgemeinde Würzburg, die noch 1928 Einnahmen von fast 300000 RM zu verzeichnen hatte und bei Ausgaben von 246000 RM einen beträchtlichen Überschuß erzielte (95), beendete das letzte Jahr der Weimarer Republik mit einer katastrophalen Negativbilanz: Einnahmen von 105000 RM standen Ausgaben von 141000 RM gegenüber. (96) Finanziell extrem geschwächt ging die Gemeinde in das Dritte Reich.

3. Der Rabbiner

Seitdem 1814 Abraham Bing den Sitz des Oberrabbinats von Heidingsfeld nach Würzburg verlegt hatte, besaßen die Juden der Stadt wieder einen eigenen Rabbiner. Auf Bing folgte 1840 Seligmann Bär Bamberger und auf diesen 1878 sein Sohn Nathan Bamberger. Auf Grund des Judenedikts und der Ministerialentschließung von 1863 konnte es in einer Gemeinde immer nur einen Rabbiner mit Amtsbefugnissen geben, unter dessen Aufsicht die Kultusdiener und die Kultuseinrichtungen standen. (97) Die in Würzburg amtierenden Rabbiner waren außerdem für eine Reihe von Landgemeinden zuständig. (vgl. Kap. V,4)

Nathan Bamberger wurde am 1. Februar 1842 in Würzburg geboren. Während seiner 40jährigen Amtszeit baute er das Wohlfahrtswesen der Würzburger Gemeinde aus; es entstanden ein Kranken- und Pfründnerhaus sowie ein Kindergarten für die Kinder minderbemittelter Eltern. (vgl. Kap. VII) Bamberger setzte die Tradition seines Vaters fort und sammelte große Summen für Eretz Israel. Er verfaßte einen Kommentar zu den Talmudtraktaten "Brachot" (Segenssprüche) und "Taanit" (Fasten) sowie ein Religionslehrbuch für jüdische Schulen. Das Verhältnis zwischen Bamberger und der von den Liberalen dominierten Kultusverwaltung war nicht ungetrübt. Im Frühjahr 1918 kam es zu einer Auseinandersetzung mit dem streng orthodoxen Rabbiner, als die Verwaltung die Benutzungsgebühren für das lediglich von Gesetzestreuen frequentierte Ritualbad erhöhte und Bamberger ankündigte, er werde diesen Beschluß "mit allen Mitteln" bekämpfen. (98)

Der Rabbiner starb in der Nacht vom 27. auf den 28. April 1919 an einer Herzlähmung. (99) Einen feierlichen Trauergottesdienst in der Synagoge,

den die Kultusverwaltung plante, untersagte die Familie des Verstorbenen. (100) Am 30. April fand lediglich eine Feier im Trauerhaus in der Bibrastraße 17 statt. Ansprachen hielten Rabbiner Magnus Weinberg aus Neumarkt in der Oberpfalz, ein Verwandter Bambergers, sowie Seminarlehrer Leopold Anfänger für die Israelitische Lehrerbildungsanstalt. (101) Dem Leichenzug zum jüdischen Friedhof in Höchberg schlossen sich unter anderem Regierungspräsident Julius Ritter von Henle, der bis 1920 amtierende Oberbürgermeister Andreas Grieser sowie Vertreter der katholischen Geistlichkeit und zahlreicher Behörden an. Am Grab würdigte auch der Gemeindevorsitzende Otto Stern den Verstorbenen. (102)

Die Rabbinerstelle wurde vom Würzburger Magistrat ausgeschrieben. Anzeigen erschienen in den Würzburger Tagesblättern, in verschiedenen bayerischen Zeitungen, der überregionalen "Frankfurter Zeitung", dem "Israelit", dem "Israelitischen Familienblatt" und weiteren jüdischen Organen. (103) Es bewarben sich beim Stadtrat 32 Rabbiner, darunter die Bezirksrabbiner Joseph Wohlgemuth, Kitzingen, und Raphael Breuer, Aschaffenburg. Ihr Interesse an der Stelle bekundeten auch der in Wandsbek amtierende Sohn Nathan Bambergers, Rabbiner Simon Bamberger, und Gerson Feinberg von der Israelitischen Lehrerbildungsanstalt. (104)

Die Kultusverwaltung lud sieben Personen zu Probepredigten ein. Bezeichnenderweise war Simon Bamberger nicht darunter; offensichtlich wollte man verhindern, daß Würzburg erneut einem Mitglied der Bamberger-Familie quasi als "Erbhof" übergeben würde. (105) Am 27. Dezember 1919 hielt der Kölner Rabbiner Siegmund Hanover seine Probepredigt. Die Ansprache des orthodoxen Rabbiners fand "bei allen Parteien, namentlich auch bei den Liberalen, großen Anklang." (106) Orthodoxe und Liberale sowie Vertreter der Gemeinden des Bezirksrabbinats einigten sich auf die gemeinsame Unterstützung Hanovers. Bei der Wahl am 24. März 1920 erhielt er 314 von 325 abgegebenen Stimmen. (107)

Der Nachfolger Nathan Bambergers war am 19. August 1880 in Wandsbek bei Hamburg als Sohn eines Rabbiners geboren worden. Er besuchte in Wandsbek Volksschule und Gymnasium und studierte anschließend in Halberstadt, Hamburg und Berlin Judaistik und orientalische Sprachen. 1903 promovierte er an der Universität Jena zum Dr. phil. Von 1906 bis 1920 wirkte er als zweiter Rabbiner in der Kultusgemeinde Köln. Hanover hatte zwei Töchter aus

der Ehe mit seiner 1932 an den Folgen eines Schlaganfalls gestorbenen Frau Klara. 1933 heiratete er erneut. Im März 1939 wurden der Rabbiner und seine zweite Frau zur Auswanderung nach London gezwungen; von dort gingen sie später nach New York. Die Tochter Rosi emigrierte 1938 nach Palästina; ihre Schwester Ruth wurde von Holland aus in den Osten deportiert. Siegmund Hanover amtierte in New York mehrere Jahre lang als Rabbiner einer Gemeinde von deutschen Auswanderern. 1958 zog er nach Israel, wo er 1964 starb. (108)

Am 25. Juni 1920 wurde Hanover während einer Feierstunde in der Würzburger Synagoge in sein neues Amt eingeführt. Erneut hatten sich zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens eingefunden, darunter der zweite Bürgermeister, der Universitätsrektor sowie katholische und evangelische Würdenträger. Gerson Haas begrüßte den Rabbiner, der sich in seiner Kölner Amtszeit mit Hingabe sozialen Werken gewidmet und auch auf dem Gebiet der religiösen Erziehung erfolgreich gewirkt habe. Haas hob besonders hervor, daß Hanover sich in Köln "die Achtung aller Mitglieder der jüdischen Gemeinde erworben [habe], auch jener, die nicht wie er auf streng gesetzestreuem Boden stehen". Zu seinen Aufgaben gehöre es vor allem, "die Angriffe, die jetzt mehr denn je gegen das Judentum erhoben werden, mit den geistigen Waffen mit Entschiedenheit und mit der ihm eigenen Gelehrsamkeit abzuwehren." In seiner Antrittspredigt rief Hanover die Gemeindemitglieder eindringlich zur Zusammenarbeit auf; altes Judentum und modernes Leben ließen sich miteinander vereinbaren. (109)

Im Gegensatz zu Nathan Bamberger, "für den nur jüdische Gelehrsamkeit existierte", war Siegmund Hanover in den Worten seiner ehemaligen Privatsekretärin "weltaufgeschlossen und auch an außertalmudischen Dingen interessiert." (110) Der begeisterte Leser von Kriminalromanen (111) betrachtete es als seine Aufgabe, "die verschiedenen Strömungen in der Gemeinde auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen." (112) Er sah sich dabei mit der Tatsache konfrontiert, daß die Würzburger Orthodoxie über eine große Anzahl von Vereinen und Jugendgruppen verfügte und zudem in dem ebenfalls orthodoxen Rabbiner der Israelitischen Lehrerbildungsanstalt einen weiteren Ansprechpartner hatte, während die religiös nicht gebundenen Gemeindemitglieder und vor allem deren Kinder nur schwer in spezifisch jüdischen Organisationen zusammenzuschließen waren. Für diesen Personenkreis schuf Hanover einen neutralen Jugendbund (vgl. Kap. VIII) sowie verschiedene

Unterrichtskurse (vgl. Kap. VI). Daß Hanover fähig war, vorurteilslos mit liberalen Gemeindemitgliedern umzugehen und diesen in Einzelfragen auch entgegenzukommen, setzte ihn bisweilen Anfeindungen von ultraorthodoxen Kreisen aus, die, wie etwa in der Frage des passiven Frauenwahlrechts, nicht zu Kompromissen bereit waren.

4. Stadtgemeinde und Landgemeinden

a. Das Bezirksrabbinat

Bei den 17 bayerischen Rabbinatsbezirken handelte es sich weder um Selbstverwaltungskörper noch um eine höhere Organisation der in ihnen zusammengeschlossenen Kultusgemeinden, sondern lediglich um die Vereinigung mehrerer Gemeinden zur Bestellung eines gemeinsamen Rabbiners. (113)

Der Rabbinatsbezirk Würzburg erstreckte sich auf die Stadt Würzburg und die 20 Landgemeinden Dettelbach, Estenfeld, Greußenheim, Heidingsfeld, Höchberg, Homburg am Main, Karbach, Karlstadt, Kirchheim, Laudenbach, Mainstockheim, Marktheidenfeld, Oberaltertheim, Reichenberg, Rimpar, Thüngen, Unteraltertheim, Urspringen, Veitshöchheim und Wiesenfeld. (114) Heidingsfeld wurde am 1. Januar 1930 nach Würzburg eingemeindet, doch behielt die dortige Kultusgemeinde zunächst ihre Selbständigkeit. In Kirchheim und Greußenheim bestanden während der Weimarer Jahre bereits keine Kultusgemeinden mehr, wenn in diesen Orten möglicherweise auch noch einzelne Juden lebten.

Am Rabbinatsbezirk Würzburg läßt sich der Niedergang des ländlichen Judentums zu Beginn des 20. Jahrhunderts beispielhaft darstellen. Verantwortlich für diese Entwicklung war der in Kapitel I geschilderte Abwanderungsprozeß der jüdischen Landbevölkerung, der häufig bewirkte, daß die vom bayerischen Staat für die Existenz einer jüdischen Gemeinde geforderten Voraussetzungen nicht mehr bestanden.

Die Ministerialentschließung von 1863 verlangte das Vorhandensein von mindestens zehn männlichen Juden, die das 13. Lebensjahr vollendet und damit religiös selbständig geworden waren. Auch das jüdische Religionsgesetz nennt diese Bedingung für den öffentlichen Gottesdienst (Mindestzahl 10 = "Minjan"). Gemeinden, die keinen Minjan mehr besaßen und deren Mittel zur Bestreitung der Kultusbedürfnisse nicht ausreichten, mußten nach dem Wortlaut der Entschließung mit einer anderen, nicht weiter als eine Stunde entfernten Kultusgemeinde vereinigt werden. Von den 124 jüdischen Gemeinden, die 1907 in Unterfranken existierten, verfügte in diesem Jahr bereits ein Fünftel (19 %) über weniger als zehn religiös selbständige Männer. (115) Es nimmt daher nicht Wunder, daß die Zahl der Gemeinden bis 1925 zurückging, wenn auch nur auf 112.(116) Eine noch stärkere Abnahme verhinderten möglicherweise Zuschüsse des Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden an die gefährdeten Gemeinden.

Die dem Rabbinatsbezirk Würzburg eingegliederten 18 Orte mit eigenen jüdischen Kultusgemeinden nahmen eine ähnliche Entwicklung: Während die Gesamteinwohnerzahl zwischen 1913 und 1932 um 12 % anstieg (117), verringerte sich die Zahl der in diesen Orten wohnenden Juden um 22 %. (118) Noch drastischer war der Rückgang bei den zu den Kultusumlagen herangezogenen Zensiten; er betrug 29 %. (119)

Der Wegzug von jüngeren, finanziell leistungsfähigeren Mitgliedern schwächte die Kraft der Gemeinden in einem solchen Ausmaß, daß sie sich häufig nicht mehr in der Lage sahen, Einrichtungen aufrechtzuerhalten und Angestellte zu besolden. Hatte es 1850 in Bayern 150 jüdische Volksschulen gegeben, so waren es 1920 nur noch 65 und 1927 26. (120) In Unterfranken verringerte sich ihre Zahl von 25 (1907) auf elf im Jahr 1932. (121) Im Bereich des Bezirksrabbinats Würzburg verfügten zu Beginn des Dritten Reiches lediglich Thüngen und Mainstockheim über jüdische Volksschulen (122), in Dettelbach und Heidingsfeld wurden entsprechende Anstalten während der Jahre der Republik geschlossen. (123)

Besonders negativ auf den Zusammenhalt der Landgemeinden mußte sich der Verlust des Lehrers auswirken, da dieser nicht nur für den Unterricht zuständig war, sondern oft auch als Schächter und maßgebliche Instanz in religiösen Fragen de facto als Vertreter des Bezirksrabbinats fungierte. Zwischen 1907 und 1925 ging die Zahl der jüdischen Lehrer in Unterfranken

von 94 auf 69 zurück. (124) Dies bedeutet, daß nicht nur jüdische Volksschulen aufgelöst wurden, sondern auch die speziellen Religionsschulen, in denen am Nachmittag oder am Sonntag Unterricht in jüdischen Fächern erteilt wurde. Immer häufiger kam es vor, daß ein Wanderlehrer jüdische Landgemeinden nur noch für einige Stunden pro Woche besuchen konnte. (125) Von ihm war jene Wirksamkeit nicht zu erwarten, die festangestellte Lehrer auszeichnete und die die ständige Anwesenheit eines Rabbiners entbehrlich machte:

"Für jede Gemeinde einen eigenen Rabbiner aufzustellen [...] ist [...] absolut nicht nötig. Die Landgemeinden haben ihre Religionslehrer, die im allgemeinen den Rabbiner vertreten, für religiöse Belehrung der Erwachsenen und der Jugend sorgen, die Gottesdienste abhalten, bei Beerdigungen fungieren usw. Sie versehen die geistlichen Funktionen, Trauungen ausgenommen, und erhalten in schwierigen Fällen vom Rabbiner Belehrung und Anweisungen in ähnlicher Weise, wie eine Diözese auch nur einen Bischof als geistliches Oberhaupt hat, der sein Amtsgebiet nur in besonderen Veranlassungen bereist." (126)

b. Heidingsfeld

Seit dem 1. Januar 1930 verfügte Würzburg über zwei voneinander unabhängige Kultusgemeinden. Im Fall von Heidingsfeld handelte es sich um eine "Landgemeinde mit allen Vorzügen und Nachteilen" (127), wobei sich in den zwanziger Jahren vor allem die Nachteile bemerkbar machten.

Die 83 Juden, die 1925 in Heidingsfeld lebten, stellten 1,6 % der Bevölkerung. Die Gemeinde verfügte über eine Synagoge, einen Friedhof, zwei Wohnhäuser mit Schulräumen und einer Lehrerwohnung sowie ein Ritualbad. (128) An der jüdischen Volksschule unterrichtete Hauptlehrer Simon Grünfeld nach dem Weltkrieg in einem Klassenzimmer etwa zehn Schüler, die verschiedenen Jahrgängen angehörten. (129) Um 1925 erkrankte Grünfeld, so daß er seinen Beruf nicht mehr ausüben konnte. Da nicht alle Heidingsfelder Schüler die jüdische Volksschule in Würzburg besuchten, mußte für die übrigen ein notdürftiger Religionsunterricht organisiert werden, den zeitweise ein in Würzburg lebender pensionierter Lehrer erteilte. (130) Im Oktober 1930 beschloß der Würzburger Stadtrat, der Regierung von Unterfran-

ken und Aschaffenburg die Aufhebung der israelitischen Schulstelle in Heidingsfeld vorzuschlagen. (131)

Die Amtsunfähigkeit des Lehrers, der an Samstagnachmittagen auch Lernzirkel für Schüler und Erwachsene organisiert hatte (132), beunruhigte Rabbiner Hanover. In Heidingsfeld wachse eine Jugend heran, deren "Wildheit und [religiöse] Grundsatzlosigkeit" nicht ernst genug genommen werden könne, erklärte er am 8. Mai 1930 in der Würzburger Kultusverwaltung. (133)

Im Januar 1930 konstituierte sich in Würzburg eine Kommission, die die Vereinigung der beiden Kultusgemeinden in die Wege leiten sollte und der auch der an dieser Maßnahme besonders interessierte Rabbiner angehörte. Der Heidingsfelder Vorstand sprach sich jedoch im Frühjahr des gleichen Jahres dagegen aus, so daß weitere Schritte in dieser Richtung unterblieben. (134) Im Dritten Reich war die Existenz der kleinen Gemeinde nicht länger aufrechtzuerhalten. Im August 1934 wurden Heidingsfelder Archivalien dem Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden übergeben. Mitte 1937 erklärte der VBIG die Gemeinde offiziell für aufgelöst; die acht noch in Heidingsfeld lebenden jüdischen Familien gehörten fortan zur Gemeinde Würzburg. (135)

c. Der Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden und der Bund gesetzestreuer Gemeinden Bayerns

Das Bedürfnis nach Unterstützung der zunehmend verarmenden Landgemeinden stand im Jahr 1894 hinter der Gründung des Landesvereins für Israelitische Kultusgemeinden. Der Verein umfaßte allerdings nur einen Teil des bayerischen Judentums, darunter die Kultusgemeinde Würzburg; da ihm die staatliche Anerkennung als Gesamtvertretung der bayerischen Juden versagt blieb, erlangte er keinen wirklichen Einfluß. (136)

Unmittelbar nach dem Ende des Weltkriegs riefen die Vertreter verschiedener größerer Gemeinden zur Schaffung eines neuen Zusammenschlusses auf. (137) Der Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden entstand schließlich am 20. April 1920 und erhielt öffentlich-rechtlichen Status. (138)

Am 13. Juni 1920 genehmigte eine Gemeindeversammlung in Würzburg den Beitritt. (139) Bis auf zwei Ausnahmen hatten sich bis 1926 alle bayerischen Gemeinden dem VBIG angeschlossen. Die Leitung des Verbandes wurde in direkter und geheimer Wahl von sämtlichen Mitgliedern bestimmt. (140) Die Würzburger Interessen vertraten in den VBIG-Leitungsgremien unter anderem Gerson Haas und Schuhwarengroßhändler Alfred Braunschweiger. (141)

Zusammenschlüsse jüdischer Gemeinden existierten in den meisten deutschen Ländern; Ausnahmen bildeten Braunschweig und Thüringen. In einigen Ländern waren sie gesetzlich vorgeschrieben, so in Baden, Württemberg, Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin. (142) Dem 1922 entstandenen preußischen Landesverband gehörten über 700 Gemeinden an. Die relativ hohen Subventionen der preußischen Regierung wurden für jene 75 % der preußischen Gemeinden verwendet, die die Kosten für Rabbiner und Religionslehrer nicht mehr aus den Kultusumlagen ihrer Mitglieder decken konnten. (143)

Auch der VBIG erhielt Landeszuschüsse, die zunächst (1924) 20000 RM betrugen (144) und später auf das dreifache anstiegen. (145) Im Gegensatz zum preußischen verfügte der bayerische Verband über ein eigenes Besteuerungsrecht, das ihn auch materiell in den Stand setzte, seine Unterstützungsfunktion wahrzunehmen. (146) Zusätzlich zu den für die Gemeindekassen bestimmten Kultusumlagen wurden zugunsten des VBIG 3 % Landesumlage eingezogen. (147)

Im Februar des Jahres 1927 zahlte der VBIG ständige Zuschüsse zu den Rabbiner- und Lehrergehältern an 51 Gemeinden. In sechs Rabbinatsbezirken subventionierte er die Besoldung der Rabbiner. (148) In zahlreichen Fällen konnten Reparaturen an Synagogen und Kultusbauten nur mit Hilfe des Landesverbandes in Angriff genommen werden. (149) Daß der VBIG durch seine Unterstützungsleistungen manche kleine Landgemeinde vor der Auflösung bewahrte, fand nicht immer die Zustimmung der liberalen Mitglieder; 1928 monierten sie, daß auch "Zwerggemeinden" und "Zwergrabbinate" wie Burgpreppach, die eigentlich nicht mehr lebensfähig seien, am Leben erhalten würden. (150)

Der VBIG regelte darüber hinaus die Gehalts- und Versorgungsansprüche der Rabbiner, Lehrer und Kantoren; er beriet die Gemeinden in Verwaltungsangelegenheiten, schlichtete Konflikte zwischen Kultusvorständen und An-

gestellten sowie zwischen einzelnen Gemeinden und vertrat die bayerischen Juden gegenüber den Münchner Regierungsbehörden. (151) Die Historische Kommission des VBIG leitete die Inventarisierung der jüdischen Bestände des Staatsarchivs Würzburg in die Wege. (152) Außerdem unterstützte der Verband überregionale jüdische Organisationen und Einrichtungen mit namhaften Beträgen; allein die Lehrerbildungsanstalt in Würzburg erhielt 1929 30000 RM. Im Jahr 1926 eröffnete der VBIG in Würzburg ein "Landesheim für Sieche", das 1930 beträchtlich erweitert wurde. (vgl. Kap. VII)

Laut Satzung war die Selbständigkeit der Mitgliedsgemeinden und ihrer Rabbiner in Kultusangelegenheiten durch die Zugehörigkeit zum Verband nicht berührt. (153) Dennoch befürchteten orthodoxe Kreise zunächst, "daß religiöse Differenzen im Verband zum Austrag kommen könnten und daß eine Minderheit, in diesem Fall die konservative [= orthodoxe], beeinträchtigt oder gar majorisiert werden könnte." (154) Daher wurde am 8. August 1920 innerhalb des VBIG zusätzlich ein Bund gesetzestreuer Gemeinden Bayerns gegründet, dem 1 1/2 Jahre später 107 Gemeinden und Vereine angehörten. (155) Der Vorsitzende des Bundes, der Schweinfurter Bezirksrabbiner Salomon Stein, gab allerdings 1925 auf einer VBIG-Tagung zu, daß die ursprünglichen Bedenken sich als gegenstandslos erwiesen hätten. (156)

Der Bund betrachtete die Fürsorge für lehrerlose Landgemeinden als seine wichtigste Aufgabe. (157) Ob das bei einer Tagung im Januar 1925 beschlossene ehrgeizige Aktionsprogramm allerdings in die Tat umgesetzt werden konnte, ist nicht bekannt:

"Der Bund will, sobald die Mittel vorhanden sind, Sekretäre anstellen, die Vorträge und Schiurim in den Gemeinden veranstalten, und außerdem will er, wo die Voraussetzungen gegeben sind, für die Aufstellung von Wanderlehrern sich einsetzen. Er will eine Wanderbibliothek errichten, durch welche die Mitglieder der Landgemeinden mit guter jüdischer Literatur versorgt werden. An Lehrer, die die Ausbildung von jungen Leuten als Vorbeter übernehmen, ferner an Lehrer, die ihre Zeit besonders der Thoravorbereitung widmen, sollen Prämien gewährt werden. [...] Von Zeit zu Zeit will der Bund in den Zentren Unterfrankens und Mittelfrankens Versammlungen der glaubensstarken Männer und Frauen veranstalten zur Stärkung des traditionellen jüdischen Geistes." (158)

d. Die Diskussion um die Teilung des Bezirksrabbinats

Am 19. März 1919, fünf Wochen vor dem Tod Nathan Bambergers, beantragte die liberale Ortsgruppe in einem Schreiben an die Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg die Abtrennung der Kultusgemeinde Würzburg vom Bezirksrabbinat, d.h. dessen Teilung. Die Liberalen begründeten diesen Wunsch unter anderem mit der zurückgehenden finanziellen Leistungsfähigkeit der Landgemeinden; diese zahlten weniger als ein Sechstel des Rabbinergehalts, könnten dennoch aber an dessen Wahl gleichberechtigt teilnehmen. Zudem drohe "eine Majorisierung der liberalen Mitglieder der Kultusgemeinde Würzburg" durch die überwiegend orthodoxen Landjuden. Würzburg, wo die Liberalen eine deutliche Mehrheit stellten, solle "nicht gezwungen sein, im Verbande mit den Landgemeinden ein Distriktsrabbinat zu bilden und sich möglicherweise einen der überwiegenden Mehrheit ihrer Mitglieder nicht genehmen Rabbiner aufoktroy[ie]ren zu lassen." (159)

Die Würzburger Liberalen schlugen vor, daß die Landgemeinden in einem eigenen - um Würzburg verkleinerten - Rabbinatsbezirk vereinigt bleiben oder sich entsprechend ihren Wünschen anderen Rabbinaten anschließen sollten. Thüngen könne künftig zum Bezirksrabbinat Schweinfurt gehören, Urspringen, Homburg, Karbach und Marktheidenfeld zu Aschaffenburg, Dettelbach und Mainstockheim zu Kitzingen. (160)

Die Eingabe stellte einen letzten Versuch der Würzburger Liberalen dar, ihre zu diesem Zeitpunkt noch unangefochtene Vorherrschaft in der Gemeindeverwaltung auch auf den religiösen Bereich zu übertragen. Die Frage eines Nachfolgers für den 77jährigen Nathan Bamberger mußte in Kürze akut werden; bei Ausschaltung der orthodoxen Landgemeinden schien es möglich, endlich einen liberalen Rabbiner nach Würzburg zu bekommen.

Bereits zweimal hatten die Liberalen bei der Rabbinerwahl den kürzeren gezogen. Als Abraham Bing 1839 den orthodoxen Seligmann Bär Bamberger zu seinem Nachfolger berufen wollte, mußte zunächst die Gegnerschaft des liberalen Teils der Würzburger Gemeindemitglieder überwunden werden. (161) Auch gegen die Wahl Nathan Bambergers scheint sich Widerstand geregt zu haben; als dieser bereits amtierte, beschloß am 23. Mai 1880 eine Gemeindeversammlung mit großer Mehrheit eine Teilung des Bezirksrabbinats. (162)

Die Maßnahme konnte dann jedoch nicht durchgeführt werden, da Nathan Bamberger sich als Rabbiner des gesamten Bezirks betrachtete, auch als solcher angestellt war und auf der Einhaltung seines Vertrages bestand. (163) Möglicherweise wollten die Liberalen im Jahr 1919 eine erneute Niederlage dadurch verhindern, daß sie den Antrag auf Rabbinatsteilung bereits vor dem Tod des amtierenden Rabbiners einbrachten.

Die Regierung gab die Angelegenheit zunächst an die Kultusverwaltung weiter und bat diese am 8. April 1919 um eine Äußerung. (164) Wie nicht anders zu erwarten, sprach sich die Verwaltung für die Teilung aus; die einzige Gegenstimme kam von orthodoxer Seite. (165) Am 9. Mai erklärte sich die Regierung grundsätzlich mit der von der liberalen Verwaltungsmehrheit "auf das Wärmste befürwortet/en/" (166) Teilung einverstanden, forderte jedoch einen entsprechenden Beschluß der Gemeindeversammlung sowie Stellungnahmen der Landgemeinden. (167) Inzwischen war Nathan Bamberger gestorben und die Frage der Rabbinerwahl in ein akutes Stadium getreten.

Erst jetzt setzte sich die Würzburger Orthodoxie gemeinsam mit den Landgemeinden gegen die drohende Teilung des Rabbinatsbezirks und die Wahl eines liberalen Rabbiners für Würzburg zur Wehr. In einer Eingabe an die Regierung vom 23. Mai 1919 wies die orthodoxe Ortsgruppe die "irrige Meinung" zurück, die Maßnahme werde "von der ganzen Kultusgemeinde einmütig gewünscht und als richtig und notwendig erkannt", wie es der fast einstimmige Beschluß der Verwaltung nahelege. Deren Zusammensetzung gebe jedoch "durchaus kein richtiges Bild der religiösen Stimmungen und Strömungen in der Kultusgemeinde Würzburg" wieder. (168)

In einer gleichlautenden, an die Regierung gerichteten Protestnote, legten zwölf Landgemeinden dar, weshalb sie auf der Beibehaltung des Rabbinatsbezirks bestanden. Zur finanziellen Seite der Auseinandersetzung erklärten sie unter anderem:

"Wenn heute der Beitrag der Landgemeinden /zur Rabbinerbesoldung/ auf etwa 1/6 herabgesunken ist, so ist dies die natürliche Folge der fortgesetzten Abwanderung der steuerkräftigsten Mitglieder der Landgemeinden in die Stadt und der dadurch verursachten Verschiebung der finanziellen Leistungsfähigkeit vom Lande in die Stadt. Müssen doch viele der Landgemeinden zur Bestreitung ihrer örtlichen Kultusbedürfnisse 200-300 % des Staatssteuersolls ihrer Mitglieder als Kultusumlage erheben /.../. Im Jahre 1840 betrug die Seelenzahl der /damals/ 29 ländlichen israelit. Kultusgemeinden des Rabbinatsbezirks rund 3000; sie ist bis heute auf etwa 1/2 ihres da-

maligen Bestandes herabgesunken, während in der gleichen Zeit die Zahl der jüdischen Einwohner in der Stadt Würzburg von 250 auf mehr als 2500 gestiegen ist. Diese Verschiebung zwischen Land und Stadt zeigt fürs erste, wie die Kultusgemeinde Würzburg sich auf Kosten der Landgemeinden vergrößert hat. Im Lichte dieser geschichtlichen Entwicklung wird das Verlangen eines Teils der Kultusgemeinde Würzburg, Stadt und Land im Rabbinatsverbande voneinander zu trennen, noch unverständlicher. Wir können nicht glauben, daß in der isr. Kultusgemeinde Würzburg überhaupt eine Mehrheit sich findet für eine Trennung von den Landgemeinden, denen die meisten der derzeitigen Israeliten Würzburgs oder deren Ahnen doch selbst entstammen. Sowohl im Jahre 1840 als noch viele Jahrzehnte später war [...] die israelit. Kultusgemeinde Würzburg bei der Anstellung und Besoldung des Rabbiners dringend auf die finanzielle Mithilfe der damals noch besser bevölkerten und steuerkräftigeren Landgemeinden angewiesen. Aus moralischen Gründen, die sich aus dem sozialen Zweck des Verbandes herleiten, können und müssen die Landgemeinden heute verlangen, daß die jetzt steuerkräftigste Kultusgemeinde, die selbst jahrzehntelang die Wohltaten des Verbandes genossen hat, nicht ausscheide, nachdem heute die Landgemeinden der schwächere Teil geworden und auf das Fortbestehen des gemeinsamen Rabbinatsverbandes aus finanziellen Gründen ebenso dringend angewiesen sind wie ehemals die Kultusgemeinde Würzburg." (169)

Bei der entscheidenden Gemeindeversammlung am 6. Juli 1919 verfehlten diese Argumente ihre Wirkung nicht: Die Teilung des Distriktsrabbinats wurde mit 124 zu 107 Stimmen abgelehnt. (170) Besonderen Eindruck auf die Gemeindemitglieder mochte die orthodoxe Drohung gemacht haben, nun ihrerseits die Kultusgemeinde Würzburg zu spalten. In einem Flugblatt, das vor der Versammlung verteilt wurde, erklärte die gesetzestreue Ortsgruppe unumwunden, daß ein Teilungsbeschluß "gefährlich für den Fortbestand" der Gemeinde sei. Komme nämlich ein liberaler Rabbiner nach Würzburg, so werde dies "automatisch zur Folge haben, daß ein sehr beträchtlicher Teil der Kultusgemeindemitglieder aus Gewissensbedenken aus dem seitherigen [Würzburger] Kultusverband austreten müßte, um sich zu einem neuen Kultusverband zusammenzuschließen." (171) Für den Fall des Entstehens einer solchen orthodoxen "Austrittsgemeinde" prophezeite man, daß sich die Kultusumlagen "verdoppeln und verdreifachen" würden, da möglicherweise zwei Rabbiner angestellt und die religiösen Einrichtungen doppelt geschaffen werden müßten. (172)

Die Möglichkeit des Austritts aus einer Kultusgemeinde und des Zusammenschlusses zu einer zweiten Gemeinde am gleichen Ort sahen weder das Judenedikt noch die Ministerialentschließung von 1863 vor. Im Gegenteil: Beide Dokumente ließen an einem Ort nur eine Gemeinde zu, der, so die Entschließung, alle hier wohnenden Juden anzugehören hatten. Dieser Gemeinde-

zwang sorgte dafür, daß Orthodoxe und Liberale zusammenarbeiten mußten, was nicht ohne Kompromisse möglich war. (173)

In Preußen war die Lage anders. 1876 wurde das Austrittsgesetz erlassen, das die verpflichtende Mitgliedschaft in den angestammten Religionsgemeinschaften aufhob. In der Folge schlossen sich streng orthodoxe Gruppen in verschiedenen preußischen Städten, darunter Frankfurt a.M. und Berlin, als Sezessions-Orthodoxie zu Austrittsgemeinden zusammen (174), die jedoch meist relativ klein blieben. 1921 ging die Königsberger Austrittsgemeinde wieder in der allgemeinen Gemeinde auf. (175)

Auch in Bayern kam es während des Kaiserreichs zu Entwicklungen, die dem Judenedikt und der Ministerialentschließung von 1863 widersprachen. In München und Nürnberg entstanden private orthodoxe Synagogenvereine, in deren Rahmen sich gesetzestreue Gemeindemitglieder, die den liberalen Rabbiner ablehnten, zur autonomen Gestaltung religiöser Angelegenheiten trafen. Die Vereine bestellten eigene Rabbiner, blieben aber in allgemeinen Fragen durch die liberale Gemeinde repräsentiert. (176)

Die bayerische Verfassung vom 14. August 1919 beendete den Zustand der Ungesetzlichkeit für die beiden orthodoxen Synagogenvereine. Sie gestattete den freien Zusammenschluß von Religionsgenossen zu öffentlichen Kultushandlungen und Religionsgemeinden. (177) Der Entwurf der Verfassung war dem bayerischen Landtag am 24. Mai 1919 vorgelegt worden (178), so daß während der Würzburger Auseinandersetzung um die Rabbinatsteilung bereits zu erkennen war, daß die orthodoxe Austrittsdrohung sich durchaus in die Tat würde umsetzen lassen. So weit ließ es freilich die Mehrheit in der Gemeindeversammlung gar nicht erst kommen.

Ein zweites Mal schien eine Spaltung der Würzburger Gemeinde im November 1919 möglich, als die liberale Ortsgruppe die Anstellung eines Lehrers ihrer Richtung für den Religionsunterricht an den höheren Schulen forderte. Dem Lehrer sollte die Befugnis zugebilligt werden, "an den hohen Feiertagen in einem außerhalb der Synagoge eingerichteten Gottesdienst" zu amtieren; bei der Auswahl beanspruchte die Ortsgruppe ein Vorschlagsrecht. (179)

Wieder leisteten die Orthodoxen Widerstand. Sie wandten ein, daß die zusätzlichen Gottesdienste am Neujahrfest und am Jom Kippur auch von geset-

zestreuen Juden besucht würden; "für diese passe die Predigt eines Liberalen nicht". (180) Natürlich hätten die Orthodoxen einen solchen Lehrer auch nicht als Erzieher ihrer Kinder im Religionsunterricht akzeptieren können. Die Fronten waren klar: Würden die Liberalen auf der Anstellung dieses Mannes bestehen, so mußte dies (erneut) "in absehbarer Zeit automatisch zu einer Spaltung der Würzburger Gemeinde" führen. (181)

Waren die Pläne der Liberalen hinsichtlich der Teilung des Rabbinatsbezirks von der Gemeindeversammlung zunichte gemacht worden, so lenkte die Ortsgruppe in der Lehrerfrage selbst ein. In der Person von Siegmund Hanover fanden die Würzburger Liberalen einen Rabbiner, der zwar "auf streng gesetzestreuem Boden" stand (182), bei dem sie jedoch Verständnis für ihre spezifischen Vorstellungen erwarteten. Da er ihre Anforderungen an einen Rabbiner ("Gelehrsamkeit, Rednergabe, repräsentatives Auftreten, Toleranz" (183)) erfüllte, konnten die Liberalen auf die von der Kultusverwaltung am 21. Dezember 1919 bereits beschlossene Anstellung eines liberalen Religionslehrers verzichten. (184)

Zum ersten Mal seit 80 Jahren amtierte in Würzburg also ein Rabbiner, der fast die gesamte Gemeinde hinter sich wußte. Eine Ausnahme bildeten lediglich jene von Herbert A. Strauss als "die Schwarzen" bezeichneten Orthodoxen, die die Gesetzesvorschriften besonders penibel einhielten und die zum Teil der Würzburger Ortsgruppe des orthodoxen Weltverbandes Agudas Jisroel (185), dem orthodoxen Jugendbund Esra sowie dem Verein Ez Chaim angehörten. Letzterer betrachtete unter seinem Vorsitzenden Moses Bamberger, einem Sohn Nathan Bambergers, das Thorastudium sowie die Unterstützung armer Studierender als seine Aufgabe. (186) Siegmund Hanover hatte diesen Kreis, der sich um den pensionierten Religionslehrer Gustav Tachauer scharte, im Verdacht, mit dem Gedanken einer orthodoxen Austrittsgemeinde zu spielen. (187)

Und tatsächlich separierten sich diese Personen dadurch von der großen Mehrheit der jüdischen Gläubigen, daß sie nicht in die Hauptsynagoge in der Domerschulstraße 21 gingen, sondern eine Privatsynagoge im Haus der Familie Bamberger in der Bibrastraße 17 aufsuchten. Walter E. Riesenfeld erlebte die Gottesdienste dort mit:

"Diese Orthodoxen hatten ein Studierzimmer in Nathan Bambergers Haus, eine Privatsynagoge, die auch vom Verein Ez Chaim benutzt wurde. Es war nur

eine kleine Gruppe, aber Hanover hatte Angst, daß sie eine Austrittsgemeinde bilden könnten. Diese Leute schauten herab auf einen Rabbiner wie Hanover, der predigte. Dr. Tachauer predigte nicht. Es gab Spannungen; wir gingen nicht mit den anderen. Ich war sehr selten in der großen Synagoge, wo am Samstagmorgen der Gottesdienst um 8 Uhr begann. Wir in der Bibrastraße fingen schon um 7 Uhr an. Wir wollten ein substantielleres, dem Lernen geweihtes Judentum." (188)

Trotz solcher Differenzen in den Anschauungen gab es keine ernsthaften Austrittspläne, da die Liberalen der Orthodoxie in allen entscheidenden Fragen entgegenkamen: "Der Organisation nach war Würzburg nicht gegen die Orthodoxie. Wenn Würzburg einen liberalen Rabbiner gehabt hätte, dann hätten die Orthodoxen gesagt: 'Nein'. So aber hatte niemand einen Grund, eine Austrittsgemeinde zu gründen. Der Rabbiner war orthodox, höchstens für einige Leute nicht orthodox genug." (189)

VI. Bildungswesen

1. Die Volksschule

Die jüdische Volksschule in Würzburg entstand 1856 als Israelitische Erziehungs- und Unterrichtsanstalt auf Grund einer Anregung von Seligmann Bär Bamberger. (1) Die sechsklassige private Einrichtung wurde von einem Schulausschuß verwaltet. Da die Kultusgemeinde der Schule jedoch Räumlichkeiten im zweiten Stock des Gemeindehauses zur Benutzung überließ, für Heizung und Lehrmittel aufkam und darüber hinaus Gelder zur Verfügung stellte, beanspruchte sie das Recht, mehrere Verwaltungsmitglieder in den Ausschuß zu entsenden. (2) Im Jahr 1918 bestritt die Gemeinde rund 40 % des Schuletats, der knapp 40000 M betrug. Die Schulgeldeinnahmen beliefen sich auf etwa 4500 M. (3) Die Stadt Würzburg leistete einen jährlichen Zuschuß von 10000 M (4), da die jüdische Bevölkerung durch ihre Steuern zur Unterhaltung der städtischen katholischen und protestantischen Konfessionsschulen beitrug (5), aber 1918 nur 40 Kinder auf diese Schulen schickte, während 120 Kinder die Israelitische Erziehungs- und Unterrichtsanstalt besuchten. (6)

Die bayerische Verfassung von 1919 und das gleichzeitig erlassene Schulbedarfsgesetz machten eine Anpassung der Einrichtung an die neuen gesetzlichen Bestimmungen nötig. (7) Während die Liberalen für eine Auflösung der Schule plädierten, setzten Orthodoxe und Zionisten die Umwandlung der Anstalt in eine öffentliche Volksschule durch. (vgl. Kap. IV,2) Die Verstaatlichung (so die damalige Bezeichnung) trat am 1. September 1921 in Kraft. (8) Kurz darauf beauftragte die Kultusverwaltung den Direktor der Schule, Aron Mandelbaum (9), mit der Ausarbeitung einer Schulordnung, die sich im wesentlichen an die der städtischen Schulen anlehnen und möglichst wenige Besonderheiten aufweisen sollte. (10) Eintrittsgeld und Schulgeld wurden abgeschafft; wie bisher blieb die nunmehr in Israelitische Volksschule umbenannte Anstalt in den ersten vier Klassen nach Geschlechtern gemischt. Für Mädchen schloß sich eine dreiklassige Volksfortbildungsschule an. (11)

Als Folge der Umwandlung in eine öffentliche Volksschule löste sich der Schulausschuß auf. Das Vermögen der Anstalt, das sich 1919 auf rund 10000 M belief, fiel der Kultusgemeinde zu; die Paulinenstiftung, deren Zinserträge für die Beschaffung von Schulbüchern für arme Kinder verwendet wurden,stand nun unter Aufsicht der Gemeinde. (12)

Die Kultusverwaltung warb während der ersten Hälfte des Jahres 1922 intensiv für die Volksschule. Die Bestimmungen über die Verstaatlichung sahen vor, daß von den derzeit angestellten vier Lehrern für je 40 Schüler einer vom Staat übernommen werden sollte. (13) Es stand jedoch zu befürchten, daß im Schuljahr 1922/23 lediglich 112 Knaben und Mädchen die Schule besuchen würden. Daher forderte die Verwaltung die Eltern in einem Brief zur Berücksichtigung der Einrichtung auf:

"Maßgebend für die vorgeschlagene Wahl dürfte Ihnen zunächst das Interesse ihres Kindes selbst sein. In der sturmbewegten Gegenwart ist es mehr als je nötig, jedes jüdische Kind zum bewußten Juden zu erziehen, ausgerüstet mit einem entsprechenden Maß von Kenntnissen über sein Judentum. Das vermag nur die jüdische Schule. Die allgemeine Schule [...] trägt nach dem Verdikt aller heute maßgebenden politischen Parteien christlichen Charakter und tatsächlich ist auch dort aller Unterricht, selbst in den Profanfächern, wie Lesen, Aufsatz, Geschichte, von christlichem Geiste getragen und durchdrungen." (14)

Die Kultusverwaltung, einschließlich der liberalen Mitglieder und des Vorsitzenden Gerson Haas, machte sich mit diesem Brief vollinhaltlich die orthodoxe Argumantation zu eigen. Um die Wirkung des Schreibens noch zu verstärken, bat man am 6. März 1922 Rabbiner Hanover, die angeschriebenen Eltern aufzusuchen und auf sie ebenfalls in diesem Sinn einzuwirken. (15)

Die Aktion zeitigte einen durchschlagenden Erfolg: Im Schuljahr 1922/23 besuchten nicht 112, sondern 132 Kinder die Volksschule. Die Gemeinde beantragte nun, daß außer Aron Mandelbaum, Moritz Hellmann (16) und Amalie Unna (17) auch Ida Ottensoser (18) vom Staat als Lehrkraft übernommen werden sollte. (19) Als die Regierung dies ablehnte (möglicherweise wegen eines, zu Recht, erwarteten erneuten Rückgangs der Schülerzahl) beschloß eine Gemeindeversammlung, Ida Ottensoser als vierte Lehrkraft auf Kosten der Gemeinde weiterzubeschäftigen. Der orthodoxe stellvertretende Gemeindevorsitzende Hermann Engel begründete diese Entscheidung später damit, daß man die Volksschule "nicht auf das Niveau einer Landschule herunterkommen lassen" wollte. (20)

Tatsächlich besuchten im Schuljahr 1923/24 nur 102 (21) und im Schuljahr 1927/28 107 (22) Kinder die Schule. Allerdings hatte die Kultusverwaltung durch ihre rege Werbetätigkeit erreicht, daß praktisch alle jüdischen Kinder der Stadt an der israelitischen Volksschule eingeschrieben wurden. (23) Als seit dem Schuljahr 1928/29 die Schülerzahlen rapide anstiegen (24), stellte die Gemeinde im März 1929 erneut einen Antrag auf Verstaatlichung von Ida Ottensoser (25), der allerdings "mit Rücksicht auf die geldlichen Verhältnisse des Staates" von der Regierung am 3. Dezember 1929 endgültig abgelehnt wurde. (26)

Dennoch hatte die Umwandlung der Erziehungs- und Unterrichtsanstalt in eine öffentliche Volksschule die Gemeinde erheblich entlastet. Nicht nur zahlte der Staat einen Großteil der Gehälter, die Stadt leistete darüber hinaus eine jährlichen Zuschuß von 4000 RM für den Sachbedarf (27), den zum Beispiel die jüdischen Volksschulen in München und Nürnberg nicht erhielten. (28) In den Jahren der Weltwirtschaftskrise erwies es sich dennoch als immer schwieriger, die Mittel für die Schule aufzubringen. 1932 reduzierte die Stadt ihren freiwilligen Beitrag auf 3000 RM (29); da an staatlichen Schulen grundsätzlich kein Schulgeld verlangt werden durfte, entstand im Juni 1932 ein Schulverein, dessen Mitglieder durch monatliche Beitragszahlungen zur Erhaltung der Volksschule beitrugen. (30)

Im Denken der Kultusverwaltung nahmen die Unterrichtsanstalt und ihre Nachfolgerin eine wichtigen Platz ein. Man war sich darin einig, "alles daran /zu/ setzen, die Schule möglichst zeitgemäß zu erhalten". (31) In einem Brief an Direktor Mandelbaum unterstrich die Verwaltung, "daß es nicht in ihrem Willen gelegen sei, bei Beschaffung von Lehrmitteln etc. besonders ängstlich oder sparsam zu sein." (32) Über den obligatorischen Lehrplan hinaus bot die Schule für die Mädchen der höheren Jahrgänge Koch- und Haushaltungsunterricht sowie englischen und französischen Sprachunterricht an. Die Einrichtung ähnelte damit in den oberen Klassen einem Mädchen-Lyzeum. (33)

1931 und 1932 wurde in der Kultusverwaltung mehrmals darüber debattiert, die im Volksschullehrplan an sich nicht vorgesehenen Stunden aus Ersparnisgründen zu streichen oder dafür zumindest ein Schulgeld zu erheben. Aus sozialen Gründen und um die Attraktivität der Einrichtung zu bewahren, hielt man jedoch an der bisherigen Regelung fest. (34)

Für die Knaben und Mädchen der ersten vier Jahrgänge begann jeder Schultag mit einer Stunde Religionsunterricht, der auch das Auswendiglernen und Übersetzen von hebräischen Gebeten mit einschloß. (35) Neben der Tatsache, daß der Samstag grundsätzlich schulfrei war, lag hier die größte Besonderheit der jüdischen Volksschule. Die Einrichtung kam insofern den orthodoxen Vorstellungen entgegen, als sie die gesetzestreue Lebensführung ermöglichte und propagierte: "Wir wurden fromm als Kinder, und die Eltern respektierten das" (36), erinnert sich eine ehemalige Schülerin. Für Orthodoxe und Zionisten war darüber hinaus entscheidend, daß bereits in jungen Jahren eine jüdische Identität geschaffen wurde, die das von der christlichen Umwelt sehr stark vermittelte Gefühl, anders zu sein, mit positiven Inhalten zu füllen vermochte. Nachdem die von ihnen grundsätzlich abgelehnte separate Einrichtung nicht zu verhindern war, schlossen sich auch die Würzburger Liberalen dieser Argumentation an.

2. Das höhere Schulwesen

Für eine Intensivierung des Religionsunterrichts an den (damals "Mittelschulen" genannten) Gymnasien und privaten Mädchenschulen setzte sich Rabbiner Hanover bereits unmittelbar nach seiner Ankunft in Würzburg ein. In der ersten Sitzung der Kultusverwaltung, in der er anwesend war, forderte er am 20. Juli 1920 die Berufung eines eigenen akademisch gebildeten Religionslehrers, da der bisher erteilte Unterricht "völlig ungenügend" sei. (37) Ein Jahr später genehmigte die Gemeindeversammlung die Anstellung eines solchen Mannes. (38) Auf die Ausschreibung gingen 24 Bewerbungen ein. (39) Die Gemeinde entschied sich für Ludwig Hammelburger, der im Mai 1922 seinen Dienst antrat. (40) Hammelburger wurde 1892 in Haßfurt als Sohn eines Lehrers geboren. Nach der Ausbildung an der ILBA war er seit 1912 an der israelitischen Realschule in Fürth angestellt. Während seiner Amtszeit in Würzburg studierte er an der Julius-Maximilians-Universität und promovierte 1924 zum Dr. phil. (41)

Hammelburger unterrichtete an den Würzburger Mittelschulen die unteren sechs, Hanover selbst die oberen drei Klassen in je zwei Wochenstunden.

Der Anteil jüdischer Schüler war an den vier Würzburger Gymnasien unterschiedlich hoch. Anhand der Personenkartei läßt sich die Verteilung in etwa rekonstruieren: Von den 88 erfaßten Knaben und Mädchen wählten 36 % das neusprachliche Realgymnasium und 15 % die mathematisch-naturwissenschaftliche Oberrealschule, während die beiden altsprachlichen Gymnasien nur von jeweils 8 % bevorzugt wurden. Diese Zahlen weisen in die gleiche Richtung wie die 1930 von der "Gemeindezeitung" veröffentlichten Ergebnisse. (42) Am Realgymnasium betrug der jüdische Anteil in den ersten Jahren der Republik etwa 10, später nur noch 5 bis 6 %. (43)

Der jüdische Bildungsdrang - das säkularisierte Bedürfnis, die in der Thora festgelegten göttlichen Anweisungen zu studieren, um sie ins Alltagsleben umsetzen zu können - manifestierte sich auch bei der weiblichen Jugend, der die Gymnasien nur in Einzelfällen offenstanden. Die private Sophienschule war eine der beiden höheren Mädchenschulen der Stadt, die Jüdinnen aufnahmen. (44) Im Schuljahr 1925/26 stellten diese 16,3 % aller Schülerinnen (45), 1928/29 immerhin noch 10 %. (46) Im Schulausschuß der Sophienschule arbeiteten Rosa Kahn, die Ehefrau des jüdischen DDP-Stadtrats Wilhelm Kahn, die Fachärztin für Säuglings- und Kinderkrankheiten, Klara Oppenheimer (47), sowie Paula Dannenberg, die Frau des Futtermittelgroßhändlers Albert Dannenberg (48), mit. Die Sophienschule bot drei unterschiedliche Ausbildungsgänge an: Das Mädchen-Lyzeum führte in sechs Klassen zur mittleren Reife, das Realgymnasium zum Abitur, während die Frauenschule besonders auf erzieherische und pflegerische Berufe vorbereitete. (49) Bis etwa 1930 wurde auch die Beyl-Schlimbach'sche Mädchenschule von mehreren Jüdinnen besucht. (50) Die Anstalt verlor dann jedoch ihre Anziehungskraft auf jüdische Schülerinnen, da ihr der Lyzeumscharakter fehlte. (51)

Von den in der Personenkartei erfaßten 88 Schülerinnen und Schülern konnten 27 (31 %) den beiden Mädchenschulen zugeordnet werden; dies dokumentiert das große Interesse jüdischer Mädchen an der höheren Schulbildung. In Bayern stellten im Schuljahr 1926/27 Jüdinnen 5,4 % aller Besucher von Mädchenlyzeen. (52)

Unter den jüdischen Schülern an den vier Knabengymnasien und an der Sophienschule waren Ostjuden stets überproportional stark vertreten. Während der ostjüdische Anteil an der jüdischen Bevölkerung Würzburgs zwischen

1920 und 1931 von 11 auf 8 % zurückging, lag er an den fünf Schulen zwischen 1927 und 1929 konstant bei 12 % (53), stieg dann im Schuljahr 1929/30 sogar auf 15 % an (54), um 1931/32 auf 9 % zu sinken. (55)

Über den zweistündigen Religionsunterricht an den Mittelschulen hinaus regte Siegmund Hanover bald nach seiner Ankunft die Schaffung von Fortbildungskursen zur "Erweiterung des jüdischen Wissens" an. (56) Finanziert durch private Spenden, begannen die Unterrichtskurse im Jahr 1924; seit 1926 beteiligte sich die Gemeinde an den Kosten mit Zuschüssen von jeweils mehreren Tausend RM. (57) An den von Hanover selbst sowie von Hammelburger und weiteren Volksschul- und ILBA-Lehrern geleiteten freiwilligen Kursen beteiligten sich im Schuljahr 1927/28 60 Schüler (58), denen eine eigene Spezialbibliothek zur Verfügung stand. (59)

Im Juni 1930 äußerte der Rabbiner Pläne hinsichtlich eines Ausbaus der Kurse und einer "Belehrung der Gemeinde in ihrer Gesamtheit über das ganze Gebiet des Judentums". (60) Verstärkt machten nun auch Lehrlinge vom Angebot der Kurse Gebrauch, wie Ludwig Hammelburger der Kultusverwaltung berichtete:

"Die Lehrlinge seien schon vor längerem Zeitraum an ihn herangetreten, er möge sie in noch weiteren Stunden unterrichten. Einige besuchten schon seit langem am Samstag einen Raschi-Schiur (61), den er im Anschluß an den Gottesdienst am Samstag Vormittag abhalte. [...] Auch Samstagnachmittag habe er extra Unterricht. Auf Ersuchen dieser Schüler [von der Berufsfortbildungsschule] habe er sich bereit erklärt, künftighin auch in der Woche eine weitere Stunde neu anzuberaumen." (62)

Um das Unterrichtsprogramm ausweiten zu können, stellte die Gemeinde den 24jährigen Rabbinatssubstituten Selig Auerbach (63) an. Dieser sprach den während des Gottesdienstes verlesenen Thoraabschnitt mit Knaben und Mädchen durch und führte Lehrlinge in das Gebetbuch ein. (64)

Auch als während der Weltwirtschaftskrise die Einnahmen der Gemeinde drastisch zurückgingen, setzte die Kultusverwaltung jährlich Zuschüsse für die Kurse in den Etat ein. Mit großer Mehrheit wurde die für 1932 vom Rabbiner beantragte Summe bewilligt, "selbst auf die Gefahr hin, daß eine weitere Nacherhebung von Steuern folgen und an anderen Stellen eingespart werden müßte" (Siegmund Seligsberger). (65)

3. Die Israelitische Lehrerbildungsanstalt (ILBA)

Unter den großen Kultusgemeinden Deutschlands dürfte Würzburg die einzige gewesen sein, in der alle Kinder eine jüdische Volksschule besuchten. Würzburg nahm auch dadurch eine Sonderstellung ein, daß die Stadt mit der 1864 eröffneten Israelitischen Lehrerbildungsanstalt die (seit 1927) einzige jüdische Lehrerbildungseinrichtung des Reiches beherbergte.

Eine Entschließung des bayerischen Kurfürsten Max Josef vom 18. Juni 1804 hatte weltliche und religiöse Erziehung auch für jüdische Kinder verpflichtend vorgeschrieben und angordnet, daß dieser Unterricht entweder in jüdischen Schulen - unter der Voraussetzung, daß entsprechend qualifizierte Lehrer zur Verfügung stünden - oder in christlichen Schulen zu halten sei. Juden sollte die Möglichkeit eröffnet werden, sich an öffentlichen Schullehrerseminaren ausbilden zu lassen. 1813 wurde endgültig festgelegt, daß auch jüdische Lehrer ein Examen an einem Seminar abzulegen hatten. (66)

Auf Grund dieser Bestimmungen mußten nun auch kleine Landgemeinden zusätzlich zu Synagoge, Friedhof, Ritualbad und der meist schon bestehenden Religionsschule eine weltliche jüdische Schule errichten, wenn sie verhindern wollten, daß die jüdischen Kinder die christlich geprägten Werktagsschulen besuchten. Bis 1850 entstanden in Bayern 150 jüdische Volksschulen, die meist nur aus einem Raum bestanden, in dem alle Jahrgänge gemeinsam unterrichtete wurden. (67) In Würzburg existierte bis zum Jahr 1856 lediglich eine Talmud-Thora-Schule, in der Kinder, die die christlichen Volksschulen besuchten, am Nachmittag Religionsunterricht erhielten. (68)

Die neugegründeten Volksschulen benötigten Lehrer, die den Ausbildungsvorschriften der bayerischen Regierung entsprachen und die zudem in der Lage sein mußten, eine Reihe weiterer Aufgaben zu erfüllen. In den meisten jüdischen Landgemeinden versah der Lehrer nicht nur den Schulunterricht, sondern er fungierte darüber hinaus als Kantor, Schächter und Beschneider. (69) Außerdem war es seine Pflicht, das private Thorastudium der Erwachsenen durch religiöse Vorträge (Schiurim) anzuregen und zu befruchten. (70) Eine entsprechende Vorbereitung konnten die bayerischen Lehrerseminare in Bamberg, Kaiserslautern, Schwabach und Würzburg, zu denen Juden seit 1813 zugelassen waren, nicht bieten. So verließen jüdische

Lehrer diese Seminare, die zwar über breites weltliches Wissen und pädagogische Fähigkeit verfügen mochten, jedoch für den Dienst in einer israelitischen Kultusgemeinde nur unvollkommen vorbereitet waren. Andere zeichneten sich durch profundes jüdisches Wissen aus, das in keinem Verhältnis zu ihrer ungenügenden pädagogischen Ausbildung stand, durften aber trotzdem wegen des Fehlens geeigneterer Kandidaten mit Ausnahmegenehmigungen Lehrerstellen besetzen. Die mangelnde Bereitschaft oder Fähigkeit vor allem kleiner Landgemeinden, ihren Lehrer ausreichend zu besolden, tat ein übriges. Die ärmlichen Verhältnisse, in denen jüdische Pädagogen zu leben gezwungen waren, schreckten viele vom Ergreifen dieses Berufes ab. (71)

Am 7. Juli 1859 machte die Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg den Würzburger Bezirksrabbiner Seligmann Bär Bamberger auf die problematische Situation aufmerksam. Bamberger legte in einem gemeinsam mit seinen unterfränkischen Kollegen (72) verfaßten umfangreichen Gutachten dar, daß die Funktion eines jüdischen Lehrers nicht mit der eines christlichen Volksschullehrers verglichen werden könne, und daß daher auch die Ausbildung nicht identisch sein dürfe. Er schlug die Errichtung eines jüdischen Lehrerseminars in der Kreishauptstadt Würzburg vor, in dem künftige jüdische Lehrer in weltlichen und religiösen Fächern ausgebildet werden sollten. Anschließend würden sie sich der Abschlußprüfung in einem der staatlichen Lehrerseminare stellen, was seit Mai 1857 Juden auch ohne den vorherigen Besuch dieser Einrichtungen gestattet war. Dem Studium an der neuen Anstalt in Würzburg sollte eine Vorbereitungsphase an unterfränkischen Talmud-Thora-Schulen vorgeschaltet sein. (73)

Am 4. Oktober 1864 erteilte die Regierung die Genehmigung zur Errichtung der Israelitischen Lehrerbildungsanstalt, die am 7. November des gleichen Jahres mit zwölf Schülern in einem angemieteten Haus am Stadtrand von Würzburg ihre Tätigkeit aufnahm. (74) Entgegen dem ursprünglichen Plan, das Seminar ausschließlich durch private Spenden zu finanzieren und auch für den Unterhalt bedürftiger Schüler aufzukommen, mußte bald die Mehrzahl - gestaffelt nach den Möglichkeiten ihrer Eltern - zu den Kosten für Unterkunft und Verpflegung beitragen. Schulgeld wurde dagegen niemals erhoben. (75)

Präparandenschulen, deren Aufgabe darin bestand, Knaben das für den Ein-

tritt in die ILBA nötige Wissen zu vermitteln, entstanden 1866 in Höchberg und 1875 in Burgpreppach. In beiden Gemeinden existierten zuvor bereits Talmud-Thora-Schulen, die nun erweitert wurden. (76) Das Würzburger Lehrerseminar erlebte einen solchen Andrang, daß bereits zum Ende des zweiten Schuljahrs ein geräumigeres Haus in der Kettengasse 6 bezogen werden mußte. Nach dem Tod Seligmann Bär Bambergers (1878) folgte ihm sein Sohn Nathan außer als Rabbiner auch als ILBA-Leiter nach. Zu seinen ersten Aufgaben gehörte die erneute Suche nach größeren Räumlichkeiten. 1884 siedelte das Seminar in das Gebäude Bibrastraße 6 um, das über mehrere Klassenzimmer und Schlafsäle sowie einen Speisesaal, eine Turnhalle und einen Gebetsraum verfügte. (77) Bis zum Ersten Weltkrieg stieg die durchschnittliche Schülerfrequenz auf 40 an. (78)

Mit der Berufung Siegmund Hanovers nach Würzburg ging eine grundlegende Veränderung der ILBA-Leitungsstruktur einher. Seligmann Bär Bamberger und sein Sohn hatten gleichzeitig als Schulleiter einen großen Teil der täglichen Arbeit der Anstalt koordiniert, Unterricht erteilt und dem Aufsichtskuratorium vorgestanden, das sich aus einer Reihe weiterer Bezirksrabbiner und aus Gemeindevertretern zusammensetzte. Hanover übernahm nur die Aufgabe als Vorsitzender des Kuratoriums, während Verwaltung und Führung der ILBA gänzlich auf den nunmehr Direktor genannten Seminarlehrer Jakob Stoll übergingen. (79) Die Maßnahme machte eine Aufwertung des an der Anstalt lehrenden rabbinischen Seminarlehrers möglich und nötig. Während bisher der jeweilige Würzburger Bezirksrabbiner die religiöse Autorität an der Schule gewesen war und die an der ILBA lehrenden Rabbiner den Aufenthalt in Würzburg oft nur als Zwischenstation vor der Übernahme eines Gemeinderabbinats betrachteten, kam nun mit Jekutiel Jakob Neubauer ein Mann an die Schule, der die Absicht hatte, in Würzburg zu bleiben. (80)

Neubauer wurde 1895 in Leipzig als Sohn eines begüterten Geschäftsmanns geboren. Die weltliche Erziehung erhielt er auf dem Gymnasium, während für die intensive Schulung auf religiösem Gebiet Hauslehrer zuständig waren. Im Alter von 18 Jahren bestand er die Abiturprüfung und noch im gleichen Jahr erfolgte auch die Ordination zum Rabbiner. Neubauer begann ein Studium der Rechtwissenschaft und der semitischen Sprachen an der Universität Leipzig. Er spezialisierte sich auf vergleichendes Recht, setzte aber daneben seine ausgedehnten Thorastudien fort. Erste Publikationen (81) etablierten seinen Ruf als Wissenschaftler und eröffneten eine Karriere als

Universitätslehrer. Neubauer entschied sich jedoch dafür, zunächst sein halachisches (82) Wissen zu erweitern. Als sein Vater ein Landgut im bayerischen Hermannsberg erwarb, zog er sich dorthin mit seiner aus Galizien stammenden Frau und seinen sechs Kindern als Privatgelehrter zurück. Schon hier bildete sich ein Kreis junger Intellektueller um den Rabbiner. (83)

Wirtschaftliche Gründe zwangen den inzwischen zum zweifachen Dr. (84) promovierten Neubauer 1926 dazu, die Stelle des Seminarrabbiners an der ILBA anzunehmen. Hier bewirkte er eine Vertiefung der religiösen Studien. Die neue Qualität des Unterrichts vergrößerte die Attraktivität des Seminars für solche Schüler, die bereits über umfangreiche religionswissenschaftliche Vorkenntnisse verfügten. Manche ILBA-Absolventen verschoben nach dem Examen den Beginn ihrer Lehrertätigkeit, um weitere intensive Talmudstudien mit Neubauer betreiben zu können. Sein Haus in der Ebrachergasse 4 wurde zu einem Zentrum geistigen jüdischen Lebens: ILBA-Schüler, Universitätsstudenten, Mitglieder des orthodoxen Jugendbundes Esra und der gesetzestreuen Studentengruppe Bund Jüdischer Akademiker scharten sich um ihn. Isidor Grunfeld, der an den Diskussionen und Schiurim teilnahm, beschrieb sie als "intellektuelles Vergnügen und unvergeßliches religiöses Erlebnis." (85) Der Esräer Walter E. Riesenfeld, ein Schüler und persönlicher Freund Neubauers, war Mitglied jenes Teils der Würzburger Orthodoxie, der Neubauer und nicht Hanover als seinen Ansprechpartner betrachtete:

"Der Samstag war mein aktivster Tag. Ich gab Schiurim und nahm Kurse bei Rabbiner Neubauer. Er war ein sehr friedlicher Mann, und er vermied alles, was Anstoß bei Dr. Hanover erregen konnte. Am Freitagabend gab er einen Kurs für seine Freunde. Jedermann kam in sein Haus, Jugendliche von Esra usw. Aber er nahm niemanden, der als Dr. Hanovers Schüler betrachtet werden konnte. Er wollte sich nicht in dessen Angelegenheiten einmischen." (86)

Während Neubauers Aufenthalt in Würzburg, der bis 1933 währte (87), erfuhr die ILBA auch dadurch eine beträchtliche Aufwertung, daß die beiden übrigen jüdischen Lehrerbildungseinrichtungen in Berlin und Köln geschlossen werden mußten, da sie den seit 1927 in Preußen geltenden gesetzlichen Bestimmungen nicht angepaßt werden konnten. Als Folge der Inflation hatten zuvor bereits die jüdischen Seminare in Hannover, Kassel und Münster ihre Tätigkeit eingestellt. (88) Wer sich seit 1927 zum jüdischen Lehrer aus-

bilden lassen wollte, war zum Besuch der ILBA gezwungen, obwohl er von deren streng orthodoxer Ausrichtung möglicherweise nicht angezogen wurde. Seminardirektor Jakob Stoll bestand jedoch darauf, daß alle Schüler sich dem von Seligmann Bär Bamberger geprägten Geist des Hauses anpaßten:

"[Stoll] was willing to accept students who had grown up in nonorthodox homes with the understanding that they were to adjust to the Seminary's orthodox surroundings. He had confidence that a few years of Seminary environment would influence the young teachers sufficently to remain Torah-true Jews who would go out and teach Torah-true ideas. In most cases he succeeded." (89)

Gleichzeitig war die Lehrerbildungsanstalt bestrebt, weltliche und religiöse Schulung in harmonischer Weise zu verbinden:

"The educational end [...] aimed at developing a Jew whose commitment to Judaism was complete and firm, but who, at the same time, did not have to resort to intellectual ghettoization in order to safeguard this commitment. It rejected [...] the path of intellectual assimilation - of living in Western culture exclusively. It rather insisted on both - Judaism and general culture, tradition and modernity. And it tried to show the way how this was possible." (90)

Der Lehrplan der unter der Aufsicht der Regierung von Unterfranken stehenden ILBA ähnelte dem der staatlichen bayerischen Seminare. Während jedoch christliche Volksschullehrer nicht auf den Religionsunterricht vorbereitet werden mußten, den Priester erteilten, machte das religiöse Studium gerade den wichtigsten Teil der ILBA-Ausbildung aus. Diese dauerte daher in der Regel ein Jahr länger als an staatlichen Seminaren - je nach Vorbildung meist zwischen drei und sechs Jahren. Seit 1912 war die ILBA berechtigt, die Abschlußprüfung im eigenen Haus abzuhalten. (91)

Bis zum Jahr 1905 besuchten die ILBA-Studenten regelmäßig die städtischen Volksschulen, um dort am Unterricht als Hospitanten teilzunehmen. (92) Danach stand die Israelitische Erziehungs- und Unterrichtsanstalt für die Einführung in die Schulpraxis zur Verfügung. Die Seminaristen verfolgten hier sowohl die Arbeit der Volksschullehrer wie auch die zu Demonstrationszwecken von den ILBA-Lehrkräften gehaltenen Stunden; außerdem war ihnen Gelegenheit zu eigenen Unterrichtsversuchen gegeben. (93)

Zu Beginn des Schuljahrs 1905/06 wurde an der ILBA außerdem für die Praxis im Religionsunterricht eine eigene Seminar-Religionsschule geschaffen, die jene Kinder aus der jüdischen Kultusgemeinde besuchten, die auf die

städtischen Volksschulen gingen. Sie erhielten am Sonntagvormittag und am Mittwochnachmittag den für alle Volksschüler obligatorischen Religionsunterricht, wobei wiederum die Seminaristen Gelegenheit zu eigenen Lehrversuchen erhielten. (94)

Da mit dem Beruf des jüdischen Lehrers in der Regel auch die Kantorentätigkeit verbunden war, stand seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts auch die Einübung des Synagogengesanges auf dem Lehrplan der ILBA. Seit seiner Ankunft in Würzburg nahm Kantor und Gemeindesekretär Ruben Moses Eschwege diese Aufgabe wahr. Daneben hatten die Seminaristen die Möglichkeit, sich im Vorbeterdienst praktisch zu üben: In der Anstaltssynagoge versahen sie bei den morgendlichen Gottesdiensten abwechselnd das Amt des Vorbeters. (95)

Während der Inflationsjahre war die Weiterexistenz der Würzburger Anstalt fraglich: Im Schuljahr 1923/24 ging die Besucherfrequenz auf acht Personen zurück, da die ILBA sich nicht mehr in der Lage sah, bedürftigen Schülern die Gebühren für Unterricht und Verpflegung zu erlassen. (96) Schon im Haushaltsjahr 1921 betrug das Defizit rund 40000 M (97); bis zum 7. Februar 1922 stieg es auf 60000 M an (98), bevor die außer Kontrolle geratene Geldentwertung endgültig jede geordnete Haushaltsführung unmöglich machte. Ein vom Kultusministerium erstmals gewährter Zuschuß in Höhe von 10000 M (99) erwies sich unter diesen Umständen als völlig ungenügend. Wohl im gleichen Jahr entstand in Würzburg ein "Komitee zur Erhaltung der israelit. Lehrerbildungsanstalt zu Würzburg", dem Rabbiner Hanover vorstand. In einem Aufruf bat das Komitee um die "Zuwendung regelmäßiger namhafter Spenden"; falls das Seminar schließen müsse und keine jüdischen Lehrer mehr ausgebildet werden könnten, drohe der "Zusammenbruch des jüdischen Lebens in zahlreichen Gemeinden." (100)

Jakob Stoll machte die Aufbringung von Spenden zu seinem persönlichen Anliegen. In den Ferien reiste er zu möglichen Geldgebern im Reich und in der Schweiz. (101) Auch Hanover hielt sich im Oktober 1923 "in Sachen der Agitation für unser Seminar" in der Schweiz auf. (102) Besonders die Beiträge in fester Währung trugen zur Überwindung der finanziellen Schwierigkeiten bei; entsprechende Zahlungen kamen nicht nur aus der Schweiz, sondern auch vom "American Joint Distribution Committee", einem 1914 gegründeten amerikanisch-jüdischen Hilfswerk. (103) Erleichtert wurde die Lage

der ILBA auch durch regelmäßige Zuschüsse verschiedener jüdischer Landesverbände. Im Jahr 1929, für das allein Zahlen vorliegen, erhielt das Seminar vom VBIG 30000 RM, eine Summe, die annähernd die Hälfte des gesamten Geldbedarfes abdeckte. Die badischen Gemeinden schossen 4000 RM zu, die württembergischen 2000 RM und die hessischen 500 RM. Relativ hoch fiel mit 9000 RM der Beitrag des preußischen Landesverbandes aus. (104) Dieser hatte sich bis 1926 geweigert, die ILBA zu unterstützen, obwohl das Seminar für die sieben preußischen Schüler in diesem Jahr aus eigenen Mitteln einen beträchtlichen Teil der Unterhaltskosten aufbringen mußte, da sich die Eltern dazu außerstande sahen. (105)

Im Juli 1928 beschrieb Jakob Stoll in einer Mitgliederversammlung des Israelitischen Lehrervereins für Bayern (106) in Würzburg die finanziellen Verhältnisse der ILBA-Schüler folgendermaßen:

"Hochschulstudium in den verschiedenen Fakultäten wurde bisher betrieben von der jüdischen Jugend aus den besser situierten Kreisen, die das Studium auf Gymnasium und Universität im wesentlichen aus eigener Tasche bestritten haben. Ganz anders aber liegen die wirtschaftlichen Verhältnisse derer, die zur Zeit unsere Lehrerbildungsanstalt bevölkern. Von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, konnten fast alle [...] den Beruf des [...] Lehrers nur erreichen, weil ihnen zur Verfügung stand: Unentgeltlichkeit des Unterrichts, teilweise oder gänzliche Lehrmittelfreiheit, äußerst mäßig gehaltene Verpflegungssätze in dem eigens zu diesem Zweck unterhaltenen Schülerheim; und ein wesentlicher Teil dieser mäßigen Sätze wird in den letzten Jahren bestritten durch Stipendien der jüdischen Landesverbände in Deutschland. [...] Die Verpflegungskosten für etwa 100 Schüler [...] betragen pro Kopf etwa 600 RM jährlich. Unter diesen sämtlichen 100 Schülern sind zur Zeit nur 3 (!), welche diesen Betrag aus eigener Tasche bestreiten. Alle anderen sind auf Stipendien angewiesen. Durchschnittlich gerechnet zahlt der Schüler selbst von seinen Unterhaltskosten nur 300 RM, die fehlenden 300 RM werden durch Stipendien (im wesentlichen der Landesverbände) gedeckt." (107)

Die nach den Inflationsjahren kontinuierlich ansteigenden Schülerzahlen erforderten eine Kapazitätsausweitung der Lehrerbildungsanstalt. Zunächst wurde 1927 der Betraum in einen Schlafsaal umgewandelt und ein bisher ungenutzter Raum im Erdgeschoß als Seminarsynagoge hergerichtet. (108)

Im Juni 1928 beschloß das Kuratorium, auch weibliche Schüler am Seminar zuzulassen, da seit der Schließung der preußischen Anstalten für sie keine Möglichkeit mehr bestand, eine jüdische Lehrerausbildung zu erhalten. Trotz "mannigfacher aus dem Geist des rabbinischen Judentums sich ergebender Bedenken" stimmten auch die im Kuratorium vertretenen Rabbiner zu.

Sie wollten verhindern, daß Mädchen "in solche Anstalten hineingedrängt werden, die entweder ihrer religiösen Entwicklung gefährlich werden könnten oder in denen ihnen die Möglichkeit einer Ausbildung in den hebräischen Disziplinen vollständig abgehen würde." (109) Da die Lehrerausbildung in Bayern nach Geschlechtern getrennt erfolgte, erlaubte die Regierung die Koedukation an der ILBA erst nach langem Zögern. Im Mai 1930 wurden die ersten Mädchen in die Präparandenschule in Höchberg aufgenommen; ein Jahr später kamen sie nach Würzburg. (110)

Die Präparandenschule in Burgpreppach hatte 1927 ihre Tätigkeit eingestellt (111), so daß seit diesem Jahr die Vorbereitung auf den ILBA-Besuch nur noch in Höchberg möglich war. Die einsetzende Depression wirkte sich "katastrophal" (112) auf die Einrichtung aus, vor allem durch die Reduzierung des Spendenaufkommens. (113) Das Kuratorium der Höchberger Schule sah sich außerdem mit der behördlichen Auflage konfrontiert, an Stelle des bisher benutzten unzulänglichen Hauses ein neues Gebäude zu errichten. (114) Als einzige Lösung bot sich angesichts der finanziellen Notlage die Vereinigung mit der ILBA und die Verlegung der Präparandenklassen nach Würzburg an. (115) Diese fand zu Beginn des Schuljahres 1931/32 statt; die meisten Höchberger Lehrer traten in das Kollegium der ILBA ein, darunter Direktor Selig Steinhäuser (116) als Stellvertreter Jakob Stolls und der Zeichen- und Musiklehrer Ernst von Manstein. (117)

Gleichzeitig bezog die nunmehr auf sechs Klassen vergrößerte Lehrerbildungsanstalt ein neues Gebäude in der Sandbergstraße, dessen Errichtung durch einen Zuschuß und ein zinsloses Darlehen des VBIG in Höhe von insgesamt 70000 RM ermöglicht worden war. Da das alte Haus in der Bibrastraße nun ganz als Wohnheim für die Schüler verwendet wurde - die Mädchen wohnten im Neubau -, konnte die Schülerzahl erheblich erhöht werden. (118)

4. Jüdische Studenten

Die Charakteristika der jüdischen Berufs- und Sozialstruktur bewirkten, daß ein im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich großer Teil der jüdischen Jugendlichen eine akademische Ausbildung absolvierte, und daß von diesen wiederum die meisten die Studiengänge der Medizin und der Rechtswissenschaft bevorzugten, die berufliche Unabhängigkeit versprachen.

Den absoluten und relativen Höchststand erreichte die Zahl der jüdischen Studenten an der Julius-Maximilians-Universität im Sommersemester 1920 mit 420 bzw. 13,6 % aller Studierenden. In den folgenden Jahren gingen die Zahlen stark zurück; in der Endphase der Republik bewegten sie sich zwischen 4 und 6 %. (119) Beim Vergleich des Sommersemesters 1908 mit dem Sommersemester 1928 zeigt sich, daß der jüdische Anteil in Würzburg mit 6,8 (1908) bzw. 6,4 (1928) % langfristig praktisch unverändert geblieben war, während er sich an den übrigen bayerischen Universitäten (München und Erlangen) jeweils um zwei Drittel reduziert hatte. (120) Den gleichzeitigen Anstieg der jüdischen Studentenzahlen an den preußischen Universitäten führte die "Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden" darauf zurück, daß das Wachstum der antisemitischen Bewegung in München und Erlangen viele norddeutsche Studenten vom Besuch dieser Hochschulen abgehalten habe; in Würzburg habe jedoch die Judenfeindschaft nicht dieselben rabiaten Formen angenommen wie an den anderen Universitäten des Landes. (121) Während der Weimarer Jahre kam folglich nur ein Viertel der in Würzburg immatrikulierten jüdischen Studenten aus Bayern und von diesen nur jeder fünfte aus Würzburg. (122)

Als Studienfach bevorzugten Juden traditionell Medizin und Zahnmedizin; fast jeder zweite jüdische Student in Bayern (47 %) schrieb sich im Sommersemester 1929 dafür ein. (123) In Würzburg, das über eine medizinische Fakultät von ausgezeichnetem Ruf verfügte, waren es sogar 59,9 %. (124) Für das Jura- bzw. Volkswirtschaftsstudium entschied sich gut ein Viertel. (125)

Im Sommersemester 1929 gehörten 5,4 % aller in Bayern studierenden Frauen der jüdischen Religionsgemeinschaft an. Frauen stellten rund ein Viertel

der jüdischen Studenten, während der weibliche Anteil unter den Studenten insgesamt nur etwa 13 % betrug. (126)

Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs stand Juden in Einzelfällen die Mitgliedschaft in nichtjüdischen studentischen Verbindungen offen, falls diese nicht, wie etwa die katholischen, einen ausgeprägt konfessionellen Charakter hatten. Der Anschluß der Würzburger Korporationen an das völkische Lager in den ersten Nachkriegsjahren veränderte die Lage dann grundsätzlich. (vgl. Kap. IX)

Der sich in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts auch an den deutschen Universitäten verstärkende Antisemitismus führte zu Zusammenschlüssen jüdischer Studenten, wobei Würzburg eine Vorreiterrolle übernahm. Im Jahr 1884 entstand hier die Verbindung Salia, die zunächst den Namen "societas cerevesiae" trug. Da neben unbedingter Satisfaktion und Bestimmungsmensur die Parität, d.h. die Mitgliedschaft unabhängig von konfessionellen Bindungen, von Anfang an eine ihrer Prinzipien darstellte, bezeichnete es die Salia später als Zufall, daß alle vier Gründungsmitglieder jüdischen Glaubens waren. (127) Tatsächlich blieb die Zahl der nichtjüdischen Mitglieder jedoch stets "so gering, daß sie als 'Renommierchristen' bezeichnet wurden." (128) Die erste jüdische Verbindung, die sich als solche zu erkennen gab, existierte seit 1886 in Breslau. (129)

Wegen des paritätischen Prinzips reagierten die Salier lange Zeit nur privat und individuell auf den anwachsenden Antisemitismus. Als Anhänger des Assimilationsprozesses lehnten sie eine "rein jüdische und noch dazu kämpferische Organisation ab, da sie zu manifestieren schien, daß die soziale Integration der jüdischen Bürger gescheitert war." (130) Als sich allerdings während des Ersten Weltkriegs antisemitische Zurücksetzungen der im Feld stehenden Mitglieder häuften, entspann sich in den "Salia-Kriegsberichten", einem periodisch erscheinenden Nachrichtenblatt für die Kriegsteilnehmer, eine heftige Diskussion um die Frage der Parität. Während manche die bloße Erörterung jüdischer Fragen ablehnten (131), schrieb ein anderer Salier:

"Fort mit dem greulichen Wort 'paritätisch'; es ist verlogen (nicht nur gerade bei uns, anderen Bünden geht's genauso). Dieses Wort hat etwas Unwürdiges an sich. Wir sind doch ein Bund von Studenten jüdischer Abstammung; warum denn immer darum herumgeredet. [...] Niemand, der uns kennt, hat uns je für etwas anderes gehalten; wir wollen auf die Parität, ein

überlebtes Prinzip, ja eigentlich überhaupt kein Prinzip, fröhlichen Herzens und ein für allemal Verzicht leisten." (132)

Die Salia wurde in den 1905 gegründeten Verband schlagender Korporationen Würzburgs aufgenommen, was einen Schritt hin zur gesellschaftlichen Anerkennung im universitären Bereich bedeutete. Bis zum Ausbruch des Weltkriegs führte die Salia viermal den Vorsitz im Verband; außerdem hatte sie ihn während des gesamten Krieges inne. Auch als sich 1919 schlagende Verbindungen im Allgemeinen Deutschen Waffenring (ADW) zusammenschlossen, arbeitete die Salia als einzige paritätische bzw. jüdische Korporation zunächst mit, wenn auch mit einem Ausnahmestatus. Noch im gleichen Jahr gingen allerdings die Würzburger schlagenden Verbindungen zur völkischen Bewegung über; im November 1919 wurde die Salia aus dem Waffenring gedrängt. (133) (vgl. Kap. IX)

Der Bestand der Verbindung, der seit 1923 wegen sinkender Aktivenzahlen gefährdet schien, wurde endgültig mit dem Kauf eines Hauses in der Huttenstraße 4 gesichert (134); bei der Einweihung im Mai 1927 überbrachte der Theologieprofessor Johannes Hehn die Glückwünsche des Senats der Universität, während Oberbürgermeister Löffler für die Stadt sprach. Im Haus wurde ein Gedächtnisschrein für die 18 im Weltkrieg gefallenen Bundesbrüder aufgestellt. (135) Bald danach erreichte die Salia mit 187 Mitgliedern den Höhepunkt ihrer Entwicklung. 1933 umfaßte der Gesamtphilisterverband, in dem die Alten Herren zusammengeschlossen waren, elf Orts- und Landesverbände. (136)

Nur ein Jahr nach der Salia entstand 1885 mit der Wissenschaftlich-Geselligen Vereinigung ebenfalls unter dem Eindruck der starken antisemitischen Strömung eine weitere paritätische Verbindung in Würzburg. Später legte man Couleur an, führte das Prinzip der unbedingten Genugtuung und das Schlagen von Bestimmungsmensuren ein und gab sich den Namen Wirceburgia. (137) Auch die Wirceburgia gehörte vor dem Ersten Weltkrieg dem Verband schlagender Korporationen Würzburgs an, wurde dann jedoch nicht in den Waffenring aufgenommen. (138) Stattdessen schloß sich im August 1919 die Wirceburgia mit neun anderen paritätischen Verbindungen zum "Burschenbunds-Convent (B.C.) - Verband nationalfreiheitlicher Burschenbünde und Burschenschaften an den Hochschulen Deutschlands, Deutsch-Österreichs, Prag und Brünn" zusammen. In einer undatierten Werbebroschüre charakterisierte sich

der B.C. so:

"Der B.C., dessen Mitglieder in fast allen größeren Städten Deutschlands, Deutsch-Österreichs und der Tschecho-Slowakei verstreut sind, ist der einzige großdeutsche wehrhafte Studentenverband, der ohne Rücksicht auf Geburt und Glauben deutsche Studenten aufnimmt und auf dem Boden der Verfassung steht. Seinem Wahlspruch 'Für Deutschtum, Freiheit, Recht und Ehre' gemäß ist er bestrebt, seine jungen Mitglieder zu tüchtigen Staatsbürgern heranzubilden." (139)

Die B.C.-Verbindungen standen wie die Salia auf assimilatorischer Grundlage und bejahten im Gegensatz zu den meisten nichtjüdischen Korporationen die Republik. Als die Wirceburgia im Juni 1927 den 8. Burschentag des B.C. in Würzburg ausrichtete, rief ein in voller Uniform erschienener Generaloberarzt a.D. dazu auf, "die Kraft eines jeden dem neuen deutschen Staat, den das Volk nach Recht und Gesetz sich geschaffen" habe, zur Verfügung zu stellen. (140) Das im Wahlspruch enthaltene Bekenntnis zum Deutschtum äußerte sich unter anderem in der Forderung, Österreich dem Reich anzugliedern. Während des 8. Burschentages wurde daher die auf allen B.C.-Tagungen obligatorische "Anschlußrede" gehalten. (141)

Obwohl die beiden paritätischen Verbindungen Salia und Wirceburgia sehr ähnliche Anschauungen vertraten, kam es nicht zu einem Beitritt der Salia zum B.C.; der Grund dürfte in persönlichen Konflikten zwischen den Mitgliedern zu suchen sein. (142) Im Juli 1925 feierte die Wirceburgia ihr 40. Stiftungsfest und weihte ein Couleurhaus in der Mergentheimerstraße 22 ein. (143) 1930 zählte die Verbindung 240 Bundesbrüder. (144)

Als dritte paritätische Korporation Würzburgs wurde 1896 die Akademisch-wissenschaftliche Verbindung Veda gegründet. Sie hatte jedoch seit 1918 nur noch Juden in ihren Reihen und bekannte sich, anders als die Salia, offen zu ihrer rein jüdischen Zusammensetzung. Obwohl eine schlagende Verbindung, hielt die Veda nicht starr an überlieferten korporationsstudentischen Bräuchen fest (145), so wie auch die Wirceburgen in den Jahren der Republik den Trinkzwang aufgaben. (146) Im Vordergrund standen bei der Veda die Pflege des Sports und der Wissenschaften und offensichtlich auch die gemeinsame Religionsausübung. Seit 1920 besaß die Verbindung ein eigenes Haus in der Dürerstraße 2; die Zahl der Mitglieder lag im Wintersemester 1930/31 bei 222. (147)

Seit dem Jahr 1919 bestand in Würzburg mit der Rheno-Palatia eine Korpo-

ration, die dem Kartell-Convent (K.C.) der Verbindungen deutscher Studenten jüdischen Glaubens angehörte. Der K.C. vertrat an den Universitäten die Linie des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens; seine Ziele waren der "Kampf gegen den Antisemitismus in der deutschen Studentenschaft" sowie die "Erziehung der Mitglieder zu selbstbewußten Juden." (148)

Wie die drei paritätischen Verbindungen stand der K.C. "auf dem Boden deutsch-vaterländischer Gesinnung" (149) und lehnte den Zionismus ab. (150) Die Anerkennung ihrer Ehre als Deutsche und Juden wollten die K.C.-Mitglieder durch Anpassung an die an den deutschen Universitäten bestehenden Verhältnisse erreichen; sie trugen deshalb grundsätzlich Couleur und bekannten sich zur unbedingten Genugtuung. (151)

Umgekehrt sollte die strenge Disziplin des studentischen Verbindungswesens, vor allem die Ausbildung im Schläger- und Säbelfechten, die Selbstsicherheit und Selbstachtung der Bundesbrüder stärken und sie befähigen, die antisemitischen Gegner mit deren eigenen Waffen zu schlagen. Als jedoch die nichtjüdischen Korporationen die jüdischen Studenten nicht mehr als kommentfähig erachteten und der "Knüppelkomment" mit bloßen Fäusten an die Stelle der Austragung von Ehrenhändeln mit studentischen Waffen trat, unterzog die Rheno-Palatia ihre Mitglieder zusätzlich zur Fechtausbildung einem umfassenden sportlichen Trainingsprogramm. Als Konsequenz dieser "praktischen Abwehrarbeit" errangen Rheno-Palaten in der Folge zahlreiche Auszeichnungen (152), darunter bei den Hochschulmeisterschaften der Universität Würzburg im Sommer 1925 die Ehrenplakette "bene merenti" für einen ersten Platz im Fünfkampf. Die "C.V.-Zeitung" berichtete ausführlich über den Sieg, der wieder einmal bewiesen habe, "daß jüdische Studenten in sportlicher Beziehung Hervorragendes zu leisten imstande sind." (153)

Die Rheno-Palatia konnte in den letzten Jahren der Republik den Verbindungsbetrieb wegen des Mangels an Aktiven nur mit Mühe aufrechterhalten. Möglicherweise aus diesem Grund entstand im Wintersemester 1928/29 zusätzlich eine akademische Ortsgruppe des C.V. (154), die jedoch offenbar keine Aktivitäten entfaltete.

Zu einer Auseinandersetzung zwischen Rheno-Palaten und den Würzburger

Zionisten kam es im Sommer 1932. Die Studenten beschmierten einen Aushang des Jungzionistischen Arbeitskreises in einem jüdischen Restaurant, wahrscheinlich im Hotel Blaue Glocke, mit Hakenkreuzen und zerrissen ihn. Als die jungen Zionisten in einem Brief an die Verbindungsführung die Erwartung aussprachen, sie werde sich von dieser Handlungsweise distanzieren, erhielten sie ein Antwortschreiben, in dem ("mit waffenstudentischem Gruß") lediglich der Empfang des Protestbriefes bestätigt wurde, Der Arbeitskreis kommentierte diese Reaktion pointiert: "Welch grausame Selbstverhöhnung in dem unter die Antwort gesetzten Gruß liegt, wird jeder ermessen, der von den Verhältnissen an den deutschen Hochschulen eine Ahnung hat." (155)

Die vier erwähnten Verbindungen waren auf vielfältige Weise ins gesellschaftliche Leben der liberalen jüdischen Gruppe der Stadt integriert. Vor allem die Töchter aus angesehenen Familien spielten bei Bällen und Stiftungsfesten als "Verkehrsdamen" eine große Rolle. Die Tochter von Kommerzienrat Albert Dannenberg erinnert sich:

"Ich war bei allen vier Verbindungen eingeladen. Das war eine ganz große Sache. Die Chargierten kamen in Droschken zum Antrittsbesuch und gaben in den Familien, mit denen sie verkehren wollten, ihre Visitenkarten ab. Dann ist man zu Veranstaltungen eingeladen worden. Umgekehrt luden auch die Familien die Studenten zu sich nach Hause ein. Das geschah zum Beispiel, als ich heiratete: Sowohl beim Polterabend als auch bei der Trauung waren jüdische Studenten dabei." (156)

Aenne Dannenberg gehörte zum kleinen Kreis in der jüdischen Gemeinde, der in den Weimarer Jahren noch Kontakt zu nichtjüdischen Verbindungen aufrechterhielt. (157) Wahrscheinlich waren es vor allem weitgehend assimilierte Angehörige des gehobenen Bürgertums und der Oberschicht, die auch im außerstudentischen Bereich die umfangreichsten Sozialkontakte zur christlichen Bevölkerung hatten. (vgl. Kap. VIII) So gab es beispielsweise im Corps Bavaria und in der Burschenschaft Germania, die wohl keine Juden mehr aufnahmen, nach 1918 noch einige jüdische Alte Herren. (158)

Orthodoxe Studenten schlossen sich 1907 in Würzburg zur Vereinigung Jüdischer Akademiker (V.J.A.) zusammen. (159) Diese propagierte ebenso wie die Dachorganisation, der Bund Jüdischer Akademiker (B.J.A.), die "Heranbildung von Persönlichkeiten, die den Geist der Tauroh [Thora] in Leben und Lehre verwirklichen." (160) Die V.J.A. unterschied sich dadurch von den übrigen jüdischen Verbindungen, daß bei ihr die im Berufsleben stehenden Alten Herren den Aktiven organisatorisch gleichgestellt waren (161)

und daß auf traditionelles studentisches Brauchtum weniger Wert gelegt wurde: "Wir fochten nicht; das war gegen die orthodoxe Regel. Wir hatten zwar einen Fuchsmajor und waren in dieser Hinsicht assimiliert, aber es hieß nicht: 'In die Kanne, Fuchs!' Wir zwangen niemanden zu trinken; das wäre gegen unsere orthodoxe Einstellung gewesen." (162)

Zu den Alten Herren der V.J.A. gehörten unter anderem Rabbiner Siegmund Hanover (163), der Vorsitzende der orthodoxen Ortsgruppe, Hermann Engel (164), und Religionslehrer Ludwig Hammelburger. (165) Die Zahl der studentischen Mitglieder betrug im Sommersemester 1919 27 (166), ging dann jedoch wie auch bei den übrigen Verbindungen zurück. (167)

Die Grenze zwischen der Würzburger V.J.A., den orthodoxen Vereinen Agudas Jisroel und Ez Chaim, den gesetzestreuen Jugendgruppe Esra und Agudas Jisroel-Jugendorganisation sowie dem jüdischen Lehrerseminar waren fließend: Man traf sich zum Gottesdienst häufig in der Privatsynagoge in der Bibrastraße 17, man besuchte gemeinsam Schiurim, man nahm als Esra-Mitglied an religiösen Kursen teil und gab später als Student selbst welche. (168) Im Mittelpunkt stand dabei jeweils "die harmonische Vereinigung von Thorah mit moderner Wissenschaft und zeitgemäßer Bildung" (169):

"In the 'B.J.A.' the hypotheses and results of modern science were critically examined in the light of Bible and Talmud and their classical interpretations. For every faculty of the university - Science, Law, History, Literature - the Jewish Academic Society [V.J.A.] provided a special mentor or tutor who was an expert in his particular field and at the same time a Jewish scholar of orthodox outlook. In that way the students could discuss their own problems with their mentor; and doubts which had arisen in their minds owing to possible conflicts between Jewish concepts and what they were taught at the university were ironed out in a calm academic atmosphere. In addition, daily shiurim in Bible and Talmud as well as social entertainments were arranged so that the Jewish students remained within the fold and were not lured away by the attractions of modern town life. If one thinks of the enormous number of Jewish students in the United States, England and other countries who are lost to Judaism either by religious conflicts during the years of their studies or by inter-marriage, one can easily imagine what a blessing the 'B.J.A.' and its many orthodox Jewish university-societies must have been for orthodox students in Germany. Indeed, these students proved in later life pillars of orthodox Jewish communities in whose activities they took a leading part. Only thus can we explain the phenomenon often wondered at by foreign observers that there was a very high percentage of intelligentsia in German Jewish orthodoxy, whereas in other countries study at a university usually meant deviation from orthodoxy and Jewish religious practices." (170)

Für orthodoxe Studenten, die Wert auf koschere Kost legten und finanziel-

le Unterstützung benötigten, existierte in Würzburg eine koschere Studentenmensa (171), die zunächst durch private Spenden (172) und durch einen Zuschuß des VBIG aufrechterhalten wurde. (173) Während des Höhepunkts der inflationären Entwicklung gab sie wöchentlich 300 bis 350 Portionen aus. (174)

Zu den eifrigsten Benutzern der Mensa zählten ausländische Studenten (175), die in Würzburg während der Republik durchschnittlich ein Fünftel der jüdischen Studenten stellten. (176) Sie kamen überwiegend aus Rußland, wo für Juden zahlreiche Beschränkungen der Lern- und Studiermöglichkeiten bestanden, sowie aus den anderen nach dem Weltkrieg neugeschaffenen Staaten Osteuropas, in denen die Universitäten teilweise dem Bildungsbedürfnis der jüdischen Studenten nicht entsprachen, wenn nicht überhaupt ein verdeckter oder offener numerus clausus ihnen die Immatrikulation verwehrte. Die ausländischen Studierenden schufen sich eigene Vereinigungen zur Wahrnehmung ihrer Interessen, die sich 1923 zum Verband Jüdischer Studentenvereine in Deutschland zusammenschlossen. (177) Der auch in Würzburg vertretene Verband (178) unterstützte jene Mitglieder, die nicht über genügend Mittel verfügten, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren und die Studien- und Prüfungsgebühren aufzubringen. (179)

Die Mehrzahl der ostjüdischen Studierenden arbeitete mit einiger Wahrscheinlichkeit in den zionistischen Verbindungen Würzburgs mit. Der im Wintersemester 1913/14 geschaffene zionistische Stammtisch hatte sich während des Weltkriegs aufgelöst (vgl. Kap. IV,2); im Jahr 1919, nachdem sich der Bund Jüdischer Corporationen (B.J.C.) und das Kartell Zionistischer Verbindungen zum Kartell Jüdischer Verbindungen (KJV) zusammengeschlossen hatten, wurde die zionistische Studentenarbeit wiederaufgenommen, diesmal in Form einer Verbindung Jüdischer Studenten (V.J.St.) im KJV, die den Namen Hatikwah erhielt. (180)

In zwei Kursen lernten die Mitglieder Hebräisch; mehrere Studenten beteiligten sich an der Arbeit der zionistischen Ortsgruppe und des nationaljüdischen Jugendbundes Blau-Weiß, andere wirkten bei der Gründung eines kurzlebigen jüdischen Turnvereins mit. (181) Trotz der ideologischen Differenzen zwischen Zionisten und Assimilierten kam es zu einer zeitweiligen Kooperation mit Veda und Rheno-Palatia. (vgl. Kap. IX) (182) In der Mitte der zwanziger Jahre stellte die V.J.St. ihre Tätigkeit in Würzburg ein,

nachdem schon in den Semestern zuvor nur eine kleine Gruppe von Aktiven zur Verfügung stand, die jedoch allem Anschein nach das Rückgrat der zionistischen Ortsgruppe bildete. (183) Bezeichnenderweise waren der Niedergang der zionistischen Verbindung und der zionistischen Ortsgruppe zeitlich eng miteinander verbunden.

Für kurze Zeit bestand in Würzburg eine zweite nationaljüdische Korporation, die Akademisch-Zionistische Verbindung Ivria, die sich gegen die Abkehr von den studentischen Formen im KJV wandte. Während die Hatikwah Duelle und Mensur ablehnte und auch keine Farben mehr trug, versuchte die Ivria, waffenstudentische Traditionen und nationaljüdische Einstellung zu vereinen. Schon 1922 oder 1923 löste sie sich auf. (184)

Am Beispiel der jüdischen Studentenverbindungen wird, ebenso wie bei den in Kapitel VIII behandelten Jugendorganisationen, die von Donald L. Niewyk als "divisive landscape of German Jewry" (185) bezeichnete Zersplitterung im deutschen Judentum deutlich. Über die Differenzierung in Liberale, Orthodoxe, Anhänger der Assimilation, Zionisten und Ostjuden hinaus, existierte eine Fülle weiterer Verbände, die auf die Herausforderung der Weimarer Jahre jeweils unterschiedlich reagierten. Andererseits zeigt der Bereich der jüdischen Wohlfahrt und des Sozialwesens, daß alle Gruppen engagiert zusammenarbeiteten, wenn die Umstände dies erforderten.

VII. Sozialwesen

Die jüdische Bevölkerung Würzburgs verfügte über ein vielgliedriges System von sozialen Einrichtungen und Wohlfahrtsvereinen. Private Initiativen und gemeindliche Aktivitäten griffen ineinander, wobei die freiwillige, in Vereinen organisierte Wohltätigkeit überwog. Hier wirkten Traditionen aus Mittelalter und früher Neuzeit weiter, wo in den weitgehend autonomen jüdischen Gemeinden kommunale und staatliche Hilfe nicht zur Verfügung stand. (1) Obwohl in der Weimarer Republik zum Beispiel die städtischen Sozialeinrichtungen wie Armenrat und Wohlfahrtsamt Angehörige aller Konfessionen gleichermaßen unterstützten (2), nahmen Intensität und Umfang der innerjüdischen Sozialarbeit noch zu, vor allem deshalb, weil Inflation und Weltwirtschaftskrise die Zahl der Bedürftigen sprunghaft ansteigen ließen. Eine wichtige Rolle spielte in der stark orthodox geprägten Gemeinde Würzburg daneben die Vorstellung von der religiösen Verpflichtung zum Dienst am Nächsten: "Zur Gesetzeserfüllung gehört auch das weite Gebiet der Liebestätigkeit, das nicht nur die Wohltätigkeit im engeren Sinne umfaßt, sondern alles, was in den Bereich der tätigen Menschenliebe fällt: Besuche von Kranken, Bestattung von Toten, Trösten der Trauernden. Auch diese Handlungen tragen den Charakter der Pflicht." (3)

1. Wohltätigkeitsvereine

Ältester aller während der Republik in Würzburg bestehenden jüdischen Vereine war die 1830, nur zwei Jahre nach der Gründung der Gemeinde, geschaffene Israelitische Bruderschaft (Chevra Kadischa), die als ihre Aufgabe die "Unterstützung Armer und Kranker" sowie das Beerdigungswesen betrachtete. (4) Die 350 Mitglieder (5) umfassende Bruderschaft stellte den wichtigsten und größten orthodoxen Verein Würzburgs dar, der auch die Auseinandersetzung mit Rabbiner Hanover nicht scheute. (6) Über die Tätigkeit der Chevra bei Sterbefällen heißt es in einer Selbstdarstellung:

"Die Ausübung der religiösen Gebräuche an Sterbenden und Gestorbenen, die

Tröstung der Hinterbliebenen, das ganze Bestattungswesen, steht im Mittelpunkt [...]. Beim Verscheiden des Kranken werden Mitglieder der Chewra Kadischa herbeigeholt, welche mit dem Sterbenden das Sündenbekenntnis und andere Gebete sprechen, und unter dem Schema Israel (7) haucht der gläubige Jude seine Seele aus. Es wird dann die Leiche abgehoben, und es knüpft sich daran die rituelle Wäsche, die Einkleidung der Leiche, lauter Verrichtungen, die von Vereinsmitgliedern ursprünglich vorgenommen wurden und auch jetzt noch in sehr vielen Vereinen von Vereinsmitgliedern vorgenommen werden. In den größeren Gemeinden werden Stellvertreter vom Vorstande hierzu bestellt. Dann gilt es, dem Toten die letzte Ehre zu erweisen, ihn auf den Friedhof zu begleiten. Die Vereinsmitglieder werden der Reihe nach vom Vorstande hierzu bestimmt, tragen den Sarg, graben das Grab und leisten alle Dienste, die man als letzten Liebesdienst dem toten Freunde leisten kann. [...] Während der Trauerwoche finden sich wenigstens zehn Personen im Sterbehause ein, um den Leidtragenden das Kaddischgebet (8) zum Andenken an den Verstorbenen zu ermöglichen. [...] Diese fromme Sitte, im Hause des Verstorbenen das Gebet abzuhalten, wird heute noch in den meisten Vereinen geübt. Es wird auch dafür Sorge getragen, daß vor dem Gebet von seiten einer besonders bestellten Person, dem Vorbeter oder Rabbiner, religiös erbauende Vorträge gehalten werden." (9)

Während die Satzung der Würzburger Chevra detailliert über die Trauerbräuche Auskunft gibt, enthält sie nur allgemeine Passagen über die Verpflichtung zur Wohltätigkeit. (10) Es kann davon ausgegangen werden, daß die Besuche bei Kranken und Sterbenden Einblicke in die wirtschaftliche Lage der betroffenen Familien erlaubten und im Fall der Bedürftigkeit zu finanzieller oder ähnlicher Hilfe führten. (11)

Als Pendant zur Bruderschaft arbeitete seit 1836 der Israelitische Frauenverein, der die im Zusammenhang mit der Chevra geschilderten Handlungen bei weiblichen Toten ausführte (12) und darüber hinaus die "Unterstützung und Pflege armer weiblicher Personen und bedürftiger Wöchnerinnen israelitischer Konfession [... und] den Besuch dieser Personen" (13) als seine satzungsmäßigen Verpflichtungen ansah. Der Frauenverein hatte 450 Mitglieder (14) und war dem 1904 als Dachverband entstandenen Jüdischen Frauenbund angeschlossen. (15) Dieser gehörte als Bestandteil der gemäßigten bürgerlichen Frauenbewegung seinerseits dem Bund Deutscher Frauenvereine an. (16) Auch in Würzburg arbeiteten jüdische und christliche Frauen zeitweise eng zusammen: Im Oktober 1925 startete der Israelitische Frauenverein gemeinsam mit anderen Organisationen eine Aktion gegen die Umgehung des Paragraphen 218. (17)

Im November des gleichen Jahres schuf der Verein einen Arbeitsnachweis für jüdische Frauen und Mädchen, der vor allem solche Stellen vermittelte,

die "das Halten der religionsgesetzlichen Vorschriften" hinsichtlich des Schabbat und der rituellen Lebensführung ermöglichten. (18) Die Einrichtung stand in engem Kontakt mit ähnlichen jüdischen Institutionen in anderen Städten des Inlands sowie des deutschsprachigen Auslands. Von ihr machten vor allem Buchhalterinnen, Verkäuferinnen und Hausangestellte Gebrauch, außerdem Personen, die solche Kräfte suchten. (19) Seit 1929 unterhielt der Frauenverein im gemeindlichen Anwesen Domerschulstraße 19 eine Altkleiderstelle für Bedürftige. (20)

Wohltätige Ziele verfolgte auch der bereits erwähnte, 1862 gegründete Verein Ez Chaim. Dieser orthodoxe Lernzirkel unterstützte arme Talmudstudierende mit Geldzuweisungen und Brennmaterial. (21) In die gleiche Richtung dürften die Aktivitäten des Ohawe Emeth-Vereins gewiesen haben. (22)

Im Jahr 1863 entstand der Israelitische Wanderunterstützungsverein (23), dem während der Weimarer Jahre 374 Personen angehörten. (24) Der Verein sorgte mit Geld- und Sachzuwendungen für die in Deutschland umherreisenden jüdischen "Wanderarmen", von denen die meisten aus Osteuropa stammten. Wie vor dem Weltkrieg emigrierten auch nach 1918 jährlich Zehntausende osteuropäischer Juden. Deutschlands geographische Lage brachte es mit sich, daß es zum Hauptdurchwanderungsland dieser Personen wurde. Während viele nach Amerika gingen, blieben andere im Reich, da sie im Ausland kein festes Reiseziel hatten. Unter den Wanderern befanden sich auch deutsche Juden, die wegen ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse oder einer aktuellen Notlage gezwungen waren, ihren Heimatort zu verlassen. (25)

Zunehmende Arbeitslosigkeit und die Verarmung des jüdischen Mittelstandes als Folge der Inflationsjahre riefen eine verstärkte Binnenwanderung hervor. 1925 entstand auf Reichsebene die Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge und Arbeitsnachweise, deren Aufgabe es sein sollte, die Unterstützung der Wanderarmen zu koordinieren, ihnen Arbeit zu vermitteln und dadurch zu verhindern, daß aus wandernden Fürsorgeempfängern sogenannte Schnorrer wurden, die ausschließlich von der Hilfe der Unterstützungskassen lebten. (26) Über diese Schnorrer und ihre Betreuung, die sich vor Schaffung der Hauptstelle meist auf finanzielle Unterstützung beschränkte, schrieb S. Adler-Rudel: "Der 'Wanderarme' war ein Mensch, der durch das Armsein auf der Wanderung seinen Lebensunterhalt fand, wie etwa ein Wanderredner oder Wanderhausierer. 'Wanderarmer' war zu einer Berufsbe-

zeichnung geworden. Er war in den scheinbar gur organisierten Fürsorgeapparat für 'Wanderarme' eingeordnet. [...] Bei einer geschickten Auswahl der Fürsorgestellen und der Reiserouten gewährte [...] das Kassenwesen eine - wenn auch nicht beneidenswerte - Existenzmöglichkeit. Das wesentliche Motiv dieser Wanderarmenfürsorge war die Bekämpfung des lästigen Hausbettelns [...]." (27)

Die Hauptstelle versuchte, diese Praxis zu erschweren und die Wanderung zum Stillstand zu bringen. Ihre Richtlinien, an die sich auch der Würzburger Wanderunterstützungsverein halten mußte, sahen unter anderem vor, daß

"Inländer von den [Kassen] nur dann befördert werden [sollten], wenn sie sich nachweisbar auf eine Arbeitsstätte begeben oder zu Familienangehörigen reisen, sofern die Familie die Hinreise wünscht. In allen anderen Fällen sollten sie nur nach ihrer zugehörigen Heimatgemeinde befördert werden. Bei allen Durchwanderern nichtdeutscher Staatsangehörigkeit sollte eine Beförderung nur dann in Frage kommen, wenn sie sich nachweisbar auf eine Arbeitsstätte (sei es [im] Inland oder Ausland) begeben oder zwecks Erledigung von Paßangelegenheiten an den Ort ihres zuständigen Konsulates reisen. Wenn eine Arbeitsstätte nicht beschafft werden kann, der weitere Aufenthalt im Inlande zwecklos und eine Rückkehr in die Heimat sich irgendwie ermöglichen läßt, soll dem Ausländer nahegelegt werden, in seine Heimat zurückzukehren; die Beförderung soll in diesem Falle möglichst bis an die in Frage kommende Landesgrenze erfolgen." (28)

Für das Jahr 1926 liegt eine genaue Statistik über die 843 Personen vor, die vom Würzburger Wanderunterstützungsverein betreut wurden. (29) 70 % waren Ausländer, davon die meisten Ostjuden. (30) In 800 Fällen erhielten die Vorsprechenden eine Geldzuwendung. Nur sieben erklärten jedoch, auf der Reise zum Antritt einer Arbeitsstelle zu sein, elf behaupteten, Geld für die Auswanderung zu benötigen und 13 waren in Paßangelegenheiten unterwegs. Die übrigen machten entweder überhaupt keine Angaben oder erklärten ihre Wanderung mit Arbeitssuche (192) und Heimreise (120). (31)

Diese Zahlen deuten darauf hin, daß es sich beim Großteil der Unterstützten in Würzburg um jene unterste soziale Kategorie der Schnorrer handelte, denen die besondere Verachtung vieler deutscher Juden galt. Der Sohn des ostjüdischen Kantors Abraham Niederland erinnert sich: "Die sogenannten Schnorrer wurden ganz schlecht behandelt. Sie wurden mit einigen Pfennigen abgespeist und weggeschickt. Ich empfand das als Kind immer als sehr schlimm. Diese Schnorrer erkundigten sich dann, wo andere Ostjuden wohnen und kamen bei uns betteln. Ein Kantor hatte ein ganz kleines Ge-

halt; man hat aber doch diese Leute zum Mittagessen oder zum Abendessen eingeladen. Manchmal haben sie auch bei uns übernachtet." (32)

Die von Adler-Rudel propagierte Produktivierung und Seßhaftmachung der Wanderarmen hatte in der industriearmen Beamtenstadt Würzburg keine Chance auf Verwirklichung. Darüber hinaus fielen die Antipathien der einheimischen jüdischen Bürger ins Gewicht, die an einem Zustrom von Ostjuden und Angehörigen der Unterschicht nicht interessiert waren. Im März 1920 wandte sich der Gemeindevorsitzende Gerson Haas in einer wohl von zionistischen und ostjüdischen Kreisen einberufenen Versammlung gegen die Schaffung einer speziell für Ostjuden gedachten Arbeitsvermittlungsstelle in Würzburg, die eng mit einer ähnlichen Einrichtung in Berlin zusammenarbeiten sollte. Als Haas der Verwaltung von seiner Stellungnahme berichtete, schloß sich diese seinem Standpunkt an. (33)

Zwischen 1925 und 1932 half die Kasse des Würzburger Wanderunterstützungsvereins annähernd 7000 Männern und Frauen; 1930 sprachen allein 1100 Personen vor, die durchschnittlich 1,85 RM erhielten, während es 1926 bei wesentlich geringerer Beanspruchung noch 3,25 RM gewesen waren. (34) Außer durch einen Zuschuß der Gemeinde von jeweils etwa 500 RM pro Jahr (35) finanzierte sich die Kasse durch Mitgliedsbeiträge, Zahlungen des VBIG, Spenden und Zuschüsse umliegender Kultusgemeinden, vor allem Aschaffenburgs und Schweinfurts. (36)

Der sechste Wohltätigkeitsverein, der zu Beginn der Weimarer Republik in Würzburg existierte, war eine Gründung des Jahres 1877. Dem Israelitischen Hilfsverein, der als Ziel die "regelmäßige monatliche Unterstützung ortsansässiger 'verschämter' Armer mit Geld" betrachtete, gehörten rund 300 Männer und Frauen an. (37)

2. Sozialeinrichtungen

a. Krankenhaus und Altersheime

Schon im Jahr 1850 entstand in Würzburg ein Komitee, das die Schaffung eines jüdischen Krankenhauses betrieb. Es gelang jedoch nicht, das Interesse der damals noch finanzstarken Landgemeinden zu wecken, so daß das Projekt scheiterte. Zwei Nachlässe in Höhe von jeweils 500 Gulden schufen in den nächsten Jahren einen finanziellen Grundstock, der noch anwuchs, als der gerade gegründete Hilfsverein beschloß, ein Viertel der Mitgliedsbeiträge anzusammeln und für einen Krankenhausbau zu verwenden. Die Führungsspitze des Vereins trat an die Kultusverwaltung und andere Wohltätigkeitsvereine mit der Bitte heran, ebenfalls Mittel für das geplante Haus zur Verfügung zu stellen. Am 11. April 1880 konstituierte sich ein Komitee zur Errichtung einer Kranken- und Pfründnerhausstiftung, dem Vertreter der Verwaltung, des Hilfsvereins, der Chevra Kadischa, des Frauenvereins und des Wanderunterstützungsvereins angehörten. Die Mitgliedsvereine statteten die Stiftung mit 28000 M aus; ein Aufruf erbrachte weitere 30000 M an Schenkungen. (38)

Im Juli 1882 genehmigte das Innenministerium die Stiftung, deren Kapital inzwischen auf 76000 M angewachsen war. Im gleichen Monat löste sich nach der Wahl einer Stiftungsverwaltung das Komitee auf. Zwei Jahre später erwarb die Stiftung für 80000 M Gebäude und Grundstück der aus Würzburg verlegten "Anstalt für Unheilbare" in der Valentin-Becker-Straße, in der das Krankenhaus eingerichtet wurde. Die feierliche Einweihung fand am 9. April 1885 statt. (39)

Nachdem die Stiftung als Haupterbe eines verstorbenen Gemeindemitglieds 67000 M erhalten hatte, konnte sie in den Jahren 1891/92 ein mit dem Krankenhaus direkt verbundenes Pfründnerhaus (Altersheim) erstellen. Das Gebäude, in dem 32 Personen Aufnahme fanden, besaß eine kleine Synagoge und war von einem ausgedehnten Garten umgeben. (40) In die auf streng religiöser Grundlage geführte Einrichtung konnten Männer und Frauen aufgenommen werden, die das 60. Lebensjahr erreicht hatten. Diese zahlten entweder ein

einmaliges Einkaufsgeld, dessen Höhe sich nach dem Alter richtete, oder einen monatlichen Beitrag, der 1930 für ein Einzelzimmer zwischen 150 und 180 RM schwankte und für ein Zweibettzimmer 120 RM betrug. (41)

Das Krankenhaus entwickelte sich rasch: Wurden 1885 33 Kranke eingeliefert, so waren es 1897 bereits 117. Seit 1904 wirkte Robert Sprinz als Oberarzt der inneren Abteilung. (42) Sprinz kam 1861 in Inowrazlaw bei Posen zur Welt und ließ sich 1888 in Würzburg als praktischer Arzt nieder. Während des Ersten Weltkriegs, in dem sein einziger Sohn fiel, stellte Sprinz das Krankenhaus dem Roten Kreuz als Lazarett zur Verfügung. Auch nach seiner Pensionierung im September 1931 betreute Sprinz die Bewohner des Altersheims ärztlich, bis er am 1. Januar 1936 aus dem aktiven Dienst der Stiftung ausschied. Nachdem ein Auswanderungsversuch im Jahr 1940 ohne Erfolg blieb, wurde er 81jährig am 23. September 1942 nach Theresienstadt deportiert. (43)

Die private Kranken- und Pfründnerhausstiftung war personell und finanziell eng an die Gemeinde angebunden. Die Kultusverwaltung delegierte fünf Mitglieder in die Stiftungsverwaltung (44); gemäß Paragraph 45 der Statuten von 1904 mußte die Gemeinde jährlich 5 % ihrer Bruttoeinnahmen an das Krankenhaus abführen. Mit Rücksicht auf die günstige finanzielle Lage der Stiftung und die prekäre Situation der Gemeinde beschloß die Kultusverwaltung am 21. Dezember 1919, diese Zahlungen einzustellen und in der nächsten Gemeindeversammlung eine Änderung der Statuten zu beantragen. (45) Da auch die Stiftung sich damit einverstanden erklärte, stimmte die Gemeindeversammlung vom 13. Mai 1920 nach längerer Diskussion der Maßnahme zu, allerdings mit der Einschränkung, daß der Stiftung "erforderlichenfalls aus den Mitteln der Kultusgemeinde Beträge bis zu 6000 M zu gewähren seien." (46)

Die Entwicklung der Inflationsjahre machte es dann nötig, daß die Stiftung ihrerseits der Gemeinde im Januar 1922 ein Darlehen in Höhe von 60000 M gewähren mußte. (47) Von 1925 an setzte die Kultusverwaltung jeweils Zuschüsse von 1000 RM an das Krankenhaus in den Etat ein. (48) 1929 hatte sich die Zahlung auf 6000 RM erhöht. (49) In diesem Jahr betrugen die Ausgaben für Kranken- und Pfründnerhaus über 83000 RM, denen an Einkünften lediglich 62000 RM gegenüberstanden. Die Deckung des Defizits gelang nur durch die Mobilisierung von Spendern. (50) Von 1930 an sah sich die Gemein-

de nicht mehr in der Lage, der Stiftung nennenswerte Beträge zu überweisen (51), obwohl der gemeindliche Sozialhaushalt durch Kranken- und Pfründnerhaus beträchtlich entlastet wurde; sowohl das Spital wie auch das Altersheim nahmen wohl in Einzelfällen mittellose Mitglieder der Kultusgemeinde Würzburg auf, ohne für deren Betreuung auf einer finanziellen Entschädigung zu bestehen. (52)

Im Mai 1926 übernahm der Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden einen zuvor als Isolierbau benutzten Anbau des Krankenhauses als "Landesheim für Sieche", in dem pflegebedürftige Juden aus ganz Bayern untergebracht wurden. Um die Aufnahmekapazität zu erweitern, errichtete der VBIG für 140000 RM einen Erweiterungsbau, der durch einen unterirdischen Gang mit dem alten Gebäude verbunden war. Die Einweihung des Komplexes, der nunmehr bis zu 40 Personen Platz bot, fand am 18. Mai 1930 statt. (53) Über die Belegung des Landesheims bestimmte das Wohlfahrtsamt des VBIG in München. (54) Würzburg besaß jetzt zwei der etwa 70 jüdischen Altersheime des Reiches. (55)

b. Schwesternheim

Im Jahr 1900 beschloß die Großloge für Deutschland des jüdischen "Unabhängigen Ordens Bne Briss" (U.O.B.B.) (56), auf Kosten der Loge Krankenschwestern ausbilden zu lassen und eine Krankenschwesterorganisation des Ordens zu gründen. (57) Die philantropische, am Vorbild der Freimaurer orientierte Vereinigung ging dabei davon aus,

"daß die Juden auf diesem Felde der Werktätigkeit nicht ferner zurückstehen dürften hinter den anderen Konfessionen, deren Krankenpflege von uns reichlich in Anspruch genommen wurde. [...] Die Zeitverhältnisse schienen dem Unternehmen günstig zu sein. Die Frau, auch die jüdische Frau, drängte nach selbständigen Berufen, die sie unabhängig machten von den damals schon verringerten Heiratschancen oder von dem wirtschaftlichen Unterhalt durch die Angehörigen." (58)

Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs entstand auch in Würzburg ein Israelitisches Schwesternheim; drei junge Frauen zogen in eine angemietete Wohnung. Als Träger trat ein Verein für israelitische Krankenschwestern

auf. (59) Der Orden Bne Briss orientierte sich bei der Schaffung der neuen Einrichtungen an den bereits bestehenden Krankenschwesterorganisationen der anderen Konfessionen, was zu ordensähnlichen Gemeinschaften mit Oberin und Ordensregel führte. Während jedoch katholische und evangelische Schwestern durch den Eintritt in einen Orden in ihrer gesamten Lebensführung festgelegt wurden, standen die jüdischen Schwestern trotz der Zugehörigkeit zu einem Krankenpflege-Orden nach wie vor im weltlichen Leben. (60) Diese Polarität führte zu Belastungen: Im Hinblick auf katholische und evangelische Ordensgemeinschaften schien es "unvereinbar mit der Würde einer Schwester [...], daß sie, die tagsüber in ihrer Schwesterntracht Schwerkranke gepflegt hat, abends im Gesellschaftskleid im Ballsaal erscheint." (61) Während der Weimarer Jahre entwickelte sich eine Diskussion um diese Frage, in deren Verlauf gefordert wurde, sich von der Illusion freizumachen, "daß die jüdische Schwester auch außerhalb des Pflegedienstes der Ordensschwester gleichen muß." (62)

Nach dem Weltkrieg, in dem der U.O.B.B. seine Schwestern für die Heeresverwaltung freistellte, war die Organisation mit 36 Schwestern in 15 Städten vertreten. (63) In der Folge kam es zu einer Spaltung der Krankenschwesterorganisationen: Ein Teil blieb dem Orden Bne Briss angegliedert, ein Teil, darunter das Würzburger Schwesternheim, schloß sich dem Deutschen Verein jüdischer Krankenpflegerinnen an. (64) Über die Tätigkeit der Schwestern referierte im Dezember 1928 der Gemeindevorsitzende Gerson Haas in der Kultusverwaltung. Haas hob hervor,

"daß Unbemittelte und Arme in der hiesigen Kultusgemeinde in überaus zahlreichen Fällen unentgeltliche Pflege erhielten, daß von zahlreichen Glaubensgenossen in Krankheitsfällen jüdische Schwestern ganz besonders bevorzugt würden, daß es Pflicht [einer] Kultusgemeinde in der Größe Würzburgs sei, auf Verlangen ihren Mitgliedern eine jüdische Krankenschwester zu stellen. Auch andere Kultusgemeinden in der Größe Würzburgs besäßen jüdische Schwestern, welche von der Kultusgemeinde unterhalten werden." (65)

Da wegen der zahlreichen unentgeltlichen Dienstleistungen die Mitgliedsbeiträge des Trägervereins nicht zur Aufrechterhaltung des Schwesternheims ausreichten, gab die Gemeinde jährliche Zuschüsse von mehreren hundert RM. (66) 1930 zog die Einrichtung, die inzwischen nur noch über eine Schwester verfügte, in das Landesheim des VBIG um. (67)

c. Kindergarten

Der jüdische Kindergarten - in der Sprache der Zeit meist Kinderbewahranstalt oder Kinderhort genannt - wurde 1908 für die Knaben und Mädchen armer Eltern gegründet. (68) "In dieser Anstalt seien namentlich Kinder während des Tages untergebracht, deren Eltern sich keinen Dienstboten halten können u. die sich um ihr Geschäft kümmern müßten; die Kinder würden sogar ihr Essen dort erhalten", erläuterte Ignaz Rindskopf am 24. Februar 1927 in der Kultusverwaltung. Wie beim Schwesternheim fungierte auch beim Kindergarten ein Verein als Träger, der regelmäßig von der Gemeinde unterstützt wurde. (70)

Ostjüdische Eltern bevorzugten für ihre Kinder den jüdischen Hort. (71) Dagegen besuchten die Knaben und Mädchen aus wohlhabenderen Familien den Kindergarten der Sophienschule (72), einen der zahlreichen katholischen Kindergärten (73) oder das Montessori-Kinderhaus in der Neubaustraße (74), wenn sie nicht zu Hause von einer Gouvernante betreut wurden. (75)

In Bad Kissingen existierte darüber hinaus eine jüdische Kinderheilstätte, die 1905 entstanden war und für kranke Kinder minderbemittelter Eltern nahezu unentgeltliche ärztliche Hilfe bot. 1919 wurde ein Gebäudeflügel mit 30 Betten für berufstätige Mädchen und Frauen angebaut. Seit 1927 vervollständigte ein Kurhospiz für Erwachsene die Bad Kissinger Einrichtung (76), die auch von bedürftigen Personen aus Würzburg aufgesucht wurde. (77)

3. Einzelunterstützungen

Bis zum Jahr 1921 erfolgte die finanzielle und Sachunterstützung von Gemeindemitgliedern in engem Zusammenwirken von Kultusverwaltung und Wohltätigkeitsvereinen. An Hand der erhaltenen Verteilungslisten läßt sich sowohl der Kreis der Empfänger als auch die Herkunft der verteilten Gelder näher bestimmen. Außer von den in der Sozialarbeit tätigen Vereinen stammten die Geldmittel vor allem aus Stiftungen und Ehrenverrichtungen während des Gottesdienstes.

Der sogenannte "Mizwotverkauf" (78) war von zahlreichen Gemeinden eingeführt worden, um zusätzliche Mittel für die Unterstützung bedürftiger Mitglieder zu erhalten. Der Aufruf zur Thoravorlesung war daher ebenso mit einer Spende verbunden wie das Öffnen der heiligen Lade oder das Emporheben, Einrollen und Einkleiden der Thorarollen. (79) § 14 der Statuten von 1904 legte fest, daß die Erlöse aus den gottesdienstlichen Ehrenverrichtungen zu wohltätigen Zwecken verwendet werden mußten. (80)

Weitere entsprechende Einnahmen hatte die Gemeinde aus der Verwaltung einer Reihe von Stiftungen, deren Kapital in Wertpapieren angelegt war; von den jährlich anfallenden Zinsen wurde entweder die Grabstätte des Stifters erhalten (Gräberstiftung) oder der Todestag des Verstorbenen in der Synagoge durch Gebete und das Anzünden eines Lichtes begangen (Jahrzeitstiftung). Laut einem Verwaltungsbeschluß vom November 1916 kamen die übrigen Zinsen dem gemeindlichen Wohltätigkeitsfonds zugute. (81) Eine typische Jahrzeitstiftung war die im März 1919 eingerichtete Josef-Dessauer-Stiftung. Der 1866 in Heidingsfeld geborene Essig- und Likörfabrikant Josef Dessauer hatte am 12. April 1918 seinen im Feld stehenden einzigen Sohn Fritz verloren. Er übergab der Gemeinde 1000 M in Kriegsanleihen und bestimmte, daß ein Fünftel der Zinsen "für das Kaddischsagen und Schiurlernen alljährlich am Sterbetag seines Sohnes" und der Rest für "Wohltätigkeitszwecke nach Ermessen der Kultusgemeinde" verwendet werden sollte. (82)

Unter den Wohltätigkeitsstiftungen ragt die Feist-Hirsch-Berg'sche Aussteuerstiftung heraus, die im Mai 1919 über Effekten im Wert von annähernd 85000 M verfügte. (83) Aus den Zinsen der unter Aufsicht des Stadtrats stehenden und vom jeweiligen Vorsitzenden der Kultusgemeinde verwalteten Stiftung wurden jährlich 1714 M für die Aussteuer eines jüdischen Mädchens aus dem Regierungsbezirk Unterfranken aufgebracht. Die übrigen Zinsen kamen der Sozialarbeit der Gemeinde Würzburg sowie verschiedener Landgemeinden zugute. Letztmals geschah dies 1921, bevor die Inflation das Vermögen der Stiftung entwertete. (84)

Unterstützung in Form von regelmäßigen Geldzahlungen oder durch kostenlose Überlassung von Mazzot (85) erhielten während der Jahre 1919 und 1920 etwa 50 Familien bzw. Einzelpersonen. Für eine Detailanalyse wurden jene Personen herausgegriffen, die in den Listen der Kultusgemeinde nicht als Umlagezahler aufgeführt sind. Die sichere Zugehörigkeit dieser Männer und

Frauen zur Unterschicht ist also doppelt belegt: durch den Empfang von Unterstützungsleistungen und durch die Befreiung von der Umlage. Insgesamt wurden 32 solche Personen ermittelt, von denen 13 (40,6 %) Ostjuden waren. Zählt man Ehepartner und nicht erwerbstätige Kinder bis zum Alter von 20 Jahren hinzu, so erhält man 59 Personen, darunter 33 Ostjuden, was einem Anteil von fast 60 % entspricht. (86) Das Durchschnittsalter der 32 Unterstützungsempfänger betrug am 1. Juli 1920 59 Jahre; mehr als ein Viertel war 70 Jahre und älter. Fast die Hälfte (14 Personen) hatte vier und mehr Kinder. In sechs Fällen handelte es sich um pensionierte Lehrer bzw. deren Witwen oder um ehemalige Gemeindebedienstete. Unter den Berufstätigen befanden sich mehrere Gelegenheitsarbeiter, Lumpenhändler, Verkäufer auf Messen und Märkten sowie ein Handelsmann und eine Händlerin. (87)

Zur Illustration dieser statistischen Angaben dienen die folgenden Beispiele: Das aus Polen stammende Ehepaar Moses und Rosa Sachsenhaus kam im Alter von 56 und 48 Jahren 1908 von Belfort nach Würzburg. Eine Tochter war zu diesem Zeitpunkt bereits in die USA ausgewandert, ein Sohn lebte noch als lediger Schumacher in Warschau. Moses Sachsenhaus begann eine Tätigkeit als Hausierer mit Kurzwaren auf den Messen und Märkten der Würzburger Gegend. Als er im April 1920 starb, führte seine Witwe den Handel offenbar fort. Die Kultusgemeinde bestritt aus ihrer Wohltätigkeitskasse die Kosten für die Beerdigung von Sachsenhaus auf dem jüdischen Friedhof; darüber hinaus erhielt die Witwe regelmäßig finanzielle Unterstützung sowie 1919, 1920 und 1921 während des Pessachfests Mazzot. Im Herbst 1928 wurde Rosa Sachsenhaus in das Pfründnerhaus aufgenommen, wo sie 1938 starb. (88)

Ebenfalls 1908 meldete sich das 46 und 24 Jahre alte polnische Ehepaar Abraham und Mina Michel mit zwei kleinen Kindern in Würzburg an. Abraham Michel handelte "ohne Laden u. Lager" (89) mit Textil- und Schreibwaren und mit jüdischen Gebetbüchern. Über den Geschäftsgang geben drei fruchtlose Pfändungen in den Jahren 1916, 1917 und 1918 Aufschluß. Als Michel 1918 starb, waren drei weitere Kinder geboren worden. Die Gemeinde trug durch regelmäßige finanzielle Leistungen zum Lebensunterhalt der Witwe und ihrer Kinder bei und sorgte außerdem dafür, daß die acht- und neunjährigen Söhne Jakob und Josef 1919 in der jüdischen Erziehungsanstalt in Ahlem bei Hannover untergebracht werden konnten, wo sie bis 1923 bzw. 1924 blieben. (90)

Als Köchin und Haushälterin arbeitete die 1857 in Himmelstadt als Metzgerstochter geborene Helena Oppenheimer, nachdem sie 1899 nach Würzburg kam. Im März 1914 war sie nach ihren im Einwohnermeldeamt gemachten Angaben ohne Vermögen; sie verdiente zu diesem Zeitpunkt als Austrägerin für eine Würzburger Firma etwa 6 M monatlich; ihre Tätigkeit als Heimnäherin der jüdischen Kleiderfabrik Blumhof sicherte ihr ein zusätzliches Einkommen von täglich 2 M. In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg wurde sie regelmäßig von der Kultusgemeinde unterstützt. Auch 1931 lebte sie, mittlerweile 74 Jahre alt, noch als Näherin in Würzburg. (91)

Im Jahr 1918 mußte sich die Gemeindeverwaltung mehrmals mit dem Fall eines kranken unehelichen sechsjährigen Mädchens befassen, dessen Mutter nicht für die Erziehung aufkommen konnte. Das Kind kam zu einer Pflegemutter in Thüngen, einer unbemittelten jüdischen Witwe, die für ihre Tätigkeit einen monatlichen Betrag von 50 M erhielt. Davon zahlten der städtische Armenrat 18 M, Chevra Kadischa, Frauenverein und Hilfsverein zusammen 20 M und die Kultusgemeinde 12 M. (92)

4. Inflation und Verarmung des Mittelstands

Die Geldentwertung traf Juden und Christen gleichermaßen hart. Ruppin kam zu der Auffassung, die wirtschaftliche Situation der deutschen Juden sei nach Beendigung der Inflation "zweifellos weniger günstig [gewesen] als vor dem Weltkrieg, zu welcher Zeit sie allerdings außergewöhnlich gut war." (93) Dies stimmt mit der Einschätzung Niewyks überein, "that many more Jews emerged from the inflation poorer rather than richer." (94) Während Personen mit internationalen Kontakten billig Devisen und Immobilien erwerben konnten (95), gerieten vor allem kleine Selbständige in Schwierigkeiten, wenn sie sich nicht schnell genug auf die neue Handelsmoral umstellten, wonach es profitabler war, Schulden zu machen, als Rechnungen sofort zu begleichen. Auch viele freiberuflich Praktizierende hatten große Inflationsverluste. Die Krankenkassen überwiesen den Ärzten beispielsweise die ihnen zustehenden Honorare nur vierteljährlich (96); viele Patienten sahen sich außerstande, für private ärztliche Leistungen zu zahlen. Zahnarzt Max Frank akzeptierte stattdessen Sachleistungen wie Kohlen und

Wein und war, als er selbst krank wurde, mit erheblichen Problemen konfrontiert. (97)

Menschen, die vom Zinsertrag eines angesparten Vermögens lebten, verloren innerhalb weniger Jahre ihren gesamten finanziellen Rückhalt. Der Anteil ehemals selbständiger Juden an der Gruppe der Rentiers und Privatiers lag besonders hoch, wie überhaupt Juden unter den über 65jährigen überproportional stark vertreten waren. (98) Die Auswirkungen der Inflation auf diesen Personenkreis charakterisierte Helmut Heiber so:

"Wer sich in der Vorkriegszeit ein Vermögen von, sagen wir, 50000 Mark gespart (ein für die damaligen Verhältnisse recht beachtlicher, als Altersvorsorge durchaus hinlänglicher Betrag) und sie, wie es so schön heißt, mündelsicher angelegt hatte, verfügte Anfang 1920 noch über 5000, Mitte 1922 über 500 und Anfang 1923 über ganze 20 Goldmark. Daß dann am Ende des Zahlenwirbels von 1923 daraus 0.0005 Pfennige wurden, war schließlich nichts als eine belanglose Zahlenspielerei, der Verlust eines Zwanzigmarkscheins nach dem Verlust eines Vermögens." (99)

Die Proletarisierung eines Teils des ehemaligen jüdischen Mittelstandes läßt sich am Beispiel der Kleinrentner rekonstruieren, jener Gruppe von Vermögenslosen, die von einer gering bemessenen Rente lebten. (100) Aus den Unterlagen des Einwohnermeldeamts sind 36 jüdische Kleinrentner zu ermitteln, wobei in zwei Fällen auch der Umfang des einstmals vorhandenen Besitzes angegeben werden kann. Die 1869 geborene Kaufmannswitwe Jettchen Schlenker verfügte ursprünglich über Ersparnisse in Höhe von rund 12000 M; als besitzlose Kleinrentnerin bezog sie seit den Inflationsjahren eine monatliche Rente von 48 RM. (101) Der 1868 in Würzburg geborene Kaufmann Adolf Lippmann hatte im Jahr 1921 entsprechend einem Vermerk auf seinem Meldebogen noch 40000 M Vermögen; er starb als Kleinrentner auf dem Höhepunkt der Inflation im September 1923. (102)

Eine ähnliche Entwicklung ist in den meisten Fällen zu vermuten, in denen Würzburger Juden zu Kleinrentnern wurden. Denn: Noch 1920 waren drei Viertel der jüdischen Kleinrentner (26 Personen bzw. 72 %) in der Lage gewesen, die halbjährlich fälligen Umlagen der Kultusgemeinde zu entrichten. (103) Von den Umlagezahlern gehörten die weitaus meisten (22 Personen bzw. 84 %) dem Kleinbürgertum an; zwei Umlagezahler (8 %) zählten sogar zum mittleren Bürgertum, zwei weitere lagen mit ihrem Beitrag unter dem Satz von 7 M und werden deshalb der Unterschicht zugerechnet.

Der inflationsbedingte Vermögensverlust traf ledige und verwitwete Frauen besonders hart: mehr als zwei Drittel der Kleinrentner waren weiblichen Geschlechts; vier Fünftel hatten 1923 das 60. Lebensjahr erreicht oder überschritten. Zehn Personen fanden nach 1923 im jüdischen Pfründnerhaus Aufnahme. (104)

Der Zusammenbruch des jüdischen Mittelstandes (105) erzwang eine Ausweitung der gemeindlichen Wohlfahrtsanstrengungen. Erstmals kamen in großer Zahl deutsche, früher dem Mittelstand angehörige Juden als Unterstützungsempfänger in Frage:

"Not only were Jewish charities strained to the limit both during and after the inflation, but for the first time impoverished middle-class German Jews were identified as making up a significant bloc of recipients, joining the Eastern European refugees who traditionally had absorbed the bulk of charitable funds. Now Eastern and German Jews shared meals at community soup kitchens, lodging in shelters and old people's homes, and free or cheap groceries, fuel, and used clothing, all supplied by Jewish charities. Nor did demand for welfare assistance go away during the 'good years' of the Weimar Republic. On the contrary, the delayed affects of inflation and stabilization continued to be felt for years to come." (106)

In Würzburg entstand 1921 die Zentrale für jüdische Wohlfahrtspflege, die die Aktivitäten aller sozialen Vereine koordinierte (107) und die Kultusverwaltung von der Behandlung einzelner Unterstützungsfälle entband. Allerdings war sie durch drei Mitglieder in der Zentrale vertreten. (108) Die Wohlfahrtszentrale finanzierte sich durch Spenden, Zuschüsse der in ihr zusammengeschlossenen Vereine und Beiträge der Kultusgemeinde. Letztere zahlte 1929 allein 8000 RM (109), eine Summe, die fast die Hälfte des Etats der Zentrale ausmachte. (110)

Im Herbst 1922 trat angesichts der krisenhaften Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage die neugegründete Mittelstandshilfe an die Gemeindemitglieder mit der Bitte heran, "mitzuhelfen, die Not derer zu lindern, die durch Krieg und Inflation unverschuldet im Stillen leiden." (111) Die Einrichtung, die der Wohlfahrtszentrale angeschlossen wurde, bezweckte die "Unterstützung notleidender Angehöriger des Mittelstandes durch Naturalien" (112) und belieferte rund 100 jüdische Familien in Würzburg mit Lebensmitteln, Kohlen und Holz. Einen Teil der Nahrungsmittel stellte eine schweizerische Hilfsorganisation zur Verfügung. (113)

Besondere Probleme bereitete die Versorgung der minderbemittelten Familien

mit Mazzot. 1921 hatte das American Joint Distribution Committee die rituellen Mazzenbrote zur Verfügung gestellt. (114) 1923 bat die Gemeinde das "Joint" um Fühlungnahme mit weiteren amerikanischen Wohltätigkeitsverbänden, da es ihr kaum möglich sei, neben den Lasten für Heiz- und Beleuchtungsmaterial, Nahrungsmittel und Bekleidung für die jüdischen Armen auch noch die Summen für Mazzot aufzubringen. (115)

Gerade in dem Augenblick, da der größte Bedarf an Mitteln für Sozialleistungen bestand, fielen die zuvor der Gemeinde zugutegekommenen Zinserträge der verschiedenen Stiftungen aus. Bis zum Juni 1923 bestand die gesetzliche Verpflichtung, wohltätige Stiftungen in Staatsanleihen und ähnlichen Papieren anzulegen. Zum Zeitpunkt der Abschaffung dieser Bestimmung waren die Papiere völlig wertlos. Die jüdische Gemeinde Berlin verlor auf diese Weise ein Stiftungsvermögen von 20 Millionen M. (116) In Würzburg lag die entsprechende Summe bei weit über 100000 M. Das heißt: Bei einer fünfprozentigen Verzinsung hatten die Einkünfte über 5000 M jährlich betragen.

Im Jahr 1926 verwaltete die Gemeinde 15 entwertete Wohltätigkeits-, Jahrzeit- und Gräberstiftungen. Obwohl keine Zinserträge mehr anfielen, erfüllte man die Wünsche der Stifter hinsichtlich der Gräberpflege und des Begehens von Todestagen weiterhin. (117) Durch die sogenannte Aufwertung eines Teils der Staatspapiere von bis zu 25 % ihres Vorkriegswertes sowie durch freiwillige Zahlungen aus der Kultuskasse konnte vornehmlich die Berg'sche Aussteuerstiftung langsam wieder aufgestockt werden. (118) 1927 belief sich ihr Guthaben auf 11672 RM (119) gegenüber annähernd 85000 M im Jahr 1919. Erst 1935 wurde wieder ein Aussteuer-Zuschuß vergeben. (120)

Der gemeindliche Stiftungsreferent Karl Sichel, der auch die Mittelstandshilfe leitete (121), rief im Mai 1926 selbst eine Stiftung ins Leben. Er übergab der Kultusverwaltung jährlich zwei Wäscheausstattungen im Wert von jeweils 750 RM, die für junge jüdische Frauen im Fall ihrer Eheschließung gedacht waren. (122)

5. Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit

Daß auch in der wirtschaftlichen Aufschwungperiode zwischen 1924 und 1929 ein beträchtlicher Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung Würzburgs weiterhin auf Unterstützung angewiesen war, zeigen die folgenden Zahlen: Die Wohlfahrtszentrale betreute 1928 40 Familien durchgehend und leistete in 90 Fällen vorübergehende Hilfe. (123) Die Mittelstandshilfe verteilte an 60 Familien während des gleichen Jahres fünf Waggon Kohlen, einen Waggon Kartoffeln und 100 Zentner Lebensmittel. (124) 1929 richtete, wie bereits erwähnt, der Frauenverein eine Altkleiderstelle ein. In diesem Jahr betrug der Etat der Wohlfahrtszentrale 17555 RM, von denen über die Hälfte für regelmäßige Unterstützungen, 4300 RM für einmalige Beihilfen und Notfälle und 1239 RM für bedürftige Insassen des jüdischen Alterheims ausgegeben wurden. (125) Die Zentrale vergab außerdem kleine Darlehen an durch die Inflation in Mitleidenschaft gezogene Handwerker und Kaufleute. (126) Den selben Zweck erfüllte die schon 1927 von der ostjüdischen Ortsgruppe geschaffene Darlehenskasse "G'milus chesed". (127)

Angesichts der großen Zahl von unterstützten Personen schlugen der Rabbiner sowie der Vorsitzende der Wohlfahrtszentrale, Hermann Rosenthal (128), im April 1929 vor, eine gemeindliche Fürsorgerin anzustellen, die für Familien- und Krankenbesuche, für Wanderarmenbetreuung und Säuglingspflege zuständig sein sollte. (129) Siegmund Hanover erwartete von der neuen Kraft eine Intensivierung der Sozialarbeit. Er müsse konstatieren, erklärte er im November 1929 in der Kultusverwaltung,

"daß es hier an einer durchgreifenden nachgehenden Fürsorge fehle. Diese könne nur von einer eigens vorgebildeten und angestellten Person besorgt werden. Man sei hier so eingestellt, daß man in der Regel im wesentlichen Geldmittel bewillige und sich nur hie und da bei den Hilfsbedürftigen umsehe. Unter Betreuen verstehe man nicht nur einen einmaligen Besuch, sondern eine ständige Fühlungnahme. Diese rein menschliche Verbindung, in der das Vertrauen des [...] Nehmenden durch den Gebenden gewonnen werden müsse, könne besser durch eine Fürsorgerin besorgt werden. Hier [in Würzburg] müsse eine ganze Anzahl von Dingen hinsichtl. der nachgehenden Fürsorge versanden, weil die ehrenamtlich wirkenden Damen und Herren nicht immer Zeit und den Willen haben, so wie eine verpflichtete Beamtin zu wirken." (130)

Die schon Ende 1929 absehbare Verschlechterung der gemeindlichen Finanzlage vereitelte dann allerdings die Anstellungspläne. (131) Einige Monate später, im Februar 1930, charakterisierte der Leiter der Mittelstands-

hilfe, Karl Sichel, die Situation so:

"Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gemeinde seien derartige, daß ein großer Teil der besten Steuerzahler wegsterbe und ein anderer Teil insolvent sei. [...] Von Woche zu Woche nehme die Verarmung in der Kultusgemeinde zu. Die alten armen Leute könnten nicht einmal genügende Unterkunft finden. 84jährige lägen auf Stroh. Die Mittelstandsfürsorge erhielte momentan nur 1/2 der Einnahmen aus dem Vorjahre, mit welchen man die Zwecke dieser Fürsorge [...] nicht erfüllen könne." (132)

Im Herbst 1931, als die Wohlfahrtszentrale über 200 jüdische Witwen der Stadt zu betreuen hatte (133), entstand in den Räumen des Krankenhauses eine Notstandsküche auf ritueller Basis für "unbemittelte, erwerbslose und bedürftige" Gemeindemitglieder. (134) Während des Winters 1931/32 gab die Küche, die durch Spenden finanziert wurde und Lebensmittel von den Landgemeinden erhielt (135), 2750 Essensportionen aus. (136) Die Würzburger Verhältnisse stellten durchaus keine Ausnahme dar: In Berlin wurde 1931 fast ein Viertel der jüdischen Bevölkerung in irgendeiner Form von der Gemeinde unterstützt, in München ein Fünftel. (137)

Zu Beginn des Jahres der nationalsozialistischen Machtübernahme lebten in Würzburg rund 20 jüdische Arbeitslose, für die Verwaltungsmitglied Heinrich Freudenberger im Rahmen einer Privatinitiative Stellen suchte. Freudenberger kritisierte während einer Diskussion in der Kultusverwaltung, daß manche jüdischen Arbeitgeber "nicht in erster Linie jüdische brauchbare Menschen für erledigte Dienststellen berücksichtigten" und andere "von vornherein keine jüdischen Angestellten haben wollten." Der Prozentsatz der in jüdischen Firmen beschäftigten Glaubensgenossen sei so gering, "daß bei einigem guten Willen es möglich sein könnte und müßte, die jüdischen Arbeitslosen unterzubringen." (138)

In der Rückschau erscheint Freudenbergers Kritik als durchaus berechtigt: Im Kaufhaus Ruschkewitz wurde nur ein Jude beschäftigt (139), sämtliche 25 Angestellten des Textilhauses Meyer & Lißmann waren Christen (140) und auch die Altwarenhandlung H. Gotthilf & Cie hatte ausschließlich christliche Angestellte, deren Zahl, je nach Konjunktur, zwischen 60 und 100 schwankte. (141) Vor diesem Hintergrund bezeichnete Gerson Haas das Verhalten der großen jüdischen Firmen als "unverständlich", doch nahm er von dieser Kritik den Einzelhandel aus. Man könne nachvollziehen, erklärte er, "daß Detailisten aus geschäftlichen Prinzipien heraus nicht die Möglich-

keit hätten, jüdische Angestellte anzustellen." (142) Die hier zum Ausdruck kommende Befürchtung, durch jüdisch aussehende Verkäufer geschäftliche Einbußen zu erleiden, hatte ein Leser schon 1927 in einem in der "Bayerischen Israelitischen Gemeindezeitung" abgedruckten Brief angesprochen:

"Ich möchte den Chefs der jüdischen Fabriken und Groß- und Kleinhandlungen vor Augen führen, wie leicht es möglich wäre, mit gutem Willen, vielleicht auch mit einem kleinen Opfer, die Arbeitslage unserer jungen jüdischen Leute zu verbessern. Wenn nur ein einziges Mal einer der Herren gezwungen gewesen wäre, für einen jungen Mann eine Stelle in einem jüdischen Betrieb zu suchen, er wäre gleich mir in helle Verzweiflung geraten über die Einstellung der Arbeitgeber. Z.B. man kommt in einen Betrieb und bittet um Aufnahme eines Herren, der nach jeder Richtung hin zu empfehlen ist. Es erfolgt die Antwort, eher könne man Personal entlassen als neu aufnehmen. Kurz darauf wird bekannt: In demselben Geschäft wurde ein nichtjüdischer junger Mann eingestellt. Oder man sieht ein großes Personal in den Räumen, aber die Zahl der Juden unter ihnen ist verschwindend klein. Ferner ein besonders drastisches Beispiel: Der Chef stellt die Frage: 'Sieht der junge Mann jüdisch aus?' Auf die bejahende Antwort bekommt man zu hören: 'Dann kommt er für mich nicht in Betracht, da meine christliche Kundschaft nicht wissen darf, daß meine Firma jüdisch ist.' Ja, frage ich, wer soll denn die jüdischen Leute aufnehmen, wenn nicht die jüdischen Geschäfte? Es wird eingewendet, die jüdischen Angestellten seien nicht so bescheiden und diszipliniert. Unbestritten haben sie dagegen Fähigkeiten und Eigenschaften vor den anderen voraus, wie Intelligenz, Bildung, Anhänglichkeit, Pflichttreue und Geschäftsinteresse. Ferner, warum sollte denn unter den jungen Leuten kein tüchtiger sein, da doch die Chefs unserer jüdischen Geschäfte so besonders tüchtig sind? Durch das kleine Opfer, das mancher Chef vielleicht mit Aufnahme eines jüdischen Angestellten auf sich nimmt, erspart er der Allgemeinheit manch großes Opfer." (143)

In Würzburg richtete Heinrich Freudenberger eine Sprechstunde ein, in der er jüdischen Arbeitslosen Gelegenheitsarbeiten und freie Stellen vermittelte. Das "Jüdische Wochenblatt für Unterfranken und Aschaffenburg" berichtete am 27. Januar 1933: "Trotz aller Bemühungen ist es [den Würzburger Arbeitslosen] bis heute nicht gelungen, Arbeit zu finden. In nichtjüdischen Geschäften und Betrieben können sie bei den heutigen politischen Verhältnissen ohnehin nicht unterkommen. In ganz Würzburg sollen angeblich nur 2 jüdische Angestellte in nichtjüdischen Betrieben untergebracht sein. Nach dem Muster anderer Groß- und Mittelgemeinden werden auch hier die jüdischen Arbeitgeber ersucht, jüdische Arbeitslose bei vorkommenden Vakanzen zu berücksichtigen, ohne daß damit gegen die Aufnahme nichtjüdischer Arbeitnehmer Stellung genommen wird. Auch für Gelegenheitsarbeiten jeglicher Art möge man die jüdischen Arbeitslosen heranziehen." (144)

6. Allgemeines soziales Gebaren

Ohne die folgenden Beispiele zu unzulässigen Verallgemeinerungen benutzen zu wollen, läßt sich feststellen, daß viele Juden des Mittelstandes und der Oberschicht durch Mitarbeit in den Wohlfahrtseinrichtungen der Stadt und durch Spenden versuchten, der Notlage auch der christlichen Bevölkerung abzuhelfen. So trat, als im Juli 1923 ein Interkonfessioneller Ausschuß zur Versorgung notleidender Bürger gegründet wurde, Karl Sichel in dessen Leitungsgremium ein. Ein Drittel der Mitglieder des angeschlossenen, ausschließlich aus Frauen bestehenden Wohlfahrtsausschusses waren Jüdinnen. Im Einkaufsausschuß, der die zu verteilenden Lebensmittel und Brennmaterialien beschaffte, wirkte Albert Dannenberg, Inhaber der Getreide-, Mehl- und Futtermittelgroßhandlung D. Mai, mit. (145) Als im Oktober 1923 die Würzburger Volksspeisung eingerichtet wurde, spendete Dannenberg fünf Zentner Haferflocken; die Mohr'sche Malzfabrik steuerte die gleiche Menge Malzkaffee bei, während der ostjüdische Eierhändler Georg Koffler 1000 Eier zur Verfügung stellte. (146)

Schon im Frühjahr 1921 hatte der Rentier Isidor Schwabacher 6000 M zur Errichtung einer Stiftung "zwecks Verabreichung von Heizmaterialien an verschämte Arme" an den Stadtrat überwiesen. (147) In der Synagoge stand eine Sammelbüchse für Stadtarme aller Konfessionen (148) und noch 1931, als die jüdische Bevölkerung Würzburgs durch antisemitische Ausschreitungen beunruhigt wurde, erklärte es Karl Sichel in der Gemeindeverwaltung zur Pflicht der jüdischen Bürger, "trotz der scheinbar geduldeten nationalsozialistischen Hetze wie bisher die städtischen Wohlfahrtsinstitutionen zu berücksichtigen." (149)

Oberbürgermeister Hans Löffler charakterisierte das soziale Gebaren der jüdischen Geschäftsleute Würzburgs im Januar 1923 folgendermaßen:

"Ich will auch, wenn auch mit einer gewissen Zurückhaltung, zu sprechen kommen auf das, was unsere jüdischen Mitbürger mit Geld für das öffentliche Wohl getan haben. Ich sage 'mit Zurückhaltung', deswegen mit Zurückhaltung, weil vielleicht jemand sagen könnte: 'sie haben's ja'. Nun, es kommt darauf an, in welcher Weise man gibt. Ich [bin] stets, mag es sich um Wohltätigkeitsveranstaltungen, wie jetzt z.B. bei der großen Sammlung 'Winternot', gehandelt haben, mag es sich um gemeinnützige wirtschaftliche Veranstaltungen gehandelt haben, ich erinnere an meinen jüngsten Gang um wirtschaftliche Unterstützung zur Erleichterung der Stadt, ich [bin]

stets bei unseren jüdischen Mitbürgern auf Verständnis gestoßen; wenn es sich um eine Sache der Allgemeinheit, des öffentlichen Wohles gehandelt hat, dann hat es sich in den meisten Fällen nicht darum gehandelt, den Namen hinzuschreiben, um in den Zeitungen zu stehen, sondern in den allermeisten Fällen ist mir vorgeschrieben worden, den Namen nicht zu nennen." (150)

Im gleichen Jahr schrieb der "General-Anzeiger", das von Jakob Strauß geleitete Central-Café sei "durch seine vielfach gemeinnützigen Wohltätigkeitsveranstaltungen" rasch "volkstümlich" geworden (151); die Erlöse seien "zumeist die höchsten aller ähnlichen [...] Veranstaltungen in Würzburg" gewesen. (152) In der Tat verstand es Strauß durch eine Fülle von Aktionen zugunsten sozial Benachteiligter, seinem Varieté zu einer in Würzburg durchaus nicht selbstverständlichen Respektabilität zu verhelfen. Alljährlich zu Weihnachten wurden im C.C. mehrere hundert bedürftige Kinder bewirtet und mit einem bunten Programm unterhalten. Andere jüdische Kaufleute, darunter Siegmund Ruschkewitz, beteiligten sich an den Kosten dieser Veranstaltungen. (153)

Weitere Auskunft über das soziale Gebaren speziell der jüdischen Oberschicht geben die Akten des Bayerischen Staatsministeriums für Handel, Industrie und Gewerbe. Wenn das Ministerium den Titel Kommerzienrat oder Geheimer Kommerzienrat verlieh, so mußten zuvor die Antragsteller, meist Kreisregierung, kommunale Behörden oder Industrie- und Handelskammer, die Würdigkeit des Auszuzeichnenden in ausführlichen Schriftsätzen begründen. Voraussetzung war jeweils, daß der Vorgeschlagene die bayerische Staatsangehörigkeit besaß, daß die "Erfüllung der Steuerpflicht [...] außer Zweifel" stand und daß die betreffende Person sich "besonders gemeinnützig betätigt" hatte. (154)

Charakteristische Züge trägt ein Schreiben des Regierungspräsidenten von Unterfranken, Julius Ritter von Henle, in dem dieser für eine Titelverleihung an Julius Kahn, Inhaber der Textilwarenhandlung M. Kahn & Cie, warb:

"Sehr gebefreudig für alle wohltätigen und gemeinnützigen Bestrebungen. Hat für die Erneuerung der Prinzregent Luitpold-Feuerwehrstiftung, die durch die Geldentwertung schwer getroffen war, 5000 RM gezeichnet. Das Rote Kreuz bekommt alljährlich für jede Schwester eine sehr ansehnliche Wäschespende. Im Jahr 1925 hat er 5000 RM für das Säuglingsheim des Roten Kreuzes in Würzburg gespendet; weitere 8000 RM hat er zugesagt. Auch hat er 1926 dem Verschönerungsverein Würzburg 2000 RM gegeben. Gesamtbetrag der Spenden hiernach: 20000 RM. [...] Die Firma [M. Kahn & Cie] ist alteingesessen und hochangesehen. Sie feierte 1927 ihr hundertjähriges Bestehen.

Kahn ist ein hochachtbarer Bürger und Geschäftsmann; er beschäftigt gegen 20 Angestellte und gilt als vorbildlicher Arbeitgeber." (155)

Es ist nicht zu übersehen, daß die Staatsregierung durch Inaussichtstellung einer Titelverleihung die Gebefreudigkeit mancher Großkaufleute und Industrieller bewußt stimulierte. Das Säuglingsheim des Roten Kreuzes in Würzburg wurde geradezu "im Vertrauen auf die Geldquelle der Titelverleihung" errichtet, wie von Henle im internen Schriftverkehr offen zugab. Andererseits belegen die Akten, daß es unmöglich war, sich mit einer einmaligen hohen Spende einen Titel zu erkaufen. Vor allem Oberbürgermeister Löffler war besorgt, daß sich die Regierung durch Verleihung von Titeln an unseriöse Geschäftsleute "des Geldes wegen bloßstellen" könnte und intervenierte, wenn er Bedenken gegen die Person des Auszuzeichnenden hatte. (156)

VIII. Gesellschaftliche Integration und Vereinsleben

In der bisherigen Darstellung wurde bereits auf verschiedene Bereiche jüdischer Mitwirkung an öffentlichen Einrichtungen und Verbänden hingewiesen: Juden betätigten sich in wirtschaftlichen Interessenvertretungen (Kap. II), sie waren Mitglieder liberaler und sozialistischer Parteien, des Würzburger Stadtrats und der Stadtverwaltung (Kap. III), und sie gehörten gemeindlichen und überkonfessionellen Wohlfahrtsorganisationen an (Kap. VII).

Auf Grund dieses auch in anderen Städten zu beobachtenden Tatbestandes auf ein großes Ausmaß an gesellschaftlicher Integration zu schließen, wie dies gelegentlich getan wird (1), trifft die Wirklichkeit nur teilweise, da bei entsprechenden Äußerungen meist die Kontakte zwischen Christen und Juden in Vereinen und im privaten Bereich außer acht gelassen werden; nach Monika Richarz ist "über die Struktur solcher Sozialbeziehungen des Alltags [...] bisher nicht geforscht worden." (2) Tatsächlich bieten sich Vereinsleben und private Geselligkeit aber gerade als Parameter für den Grad der jüdischen Integration an, auch wenn sie sich einer präzisen Rekonstruktion durch den Mangel an archivalischer Überlieferung entziehen. Für diese Arbeit konnte dagegen auf Informationen zurückgegriffen werden, die den mündlichen und schriftlichen Befragungen entstammen.

1. Außen- und Binnenkontakte

Die Außenkontakte der jüdischen Bevölkerung Würzburgs nahmen, je nach Klassenzugehörigkeit, unterschiedliche Formen an. Am ausgeprägtesten waren sie ohne Zweifel in der Oberschicht und im gehobenen Bürgertum. Als typische Repräsentanten können die Mitglieder der Familie Schwabacher gelten, die seit 1835 in Würzburg wohnte. In diesem Jahr zog Amson Schwabacher von Heidingsfeld in die Domstadt, wo er ein landwirtschaftliches Gut erwarb und eine Weinhandlung eröffnete. Der 1839 in Würzburg geborene Sohn Adolf erwarb die Bohnesmühle und wurde zum Stadtverordneten berufen. Persönliche

Kontakte zu Nichtjuden pflegte er unter anderem bei regelmäßigen stammtischartigen Treffen mit weiteren führenden Persönlichkeiten aus dem Stadtviertel Pleich. Bei diesen Gelegenheiten beriet man im Interesse des Viertels liegende Fragen, die anschließend in städtischen Gremien vorgebracht wurden. Gleichzeitig arbeitete Adolf Schwabacher in der Verwaltung der israelitischen Kultusgemeinde mit. (3)

Auch der Sohn Wilhelm, der während der Weimarer Jahre mehrmals auf der DDP-Liste für den Stadtrat kandidierte, kam häufig mit christlichen Freunden zusammen:

"Er hatte zwei Stammtische: Zum Dienstagabendstammtisch gehörten zwei Architekten, ein Bauunternehmer und ein Seifenfabrikant, alles Nichtjuden, sowie ein Domkapitular.An jedem Himmelfahrtstag unternahm die Gruppe einen Ausflug zum Kloster Münsterschwarzach, dessen Abt ein guter Freund des Domkapitulars war. Die Stammtischbrüder fuhren mit der Bahn nach Volkach oder nach Dettelbach, wurden dort mit dem Wagen abgeholt und verbrachten den ganzen Tag als Gast des Abtes von Münsterschwarzach. Zum Samstagabendstammtisch im Weinhaus "Stachel" gehörten Kaufleute und Industrielle, die an der Entwicklung der Stadt interessiert waren, darunter der Generaldirektor von Koenig & Bauer. Oberbürgermeister Löffler war ein Turnfreund von Wilhelm Schwabacher; sie kannten sich von der Turngemeinde 73." (4)

Ein Bruder von Wilhelm Schwabacher heiratete 1928 eine Tochter des bereits mehrfach erwähnten Getreidegroßhändlers Albert Dannenberg, dessen Familie über ähnlich enge Beziehungen zur christlichen Umwelt verfügte. Auch Albert Dannenberg hatte "viele Stammtische; meistens war er der einzige Jude." (5) Die Tochter Aenne verkehrte regelmäßig in den Häusern nichtjüdischer Schulkameradinnen und Lehrer. (6) Auch die Familie des dem gehobenen Bürgertum angehörenden Textilwarengroßhändlers Adolf Schiff pflegte "die herzlichsten Beziehungen zu christlichen Bekannten, welche allerdings ausnahmslos Katholiken waren." (7)

Doch blieben enge Kontakte dieser Art die Ausnahme. Der Sohn Wilhelm Schwabachers erklärte selbst, daß es "normalerweise nicht viele" gesellschaftliche Berührungen zwischen Juden und Christen gegeben habe; sein Vater sei "einer der wenigen" gewesen, "der auch außergeschäftlich viele Verbindungen mit Christen hatte." (8)

In seinem Aufsatz "Zur Sozialpsychologie der Juden in Deutschland" stellt Gershom Scholem fest, daß aus den Erfahrungen des gehobenen Bürgertums und

der Oberschicht nicht auf den Grad der gesellschaftlichen Integration der breiten jüdischen Mittelschicht geschlossen werden kann. Scholem, der selbst dieser bürgerlichen Mittelschicht zuzurechnen ist, schreibt:

"Wenn ich an die vielen Autobiographien bekannter deutscher Juden denke, die ich gelesen habe und die für Außenstehende das Bild dieser Gruppe weithin bestimmen, so könnte ich zu dem Ergebnis kommen, daß ein lebhafter Verkehr zwischen Juden und Nichtjuden auch im gesellschaftlichen Leben über etwaige geschäftliche Beziehungen hinaus existierte. Meine eigenen Erfahrungen und die Berichte meiner Freunde, die aus derselben Schicht stammten, stimmen mit diesem Bild in keiner Weise überein. Eines Tages begann mir aufzufallen, daß in unser Haus ausschließlich Juden zu Besuch und freundschaftlichem Verkehr kamen, und daß meine Eltern ausschließlich zu Juden zu Besuch ginge. Die Ausnahmen beschränkten sich auf formelle Anlässe, bei denen Berufskollegen meines Vaters aus dem typographischen Gewerbe - wir waren eine Buchdruckerfamilie -, aus der Krankenkasse, in der er ehrenamtlich tätig war, oder einem Verein, dem er angehörte, zu Gratulationen erschien. Und auch dies geschah fast durchweg ohne Begleitung ihrer Ehefrauen. [...] Diese relativ weitgehende, wenn auch in häuslichen Diskussionen oft geleugnete soziale Abschließung der Juden war in Handel und Gewerbe besonders stark, während in den freien Berufen eher eine gesellschaftliche Öffnung zu nichtjüdischen Kollegen bestand." (9)

Scholem sieht hier einen "Widerspruch zwischen der Ideologie der Auflösung ins Deutsche und der gefühlsmäßigen Neigung vieler, unter sich zu bleiben." Denn: "Der breiten jüdischen Bürgerschicht unterhalb der Haute Volée lagen soziale Ambitionen, die mit gesuchten und nachdrücklich verfolgten Kontakten mit Nichtjuden zusammenhingen, noch immer fern. [...] Der wachsende Antisemitismus großer bürgerlicher Schichten traf mit einem noch immer sehr wirksamen, wenn auch unbewußten jüdischen Gefühl zusammen, das mit Religion gar nichts mehr zu tun hatte, obwohl die ausschließlich religiöse Differenz zu Nichtjuden so gern betont wurde." (10)

Von vier aus dem mittleren Bürgertum und aus Würzburger Kaufmannsfamilien stammenden Personen liegen Äußerungen über ihre Sozialkontakte vor. Diese weisen dreimal in etwa die gleiche Richtung: "Ich hatte, mit Ausnahme einer katholischen Freundin und deren Familie, keinen nichtjüdischen Bekanntenkreis" (11); "ich verkehrte meistens in jüdischen Kreisen" (12); "eigentlich hatten wir nur jüdische Freunde und Bekannte" (13). Die beiden letzten Aussagen wiegen besonders schwer, da sie sich auf völlig assimilierte Familien beziehen, deren religiöse Praxis bereits auf ein Minimum reduziert war. Nur in einem Fall wurde von Freundschaften zu nichtjüdischen Mitbürgern berichtet. (14)

Die von Scholem und Monika Richarz (15) gleichermaßen vertretene Ansicht, unter mittelständischen Akademikern und freiberuflich Tätigen seien die Kontakte zu Nichtjuden ausgeprägter gewesen als unter Geschäftsleuten, wird durch die Befragungsergebnisse tendentiell bestätigt. Der Sohn des orthodoxen Zahnarzts Semi Nathansen berichtet, daß die Familie "sehr gut mit den christlichen Bürgern" gestanden habe: "Ich gedenke der schönen Stunden, die ich bei einer christlichen Familie in der Theresienstraße verbrachte, vor allem, wenn ich am Weihnachtsabend bei ihnen war." (16) Auch die Tochter des Zahnarzts Max Frank hatte "viele christliche Schulfreundinnen", war jedoch nur im Haus einer einzigen zu Gast, was sie als gesellschaftliche Benachteiligung empfand und was auch Einfluß auf die Zusammensetzung ihres Freundeskreises hatte (17):

"Der Vater einer meiner Freundinnen war Major, die Mutter Adelige; wir waren lange Zeit ein Herz und eine Seele. Dann feierte sie Geburtstag und sagte zu mir: 'Ich würde dich ja gerne einladen, aber meine Mutter hat gesagt, daß wir schon zu viele Leute sind.' Solche Erlebnisse haben ein Kind furchtbar zurückgesetzt. Das schreckte einen natürlich ab, und dann sagte man sich: 'Ich gehe besser mit einem jüdischen Mädel, dann passiert mir das nicht.'" (18)

Die Auffassung, Kleinbürgertum und Unterschicht seien neben Oberschicht und gehobenem Bürgertum mit Nichtjuden am meisten gesellschaftlich zusammengekommen, dürfte den Tatsachen entsprechen. (19) Bezeichnenderweise waren es ja gerade diese Gruppen, die auch den höchsten Mischehenanteil zu verzeichnen hatten. (vgl. Kap. I,4)

Problematisch ist dagegen die Aussage, unter den orthodoxen Juden hätten die Binnenkontakte dominiert. (20) Von fünf Personen aus gesetzestreuen Familien, die sich zu diesem Thema äußerten, gaben vier an, enge Beziehungen zu Nichtjuden gepflegt zu haben. (21) Dieses Befragungsergebnis dokumentiert, daß das strikte Festhalten an der religiösen Tradition und das offene Zugehen auf Bürger anderer Konfession einander durchaus nicht ausschlossen. Möglicherweise entstanden solche Kontakte auch gerade zwischen christlichen und jüdischen Familien, die in intensiver Frömmigkeit eine gemeinsame Basis für persönliche Beziehungen fanden.

Weitgehend isoliert, nicht nur innerhalb der jüdischen, sondern auch der christlichen Gesellschaft, blieben dagegen die Ostjuden. Charakteristisch ist die Äußerung über die Familie des aus Polen stammenden Kaufmanns Moritz Golomb: "Die Lage war so, daß eine Beteiligung am nichtjüdischen ge-

sellschaftlichen Leben unvorstellbar war. Wir hatten kaum christliche Bekannte." (22)

Daß viele Juden den Umgang mit anderen Juden als selbstverständlichen Bestandteil ihres Lebens planten, zeigte sich oft bei der Wahl des Wohnorts. In vielen größeren Städten gab es deutlich bevorzugte Wohngegenden. "Das gemeinsame Wohnen auf freiwilliger Basis erleichterte den gesellschaftlichen Kontakt wie das Gemeindeleben und vermittelte nicht zuletzt ein Gefühl des Rückhalts und der Sicherheit gegenüber der immer zu gewärtigenden Judenfeindschaft." (23)

Die Verteilung der jüdischen Bevölkerung auf die Bezirke der Stadt Würzburg unterschied sich gravierend von der der Gesamtbürgerschaft. 21,7 % der jüdischen, aber nur 8,8 % der gesamten Bevölkerung bewohnten 1925 den Bezirk Haug, in dem wichtige Geschäftsstraßen wie Kaiser-, Theater- und Bahnhofstraße und gehobene Wohnstraßen wie Theresien- und Ludwigstraße sowie Rennweger Ring lagen. 18 % der jüdischen, aber lediglich 8,2 % der gesamten Bevölkerung lebten im innerstädtischen Dombezirk, grob gesprochen in der Gegend zwischen Synagoge, Domstraße und Alter Mainbrücke. Während sich in den meisten anderen Viertel nur geringfügige Unterschiede ergaben, fällt das fast völlige Fehlen von Juden in den beiden Arbeiterbezirken auf. In Grombühl wohnten 16,5 %, in der Zellerau 10 % der Würzburger Gesamtbevölkerung, jedoch nur 1,8 bzw. 1,7 % der Juden. (24)

Juden aus Unterschicht und Kleinbürgertum lebten demnach nicht in den klassischen Arbeitervierteln; sie bevorzugten stattdessen die traditionellen jüdischen Wohngebiete in der Altstadt, vor allem in der Nähe der Synagoge und des Maines. Besser gestellte Familien zogen in die neuerschlossenen Viertel wie Stift Haug und die Sanderau. Besonders begehrt waren die Straßen entlang des Glacis. (25)

Die sich hier manifestierende klassenmäßige Aufteilung war auch bei den jüdischen Binnenkontakten zu bemerken. Das innerjüdische gesellschaftliche Leben in Würzburg spielte sich, wie das "Jüdische Echo" kritisch anmerkte, "in kleinen, voneinander abgesonderten Kreisen" (26) ab. "Die großen Leute, die in der Theaterstraße lebten und die großen Geschäfte hatten, schauten auf die armen Leute, auf die Hausierer usw., herunter" (27), erinnert sich William G. Niederland. Die Trennung wirkte auch in den schuli-

schen Bereich hinein:

"In der jüdischen Volksschule sonderten sich die (wohlhabenden) deutsch-jüdischen Kinder fast vollständig von den ostjüdischen Klassenkameraden ab. 'Wir' [deutschen Kinder] spielten unter uns. Da meine Mutter diese Vorurteile nicht teilte, versuchte ich gelegentlich, diese Schranken zu durchbrechen. Mit wenig Erfolg. Natürlich waren die deutschjüdischen Kinder auch die besseren Schüler und wurden selten von den Lehrern geschlagen. Auch die 'armen' Juden aus der Reibeltgasse wurden - mit einer Ausnahme - weitgehend isoliert." (28)

Andere, im Abschnitt über die Ostjuden (Kap. IV,3) wiedergegebene Äußerungen weisen demgegenüber darauf hin, daß in der Schule die Integration ostjüdischer Kinder in Einzelfällen durchaus möglich war. Dennoch kann davon ausgegangen werden, daß die Sozialkontakte zwischen deutschen Juden und ihren osteuropäischen Glaubensgenossen keinen besonderen Umfang annahmen, ebenso wie es wohl nicht der Regel entsprach, daß Orthodoxe und Liberale engen freundschaftlichen Verkehr miteinander pflegten. (29)

2. Das Vereinsleben als Indikator für den Grad der Integration in die nichtjüdische Gesellschaft

Die Feststellung Werner J. Cahnmanns, persönliche Beziehungen zwischen Juden und Christen hätten "mit zunehmender Intimität der Art der Zusammenkunft" abgenommen (30), wird im folgenden am Beispiel des Vereinslebens auf ihre Stichhaltigkeit untersucht. Im Mittelpunkt steht die Frage, in welchen Arten von paritätischen Vereinen sich Juden engagierten und welche rein jüdischen Vereine sie schufen. Existieren in einem bestimmten Bereich - wie dem des Sports - kaum jüdische Organisationen, so deutet dies auf ein hohes Maß an Integration hin. Sind dagegen auf einem anderen Gebiet - wie dem der Geselligkeit - relativ viele jüdische Vereine zu verzeichnen, so läßt dies einen geringeren Integrationsgrad vermuten.

a. Veteranen- und Sportvereine

Während der auf Reichsebene geschaffene Frontkriegerbund Stahlhelm kaum Juden aufnahm und diese sich daher in einem eigenen Reichsbund jüdischer Frontsoldaten zusammenschließen mußten (vgl. Kap. IX), arbeiteten Juden in lokalen Veteranenvereinen in großer Zahl mit. Sie waren Mitglieder im Würzburger Kriegerverein (31), außerdem im Verein ehemaliger Angehöriger der schweren Artillerie (32), im Veteranen- und Kampfgenossenverein (33) und bei den Neunern, einem Verein, den die früheren Angehörigen des in Würzburg stationierten 9. Infanterieregiments "Wrede" bildeten. (34) Die Zahl der Juden unter den Neunern war so beträchtlich, daß bei den regelmäßig stattfindenden Wiedersehensfeiern jeweils auch Gottesdienste in der Synagoge abgehalten wurden. (35) Gelegentlich traf wohl auch bei den Neunern die im Stahlhelm vorherrschende antisemitische Strömung an die Oberfläche. Der Festausschuß beschwor anläßlich eines 1922 geplanten Treffens die Teilnehmer im "General-Anzeiger", Politik "unbedingt zu Hause" zu lassen; Ziel der Zusammenkunft sei ausschließlich, "in Erinnerung alter treuer Freundschaft [...] ein erhebendes Wiedersehen" zu feiern. (36)

Eine gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen Christen und Juden läßt sich in den meisten Würzburger Sportvereinen beobachten. Juden waren Mitglieder im Deutschen und Österreichischen Alpenverein (37), im Fechtclub (38), im Hockeyclub (39), im Post-Sportverein (40), im Schwimmverein (41), in der Turngemeinde Würzburg (42) und in der Skiabteilung des Rhönclubs. (43) Der 1908 in Würzburg als Sohn eines Weinhändlers geborene Walter Hersch spielte zu Beginn der dreißiger Jahre in der Fußballmannschaft des FV 04 als Mittelstürmer. Er galt zeitweise als bester Fußballer Würzburgs; gelegentlich kam es bei seinen Einsätzen zu antisemitischen Kundgebungen. (44)

Dem 1907 gegründeten Fußballclub Würzburger Kickers stand seit 1908 Alfred Günzburger vor, der zunächst als Lagerist und dann als Prokurist bei der Schuhgroßhandlung und -fabrik Simon Emanuel Oppenheimer arbeitete. Über Günzburger, der bis in die zwanziger Jahre Vorsitzender blieb, heißt es in der zum 75jährigen Bestehen der Kickers herausgegebenen Festschrift:

"Alfred Günzburger war [...] ein junger Zwanziger, selbst ein guter Ath-

let und ausgezeichneter Kurzstreckenläufer, der um 1903/1904 aus beruflichen Gründen aus dem badischen Schwarzwald über Stuttgart nach Würzburg übersiedelte. Er war es auch, der schon im Jahre 1905 auf dem Sanderrasen das erste leichtathletische Sportfest in Würzburg organisierte und durchführte. Die Teilnehmer waren hauptsächlich Mittelschüler aus den bestehenden Schülerfußballklubs. Alfred Günzburger und die Kickers waren ein untrennbarer Begriff. Der Klub und die Aktiven seiner Zeit haben ihm unendlich viel zu verdanken." (45)

In der Endphase der Republik übernahm das Amt des stellvertretenden Kikkers-Vorsitzenden der Tabakwarengroßhändler Ludwig Oppenheimer, dessen Bruder Max Emanuel ebenfalls für den Verein spielte. (46) In der Saison 1930/31 trainierte der in Budapest geborene Leo Weisz die Fußballmannschaft. (47)

Während der Ruderverein von 1875 allem Anschein nach keine Juden aufnahm (48), hatte die Würzburger Rudergesellschaft von 1905 zahlreiche jüdische Mitglieder, von denen einige Regattasiege errangen. (49) Möglicherweise war die Rudergesellschaft derjenige nichtjüdische Verein, der die meisten Juden in seinen Reihen zählte; die Führung lag jedoch stets in christlichen Händen. (50)

Obwohl dem Würzburger Tennisverein auch Juden angehörten (51), entstand gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein Tennisclub 1897, der ausschließlich jüdische Mitglieder hatte und sich auch Tennisclub Rot Weiß nannte. (52) 1919 und 1920 existierte darüber hinaus ein Jüdischer Turn-Verein (J.T.V.) (53), der zeitweise die Bezeichnung Jüdischer Turn- und Sportverein (J.T. u.S.) trug. (54) Die wenigen bekannten Namen von Mitgliedern deuten darauf hin, daß er sich vor allem aus Studenten zusammensetzte, von denen die meisten Zionisten gewesen sein dürften (vgl. Kap. IV,2). Gleichzeitig mit der nationaljüdischen Studentenverbindung Hatikwah stellte offenbar auch der Sportverein seine Tätigkeit ein. Nur beschränkt dem Bereich des Sports zuzurechnen sind die beiden jüdischen Kegelvereine. (55)

Der im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Antisemitismus in Kapitel IX behandelte Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (R.j.F.) sah in der sportlichen Ertüchtigung seiner Mitglieder und deren Kinder eine Möglichkeit, judenfeindlichen Angriffen selbstbewußt entgegenzutreten. Zu Beginn des Jahres 1925 schuf man daher zunächst eine Box- und Leichtathletikabteilung mit zwölf Jugendlichen im Alter von 15 bis 20 Jahren, die noch im gleichen Jahr als erster jüdischer Verein dem Bayerischen Amateur-Boxverband ange-

schlossen wurde. Außerdem entstand eine Wander- und Skiabteilung. (56) 1926 gründete der R.j.F. eine Fußballabteilung, obwohl die Verantwortlichen zunächst "eine Reihe schwerwiegender Bedenken" dagegen hatten: "Vor allem fürchteten wir den Austritt der Fußballspieler aus den paritätischen Vereinen, die dort unserer Ansicht nach wertvolle Pioniertätigkeit zu leisten haben." (57) Gegen Ende der Weimarer Jahre bot der Würzburger R.j.F. elf verschiedene Sportarten an. (58)

b. Gemeinnützige und Bildungsvereine

Außer in den in Kapitel VII beschriebenen jüdischen Wohltätigkeitsvereinen engagierten sich Juden in zahlreichen paritätischen gemeinnützigen Vereinen. Die Kultusgemeinde trug durch regelmäßige Beiträge zur Finanzierung der Sanitätskolonnen von Rotem Kreuz und Arbeiter-Samariter-Bund bei. (59) Als Kolonnenarzt der letzteren fungierte der Allgemeinarzt Siegbert Nürnberg (60), unter den Mitgliedern waren mehrere Juden. (61) Jüdische Männer arbeiteten auch in der Freiwilligen Feuerwehr mit. (62)

Zu ihrem Schatzmeister berief die 1200 Personen umfassende Gesellschaft für Literatur und Bühnenkunst den der jüdischen Oberschicht angehörenden Weinhändler Albert Kimpel.(63) Anläßlich seines 60. Geburtstags ehrte die Gesellschaft Kimpel im Februar 1933 im Rahmen einer Feierstunde als Menschen "von durchaus vornehmer Gesinnung", der sich für die "Förderung kultureller Bestrebungen tatkräftig einsetze." (64) Die Formulierung deutet darauf hin, daß Kimpel als Schatzmeister seine Kontakte in der jüdischen Geschäftswelt Würzburgs ausnutzte, um Mittel für die Gesellschaft zu beschaffen. Eine ähnliche Aufgabe dürften die jüdischen Mitglieder der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften an der Universität Würzburg übernommen haben, da es sich hierbei ebenfalls um Angehörige der jüdischen Oberschicht handelte. (65)

Den Namen des jüdischen Eisengroßhändlers Max Heim trug die 1931 wiedereröffnete städtische Volksbücherei; Heim, der 1905 starb, hatte der Stadt sein Haus und einen großen Geldbetrag zur Errichtung einer Bibliothek vermacht. (66) Einen Lesesaal im alten Bahnhof unterhielt der Würzburger Volks-

bildungsverein, der zu seinen Beisitzern Wilhelm Schwabacher zählte. (67)

Die selbstverständliche Zusammenarbeit zwischen Christen und Juden auf gemeinnützigem und kulturellem Gebiet kann auch am Beispiel zweier jüdischer Bildungsvereine dargestellt werden. Im 1895 gegründeten Literatur-Klub, der die "Pflege von Literatur und Kunst" zu seinem Ziel erklärte (68), sprachen gelegentlich christliche Gastredner, so wie auch Nichtjuden zu den Zuhörern zählten. (69)

Besondere Beachtung verdient der Jüdische Fortbildungsverein, der wahrscheinlich zu Beginn des 20. Jahrhunderts als Geselligkeits- und Bildungsverein für Lehrlinge entstand, weshalb er im Abschnitt über die jüdischen Jugendorganisationen nochmals behandelt wird. Nach dem Ersten Weltkrieg, als die jüdische Jugend sich eigene Gruppen schuf, wandelte der Fortbildungsverein seinen Charakter. Wohl unter dem Einfluß von Rabbiner Hanover, der ihm auch vorstand (70), wurde er zu einem Ort der Begegnung für intellektuell interessierte Christen und Juden sowie zu einem Forum der Auseinandersetzung mit jüdischer Geschichte, Religion und Kunst.

Wie kein zweiter jüdischer Verein der Stadt wandte sich der Fortbildungsverein mit Vorträgen und Diskussionen an ein nichtjüdisches Publikum. Die Lokalpresse berichtete ausführlich und wohlwollend über die meist im Winterhalbjahr stattfindenden Veranstaltungen, so daß mit einiger Sicherheit angenommen werden kann, daß der Verein in christlichen Kreisen einen relativ hohen Bekanntheitsgrad erreichte. Abwechselnd standen solche Themen im Mittelpunkt, die vor allem auf ein jüdisches Publikum zugeschnitten waren (71), und solche, die auch nichtjüdische Zuhörer anzogen. Am 2. Dezember 1930 ging es beispielsweise um die Frage "Was trennt und was eint die Konfessionen?" (72), am 15. Oktober 1925 wurde zu einem Vortrag über "Judentum, Christentum und Philosophie" (73), am 8. März 1926 zu einer Aussprache über "Das religiöse Suchen der Gegenwart" (74) eingeladen.

Der Fortbildungsverein gewann prominente Referenten, darunter den führenden Repräsentanten des liberalen Judentums, Rabbiner Leo Baeck aus Berlin (75), den Religionsphilosophen und Zionisten Martin Buber (76) sowie den Theaterkritiker und Mitarbeiter der "Weltbühne", Julius Bab. Erstmals kam Bab am 24. November 1925 nach Würzburg, um über das "Shylock-Problem", die Darstellung des Juden Shylock durch Shakespeare in "Der Kaufmann von

Venedig" zu referieren. Der Hauptschriftleiter des "Würzburger General-Anzeiger", Theo Kaufmann, nahm persönlich an der Veranstaltung teil und beschloß seinen ausführlichen Bericht mit diesen Worten: "Die tiefgründige, frei vorgetragene Analyse des Shylock-Problems fand Widerhall und Verständnis bei den zahlreichen Zuhörern; insbesondere wurde uns während der Zitate aus der Dichtung wiederum das Recht des Juden auf sein Menschtum klar. [...] Die umfassenden Erläuterungen des Julius Bab werden manches Vorurteil zerstreuen und auch dazu beitragen, daß von der Dichtung zur Menschheit herüber neue und noch festere Fäden geknüpft werden zum Segen unserer Volksgemeinschaft - gegen den unser Kulturleben vergiftenden Klassen- und Rassenhaß." (77)

In ähnlichem Sinn sprach sich am 25. Februar 1930 ein katholischer Priester aus Frankfurt vor dem Fortbildungsverein für ein vertrauensvolles Aufeinanderzugehen von Juden und Christen aus. Nachdem er die unterschiedliche Religionsauffassung der beiden Konfessionen erläutert hatte, erklärte der Redner:

"Zwischen Judentum und Katholizismus gibt es viele religiöse Berührungspunkte. Das alte Testament ist auch für den Katholiken ein hl. Buch und bildet die Grundlage des Christentums; es ist ja von Gott inspiriert. Als Mensch[en] waren auch Christus, alle seine Jünger und die ersten Christen Juden. Auch Christus erfüllte das jüdische Gesetz und forderte es auch von seinen Jüngern; die katholische Kirche hat viele Opfergebräuche von den Juden übernommen. [...] Juden und Katholiken haben wegen ihres Glaubens schon viel zu leiden gehabt; beiden wird der Vorwurf gemacht, sie seien reichsfeindlich, sie hätten den Krieg verschuldet, sie seien keine echten Deutschen. Der Redner erklärt, die Juden hätten durch zwei Jahrtausende hindurch ihr starkes Deutschtum bewiesen. [...] Der Kampf gegen die Juden als Rasse sei unkatholisch, deshalb könne auch kein gläubiger Katholik Antisemit sein." (78)

Die hier deutlich werdende Absicht, das Forum des Fortbildungsvereins auch zur Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus zu nutzen, mag die Verantwortlichen des Vereins dazu bewogen haben, konservative Referenten einzuladen. Von Männern wie dem nichtjüdischen Schriftsteller Walter Bloem erwartete man sich offensichtlich eine besondere Wirkung auf jene antiliberalen Kreise des Würzburger Bürgertums, die am leichtesten in Versuchung gerieten, judenfeindlichen Parolen zu folgen. Bloem, ein erklärter Gegner des Liberalismus, der offen ein konservativ-nationalsozialistisches Bündnis befürwortete und nach 1933 in der Reichsschrifttumskammer eine führende Stellung einnahm, sprach am 16. März 1929 vor dem Fortbildungsverein über

Heinrich Heine. Er äußerte bei dieser Gelegenheit, es "sei nicht wahr, daß zwischen deutschem und jüdischem Wesen ein unüberbrückbarer Gegensatz sei. Wir sollten uns nicht befehden zum Spott des Auslands sondern zusammenstehen. Dazu gehöre Entgegenkommen auf beiden Seiten, sonst seien wir verloren." (79)

c. Gesellschaftsvereine

Die bisher beschriebenen paritätischen Vereine wiesen im allgemeinen eine beträchtliche Zahl jüdischer Mitglieder auf. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, daß gemeinsame prägende Erlebnisse wie der Einsatz im Ersten Weltkrieg oder gemeinsame Interessen wie Sportausübung oder die Förderung kultureller Belange auch den Zusammenschluß in der gleichen Organisation nahelegten. Eine andere Situation ergab sich jedoch bei jenen Vereinen, bei denen gesellschaftlicher Verkehr miteinander, Geselligkeit und Unterhaltung den eigentlichen Grund des Beitritts bildeten. Bezeichnenderweise existierte auf diesem Gebiet, das in Cahnmanns Worten von zunehmender Intimität der Art der Zusammenkunft gekennzeichnet ist, eine größere Anzahl spezifisch jüdischer Organisationen, obwohl auch hier nicht von einer jüdischen Isolierung gesprochen werden kann.

Immerhin fällt auf, daß der älteste bürgerliche Verein der Stadt, die 1802 gegründete Harmonie-Gesellschaft, allem Anschein nach keine Juden aufnahm. (80) Der Verein hatte sich aus einer reinen Lesegesellschaft zu einer Stätte des Gedankenaustausches, der Geselligkeit und der Kultur entwickelt; er verfügte über ein eigenes Gebäude mit Lese- und Spielzimmern, Bibliothek, Restaurant und Konzertsaal, in dem Bälle, Theaterabende und Konzertveranstaltungen stattfanden. (81) Der Passus in den Harmonie-Statuten von 1903, der mit einiger Wahrscheinlichkeit auch auf Juden angewandt wurde, lautete:

"Abschnitt II. Bedingungen des Eintritts in die Gesellschaft und der Teilnahme daran. [...] § 9. Als ordentliche Mitglieder sind zur Aufnahme geeignet: Alle selbständigen Männer ohne allen Unterschied des Standes, welche in Würzburg oder dessen näherer Umgebung domizilieren und nicht nur im Besitz des erforderlichen Grades der Bildung, sondern auch der bereits bestehenden Gesellschaft angenehm sind, - eine Rücksicht, wozu keiner Gesellschaft das Recht abgesprochen werden kann." (82)

Als Pendant zur Harmonie schufen die Würzburger Juden im Jahr 1835 den Geselligkeitsverein Casino, der sich nach dem Ersten Weltkrieg auch karitativen Aufgaben zuwandte. (83) Das Casino bot Tanzabende, Konzerte sowie, offenbar nur im Winterhalbjahr, wöchentliche Clubabende im Hotel Goldschmidt oder im Hotel Pauly. (84) Alljährlich während der Faschingssaison fanden große Maskenbälle statt (85), im Sommer Gartenkonzerte mit Tanz. (86) Das Casino war mit mehreren hundert Mitgliedern der jüdische Gesellschaftsverein mit der breitesten Basis. Allerdings behielt sich auch dieser Verein das Recht vor, mittels Ballotage nicht erwünschte Personen fernzuhalten. (87)

Im Gegensatz zu den Freimaurerlogen anderer Städte nahm die 1871 gegründete (88) Würzburger Loge "Zu den zwei Säulen am Stein" Juden auf. Bekannt sind die Namen von elf jüdischen Mitgliedern, von denen neun der Oberschicht bzw. dem gehobenen Bürgertum angehörten und nur jeweils eines dem mittleren bzw. Kleinbürgertum. Außer zwei Rechtsanwälten, einem Arzt und einem Fabrikanten handelte es sich stets um Großhändler, von denen einer in Mischehe lebte. (89) Karl Rosenthal wurde durch seinen Onkel, Rechtsanwalt Ignaz Freudenthal, 1906 in die Loge eingeführt und amtierte einige Jahre als Vorsitzender ("Meister vom Stuhl"). Im August 1936 erklärte Rosenthal der Würzburger Gestapo:

"Die hiesige Loge stand auf dem Boden der humanitären Idee; sie hatte statutenmäßig ausgeschlossen, daß Religion und Politik den Gegenstand der Erörterung bilden dürften; dies wurde auch streng durchgeführt. Es gehörten /ihr/ Angehörige der verschiedenen politischen Auffassung/en/ an. Sie stand auch ausdrücklich auf dem Boden des Gottesglaubens. An jüdischen Mitgliedern zählte die hiesige Loge als Höchststand etwa 1/6 der Gesamtzahl." (90)

In den Freimaurerlogen vieler deutscher Städte hatte es in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts Bestrebungen gegeben, Juden "auszuschließen oder zumindest ihnen die Gemeinsamkeit zu erschweren." (91) Zu diesem Zeitpunkt schlossen sich erstmals jüdische Männer unter dem Wahlspruch "Wohltätigkeit, Bruderliebe und Eintracht" zu ausschließlich jüdischen, freimaurerähnlichen Logen zusammen, die als Dachorganisation die "Großloge für Deutschland" des "Unabhängigen Ordens Bne Briss" (U.O.B.B.) bildeten. Der U.O.B.B., der auch in anderen Staaten vertreten war, stand "auf dem Boden getreuer vaterländischer Gesinnung" und stellte sich die Aufgabe, "den geistigen und sittlichen Charakter der Glaubensgenossen zu

stärken, ihnen über den Kreis der Bekenntnisgemeinschaft hinaus die reinsten Grundsätze der Menschenliebe einzuprägen, Wissenschaft und Kunst zu unterstützen, Not zu lindern, Opfern der Verfolgung zu Hilfe zu kommen und Bedürftigen in allen Lagen hilfreich beizustehen." (92)

Die Schaffung jüdischer Logen in Deutschland geschah vor dem Hintergrund der sich ausbreitenden Judenfeindschaft:

"Der Antisemitismus der 80er Jahre traf die Juden völlig unvorbereitet. Die eigentlichen Abwehrbewegungen setzten erst später ein. Eine ungeheure Verschüchterung gegenüber der Roheit des Angriffes drückte damals nieder. Der Freimaurerbund versagte. Die Logen des U.O.B.B. traten an seine Stelle und verkündeten den Gedanken der Humanität. Eine Loge nach der anderen entstand. So fand man eine Stelle, wo man sein Haupt freier erheben konnte, fand das, was im geselligen Verkehr unbedingtes Erfordernis ist: Unbefangenheit. Die weitere Aufgabe fiel dem Orden als Lehrer zu. Immer wieder ertönten Stimmen, und man brauchte nur feinfühlig und feinhörig genug sein, um sie zu hören. Diese Stimmen sprachen: Erkennt die Bedeutung der uns umgebenden feindlichen Bewegung, stellt manches ab, was rein äußerlich Anlaß zu Angriffen gibt, haltet eure Ehre rein, laßt euch mehr suchen, als ihr den anderen nachgeht. Mit anderen Worten: Werdet steifnackig! Mit solchen Lehren wurde der Orden die Vorschule der politischen Organisation der Abwehr." (93)

Die 1898 gegründete (94) Frankenloge in Würzburg ermöglichte, wie auch die übrigen U.O.B.B.-Logen, den gesellschaftlichen Kontakt von Juden mit unterschiedlicher politischer und religiöser Anschauung. Diese Tatsache wird dadurch symbolisiert, daß sowohl liberale wie orthodoxe Vorsitzende amtierten. (95) 1927 erwarb die Frankenloge ein eigenes Haus in der Nähe der Grombühlbrücke. (96) Über die Tätigkeit der Loge berichtete ihr letzter Vorsitzender:

"Die 'Frankenloge' hatte auch viele Mitglieder aus Kitzingen, Schweinfurt und Bad Kissingen - die prominenten Leute der jüdischen Gemeinden, die sich verantwortlich fühlten. Die Loge war in der Zahl der Mitglieder beschränkt, weil wir sehr strenge Anforderungen an den Charakter legten. Wenn wir von einem Bankier oder Geschäftsmann wußten, daß er etwas zweifelhaft, nicht einmal schlecht, war, dann nahmen wir ihn nicht auf. Die Loge unterstützte zum Beispiel Witwen, die in eine schwierige Situation gerieten, auch wenn sie nicht mit einem Logenbruder verwandt waren. Eines unserer Mitglieder, das Rechtsanwalt war, übernahm ihren Fall ohne Honorar. Im Fall eines Rechtsstreits zwischen Brüdern ging man nicht vor Gericht, sondern nahm einen anderen Bruder als Vermittler. Wir hatten eine sehr wertvolle Bibliothek mit zahlreichen Judaica-Bänden, die der Loge vermacht worden waren. Es handelte sich um weit über 1000 Bücher. Die Bibliothek war Studierenden und Forschern zugänglich. 1922 finanzierten wir die Doktorarbeit eines Studenten über Juden in Franken. Der junge Mann schenkte danach der Loge ein Exemplar." (97)

Als exklusivste rein jüdische gesellschaftliche Vereinigung muß der "Club 1912" gelten, der kaum jemals mehr als 40 Mitglieder zählte. Für einen nicht zur wirtschaftlichen Elite der Stadt Gehörenden war es "fast unmöglich, in den 'Club' hineinzukommen." (98) Von den Eintretenden wurde "ein gewisser Lebensstandard verlangt", so daß sie einen Anteil am "Club"-eigenen Haus in der Ludwigstraße 10 erwerben konnten. (99) Der "Club" benutzte nur eine Etage des Hauses für seine Zwecke und vermietete die übrigen Stockwerke. Eine Köchin und ein Diener sorgten für die Mitglieder, die in den Räumlichkeiten auch Sylvesterfeiern, Maskenfeste und große Diners veranstalteten. (100)

Während bei der Frankenloge 78 % der Mitglieder dem mittleren und gehobenen Bürgertum sowie der Oberschicht angehörten, waren es beim "Club" 90 %. In beiden Vereinen dominierten die Selbständigen, vor allem Großkaufleute und Fabrikanten. Die Loge hatte eine etwas breitere Basis; hier kamen mehrere Lehrer, Ärzte und Apotheker sowie der Rabbiner hinzu. (101)

In einem Gestapoverhör beschrieb 1937 ein "Club"-Mitglied die Aktivitäten des Vereins:

"Mitglied des Clubs '1912' bin ich seit dessen Gründung, die im Jahre 1912 erfolgte. Bei dem vorgenannten Club handelt es sich um einen rein gesellschaftlichen Verein. [..] Der Verein zählt z.Zt. zwischen 30 und 33 Mitglieder. An Vereinsbeiträgen werden monatlich pro Mitglied RM 10.- erhoben. Der Beitrag war in früheren Jahren noch höher als jetzt. Wenn ich in Würzburg anwesend bin, gehe ich täglich in die Clubräume (ca. 1/2 6 Uhr), um dort meinen Kaffee zu trinken und Karten zu spielen. [..] Der höchste Mitgliederstand war 45, es dürfte dies in den Jahren 1925/26 gewesen sein. In der Zwischenzeit ist dieser, wie bereits erwähnt, auf 30-33 zurückgegangen. Der Rückgang ist auf Ableben, Auswanderungen und Austritte zurückzuführen. Erwähnt sei, daß es den Mitgliedern verboten ist, Gäste einzuführen. Es ist lediglich gestattet, daß ein Mitglied, bei dem zufällig Besuch weilt (auswärtiger), diesen mit einführen darf. Im übrigen haben nur die Mitglieder Zutritt zu den Clubräumen (auch deren Frauen Mittwoch Mittag und Sonntag Abend)." (102)

3. Die Jugendbewegung

Sieht man von Sportvereinen und den Jugendgruppen der politischen Parteien ab, so engagierten sich nach 1918 die jüdischen Jugendlichen Würzburgs fast ausschließlich in innerjüdischen Jugendorganisationen. Ähnlich wie bei den Studentenverbindungen entwickelte sich ein komplexes System von Vereinen, die ideologisch den verschiedenen Gruppierungen in der Kultusgemeinde entsprachen, zum Teil sich von diesen auch bewußt absetzten. In vielen Fällen lehnte man sich an die Formen und Inhalte der deutschen Jugendbewegung an, fügte jedoch genuin jüdische Elemente hinzu.

Keimzelle der deutschen Jugendbewegung war der 1901 entstandene Wandervogel gewesen. In ihm schlossen sich jene Knaben und Mädchen zusammen, die dem Druck der engen wilhelminischen Verhältnisse in Elternhaus und Schule entfliehen wollten und neue Bindungen suchten. Der Wandervogel protestierte gegen eine als mechanisiert, seelenlos und rationalistisch empfundene bürgerliche Welt (103) und strebte nach einfachereren, natürlichen und menschlich besseren Lebensformen. Tabak und Alkohol waren verpönt; man sang, musizierte, tanzte und gewann "ein frohes Verhältnis zur unberührten Natur, Erfahrungen der Überwindung von Strapazen, der gegenseitigen Hilfe in gefahrvollen Situationen, des Abenteuers, des Spielens, [...] der menschlichen Wertempfänglichkeit überhaupt." (104)

Im Wandervogel breiteten sich vor dem Ersten Weltkrieg antisemitische Tendenzen aus, auch wenn sie nicht offizielle Verbandspolitik wurden. Einer antisemitischen Quelle zufolge befanden sich vor 1914 in 92 % der Wandervogelgruppen keine jüdischen Mitglieder; 84 % der Gruppen schlossen alle Juden nach dem "Arierparagraphen" grundsätzlich von der Mitgliedschaft aus. (105) 1914 beschloß der Wandervogel einen Kompromiß: Es wurde den einzelnen Ortsgruppen anheimgestellt, jüdische Anwärter aufzunehmen oder abzuweisen. Generelle Entschließungen, Juden nicht als Mitglieder zu akzeptieren, seien nicht zu dulden. Gleichzeitig lehnte es die Wandervogelführung aber ab, gegen solche Gruppen vorzugehen. (106)

Der Würzburger Wandervogel hatte vor 1918 einzelne Juden unter seinen Mitgliedern (107), doch "war es schwer, als Jude hineinzukommen" (108). Unter diesen Umständen konnte der Wandervogel nicht als Organisation für mehre-

re hundert jüdische Jugendliche in Frage kommen, die 1918 in Würzburg lebten. Von zionistischer Seite wurde die Mitgliedschaft von Juden im Wandervogel noch aus anderen Gründen nicht befürwortet. Sie betrachteten das Argument als diskussionswürdig, daß es unnatürlich für jüdische Jungen und Mädchen sei, mit den christlichen Wandervögeln gemeinsam auf Fahrten Marien- oder Landsknechtlieder zu singen oder an Sonnwendfeiern und anderen in der christlichen und vorchristlichen Tradition verwurzelten Aktivitäten teilzunehmen, zu denen sie keine gefühlsmäßigen Beziehungen hatten. Juden sollten ihre eigenen Jugenorganisationen schaffen. (109)

Zu Beginn der zwanziger Jahre löste sich der Wandervogel auf. An seiner Stelle entstand eine Reihe von Einzelgruppen ("Bünde"), die Juden meist nicht grundsätzlich ausschlossen, diesen allerdings offensichtlich auch nicht sonderlich attraktiv erschienen. Walter Laqueur nimmt für das gesamte Reich jeweils höchstens 250 jüdische Mitglieder in der bündischen Jugend an. (110) Es ist denkbar, daß einzelne junge Würzburger Juden aus assimilierten Häusern in bündischen Jugendgruppen mitarbeiteten, doch ließ sich durch Befragungen und Aktenstudium kein einziger solcher Fall ermitteln.

Über die Haltung eines am rechten Rand des politischen Spektrums angesiedelten Würzburger Jugendbundes, in dem militaristische und Wandervogeltradition miteinander stritten (111), berichtet Margret Boveri in ihren Memoiren. Der mit der DNVP nicht in Verbindung stehende Deutschnationale Jugendbund war 1919 mit der Frage konfrontiert, ob er die in jungen Jahren getauften Kinder des aus dem Judentum ausgetretenen Direktors der Klinik für Ohren- und Kehlkopfkrankheiten, Paul Manasse, aufnehmen sollte:

"Wir hatten genug Geld beisammen, um für unsere Zusammenkünfte ein Kellerlokal zu mieten. Jedes Mal gab es etliche Neuanmeldungen. Kassiererin war [meine Freundin] Herta: An einem Tisch in der dunkelsten Ecke trug sie die neuen Namen in ein Buch ein. An diesem Abend merkte ich nichts, ging vielleicht früher nach Hause. Am nächsten Morgen platzte Hertas Empörung: 'Ich habe nicht die Absicht, Mitglied eines Judenvereins zu sein.' 'Was ist denn los?' 'Drei Manasse-Mädchen haben sich einschreiben lassen, gleich drei auf einmal, so eine Frechheit!' 'Warum hast du sie denn dann aufgenommen?' 'Es war so dunkel, ich konnte sie kaum sehen. Ich konnte doch auch nicht sagen: Wir wünschen euch nicht.' Die Wellen gingen hoch. [...] Der Jugendbund teilte sich. Ich blieb noch eine Weile in dem Teil, in dem die Manasses waren." (112)

Keine Schwierigkeiten wurden Juden dagegen im Bayerischen Wehrkraftverein

gemacht, der sich nach dem Ersten Weltkrieg Jungbayern nannte. Seit 1912 bereitete der Verein in Pfadfinderuniform gekleidete Gymnasiasten auf den Militärdienst vor. (113) Es handelte sich jedoch nicht um eine Organisation der bündischen Jugend, sondern um eine von Lehrern geleitete Gruppe, die bezweckte, die Jugend im "Geiste der Wehrhaftigkeit" und gegen den "schädlichen Pazifismus" zu erziehen. (114) Ein solcher Verein konnte nicht als Sammelbewegung für jüdische Jugendliche wirken.

Den Auftakt der genuin jüdischen Jugendbewegung in Würzburg markiert die Gründung einer Ortsgruppe des Jüdischen Wanderbundes Blau-Weiß im Jahr 1917. Vorbild des Blau-Weiß war der Wandervogel, und wie dieser lehnten auch die Blau-Weißen den Formalismus der bürgerlichen Gesellschaft und Geselligkeit ab. Obwohl in Würzburg bereits mehrere Organisationen für junge Mitglieder der jüdischen Gemeinde bestanden, nahm die Neugründung einen raschen Aufschwung: 1917 wanderten 20 Mädchen und 20 Jungen in jeweils zwei Gruppen. Wöchentlich fanden Heimabende, Lieder- und Spielnachmittage sowie Führersitzungen statt. (115) In den nächsten Monaten schlossen sich 20 weitere Mitglieder an. (116)

Der Erfolg des Blau-Weiß in Würzburg kam um so überraschender, als der 1912 auf Reichsebene ins Leben gerufene Bund durch die Aufnahme der zionistischen Farben in seinen Namen sich offen zum jüdischen Nationalismus bekannte, eine starke zionistische Bewegung in Würzburg aber nicht vorhanden war. Offensichtlich siegte also bei vielen Mitgliedern der Wunsch, am Gemeinschaftserlebnis des Wanderns teilzunehmen, über eventuelle ideologische Bedenken der Eltern.

Die Abwendung von den Werten und Verhaltensformen der Elterngeneration, die für die gesamte Jugendbewegung charakteristisch ist, gewann für die jüdischen Jugendlichen eine zusätzliche, spezifisch jüdische Komponente: Ihre Opposition galt nicht allein einer fragwürdigen bürgerlichen Behäbigkeit, sondern vor allem einer bei den Eltern beobachteten Bereitschaft, zugunsten der Assimilation an die christliche Umgebung auf jüdische Traditionen zu verzichten. Diese Kompromißbereitschaft lehnten viele Jugendliche ab, so daß die Identifizierung mit den Eltern unmöglich schien; da auch die Identifizierung mit gleichaltrigen Christen kaum möglich war, entwickelte sich die Identitätssuche dieser Jugendlichen häufig zu einer Suche nach einer jüdischen Identität. Nur Jungen und Mädchen, die aus streng

orthodoxen Elternhäusern kamen, verfügten über die nötigen Kenntnisse der hebräischen Sprache, um die jüdische Literatur lesen zu können, nur sie waren durch die Einhaltung der Feste und des Schabbat in der Tradition verwurzelt. (117)

Die Mitgliedschaft in einem Bund, beispielsweise im Blau-Weiß, barg die Möglichkeit in sich, gleichzeitig die verschütteten jüdischen Wurzeln freizulegen und daraus sowie aus dem neugewonnenen jüdischen Gemeinschaftsgefühl Selbstbewußtsein zu schöpfen:

"The development of the Bund and the enrolment of Jewish youth in it were expressions of the desire to form a Jewish community. This desire brought with it readiness to search for Jewish content and form. [...] Jewish young people began to see themselves with different eyes, and they confronted their surroundings - both German and Jewish - with a new self-assurance and a proud mien. With its colours and its flags, the Bund appeared as a Jewish Bund. In hostels, on hikes, and in the Heim, a youth wore the Bund uniform with its pin, and his whole bearing proclaimes Jewishness. The Bund gave him courage and an openness unprecedented in the history of Jewish emancipation." (118)

In dieser Hinsicht bot der Blau-Weiß den jüdischen Jugendlichen Würzburgs etwas völlig Neues, was das überraschend schnelle Wachstum der Ortsgruppe erklärt. Vor dem Entstehen des Wanderbundes hatte es lediglich von Erwachsenen geschaffene und geleitete Organisationen gegeben. Orthodoxen Jugendlichen stand die 1913 entstandene antizionistische Agudas-Jisroel-Jugendorganisation offen, die schon deshalb nicht in Konkurrenz zum Blau-Weiß treten konnte, weil sie die Formen der deutschen Jugendbewegung nicht übernahm, sondern sich hauptsächlich auf die theoretische Beschäftigung mit der Thora und den Kampf um die Heiligung des Schabbat konzentrierte. (119) Die Würzburger Gruppe veranstaltete während des Ersten Weltkriegs mehrere Schiurim pro Woche; hinzu kamen Vorträge und Diskussionsabende. Im Sommersemester 1918 erlebte die Arbeit wegen des Engagements einiger Mitglieder der orthodoxen Vereinigung Jüdischer Akademiker eine Intensivierung. (120)

Vor allem für junge jüdische Lehrlinge und Handlungsgehilfen, d.h. kaufmännische Angestellte, war der Jüdische Fortbildungsverein bestimmt, der seine Notwendigkeit in einem Rundschreiben so begründete:

"Alljährlich kommt eine Anzahl von jüdischen jungen Leuten nach Würzburg, um ins berufliche Leben einzutreten. Mannigfach sind die Gefahren, denen

der unerfahrene junge Mann ratlos ausgesetzt ist. [...] Gerade aber in unserer Zeit liegt es mehr denn je im Interesse des Gesamtjudentums, daß der jüdische Kaufmannsstand aus starken,charakterfesten Persönlichkeiten von ideeller Gesinnung sich zusammensetzt. Diesen Interessen will der 'Jüdische Fortbildungsverein' dienen, indem er seine Vereinsräume seinen jungen Freunden öffnet, um ihnen Gelegenheit zu geben, durch Lektüre von guten Büchern und Zeitschriften die Zeit zweckmäßig und angenehm im Kreise Gleichgesinnter zu verbringen, sowie durch Veranstaltung von regelmäßigen Vorträgen, die geeignet sind, die Fortbildung der jungen Leute im beruflichen, allgemeinen und religiösen Wissen zu fördern. Eine reichhaltige Bibliothek stellt er seinen Mitgliedern ebenfalls zur Verfügung." (121)

Ähnliche Absichten verfolgte der Jüdische Jugendverein, der wohl ebenfalls schon vor 1914 in Würzburg aktiv wurde. Die ersten Jugendvereine waren in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts von der Großloge U.O.B.B. mit jugendpflegerischen Zielen geschaffen worden. Man wollte "die jüdische Jugend vor sittlicher Gefährdung bewahren und sie durch wirtschaftliche Vorteile zum Eintritt in die Jugendvereine anregen." (122) Den Handlungsgehilfen zwischen 18 und 25 Jahren, an die sich die Vereine vor allem wandten, boten sie Dienste wie Arbeits- und Wohnungsnachweis sowie Fortbildungskurse in Stenographie und Schreibmaschine und in jüdischem Wissen. Am Freitagabend wurde zu geselligen Veranstaltungen eingeladen. (123) 1909 entstand der Dach-"Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands", der 1913 bereits rund 14500 Mitglieder in 113 Vereinen umfaßte. (124)

Vom 29. bis 31. Juli 1918 veranstaltete die Agudas Jisroel-Jugendorganisation einen Bundestag in Würzburg, an dem etwa 400 Jugendliche sowie Rabbiner und Lehrer teilnahmen. Ein großer Teil der Debatte kreiste um die Auseinandersetzung mit dem Blau-Weiß. (125) Der Orthodoxie kam der Erfolg der zionistischen Organisation äußerst ungelegen. Als Gegenmaßnahme wurde in Würzburg die Schaffung eines eigenen orthodoxen Wanderbundes beschlossen, der den Namen Esra erhielt. Die Esra-Ortsgruppe in Würzburg übte eine starke Anziehungskraft aus: 1920 war sie mit 118 Mitgliedern (126) zur größten jüdischen Jugendgruppe der Stadt geworden, eine Position, die sie bis 1932 nicht mehr verlor.

Zum beständigen Erfolg von Esra trug entscheidend bei, daß der Bund in den Studenten der Israelitischen Lehrerbildungsanstalt stets geeignete Führungskräfte fand (127), die auch Schiurim abhielten. (128) Seminarrabbiner Jekutiel Neubauer fungierte als geistiger Führer der Esräer. (129) In zwangloser Weise verband Esra die Formen der Jugendbewegung - Ausflüge

in die Würzburger Umgebung, Sportspiele, Heimabende, Bundestage in landschaftlich reizvollen Teilen Deutschlands (130) - mit der eigentlichen Aufgabe, der Erziehung zur orthodoxen Lebensführung und dem Studium religiöser Literatur. Als einziger jüdischer Jugendbund hat Esra, auch in Würzburg, fast die gesamte Weimarer Republik ohne Abspaltungen überstanden. Erst als einer Stellungnahme zum Zionismus nicht mehr auszuweichen war, teilte sich Esra 1932 in eine mehr zionistische und eine traditionell-orthodoxe Gruppe.

Ein Bericht über eine Simchas-Thora-Feier der Würzburger Esra-Mitglieder im Herbst 1920 zeigt anschaulich die Verbindung von Wandervogel-Tradition und spezifisch jüdischer Ausgestaltung:

"So trafen sich denn [am] Sonntag die einzelnen Gruppen an den verschiedenen Plätzen von W. und von da marschierten sie tapfer drauf los, jede einen anderen Weg nehmend. Die Sonne lachte heiter vom tiefblauen, wolkenlosen Himmel. Wir sangen jüdische und deutsche Lieder durcheinander und dazwischen scherzten und lachten wir und es war lustig, halt eine richtige Esrawanderung. Da [...] hörten wir pfeifen und wieder pfeifen und eine unserer Bubengruppen empfing uns mit lauten [...] Rufen. Das war dann der erste Zusammenstoß und der zweite und der dritte folgte bald. So kamen wir an unser Ziel, den Alandsgrund, und dort fanden wir uns mit den übrigen Gruppen zusammen [...]. Als schließlich 118 Esräer und Esräerinnen glücklich beisammen waren, lagerten wir uns auf einem Berg, der ganz mit Gras bewachsen war und von welchem man eine herrliche Landschaft überschauen konnte. Und nun wurde der Kuchen verteilt. [...] Auch Tee und Kakao wurden abgekocht. Die Jungens hatten Holz herbeigeschleppt und da gabs ein lustiges Feuer. Nachher sammelten wir uns alle um unsern Führer auf dem Berg, wie Lämmer um ihren Hirten. Unser Führer hielt eine Ansprache, er sprach so schön und herzlich von Simchasthauro und wir fühlten uns alle eins und so stolz, Juden sein zu dürfen und sein zu können und wir nahmen uns vor, unter den Juden echte Esräer zu werden. Es war ein schönes Bild, wie wir um unsern Führer lagen und wir konnten uns jetzt lebhaft vorstellen, wie die Jünglinge und Jungfrauen Israels hinauszogen mit Zimbeln und Harfen und spielten und sangen; auch wir ließen herrliche Smiraus [religiöse Gesänge] erschallen und auch die Reigentänze der Töchter Zions fehlten nicht, unsere Kleinen tanzten sie reizend. [...] Aus 118 Herzen stieg dasselbe Gebet zu Gott: [...] Habe Wohlgefallen an Deinem Volke Israel und seinen Gebeten, baten wir alle demütig. Es war dunkler geworden und es sollte schon gepackt werden. Doch vorher stiegen noch einige von uns auf die Spitze des Berges und sahen - wir empfanden eigentlich mehr als wir sahen - den Sonnenuntergang. Wie eine feurige Kugel versank die Sonne, glutrot. Engumschlungen standen wir da und sangen, bis das letzte Rot verlosch und die Dämmerung langsam herabsank. Ein hoher Gedanke aber blieb uns: So wie die Sonne frühmorgens erwacht und abends wieder scheidet auf Befehl Gottes und wie sie so selbstlos für uns Menschen scheint, so wollen auch wir Gott dienen: erew, wowauker, früh und spät und unser Letztes hergeben für unsere Brüder und Schwestern. Dann wanderten wir vereint unserm lieben W. zu. Daheim durchdachten wir nochmals die ganze Feier und hielten den Gedanken und den Entschluß fest, bessere Jehudim zu werden." (131)

Auch der Verband der Jüdischen Jugendvereine nahm nach dem Weltkrieg zunächst einen raschen Aufschwung: Im Juni 1919 waren in 153 Jugendvereinen bereits 41000 Mitglieder organisiert. (132) Die Würzburger Ortsgruppe lud in diesem Jahr zu mehreren Vorträgen ein, die meist der Standortbestimmung der neutralen Jugendlichen dienten. (133) Am 29. Dezember 1919 sprach der damals noch in Köln amtierende Siegmund Hanover über seine Tätigkeit als Feldrabbiner. (134)

Im Sommer 1919 unternahm die Ortsgruppe den Versuch, neutrale Jugendvereine auch in den Landgemeinden Unterfrankens aufzubauen. Diese Absicht stieß auf den erbitterten Widerstand der Würzburger Agudas-Jisroel-Jugendgruppe, die die Agudas-Zentrale in Frankfurt informierte. Aus Frankfurt kam ein Schreiben, das offensichtlich zur Verbreitung in den orthodoxen Kreisen der unterfränkischen Gemeinden bestimmt war. Auszüge:

"Der 'Jüdische Jugendverband' in Würzburg [...] will nun auch die Jugend auf dem Lande in neutralen Vereinen organisieren, in Vereinen, die unserem altheiligen Judentum in religiöser und politischer Beziehung ohne feste Stellungnahme gegenüberstehen. Für sie bedeutet es keinen Unterschied, ob der im Verein Lehrende Jehudi [Jude] oder Gottesleugner ist, ob [ein] Vortrag unsre Tauro [Thora] als Quell alles Guten und Jüdischen preist, oder ob die jüdischen Gesetzesvorschriften als veraltet in den Staub gezogen werden. In religiösen Dingen gibt es keine Neutralität! Wollt Ihr zulassen, daß Eure Jugend herausgetrieben werde aus der alten von den Vätern überkommenen Lebensweise? Wollt Ihr gestatten, daß Eure Jugend, die mit Gotteshilfe noch bei der Fahne des alten Judentums gehalten wurde, daß sie vergiftet werde mit unjüdischen Ideen?! Nein, und abermals nein?!? Wehrt Euch gegen diese[n] Eingriff in Eure ländliche Jüdischkeit! Sorget, daß der neutrale Verband seine Fangnetze bei Euch nicht ausbreitet!" (135)

Die Agudas-Zentrale erbot sich, die ländliche Orthodoxie "in jedweder Weise" zu unterstützen, sei es durch Redner oder durch Übersendung von Propagandamaterial. Sogar die Anstellung eines "Bezirkssekretärs für Unterfranken" wurde angekündigt (136), offenbar aber nicht verwirklicht.

Nachdem inzwischen zionistische und orthodoxe Wandergruppen existierten, bildeten sich im Lauf der Jahre 1919 und 1920 auch innerhalb der Jugendvereine Wanderbünde, die sich im August 1920 zum Jung-Jüdischen Wanderbund (JJWB) zusammenschlossen. Der JJWB erklärte im Januar 1922 seinen Austritt aus dem Jugendverband, ein Schritt, der für den Verband einen schweren Aderlaß bedeutete. (137) In Würzburg hatte der Jugendverein 1920, als der JJWB bereits sehr aktiv war, an den Freitagabenden regelmäßig Referate über die Geschichte des jüdischen Gottesdienstes organisiert. Im zweiten

Stock des Hotel Goldschmidt verfügte der Verein über einen eigenen Raum. (138) Auch 1921 fanden noch Treffen am Freitagabend sowie Vortragsveranstaltungen, vorwiegend wohl zu kulturellen Themen, statt. (139)

Seit 1922 scheint die organisierte jüdische Jugendarbeit in Würzburg überwiegend von Esra und vom JJWB geleistet worden zu sein. Als kleine Gruppe mag der neutrale Jugendverein überlebt haben; im Januar 1924 beantragte er bei der Kultusverwaltung die Überlassung eines anderen Raumes. (140) Auch die Arbeit des Reichsverbandes kam während der Inflationsjahre weitgehend zum Erliegen. (141) Die Expansion in ländliche Gebiete, die noch 1919 möglich erschien, hatte sich als undurchführbar erwiesen.

Einen ähnlichen Niedergang erlebte fast zur gleichen Zeit der Blau-Weiß. Die starke Stellung, die der Bund noch 1920 hatte beanspruchen können, wird dokumentiert durch eine Jugend-Versammlung im Hotel Pauly, zu der alle jüdischen Jugendorganisationen der Stadt einmütig durch Anzeige im "General-Anzeiger" einluden. (142) Vor einer offenbar sehr ansehnlichen Schar von Gästen propagierte der zionistische Referent Karl Glaser den nationaljüdischen Gedanken; in ihm lägen "die revolutionierenden Elemente [...], die geeignet seien, das jammervolle Leben der heutigen Judenheit umzugestalten." Die anschließende Diskussion gestaltete sich "recht lebhaft". (143) Der Würzburger Blau-Weiß wurde letztmals zu Beginn des Jahres 1922 in der "Führerzeitung" des Bundes erwähnt (144), während auf Reichsebene zahlreiche Gruppen noch bis 1927 weiterarbeiteten. (145) Viele Würzburger Blau-Weiße traten zum Jung-Jüdischen Wanderbund über, vor allem wohl solche, die zum Blau-Weiß nicht wegen ihrer zionistischen Gesinnung gegangen waren, sondern weil zunächst kein anderer Bund Wanderungen in Wandervogel-Manier anbot. Die Abwanderung dieser Mitglieder stieß auf die Kritik überzeugter Zionisten: "Den Übertritt von Freundinnen aus dem Blau-Weiß in den JJWB empfand ich als Verrat. Wir hatten uns auch Opposition gegen unsere bürgerlichen Familien geschworen, wollten als Chaluzim nach Israel, sahen im Tanzen einen Heiratsmarkt." (146)

Den letzten Anstoß zur Auflösung des Würzburger Blau-Weiß mag der Bundestag der Organisation vom 6. bis zum 8. August 1922 in Prunn gegeben haben. Bei dieser Gelegenheit wurde ein "Grundgesetz" verabschiedet, das die einzelnen Mitglieder sehr stark der Bundesleitung unterordnete, der "in allen Angelegenheiten persönlicher oder sachlicher Art, die das Interesse

des Blau-Weiß betreffen, die volle Verfügungsgewalt über die Menschen des Bundes" zugesprochen wurde. (147) Diese Entwicklung wurde von der jüdischen Öffentlichkeit allgemein abgelehnt und führte zur Isolierung des Bundes. (148) Viele Einzelmitglieder und ganze Ortsgruppen traten aus. (149)

Der Jung-Jüdische Wanderbund, der einen Teil der Blau-Weißen aufnahm, hatte sich, wie erläutert, zunächst im Rahmen des neutralen Jugendverbandes etabliert. Je mehr die Mitglieder allerdings die Charakteristika der deutschen Jugendbewegung übernahmen, desto stärker wurde das Verlangen nach Selbständigkeit. (150) Die Trennung im Januar 1922 war daher ein erster logischer Schritt; ein zweiter bestand in der Abkehr von der neutralen Haltung des Jugendverbandes. Der JJWB entschied sich im Sommer 1923 auf einem Bundestag für eine zionistisch-sozialistische Ausrichtung und bekannte sich zur "jüdischen Volksgemeinschaft." (151)

In der praktischen Arbeit der Würzburger Ortsgruppe wirkte sich diese ideologische Neuorientierung kaum aus. Die Mitglieder scheinen sich darauf beschränkt zu haben, ab und zu zionistische Lieder zu singen, und schon dies fand bei den Eltern "nicht allgemeinen Beifall". (152) Die bereits 1919 aufgenommene (153) Tätigkeit konzentrierte sich auf Wanderungen. Außerdem organisierten die Mitglieder Tanzveranstaltungen und Vorträge und studierten Theaterstücke ein. (154) Im April 1929 beantragte der Bund die Überlassung von Räumen im gemeindlichen Anwesen Domerschulstraße 19 (155), doch scheint der Plan, sich dort regelmäßig zu treffen, nicht zur Ausführung gekommen zu sein. Wohl 1930 löste sich der JJWB in Würzburg auf. (156) Mehrere Mitglieder traten zu dem von Rabbiner Hanover geschaffenen neutralen Jugendbund über. (157)

Der Rabbiner, dem die Jugendarbeit besonders am Herzen lag und der auch die regelmäßige Abhaltung von Jugendgottesdiensten durchgesetzt hatte (158), sah sich vor ein schwieriges Problem gestellt. Mit der Auflösung des neutralen Jugendvereins (1924) und dem Niedergang des JJWB (wohl seit 1926) fehlte eine funktionierende Organisation für Jugendliche, die nicht aus orthodoxen Elternhäusern kamen. Für diese Gruppe, die die Mehrheit der Würzburger Jugendlichen umfaßte, gründete Hanover im Herbst 1926 als Nachfolger des Jugendvereins einen neutralen Jugendbund. Die Entwicklung verlief zunächst vielversprechend: Zu einem ersten Vortragsabend kamen rund 100 Ju-

gendliche (159), später trafen sich die Mitglieder in einem Raum des Hotel Goldschmidt, gaben Konzerte, führten Theaterstücke auf, befaßten sich mit kulturellen und wissenschaftlichen Themen (160) oder lasen literarische Werke mit verteilten Rollen. (161) Im Frühjahr 1927 nahm der Bund auch Wanderungen in sein Programm auf. (162) Doch im Juni des folgenden Jahres mußte der Rabbiner in der Kultusverwaltung von der drohenden Auflösung des Bundes berichten; nur Esra scheine zu blühen. (163)

Hanover war sich darüber im klaren, daß Jugendarbeit ohne geeignete Führer und geeignete Räumlichkeiten nicht zu organisieren war. Schon 1925 drängte er auf die Schaffung von ausreichenden Jugendräumen. (164) Als die Gebrüder Katzmann das Hotel Goldschmidt an die Freien Gewerkschaften verkauften, fiel auch diese Begegnungsstätte aus. Erst 1928 schuf die Gemeinde mit dem Ankauf des Anwesens Domerschulstraße 19 genügend Platz für die Jugend. Mit großer Ausdauer setzte sich Hanover in der Verwaltung auch für die Anstellung einer Kraft zur Betreuung der nichtorthodoxen Jugend ein. Am 5. Juni 1930 erklärte er:

"Es bestehe eine große Lücke insofern, als jemand fehle, der sich der Fürsorge hinsichtlich der Lehrlinge, wie überhaupt der Schuljugend und der Erwachsenen annimmt. [...] Man dürfe nicht warten, bis 'die Kindlein zu einem kommen', sondern man habe heutzutage die Pflicht, die jüdischen Kinder, Schüler und Erwachsenen aufzusuchen, wo sie sind, um ihnen das zu geben, was sie benötigen. [...] Die Jugend schreie geradezu nach Führung. Diese sei nicht da. Diese Lücke müsse nun unter allen Umständen ausgefüllt werden." (165)

Auf das dringende Anraten des Rabbiners hin engagierte die Gemeinde im Oktober 1930 den 24jährigen Rabbinatssubstituten Selig Auerbach, der bei abendlichen Treffen die Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberklassen um sich scharte. Referate und anschließende Diskussionen sollten die Jugendlichen "für geistige Probleme des Judentums interessieren". (166) Auch der neutrale Jugendbund fand in Selig Auerbach einen engagierten Führer. (167)

Von der Anwesenheit Auerbachs profitierte außerdem die Freitag-Abend-Gemeinschaft, in der vor allem jüdische Lehrlinge zusammengeschlossen waren. (168) Diese Organisation, die wohl zu Beginn der dreißiger Jahre entstand, gewann 1932 so viele neue Mitglieder, daß sie sich als "größten jüdischen Jugendverein in Würzburg" bezeichnete. (169) Die "Frag" hatte ihr Heim ebenfalls in der Domerschulstraße 19. Hier leitete Auerbach Kurse über mit-

telalterliche und neuzeitliche jüdische Geschichte (170), hier fanden sonntags Tischtennisabende statt. (171) Hauptzweck des Vereins war, den Mitgliedern, die meist nicht aus Würzburg stammten und keinen "Familienanschluß" hatten, eine den religiösen Vorschriften entsprechende Gestaltung des Schabbatabends zu ermöglichen. Dabei wurde die Freitag-Abend-Gemeinschaft von der Vereinigung der Sabbatfreunde ("Schomre Schabbos") und ihrem Vorsitzenden Samuel Pfeuffer unterstützt. Im Dezember 1932 rief Pfeuffer die Vereinsmitglieder dazu auf, "in unerschütterlichem Willen ihr Letztes herzugeben, um den Sabbat in seiner traditionellen Größe zu erhalten". (172) Im September des gleichen Jahres appellierten die Freitag-Abend-Gemeinschaft und der neutrale Jugendbund gemeinsam an die jüdischen Arbeitgeber der Stadt, ihre jüdischen Angestellten während der Herbstfeiertage zu beurlauben, ohne die freien Tage auf den tarifmäßigen Urlaub anzurechnen. (173)

Im orthodoxen Wanderbund Esra hatten sich schon kurz nach der Gründung zionistische Strömungen gezeigt. Dies widersprach den Plänen der Agudas Jisroel, die im Esra vor allem eine Möglichkeit sah, "die ältere Schuljugend neben und außer Haus und Schule thoratreu, d.h. gesetzestreu zu erziehen." (174) Der Esra rang seit der Gründung um sein Verhältnis zur Agudas-Jisroel-Jugendorganisation, die auch in seiner Bundesleitung vertreten war. Die 1925 etwa 1200 Esräer begannen sich bald in einer Weise für Palästina zu interessieren, die fast einen zionistischen Anstrich hatte. Während die Agudas Jisroel den Zionismus erbittert bekämpfte, wurde auf dem Bundestag des Esra 1925 die Ansicht vertreten, daß die Überwindung des Galut (175) nur in Eretz Israel möglich sei. An der Orthodoxie kritisierten die Esräer, daß sie es bisher unterlassen habe, mit allen Kräften Palästina-Arbeit zu leisten. (176)

Die Agudas-Jisroel-Jugend wandte sich energisch gegen solche Vorstellungen. Der Konflikt mit dem Esra nahm breiten Raum auf einem Delegiertentag der Agudas-Jugend in Würzburg im Sommer 1925 ein. Die Agudisten beharrten darauf, "daß das konstituierende Prinzip der jüdischen Gemeinschaft nicht die nationale Einheit, sondern die Thora" sei; eine "gewaltsame Lösung" der Auseinandersetzung mit Esra solle allerdings verhindert werden. (177)

Tatsächlich blieb die zionistische Richtung zunächst in den Esra eingebunden. Im Dezember 1928 gründete Esra eine eigene zionistische Organisation,

den Brith Chaluzim Dathiim (Bund frommer Pioniere), abgekürzt BACHAD. (178) In Würzburg arbeitete die Esragruppe zunächst weiter wie zuvor, doch verschärften sich die Auseinandersetzungen um nationaljüdische Fragen. (179) Die zionistische Fraktion sorgte dafür, daß der Bund 1930 hinsichtlich des Wahlrechts für Ostjuden eine Stellung einnahm, die über die Position der Würzburger Orthodoxie weit hinausging (vgl. Kap. IV). Im gleichen Jahr wanderte ein Esramitglied nach Palästina aus (vgl. Kap. I).

Die Würzburger Esragruppe bestand noch bis 1932. Sie war damals eine von 29 Gruppen im Reich. (180) Dann führten die internen Spannungen zum Auseinanderbrechen; orthodoxe Jugendliche, die die Betonung mehr auf den Zionismus legten, bildeten nun auch in Würzburg eine BACHAD-Gruppe, Knaben und Mädchen, die den religiösen Aspekt für wichtiger hielten, kehrten als Noar Agudati in den Schoß der Agudas-Jisroel-Jugendorganisation zurück. (181)

Der BACHAD veranstaltete in Würzburg Schabbattreffen und Vorträge im Vereinshaus in der Domerschulstraße 19. (182) Eine ehemalige BACHAD-Führerin erinnert sich an Aktivitäten, die die jugendbewegte Esra-Tradition mit nationaljüdischen Akzenten versah: "Wir wanderten jeden Sonntag und am Sabbat lernten wir hebräische und zionistische Lieder." (183)

Noch bevor die nationalsozialistische Machtübernahme eine Neueinschätzung des Zionismus in weiten Kreisen des deutschen Judentums bewirkte, hatte sich ein bedeutender Teil der orthodoxen Jugend Würzburgs für die nationaljüdische Richtung entschieden.

IX. Antisemitismus

Am 30. Juli 1919 wandte sich der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens mit einer Anzeige im "General-Anzeiger" an die Würzburger Bevölkerung. Unter der Schlagzeile "An unsere Mitbürger!" schrieb der C.V.:

"Bayerns Juden haben bisher friedlich und einträchtig mit der übrigen Bevölkerung zusammen gelebt und gearbeitet und Freud und Leid mit ihr geteilt. Seit mehreren Monaten aber herrscht eine wilde antisemitische Hetze. In Stadt und Land werden verlogene Hetzblätter und Plakate verbreitet. [...] Sie wollen die Juden zum Sündenbock machen. Das ist der Kern der Sache. So erklärt es sich auch, daß man, aller geschichtlichen Wahrheit zuwider, die Verantwortung für den Krieg, seine Verlängerung und seine Folgen, aber auch für sein vorzeitiges Ende, auf die Juden abwälzen will. [...] Wir werden als Deutsche nach wie vor unsere Pflicht erfüllen und uns durch keinerlei Hetze abdrängen lassen vom Boden unseres Rechtes und unserer Ehre, und vom Boden des Vaterlandes, das uns so heilig ist wie nur irgendwem. Wir werden als Juden stolz und aufrecht zum Judentum stehen, das in seiner sittlichen Reinheit über die antisemitischen Angriffe hoch erhaben ist. Sie können uns beschimpfen, aber nicht erniedrigen." (1)

Fast flehentlich schloß der Text:

"Wir flüchten uns an die Öffentlichkeit und bitten alle anständigen Menschen in Stadt und Land, mit uns eine Macht zu bilden gegen eine Agitation, die nicht nur uns bedroht, sondern auch den öffentlichen Frieden. Wir leben in schwerster Zeit. Nur gemeinsame Arbeit und innerer Friede können Deutschland zur Gesundung zurückführen. Unverantwortlich ist es, eine Schicht der Bevölkerung gegen die andere aufzuhetzen; unverantwortlich, einen Teil des Volkes, der am Wiederaufbau mitarbeiten soll und will, zurückzustoßen. Am gesunden Sinn des deutschen Volkes wird - so hoffen wir bestimmt - die antisemitische Hetze zerschellen." (2)

Die Anzeige dokumentiert eine rege antisemitische Hetze in Würzburg bereits in den ersten Monaten nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. Daß diese schon im Sommer 1919 bedrohliche Ausmaße annahm, läßt sich auch einer Äußerung Alfred Braunschweigers entnehmen, der am 24. Juni 1919 in der Kultusverwaltung dringend dazu aufrief, die nächste Gemeindeversammlung "wegen der antisemitischen Strömungen nicht in einem der Öffentlichkeit so leicht zugänglichen Raum" wie dem ursprünglich bei solchen Anlässen gerne benutzten Hotel Reichshof abzuhalten. (3) Tatsächlich fanden die folgenden Zusammenkünfte im abgelegeneren Hotel Goldschmidt statt. (4)

Dieses letzte Kapitel der Arbeit beschreibt die unterschiedlichen Erschei-

nungsformen der Judenfeindschaft in Würzburg zwischen November 1918 und Januar 1933. Es verbindet Abschnitte, die den Antisemitismus in seiner chronologischen Entwicklung zeigen, mit solchen, die Motivation und Verbreitung des in der Stadt und der sie umgebenden Region virulent werdenden antisemitischen Gedankenguts analysieren. Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß es nicht die Absicht des Autors ist (und im Rahmen einer Arbeit wie der vorliegenden nicht sein kann), neue Erkenntnisse über die Entstehungsbedingungen des Judenhasses zu vermitteln - vor allem insofern nicht, als diese mit einem sozialpsychologischen Instrumentarium zu fassen wären. Die Arbeit beschränkt sich also weitgehend auf eine Außensicht des Antisemitismus und gibt diese nur gelegentlich auf, wenn die Reaktionen jüdischer Bürger auf die sich ausbreitenden, gegen sie gerichteten Aggressionen dargestellt werden.

In einem ersten Abschnitt werden zunächst die Aktivitäten beschrieben, die die größte NSDAP-Vorläuferorganisation, der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, zwischen 1919 und 1923 in Würzburg entfaltete. Der zweite Abschnitt entwickelt an Hand der programmatischen Aussagen des Trutzbundes die grundlegenden antisemitischen Propagandatopoi und legt dar, daß sich die NSDAP im Hinblick auf ihre Judenpolitik lediglich weitverbreitetes völkisches Gedankengut zu eigen machte und diesem praktisch keine neuen Aspekte hinzufügte. Der dritte Abschnitt behandelt Spielarten des Antisemitismus in bürgerlichen Parteien und Organisationen, wobei besonderes Gewicht auf studentische Korporationen gelegt wird. Der vierte Abschnitt schildert jene Kräfte, die der völkischen Bewegung in Würzburg Widerstand entgegensetzten, und hier vor allem den jüdischen Abwehrkampf. Der fünfte Abschnitt schließlich führt die chronologische Beschreibung der antijüdischen Vorkommnisse bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme fort. Hierbei werden viele der in den vorhergehenden Abschnitten erwähnten Topoi erneut in anderem Zusammenhang angesprochen.

1. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund (1919-1923)

"Die ungeheuere moralische Verwirrung und Verwilderung im Zeichen der Niederlage, die folgende totale Verarmung und soziale Deklassierung vieler Millionen Menschen durch die Inflation, Vorgänge, die über den Verstand der meisten durchaus hinausgingen, haben dem Ruf: 'Die Juden sind unser Unglück' zum ersten Male ein starkes Echo verschafft. Ich würde die Behauptung wagen: Nie war die antisemitische Leidenschaft in Deutschland wütender als in den Jahren 1919 bis 1923." (5) Die Stichhaltigkeit dieser Bemerkung Golo Manns kann auch am Beispiel Würzburgs belegt werden. Niemals zuvor und niemals danach existierte in Würzburg eine nicht staatlich gelenkte antisemitische Massenbewegung, deren Bedeutung sich mit der des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes messen konnte.

Der Schutz- und Trutzbund trat am 18. November 1919 mit einer Anzeige im "Fränkischen Volksblatt" erstmals an die Würzburger Öffentlichkeit. "Deutsche Volksgenossen", die sich durch seine Ziele (unter anderem "Restlose Beseitigung der Vorherrschaft der land- und volksfremden Elemente", "Schaffung eines Fremdengesetzes") angesprochen fühlten, wurden aufgefordert, sich "zu tatkräftigem Wirken in unserem mächtigen Bunde" zusammenzuschließen. (6)

Die erste öffentliche Versammlung am 16. Dezember 1919 im "Platzschen Garten" gab das Muster ab, nach dem in den nächsten Jahren unzählige völkische Massenveranstaltungen in Würzburg ablaufen sollten:

"Eine Radauversammlung schlimmster Art war die gestern Abend auf Einladung des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes im Platzschen Garten stattgehabte. [...] Der Besuch war besonders aus Studentenkreisen so massenhaft, daß der Platzsche Garten wohl selten eine so große Menschenmenge aufwies." (7) "Der Verlauf der Versammlung mußte auf den unbefangenen Besucher, gleichviel [!] welcher Parteirichtung, einen abstoßenden Eindruck machen. In fast zweistündigem Vortrag lieferte ein gewisser Kurt Kerlen (8) aus Nürnberg den für die folgenden Auftritte geeigneten Resonanzboden. Fast zwei Stunden mühte sich der Herr ab, die Juden in fanatischer Weise herunterzureißen." (9) "[Kerlen] sprach über das Thema 'Deutschlands Knechtschaft', worunter er die Beherrschung des Volkes durch die Juden verstand; er suchte in den Zahlen, die er für unanfechtbar erklärte, den Nachweis zu erbringen, daß die Juden so ziemlich an allem schuld sind, was uns an Unheil betroffen hat; dazu könne aber der einzelne Jude nichts, da ihn sein Schöpfer eben so in die Welt gestellt habe, wie er heute ist. [...] Die angekündigte Aussprache erwies sich [...] als undurchführbar. [...] Die durch die Rede Ker-

lens bis zur Siedehitze fanatisierte Masse erhob immer wieder ein solches Pfeifen und Johlen, daß es dem Schreiber dieses noch heute in den Ohren liegt." (10)

Drei Tage später wandte sich der Bund mit "Sieg! Heil! Freiheit!" und drei Hakenkreuzen im "Volksblatt" an die "Volksgenossen deutscher Rasse". In Anspielung auf die Versammlung erklärte die Trutzbund-Ortsgruppe, die "deutsche Volksseele" habe gesprochen und die "deutsche Wahrheit" habe "auf der ganzen Linie gesiegt". Auch jene, die noch "vergiftet" von "fremdem, morgenländischem Geist" seien, würden nun "den Weg zum Deutschen finden". (11)

Der Trutzbund war im Februar 1919 in Bamberg von leitenden Funktionären des im dritten Abschnitt behandelten Alldeutschen Verbandes gegründet worden. Zum Vorsitzenden auf Reichsebene bestimmte man Konstantin Freiherr von Gebsattel, einen ehemaligen General, der 1854 in Würzburg geboren wurde. Gebsattel stammte aus einem alten fränkischen Adelsgeschlecht; sein Vater, Victor von Gebsattel, war königlich bayerischer Kämmerer und Hofmarschall der Königin Amalie von Griechenland gewesen. (12) Sein Bruder Ludwig Freiherr von Gebsattel war 1918 kommandierender General des in Würzburg stationierten II. Armeekorps.

Der glühende Monarchist Konstantin von Gebsattel hatte sich nach seiner Pensionierung 1910 politischen Fragen zugewandt und 1913 unter dem Titel "Gedanken über den notwendigen Fortschritt in der inneren Entwicklung Deutschlands" eine Denkschrift verfaßt, die er an 200 Persönlichkeiten, unter anderem an den deutschen Kronprinzen, versandte. (13) Darin entwarf Gebsattel für die deutschen Juden eine umfangreiche Fremdengesetzgebung. Sie sah den Ausschluß der Juden vom Heeresdienst - bei Zahlung des Doppelten an Steuern - sowie vom Staatsdienst, vom Lehr- und Anwaltsberuf und vom Großgrundbesitz vor. Außerdem sollte den Juden die Herausgabe von Zeitungen verboten werden. Um bei einer nach Gebsattels Ansicht zu forcierenden jüdischen Auswanderung aus Deutschland den Kapitalverlust in der deutschen Wirtschaft möglichst gering zu halten, schlug der Adelige vor, daß die größten Teile des jüdischen Besitzes dem Reich zufallen sollten. Bei der Frage, wer Jude sei, orientierte sich Gebsattel an der Abstammung. In "die Rechte der Germanen" könne nur der eintreten, bei dem "nicht mehr als ein Viertel jüdischen Blutes vorhanden ist". (14)

Von Gebsattel, der seinen Ruhestand auf einem Gut in Rothenburg ob der Tauber verlebte, war seit 1914 stellvertretender Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes und an den Verhandlungen der Verbandsspitze in Bamberg beteiligt. Seiner Anregung folgend wurde der Deutsche Schutz- und Trutzbund gegründet, der, als Massenorganisation konzipiert, breite Schichten der Bevölkerung für die Ziele der Alldeutschen begeistern sollte. Ebenfalls auf Gebsattel ging die entscheidende Stoßrichtung der Neugründung zurück. Der Adelige hatte vorgeschlagen, "die Juden als Blitzableiter für alles Unrecht zu benützen." (15)

Gebsattel wurde zum "geheimen Vorsitzenden" des Trutzbundes bestimmt und mit diktatorischen Befugnissen ausgestattet. Unter ihm stand als Hauptgeschäftsführer und Repräsentant des Bundes nach außen Alfred Roth, der bereits als Funktionär verschiedener antisemitischer Organisationen auf sich aufmerksam gemacht hatte. (16)

Der Deutsche Schutz- und Trutzbund schloß sich noch im gleichen Jahr mit zwei anderen antisemitischen Gruppierungen, dem Reichshammerbund und dem Deutschvölkischen Bund, zum Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund zusammen. Dieser wurde unter den mehr als 100 antisemitischen Organisationen der Nachkriegszeit zur wichtigsten und schlagkräftigsten. In der Satzung des Bundes hieß es:

"§ 3. Der Bund erstrebt die sittliche Wiedergeburt des deutschen Volkes durch die Erweckung und Förderung seiner gesunden völkischen Eigenart. Er erblickt in dem unterdrückenden und zersetzenden Einfluß des Judentums die Hauptursache des völkischen Zusammenbruchs und in der Beseitigung dieses Einflusses die Vorbedingung des staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbaues, sowie /der/ Rettung deutschen Wesen und deutscher Kultur.
§ 4. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund macht es sich zur Aufgabe, über Wesen und Umfang der jüdischen Einflüsse auf das deutsche Staatsleben und die daraus für Sitte und Ordnung erwachsende Gefahr aufzuklären und diese unter Benützung aller politischen, staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Mittel auf das Entschiedenste zu bekämpfen." (17)

Mitglieder mußten bei der Aufnahme schriftlich versichern, "daß sie deutscher Abstammung und Gesinnung sind" und daß sie, falls verheiratet, "in deutschblütiger, reinrassiger Ehe leben". (18)

Der Würzburger Stadtrat beschäftigte sich mehrmals mit der Agitationstätigkeit des Bundes, deren Ausmaß "beispiellos" (19) war. Etwa fünf Zentimeter lange und breite Klebezettel wurden zu Hunderten nachts an Litfaß-

säulen, Briefkästen und die Schaufenster vornehmlich jüdischer Geschäfte geklebt - oft in Form eines Hakenkreuzes. (20) Daneben ließ der Bund postkartengroße Handzettel und Flugblätter verteilen, die durch Karikaturen Aufmerksamkeit erregten. Allein im Jahr 1920 brachte der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund im Reich 7,6 Millionen Flugblätter, 4,8 Millionen Handzettel und 7,9 Millionen Klebezettel heraus. (21)

Am 16. Dezember 1919 ging es im Würzburger Stadtrat um die Frage, was die Stadt gegen die "immer krasser auftretende Werbearbeit" des Bundes zu unternehmen gedenke, die "zur Beunruhigung der Bevölkerung" beitrage. (22) Der Polizeireferent, Rechtsrat Franz Stadelmayer, erwiderte, die Polizei sei "strengstens angewiesen", die antisemitischen Klebezettel abzureißen; sie habe auch bereits eine "stattliche Sammlung" angelegt. Die Völkischen hätten freilich in einem Gespräch die Verantwortung für die Zettel abgelehnt und "bezahlte Elemente" vorgeschoben, die den Bund "in ein schiefes Licht" stellen wollten. DDP-Stadtrat Hans Hauck forderte, im "Interesse des konfessionellen Friedens" gegen den Trutzbund vorzugehen. Wer Würzburg kenne, wisse, "daß unsere jüdischen Mitbürger sehr viel für Wohltätigkeit getan haben." Hauck vermutete hinter dem Bund "norddeutsche Elemente, die den Antisemitismus nach Würzburg tragen" wollten. Auch Bürgermeister Hans Löffler hielt die Klebezettel für "importiert". (23) Bereits am 4. Dezember hatte Stadelmayer dem Stadtrat mitgeteilt, daß in einem Fall von völkischer Judenhetze mit Haussuchung, Beschlagnahme von Propagandamaterial und Anzeige bei der Staatsanwaltschaft vorgegangen worden sei. (24)

Am 22. Dezember 1919 wandte sich der Würzburger Trutzbund-Gruppenwart Heelein in einer Anzeige, datiert vom "18. Christmond 1919" gegen die "verleumderische Entstellung" des Stadtrats und behauptete noch einmal, die "Aufklärungsschriften" würden nicht angeklebt, sondern nur von Hand zu Hand weitergegeben. Außerdem gehe der Bund niemals in einer Weise vor, "die den konfessionellen Frieden gefährden könnte." Freilich werde eine "solch machtvolle Bewegung wie die unsrige [...] nicht ohne Staub aufzuwirbeln vorübergehen." (25)

Die These vom importierten Antisemitismus vertrat auch der jüdische DDP-Stadtrat Wilhelm Kahn, der laut "General-Anzeiger" am 4. Dezember 1919 bestätigte,

"daß unser Bürgermeister Grieser alles getan hat, was in seiner Macht stand,

der Judenhetze entgegenzutreten. [...] Mit Ehrfurcht sehen die Würzburger Israeliten auf zu dem Manne, der nicht zurückschrickt, das zu tun, was Recht und Billigkeit verlangen. Redner weiß, daß die Judenhetze nicht von Würzburg selbst kommt; sie werde von Norddeutschland hierhergetragen. Kahn hat zu der Würzburger Bevölkerung volles Vertrauen, daß sie nicht mitmachen werde. Wir haben bisher im konfessionellen Frieden gelebt. Möge es auch weiterhin so sein." (26)

Die Entwicklung der nächsten Monate strafte diesen Optimismus Lügen. In Unterfranken und Würzburg schritt der Aufbau des Bundes mit großer Geschwindigkeit voran. Im März des folgenden Jahres war er außer in Würzburg mit Ortsgruppen bereits in Aschaffenburg, Schweinfurt, Marktbreit und Ochsenfurt vertreten. (27) Der Gau Nordbayern des Bundes gehörte zu jenen Bereichen, in denen wegen besonderer Propagandaerfolge eine so große Zahl von Ortsgruppen entstand, daß als Zwischeninstanz zusätzlich Kreisleitungen eingerichtet werden mußten.(28) Ende 1919 umfaßte der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund auf Reichsebene bereits 30000 Mitglieder in annähernd 100 Ortsgruppen, 1922 wuchs die Zahl auf etwa 180000 Mitglieder in 600 Ortsgruppen an. (29) In einem Bericht der Polizeistelle für Nordbayern in Bamberg hieß es im November 1919, die völkische Bewegung und in ihr vor allem der Trutzbund erzeuge "nachgerade so etwas wie Progromstimmung [!]"; es sei "wohl möglich, daß es da und dort einmal vereinzelt zu Tätlichkeiten gegen Juden kommen kann." (30)

Die Abwehrtätigkeit der städtischen Behörden scheint sich, trotz der Stadtratsdebatten, in bescheidenen Grenzen gehalten zu haben. Nur ganz am Anfang seiner Entwicklung wurde eine Versammlung des Würzburger Trutzbundes verboten (31), später beschränkte sich die Polizei offenbar auf das Beobachten. Doch auch die Überwachung der völkischen Versammlungen war nicht selbstverständlich; am 4. Dezember 1919 befaßte sich der Stadtrat ausführlich mit der Frage, wehalb Treffen der USPD kontrolliert würden, während Bürgermeister Grieser von einer Überwachung des Schutz- und Trutzbundes "nichts gehört" hatte. (32) Und obwohl Rechtsrat Stadelmayer am 24. Februar 1920 im Stadtrat berichtete, daß die Polizei zur Anzeige der Ankleber von antisemitischen Zetteln angewiesen sei und daß bereits drei Strafverfahren anhängig seien, ließen sich die Trutzbündler davon in ihrer Agitationstätigkeit nicht beeinträchtigen. Der Bund fühlte sich jetzt sogar stark genug, sich öffentlich zu allen Klebezetteln zu bekennen, unter denen sein Name stand. (33)

In der ersten Phase seines Bestehens wurde der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund in Würzburg von einer Schwester-Organisation an der Universität, dem Deutschvölkischen Verband der Studierenden, unterstützt. Dieser betrachtete die "Pflege des vaterländischen Gedankens" als seine Hauptaufgabe. (34) In der ersten öffentlichen Versammlung sprach Ende Oktober 1919 der antisemitische Herausgeber der Zeitschrift "Deutsches Volkstum", Wilhelm Stapel aus Hamburg. Stapel erklärte unter anderem: "Nicht jeder, der zufällig die deutsche Staatsangehörigkeit hat, gehört zu unserem Volk. Man muß da den Unterschied der Staatsbürgerschaft und der Volksbürgerschaft machen. [...] Unsere Hauptaufgabe ist jetzt die Erziehung vom Volkstum". (35)

Gemeinsam mit dem Schutz- und Trutzbund luden die völkischen Studenten für den 18. Februar 1920 zu einer Versammlung in den "Huttenschen Garten" ein. Vor einer großen Menschenmenge forderte der Agitator Richard Kunze aus Berlin, die Regierung müsse "zum Teufel gejagt" werden, denn sie nehme "nicht die Interessen der Deutschen, sondern der Juden" wahr. (36) Für den angeblichen "Staatsbankrott" machte Kunze "vor allem das Judentum" und seinen "verderblichen Einfluß" verantwortlich. "Deshalb müsse die Forderung gestellt werden, daß alle seit 1914 eingewanderten Juden ausgewiesen würd[en] und der Einfluß der eingesessenen Juden beschränkt werde, wie es ihrem prozentualen Anteil an der Gesamtbevölkerung entspreche." (37)

Mit der Kunze-Veranstaltung war die Aufbauphase der völkischen Bewegung in Würzburg abgeschlossen. Sie hatte in mehreren Massenkundgebungen ihre Anziehungskraft bewiesen, mehrmals den Stadtrat beschäftigt und durch Klebezettel und Flugblätter weiteste Bevölkerungskreise erreicht. Nun wollte man auch außerhalb Würzburgs auf seine Aktivitäten aufmerksam machen. Am 22. Februar 1920 formulierten einige Mitglieder des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes - "rassebewußte Deutsche, die mit ihrem Gut und ihrem Blut für die Verdeutschung und den Wiederaufbau ihres Vaterlandes kämpfen" - eine Eingabe "An den Herrn Ministerpräsidenten Hofmann [!], München", in der sie die Forderung nach der Ausschaltung der Juden aus dem politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben Deutschlands zusammenfaßten. (38) Den Trutzbündlern erschien ihr Schreiben so bedeutsam, daß sie seinen Wortlaut am 24. Februar 1920 auch in einer Anzeige im "Volksblatt" veröffentlichten. (39)

Im März 1920 startete der Schutz- und Trutzbund Würzburg eine großangelegte Kampagne gegen die Versorgung der jüdischen Bevölkerung mit Mehl zum Backen der rituellen Pessach-Mazzot. Am 10. März 1920 stellte der Bund in einer "Volksblatt"-Anzeige die Behauptung auf, die Juden erhielten pro Person vier Kilogramm Weizenmehl, während die übrige Bevölkerung sich mit 1,4 Kilogramm begnügen müsse. Dies sei ein "Verbrechen am notleidenden deutschen Volke". (40)

Die Würzburger Kultusgemeinde reagierte sofort: Zwei Tage später erschien in "Volksblatt", "Volksfreund" und "Bayerischer Landeszeitung" eine Erklärung, in der eine "Sonderversorgung über die allgemeinen Rationen der Bevölkerung hinaus" als "vollständig ausgeschlossen" bezeichnet wurde, da für den Bezug von Mazzotmehl die gleiche Menge von Lebensmittelmarken abgegeben werden müsse wie für anderes Mehl. (41)

Am 13. März antwortete der Trutzbund im "Volksblatt", die Äußerung der Kultusgemeinde sei "für uns Deutsche absolut nicht maßgebend." (42) Am gleichen Tag sah sich das bayerische Landwirtschaftsministerium zu einer Bekanntmachung veranlaßt, die sich gegen "unrichtige Gerüchte" wandte und bestätigte, daß Mehl für die Mazzotversorgung nur gegen Marken abgegeben werde. (43) Am 17. März veröffentlichte der Trutzbund im "Volksblatt" einen "Antrag an den Stadtrat Würzburg" mit folgendem Wortlaut:

"Da es nicht mehr möglich ist, die 2040 Tonnen Weizenmehl, die für die jüdischen Ostermazzes bestimmt waren, zugunsten des Volkes zu verteilen, stellen wir folgenden Antrag: Die bereits gebackenen Mazzes sind sofort den Juden zu entziehen und der darm- und magenkranken deutschen Bevölkerung Würzburgs zu überweisen." (44)

Eine jüdische Anzeige im "General-Anzeiger" beendete am 19. März die Auseinandersetzung. In der Veröffentlichung wurde nachgewiesen, daß die jüdische Bevölkerung ohnehin nur 1,65 und nicht vier Kilogramm Mehl pro Woche zur Mazzotherstellung erhielt. Zudem trat die Zuweisung von rituellem Mehl nicht neben die reguläre Versorgung, sondern an deren Stelle. (45)

Am 30. März 1920 protestierte Gerson Haas beim Regierungspräsidenten von Unterfranken und Aschaffenburg, Julius Ritter von Henle, gegen die antisemitische Hetze. Im April wandte sich die Kultusgemeinde an verschiedene überregionale jüdische Organisationen wie den C.V., den Verband der deutschen Juden und die bayerische Rabbinerkonferenz mit der Bitte, "jetzt

schon die nötigen Maßregeln in die Wege zu leiten, um den Angriffen der Antisemiten für das künftige Osterfest [= Pessach] aus dem Wege zu gehen." (46)

Das weitere Veranstaltungsprogramm des Bundes vermittelt einen Eindruck von Umfang und Verbissenheit des völkischen Kampfes in Würzburg. Von Ende März bis Ende November 1920 fanden im "Luisengarten" allein elf Mitgliederversammlungen statt, bei denen es um Themen wie "Der Jude im Alten Testament" (47), "Deutschlands Schmach und Schande" (48), "Die Weltrevolution des Bolschewismus" (49), "Die Juden im Heer" (50) oder "Das Judentum in Bayern" (51) ging.

Am 15. April 1920 sprach Artur Dinter, der Verfasser des antisemitischen Romans "Die Sünde wider das Blut", in Würzburg. (52) Da als Thema der Veranstaltung im "General-Anzeiger" der Romantitel angegeben wurde, ist es angebracht, kurz auf dessen Inhalt einzugehen. Held des Buches, das 1920 bereits die 14. Auflage erreicht hatte, ist ein junger christlicher Gelehrter, der eine "Arierin" heiratet. Aus dieser Ehe geht ein Kind hervor, das ausgesprochen "semitische" Züge aufweist. Es stellt sich heraus, daß die Frau in ihrer Jugend sexuelle Beziehungen zu einem jüdischen Offizier unterhalten hatte und daß dadurch ihr Blut für immer verdorben wurde. Der Gelehrte entdeckt schließlich, daß die Juden die Verunreinigung "arischen" Blutes systematisch betreiben und für die Verführung blonder Jungfrauen eigens eine "Pension" einrichteten. (53)

Im Jahr 1921 befaßte sich der Würzburger Schutz- und Trutzbund im Nebenzimmer der "Harmonie" beispielsweise mit den Themen "Judentum und deutsche Weltanschauung" (54) oder "Deutsches Volkstum, jüdische Weltbürgerei". (55) Am 25. Mai 1922 referierte Trutzbund-Hauptgeschäftsführer Alfred Roth aus Hamburg im "Harmonie"-Saal über "Das erwachende Deutschland". Nach heftigen Ausfällen gegen die "jüdischen Börsenjobber" und "bolschewistischen Sowjetjuden" attackierte Roth den jüdischen Reichsaußenminister Walter Rathenau, der kurz zuvor in Rapallo einen Vertrag mit der Sowjetunion abgeschlossen hatte, der die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und den Verzicht auf den Ersatz von Kriegskosten und Zivilschäden beider Länder beinhaltet:

"Kein Mensch könne die Hand dafür ins Feuer legen", [erklärte Roth,] "daß die Sowjetjuden auch den Vertrag von Rapallo halten würden. Der Außenmini-

ster und Jude Walter Rathenau arbeite bewußt 'mit Lüge gegen die deutsche Sache', ebenso wie die ganze deutsche Regierung mit Unwahrhaftigkeit arbeite. Rathenau betrachte sich unter den Intellektuellen zweifellos als den 'bolschewistischen Agitator für Deutschland'. Dieser Minister habe in Essen vor den freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräten einen Vortrag hinter verschlossenen Türen gehalten. Man gehe wohl nicht fehl, wenn man annehme, daß dabei die Bolschewisierung Deutschlands beschlossen wurde." (56)

Einen Monat später ermordeten zwei Mitglieder des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes Rathenau mit einer Handgranate. Unmittelbar danach erließ Reichspräsident Friedrich Ebert zwei Verordnungen zum Schutz der Republik, die die Reichs- und Länderregierungen umgehend in den Stand setzen sollten, gegen antirepublikanische Vereine, Kundgebungen und Druckschriften gerichtlich vorzugehen. Auf Grund dieser Verordnungen, die im Republikschutzgesetz vom 21. Juli 1922 ihre endgültige Ausgestaltung fanden, verboten die meisten deutschen Länder den Trutzbund. Ausnahmen bildeten lediglich Württemberg und Bayern. (57) Hier konnte die Organisation ihre Tätigkeit praktisch unbehelligt fortsetzen.

Es kam in den nächsten Monaten in Unterfranken und dem übrigen Bayern zu einer extremen Verschärfung der Situation. Im Maindreieck war dafür der Trutzbund-Aktivist Otto Hellmuth verantwortlich. Dieser wurde am 22. Juli 1896 in Markt Einersheim, Bezirksamt Scheinfeld, als Sohn eines Bahnmeisters geboren. Am Ersten Weltkrieg nahm er als Freiwilliger teil; danach studierte er zunächst in Freiburg Zahnmedizin. Hier trat er 1920 dem Schutz- und Trutzbund bei. Es ist anzunehmen, daß Hellmuth auch in Würzburg, wo er wohl 1920 sein Studium fortsetzte, im Trutzbund oder im Deutschvölkischen Verband der Studierenden aktiv wurde. Nach der Promotion zum Dr. med. dent. ließ er sich 1922 in Marktbreit nieder, wo er eine Praxis eröffnete. Der junge Zahnarzt machte in der antisemitischen Organisation Karriere, zunächst als Kreisleiter für Unterfranken, dann (1923) als Gauleiter für Nordbayern. (58)

Im August 1922 holte Hellmuth die 1890 in Mexiko geborene völkische Agitatorin Andrea Ellendt ins Maindreieck. (59) Sie entfaltete von Kitzingen aus eine intensive Propagandatätigkeit für den Schutz- und Trutzbund in den überwiegend protestantischen Gemeinden und Landstädten des Maindreiecks. Die "hinreißende Beredsamkeit" (60) der Ellendt löste blutige Schlägerein in ihren Veranstaltungen aus, aber auch judenfeindliche Aktionen

wie Brandstiftungen und das Abschlagen von Obstbäumen in jüdischen Gärten. In Kleinlangheim mußte die Landespolizei jüdische Anwesen mehrere Wochen lang vor Ellendt-Anhängern schützen. (61)

Die bayerische Regierung zeigte sich nicht gänzlich unbeeindruckt von der Entwicklung. Noch im August 1922 veröffentlichte das Innenministerium einen Erlaß, in dem es hieß:

"Die antisemitische Propaganda hat in letzter Zeit in verschiedenen Teilen des Landes, auch auf dem Lande, Formen angenommen, die einer friedlichen Entwicklung nicht zuträglich sind, vielmehr unter Umständen zu Bedenken für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit Anlaß geben können. Man scheut bei dieser Propaganda selbst davor nicht zurück, in mehr oder weniger verblümter Weise zu Gewalttätigkeiten gegen die Juden aufzufordern. Namentlich in kleinen Orten und auf dem Lande kann diese Aufhetzung gefährlich werden. Wenn auch die Staatsregierung zu dem Antisemitismus als solchem keine Stellung zu nehmen hat, so ist sie doch verpflichtet, seine Auswüchse zu bekämpfen, soweit sie eine Gefahr für die öffentliche Ruhe und Sicherheit bedeuten." (62)

Der Erlaß ordnete an, "diesen Vorkommnissen" besonderes Augenmerk zu schenken, die "einschlägigen Flugblätter und Plakate" zu "beobachten", die "Versammlungen geeignet zu überwachen" und - "soweit veranlaßt" - "gegen Ausschreitungen vorzugehen". Auch Versammlungsverbote und Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft wurden den Kreisregierungen als mögliche Abhilfe empfohlen. Außerdem sei es "sehr erwünscht", den "Auswüchsen der Propaganda" auch durch Aufklärung entgegenzutreten. (63) Die ansonsten eher zurückhaltende "C.V.-Zeitung" kommentierte den Erlaß mit Worten von seltener Deutlichkeit:

"Dieser Erlaß kommt reichlich spät und läßt durchaus jene Entschlossenheit und Energie vermissen, die zur wirksamen Bekämpfung eines Antisemitismus wie des bayerischen nötig wäre, der dort geradezu Massenpsychose geworden und dessen Roheiten das Land zu jenem Ruf brachten, den die enttäuschten Sommerwirte nun vergebens beklagen [wegen des Ausbleibens jüdischer Gäste]. Die Lauheit und Flauheit der Gesinnung, die hinter diesem Erlaß steht, kommt am deutlichsten in dem Satz zum Ausdruck: 'Wenn auch die Staatsregierung zu dem Antisemitismus als solchem keine Stellung zu nehmen hat...' Das stimmt keineswegs! Im Gegenteil: Wenn sie wirklich eine 'Staatsregierung' ist, so hat sie als solche die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, gegen eine Bewegung Stellung zu nehmen, die mehr als 60000 bayerischen Staatsbürgern schwere Ehrenkränkungen und oft genug noch Ärgeres zufügt." (64)

Die Ereignisse im Maindreieck zeigten, daß lokale und Kreisbehörden oft nicht in der Lage waren, die Tätigkeit des Schutz- und Trutzbundes einzu-

dämmen. In Marktbreit fand eine öffentliche Versammlung mit Andrea Ellendt statt, die in solchen Bahnen verlief, daß nach einem persönlichen Eingreifen des Regierungspräsidenten von Henle das Bezirksamt eine zweite Veranstaltung verbot. Diese wurde dann trotzdem, wenn auch als "geschlossene Versammlung", durchgeführt. (65) Auch in Kitzingen konnten sich Mitte September 1922 die Behörden nicht durchsetzen. Obwohl auch hier die Ellendt-Auftritte ursprünglich verboten waren, wurde der Bürgermeister der Stadt förmlich gezwungen, einen Saal für eine Versammlung freizugeben. Er erklärte später, es sei unmöglich gewesen, die Autorität der Behörden aufrechtzuerhalten; im Interesse der Ruhe habe er nachgeben müssen. (66) Die Agitatorin umgab sich mit "Sturmtrupps", die mit Gummiknüppeln und Schlagringen ausgestattet waren und sich vorwiegend aus jungen Leuten zusammensetzten. Der Druck dieser organisierten und bewaffneten Verbände führte offenbar dazu, daß die Behörden die Veranstaltungsverbote nicht mit der nötigen Konsequenz durchsetzten. (67)

Der "Fränkische Volksfreund" analysierte die Argumentation der Ellendt in einem ausführlichen Artikel, in dem es unter anderem hieß:

"Sie fordert die Bauern auf, kein Umlagegetreide abzuliefern, denn das bekomme doch nur der Jud. Das gefällt natürlich dem Bauern und er klatscht und trampelt Beifall [...]. Dem Arbeiter malt sie das Bild der Ausbeutung, der Arbeiterfrau das Bild der Teuerung, des Wuchers und des Schiebertum, und findet sie Zustimmung, dann kommt der Refrain: Der Jude ist es, der euch so ins Elend stößt! [...] Daß wir diese Zustände haben, daran ist 'diese Regierung' schuld. 'Diese Regierung gehört weg, denn sie besteht aus lauter Juden und Verrätern' [...] 'Die Juden haben den Krieg gemacht.' 'Sie haben uns während des Krieges verraten.' 'Sie haben die Revolution gemacht.' 'Sie sind schuld an dem Schmachfrieden.' 'Die Juden wollen jetzt den deutschen Grund und Boden an das verjudete England, an den amerikanischen Judenstaat verschachern.'" (68)

Am 7. November 1922 kam es in Hohenfeld bei Kitzingen in einer Ellendt-Veranstaltung zu Tätlichkeiten zwischen einem bewaffneten "Sturmtrupp" und SPD-Mitgliedern, die als Diskussionsredner der völkischen Propaganda entgegentreten wollten. Zwei Sozialdemokraten aus Würzburg wurden durch Dolchstiche schwer verletzt; auch einige Ellendt-Anhänger erlitten Verletzungen. (69)

Vorkommnisse dieser Art trugen mit dazu bei, daß der Würzburger Stadtrat zweimal deutschvölkische Anträge auf Genehmigung einer Ellendt-Versammlung in Würzburg ablehnte. Das zweite Verbot wurde Anfang Dezember von der Kreis-

regierung für Unterfranken und Aschaffenburg aufgehoben. In einem Brief an Regierungspräsident von Henle protestierte die Würzburger Ortsgruppe des C.V. gegen diese Entscheidung, die unter den Mitgliedern "ganz außerordentliche [...] Erregung" hervorgerufen habe. Der C.V. sehe "mit ernstester Besorgnis der zukünftigen Entwicklung der Dinge entgegen." Eine Ellendt-Veranstaltung in Würzburg bedeute, "wie die Erfahrungen anderwärts zeigen, eine schwere Gefährdung des konfessionellen Friedens, deren Tragweite nicht abzusehen ist." (70)

In seinem Antwortbrief bekundete der Regierungspräsident "volles Verständnis" für die Beunruhigung auf jüdischer Seite. Die gesetzlichen Vorschriften reichten jedoch nicht aus, um "jene Vorträge" zu verbieten. Von Henle riet der jüdischen Bevölkerung Würzburgs, alles zu vermeiden, "was geeignet sein könnte, der gegenwärtigen antisemitischen Bewegung durch zweckwidriges Verhalten gegenüber den bezeichneten Vorträgen weitere Nahrung zu geben." Werde dieser Rat "allenthalben befolgt, so erwartet die Regierung zuversichtlich, daß sich jene Bewegung von selbst totlaufen und daß insbesondere keine nachhaltige Störung des in Unterfranken seit langem bestehenden friedlichen Einvernehmens zwischen Christen und Juden eintreten wird." (71)

In der umstrittenen Veranstaltung am 17. Dezember 1922 um 10.30 Uhr im "Huttenschen Garten" hielt Andrea Ellendt eine über zweistündige Rede, die die "Bayerische Landeszeitung" als "eine einzige fanatische Haßpredigt gegen das Judentum" charakterisierte. (72) Die Agitatorin rief die Zuhörer dazu auf, "zu kämpfen, daß der Stern Judas untergeht und das Kreuz Christi im Sinnbild des Hakenkreuzes wieder auferstehe." (73) Trotz der offenkundigen Blasphemie zeigte sich der "Volksblatt"-Berichterstatter beeindruckt: "Frau Ellendt ist eine feurige und überzeugende, äußerst ernst zu nehmende Rednerin", schrieb er, "ihr Schlußwort war ein leidenschaftlicher Lobgesang auf das schöne deutsche Vaterland." (74)

Anfang Januar 1923 lag dem Senat des Stadtrats der Antrag vor, eine weitere Veranstaltung mit Andrea Ellendt in Würzburg zu genehmigen. In geheimer Sitzung stellte Polizeireferent Monglowsky fest, es sei "ganz und gar ausgeschlossen", die "Hetzrednerin" erneut in Würzburg sprechen zu lassen. (75) Der Oberbürgermeister schloß sich seiner Auffassung an:

"Auch Bürgermeister Löffler ging dann ganz energisch dieser Volksverhetzung,

die durch diese nationalsozialistischen Kreise getrieben wird, zu Leibe und versprach auch für seinen Teil, sein Möglichstes zu tun, um die Versammlung der Hetzerin nicht stattfinden zu lassen. Löffler bemerkte, daß er kein Schubiak sei, der heute eine Versammlung genehmige, die gegen einen bestimmten Teil der Mitbürger unserer Stadt gerichtet sei, zu denen er bei Wohltätigkeitssammlungen u.a. am anderen Tage wieder mit dem Hute in der Hand betteln gehen müsse. Es sei eine bezeichnende Wahrheit, daß die israelitischen Mitbürger bei allen Sammlungen an der Spitze der Geber stünden. Er würde sein Äußerstes aufbieten, um die Versammlung zu verhindern." (76)

Hatte im Dezember der Stadtrat die Ellendt-Versammlung einstimmig untersagt, so stimmten diesmal mit einer Ausnahme alle BVP-Räte für die Genehmigung. Nur noch eine knappe Mehrheit wollte den Auftritt unterbunden wissen. (77)

Am 22. Januar 1923 veranstaltete der Würzburger C.V. erstmals einen Diskussionsabend über den Antisemitismus mit geladenen christlichen Gästen. Die Zusammenkunft im "Alhambra"-Saal war als Gegengewicht zur deutschvölkischen Propaganda gedacht, die zum Mord an Reichsaußenminister Walter Rathenau und zu den antisemitischen Ereignissen in den dicht mit Juden besiedelten unterfränkischen Landgemeinden geführt hatte und die trotz Republikschutzgesetz auch in Würzburg erneut Verbreitung gefunden hatte. In seinen einleitenden Bemerkungen führte der C.V.-Vorsitzende Karl Rosenthal aus:

"Blitzartig [...] ist der Umfang der Gefahr erleuchtet worden durch den Mord an Rathenau. Die sich daran anknüpfende Untersuchung hat ergeben, daß nicht nur der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, sondern eine ganze Reihe von geheimen Organisationen bestehen, die sich im wesentlichen zum Ziele gesetzt haben, das deutsche Judentum zu bekämpfen, ja es sogar zu vernichten. Angesichts dieser Erkenntnis ist es für uns ein Gebot der Selbstachtung, der Selbsterkenntnis, der Selbsterhaltung geworden, die bisher an den Tag gelegte Zurückhaltung abzulegen, vielmehr in die Öffentlichkeit einzutreten, um innerhalb der gebildeten Kreise aller gerecht Denkenden die richtige Erkenntnis für unsere Lage zu gewinnen, um dadurch einem Weitergreifen der Hetze vorzubeugen." (78)

War die zweite Ellendt-Veranstaltung in Würzburg wegen der knappen Ablehnung im Stadtrat nicht zustandegekommen, so hatte die völkische Agitatorin am 12. März 1923 doch noch einen großen Auftritt in der Stadt. Vor der Strafkammer des Würzburger Landgerichts wurde gegen sie wegen einiger Äußerungen gegen Rathenau verhandelt, die am 1. Oktober 1922 in einer Versammlung in Dettelbach gefallen waren. Anzeige hatten Gerson Haas und Karl Rosenthal für den C.V. erstattet. (79) Da sich jedoch ein Zeuge nicht mit

ausreichender Genauigkeit an die Ellendtschen Formulierungen erinnern konnte, mußte sie freigesprochen werden. Die Kosten des Verfahrens sowie alle der Angeklagten entstandenen Auslagen wurden der Staatskasse aufgebürdet. (80)

Andrea Ellendt nutzte die Verhandlung, um in dramatischer Pose ihre Dettelbacher Rede in den Grundzügen zu wiederholen. Mehrere Entlastungszeugen wußten nur Positives über die Angeklagte zu berichten. Der protestantische Pfarrer Georg Bauer aus Bimbach erklärte: "Die Wirkung der Vorträge der Frau Ellendt /war/ von hervorragender sittlicher Wirkung auf das Volk. In der Zeit der heutigen Demoralisation, des Materialismus, hat es Frau Ellendt mit ihren Vorträgen fertig gebracht, große Erfolge hinsichtlich der sittlichen Erneuerung des Volkes zu /erreichen/. Ich stütze mich hierbei nicht nur auf meine eigenen Erfahrungen, sondern auch auf das Urteil meiner Kollegen." (81)

Zwei Tage nach dem Prozeß erschien das völkische "Marktbreiter Wochenblatt" mit einer Sonderausgabe und der Schlagzeile "Die große Pleite Alljudaans". Der Bericht über die Verhandlung schloß mit einer Drohung:

"Das Machwerk der Juden ist zerschellt! Die Wahrheit und das Licht hat sich durchgerungen. Wir freuen uns dessen. Mit neuem Mut und Tatkraft gehen wir weiter ans Werk. Alljuda mag zittern. Die deutsche Volksseele ringt sich durch, trotz Juden und deren Knechten vom Schlage eines 'Volksfreund', der wieder in kläglichen Tönen winselt. Nur gemach, wir blasen dir schon das Lebenslicht aus, damit auch die deutsche Arbeiterschaft aus Judas Ketten befreit wird. Heil unserer wackeren Frau Ellendt!" (82)

Das "Marktbreiter Wochenblatt" wurde in Würzburg von den Buchhandlungen Perschmann (Peterstraße) und Lausch (Sanderstraße) vertrieben. Es veröffentlichte im Lauf des Jahres 1923 eine Reihe weiterer antisemitischer Artikel, die offen zur Gewalt gegen Juden aufriefen. Im Februar warb das Blatt, an dem Otto Hellmuth zunächst als Mitarbeiter und dann als Hauptschriftleiter und Verleger beteiligt war (83), für eine demnächst erscheinende Broschüre über die "jüdische Gewaltherrschaft" mit diesen Worten: "Die Schrift dürfte im März im Buchhandel erscheinen. Sie soll in Millionen Exemplaren im deutschen Volke verbreitet werden und wird Entsetzen und Wut über die wahren Peiniger des deutschen Volkes auslösen, aber auch den einstimmigen Schrei nach Rache an den entlarvten Mördern, Räubern und Landesverrätern." (84) Das "Wochenblatt" schrieb weiter, unter den Deutschen

lebe ein jüdischer "Geheim- und Mörderbund", dessen Ziel die "Ausplünderung und Versklavung" des deutschen Volkes nach "wohlerwogenen und wohlerprobten Plänen" sei. Als Rache kündigte die Zeitung ein "schauerliches Totenfeuer" an. (85)

Angesichts solcher Töne in ganz Bayern sprach Mitte März 1923 eine Abordnung des Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden bei Ministerpräsident Eugen Ritter von Knilling vor. Die Delegation wies auf "die Schmähungen der jüdischen Bevölkerung und ihrer Gotteshäuser, auf die sich häufenden, Leben und Eigentum bedrohenden Terrorakte" (86) hin und formulierte in einer Eingabe:

"Die jüdische Bevölkerung in Bayern, zumal in der Landeshauptstadt, verlangt den Rechtsschutz der Behörden. Seit Monaten werden durch gewalttätiges und aufreizendes Vorgehen nationalsozialistischer und völkischer Kreise, durch öffentliche Anschläge und in der Presse, durch öffentliche Versammlungen und terroristische Einzelakte, durch Schmähungen und Verleumdungen, durch Drohungen und die Vorbereitung zu ihrer Verwirklichung Ehre, Existenz und friedliche Betätigung in Beruf und Gesellschaft gefährdet und verletzt. [...] Die jüdische Bevölkerung in Bayern ist nicht länger gewillt, [...] ein Verhalten länger zu ertragen, das zur Aufhebung der persönlichen Sicherheit und öffentlicher Gewalttätigkeit notwendig führen muß und in zahlreichen Fällen schon geführt hat. Sie wendet sich darum an die Staatsregierung, daß sie einem solchen Vorgehen Einhalt tue und der jüdischen Bevölkerung den in der Verfassung verbürgten Rechtsschutz angedeihen lasse." (87)

Von Knilling sagte zu, sich der Beschwerden annehmen zu wollen. Dennoch eskalierten die Ausschreitungen weiter. (88)

Mitte April 1923 wurde Otto Hellmuth während eines Gautages des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes zu dessen Gauleiter bestimmt. Auch Andrea Ellendt und Max Thiele, der Herausgeber des "Marktbreiter Wochenblattes", waren in der Führungsspitze vertreten. (89)

Den an unmenschlicher Kälte und Brutalität nicht mehr zu überbietenden Höhepunkt seiner antisemitischen Kampagne erreichte das "Wochenblatt" am 26. Oktober 1923. An diesem Tag erschien auf Seite 3 unter der Überschrift "Ratschläge für Herrn v. Kahr!" ein Artikel, der sich an den mit diktatorischen Befugnissen ausgestatteten bayerischen Generalstaatskommissar richtete. Dem Mann, in dessen Händen die gesamte vollziehende Macht in Bayern lag, empfahl das "Amtliche Blatt für die Bekanntmachungen des Stadtrats Marktbreit und der Schwarzenbergschen Ämter" folgende Schritte zur

"Lösung der Judenfrage":

"1. Es ist unbedingt notwendig, die Juden zu töten [...]! Sonst sind die Bestrebungen des Christentums vergeblich. [...] 3. Es ist unbedingt notwendig, das Gesetz über die Gleichberechtigung der Juden außer Kraft zu setzen. 4. Es ist unbedingt notwendig, die Synagogen und jüdischen Schulen niederzubrennen, und was nach dem Brande von den Mauern noch übrigbleibt, soll man mit Erde bedecken, damit kein Stein sichtbar bleibe. 5. Es ist unbedingt notwendig, den Juden alle Gebetbücher und Talmude wegzunehmen, weil sie daraus die Flüche und Lügen lernen." (90)

2. Das antisemitische Programm

Ganz bewußt wurde im vorhergehenden Abschnitt ausschließlich die Entwicklung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes geschildert. Im Verhältnis zu dessen umfangreichen Aktivitäten spielte die NSDAP in Würzburg und Unterfranken bis 1923 nur eine untergeordnete Rolle. Auch hinsichtlich der völkischen Programmatik wird die Bedeutung der NSDAP gewöhnlich über- und die des Trutzbundes unterschätzt. Der folgende Vergleich soll zeigen, daß zentrale völkische Forderungen, die gemeinhin als genuin nationalsozialistisches Gedankengut betrachtet werden, in antisemitischen Kreisen bereits verbreitet waren, bevor das NSDAP-Programm von 1920 überhaupt existierte.

Adolf Hitler stellte das Programm jener Partei, die gerade dabei war, ihren Namen von Deutscher Arbeiterpartei (DAP) in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei zu erweitern, am 24. Februar 1920 im Münchner Hofbräuhaus vor etwa 2000 Zuhörern vor. (91) Wie erwähnt, veröffentlichte am gleichen Tag die Ortsgruppe Würzburg des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes den Wortlaut ihres Briefes an den bayerischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann im "Fränkischen Volksblatt".

a. Rasse und Volk

Die Mitglieder des Würzburger Trutzbundes sahen sich selbst als "rassebewußte Deutsche" (92) und als "Germanen" (93), die Juden dagegen als Schuldige am gesamten Unglück Deutschlands. Dafür könne allerdings der einzelne Jude nichts, "da ihn sein Schöpfer eben so in die Welt gestellt" habe. (94) Dementsprechend waren in den Veranstaltungen nur "deutschblütige Gäste" willkommen. (95)

Der Schutz- und Trutzbund und die NSDAP unterschieden zwischen der "edlen" germanischen und der "minderwertigen" jüdischen Rasse. Beide bedienten sich der pseudowissenschaftlichen Rassentheorie, die schon um die Jahrhundertwende voll ausgebildet war. Akzeptierte man deren Differenzierung zwischen schöpferischen "Ariern" und zersetzenden Juden, so mußten daraus ganz logisch Forderungen für die Anwendung auf den staatlichen Bereich folgen:

Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund Würzburg (96)	NSDAP-Programm vom 24. Februar 1920 (97)
"Nicht jeder, der zufällig die deutsche Staatsangehörigkeit hat, gehört zu unserem Volk. Man muß da den Unterschied der Staatsbürgerschaft und der Volksbürgerschaft machen." (Wilhelm Stapel in der "Harmonie" laut "General-Anzeiger" vom 25.10.1919, S.2)	"Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein." (Punkt 4)
Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund erstrebt die "Schaffung eines Fremdengesetzes" (Anzeige im "Volksblatt", 18.11.1919, S.6)	"Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen." (Punkt 5)

Die Art, wie die völkischen Programmpunkte in die alltägliche Agitationsarbeit umgesetzt wurden, ist der Mitschrift einer Rede zu entnehmen, die Andrea Ellendt am 1. Oktober 1922 in Dettelbach hielt. Der Dettelbacher zweite Bürgermeister und Stadtsekretär Lorenz Wolf nahm im Auftrag der Ortspolizei und des Bezirksamts an der Massenversammlung des Schutz- und Trutzbundes teil und fertigte ein 6 1/2 seitiges Protokoll an, das zentrale Formulierungen der Ellendt festhielt. Es kann mit einiger Sicherheit an-

genommen werden, daß die gleiche Rede auch bei anderen Anlässen, so etwa am 17. Dezember 1922 in Würzburg vorgetragen wurde, wenn auch um aktuelle lokale und landes- bzw. reichspolitische Bezüge ergänzt. (98) Da die Agitatorin während ihrer meist mehrstündigen Ausführungen unterschiedliche Themenbereiche unter wechselnden Aspekten behandelte, ist es nötig, inhaltlich zusammengehörende Argumentationslinien herauszuarbeiten.

Zum Thema Rasse und Volk äußerte sich Andrea Ellendt in Dettelbach folgendermaßen:

"Ein einziges Volk wäre direkt schlecht in der Welt und das sei das Volk Israel [...]. Die Juden sind die Träger der christenfeindl. Weltanschauung. Schon vor 2000 Jahren hätten die Juden gegen das Christentum gestritten u. unseren Herrgott ans Kreuz geschlagen. Wie schlecht der Jude ist, beweise er durch sein eigenes Beispiel. Wenn ich zu einem Juden sage: 'Du bist Jude', so sagt er: 'Was kann ich dafür!' Er fühle eben als Jude, daß seine Rasse eine schlechte Rasse sei, und am verächtlichsten könne man einen machen, wenn man ihm sage, daß er noch schlechter sei als ein Jude. [...] Wir aber, wir Deutsche, sind ein Edelvolk." (99)

b. Außen- und Innenpolitik

Die Antisemiten sahen Deutschland als Opfer einer gigantischen Verschwörung des internationalen "Weltjudentums". Nicht nur sollte "Alljuda" den Weltkrieg samt Niederlage und Novemberumsturz bewußt herbeigeführt haben; die Juden wurden darüber hinaus für alle Folgen haftbar gemacht: Versailler Vertrag mit seinen harten Reparationsforderungen, Inflation, Besetzung des Ruhrgebiets, Verlangen der Entente nach Auslieferung deutscher Kriegsverbrecher. Entsprechend der völkischen Theorie arbeiteten führende jüdische Repräsentanten des Reiches, vor allem DDP-Außenminister Walter Rathenau, mit jüdischen Mitgliedern ausländischer Regierungen Hand in Hand.

In Würzburg sah der Schutz- und Trutzbund das "Deutschtum" durch eine angebliche "Judenherrschaft" der "Zersetzung" preisgegeben. (100) "Jüdisch-russischer Bolschewismus" beabsichtige "blutige, längst geplante Greueltaten an unserem Volk", hieß es am 23. Dezember 1919. (101) Die "semitische Gewaltherrschaft" (102) konnte nach Ansicht der Völkischen nur durch die Mitwirkung nichtjüdischer "Lump[en]" und Vaterlandsverräter" (103) aufrecht-

erhalten werden. Nach Ansicht des Schutz- und Trutzbundes und der NSDAP sollte Juden jede Mitwirkungsmöglichkeit an der Gestaltung der deutschen Politik versagt werden:

Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund Würzburg	NSDAP-Programm vom 24. Februar 1920
"Die Mitglieder des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes Ortsgruppe Würzburg fordern [...] die umgehende Entfernung aller Juden aus der Regierung und aus den die Regierung beeinflussenden Stellen." (Anzeige im "Volksblatt", 24.2.1920, S.8)	"Das Recht, über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleichgültig ob in Reich, Land, oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf." (Punkt 6)

Schon vor der Gründung des Trutzbundes war im April 1919 in Würzburg das Gerücht verbreitet worden, Juden hätten zu den "Rädelsführern" der spartakistischen Räteherrschaft gehört, während in Wirklichkeit mehrere Mitglieder der israelitischen Kultusgemeinde an ihrer Niederschlagung beteiligt waren. Am 15. April 1919 sah sich Oberbürgermeister Andreas Grieser veranlaßt, in einer Magistratssitzung den "wilden Gerüchten" zu widersprechen und die Parole "Kein Klassen- und Rassenhaß!" auszugeben. (104) Und während sich Fritz Ruschkewitz zum Freikorps Würzburg meldete (105), erschienen in den vier Würzburger Tageszeitungen gleichlautende Anzeigen, in denen davor gewarnt wurde, das Gerücht weiterzuverbreiten, sein Vater, der Kaufhausbesitzer Siegmund Ruschkewitz, "habe den Spartakisten große Summen Geldes gegeben bezw. für sie gesammelt." (106)

c. Ostjuden

Die aus Osteuropa stammenden Juden waren den heftigsten Angriffen ausgesetzt, da sich in ihrem Fall Antisemitismus und Ausländerhaß verbanden. Ihnen gegenüber fielen menschliche Rücksichten, die viele völkische Aktivisten von einem bedenkenlosen Vorgehen gegen ansässige Juden noch zurückhielten, vollständig fort. (107)

Außer der auch in Würzburg zu beobachtenden Tatsache, daß Ostjuden überwiegend den sozialistischen Parteien zuneigten, spielte in der deutschvölkischen Propaganda vor allem das wirtschaftliche Verhalten der Einwanderer eine Rolle.

"Man bezichtigte die jüdischen Händler aus Polen, Rußland und dem übrigen Osteuropa, sie betrachteten es mit kaufmännischer Ehre vereinbar, Schmier- und Bestechungsgelder zu zahlen, zu feilschen, zu unterbieten und zu wuchern, während desgleichen in Deutschland verpönt sei. Am heftigsten entrüsteten sich die kleinen und mittleren Kaufleute, die sich schon durch die - meist in jüdischem Besitz stehenden - Großkaufhäuser und nun auch noch durch die ostjüdischen Händler bedroht fühlten." (108)

Saul Friedländer konzediert, daß manche Ostjuden "ihren Lebensunterhalt durch unlautere Schwarzmarkt- und Schiebergeschäfte" verdienten und zu jeder Art von Beschäftigung bereit waren. (109) Auch Gerson Haas hatte ja, wie in Kapitel IV berichtet, einem "erheblichen Prozentsatz" der Ostjuden vorgeworfen, "nicht einwandfreie Geschäfte" zu betreiben. Durch die überlieferten Akten und die Berichterstattung des "General-Anzeiger" über die Tätigkeit des Würzburger Wuchergerichts in den ersten Nachkriegsjahren wird jedoch diese Sicht der Dinge nicht bestätigt. Insgesamt ließen sich überhaupt nur acht Fälle ermitteln, in denen Verfahren gegen Würzburger Juden eingeleitet oder diese verurteilt wurden. Zwar waren hiervon viermal Ostjuden betroffen, doch ging es dabei, abgesehen von einem Vergehen der Notzucht, zweimal lediglich um das Verschieben von Waren (110) und einmal um verbotenes Glücksspiel in der Wohnung. (111) Deutsche Juden wurden zweimal wegen Preistreiberei (112) und einmal wegen Betrug (113) verurteilt; in einem Fall war ein Verfahren wegen Schleich- und Kettenhandel anhängig. (114)

Angesichts dieser Zahlen erscheinen die pauschalen Vorwürfe gegen die Ostjuden zumindest übertrieben, vor allem wenn man berücksichtigt, daß die meisten in kaufmännischen Berufen tätig waren. Es ist daher nur logisch, daß sie auch bei den branchenspezifischen Delikten entsprechend vertreten waren. Da während der Weimarer Republik keine nach Religionszugehörigkeit aufgeschlüsselte Kriminalstatistik geführt wurde (115), dürfte die Frage der ostjüdischen Delinquenz nicht mehr endgültig zu klären sein.

Entscheidend bleibt, daß von erheblichen Vorbehalten der deutschen Bürger gegen die osteuropäischen Immigranten ausgegangen werden kann. Der Deutsch-

völkische Schutz- und Trutzbund sowie die NSDAP machten sich diese zunutze und kamen zu identischen Forderungen:

Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund Würzburg	NSDAP-Programm vom 24. Februar 1920
"Wir bekämpfen die verderbliche Einwanderung der Ostjuden." (Anzeige im "Volksblatt" 14.2.1920, S.9)	"Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden." (Punkt 8)
"Deshalb müsse die Forderung aufgestellt werden, daß alle seit 1914 eingewanderten Juden ausgewiesen würd[en]." (Richard Kunze im "Huttenschen Garten" laut "Volksblatt" vom 19.2.1920, S.4)	

Nur wenige Tage, nachdem er mit einer rein bürgerlichen Regierung, in der die BVP die dominierende Rolle spielte, das Kabinett des SPD-Politikers Johannes Hoffmann abgelöst hatte, erließ der neue bayerische Ministerpräsident Gustav Ritter von Kahr am 20. März 1920 eine "Verordnung über Zuzug und Aufenthalt", deren entscheidende Paragraphen lauteten:

"2. Ausländer und Staatenlose, die nach dem 1. Aug. 1914 in Bayern Aufenthalt genommen haben und sich nicht im Besitze der erforderlichen schriftlichen Zuzugs- und Aufenthaltsgenehmigungen befinden, haben Bayern innerhalb [von] 6 Tagen nach der öffentlichen Bekanntmachung dieser Verordnung zu verlassen.
3. Ausländer und Staatenlose, die nach dem 1. Aug. 1914 in Bayern Aufenthalt genommen haben und nicht unter Ziffer 2 fallen, haben im Falle der Aufforderung durch die Bezirkspolizeibehörde des Aufenthaltsortes [...] Bayern innerhalb einer zu setzenden Frist zu verlassen. [...]
8. [...] Bei Zuwiderhandlungen gegen Ziffer 2 und 3 der Verordnung kann die Bezirkspolizeibehörde [...] Schutzhaft verhängen." (116)

Die Verordnung, eine offensichtliche Reaktion auf völkische Forderungen, bot mithin die Möglichkeit, Ausländer, vor allem jedoch Ostjuden, aus Bayern auszuweisen, mochten diese nun die nötige Zuzugs- und Aufenthaltsgenehmigung besitzen oder nicht. Der als Antisemit bekannte Polizeipräsident von München, Ernst Pöhner, fügte dem Regierungserlaß eine Bekanntmachung bei, in dem er ihm eine besondere Spitze gegen die Ostjuden zu geben versuchte. In Anlehnung an die Ausdrucksweise deutschvölkischer Agitatoren war die Rede von "Fremdstämmigen, die nur die Gewinnsucht ins

Land führte und die die Träger bolschewistischer Ideen sind." (117)

Tatsächlich hatten ein Jahr zuvor während der Münchner Räteunruhen eine Reihe jüdischer, meist aus Osteuropa stammender Revolutionäre verschiedenen einander rasch ablösenden revolutionären Aktionsausschüssen angehört, die in den Wochen bis zum 1. Mai die Macht in München in den Händen hielten. (118) Von den Aktivitäten dieser dem Judentum meist völlig entfremdeten Männer hatten sich nicht nur die deutschen Juden der Stadt, sondern auch ihre ostjüdischen Glaubensgenossen distanziert. Während der Räteherrschaft erklärte der Vorsitzende des Gesamtausschusses der Münchner Ostjuden mehrmals, die Mitglieder seiner Organisation wollten nichts mit dem Kommunismus zu tun haben. (119)

Im April 1920 machte die Regierung von Kahr von der durch die Verordnung geschaffenen neuen Rechtslage Gebrauch und wies sämtliche Ostjuden, die sich nach 1914 in Bayern niedergelassen hatten, aus. Von der Maßnahme waren weit über 2000 Menschen betroffen (120), doch gelang es wohl in den meisten Fällen, die Ausweisung dadurch zu verhindern, daß die betreffenden Personen den Nachweis brachten, nicht kommunistisch eingestellt zu sein. (121)

Die Stadt Würzburg mußten während des Jahres 1920 vier ostjüdische Einzelpersonen und zwei ostjüdische Familien mit insgesamt elf weiteren Personen verlassen. Nur fünf Ausgewiesene waren nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs in Würzburg bzw. Bayern zugezogen. (122) Allem Anschein nach wurden diese fünf Menschen nur deshalb aus dem Land vertrieben, weil sie es nach einem willkürlich festgelegten Tag erstmals betreten hatten.

Bei zwei weiteren Männern, die seit 1911 bzw. 1913 in Würzburg wohnten und die mit insgesamt sieben Familienangehörigen ausgewiesen wurden, ließen sich als möglicher Grund für die Maßnahme Vorstrafen, offensichtlich leichterer Art, ermitteln. (123)

Politische Hintergründe hatte die Aktion gegen den 18jährigen Handlungsgehilfen Heinrich Poms, der 1901 in Würzburg als Sohn eines kurz zuvor angekommenen polnischen Zigarettenfabrikanten geboren wurde. Nur im Fall des ebenfalls 1920 aus Bayern ausgewiesenen Poms sind Akten der Würzburger Staatsanwaltschaft überliefert, die Auskunft über die näheren Umstände eines solchen Verfahrens geben. Dies rechtfertigt ihre ausführlichere Wie-

dergabe.

Bei Poms, der sich als religionslos betrachtete, allerdings nicht aus der jüdischen Religionsgemeinschaft austrat, beschlagnahmte die Polizei am 24. Februar 1920 mehrere Dokumente, die auf eine kommunistische Betätigung hindeuteten. Darunter befanden sich ein von dem (nichtjüdischen) russischen Revolutionär Max Levien, einem der Anführer der Münchner Räteunruhen, unterzeichneter Mitgliedsausweis der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), Ortsgruppe München, sowie ein Papier, das ihn als Vorsitzenden der Sozialistischen Proletarierjugend in Würzburg bezeichnete. (124)

Mit Verfügung vom 24. April 1920 wies der "Staatskommissar für den Regierungsbezirk Unterfranken und Aschaffenburg" Poms aus Bayern aus. Die "außerordentliche Maßnahme zum Schutz des Landes (bezw. Reiches)" wurde folgendermaßen begründet:

"Poms ist Kommunist und steht mit maßgebenden Persönlichkeiten dieser Partei - siehe den von Levien unterzeichneten Ausweis - in Verbindung. Da er Vorstand der 'Sozialistischen Proletarierjugend' ist, wird die Jugendbewegung dahier im kommunistischen Sinne beeinflußt. In dieser Tätigkeit ist eine Gefahr für die Sicherheit des Landes zu erblicken." (125)

Poms legte am 6. Mai 1920 beim Landgericht Würzburg Beschwerde gegen die Ausweisung ein und behauptete, er stehe der Kommunistischen Partei sowie Max Levien vollständig fern; die Unterschrift Leviens sei gefälscht. Als Vorstand der Sozialistischen Proletarierjugend habe er lediglich versucht, "die jüngeren Jahrgänge [...] von der Straße fernzuhalten", mit ihnen Wanderungen unternommen, "Bildungskurse in die Wege geleitet" und "gegen jede politische Beeinflussung von irgend einer Seite gearbeitet". Zudem sei er inzwischen aus der USPD ausgetreten. (126)

Das beim Landgericht Würzburg gebildete Beschwerdegericht behandelte die Eingabe von Poms am 15. Oktober 1920 und kam zu dem Ergebnis, daß, wie von Poms behauptet, die Unterschrift Leviens tatsächlich gefälscht sei, daß aber die Angabe, "er hätte die Unterschrift des Levien gefälscht, um damit zu renommieren" nicht geeignet sei, ihn zu entlasten, "denn renommieren könnte er mit dem Ausweis doch nur Gleichgesinnten, also Personen gegenüber, die wie er der U.S.P. angehörten und wie er kommunistische Anschauungen hegten." Dem Austritt aus der USPD maß das Gericht keine Bedeu-

tung zu, da sich Poms "noch kurz zuvor als eifriges Mitglied der U.S.P. betätigt hatte, dadurch daß er bei der Gründungsversammlung der 'Soz. Proletarierjugend' eine Rede hielt, die in das Protokollbuch der Partei aufgenommen wurde, und dadurch, daß er als 18jähriger Mann sogleich die Leitung dieses Vereins in die Hände nahm." (127)

Auf Grund dieser Tatsache sowie persönlicher Kontakte zur stellvertretenden Vorsitzenden der KPD-Ortsgruppe Würzburg sah es das Gericht als erwiesen an, "daß Poms Anhänger der U.S.P. ist und zwar des Teiles derselben, welcher der Kommunistischen Partei zuneigt und eben jetzt dabei ist, sich mit ihr zu vereinigen." Der Ausländer Poms, "von keinerlei Hemmungen oder Rücksichten im Zaume gehalten", stelle in der gegenwärtigen Zeit, "wo die Führer der Kommunisten das Proletariat offen zum 'letzten Kampf' aufrufen" eine "große Gefahr für die Sicherheit des Landes" dar; die Ausweisungsverfügung des Staatskommissars sei also "vollkommen gerechtfertigt". (128) Noch am Tag der Entscheidung mußte Poms Bayern verlassen. Er ließ sich in Berlin nieder. (129)

Im Jahr 1920 wurden eine weitere ostjüdische Einzelperson und eine sechsköpfige Familie aus Bayern ausgewiesen. Die Betroffenen erreichten jedoch die Aufhebung der Verfügung und konnten in Würzburg bleiben. (130) Ein ähnlicher Fall ereignete sich 1921: Ein polnischer Händler mußte mit seiner Frau die Stadt zunächst verlassen, kehrte aber nach mehrmonatiger Abwesenheit wieder zurück. (131)

Am 26. September 1923 wurde Gustav von Kahr erneut an die Spitze des bayerischen Staates berufen, diesmal zum Generalstaatskommissar. Wieder begann er seine Amtstätigkeit mit einer antisemitischen Maßnahme: Er wies erneut mehrere hundert jüdische Familien aus Bayern aus, die zwar aus Osteuropa stammten, in den meisten Fällen aber bereits seit 20 oder 30 Jahren im Land ansässig waren. Im Gegensatz zu 1920 war diesmal eine sehr beträchtliche Zahl von Menschen betroffen. Die offensichtlich vor allem in München und Nürnberg wohnhaften Personen, gegen die sich die Aktion richtete (132), mußten Bayern binnen zwei Wochen verlassen. Wohnungen, Warenbestände, Maschinen und Bargeld wurden beschlagnahmt. (133)

Die Maßnahme, die zu einer Beschwerde des preußischen Ministerpräsidenten bei der bayerischen Regierung führte (134), fand in der "Jüdischen Rund-

schau" diesen Niederschlag:

"Die planmäßigen Judenausweisungen aus München, über die wir heute genauere Mitteilungen veröffentlichen, sind der erste sichtbare und bedeutsame Erfolg der antisemitischen Bewegung in Deutschland, die heute nicht mehr bloß eine parteipolitische ist, sondern jetzt als amtliche Praxis der Zentralbehörden eines deutschen Einzelstaates deutlich in Erscheinung getreten ist. Dies macht, abgesehen von der menschlichen, wirtschaftlichen und politischen Ungeheuerlichkeit dieser Ausweisungen, die besondere Tragweite der Austreibung aus. Dieser amtliche Antisemitismus und diese administrativ durchgeführten Exzesse des Judenhasses sind ein ernstes Warnungszeichen für das gesamte deutsche Judentum und kennzeichnen auch der Welt seine bedrohliche Situation. [...] Die Erfahrung, die die Juden in allen Ländern machen mußten, daß der Antisemitismus niemals vor den ausländischen Juden Halt macht, sondern sich dann auch gegen die das Staatsbürgerrecht besitzenden einheimischen Juden wendet, gilt in ähnlicher Anwendung auch [für] die allgemein-wirtschaftliche Sphäre. Die brutalen Masseninstinkte, denen man die Ostjuden in Bayern opfert, sind durch solche Nachgiebigkeiten und dieses richtungslose Gewährenlassen nicht zu versöhnen, sondern sie werden im Gegenteil dadurch nur noch mehr aufgestachelt." (135)

d. Kulturpolitik

Nach dem Ersten Weltkrieg feierte die Moderne in Deutschland wahre Triumphe. "Der elementare Durchbruch lange zurückgestauter avantgardistischer Bestrebungen in Kunst und Literatur, neue Disziplinen und Forschungsergebnisse in allen Bereichen der Wissenschaft und daraus folgend eine grundsätzliche Kritik an den politischen und geistigen Traditionen des neunzehnten Jahrhunderts [trugen] in starkem Maße dazu bei, daß große Schichten des Volkes schockiert waren." (Werner Jochmann) (136) Die Völkischen stemmten sich gegen diese Tendenzen. Für sie war der Geist der Moderne identisch mit dem Geist des Judentums.

Zu keinem anderen Komplex hat der Würzburger Schutz- und Trutzbund im Winter 1919/20 so ausführlich Stellung bezogen wie zur Kulturpolitik. Moderne Literatur und modernes Theater wurden als "unsittlich" (137) und "leer" (138) gebrandmarkt, doch der reaktionäre Kulturbegriff machte auch vor scheinbar Unverdächtigem nicht halt: "Wir bekämpfen den ausschweifenden Tanz (z.B. Fox-Trott-Tanz ums goldene Kalb)" hieß es am 14. Februar 1920 im "Volksblatt" (139), und auch die "Kino-Seuche" (140) wurde als Symptom der

"jüdisch-orientalischen" Sittenverderbnis gesehen, "wie sie von Berlin und München gelehrt wird." (141) In Analyse und Schlußfolgerung waren sich die Würzburger Schutz- und Trutzbündler mit der NSDAP einig:

Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund Würzburg	NSDAP-Programm vom 24. Februar 1920
"Er erstrebt [die] restlose Beseitigung der Vorherrschaft der land- u. volksfremden Elemente [...] aus Theater, Schrifttum und Wissenschaft." (Anzeige im "Volksblatt", 18.11.1919, S.6)	"Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literatur-Richtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderung verstoßen." (Punkt 23 c)
"Die Mitglieder des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes Ortsgruppe Würzburg fordern [...] das strenge Verbot, daß jüdische, die deutsche Moral verderbende Theaterstücke auf deutschen Bühnen aufgeführt werden dürfen [...und] eingehende Zensur des Kinofilms - durch Deutsche." (Anzeige im "Volksblatt", 24.2.1920, S.8)	

Auch in der Dettelbacher Rede von Andrea Ellendt nahmen kulturpolitische Fragen breiten Raum ein:

"Die Presse muß [...] Lüge[n] bringen, weil Juda die ganze Presse in der Hand hat, ganz gleich ob von links, von rechts oder von der Mitte. [...] Alles wird beeinflußt im Sinne des Judentums. Die Zeitungen, beeinflußt durch die jüdischen Inserate, schreiben nichts gegen die Juden. [...] Der Jude hat die Vergnügungen u. Kinos in der Hand u. damit soll das deutsche Volk entsittlicht u. zu Grunde gerichtet werden. [...] Die Juden haben die Witzblätter, die Presse, die Damen- und die Herrenmode. Sie lieben keine deutschen Dichter u. mögen keinen Schiller, dagegen schwärmen sie für Wedekind und Arth. Schnitzler. Sie verführen u. vergiften durch Kino u. Theater, Schrift u. Kleidung unserer Jugend. Griechenland u. Rom gingen am Juden zu Grunde." (142)

Daß sich der Schutz- und Trutzbund lediglich an die Spitze einer auch in Würzburg weitverbreiteten kulturreaktionären Bewegung stellte, zeigen zwei Absetzungen vom Spielplan des Stadttheaters. Im Januar 1919 erzwang der Magistrat die Absetzung von Frank Wedekinds "Lulu", da das Stück des nichtjüdischen Autors "anstößig wirken" könne. (143) Am 11. April 1924 kriti-

sierte der "General-Anzeiger" das russischsprachige Gastspiel einer Theatertruppe aus Leningrad als "land- und stammesfremde Kunst". Der Rezensent äußerte sein Bedauern darüber, daß noch eine Wiederholung angesetzt sei. (144) Da auch in der "Landeszeitung" eine scharf formulierte Kritik erschien, wurde die Wiederholung abgesagt, obwohl die Stadtverwaltung ein ziviles Schutzmannsaufgebot in das Theater entsenden wollte, um Störungen von völkischer Seite zu verhindern. (145)

In anderen Städten blieb es nicht bei Absetzungen. Im Dezember 1919 kam es um die Aufführung von Wedekinds "Schloß Wetterstein" in den Münchner Kammerspielen zu schweren Auseinandersetzungen. Am 14. Dezember wurde wegen eines von Völkischen angezettelten Tumultes die Vorstellung abgebrochen und der Theatersaal geräumt. Am 23. Dezember verbot Polizeipräsident Ernst Pöhner alle weiteren Aufführungen. In Berlin besetzten am 22. Februar 1921 Mitglieder des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes die Seitenränge des Kleinen Schauspielhauses, um gegen den "Reigen" von Arthur Schnitzler zu protestieren. Sie warfen Stinkbomben auf die Bühne und skandierten antisemitische Parolen. In München wurde auch "Der Reigen" von Pöhner nach ähnlichen Ausschreitungen verboten.(146)

Im November 1930 ereignete sich in Würzburg anläßlich des Gastspiels des hebräischen Theaters Habima aus Moskau ein weiterer Theaterskandal. Dieser wird im fünften Abschnitt des Kapitels behandelt.

e. Wirtschaftspolitik

Die schwierige wirtschaftliche Lage nach Kriegsende traf breite Bevölkerungskreise. Wegen des Mangels an Lebensmitteln brachen in verschiedenen Städten Unruhen aus. In Würzburg gab es Ende Juni 1920 bei einem Konflikt zwischen einer aufgebrachten Menschenmenge und Reichwehrtruppen, der sich an Zuckermangel und überhöhten Preisen entzündet hatte, zwei Tote und mehrere Verletzte. (147) Die Demobilmachung setzte Hunderttausende von Arbeitssuchenden frei.

Der sich während der Weimarer Jahre beschleunigende Prozeß der Industrialisierung und Umstrukturierung belastete mittelständische Gruppen besonders.

Deren Angehörige stellten sowohl im Schutz- und Trutzbund als auch in der NSDAP einen überproportional großen Teil der Mitglieder:

"Eine Analyse der beruflichen Zugehörigkeit der männlichen Mitglieder der NSDAP vor 1933 zeigt, daß die 'Selbständigen' (einschließlich selbständiger Kaufleute, Handwerker und Angehöriger freier Berufe) verglichen mit der Beschäftigungsstruktur der gesamten Bevölkerung, die weitaus stärkstvertretene Gruppe bildeten. [...] Die Juden waren Konkurrenten dieser Mittelstandsangehörigen in einem doppelten Sinn. Erstens, weil sie selbst bis zu einem gewissen Grade der gleichen Klasse angehörten als kleine selbständige Geschäftsleute, Ladenbesitzer, Handelsreisende und Handwerker. Sie strömten in die freien Berufe, vor allem in die Medizin und Jurisprudenz, die an sich an Überfüllung litten, weil sie in zunehmendem Maße eine soziale Aufstiegsmöglichkeit für die Söhne des kleinen Mittelstandes boten. [...] Mit ihrer Neigung zur Unabhängigkeit, die oft genug nur berufliche Selbständigkeit in kleinem Rahmen bedeutete, konkurrierten sie in vielen Punkten mit unzufriedenen Massen der wirtschaftlich Selbständigen. Darüber hinaus jedoch lagen die Juden im Konkurrenzkampf mit manchen Angehörigen des Mittelstandes, weil sie an führender Stelle an technischen und organisatorischen Neuerungen beteiligt waren, die den mit Herstellung und Vertrieb verbrauchsnaher Güter beschäftigten Mittelstand wirtschaftlich zu ersetzen drohten. Dies trifft sicherlich zu im Falle von Herstellung und Vertrieb von Textilien und Bekleidung. Etwa zwei Fünftel der deutschen Handwerker waren aber gerade in diesen Branchen beschäftigt, die mit winzigen Betrieben stark überfüllt waren. Sowohl in der Fabrikation wie im Vertrieb von Schuhen waren die Juden stark vertreten und konkurrierten mit dem kleinen selbständigen Schuhmacher. Ähnlich lagen die Dinge beim Verkauf von Möbeln. Die Geschäftsbesitzer und Handwerker, die ihre Tätigkeit auf das Gebiet des Vertriebs auszudehnen versuchten, stießen auf die Konkurrenz von Warenhäusern und Filialbetrieben, erstere vorwiegend, letztere nennenswert in den Händen von Juden." (148)

Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund nutzte diese Konfliktsituation aus und forderte abwechselnd "das strenge Überwachen handeltreibender Juden" (149) und die "restlose Beseitigung der Vorherrschaft der land- u, volksfremden Elemente aus [...dem] wirtschaftlichen Leben." (150) Ähnliche Postulate fehlten bei der NSDAP. Auffallende Parallelen zwischen Nationalsozialisten und Trutzbund ergaben sich jedoch bei zwei anderen wirtschaftspolitischen Programmpunkten:

Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund Würzburg	NSDAP-Programm vom 24. Februar 1920
Der Schutz- und Trutzbund erstrebt die "Brechung der Zinsknechtschaft. Das deutsche Volk muß allein an Zinsen jährlich 10 Milliarden Mark aufbringen." (Anzeige im "Volksblatt", 18.11.1919, S.6)	"[Wir fordern:] Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens. Brechung der Zinsknechtschaft." (Punkt 11)

"Er erstrebt [...] ein rücksichtsloses Vorgehen gegen die großen Wucherer, Schleichhändler und Schieber."

(Anzeige im "Volksblatt", 18.11.1919, S.6)

"Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemein-Interesse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse."

(Punkt 18)

Von lokalhistorischem Interesse ist, daß es der 1883 in Würzburg geborene Diplomingenieur Gottfried Feder war, der die Parole von der "Brechung der Zinsknechtschaft" geprägt und nach dem Ersten Weltkrieg in völkischen Kreisen verbreitet hatte. Er war es auch, der sie ins Programm der NSDAP hineinschrieb. Feder war noch vor Hitler in die DAP eingetreten und hatte an jenem Abend des 12. September 1919, als Hitler zum ersten Mal eine Versammlung der kleinen Partei besuchte, über die Frage: "Wie und mit welchen Mitteln beseitigt man den Kapitalismus?" referiert. (151)

Unter der Brechung der Zinsknechtschaft verstand Feder das Vorgehen gegen die internationale Verflechtung des Kapitals im allgemeinen und gegen die Verleihung von Geld gegen Zinsen im besonderen. Feder wollte die Rolle des Geldes wesentlich reduzieren und forderte eine Verstaatlichung des gesamten Bank- und Börsenwesens und das Verbot der Zinserhebung. (152)

Weder Zinsknechtschaft noch Wucherunwesen oder Schiebertum waren Begriffe, die eine ausschließlich antijüdische Spitze hatten. Daß sie jedoch von der völkischen Bewegung weitgehend so verstanden wurden, zeigt unter anderem die Einladung zu einer Veranstaltung mit Gottfried Feder, die am 27. Februar 1920 im "Volksblatt" erschien. Hier hieß es eindeutig: "Der internationale jüdische Kapitalismus macht uns zu Arbeitssklaven der Entente." (153) Auch Andrea Ellendt dachte bei Banken und Wuchereren nur an Juden, wie weitere Auszüge aus ihrer Dettelbacher Rede belegen:

"Ausschließlich Juden beherrschten durch Leihkapital die Welt. [...] Die jüdische Börse will verdienen; die anderen können zu Grunde gehen. [...] Je zertrümmerter Deutschland ist, desto besser blühen Schieberei u. Wucherei des jüdischen Geistes. [...] Der Wille des Volkes ist deutsch-völkisch, d.h. er richtet sich gegen alles, was am Deutschtum sich versündigt, also gegen Schieberei und Wucherei, in der Hauptsache betätigt von den Juden. Schieber und Wucherer müssen unbedingt mit dem Tod bestraft werden. [...] Ein menschenwürdigeres Leben und billigeres Auskommen ist möglich, wenn die Wucherer u. Schieber mit dem Tode bestraft werden. Wenn derl. Schieber

in München hängt, dann ist das ein Beispiel für die ganze Welt, und die ganze Welt ist in Schieberhänden. Das System der kapitalistischen Juden ist Güterknappheit, Lebensmittelnot, Verelendung u. Knechtschaft, den von Juden gemachten Preis zu zahlen. [...] Die Reparationen seien Schiebungen im großen u. durch diese Reparationen, gemacht von de[m] Juden Rathenau [...], seien bereits deutsche Wälder u. deutsche Landwirtschaftsbetriebe verschoben [worden]." (154)

3. Parteien und Organisationen

Antisemitisches Gedankengut war über den Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund und die NSDAP hinaus auch in anderen Parteien und Organisationen verbreitet. Dies gilt besonders für die Deutschnationale Volkspartei, aber, in abgeschwächter Form, auch für die Deutsche Volkspartei, die sich in Würzburg mit der DNVP zur Vereinigten Nationalen Rechten zusammenschloß, und für die Bayerische Volkspartei. Da von diesen in Würzburg nur die BVP über ein täglich erscheinendes Organ, das "Fränkische Volksblatt", verfügte, ist die Haltung dieser Partei unvergleichlich viel besser aus lokalen Quellen zu erschließen als die der beiden anderen.

Keine Erwähnung finden in diesem Abschnitt judenfeindliche Tendenzen in der katholischen und evangelischen Kirche. Äußerungen eines religiösen Antisemitismus sind für die Weimarer Zeit in Würzburg weder von Seiten der katholischen noch der protestantischen Geistlichkeit nachweisbar. Nach dem Verhältnis zu den großen Kirchen befragt, erwähnte kein einziger Gesprächs- oder Briefpartner negative Erlebnisse. Mehrmals wurden "ausgezeichnete" (155), "im allgemeinen freundliche" (156) oder "positive" (157) Beziehungen zu den Katholiken der Stadt erwähnt; zweimal wurde das Verhältnis zu den Kirchen als "korrekt" (158) bzw. "kühl-korrekt" (159) bezeichnet. Eine Emigrantin erinnerte sich, daß "die Protestanten freundlicher zu den Juden waren als die Katholiken". (160)

Dieser Befund, der ein im wesentlichen problemloses Zusammenleben vermuten läßt, steht nur scheinbar im Gegensatz zu den im folgenden beschriebenen antijüdischen Verlautbarungen des politischen Katholizismus. In der alltäglichen politischen Auseinandersetzung erlagen, angesichts der weitverbreiteten völkischen Vorurteile, auch katholische Parteivertreter der Versuchung, antisemitische Stereotypen bei der Stimmenwerbung nutzbar zu machen. Dies mochte einen Mann wie den BVP-Landtagsabgeordneten Georg Stang nicht davon abhalten, im privaten Verkehr mit Juden zu versichern, "daß er keine antisemitischen Gesinnungen hege und fördern werde." (161)

Eine Darstellung des politischen Protestantismus muß deshalb unterbleiben, weil dieser in Würzburg nicht hervortrat. In Gegenden mit großem evangelischen Bevölkerungsanteil, wie beispielsweise in vielen Landstädten und

Gemeinden des Maindreiecks, spielten allerdings protestantische Geistliche eine bedeutende Rolle in der antisemitischen Bewegung. (162) Am ehesten wird sich in Würzburg die Einstellung mancher lutherischer Kreise noch in den Äußerungen von DNVP und DVP widergespiegelt haben.

a. Die Bayerische Volkspartei

Ein erster Ausbruch von Ressentiments gegen Juden ereignete sich in Würzburg bereits unmittelbar nach dem Novemberumsturz von 1918. Der Zorn über die Abschaffung der Monarchie und die neuen, sozialistisch beherrschten Regierungen in Berlin und München wurde bei vielen katholischen Politikern noch verstärkt durch die Tatsache, daß unter den Revolutionspolitikern und in den neuen Kabinetten mehr Männer und Frauen jüdischer Abkunft waren, als es ihrem Bevölkerungsanteil entsprach. (163)

Anstatt die neuen Regierungen und die neue Regierungsform mit politischen Argumenten zu bekämpfen, griffen das katholische Zentrum und die sich von ihm im Dezember 1918 ablösende BVP zu antisemitischen Parolen. Dies läßt sich am "Fränkischen Volksblatt" in den ersten Wochen nach dem Unsturz gut beobachten. Am 16. November brachte dessen Hauptschriftleiter Liborius Gerstenberger unter seinem Pseudonym "Nikolaus Montanus" den Wandel auf eine einprägsame Formel: An die Stelle König Ludwigs III. habe sich "ein jüdischer Schriftsteller aus Berlin gesetzt. Kurt Eisner heißt der neue Beherrscher Bayerns." (164)

Die Reichshauptstadt Berlin sah das "Volksblatt" regiert von "Judentum und Asphalt", von "rücksichtslosem Terrorismus" und von "Anarchisten und Bolschewisten", und das BVP-Organ gab schon die Devise aus: "Völlige Trennung von dem verseuchten Berlin!" (165) Das Blatt kritisierte, daß "Galizier und andere Fremdstämmlinge die Herrschaft in Bayern und im Reiche führen" und erwartete das Schlimmste. Denn: "Solche Elemente bauen nie und nirgens auf; sie wirken nur zerstörend und zersetzend." (166)

In der nächsten Ausgabe erläuterte die Zeitung ausführlich, wen sie mit "Galiziern" und "Fremdstämmlingen" meinte:

"Die Deutschen haben deutsche Volksstaaten errichtet, das soll heißen, daß die Deutschen von den Deutschen und nach dem Mehrheitswillen des Volkes regiert werden. In Wirklichkeit regiert weder das Volk noch die Deutschen, sondern nur die Juden. [...] Die wahren Besieger Deutschlands sind nicht die Franzosen, Engländer und Amerikaner. Von ihnen allen herrscht niemand so unumschränkt über die besiegten deutschen 'Freistaaten' wie das Judentum." (167)

Zwar unterschied der Artikel zwischen "vernünftigen, staatserhaltenden Elementen im Judentum" und "zerstörenden Elementen", doch wurden trotz dieses Versuchs einer Differenzierung schon im nächsten Halbsatz erneut pauschale Vorwürfe erhoben: "Zuerst haben diese Elemente unsere Kunst und Wissenschaft zersetzt, dann unsere Erziehung und dann haben sie uns im Kriege wirtschaftlich ausgesaugt, und jetzt nehmen sie uns auch noch die Ruder des Staates aus der Hand." Der Artikel schloß mit dem ominösen Satz: "Und das alles lassen sich die deutschen und bayerischen Bürger, Bauern und Arbeiter gefallen? Wie lange noch?" (168)

Die kaum verhüllte Aufforderung, sich der "Judenherrschaft" endlich zu entledigen, wiederholte Gerstenberger am 7. Dezember. Sie war verbunden mit einer abschätzigen Charakterisierung des bayerischen Ministerpräsidenten Eisner: "Nur zu, damit unser kathol. Volk aufwacht. Es hat ohnehin schon satt, daß ein Salomon Kosmanowski aus Lemberg, der sich jetzt Kurt Eisner nennt, mit mehr als orientalischer Phantasie Bayern vor der ganzen Welt lächerlich macht." (169) Weder stammte Eisner aus Lemberg - er wurde in Berlin geboren -, noch hatte er jemals Salomon Kosmanowski geheißen. Den Autor hielt dies nicht davon ab, ihn am 21. Dezember als "deutschfeindlichen Tschechen" zu bezeichnen und erklärend hinzuzufügen: "Kurt Eisner, ehemals Salomon Kosmanowski, stammt nämlich nicht, wie früher mitgeteilt, aus Lemberg, sondern aus Böhmen." (170)

Bereits am 19. November hatte sich der Landtagsabgeordnete Georg Stang in einer Versammlung des katholischen Volksvereins "oft von stürmischem Beifall unterbrochen" (171) gegen jede "einseitige Rassen- und Cliquenherrschaft" gewandt und gedroht: "Das wird sich das christliche Volk nicht bieten lassen." (172)

Wegen der Rede Stangs und der Haltung des "Volksblatts" wandten sich im November mehrere Mitglieder der Kultusgemeinde an deren Vorsitzenden Otto Stern, "um zu beraten, was geschehen könne, damit wir hier u. in der Pro-

vinz von einer Judenhetze verschont bleiben." (173) Der Gedanke, der Würzburger und der Schweinfurter Rabbiner sollten gemeinsam bei Bischof von Schlör vorsprechen, um ihn zu einer Mäßigung der katholischen Parteipolitiker zu bewegen, stieß auf die Bedenken eines anwesenden Vertreters der Schweinfurter Kultusgemeinde. Er riet von dem Besuch ab, da der Bischof "bei einem früheren Vorfalle keine wohlwollende Stellung" bezogen habe. (174)

Der um Hilfe angegangene Berliner Centralverein beschwor die Würzburger Juden, "sich möglichst wenig auffällig auf der Straße [zu] zeigen", denn "der geringste Anlaß könne zu Unannehmlichkeiten führen." (175) Ein nur passives Verhalten und die Meidung der Öffentlichkeit schienen allerdings einigen Gemeindemitgliedern nicht ausreichend. In ihrem Namen wandte sich der Textilwarenhändler Hermann Rosenthal an Oberbürgermeister Andreas Grieser, der am 13. Dezember in einer Magistratssitzung die Befürchtungen zu zerstreuen suchte. In seiner Erklärung hieß es:

"Ein Teil unserer israelitischen Bevölkerung befürchtet Ausschreitungen, selbst Pogrome. Auf Grund von Besprechungen mit beiden Teilen, mit Teilen, von denen man annehmen könnte, daß sie sich gegenüberstehen, erkläre ich offen: Ich halte meine Hand ins Feuer, solche Ausschreitungen sind nicht beabsichtigt. Ich mache darauf aufmerksam, daß Plünderungen oder Gewalttätigkeiten unter die Volksgerichte fallen; die arbeiten schnell." (176)

Der "Fränkische Volksfreund" bezeichnete die Worte des BVP-Politikers als "klatschende Ohrfeige" für das "Volksblatt" und seine "niedrige Kampfesweise." (177) Das SPD-Organ hatte die "Volksblatt"-Äußerungen zuvor bereits in mehreren scharf formulierten Artikeln, die möglicherweise Felix Freudenberger selbst verfaßte, kritisiert. Es entspann sich eine wochenlange Kampagne, in deren Verlauf den Sozialdemokraten vorgeworfen wurde, sie fühlten sich auf "das rote Hühnerauge" getreten, weil auch bei ihnen Juden wichtige Positionen einnähmen. (178)

Die Auseinandersetzung drehte sich zunächst um Kurt Eisner, dessen jüdische Abstammung das "Volksblatt" immer wieder in den Mittelpunkt rückte. Der "Volksfreund" dazu am 19. November: "Ein bißchen Judenhetze ist bei den Lesern des 'Fränkischen' populär und deshalb wird ihnen erzählt, daß der Nachfolger des Wittelsbacher, Kurt Eisner, ein Jude sei. Nun ja, er teilt diese Eigenschaft mit dem Stifter der Religion des 'Fränkischen'." (179) Am 4. Dezember warf das SPD-Organ den "scheinheiligen Hetzaposteln im

'Fränkischen Volksblatt'" vor, "Pogromstimmung zu erzeugen." Dazu seien keine besonderen Anstrengungen nötig: "Man braucht nur genügend tief unter die an sich schon dünne Kulturpolitur zu bohren und die Roheit springt wie ein gefederter Spielteufel in die Arena scheinchristlicher Sittlichkeit." (180) Am Tag darauf antwortete das "Volksblatt":

"Herr Freudenberger hat das 'Fränkische Volksblatt' schon zweimal in Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrates [...] seiner besonderen Aufmerksamkeit gewürdigt. [...] Herr Freudenberger fürchtet, es möchte [...] eine Pogromstimmung bei uns entstehen. Er und eine Reihe anderer seiner angesehenen hiesigen Glaubensgenossen, welche ähnliche Befürchtungen aussprachen, mögen beruhigt sein. Unser braves katholisches Volk macht keine Pogrome. Es greift nicht zu Gewaltmitteln." (181)

Ungeachtet dieser Worte wurde die antijüdische Agitation fortgesetzt. Zu Beginn des Jahres 1919 beklagte das "Volksblatt" die "Schändung unseres Vaterlandes", die unter anderem dadurch zum Ausdruck komme, daß "Ausländer uns regieren." (182) In einer Frauenversammlung der BVP rief am 7. Januar 1919 die Landtagskandidatin Marie von Gebsattel (183) voller Empörung aus: "Bayern den Bayern, Deutschland den Deutschen! Wir wollen keine Importen aus Galizien!" (184)

Etwa gleichzeitig und in auffallender Nähe zu den am 12. Januar stattfindenden Landtagswahlen vollzog das BVP-Organ jedoch eine taktische Wende. Den Anlaß bot der orthodoxe Regensburger Bezirksrabbiner S. Meyer, der in der "Deutschen Israelitischen Zeitung" alle gläubigen Juden aufgefordert hatte, sich durch einzelne antisemitische Entgleisungen von katholischer Seite nicht irre machen zu lassen und trotzdem BVP zu wählen. Diese sei die einzige Partei, die den Standpunkt vertrete, daß der Staat den Religionsunterricht schützen müsse. Außerdem wolle sie die religiösen Einrichtungen aller Konfessionen aufrechterhalten. (185) Das "Volksblatt" zitierte ausführlich aus dem Artikel und ergänzte in einer redaktionellen Anmerkung, es wisse sich von Antisemitismus frei, behalte sich aber das Recht vor, "bei den Juden ebenso wie bei [den] eigenen Leuten schwarz zu nennen, was schwarz ist, und weiß, was weiß ist. Selbst auf die Gefahr hin, Stimmen der Juden für die Partei und Anzeigen für das Blatt - wie es ostentativ geschehen ist - zu verlieren." (186) Gleichzeitig schwächte die Zeitung ihre Vorwürfe ab; nicht Juden, sondern "abgestandene Juden", seien die Revolutionäre gewesen, was wohl bedeuten soll, daß es unter den Revolutionären genauso wenige gläubige Juden wie praktizierende Katholiken oder

Protestanten gab. (187)

Die Wende der BVP kam darin zum Ausdruck, daß Georg Stang die Zusammenfassung des ganzen gläubigen Volkes "einschließlich der Juden" gegen die "rote Gefahr" propagierte (188) und daß die Ausfälle der Kandidatin Marie von Gebsattel im "Volksblatt" keinen Niederschlag mehr fanden. (189) Diesen ganz offensichtlich von wahltaktischen Überlegungen mitbestimmten Meinungsumschwung kommentierte die DDP in einer Kundgebung so: "Früher sei der Jude mit Spott und Hohn übergossen und für die Revolution verantwortlich gemacht worden. Jetzt fände [...] 'Bruder Jud' [...] ein gastlich Dach in der Bayerischen Volkspartei." (190)

Auch als der erste Schock über den Novemberumsturz abgeklungen war, äußerte sich im politischen Katholizismus der Stadt Würzburg eine judenfeindliche Stimmung. Sie führte dazu, daß der Schutz- und Trutzbund sich im Katholischen Gesellenhaus treffen konnte und daß das "Volksblatt" im Winter 1919/20 eine Fülle von programmatischen Anzeigen des Trutzbundes aufnahm, was in den übrigen Blättern gar nicht ("Volksfreund", "Landeszeitung") oder nur vereinzelt ("General-Anzeiger") vorkam. Noch am 16. Mai 1920 rief ein BVP-Redner im "Huttenschen Garten" alle diejenigen, die es "mit dem Kampf gegen das jüdische Programm des jüdischen Sozialdemokraten Marx ernst" meinen, dazu auf, die Volkspartei zu wählen. (191) Die Einschätzung Andrea Ellendts als einer "überzeugenden, äußerst ernst zu nehmenden Rednerin" ist bereits erwähnt worden.

Die Würzburger BVP erwies sich in den ersten Jahren der Republik als Spiegelbild der BVP-Entwicklung auf gesamtbayerischer Ebene. Die Politik Kahrs und der übrigen BVP-Ministerpräsidenten bis 1923, die auf der offen zur Schau gestellten Sympathie für die völkische Bewegung basierte, schlug sich auch am Main nieder. Erst die unaufhörliche Radikalisierung der antisemitischen Kräfte, die im Hitlerputsch vom November 1923 kulminierte, bewirkte die Hinwendung zu einer gemäßigteren Haltung.

Schon im Juni dieses Jahres referierte der Würzburger Professor für alttestamentliche Exegese und biblisch-orientalische Sprachen, Johannes Hehn, in einer BVP-Versammlung über die "wissenschaftlichen Grundlagen des Antisemitismus". Hehn wies bei dieser Gelegenheit

"auf die gewaltige kulturgeschichtliche Bedeutung des Alten Testamentes

hin, das mit seinem Monotheismus (Eingottglaube) und seinem hohen ethischen Gehalt einzig dastehe. Auf dem Alten Testamente beruhe das Neue Testament und das Christentum, und der Weltheiland Jesus Christus sei seiner menschlichen Natur nach Jude gewesen und habe sich als solcher gefühlt. [...] Daß die Juden fast nur Handel treiben, erkläre sich aus der Tatsache, daß ihnen jahrhundertelang, bis vor nicht allzulanger Zeit, keine andere Betätigung erlaubt war; ihr vielfach hervortretender Radikalismus u.a. sei eine Folge ihrer jahrtausendelangen Unterdrückung." (192)

Die Analyse verschiedener völkischer Propagandaschriften ergab, daß diese nicht nur gegen das Alte,sondern meist auch gegen das Neue Testament ankämpften und mit ihrem "deutschen Glauben" die Grundlagen des Christentums erschüttern wollten. (193)

Johannes Hehn bekannte sich auch 1928, als er Rektor der Würzburger Julius-Maximilians-Universität geworden war, zu einem versöhnlichen Miteinander von Juden und Christen. In einer Rede an die neu immatrikulierten Studenten ging er in indirekter Form auf den in studentischen Korporationen grassierenden Antisemitismus ein. Hehn wandte sich "gegen die Auswüchse des Corpslebens" und rief zu "Achtung und Wertschätzung des Gegners" auf. (194)

Als "ausgesprochen freundlich" charakterisierte denn auch ein Zeitgenosse das Verhältnis von Hehn zu den Juden der Stadt. (195) Ähnliche Äußerungen liegen über den außerordentlichen Professor für alttestamentliche Exegese, Friedrich Stummer, vor. (196) Als der Centralverein am 22. Januar 1923 zu der bereits angesprochenen Diskussion über die bedrohliche Situation der Juden einlud, nahm daran auch der Professor für Moral- und Pastoraltheologie, Homiletik und christliche Sozialwissenschaft, Ludwig Ruland, teil. Er vertrat die Ansicht, daß ein Jude "voll und ganz dem deutschen Vaterland angehört." (197)

Dem rechtskatholischen Bereich ist dagegen Prof. Maximilian Buchner zuzurechnen, der seit 1926 in Würzburg Geschichte lehrte. Um die von ihm herausgegebenen, deutschnational ausgerichteten "Gelben Hefte" scharten sich konservative Katholiken. (198) Buchner führte in den "Heften" den Kampf gegen den Parlamentarismus und forderte "eine starke, mit autoritären Vollmachten ausgestattete Regierung." (199) Häufig traten in der Zeitschrift völkische und antisemitische Gedanken hervor, "wenn sie zumeist auch sehr sublim formuliert und in das Gewand des Wissenschaftlichen gekleidet waren." (200)

b. Die Vereinigte Nationale Rechte (DNVP und DVP)

Bei verschiedenen Wahlen während der Weimarer Jahre traten in Würzburg DNVP und DVP als Vereinigte Nationale Rechte auf. (201) Außerdem veranstalteten die beiden Parteien vornehmlich in der Frühphase der Republik zahlreiche gemeinsame Versammlungen, so daß es berechtigt erscheint, sie im gleichen Abschnitt zu behandeln.

Die DVP hatte stets Juden unter ihren Mitgliedern (202), doch verfügte sie auch über eine starke Gruppe aktiver Antisemiten. Zwischen 1924 und 1929, als eine relative wirtschaftliche Blüte und die außenpolitischen Erfolge des mit einer Jüdin verheirateten DVP-Vorsitzenden Gustav Stresemann die Aussöhnung mit der Republik erleichterten, verringerten sich zeitweise die Angriffe auf die Juden. In der Zeit der Weltwirtschaftskrise, die wenige Wochen nach Stresemanns Tod einsetzte, zeigten sich die alten Vorwürfe dann jedoch erneut an der Oberfläche. (203)

Die DNVP nahm hinsichtlich der Juden zunächst eine zurückhaltende Stellung ein. Auf dem ersten Parteitag erwähnte der damalige Vorsitzende, Oskar Hergt, diese Frage überhaupt nicht. Auf einer weiteren Jahrestagung ertönte, als ein Redner Berlin als "Neu-Jerusalem" bezeichnete, jedoch schon der Ruf: "Juden raus!" (204) Noch in diesem Jahr (1920) formulierte die DNVP ihre "Grundsätze", die unter anderem folgende Passage enthielten:

"Volkstum. Nur ein starkes deutsches Volkstum, das Art und Wesen bewußt wahrt und sich von fremdem Einfluß frei hält, kann die zuverlässige Grundlage eines starken deutschen Staates sein. Deshalb kämpfen wir gegen jeden zersetzenden, undeutschen Geist, mag er nun von jüdischen oder anderen Kreisen ausgehen. Wir wenden uns nachdrücklich gegen die seit der Revolution immer verhängnisvoller hervortretende Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Öffentlichkeit. Der Zustrom Fremdstämmiger über unsere Grenzen ist zu unterbinden." (205)

1923 verweigerten einzelne Ortsgruppen Juden den Beitritt; seit 1929 waren laut Parteihandbuch Juden gänzlich von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. (206)

In Bayern entstand nach dem Krieg unter dem Namen Bayerische Mittelpartei eine selbständige rechtsstehende Partei, die zunächst unabhängig von der DNVP agierte, dieser jedoch 1920 so eng angegliedert wurde, daß man sie

als DNVP-Landesverband bezeichnen kann. (207) Am 22. November 1919 erklärte der in Nürnberg tagende Landesausschuß der Mittelpartei:

"Das Judentum ist ein nach Bluts- und Geistesart durch seinen eigenen Willen abgeschlossener völkischer Fremdkörper. Daher verlangt die Bayerische Mittelpartei eine ausschließlich deutsche Leitung unserer gesamten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten. Sie wendet sich entschieden gegen die Vorherrschaft des Judentums, die seit der Revolution immer verhängnisvoller hervortritt, und fordert Maßnahmen gegen die Zuwanderung des kulturell tief unter dem deutschen Volk stehenden Ostjudentums." (208)

Mit dieser Wortwahl setzte sich die Mittelpartei deutlich von den Deutschnationalen ab, während die Anklänge an die Programmatik des sich gleichzeitig in Würzburg formierenden Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes nicht zu übersehen sind.

Im Verhältnis zum Antisemitismus ist in der Würzburger Vereinigten Nationalen Rechten im Verlauf des Jahres 1920 eine deutliche Radikalisierung festzustellen. Im März stieß ein judenfeindlicher Diskussionsredner in einer DNVP/Mittelpartei-Veranstaltung noch "auf starken Widerspruch". (209) Im Mai trat ein DNVP-Referent dem Antisemitismus "in seiner weitgehenden Konsequenz" entgegen, allerdings schon "unter dem Schweigen der Versammlung". (210) Kurz darauf hieß es in einer gemeinsamen Kundgebung der Rechtsparteien, daß man gegen "bodenständige, nationalempfindende" Juden "gerade keine Bedenken" habe, wohl aber gegen "jene Ostjuden", die als "schädliche Elemente empfunden werden" müßten. (211) Danach erschienen solche Differenzierungen nicht mehr opportun. Nun verlangte man "deutsche Führer", nicht "Juden und Fremde" (212) und sah in der "sog. Reichshauptstadt" Berlin nur "Ausländer" am Werk. (213) Buchdruckereibesitzer Heinrich Braunwarth, Kandidat der Vereinigten Nationalen Rechten bei der Landtagswahl im April 1924, forderte die "Zurückdämmung des Judentums". (214)

1920 trat die Mittelpartei in eine von dem BVP-Politiker Gustav von Kahr geführte bürgerliche Koalitionsregierung ein, die unter anderem für die ersten Ostjuden-Ausweisungen aus Bayern zuständig war. Einige Zeit stellten die Deutschnationalen mit Christian Roth, der später zur NSDAP stieß, den bayerischen Justizminister. (215) 1922 war die Mittelpartei mit dafür verantwortlich, daß das Republikschutzgesetz in Bayern nur halbherzig durchgeführt wurde und der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund seine Arbeit fortsetzen konnte. Nachdem sie die Regierung im Herbst 1921 verlassen

hatte, kehrte die Mittelpartei im Sommer 1922 mit der ausdrücklichen Absicht zurück, dem Gesetz "die schlimmsten Giftzähne auszubrechen und seine für Bayern schädlichsten Bestimmungen möglichst unwirksam zu machen." (216) Erneut wurde mit Franz Gürtner ein Deutschnationaler Justizminister. (217)

c. Verbandswesen der Rechten

Im Jahr 1898 entstand in Würzburg eine Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes, die als ihr Ziel die "Belebung der deutsch-nationalen Gesinnung" und die "Erhaltung deutscher Art und Sitte" betrachtete. (218) Der Verband, in dessen Veranstaltungen nicht selten "antisemitische Töne" (219) anklangen, hatte auf Reichsebene, möglicherweise auch in Würzburg, zunächst noch jüdische Mitglieder, steuerte jedoch schon während des Krieges einen dezidiert judenfeindlichen Kurs. Diese Entwicklung leitete Rechtsanwalt Heinrich Claß ein, der den Alldeutschen seit 1908 vorstand. (220) Claß, der die Würzburger Ortsgruppe im Jahr 1929 besuchte und bei dieser Gelegenheit forderte, den für eine Verständigung Deutschlands mit seinen ehemaligen Kriegsgegnern eintretenden Reichaußenminister Gustav Stresemann vor einen "Staatsgerichtshof für politische Verbrechen" zu stellen (221), hatte 1912 unter dem Pseudonym Daniel Fryman eine politische Streitschrift veröffentlicht, in der er unter anderem die Ausschaltung des jüdischen Einflusses aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Erziehung und die Entfernung aller "volksfremden" Einwanderer aus dem Reich forderte. (222) Der ebenfalls bei den Alldeutschen aktive Konstantin von Gebsattel drängte Claß während des Krieges dazu, mit dem Verband offen die Führung der antisemitischen Bewegung im Reich zu übernehmen. Tatsächlich veröffentlichte die der Organisation gehörende "Deutsche Zeitung" im Juni 1917 einen Artikel, den Gebsattel befriedigt als "Kriegserklärung an das Alljudentum" bezeichnete. (223)

Als im Herbst 1918 eine parlamentarisch abhängige Regierung eingesetzt wurde und diese um einen Waffenstillstand nachsuchte - beides auf Drängen der Obersten Heeresleitung -, war für die Alldeutschen das Zeichen zum Entscheidungskampf gegeben. Nach Gebsattels Ansicht hatten die liberalen deut-

schen "Alljudenblätter" dem Volk das "Gift der Zersetzung" eingeträufelt. Dieser "Judasdienst", verkündete er in der "Deutschen Zeitung", dürfe dem Judentum nie vergessen werden. (224)

Im Februar 1919 tagte die Führungsspitze des Verbandes in Bamberg. In einer dort verabschiedeten Erklärung wurde die Parole "Deutschland den Deutschen!" ausgegeben; die Alldeutschen propagierten die Eindämmung des jüdischen Einflusses und den Schutz des "rassenmäßigen Bestandes" des deutschen Volkes vor "artfremdem Zuzug". (225) Um breiteste Schichten mit diesen Ideen vertraut zu machen, leitete man in Bamberg die Schaffung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes in die Wege und bestellte Konstantin von Gebsattel zu seinem geheimen Vorsitzenden.

Unter den Würzburger Mitgliedern des Alldeutschen Verbandes gewann während der Republik der Buchhändler Siegfried Perschmann immer größere Bedeutung. Perschmann, der zunächst als Schatzmeister (226) und dann als Vorsitzender (227) fungierte, "fand frühzeitig den Weg zur völkischen Bewegung und war einer der ersten, der in Würzburg dem nationalsozialistischen Schrifttum den Weg bahnte." (228)

Möglicherweise war es seinem Einfluß zu verdanken, daß am 1. September 1929 beim Alldeutschen Verbandstag im "Platzschen Garten" einer der fanatischsten Antisemiten des Reiches, der sächsische Oberfinanzrat Paul Bang, zum Thema "Landesverrat als Volksseuche" referierte. Bang bezeichnete den Marxismus als "jüdisches Gewächs" und als Auswuchs des "jüdischen Razziagedankens" und erklärte: "Ein dem Marxismus verfallener Deutscher ist geisteskrank." (229) Bang publizierte 1919 als "Wilhelm Meister" unter dem Titel "Judas Schuldbuch" eine antijüdische Schmähschrift, in der er unter anderem die von den Juden ausgehende dämonische Verführungstechnik "arischer" Frauen als eines der erfolgreichsten Mittel "Judas" zur Erreichung seiner Ziele bezeichnete. (230)

Im Jahr 1928 erklärten sich die Alldeutschen für einen noch radikaleren Ausschluß der Juden aus dem deutschen Volksleben, als ihn selbst die Bamberger Erklärung vom Februar 1919 vorgesehen hatte. Die Papiere getaufter Juden sollten nun die Aufschrift "Judenchristen" tragen, jüdische Ärzte sollten nur jüdische Patienten behandeln dürfen, und der Davidstern sollte überall dort angebracht werden, wo ein Betrieb jüdisches Kapital

oder jüdische Arbeit verwendete. (231)

Der Alldeutsche Verband, dessen Mitglieder meist dem gehobenen Bürgertum und der Akademikerschaft angehörten, stellte also ein Verbindungsglied zwischen den bürgerlichen Rechtsparteien und dem radikal-völkischen Lager dar. Diese Tatsache wird symbolisiert in der Person Paul Bangs, der als Alldeutscher über enge Beziehungen zum DNVP-Vorsitzenden Alfred Hugenberg verfügte. Auch Heinrich Claß war "das klassische Beispiel eines krassen Antisemiten [...], der sich dennoch bei der gesamten Rechten eines großen Ansehens erfreute und sich mit der gleichen Selbstverständlichkeit in gemäßigten wie in radikalen Kreisen bewegte." (232)

Beträchtlichen Anteil an der Entwicklung der antisemitischen Bewegung hatte auch der 1895 gegründete Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (DHV), die mit 400000 Mitgliedern größte Angestelltengewerkschaft der Republik. Der DHV war politisch nicht eindeutig festgelegt (233): Die Angehörigen der 1897 (234) ins Leben gerufenen Würzburger Ortsgruppe engagierten sich in den bürgerlichen Rechtsparteien und in der NSDAP, aber vereinzelt auch in der BVP und der DDP. (235) Die unterschiedlichen Richtungen im Verband trafen jedoch in einem Punkt immer wieder zusammen: Der DHV nahm grundsätzlich keine Juden auf und kämpfte gegen den jüdischen Einfluß. (236)

Im Kaiserreich hatten die deutschnationalen Handlungsgehilfen maßgeblich zur Ausbildung der völkischen Ideologie beigetragen. Die Gründer gewannen ihre Anhänger mit dem Versprechen, den Mittelstand vor der Proletarisierung zu bewahren. Sie deuteten die Strukturveränderungen im Jahrzehnt vor der Jahrhundertwende nicht als zwangsläufige Folgen der Industrialisierung, sondern als Symptome einer Krankheit, die durch die Übernahme "undeutscher" Grundsätze verursacht worden sei. Als Heilmittel empfahlen sie die Besinnung auf die Kräfte des deutschen Volkstums. Folgerichtig wandten sich die DHV-Führer gegen jede internationale Zusammenarbeit in Wirtschaft, Kultur und Politik, deren maßgebliche Befürworter sie im Judentum und in der Sozialdemokratie erkannt zu haben meinten. (297)

Diese Prinzipien wurden auch in der Würzburger Ortsgruppe hochgehalten. Sie betrachtete das Erfurter Programm der SPD als "das Werk Landfremder und darum undurchführbar." (238) Der "internationalen Wirtschaftsdiktatur"

stellte man die "deutsche Volksgemeinschaft" und den "völkischen Wirtschaftswillen" entgegen. (239) Als sich in einer DHV-Versammlung antisemitische Diskussionsredner zu Wort meldeten, schloß sich der Referent ihnen mit der Forderung an, "daß 60 Millionen Deutsche sich nicht von einer Minderheit Land- und Rassefremder auf die Dauer" beherrschen lassen könnten. (240)

Wie stark Teile der Würzburger Ortsgruppe mit der NSDAP sympathisierten, zeigte sich am 27. September 1929, als eine Anzahl von DHV-Mitgliedern eine nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft innerhalb des DHV gründeten. (241)

Antisemitisches Gedankengut war schließlich auch im Stahlhelm virulent. Dieser angeblich politisch neutrale Frontkämpferbund stand, besonders in der Endphase der Republik, der DNVP und ihrer politischen Ausrichtung sehr nahe. (242) Obwohl rund 100000 jüdische Soldaten im Ersten Weltkrieg gewesen und etwa 12000 gefallen waren, nahm der Stahlhelm nur in Einzelfällen Juden auf; in den letzten Jahren vor 1933 scheint dies überhaupt nicht mehr möglich gewesen zu sein. Der Würzburger praktische Arzt Max Strauß, der sich im Frühjahr 1919 am Kampf gegen die spartakistische Räteherrschaft beteiligt hatte und dann in einem Freikorps mit nach München gezogen war, bewarb sich beispielsweise um die Mitgliedschaft in der 1925 gegründeten Würzburger Stahlhelm-Ortsgruppe, was jedoch deren Vorsitzender wegen der jüdischen Religionszugehörigkeit des Mediziners "bestimmungsgemäß" ablehnte. In einem Brief an Strauß mußte der Vorsitzende allerdings zugeben, "daß ich auf Grund meiner Kenntnis, die ich von Ihnen als Würzburger habe, von Ihrer nationalen Gesinnung, sowie daß auch in Ihrer Familie derselbe Geist gepflogen wird, überzeugt bin." (243)

Auch der Stahlhelm identifizierte sich mit der Idee von der nötigen Trennung des deutschen Staatsvolks vom jüdischen Fremdvolk, das in seiner Mitte lebe. (244) Angesichts der Weltwirtschaftskrise erklärte der unterfränkische Stahlhelm-Gauführer, Gutsbesitzer Breidenbach aus Gadheim, am 21. März 1931 in der "Schrannenhalle", die einzigen Nutznießer "der gegenwärtigen Wirtschaftszustände" seien "die Kapitalisten und die Juden." (245)

Im Lauf des Jahres 1929 integrierte der Stahlhelm die Tradition der bayerischen Wehrverbände; die Würzburger Ortsgruppen des Bundes Bayern und

Reich und der Reichsflagge gingen im Stahlhelm auf. (246) Die Entstehung dieser und anderer durchweg antisemitisch ausgerichteter Verbände läßt sich bis zur Zeit der bayerischen Räteunruhen im Frühjahr 1919 zurückverfolgen. Während sich Würzburg, wie geschildert, selbst von der Räteherrschaft befreite, rief die Regierung unter Ministerpräsident Johannes Hoffmann, die nach Bamberg geflüchtet war, Freikorps und Bürgerwehren ins Leben, um München und andere noch in der Hand der Spartakisten befindliche Städte zurückzuerobern. Zum Kampf gegen die auch in der Arbeiterschaft nicht sonderlich populären Räterepubliken riefen in Würzburg auch die Mehrheits-SPD und die sozialistischen Freien Gewerkschaften auf. Daneben traten zahlreiche Juden in die Freiwilligenverbände ein, was insgesamt auf eine anfänglich relativ breite politische Streuung hindeutet. (247)

Als die Räteherrschaft in ganz Bayern beseitigt war, blieben manche der Wehren und Freikorps bestehen und radikalisierten sich nach rechts. 1921 setzten die ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands ihre Auflösung durch, doch ließ es die Regierung unter Gustav von Kahr zu, daß aktivistische Mitglieder beisammenblieben, Wehrverbände gründeten und in diese unter Bruch der Bestimmungen des Versailler Vertrages umfangreiche Waffenbestände ihrer alten Einheiten einbrachten. Die Verbände, ebenso wie die NSDAP, genossen das Wohlwollen der Regierung als "Ordnungsfaktoren" im Kampf gegen die Linke. (248)

Die größte Bedeutung konnte der Bund Bayern und Reich beanspruchen, der 1924 allein in Unterfranken fast 10000 Mitglieder zählte. Die private, staatlich geförderte Organisation verfügte über zahlreiche Bindungen an Regierung und Streitkräfte, von denen die Mitglieder ausgebildet wurden sowie Waffen und Munition erhielten. (249) Der auch in Würzburg mit einer Ortsgruppe vertretene Bund (250) bezeichnete sich als "christlich-völkisch" und schrieb vor, daß nur beitreten könne, "wer arisch ist". (251) Noch radikaler gab sich die Reichsflagge, die ebenfalls in Würzburg über eine Ortsgruppe verfügte. (252) Viele aktive Mitglieder stießen später zu den Nationalsozialisten. (253)

1923 schlossen sich verschiedene völkische Gruppen auf Landes- und lokaler Ebene enger zusammen. In Würzburg entstand aus 27 Organisationen eine Arbeitsgemeinschaft vaterländischer Verbände, die in der ersten Jahreshölfte zu mehreren Veranstaltungen einlud. (254) Allein die Zahl der Mit-

gliedsverbände läßt ahnen, in welchem Ausmaß judenfeindliche und antidemokratische Ideen zu diesem Zeitpunkt außerhalb der Rechtsparteien populär waren. Genauere Auskunft über das rechtsradikale Potential in Würzburg gaben die Landtagswahlen vom 6. April 1924, bei denen Nachfolgeorganisationen der aufgelösten NSDAP und weitere antisemitische Verbände als "Völkischer Block" teilnahmen. Auf das Wahlergebnis wird im fünften Abschnitt des Kapitels näher eingegangen.

d. Die Studentenschaft

In keiner Gruppe der Würzburger Bevölkerung erlangte während der Weimarer Republik völkisches Gedankengut so weite Verbreitung wie in der Studentenschaft der Julius-Maximilians-Universität. Schon im Februar 1921 konnten bei der AStA-Wahl nationale und völkische Organisationen drei Viertel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. (255) Zu diesem Zeitpunkt gehörten alle nichtjüdischen Würzburger Verbindungen, mochten sie nun farbentragend, schlagend, katholisch oder überkonfessionell sein, einem völkisch-antisemitischen Dachverband, dem Hochschulring Deutscher Art, an. Und 1930, als das Ende der Republik noch in weiter Ferne lag, vertrat der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) bereits 40 % der Würzburger Studenten im AStA. (256)

Auch Michael H. Kater kam zu dem Ergebnis, daß die deutschen Studenten sich in den zwanziger Jahren "zu einer der stärksten antisemitisch gestimmten Gruppierungen in der Gesellschaft" entwickelten. (257) Unter anderem der große Anteil von Juden an den deutschen Hochschulen, der sich teilweise aus der jüdischen Sozialstruktur ergab, wie auch die wachsende Zahl ausländischer, vor allem ostjüdischer Studenten, schufen nach 1918 an vielen Universitäten eine Atmosphäre, die für den Antisemitismus einen geeigneten Nährboden abgab:

"Die Revolution [...] war nicht nur als politische, sondern nicht zuletzt als soziologische Revolution empfunden worden. Die akademischen Schichten hatten um die materielle Existenz zu kämpfen. Die Wirtschaftslage brachte es zudem mit sich, daß sich die Aussicht der Studenten, in ihren erwählten Berufen alsbald nach Abschluß des Studiums zu gutdotierten Stellungen zu kommen, immer mehr verringerte. Vor Ergreifen eines jeglichen Studiums wur-

de gewarnt. Lange Einstellungswartezeiten wurden prophezeit. In dieser Situation mußte sich der Zustrom jüdischer Einwanderer nach Deutschland und auf die Universitäten verheerend auf die wirtschaftlich gedemütigten Akademiker auswirken. Soweit die Ressentiments gegen die 'Ostjuden' noch verstärkt werden konnten, geschah dies durch die nationalsozialistische Frontkämpferideologie: Wir haben für Deutschlands Ehre und Existenz gekämpft, der Dank des Vaterlandes ist ausgeblieben, zudem werden wir durch Menschen, von denen Deutschland bisher nichts profitieren konnte, um unsere Studien- und Berufspläne gebracht." (258)

Der Versuch völkischer Gruppen, die lästige jüdische Konkurrenz auf ein Minimum zu beschränken oder gar ganz zu beseitigen, wurde zu einem Kernproblem der neugeschaffenen Gesamtorganisation der Studierenden, der Deutschen Studentenschaft. (259)

Antisemitische Ausfälle Würzburger Studenten sind schon für den ersten Tag der Republik, den 9. November 1918, verbürgt. Am Abend fand in der Neuen Universität eine studentische Versammlung statt, in der über die Aufforderung abgestimmt werden sollte, sich am Würzburger Arbeiter- und Soldatenrat zu beteiligen. An anderen Hochschulen, etwa in Marburg und Berlin, waren Studentenräte entstanden, doch entschied sich die große Mehrheit der Versammelten gegen das Angebot und beschloß stattdessen, einen Ausschuß zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Sicherheit zu bilden. (260) Bei einer Massenkundgebung auf dem Residenzplatz hatten am Nachmittag Jurastudenten mit roten Armbinden Unterschriften für eine Mitarbeit im Arbeiter- und Soldatenrat gesammelt. Als Initiatoren dieser Aktion wurden am Abend die jüdischen Studenten Würzburgs verdächtigt - "mit Unrecht", wie das "Volksblatt" anmerkte. Dennoch nahm die Versammlung "einen antisemitischen Verlauf." (261)

Erster Bannerträger des Antisemitismus an der Universität Würzburg war der Deutschvölkische Verband der Studierenden, der im Abschnitt über den Schutz- und Trutzbund bereits kurz behandelt wurde. Der im Oktober 1919 gegründete Verband beabsichtigte, "die Akademiker deutschen Stammes interkorporativ an hiesiger Universität zur Erhaltung, zum Schutze und zur Pflege des vaterländischen Gedankens [zu] vereinigen. Er erstrebt den Wiederaufbau und die Zusammenfassung aller Kräfte gemäß den hohen Überlieferungen unserer ruhmreichen Vergangenheit." (262) Deutschvölkische Studentengruppen waren in Würzburg und anderen Hochschulstädten wesentlich dafür mitverantwortlich, daß Antisemitismus und "Arierparagraph" aus der politischen Diskussion der Studenten nicht verschwanden und Eingang in die Korporationen fan-

den. (263) In Würzburg, wo drei Viertel der Studenten Verbindungen angehörten (Reichsdurchschnitt: 60 %) - und von diesen die Hälfte schlagenden Verbänden -, mußte sich dies besonders deutlich auswirken. (264)

Der 1905 gegründete Verband schlagender Korporationen hatte ursprünglich alle Würzburger Verbindungen mit dem Prinzip der unbedingten Satisfaktion umfaßt. Im August 1919 wurde als überregionale Dachorganisation der Allgemeine Deutsche Waffenring (ADW) geschaffen, dem satzungsgemäß nur solche Verbände angehören durften, die "keinen konfessionellen Charakter tragen." (265) Da die eigentlichen konfessionellen Verbindungen, wie etwa die im Cartellverband der Katholischen Deutschen Studentenverbindungen (C.V.) zusammengeschlossenen, nichtschlagend waren, konnte sich diese Bestimmung nur gegen die jüdischen und paritätischen Korporationen richten. Zwar wurde die Salia, die ja auch schon dem Verband schlagender Korporationen angehört und ihn mehrmals geleitet hatte, zunächst noch im Waffenring geduldet; schon am 22. November 1919 erschien allerdings ein Mitglied der Kösener-Verbindung Nassovia auf der Salierkneipe und überbrachte die Aufforderung des Waffenrings, aus diesem freiwillig auszutreten. Mit dem Anschluß an die völkische Bewegung sei die weitere Mitarbeit der Salia unmöglich geworden. Als die Salia das Feld nicht freiwillig räumen wollte, wurde sie ausgeschlossen. (266)

Im November des folgenden Jahres trat die antisemitische Ausrichtung des ADW noch deutlicher hervor. Man verweigerte nun den Waffen der jüdischen Verbindungen die Anerkennung. Der Salier Hugo Kern, der an den Kämpfen gegen die Würzburger Räteherrschaft teilgenommen hatte, schrieb damals empört:

"Nichts ist bezeichnender für die derzeitige Lage des jüdischen Studenten, als der soeben veröffentlichte Beschluß des deutschen Waffenrings, das Verbot an seine Mitglieder, jüdischen Korporationen Satisfaktion zu geben. [...] Liegt doch in diesem Beschluß die Behauptung, daß Angehörige des Waffenrings einen jüdischen Studenten überhaupt nicht beleidigen können, daß ein solcher keine Ehre hat, daß er Freiwild ist. Die jüdischen Studenten werden hier in ihrer Gesamtheit als eine inferiore Spezies betrachtet, mag der einzelne persönlich noch so honorig sein, mag er für sein deutsches Vaterland noch so sehr geblutet haben; nur die Tatsache, als Jude geboren zu sein, genügt, um außerhalb des sonst so ernst und wichtig genommenen studentischen Ehrenkodex gestellt zu werden. Ungestraft (auf studentische Weise jedenfalls) können Andersgläubige Injurien gegen uns gebrauchen, von denen - das ist das tief Deprimierende - nicht nur die einzelne Persönlichkeit, sondern unsere ganze akademische Existenz, unsere studentische Honorigkeit überhaupt getroffen ist. Es ist nun nicht an dem, daß sich diese

Einstellung nur bei den Angehörigen des Waffenrings zeigt, die ja systematisch zum Antisemitismus erzogen werden, sondern, weit bedauerlicher und gefährlicher noch, auch in der übrigen Studentenschaft wird durch solche und ähnliche Beschlüsse großer Verbände das Gefühl der Entfremdung zwischen christlichen und jüdischen Studenten genährt - und von der Entfremdung zur Entrechtung führt nur ein kurzer Schritt." (267)

Im August 1920 beschloß die dem Waffenring nicht angehörende Deutsche Burschenschaft, daß die Mitgliedsverbindungen "nur deutsche Studenten arischer Abstammung" aufnehmen dürften, daß sie diese zu "völkischem Bewußtsein" erziehen sollten und dazu, "daß eine Heirat mit einem jüdischen oder farbigen Weibe ausgeschlossen ist oder daß bei solcher Heirat der Betreffende ausscheidet." (268)

Der Kösener Kongreß von Landsmannschaften und Corps änderte an Pfingsten 1921 ebenfalls seine Satzung. Für die Aufnahme von Juden bzw. deren Nichtaufnahme war nun nicht mehr die Religion maßgebend. Als Jude galt bereits jede Person, bei der einer der vier Großelternteile getaufter Jude oder jüdischer Abkunft war. (269)

Nachdem die Waffen der jüdischen schlagenden Verbindungen nicht mehr anerkannt wurden, mußte in den zahlreichen Fällen, in denen Juden von Mitgliedern Würzburger Corps, Landsmannschaften und Burschenschaften beleidigt wurden, immer häufiger der sogenannte "Knüppelkomment" herhalten. Dazu Birgitt Grieb-Lohwasser: "Als beispielsweise der Erstchargierte der Salia dem Angehörigen eines Corps im [Café] C.C. den Antrag seiner Verbindung auf eine Säbelpartie überbrachte, lehnte dieser die Annahme mit der Begründung ab, daß sein Corps Juden keine Genugtuung gebe. Der Salier gibt ihm darauf eine Ohrfeige, daß er in die Schaufensterscheibe stürzt und diese zertrümmert. Auch eventuelle gerichtliche Nachspiele halten die Salier nicht davon ab, in ähnlichen Fällen ebenso vorzugehen." (270)

Vor diesem Hintergrund muß die Tatsache gesehen werden, daß manche jüdischen Verbindungen die waffenstudentischen Gepflogenheiten überdachten. Couleur, Fechten und Mensur wurden zwar beibehalten, spielten jedoch nicht mehr die gleiche Rolle wie vor dem Weltkrieg. (271) Das bereits erwähnte sportliche Ertüchtigungsprogramm der Rheno-Palatia trug dazu bei, daß die Mitglieder sich auch dann noch gegen Angriffe zu wehren wußten, als der Kampf mit der Faust an die Stelle des Kampfes mit dem Säbel getreten war. (272)

Nachdem sich viele Würzburger Studenten, darunter auch Juden, an der Niederschlagung der Räterepublik beteiligt hatten, traten Salier und Rheno-Palaten im Frühjahr 1919 ganz selbstverständlich auch der Marschgruppe der Universität bei, einem freikorpsähnlichen Zeitfreiwilligenverband, dessen Aufgabe die "Niederhaltung allenfalsiger Aufstände umstürzlerischer Art" war. (273) Damit die Studenten sich ihrer militärischen Aufgabe besser widmen konnten, wurden sie an den Freitagen und Samstagen von universitären Veranstaltungen beurlaubt. Wie die übrigen Freikorps radikalisierte sich auch die Marschgruppe nach rechts: Zugleich mit dem Ausschluß aus dem Waffenring wurden die Salier aus der Marschgruppe gedrängt - trotz ihrer "tadelfreien Führung", die sie sich noch bestätigen ließen. (274) Vorbilder vieler Mitglieder der Gruppe waren die Anführer des Kapp-Putsches vom März 1920, vor allem Erich Ludendorff. Am 10. April 1920 veranstalteten einige Gruppenangehörige in einem Raum der Mainaukaserne eine Ludendorffeier; die Wände des Zimmers waren mit Marken des Schutz- und Trutzbundes und Hakenkreuzen beklebt. (275)

Sämtliche nichtjüdischen Verbindungen Würzburgs arbeiteten in den ersten Nachkriegsjahren im Ring Deutscher Korporationen zusammen. Dieser bewegte anläßlich des 338. Universitätsstiftungsfestes im Mai 1920 das Rektorat dazu, festzulegen, daß bei der Feierstunde der Ring sich getrennt von den übrigen, also jüdischen und paritätischen, Verbindungen aufzustellen habe. Als sich die Salia wegen der Absonderung beschwerte, bestätigte der Rektor, daß er die Anordnung auf ausdrücklichen Wunsch des Rings Deutscher Korporationen so getroffen habe; in Zukunft werde "diese Anordnung abgeändert werden." Die Salier blieben dem Stiftungsfest fern, mußten jedoch im nächsten Jahr feststellen, daß beim 339. Stiftungsfest der gleiche Aufstellungsmodus vorgesehen war. Der Gesamtphilisterverband der Salia protestierte erneut; der Rektor versicherte in einem Antwortbrief, "daß es dem Rektorate durchaus fernliegt, an der deutsch-vaterländischen Gesinnung Salias zu zweifeln." Allerdings habe der Ring Deutscher Korporationen damit gedroht, den Festakt zu boykottieren, "wenn eine Änderung in der Aufstellung der Chargierten Platz greife." Diesem Druck beugte sich die Universität. (276)

Zu Beginn des Jahres 1921 entstand als weiterer Zusammenschluß sämtlicher nichtjüdischer Verbindungen Würzburgs der Hochschulring Deutscher Art, der wiederum auf Reichsebene dem Deutschen Hochschulring angeschlossen war.

Letzterer bezeichnete es als seine Pflicht, "allen Deutschen ein Vorbild völkischer Einheit zu geben." (277) Der Hochschulring Deutscher Art führte Traditionen des Deutschvölkischen Verbandes der Studierenden fort, allerdings auf ungleich breiterer Basis. In seiner Verfassung legte er ein Bekenntnis zur deutschen Volksgemeinschaft ab, für die er mit allen Kräften gemeinsamer Abstammung, Geschichte und Kultur wirken wollte. (278) Bei der Gründungsfeier lobte der Universitätsrektor den Hochschulring als "Beispiel und Hoffnung für das ganze Volk." (279) Der "Volksfreund" urteilte nach einjähriger Aktivität:

"Auch die Würzburger Studentenkorporationen sind - mit Ausnahme der jüdischen - diesem Deutschen Hochschulring angeschlossen. Interessant ist, daß die 'katholischen' Studentenverbindungen, die man doch an der Seite des Zentrums oder der Bayerischen Volkspartei vermuten sollte, ebenfalls diesem Hochschulring angehören, der auch hier [in Würzburg] rein 'deutschnational'-reaktionäre Ziele verfolgt, wie es die hiesigen studentischen Veranstaltungen zur Genüge dargetan haben." (280)

Die Versammlungen des Hochschulrings gingen oft in ihrer völkischen Radikalität noch über deutschnationale Vorstellungen hinaus. So wandte sich ein Referent im Dezember 1922 im "Huttenschen Garten" gegen das "verweichlichte Christentum". (281) Zu seiner vaterländischen Woche im Mai 1923 lud der Ring Erich Ludendorff ein, der in der rechtsradikalen Bewegung Bayerns eine wichtige Rolle spielte. Er vertrat eine antikirchliche Ideologie und propagierte aus einem rabiaten Antikatholizismus heraus eine germanische Religion. (282) Die Anwesenheit Ludendorffs scheint den Unwillen der katholischen Verbindungen im Hochschulring erregt zu haben. Am Fackelzug im Hofgarten aus Anlaß der vaterländischen Woche nahmen sie nicht teil. Dafür wurde der Zug ergänzt "durch eine ebenfalls Fackeln tragende Gruppe", zu der auch "zahlreiche Nichtstudenten" gehörten, "die das Hakenkreuzlied singend" den Schluß des studentischen Aufmarschs am 11. Mai 1923 bildeten. (283)

Die Haltung der katholischen Verbände zur Mitgliedschaft im Hochschulring war nicht einheitlich. Zunächst arbeitete man mit; als aber die extreme völkische Richtung zusehends an Einfluß gewann, begannen die katholischen Verbindungen sich langsam zurückzuziehen. Von allen stand der Unitas-Verband der Republik am nähesten. Er lehnte den Ring sehr früh entschieden ab. Der Kartellverband nahm eine mittlere Stellung ein, während der Cartellverband erst nach dem Hitlerputsch deutlicher auf Distanz ging. (284)

In Würzburg gab der Hochschulring Deutscher Art fünf Wochen nach dem Putsch und nach dem Austritt einzelner Verbindungen folgende Meldung an die Lokalpresse:

"Der Hochschulring Deutscher Art, Würzburg, in seiner völkischen und vaterländischen Grundeinstellung unverändert und gefestigt, setzt sich, nachdem in den letzten Tagen einzelne Korporationen ausschieden, numehr folgendermaßen zusammen: die sieben Korps des S.C., die drei Burschenschaften, die zwei Landsmannschaften und die zwei Turnerschaften, die katholischen Korporationen Cheruscia, Markomannia, Thuringia, ferner die Korporationen Adelphia, Verein Deutscher Studenten, Akademischer Gesangverein, Bergfried, Saxo-Thuringia, Hohenstaufia, Mainfranken, sowie die Deutsche Finkenschaft (völkische Nichtinkorporierte), im ganzen 25 Korporationen und Gruppen." (285)

Am 8. Februar 1924 feierte der Ring den dritten Jahrestag seiner Gründung. Über die Festansprache schrieb der "General-Anzeiger": "Dr. Stadtler, Elsässer von Geburt und Angehöriger der kath. Korporation Frankoniae-Straßburg, ergriff dann das Wort zu einer groß angelegten Rede, in der er die Wege wies zum neuen deutschen, zum dritten Reiche. [...] Nicht in Gehirnen und durch Paragraphen entstehe ein Reich, sondern, wie die Geschichte lehre, durch Blut und Schwert, durch jung wagende Tat. Der Klassenkampfgedanke, der bisher in den Massen triumphiere, werde im völkischen Machtgedanken aufgehen; das neue Reich werde auf dieser breiten Grundlage sein großdeutsch, völkisch, sozial." (286)

Der Standpunkt des Hochschulrings Deutscher Art radikalisierte sich in den nächsten Jahren noch, so daß weitere katholische Verbindungen und die Hochschulgruppen der Deutschen Volkspartei ihren Austritt erklärten. (287) Nach dem wohl 1927 erfolgten Zusammenbruch der Arbeit wurde der Ring im Mai 1928 mit einem Vortrag über die "völkische Lebensauffassung" neu gegründet. (288) Weitere Aktivitäten sind nicht feststellbar; mit dem organisierten Auftreten der Nationalsozialisten an der Universität Würzburg verlor der Ring allmählich seine Funktion. Er "hatte die völkisch-ideologische Flamme unter den Studenten gehütet, in die die robusteren Nationalsozialisten nur noch Reisig zu werfen brauchten." (289)

Die Rechtsorientierung der deutschen Studenten, der sich nur die kleinen republikanischen, demokratischen und sozialistischen Hochschulgruppen sowie die jüdischen Verbindungen und Teile der katholischen Korporationen entzogen, wirkte sich auch auf den studentischen Dachverband aus. Im Juli

1919 kamen die Allgemeinen Studentenausschüsse der deutschen Hochschulen zu einer ersten Tagung und zur Gründung der Deutschen Studentenschaft in Würzburg zusammen. Man gab sich eine Verfassung, deren erster Paragraph lautete: "Die Studierenden deutscher Abstammung und Muttersprache der Hochschulen des deutschen Sprachgebietes bilden die Deutsche Studentenschaft." Die Formulierung war gewählt worden, um auch den österreichischen Studenten die Mitarbeit zu ermöglichen, obwohl der Versailler Vertrag für Österreich die unabänderliche staatliche Selbständigkeit festgelegt hatte. Gerade von österreichischer Seite wurde in Würzburg die völkische Idee vehement propagiert. (290) Ein Studentenvertreter aus Graz interpretierte den Begriff der "deutschen Abstammung" ganz im völkischen Sinn:

"Es ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit, in jedem Jahre Hunderte von galizischen Juden als sogenannte Deutsche an unseren Hochschulen aufzunehmen, wenn wir uns nicht selbst das Grab schaufeln wollen. Glauben wir doch nicht, daß diese Elemente jemals deutsche Organisation und deutsche Kultur stützen werden, deren ganzes Tun und Trachten nur darauf ausgeht, das Deutschtum mit allen Mitteln zu sprengen und zu vernichten. [...] Denken Sie deutsch, denken Sie völkisch! Die deutsche Studentenschaft muß für ihr deutsch-völkisches Ziel mit aller Kraft eintreten." (291)

Zunächst war jedoch eine Mehrheit in der Deutschen Studentenschaft nicht völkisch eingestellt und stand auch der neuen demokratischen Ordnung nicht ablehnend gegenüber. (292) Der Versuch, ausländisch (d.h.: ostjüdische) Studierende mittels Satzung aus der Studentenschaft herauszuhalten, führte noch nicht zum Erfolg. Völkische Gruppen kämpften jedoch bei den folgenden Studententagen in Dresden, Göttingen und Erlangen engagiert für diesen Programmpunkt. (293) In Erlangen erreichten die Völkischen einen kurzfristigen Sieg; nach der hier verabschiedeten neuen Satzung sollten Studenten, die nach dem 1. August 1914 eingewandert waren, nicht zur Deutschen Studentenschaft gehören dürfen. Der Hauptausschuß der Studentenschaft beschloß daraufhin eine Notverfassung, die sich um Eliminierung der antisemitischen Tendenzen bemühte. (294) In einer zeitgenössischen Betrachtung wurde bereits deutlich, daß einer endgültigen Lösung nicht mehr auszuweichen war: "Es kann nicht ausbleiben, daß sich die Blicke schon jetzt auf den vermutlichen Verlauf des nächsten Jahres richten. Dies wird das eigentliche Schicksalsjahr der studentischen Bewegung werden." (295)

Der vierte Deutsche Studententag sollte im Juli 1922 in Marburg stattfinden, wurde jedoch vom Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau mit

folgender Begründung verboten:

"Nach Lage der Sache, insbesondere im Hinblick auf die antisemitische Einstellung der Teilnehmer an der geplanten Tagung muß daher damit gerechnet werden, daß bei den Beratungen die antisemitische Tendenz in den Vordergrund tritt. [...] Auch ist zu besorgen, daß bei den im Anschluß an die Beratungen selbst stattfindenden geselligen Veranstaltungen die deutschvölkisch-antisemitische Gesinnung der Teilnehmer an der Tagung besonders hervortritt. [...] Nach der politischen Einstellung der Teilnehmer an der geplanten Tagung ist ferner die Besorgnis begründet, daß bei der Tagung, in der die Frage der Konfessionsgegensätze den Hauptgegenstand der Erörterungen bilden [wird], auch die jüngsten politischen Ereignisse, insbesondere der Mord an dem Reichsminister Rathenau in die Debatte gezogen werden könnte, und zwar in einer Form, die einer Billigung oder Verherrlichung des Verbrechens selbst, jedenfalls des Ergebnisses der Tat gleichzustellen ist." (296)

In Bayern hegte man solche Befürchtungen nicht, und so konnte der Studententag in den letzten Julitagen des Jahres 1922 in Würzburg eine erneut umformulierte Verfassung verabschieden, die zur alten antisemitischen Formel zurückkehrte. Laut neuer Satzung mußten die Studentenschaften des Reiches "die Mitgliedschaft mindestens allen vollimmatrikulierten Studierenden deutscher Reichsangehörigkeit und solchen deutscher Abstammung und Muttersprache gewähren". (297) Der weitestgehenden Diskriminierung ostjüdischer Studenten ohne deutsche Staatsangehörigkeit war damit Tür und Tor geöffnet.

Unter anderem weil man nicht bereit war, auf diese Verfassungsbestimmung zu verzichten, entzog 1927 die preußische Regierung der Deutschen Studentenschaft die staatliche Anerkennung. (298) 1932 schloß sich Bayern diesem Schritt an. (299)

Die Entscheidung, am völkischen Prinzip unbeirrt festzuhalten, fiel beim zehnten Studententag, der im Juli 1927 wieder in Würzburg stattfand. Zum Vorsitzenden der Studentenschaft wurde ein nationalsozialistischer Waffenstudent aus München gewählt. Am Rande der Tagung kam es zu mehreren antisemitischen Vorfällen. Als zur Erinnerung an die studentischen Gefallenen des Ersten Weltkriegs ein Gedenkstein enthüllt wurde, sprachen Bischof Matthias Ehrenfried sowie der evangelische Stadtdekan Lindner. Obwohl auch viele jüdische Studenten gefallen waren, durfte Rabbiner Siegmund Hanover keine Ansprache halten. Als sich die jüdischen Verbindungen nach dem Grund erkundigten, antworteten Vertreter der Würzburger Studentenschaft, es sei kein Platz mehr auf der Rednerliste gewesen. Außerdem hätten mit dem glei-

chen Recht auch Buddhisten und Baptisten die Entsendung geistlicher Vertreter verlangen können. Als am Tag zuvor die Fahnen von Langemarck, das als Symbol für studentischen Opfermut im Weltkrieg galt, in feierlichem Zug durch die Straßen Würzburgs getragen wurden, hatte man die jüdischen Verbindungen überhaupt nicht zugelassen. (300)

Auf lokaler Ebene fungierte der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) als Bühne, auf der der Kampf gegen Judentum und Republik ausgetragen wurde. Die ASten waren nach dem Ersten Weltkrieg als parlamentarische und repräsentative Institutionen geschaffen worden. An ihrem Wirken und ihrer Zusammensetzung läßt sich die politische Orientierung der Würzburger Studenten sowie die weitgehende Isolierung der jüdischen und republikanischen Studenten ablesen.

Angesichts der Ablehnung, die ihnen von großen Teilen der Würzburger Studentenschaft entgegengebracht wurde, sahen sich die jüdischen Verbindungen zur Zusammenarbeit genötigt. Im Herbst 1919 entstand gleichzeitig mit dem Auftreten des Deutschvölkischen Verbandes der Studierenden eine Jüdische Arbeitsgemeinschaft "zwecks geschlossenen Auftretens in gemeinsam interessierenden Tagesfragen, wie Abwehr des Antisemitismus". (301) Die Gemeinschaft wurde 1921 in einen Zweckverband Jüdischer Korporationen überführt, der sich aus Rheno-Palatia, Veda, der Vereinigung Jüdischer Akademiker und den beiden zionistischen Verbindungen Hatikwah und Ivria zusammensetzte. Die Wirceburgia trat nicht bei, stand jedoch "in einem sympathisierenden Verhältnis" zu dem Verband, während die Salia sich fern hielt. (302) Beide Male gelang es nicht, alle jüdischen Verbindungen zu einer schlagkräftigen Organisation zu vereinigen. Die Salia lehnte eine Mitarbeit wegen des paritätischen Prinzips ab; außerdem wollte sie nicht von den von ihr vertretenen "rein idealen und unpolitischen Ideen" abweichen. (303) Immerhin bleibt die Kooperation zwischen zionistischen Korporationen und Vertretern des assimilatorischen Prinzips bemerkenswert. Eine solche war, wie aus Berichten aus anderen Universitätsstädten hervorgeht, durchaus nicht selbstverständlich. (304)

Bei den AStA-Wahlen der Jahre 1919 und 1920 kandidierten die jüdischen Verbindungen noch auf getrennten Listen und erlangten etwa so viele Sitze im Studentenausschuß, wie ihrem Anteil an der Gesamtstudentenschaft entsprach. Im Sommersemester 1920, als Juden 13,6 % der Studentenschaft stellten, wa-

ren es 14 % der Sitze; später ging der Anteil, ebenso wie die Sitzzahl, zurück. Im November 1920 einigten sich die jüdischen Verbindungen auf eine gemeinsame Liste, mit der sie bis 1922 an der Wahl teilnahmen. (305) Im Sommersemester 1923 kandidierte eine getrennte zionistische Liste, allerdings ohne einen Sitz zu erringen. Die übrigen jüdischen Studenten kamen als Deutscher Studentenbund auf zwei Sitze. (306) Auch 1924 und 1925 traten Juden mit dem Deutschen Studentenbund zur Wahl an; dieser hatte sich mit anderen kleinen Gruppen, darunter dem Republikanischen Studentenbund, zur Arbeitsgemeinschaft der Vereinigten Minderheiten zusammengeschlossen. (307) In den folgenden Jahren kandidierten jüdische Studenten meist als Deutscher Studentenbund; in dem Bund ging 1927 auch die kleine sozialistische Studentengruppe auf. (308)

Im Gegensatz zur Anfangsphase der Republik, als zeitweise über zehn Juden im AStA vertreten waren, erreichten die jüdischen Listen bzw. Listen mit jüdischer Beteiligung in den letzten Jahren vor 1933 nie mehr als einen oder zwei Sitze. (309) Sowohl die Juden als auch die in Frage kommenden demokratischen, republikanischen und sozialistischen Bündnispartner stellten relativ kleine bekämpfte Minderheiten dar. Da auch die Mitgliedschaft der zuletzt genannten Organisationen zum Teil aus Juden bestand, überrascht es nicht, daß beispielsweise der Deutsche Studentenbund 1929 und 1930 trotz der Einbindung der sozialistischen Studentengruppe kaum mehr Stimmen erhielt, als jüdische Studenten in Würzburg immatrikuliert waren. (310)

Den Würzburger AStA dominierten seit dessen Entstehung die im Hochschulring Deutscher Art zusammengeschlossenen Würzburger Korporationen. Bei der Wahl am 25. Januar 1928 kam als neues Element der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund hinzu, der ein halbes Jahr nach seiner Gründung auf Anhieb drei Sitze erlangte - ein zu diesem Zeitpunkt im Vergleich zu den meisten anderen deutschen Hochschulen außergewöhnlicher Erfolg. Wichtigste Forderung des NSDStB war der Ausschluß der jüdischen AStA-Vertreter sowie der numerus clausus für jüdische Studierende, d.h. die Beschränkung ihres Zugangs zur Universität entsprechend dem jüdischen Anteil an der deutschen Bevölkerung. In der AStA-Sitzung vom 24. Mai 1928 stimmten nur die Nationalsozialisten selbst für einen entsprechenden Antrag. (311)

Im Februar 1929, nachdem sich der NSDStB bei erneuten Wahlen in der Zahl der AStA-Sitze um 100 % hatte steigern können, beantragte die nationalso-

zialistische AStA-Fraktion erneut den numerus clausus. (312) Zu diesem Zeitpunkt gehörten von 50 NSDStB-Mitgliedern 30 schlagenden Korporationen an, davon allein 17 der Burschenschaft Germania. (313) Der Antrag lautete:

"Die Würzburger Studentenschaft fordert die Deutsche Studentenschaft auf, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln eine gesetzliche Regelung in der Richtung zu veranlassen, daß der jüdischen Rasse Angehörige keinesfalls in größerer Anzahl zum Studium auf deutschen Universitäten zugelassen werden, als ihrem prozentualen Anteil an der deutschen Bevölkerung des Reiches entspricht. Dieser Beschluß ist sämtlichen Behörden mitzuteilen." (314)

Obwohl sich die nationalsozialistischen Studentenvertreter wenig Hoffnung auf einen Erfolg gemacht hatten, wurde der Antrag am 22. Februar 1929 mit der deutlichen Mehrheit von 20 : 10 Stimmen angenommen. In einer längeren Debatte sprachen sich vor allem die Vertreter des Deutschen Studentenbundes gegen den Antrag aus. In der Abstimmung verweigerten auch die Mitglieder des katholischen Kartell-Verbandes dem numerus clausus die Zustimmung. Dafür votierten außer dem NSDStB der Waffenring und der katholische Cartell-Verband (CV). (315)

Der CV unterstützte somit einen Antrag, der die "Entrechtung der in Deutschland bzw. in Bayern wohnenden Juden entsprechend ihrer Minderheit" - so ein Postulat des Würzburger Schutz- und Trutzbundes von 1920 (316) - zumindest im universitären Raum zum Inhalt hatte. Dies läßt tiefe antisemitische Ressentiments ahnen, wie sie auch für die Mitarbeit einzelner CV-Verbindungen im Hochschulring Deutscher Art über den Hitlerputsch hinaus maßgeblich gewesen sein mögen. (317)

Um nicht auch in Bayern die staatliche Anerkennung zu verlieren, erreichte die Deutsche Studentenschaft, daß die Würzburger und Erlanger numerus-clausus-Beschlüsse aufgehoben wurden. (318) Es kann davon ausgegangen werden, daß, angesichts der gerade erneut bestätigten völkischen Ausrichtung der Deutschen Studentenschaft, dieser Schritt vor allem von taktischen Überlegungen bestimmt war. Anders lagen die Dinge beim katholischen Kartell-Verband, der wegen des von ihm abgelehnten antisemitischen Beschlusses mit der BVP-Fraktion im bayerischen Landtag Kontakt aufnahm. (319) Im Juli 1929 erklärte auch der Senat der Universität Würzburg als staatliche Aufsichtsbehörde den Beschluß für unzulässig, da er gegen die Weimarer Verfassung verstieß. (320)

In den folgenden Jahren verstärkte der NSDStB seine Position im Würzburger AStA. Bei der Wahl am 3. Februar 1930 erlangte er neun Sitze - ein Erfolg, der "allein auf Kosten der Liste des Waffenrings" zustandekam. (321) Die Waffenstudenten wählten zunehmend nicht mehr die eigene Liste, sondern die des NSDStB. (322) Bei der Wahl am 3. Dezember 1930 gaben 40 % der Würzburger Studenten ihre Stimme den Nationalsozialisten. Diesen gelang es, durch eine Koalition mit dem Waffenring drei Vorstandsposten im AStA zu besetzen. Mit Hilfe der Waffenstudenten war es dem NSDStB gelungen, "wenn auch nicht zahlenmäßig, so doch tatsächlich die uneingeschränkte Macht in der Würzburger Studentenschaft zu erreichen." (323)

Die nationalsozialistischen Studentenvertreter setzten ihre Arbeit angesichts des erneuten Vertrauensbeweises der Wähler unbeirrt fort. In der AStA-Sitzung vom 5. Dezember 1930 erschienen sie unter dem stürmischen Beifall der Zuhörer in Uniform, um einen verschärften numerus-clausus-Antrag einzubringen. Erneut lehnten ihn lediglich die republikanischen und jüdischen Studentenvertreter sowie die KV-Verbindungen ab. Mit einem Schreiben des bayerischen Kultusministeriums vom 29. Januar 1931 wurde der Beschluß außer Kraft gesetzt. (324) Der jüdische Kartell-Convent, dem auch die Rheno-Palatia angehörte, kommentierte die NSDStB-Erfolge so: "Es ist jetzt endlich Wahrheit geworden, was man bisher nicht offen bekennen wollte, daß die C.V.-Verbindungen mit den nationalsozialistischen Studenten in vielen Punkten und Kernfragen einig gehen." (325)

Im Sommer 1931 verbot der von einem Nationalsozialisten geleitete Würzburger AStA jüdischen und paritätischen Verbindungen, bei einer studentischen Veranstaltung gegen den Versailler Vertrag zu chargieren. (326) Ebenfalls im Sommersemester 1931 beschloß der AStA, eine Langemarckfeier nur mit den ehemals im Ring Deutscher Korporationen zusammengeschlossenen Korporationen zu begehen. Diesen Beschluß setzten der Senat der Universität und das bayerische Kultusministerium außer Kraft, weil nicht die Gesamtstudentenschaft teilnehmen konnte. (327) Der nationalsozialistische AStA-Vorsitzende Alfons Ilg erklärte, der Waffenring werde "mit aller Wahrscheinlichkeit nicht teilnehmen, wenn die jüdischen Korporationen chargieren." (328) Es fand schließlich nur eine Gedenkstunde ohne Chargierte statt. (329)

4. Der Kampf gegen die antisemitische Bewegung

In einer Untersuchung über den Niedergang der Weimarer Republik vertrat Werner E. Mosse die Auffassung, daß "auf ideologischem wie propagandistischem Gebiet die Apostel der völkischen Ideen das Feld praktisch für sich allein" gehabt hätten. (330) Selbst zuverlässige Fürsprecher des demokratischen Staatswesens hätten sich gescheut, "ihre ohnehin schwierige Position noch dadurch zu komplizieren, daß sie sich einer so unpopulären Sache" wie der Verteidigung der jüdischen Bürger und des Kampfes gegen den Antisemitismus annahmen. (331) Die judenfeindliche Propaganda sei daher, von jüdischen Abwehrbemühungen abgesehen, "fast völlig unerwidert" geblieben:

"Es gab keine Gruppe oder Organisation von irgendwelcher Bedeutung, die sich verpflichtet gefühlt hätte, der gefährlichen Pseudo-Ideologie des mittelständischen Antisemitismus in irgendeiner Form ernsthaft mit Argumenten, Propaganda oder auch mit politischen Kampfmitteln entgegenzutreten. Man schien noch kaum irgendwo einzusehen, daß ja auch die staatsbürgerlichen und politischen Freiheiten jedes einzelnen Deutschen mit auf dem Spiel standen. Im übrigen aber erschien wohl zum mindesten dem deutschen Mittelstand kein Preis zu hoch für die versprochene und gläubig erhoffte 'nationale Wiedergeburt'; der berauschende Gedanke der neuen 'deutschen Volksgemeinschaft' ließ keinen Raum für kleinliche Bedenken über Nebendinge wie unpopuläre Minderheiten oder individuelle Freiheiten und Rechte. Der Begriff der Gleichheit vor dem Gesetz, ja selbst der Begriff des Gesetzes im herkömmlichen Sinne überhaupt, konnte bereitwilligst dem sogenannten Wohle der Allgemeinheit geopfert werden." (332)

Mosse bezog in diese Kritik auch die SPD ein und konstatierte, daß "die marxistische Weltanschauung - vielleicht eine potentielle Gegenkraft - die für sie unwesentliche Frage des Antisemitismus entweder völlig außer acht ließ oder sie bestenfalls an untergeordnete Stelle setzte. Auch von dieser Seite war folglich keine wirksame Gegenoffensive gegen den Antisemitismus zu erwarten." (333) "Von christlicher Seite" habe es ebenfalls "keinen ernsthaften Widerstand" gegeben. Den Katholiken habe alles daran gelegen, "ihre nationale Gesinnung zu bezeugen, um jeden möglichen Vorwurf, sie seien internationalistisch und antinational, zu entkräften. Aus all diesen Gründen konnte von vorneherein von einer christlichen Gegenaktion gegen die antisemitische Hetze kaum eine Rede sein." (334)

In deutlichem Kontrast zu diesen Aussagen stehen die in Würzburg zu beob-

achtenden Versuche von sozialistischer, liberaler und zuletzt auch katholischer Seite, der antisemitischen Bewegung entgegenzutreten. Der "Abwehrkampf" - so der vom Centralverein geprägte Begriff - blieb hier keine ausschließlich jüdische Angelegenheit.

a. SPD, Freie Gewerkschaften und Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Daß der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund ein ernstzunehmender Gegner war, erkannten die Würzburger SPD und die sozialistischen Freien Gewerkschaften sehr früh. Zweifellos spielte hier die Tatsache eine Rolle, daß Felix Freudenberger bis zu seinem Tod im Jahr 1927 ihr führender Repräsentant war. Schon in der ersten öffentlichen Versammlung des Trutzbundes am 16. Dezember 1919 im "Platzschen Garten" war die SPD mit einem Kontingent ihrer Anhänger vertreten, und bereits bei dieser Gelegenheit ging es um die Frage, wer die Oberhand behalten würde:

"Der Redner [Kurt Kerlen] wurde, abgesehen von einigen erregten Zwischenrufen, auch von den Sozialdemokraten ruhig angehört. Die angekündigte Aussprache erwies sich aber trotz der Bemühungen des Vorsitzenden Heelein als undurchführbar. Die sozialdemokratischen Redner wurden von den [völkischen] Studenten mit Pfeifen und Heulen niedergeschrieen, die studentischen von den Sozialdemokraten [...]; auch an beleidigenden Zwischenrufen herüber und hinüber fehlte es nicht. Einen unbeschreiblichen Tumult rief die Ankündigung [...] hervor, daß bei der nächsten Versammlung die Arbeiter so zahlreich erscheinen würden, daß sie sich durchsetzen würden." (335)

Als der Schutz- und Trutzbund in den ersten Monaten des Jahres 1920 seine Aktivitäten in Würzburg und Unterfranken verstärkte und der Kapp-Putsch im März 1920 das Erstarken der reaktionären Kräfte auch auf Reichsebene schlagartig beleuchtete, schlossen sich in Würzburg Freie Gewerkschaften, Mehrheits-SPD sowie USPD zu einem "Aktionsausschuß" zusammen, in dem zeitweise auch die KPD vertreten war. Der Aktionsausschuß nahm die Aufstellung eines Saalschutzes in Angriff und erwog im Juni 1920 sogar, zu einem Generalstreik "gegen das Treiben der Reaktion" aufzurufen. (336)

Im Mai 1922 beschloß der Ausschuß, alle antisemitischen Versammlungen zu sprengen, was in den Gemeinden und Landstädten des Maindreiecks zu zahlreichen handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen völkischen Sturmtrupps

und Würzburger Gewerkschaftern und Sozialdemokraten führte. Nach der Ermordung von Walter Rathenau führte der Ausschuß eine große Protestkundgebung auf dem Residenzplatz durch. In einer von den Teilnehmern angenommenen Resolution wurde die "Säuberung der Reichswehr und der Landespolizei, der Justiz und der Verwaltung von offenen und versteckten Gegnern der Republik" gefordert. (337)

Auf die Dauer war im Aktionsausschuß keine Einigkeit über die beste Vorgehensweise gegen die Völkischen zu erzielen. Ein Teil der Mitglieder befürwortete eine Fortsetzung der offensiven Aktionen, vor allem der Veranstaltungssprengungen, während andere stattdessen die Aufklärungsarbeit im SPD- und Gewerkschaftsorgan "Fränkischer Volksfreund" in den Vordergrund stellen wollten. Die zweite Richtung setzte sich durch. Nach einer großen Protestkundgebung gegen den Würzburger Ellendt-Auftritt, die am 21. Dezember 1922 stattfand, übernahm der "Volksfreund" noch stärker als zuvor die Aufgabe, sich mit der völkischen Bewegung und deren antisemitischer Stoßrichtung auseinanderzusetzen. (338)

Auch Felix Freudenberger warb vor Partei- und Gewerkschaftsfunktionären für diese Taktik. Als die Gefahr bestand, daß Andrea Ellendt erneut in Würzburg sprechen würde, wandte er sich gegen die wiederholte Mobilisierung von SPD- und Gewerkschaftsmitgliedern, was sich in einem Spitzelbericht des Polizeiamts Nürnberg-Fürth vom 26. Januar 1923 so liest:

"Freudenberger ging hierauf näher ein auf das, was unternommen werden sollte, wenn Ellendt am kommenden Sonntag in Würzburg spreche. Er für seinen Teil glaubt, daß man eine Waffe, die man geschmiedet habe, nicht zu oft gebrauchen dürfe, sonst werde sie stumpf; genauso gehe es mit Gegen- und Protestveranstaltungen. Es gehe nicht an, daß man wegen dieser Frauensperson dauernd die Arbeiterschaft aufrufe, das stumpfe mit der Zeit ab, man müsse sich die Kraft aufheben für andere Augenblicke, für den Moment, wo es heißt, auf die Barrikaden gegen die ausbrechende Reaktion. Er glaubt, daß es jetzt gelte, vor allem die Abwehrorganisationen auszubauen (und) nicht lediglich in Versammlungen, die ja doch letzten Endes keinen großen Zweck haben, die Kraft zu verpuffen." (339)

Daß ausgerechnet der Jude Freudenberger zur Mäßigung im Kampf gegen die völkische Bewegung riet, könnte darauf zurückzuführen sein, daß er den Eindruck vermeiden wollte, Partei und Gewerkschaft allzusehr für die Sache seiner Glaubensgenossen einzuspannen. Dies wurde ihm von einer internen Opposition tatsächlich des öfteren vorgeworfen. (340) Außerdem ist anzunehmen, daß Freudenberger den Umfang des antisemitischen Potentials im

Maindreieck illusionslos einschätzte und in der direkten Konfrontation sowie in Protestveranstaltungen kein Mittel zu dessen Bekämpfung sah. Wichtiger und aussichtsreicher erschien ihm stattdessen, durch Aufklärung der Arbeiterschaft deren Abdriften ins völkische Lager zu verhindern. Dabei war er ganz offensichtlich erfolgreich: Bei allen Reichstagswahlen, die zwischen dem Dezember 1924 und dem März 1933 in Würzburg stattfanden, erhielt die SPD, von geringfügigen Schwankungen abgesehen, in etwa die gleiche Stimmenzahl. (341)

Die Aufklärungstätigkeit des "Volksfreund" ist an anderer Stelle (342) beschrieben worden. Ihr Umfang und ihre Beständigkeit machten das SPD- und Gewerkschaftsorgan zu einem bevorzugten Objekt völkischer Racheankündigungen. (343) Unvermeidlich war in diesem Zusammenhang stets der Vorwurf, Gewerkschafter und Sozialdemokraten bildeten eine "Judenschutztruppe". Der "Volksfreund" antwortete am 13. November 1922 in eigener Sache: "Die Sozialdemokratie ist keine Judenschutztruppe; die nationalbolschewistisch-reaktionären Umstürzler aber betreiben die Judenhetze gewerbsmäßig, und zwar nur scheinbar als Hauptsache. Das Ziel dieser Banditenpolitik ist die Untergrabung der republikanisch-demokratischen Verfassung." (344)

Im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, dem zu Beginn des Jahres 1924 auf Reichsebene und im Juli 1924 in Würzburg und Unterfranken geschaffenen Wehrverband zum Schutz der Republik, arbeiteten Mitglieder verschiedener Parteien mit, darunter vor allem Sozialdemokraten, aber auch Liberale und vereinzelt wohl auch BVP-Anhänger. (345) Als Kreisleiter für Unterfranken und stellvertretender Vorsitzender der Ortsgruppe Würzburg fungierte mehrere Jahre lang bis zum Frühjahr 1932 das DDP-Mitglied Herbert Nußbaum. Dieser wurde 1902 in Wiesbaden geboren; er studierte Pharmazie und erwarb darüber hinaus den Dr. rer. pol. Mit seinem Vater kam er 1926 nach Würzburg und übernahm die Pfauenapotheke. Seine Tätigkeit im Reichsbanner charakterisierte die Gestapo so:

"Bis 1932 war er Mitglied und Kreisleiter des Reichsbanners. Insbesondere in dieser Eigenschaft brachte er seine gehässige Einstellung gegen den Nationalsozialismus offen zum Ausdruck. In einem Waffenscheinantrag 1931 verstieg er sich u.a. zu der ungeheuerlichen Behauptung, Angehörige der NSDAP schreckten selbst davor nicht zurück, politische Gegner tätlich, sogar mit der Schußwaffe, anzugreifen." (346) "Er war es, der an der Spitze marxistischer Horden Würzburg durchzog und die Arbeiterschaft gegen den Nationalsozialismus aufhetzte. Er schrieb auch Eingabe über Eingabe an die Regierung und legte dar, wie man die /NS-/Bewegung bekämpfen und niederringen

könne. In den unflätigsten Ausdrücken sprach er über die Bewegung." (347)

Die Personenkartei gibt über 43 weitere Würzburger Juden Auskunft, die dem Reichsbanner beitraten. In den meisten Fällen scheint es sich jedoch lediglich um passive Mitglieder gehandelt zu haben. (348) Die Frage, ob die jüdische Mitwirkung am Reichsbanner ausreichend war, läßt sich nicht eindeutig beantworten. In den mittleren Jahren der Republik beschwerte sich die Reichsleitung der Abwehrorganisation mehrmals bei der Berliner C.V.-Zentrale, daß die jüdische Teilnahme zu wünschen übrig lasse. (349)

In der Würzburger Ortsgruppe wandte sich am 9. November 1926 ein führender Reichsbanner-Funktionär dagegen, den gerade nach Würzburg gezogenen Herbert Nußbaum zum Ortsgruppenvorsitzenden zu wählen, "weil er Jude sei und das der Bewegung außerordentlich schaden würde." (350) Die übrigen Anwesenden versicherten ihm daraufhin, "daß niemand daran denke, einen Juden zum Vorsitzenden des Würzburger Reichsbanners zu machen; man sei im Gegenteil froh, daß sich die dem Reichsbanner angehörenden Juden außerordentlich wenig sehen lassen." (351) Zu diesem Zeitpunkt scheint im Würzburger Reichsbanner die Befürchtung die Oberhand gewonnen zu haben, wegen einer eventuellen zu starken Mitarbeit von jüdischer Seite als "Judenschutztruppe" gebrandmarkt zu werden. Die spätere Wahl Nußbaums läßt einen Gesinnungswandel vermuten, der wohl auch dadurch bewirkt wurde, daß die Rechte diesen Vorwurf ohnehin gegen jede Organisation richtete, die den Schutz der republikanischen Verfassung auf ihre Fahnen geschrieben hatte.

b. Liberales und katholisches Bürgertum

Die Deutsche Demokratische Partei bot, wie gezeigt, der überwiegenden Zahl der deutschen Juden eine politische Heimat. Außer der SPD stellte nur die DDP in Würzburg jüdische Stadtratskandidaten auf; jüdische Persönlichkeiten nahmen in der lokalen Parteiorganisation wichtige Positionen ein. (vgl. Kap. III) Seit ihrer Gründung wurde die DDP daher als "Judenpartei" bezeichnet. In öffentlichen DDP-Veranstaltungen kam es auch in Würzburg des öfteren zu antijüdischen Ausfällen völkisch gesinnter Zwischenrufer (352), so im Mai 1920 in einer Kundgebung des DDP-Reichstagskandidaten Christian Meis-

ner. Durch Zwischenrufe provoziert, setzte sich Meisner ausführlich mit den gegen die Partei und gegen die Juden erhobenen Vorwürfen auseinander:

"Indem die Rechtsparteien die Deutsche Demokratische Partei als 'Judenpartei' anschwärzen, werde es ihnen durch Anwendung dieses niedrigsten aller politischen Kampfmittel wohl gelingen, einige Spießer und Philister der Dem. Partei abspenstig zu machen. Die Deutsche Dem. Partei werde aber wegen einer augenblicklich im Volke vorhandenen Stimmung ihren alten Grundsatz der Gleichberechtigung aller Staatsbürger, des gleichen Schutzes für alle Glieder des Staates nicht verleugnen. [...] Daß unter den Juden sich Auswüchse finden, soll nicht bestritten werden, und wir bekämpfen und beklagen mit den anständigen deutschen Juden diese Erscheinungen. Es geht nicht an, alle Juden in einen Topf zu werfen und einseitig Kampf zu führen gegen eine Klasse und Gruppe im Staate. Wenn die Juden nicht Jahrhunderte lang unterdrückt worden wären, so würden nicht so manche von ihnen in der Umsturzbewegung anzutreffen sein. Als erfahrener Anwalt - bemerkte Meisner - muß ich leider bekennen, daß die bei den Juden beklagten Auswüchse sich auch im Christentum befinden. (Rufe: Sehr richtig!) Wenn in der Welt aber etwas schief geht, muß immer wieder der Jude als Prügelknabe herhalten." (353)

Einige Monate zuvor hatte aus Anlaß der Stadtratswahl ein "freier Ausschuß jüd. Akademiker für demokratische Wahlen" alle "jüdische[n] Wähler und Wählerinnen" aufgefordert, die DDP als "Partei des Judentums" zu wählen. (354) Tatsächlich existierte jedoch ein solcher Ausschuß gar nicht; der "General-Anzeiger", der den Aufruf als Anzeige veröffentlichte, war einer antisemitischen Täuschung aufgesessen und bedauerte am nächsten Tag, "daß unser Blatt zu einer solchen Verhetzung mißbraucht worden ist." (355) In der gleichen Ausgabe stellte die DDP in einer Anzeige klar: "Die demokratische Partei ist nicht 'die Partei des Judentums', wohl aber ist sie von jeher für die Gleichberechtigung aller Volksgenossen eingetreten und wird das auch künftig tun." (356)

Der Kampf gegen den Antisemitismus der DNVP und der NSDAP bildete einen ansehnlichen Teil der DDP-Wahlprogramme. (357) In der Partei wurde das Problem ernsthaft behandelt und "fand Ausdruck in Reden und Artikeln von hohem geistigem Niveau. Diese Manifestationen ragten heraus aus dem Morast feiger und ausweichender Gemeinplätze, wie sie in den Reihen der bürgerlichen Parteien sonst gang und gäbe waren." (358) Für bürgerliche Kreise war die besorgte Aufmerksamkeit, die etwa der DDP-Politiker Theodor Heuss, der im Oktober 1932 in Würzburg sprach (359), dem Antisemitismus widmete, etwas Außergewöhnliches. (360) Als im Juli 1924 eine Reichsfrauentagung der DDP in Würzburg stattfand, wurde eine Entschließung verabschiedet, in der

es unter anderem hieß:

"Vor allem wenden wir uns gegen die Duldung und Begünstigung antisemitischer Strömungen in der Schule, die sich von da aus in die Familien der Kinder fortpflanzen. Die ungeheure Hetze gegen das Judentum bedeutet eine Kulturschmach, deren verderblichen Einfluß auf unsere Volksgesittung, vor allem auf unsere Jugend, wir mit schärfstem Nachdruck bekämpfen wollen." (361)

Es ist nicht zu verkennen, daß sich die DDP teilweise der Stimmung in der von ihr umworbenen Wählerschichten beugte. Bei der Besetzung von Parteiämtern und bei der Aufstellung von Kandidatenlisten für Reichs- und Landtagswahlen wurde wiederholt darauf geachtet, daß nicht zu viele Juden nominiert wurden. (362) Möglicherweise um den bei vielen konservativen Bürgerlichen in schlechtem Ansehen stehenden Namen "demokratisch" abzulegen, kandidierte die bayerische DDP bei verschiedenen Wahlen des Jahres 1924 mit dem Deutschen Bauernbund gemeinsam als "Deutscher Block" - ein durchsichtiger Versuch, von der Popularität des im letzten Abschnitt des Kapitels behandelten "Völkischen Blocks" zu profitieren. 1930 benannte sich die DDP nach der kurzzeitigen Vereinigung mit dem antisemitischen Jungdeutschen Orden in Deutsche Staatspartei um. Die DDP versuchte mit der gescheiterten Fusion, "der Öffentlichkeit ein ganz neues Bild von sich selbst darzubieten - eines, so frei von linksgerichteten liberalen Elementen, daß /die DDP/ imstande sein sollte, unter neuen Bedingungen mit dem Nationalsozialismus um die Stimmen des Kleinbürgertums zu konkurrieren." (363) Den Niedergang des deutschen Liberalismus konnte das Manöver freilich nicht aufhalten, eher beschleunigte es ihn noch.

Insgesamt bleibt jedoch festzuhalten, daß die DDP in Würzburg die einzige bürgerliche Partei war, die Juden vorbehaltlos aufnahm und ihnen ein Forum für politische Betätigung bot. DDP-Oberbürgermeister Hans Löffler engagierte sich mit seltener Hingabe für die jüdische Bevölkerung der Stadt, auch und gerade in den letzten Jahren der Republik. Sein Verhalten verdient um so mehr hervorgehoben zu werden, als es völlig der von Mosse wahrscheinlich zu Recht beklagten Tendenz vieler Repräsentanten des Staates widersprach, den unpopulären Kampf gegen den Antisemitismus den Juden selbst zu überlassen. Löffler stellte eine Ausnahmeerscheinung dar, was auch von der jüdischen Presse mehrfach unterstrichen wurde. (364) Die Nationalsozialisten Würzburgs bezeichneten ihn, wie nicht anders zu erwarten, als "Judenbürgermeister". (365)

Durchaus untypische Züge, verglichen mit anderen Städten des Reiches, trug auch der Kampf, den das BVP-Organ "Fränkisches Volksblatt" gegen Nationalsozialismus und Antisemitismus führte. Nach der im Herbst 1928 erfolgten Berufung des Priesters Heinrich Leier zum Hauptschriftleiter der Zeitung entwickelte sich das "Volksblatt" neben dem "Volksfreund" zu einem zweiten unermüdlichen Warner vor den Gefahren, die von rechts drohten. Leier, der zuvor 25 Jahre in der Seelsorge tätig gewesen war, steckte sich ein breites Aufgabenfeld ab. Neben der Agitation gegen die NSDAP setzte er sich mit zahlreichen Mythen der Rechten auseinander, von denen er annehmen mußte, daß sie auch bei manchem BVP-Anhänger Zustimmung fanden. In mehreren Artikeln widerlegte er beispielsweise die "Dolchstoßlegende". (366) Energisch wandte sich Leier im Herbst 1928 gegen ein Stahlhelm-Treffen in Würzburg, das er als "Probemobilmachung" einer "neuen blutigen Revolution" bezeichnete (367), und gegen die vaterländischen Verbände. (368)

Leier scheute sich nicht, sein ganzes publizistisches Gewicht zugunsten der jüdischen Bevölkerung in die Waagschale zu werfen. Dies geschah zum Beispiel am 15. April 1929, als er in einem Leitartikel auf Seite 1 des "Volksblatts" detailliert die nationalsozialistische Behauptung widerlegte, Juden hätten in Manau bei Hofheim einen "Ritualmord" zur Gewinnung von Christenblut begangen. (vgl. den letzten Abschnitt des Kapitels) Darüber hinaus wandte er sich direkt an Adolf Hitler, um den Lesern seiner Zeitung die Unvereinbarkeit der politischen Grundsätze des Nationalsozialismus mit dem katholischen Glauben vor Augen zu führen. Am 14. Oktober 1930 veröffentlichte er im "Volksblatt" einen Beitrag, der die Überschrift trug: "Neun Fragen an Herrn Hitler. Im Dienste der Wahrheit gestellt von Heinrich Leier, Geistl. Rat". Frage vier lautete:

"Bestreiten Sie, wie manche Ihrer Anhänger, der katholischen und evangelischen Kirche das Recht, über den Wert des Alten Testaments als eines Teils der Heiligen Schrift, und über die Rolle, die es im christlichen Religionsunterricht zu spielen hat, in eigener Zuständigkeit zu entscheiden? Billigen Sie die Vorstellung einzelner Blätter Ihrer Partei, die für Christus, den Gründer der Kirche überaus beleidigend ist, daß nämlich die jüdische Rasse, aus der er hervorging, von jeher biologisch minderwertig gewesen sei." (369)

Fast die gesamte katholische Presse des Reichs druckte die Fragen nach; Hitler antwortete nicht. (370)

Als Hitler am 6. April 1932 während eines Auftritts in Würzburg die Behaup-

tung aufstellte, der Erste Weltkrieg wäre gewonnen worden, wenn er, Hitler, 15 Jahre früher auf die Welt gekommen wäre, schrieb Leier, Hitler sei entweder ein "politischer Idiot", ein "Geschichtsfälscher" oder von "lächerliche[m] Größenwahn" befallen. (371)

Solche entschiedenen Stellungnahmen provozierten Haßausbrüche der Nationalsozialisten. Im Oktober 1929 bezeichnete "Der Stürmer" unter Verweis auf einen Leier-Artikel die BVP als "jüdisches Werkzeug". (372) Am 3. Oktober 1931 nannte der Nürnberger NSDAP-Stadtrat und "Stürmer"-Redakteur Karl Holz die BVP in Würzburg "Judenschutztruppe", "Schrittmacher des Bolschewismus" und "Schänderin der Religion". (373) Im November 1929 wandte sich ein Würzburger Mitarbeiter des Bamberger NS-Organs "Die Flamme" in einem Artikel direkt an den Hauptschriftleiter des "Volksblatts":

"Ziehen Sie, Herr Leier, ihren geistlichen Rock, dessen Sie nicht mehr würdig sind, aus! Ziehen Sie ihn aus im Interesse der katholischen Sache, der man zum Vorwurf machen könnte, was Sie verbrechen. Wir unterfränkischen nationalsozialistischen Katholiken, - wir sind nicht wenige! - haben es satt, uns und die Heiligkeit unserer Idee mit Ihrem teuflischen Gift bespritzen zu lassen. Wir fordern vom Würzburger Bischof, daß er gegen einen Mann einschreitet, der sich in die Front der Menschen einreiht, von denen Jesus Christus einst sprach: 'Die Lügner sind die Söhne des Satans!' [...] Lüge, Haß und Verleumdung im geistlichen Rock, ein Schandfleck im Klerus." (374)

Mit besonderer Vorliebe zitierten NSDAP-Redner, die sich mit Leier und der BVP befaßten, antijüdische Äußerungen der katholischen Partei aus den Anfangsjahren der Republik, "in denen offen schärfster Antisemitismus zum Ausdruck" gebracht wurde. (375)

c. Jüdische Reaktionen auf den Antisemitismus

Die Würzburger Juden waren dem Antisemitismus in unterschiedlicher Form ausgesetzt. Vermeidbar war für sie die Konfrontation mit den völkischen Pamphleten und Parteiblättern, die heute einen bevorzugten Gegenstand der Antisemitismusforschung bilden. (376) Es ist mit einiger Sicherheit zu vermuten, daß die jüdische Bevölkerung Würzburgs nur in Einzelfällen Kenntnis von beispielsweise im "Marktbreiter Wochenblatt", in der "Flamme" oder in

den unterfränkischen NSDAP-Organen wie "Die Hilfe" oder "Die Freiheit" veröffentlichten Artikeln hatte. Bei den Befragungen äußerten zwar mehrere Emigranten, judenfeindliche Literatur wie "Die Geheimnisse der Weisen von Zion" oder "Die Sünde wider das Blut" gekannt zu haben (377), doch dürften andere Aussagen wie "Ich war nicht bereit, meine Zeit mit Unsinn zu vergeuden" (378) und "Wir lachten darüber, da wir dies für großen Blödsinn hielten" (379) eher repräsentativ für die allgemeine Haltung sein.

Abgesehen von den ersten Jahren der Republik, in denen das "Volksblatt" seinen Anzeigenteil dem Schutz- und Trutzbund für dessen teilweise recht drastischen Erklärungen öffnete, hielten sich die Würzburger Tageszeitungen bei der Wiedergabe antisemitischer Äußerungen, wie sie in völkischen oder rechtskonservativen Veranstaltungen fielen, zurück. Besonders bezeichnend ist, daß in den drei Wahlkampfreden, die Adolf Hitler am 5. August 1930 sowie am 6. April und 12. Oktober 1932 in Würzburg hielt, mit keinem Wort auf die jüdische Thematik eingegangen wurde (soweit sich dies aus der Berichterstattung des "General-Anzeiger" rekonstruieren läßt). (380)

Wenn Julius Streicher am 24. November 1930 im "Huttensaal" - ebenfalls laut "General-Anzeiger" - behauptete, "daß die Juden keine Deutschen, sondern eine fremde Rasse seien" (381), so war dies nicht viel mehr als die Wiederholung eines Standardarguments. Nur selten wurden im "General-Anzeiger", der in den meisten jüdischen Familien gelesen wurde, konkrete nationalsozialistische Forderungen publiziert. Dies geschah etwa in dem Bericht über eine Rede, die ein Münchner NSDAP-Landtagsabgeordneter am 1. Dezember 1930 im "Huttensaal" hielt:

"Man sage, der deutschen Wirtschaft fehle das notwendige Geld, um ausreichende Arbeitsgelegenheit zu schaffen /zitierte das Blatt den Abgeordneten/. Die Nationalsozialisten stünden auf dem Standpunkt, daß diesem Übel durch eine Enteignung des jüdischen Privatkapitals radikal abgeholfen werden könne. Sie erhebe/n/ diesen Grundsatz zu einer Forderung." (382)

Insgesamt läßt sich feststellen, daß ein jüdischer Bürger Würzburgs, der sich nicht speziell für die antisemitische Propaganda interessierte - beispielsweise als aktives Mitglied des Centralvereins -, nur in seltenen Fällen mit völkischer Publizistik und nationalsozialistischer Programmatik konfrontiert wurde. Entsprechendes gilt für Kontakte zu führenden Antisemiten Würzburgs und Unterfrankens. Juden waren in völkisch ausgerichteten Organisationen nicht geduldet, doch dürften ohnehin nur wenige den Wunsch

verspürt haben, zum Beispiel der DNVP beizutreten. Wenn einzelne Vereine Juden vor 1933 nicht aufnahmen, so war dies ebenfalls leicht zu verschmerzen. Man hatte sich eigene jüdische Vereine geschaffen, in denen man "sein Haupt freier erheben konnte" und "Unbefangenheit" fand, wie es treffend über den Orden Bne Briss hieß. Als schwerwiegende Diskriminierung wurde allerdings der Ausschluß aus Studentenverbindungen und dem Stahlhelm empfunden.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, daß viele deutsche und wohl auch Würzburger Juden den Antisemitismus unterschätzten. Man war vielfach geneigt, diese Bewegung als eine "vorübergehende Begleiterscheinung der wirtschaftlichen und politischen Krisen zu sehen." (383) Nach Herbert A. Strauss "herrschte allgemein das Gefühl, daß man hier [in Würzburg] schon sehr lange ist, daß man hier mit Recht ist. [...] Man hat sich eigentlich keine Gedanken über den Hintergrund [des Antisemitismus] gemacht. Man nahm ihn als unverständlich hin, als eine Art von Dummheit, die man nicht erklären kann." (384) Ähnlich Walter E. Riesenfeld: "Man war optimistisch; man dachte, die Deutschen würden über den Antisemitismus hinauswachsen." (385)

Die gerade geschilderte Haltung der BVP, der SPD und der DDP machten es für einen Juden in Würzburg besonders schwer, die Durchschlagskraft der völkischen Bewegung zu erkennen. Bis in den März 1933 hinein wurde in Würzburg die Kommunalpolitik eindeutig von diesen drei Parteien bestimmt. Die NSDAP war während der Republik im Stadtrat nie mit mehr als vier Männern vertreten, und auch die Wahlergebnisse der NSDAP bei Landtags- und Reichstagswahlen lagen stets weit unter dem Landes- und Reichsdurchschnitt. (386)

Donald L. Niewyk wies außerdem darauf hin, daß in den größeren Städten im privaten Verkehr Juden meist in der Lage waren, Antisemiten aus dem Wege zu gehen:

"Perhaps nothing contributed more to the Jews' underestimation of Judeophobia before 1933 than the simple fact that few of them ever became victims of direct racist attacks. [...] Jewish urbanites, secure in the circle of predominantly Jewish, but also selected non-Jewish friends, knew how to avoid an ugly incident with the odd racist enthusiast. One did not spend his vacation at just any resort; Jewish periodicals regularly ran lists of spas and hotels that excluded Jews and/or catered to a völkisch crowd. Nor did one casually reveal his Jewishness to strangers on trains or in other public places. Those obvious rules observed, one could associate anti-semi-

tic violence primarily with such benighted regions as Poland and Rumania. [...] For the vast majority of German Jews, then, anti-Semitism was an annoying but scarcely terrifying propaganda campaign of charges that ran from the predictable - Jews were traitors, exploiters, and so on - to the preposterous. [...] Few Jews had been the targets of personal attacks, but virtually all knew anti-Semites, most of whom they described as punctiliously correct or even friendly in their personal relations with individual Jews. The simple truth is that in most cases anti-Semitism was as abstract to the Jews as Jews were to anti-Semites." (387)

Folglich litt der Kontakt zwischen Juden und Christen nicht so sehr an offen zum Ausdruck gebrachter Feindschaft. Dieser konnte man vor 1933 meist ausweichen. Ein Unsicherheitsfaktor in den privaten und geschäftlichen Verbindungen war jedoch der vermutete, nicht sicher zu belegende Antisemitismus, der unter der Oberfläche glimmen mochte. Dieser brachte "in den Verkehr der Juden mit Christen jene fatale Unsicherheit hinein, die daraus entspringt, daß der Jude nicht sicher ist, ob der Christ nicht ein verkappter Antisemit ist." (388)

Um Klarheit zu schaffen, sammelte die Berliner Zentrale des C.V. entsprechende Unterlagen. Mehrmals wandte sich die Würzburger jüdische Gemeinde in den Jahren der Republik dorthin, um anzufragen, ob Hinweise auf eine antisemitische Betätigung bzw. Einstellung bestimmter Würzburger Geschäftsleute vorlägen. (389) Das Abwehrmittel, mit solchen Firmen die wirtschaftlichen Beziehungen abzubrechen, blieb in Einzelfällen nicht ohne Wirkung. So schrieben die Inhaber des Modewarengeschäfts Geschwister Heene im Frühjahr 1927 einen Brief an die Kultusverwaltung, in dem "nachdrücklichst beteuert" wurde, daß das Unternehmen "keiner völkischen Tendenz huldige". Die Firma wandte sich gegen die "schwirrenden Gerüchte, welche genannte Firma als eine völkisch eingestellte bzw. antisemitische bezeichnen, wodurch eine Schädigung derselben beabsichtigt sei". (390)

Als Studenten der Rheno-Palatia im Sommer 1930 wegen antisemitischer Anpöbelungen im Café Wien einen Artikel im "Jüdischen Wochenblatt für Unterfranken und Aschaffenburg" veröffentlichten, schrieb der Besitzer des Cafés an die Kultusverwaltung und beteuerte, "nie antisemitisch eingestellt gewesen zu sein." Die Verwaltungsmitglieder ließen sich überzeugen und beschlossen, die Gemeinde entsprechend zu unterrichten. (391)

Auch die Tatsache, daß bei der Kultusgemeinde ein Nichtjude beschäftigt war, nämlich der für Schule, Gemeindehaus und Synagoge zuständige Hausmei-

ster, konnte zu unliebsamen Konfrontationen führen. Georg Beyerlein, der als Nachfolger von Max Dasch 1924 angestellt worden war, zeigte gegenüber den Mitgliedern der Gemeinde "kein sehr entgegenkommendes" Verhalten und blieb auch hinsichtlich der Reinigung der Schulräume hinter den im Anstellungsvertrag festgeschriebenen Erwartungen zurück. Vor diesem Hintergrund ließ sich Gemeindediener Benno Seckbach im Februar 1926, als Beyerlein die Synagoge nicht rechtzeitig geöffnet hatte, zu der Äußerung hinreißen: "Wir wissen schon längst, daß Sie Antisemit sind!" Beyerlein kündigte (392), zog die Kündigung wenig später aber zurück. (393)

Der erste Ort, an dem Juden individuelle Diskriminierung erlebten, war in der Regel die Schule. Hier mußten sich zwangsläufig Kontakte zu Andersgläubigen ergeben, während man sonst im persönlichen Leben Antisemiten bis zu einem gewissen Grad aus dem Weg gehen konnte. Nicht zufällig betreffen die gegenüber dem Autor erwähnten entsprechenden Erlebnisse fast ausschließlich den weiteren Bereich der Schule.

Problematisch gestaltete sich häufig schon der Weg zur Schule, wie aus mehreren Schilderungen deutlich wird. "Auf dem Schulweg in der Kettengasse wurde uns regelmäßig 'Judenstinker' nachgerufen", erinnerte sich eine befragte Emigrantin. (394) "As children, coming and going to school, we were often attacked by Christian children, hitting us or throwing rocks, or rubbing our faces in the snow", beschrieb eine andere Person ihre Erfahrungen. (395) Am detailliertesten schilderte Curt Riess solche Erlebnisse:

"Ich erlebte zum ersten Mal, daß es so etwas wie Antisemitismus gab, als ich in die [jüdische] Schule kam [...]. Um dorthin zu gelangen, mußten wir durch die ungemein schmale Kettengasse, und hier war es denn auch, wo uns die so christlichen Rowdies, meist etwas älter als wir, auflauerten und uns als 'Jid' beschimpften. Unsere Eltern empfahlen uns, das zu ignorieren, was wir auch taten, bis die anderen tätlich wurden. Und da wehrten wir uns, und, immer wenn die guten Christen sich nicht in der absoluten Überzahl befanden, keineswegs ohne Erfolg. Die Verkeilten liefen dann fort." (396)

Auch in den höheren Schulen kamen antisemitische Zurücksetzungen vor: "Manche Schüler an der Oberrealschule schnitten die Juden und machten gehässige Bemerkungen. Mich nannte man manchmal 'Jupa', eine Abkürzung für 'Judenpaula'." (397) "Es gab bei einigen Lehrern am Realgymnasium vor 1933 eine Art von getarntem, verschleiertem Antisemitismus. Turnlehrer Jonas hielt uns Juden beispielsweise nicht für 'deutsche Jungens'. Unangenehm in

dieser Beziehung war auch [der Schulleiter] Schiedermair." (398) "Im Jahr 1930 absolvierte ich an der Sophienschule das Abitur. Der Antisemitismus machte sich schon sehr bemerkbar, und als einzige Jüdin in der Klasse litt ich sehr an Minderwertigkeitskomplexen." (399) Ein Schüler des Neuen Gymnasiums konnte sich "über Judenfeindschaft nicht beklagen", berichtete allerdings, daß "ein Raunen durch die Klasse ging, das für mich sehr unangenehm war, wenn man am Anfang des Schuljahres den Namen des Vaters [Samuel bzw. Semi] erwähnte." (400) Ein Absolvent des Alten Gymnasiums vertrat die Ansicht, "daß an der Schule mehr Antisemitismus als an den anderen Würzburger Mittelschulen bestand" und ergänzte, daß "dieser Antisemitismus in der Minderheit der Schüler zu finden war, die der protestantischen Religion angehörten." (401)

Über die wiedergegebenen Äußerungen hinaus erbrachte die Befragung ehemaliger Würzburger kaum zusätzliche Informationen zu Judenfeindschaft an den Würzburger Gymnasien; es kann daher wohl davon ausgegangen werden, daß gravierende Probleme bei den meisten Personen nicht bestanden. Dennoch dürften schon die erwähnten Erlebnisse unbefangene kameradschaftliche Beziehungen zwischen jüdischen und christlichen Kindern erschwert haben. Hier liegt wahrscheinlich mit ein Grund dafür, daß jüdische Kinder und Jugendliche fast ausschließlich in jüdischen Jugendvereinen zusammengeschlossen waren. In Einzelfällen konnte es wohl auch zu traumatischen, länger nachwirkenden Erfahrungen kommen:

"Als Kind spielte ich mit etwa sechs Jahren mit nichtjüdischen Jungen auf der Straße wilde Spiele. Aber eines Tages wurde ich von ihnen (schmerzlos!) 'gekreuzigt'. Ich wußte damals nichts von Jesus, aber der Schock war entscheidend." (402)

In welcher Form setzten sich der Unterricht in der jüdischen Volksschule und der Religionsunterricht in den höheren Schulen mit dem Phänomen des Antisemitismus auseinander? In einem Vortrag, den Ludwig Hammelburger im Frühjahr 1927 vor den Teilnehmern einer Mitgliederversammlung des Israelitischen Lehrervereins für Bayern in München hielt, hieß es:

"Es ist klar, daß zum Verständnis dieser Strömung [des Antisemitismus] die Geschichte der deutschen Juden in ihrer Wechselbeziehung zur allgemeinen Geschichte eingehender behandelt werden muß. Prinzipiell muß aber auch schon bei unseren Schülern die Erkenntnis Platz greifen, daß diese Erscheinung mit unserem Schicksal unlösbar verkettet ist und erst mit dem weiteren sittlichen Fortschritt der Menschheit schwinden wird. Unsere Jugend, die in

dieser Zeit leider nur zu oft Kränkung und Zurücksetzung über sich ergehen lassen muß, muß dazu befähigt werden, Angriffe in entschiedener, aber sittlich einwandfreier Weise zurückzuweisen. Stolz, von gesundem Selbstbewußtsein erfüllt, soll sie [...] ihren staatsbürgerlichen, aber auch den [ihrer] in unserer Gemeinschaft harrenden Pflichten in treuer Hingabe obliegen." (403)

In der Würzburger Kultusverwaltung wurde mehrmals darüber diskutiert, ob im jüdischen Religionsunterricht "die Geschichte der neuesten Zeit" (404) bzw. "die Geschichte der Juden in Würzburg" (405) ausreichend behandelt werde. Rabbiner Hanover erklärte bei einer solchen Gelegenheit, es fehlten gerade zur aktuellen Situation "gute jüdische Geschichtsbücher." (406)

Die Befragungen erbrachten zu diesem Punkt ein uneinheitliches Ergebnis. Während einige Personen betonten, sie hätten im Gymnasium "Religionsunterricht über Propheten und Richter, aber nicht über die Geschichte der Würzburger Juden" gehabt (407), sie hätten in der Schule "von den Pogromen in Rußland und Polen gehört, aber nicht von denen in Würzburg" (408) und "das Hinschlachten der vielen jüdischen Gemeinden während der Kreuzzüge" sei "nicht mit einem Wort erwähnt" worden (409), berichteten andere, daß diese Themen von den jüdischen Lehrern durchaus angeschnitten worden seien. (410) Charakteristisch für diese Gruppe ist die Äußerung Simon Nathansens:

"Über diese Pogrome wußten wir Bescheid. So wußten wir sehr genau, daß die Marienkirche auf dem Marktplatz auf dem ehemaligen jüdischen Friedhof steht, ferner daß der Bischof [Julius Echter] von Mespelbrunn ein sehr großer Antisemit war und viel zur Vertreibung der Juden beitrug. In der Schule sprach man im Religionsunterricht auch darüber." (411)

Wahrscheinlich sind die unterschiedlichen Erinnerungen auch durch die jeweilige Praxis in Familie und Freundeskreis geprägt. Vor allem Schüler, die bereits durch private Diskussionen mit den antijüdischen Ausschreitungen in Würzburg zwischen dem Zweiten Kreuzzug (1147) und den Hep-Hep-Unruhen des Jahres 1819 vertraut oder wegen erlittener eigener Zurücksetzungen für die Problematik sensibilisiert waren, verfolgten Schulstunden über den Antisemitismus wohl mit besonderer Aufmerksamkeit. Insgesamt ist jedoch Herbert A. Strauss zuzustimmen, der zu der Auffassung gelangte, daß viele Würzburger Juden kein "Bewußtsein von vergangenen Verfolgungen" hatten. Strauss begründete seine Ansicht damit, daß "das Würzburger Judentum fast etwas Barock-fränkisches mit einer gewissen Lebensbetonung und Lebensbejahung" hatte. (412) Zu dem mangelnden Kontinuitätsbewußtsein habe außerdem

beigetragen, daß ein Großteil der älteren, in Würzburg lebenden Juden nicht in der Stadt geboren wurde. (413) (vgl. Kap. I)

Die von Ludwig Hammelburger propagierte selbstbewußte Zurückweisung antisemitischer Angriffe führte zu verschiedenen jüdischen Abwehraktivitäten, die im Zusammenhang mit dem Centralverein und dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten erläutert werden. Im privaten Bereich tendierten viele jüdische Bürger dazu, durch zurückhaltendes, möglichst unauffälliges Auftreten eventuellen völkischen Ausfällen die Grundlage zu entziehen. Dazu Paula Eppstein: "Meine Mutter erinnerte mich immer daran, daß man sich als Jude besonders anständig, ehrlich und bescheiden benehmen muß, damit niemand an uns Anstoß nehmen kann." (414)

Als kurz nach dem Novemberumsturz, zur Zeit der heftigsten "Volksblatt"-Attacken, der Sekretär der jüdischen Gemeinde, Ruben Moses Eschwege, heiratete, beschwor ihn der damalige Vorsitzende Otto Stern, es sollten "so wenig wie möglich Gäste mit festtäglicher Kleidung am Werktage sich auf der Straße zeigen." Als Eschwege die Warnung nicht beachtete und per Zeitungsinserat die ganze Gemeinde zu seiner Trauung einlud, fand dies das Mißfallen Sterns. (415) Zu einem Zeitpunkt, da stündlich mit dem Ausbruch von Pogromen gerechnet wurde, mag das Verhalten des Gemeindevorsitzenden berechtigt erscheinen. Dennoch belegt die Furcht, der Anblick einer festlich gestimmten jüdischen Hochzeitsgesellschaft könne ausreichen, um Ausschreitungen auszulösen, einmal mehr die prekäre Lage, in der sich Ende 1918 die jüdische Bevölkerung Würzburgs befand: "Diese Menschen waren innerlich verängstigt und furchtsam, und daher verhielten sie sich so unauffällig wie möglich. Sie wollten nicht als Juden erscheinen oder dafür gehalten werden." (William G. Niederland) (416)

Auffallen mußten Juden besonders am Schabbat und an den hohen Feiertagen, an denen die übrige Bürgerschaft ihrer alltäglichen Beschäftigung nachging: "Wenn man [an diesen Tagen] mit anständigem Anzug und Krawatte durch die Straßen ging, wurde man besonders belästigt. In der Domerschulstraße warteten dann schon Burschen und pöbelten uns an und warfen gelegentlich sogar Steine." (417) Yehuda Amichai beschrieb Versuche, vor allem wohl von liberaler Seite, solchen Belästigungen auszuweichen:

"Mein Vater [Friedrich Pfeuffer] trug immer mit Stolz Gebetbücher und Gebetsmantel sowie am Laubhüttenfest Palmzweige durch die Straßen. Da gab es

allerdings jüdische Mitbürger, die dies alles diskret in Papier einwickelten: Es sollte keinen 'Risches' machen." (418)

"Risches machen" - eine aus dem Judendeutsch des 18. Jahrhunderts stammende Formel (419) - bezeichnete nicht nur jene Fälle, in denen Juden durch die bloße Religionsausübung feindliche Reaktionen hervorriefen. Der Ausdruck wurde auch selbstkritisch benutzt, "wenn sich jemand unangemessen benommen hat. Man sagte dann: 'Mach doch keinen Risches!' oder: 'Da hat jemand wieder viel Risches gemacht' oder: 'Das macht wirklich Risches!' 'Risches machen' bedeutete in diesem Zusammenhang: Den anderen Gelegenheit geben, die Juden zu hassen." (420)

Bisweilen wurde die Aufforderung, keinen "Risches" zu machen, von Juden selbst als übertrieben kritisiert. So verbat sich der Schriftsteller Kurt Tucholsky, der in seinen Werken häufig bürgerliche Konventionen verletzte und vom Reichs-C.V. um Zurückhaltung gebeten wurde, jede Einmischung in sein Schaffen. (421) In Würzburg schlug Ende 1930 ein liberales Verwaltungsmitglied vor, "keinerlei [jüdische] Massenversammlungen [zu] veranlassen, so wenig bei Tag wie bei Nacht", da man "einen Protest der Nationalsozialisten zu gewärtigen" habe. Ein Orthodoxer hielt dagegen: Dies sei "zu schwarz gemalt"; wegen "einiger 100 oder 1000 Hetzer dürfe man sich nicht verkriechen." (422)

Das Beispiel dürfte typisch sein. Liberale neigten offenbar eher dazu, die Glaubensgenossen zu Mäßigung und Vorsicht im Umgang mit Christen zu ermahnen. So bemängelte Karl Rosenthal im Februar 1931 die seiner Meinung nach "zu scharfe Kritik" gegenüber Richter und Staatsanwalt, die in einem Prozeß gegen die Teilnehmer an antisemitischen Ausschreitungen diesen mit einigen Formulierungen weit entgegengekommen waren. (423) Der im "Jüdischen Wochenblatt für Unterfranken und Aschaffenburg" erschienene Artikel widersprach nach Rosenthals Ansicht den "Interessen der jüdischen Gemeinschaft." (424) Er übe "in hämischer Weise eine solch scharfe Kritik", daß die jüdische Öffentlichkeit Würzburgs dies "nicht gleichgültig hinnehmen könne." Der C.V.-Vorsitzende weiter: "Man habe alle Veranlassung, dafür Sorge zu tragen, daß die Behörden nicht verärgert werden. Wenn auch eine Wendung in der Urteilsbegründung nicht ganz glücklich ausgedrückt sei, so könne man wohl privat darüber reden, aber nicht in solchem Ton und dazu in der Presse." (425)

Andererseits waren auch Orthodoxe nicht von der Vorstellung frei, daß Juden bestrebt sein müßten, "die Angriffsflächen nach außen zu verringern", wie es in einem Flugblatt der gesetzestreuen Frauengruppe anläßlich der Gemeindewahl am 19. Dezember 1920 hieß. (426) Daher stimmten 1931 auch die orthodoxen Verwaltungsmitglieder dem Vorschlag zu, bei der Geschäftsstelle des "Wochenblatts" zu beantragen, daß Artikel über Würzburger oder unterfränkische Verhältnisse vor der Veröffentlichung dem Würzburger Centralverein zur Durchsicht vorgelegt werden sollten. (427)

d. Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.)

Symbolfigur des jüdischen Abwehrkampfes in Würzburg war Rechtsanwalt Karl Rosenthal, der zwischen 1918 und 1933 der Würzburger Ortsgruppe des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens vorstand und der auch die zweite lokale Abwehrorganisation, den Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (R.j.F.), ins Leben rief und ihn zunächst leitete. (428) Wie ernst die NSDAP die Tätigkeit Rosenthals nahm, wird aus Berichten deutlich, die die Würzburger Gestapo 1935 und 1936 verfaßte:

"Seit Anfang galt sein [Rosenthals] Kampf der antisemitischen Bewegung. [...] Aus vorgefundenen Korrespondenzen aus diesen Jahren [1922-1923] geht hervor, daß er sowohl den jetzigen Gauleiter Dr. Hellmuth wie auch andere alte Kämpfer bei Behörden, bei ihren Arbeitgebern und bei der Regierung denunzierte und immer wieder darauf drang, daß dem angeblich unsinnigen Treiben der Nationalsozialisten ein Ziel [!] gesetzt werde." (429) "Er stand mit dem früheren Regierungspräsidenten v. Henle in Verbindung, dem er jede nach Nationalsozialismus riechende Äußerung eines Beamten hinterbrachte, um den Beamten zu schädigen und den Marxismus und das Judentum hervorzuheben." (430) "Im Jahre 1922 wurden bei der Ortsgruppe Würzburg der NSDAP die Mitgliederlisten gestohlen. Man hatte damals den Justizrat Rosenthal und den Juden und Freimaurer [Oskar] Laredo als Geldgeber für diesen Diebstahl im dringendsten Verdacht. Die Mitgliederlisten kamen auch niemals mehr zum Vorschein. In den Würzburger Parteikreisen ist man auch heute noch der unbedingten Überzeugung, daß Rosenthal und Laredo die Listen stehlen ließen. Zeugen dafür, daß Rosenthal als Angehöriger des Reichsbanners eine besonders aktive Tätigkeit entwickelte, sind nicht vorhanden, denn Rosenthal war schon so vorsichtig, sich nicht zu viel in der Öffentlichkeit zu zeigen, sondern er übte seine Tätigkeit mehr im Dunkeln aus." (431)

Als der Oberstaatsanwalt beim Landgericht Würzburg im April 1936 von der Gestapo wissen wollte, "ob irgendwelche Beweismittel dafür zur Verfügung

stehen, daß Rosenthal über eine normale politische Gegnerschaft hinaus mit Hilfe der Mitgliederlisten der alten NSDAP und eines Spionensystems Nationalsozialisten denunziert hat", sah sich die Gestapo außerstande, auch nur einen ihrer Vorwürfe zu belegen. Rosenthal, der sich mehrere Monate in "Schutzhaft" befunden hatte, war bereits vorher freigelassen worden. (432)

Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß die NSDAP das Ausmaß der vor 1933 erfahrenen Behinderungen propagandistisch übertrieb, werfen die Berichte doch ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Überschätzung des C.V. durch seine Gegner. Tatsächlich konzentrierte sich der Centralverein überwiegend auf ein ausgedehntes Aufklärungsprogramm, in dem der "unerschütterliche Fortschrittsglaube des neunzehnten Jahrhunderts" zum Ausdruck kam. (433) In einer Grundsatzerklärung des Berliner C.V.-Direktors Ludwig Holländer hieß es: "Wo Unwahrheiten verbreitet werden, muß man Wahrheiten an ihre Stelle zu setzen versuchen. Wo verleumdet wird, müssen die Verleumder zur Rechenschaft gezogen werden. Jeder geistige und seelische Betrug ist durch Klarstellung der Ursachen und Beeinflussung der Seelen aufzuklären." (434) Holländer vertrat, ebenso wie der Darmstädter Philosophieprofessor und C.V.-Aktivist Julius Goldstein, die Ansicht, daß der Centralverein sich vor allem an die geistigen Führer des Volkes wenden müsse. Die antidemokratische und rassistische Ideenwelt sei "auf höchster Ebene" anzugreifen, "von wo dann ein neuer Geist zu den Massen durchsickern würde." (435)

Viele jüngere C.V.-Mitglieder in den 634 Ortsgruppen bezweifelten die Wirksamkeit dieses Vorgehens. Sie verlangten einen massiven jüdischen Gegenangriff in Zusammenarbeit mit den republikanischen Organisationen. (436) In Würzburg läßt sich beobachten, daß zwischen 1918 und 1933 vom Centralverein nicht nur eine Taktik angewandt wurde. Der C.V. trat an Multiplikatoren und Meinungsführer heran, meist in halböffentlichen Versammlungen, und er appellierte gleichzeitig an die breite Masse der Bevölkerung, etwa in Form von Zeitungsanzeigen. Daneben arbeitete er mit befreundeten Politikern und Verbänden zusammen.

Dem Bereich der Massenpropaganda zuzuordnen sind die in der Tagespresse, vor allem im "General-Anzeiger", erschienenen Anzeigen. Eine erste, zu Beginn des Kapitels zitierte Annonce wurde schon am 30. Juli 1919 publiziert, offenbar als vorbeugende Aktion gegen den Schutz- und Trutzbund, der zu

diesem Zeitpunkt seine Tätigkeit in Würzburg und Unterfranken noch gar nicht aufgenommen hatte. (437)

1928 veröffentlichte der C.V. zwei Annoncen. Am 19. Mai 1928 versuchte er mit einem ganzseitigen Appell im "General-Anzeiger", die unterfränkische Bevölkerung bei der am nächsten Tag stattfindenden Reichstagswahl von der Stimmabgabe zugunsten der NSDAP und "einer mit dem Antisemitismus liebäugelnden Partei" abzuhalten. (438) Unter der Überschrift "Wie beurteilen führende Persönlichkeiten den Antisemitismus?" zitierte die Anzeige unter anderem Äußerungen von Kaiser Friedrich III. ("Antisemitismus ist die Schmach des Jahrhunderts"), Papst Pius XI. ("Es ist gegen das katholische Prinzip, die Juden zu verfolgen. Ich und einige Kardinäle sind Judenfreunde und wir unterstützen den Kampf gegen den Antisemitismus"), Otto von Bismarck ("Ich mißbillige ganz entschieden diesen Kampf gegen die Juden") und Peter Rosegger ("Antisemitismus ist eine Abscheulichkeit, die sittlich aufklärend bekämpft werden muß"). (439)

Weitere Anzeigen des C.V. richteten sich im Dezember 1928 gegen Aufrufe der NSDAP, jüdische Geschäfte bei den Weihnachtseinkäufen zu boykottieren (440), und im Mai 1929 gegen die Agitation der unterfränkischen NSDAP im Zusammenhang mit dem angeblichen "Ritualmord" von Manau. (441) Der C.V. schätzte jedoch die Wirkung der Anzeigen offenbar so gering ein, daß er in den letzten Jahren der Republik, als die NSDAP bei den Wahlen ihre Stimmenzahl vervielfachte, ganz auf diese Art der Abwehrarbeit verzichtete.

Der C.V. führte, vor allem vor Wahlen, Plakataktionen durch (442) und verteilte Flugblätter. (443) Der Landesverband Bayern, dem 31 Ortsgruppen angeschlossen waren, stellte "den von nationalsoz. Versammlungen bedrohten Orten" Flugblätter zur Verfügung. An die größeren bayerischen Volksschulen wurden 3000 Exemplare einer Broschüre über das "Heimatrecht der deutschen Juden" abgegeben. (444)

Im Gestapoakt Rosenthal befinden sich Schriftwechsel des Rechtsanwalts mit unterfränkischen C.V.-Gruppen. Rosenthal riet, vor oder nach völkischen Veranstaltungen republikanische Zeitschriften zu verteilen und versprach, Kontakt mit DDP-Politikern aufzunehmen, um diese zum Auftreten in den Kundgebungen zu bewegen. (445) Als 1923 in Marktbreit während einer NSDAP-Versammlung eine Reichswehrkapelle spielte, wandte sich Rosenthal an den zu-

ständigen DDP-Reichstagsabgeordneten und bat ihn, "den Sachverhalt im Reichswehrministerium bekanntzugeben und eine Untersuchung zu veranlassen." (446)

Im April 1923 lag im Wartezimmer einer Würzburger Universitätsklinik ein NSDAP-Flugblatt aus. Rosenthal mahnte daraufhin beim Vorstand der Klinik an, "daß der geschilderte Mißbrauch abgestellt wird." (447) Als im Mai 1926 an einem Würzburger Haus der "Völkische Beobachter" angeschlagen wurde, schrieb der Rechtsanwalt an den Besitzer des Gebäudes und forderte ihn auf, die Zeitung zu entfernen. In einem früheren Fall hatte ein entsprechender Brief genügt, um Abhilfe zu schaffen. (448)

Der C.V. pflegte Kontakte zu allen Parteien, die sich zur Demokratie bekannten, vor allem also zu DDP und SPD, außerdem zur BVP, nachdem diese ihre Einstellung gemäßigt hatte. (449) Führende jüdische Persönlichkeiten der DDP saßen gleichzeitig im Vorstand des C.V. (450) In Würzburg wird die enge Zusammenarbeit dadurch deutlich, daß Karl Rosenthal 1919 den Presseausschuß der örtlichen DDP-Gruppe leitete und der zur jüdischen Oberschicht gehörende Tuchgroßhändler Hugo Sichel zur gleichen Zeit dem Finanzausschuß der Partei vorstand. (vgl. Kap. III) Mit großer Wahrscheinlichkeit stellten Würzburger jüdische Geschäftsleute erhebliche Summen für die Arbeit der Demokraten zur Verfügung, wobei diese Mittel nicht notwendigerweise über den C.V. laufen mußten. Ähnliche Unterstützung leisteten Juden für das Würzburger Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (451), die SPD (452) und den "Fränkischen Volkfreund". (453) Als Kontaktmann fungierte hier Felix Freudenberger.

Der C.V. sah es als eine seiner wichtigsten Aufgaben an, in Fällen, in denen Juden diffamiert oder angegriffen wurden, zu intervenieren. Er besaß in Berlin eine große Rechtsabteilung, und auch die Ortsgruppen wurden, wie in Würzburg, häufig von Rechtsanwälten geleitet. (454) Der Würzburger C.V. erreichte unter anderem, daß Andrea Ellendt vor Gericht gestellt wurde. Als ein Funktionär der Kriegsblindenvereinigung die Gaben eines jüdischen Kaufmanns beschmutzt zurückschickte, wurde mit Unterstützung des Centralvereins eine erfolgreiche Zivilklage wegen Beleidigung angestrengt. (455)

Auf wenig Zustimmung stießen solche Aktivitäten bei den Zionisten. Diese waren der Auffassung, daß der Kampf gegen den Antisemitismus mit den Methoden des Centralvereins sinnlos sei, weil das jüdische Problem eine Folge

der Lebensbedingungen in der Diaspora sei und nicht durch Gerichtsverfahren und andere Rechtsmittel gelöst werden könne. Daher war der Antisemitismus "oft von zweitrangiger Bedeutung in der Ideologie der deutschen Zionisten" (456), obwohl sie ihren Standpunkt in gewissen Ausnahmesituationen modifizierten. So arbeiteten die Zionisten beispielsweise eng mit dem C.V. zusammen, als die Reichstagswahlen von 1930 von besonders heftigen Ausbrüchen gegen die Juden begleitet wurden. Aus zionistischer Sicht konnte Antisemitismus weder durch Aufklärung noch durch jüdische Assimilation erfolgreich bekämpft werden. Um der Assimilation entgegenzutreten, forderten die Zionisten eine Erziehung zu jüdischem Selbstvertrauen und nationalem Stolz. (457)

Auch angesichts der antisemitischen Agitation, die 1922 und 1923 in Bayern ein bisher ungekanntes Ausmaß erreichte, gingen die Zionisten auf den C.V. und den R.j.F. zu. In einem Rundschreiben der Zionistischen Vereinigung für Deutschland vom 15. Januar 1923 hieß es:

"Eine Ausnahme von der gebotenen Zurückhaltung gegenüber den Assimilanten-Organisationen erscheint nur zulässig in Verhältnissen, wie sie zur Zeit im größten Teile Bayerns herrschen. Dort hat der Antisemitismus so grobe Formen angenommen, daß eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben der Juden zu bestehen scheint. In diesem Zustande beinahe offener Feindseligkeiten wird eine Notgemeinschaft mit den anderen jüdischen Gruppen zwecks gemeinsamer tatkräftiger Verteidigung geboten sein. Verlangt werden muß dabei von unserer Seite vor allem, daß man in diesem kritischen Zustande darauf verzichtet, sich in der herkömmlichen Weise den Nicht-Juden zu empfehlen." (458)

Unter den von der Gestapo bei Karl Rosenthal beschlagnahmten Akten ist die Mitschrift einer C.V.-Versammlung mit geladenen christlichen Gästen, die am 22. Januar 1923 im "Alhambra"-Saal stattfand. Das wörtliche Protokoll gibt intimen Einblick in die Abwehrstrategie des C.V. ebenso wie in das Verhalten der nichtjüdischen Besucher. Es wird dabei deutlich, daß die zionistischen Vorbehalte gegen diese Art der Aufklärung nicht gänzlich aus der Luft gegriffen waren, ging es doch in der Veranstaltung gerade darum, Teile der antisemitischen Gravamina als berechtigt anzuerkennen, um auf dieser gemeinsamen Basis andere Vorwürfe um so besser entkräften zu können.

An der Versammlung nahmen außer Oberbürgermeister Hans Löffler auch der BVP-Bürgermeister Julius Zahn und Felix Freudenberger teil, dazu mehrere Stadträte, Vertreter von Universität und höheren Schulen, der Justizbehörden, der Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg sowie der katholischen

und evangelischen Kirche. Gekommen waren auch der Handelskammer-Vorsitzende Wilhelm Hilcken, zahlreiche Kaufleute und Industrielle, Vereinsvorstände und die Berichterstatter der Würzburger Tagespresse. (459)

In seinen einleitenden Anmerkungen erklärte Karl Rosenthal, die Juden hätten bisher zu den Angriffen gegen sie geschwiegen, weil sie die Öffentlichkeit nicht mit ihren Problemen befassen wollten. Nach dem Mord an Außenminister Rathenau und dem Auftritt Andrea Ellendts in Würzburg sei nun jedoch der Appell an das Verständnis der nichtjüdischen Mitbürger nötig. Rosenthal bat darum, "freimütig und offen alles das zu sagen, was Sie glauben, nach dieser oder jener Richtung hin vorbringen zu sollen, weil wir damit rechnen, daß es uns gelingen wird, diese Vorurteile zu zerstreuen." Der Rechtsanwalt gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Anwesenden die "innere Überzeugung" gewinnen würden, "daß keine Veranlassung besteht, uns [Juden] als einen abgesonderten Teil des deutschen Volkes zu betrachten." (460)

In einer "von hoher Geistigkeit zeugende[n], freimütig-vornehme[n] Rede" (WGA) (461) zum Thema "Judentum und Staat" ging Rabbiner Hanover auf die Vorschriften der jüdischen Religion ein. Ihre Bekenner seien verpflichtet, die Gesetze des Staates, in dem sie lebten, zu beachten und Geheimbündelei und gewaltsame Umstürze abzulehnen. Hanover weiter: "Wenn das Leben vieler nicht den religiösen Vorschriften entspricht, so ist das leider nicht nur bei den Juden der Fall." (462)

Als erster Diskussionsredner würdigte Hans Löffler das Wirken jüdischer Persönlichkeiten in städtischen Gremien, bei Gericht, in der Handelskammer und in gemeinnützigen Vereinen. Angesichts dieser Tatsachen sei es unmöglich, "daß ich meinen jüdischen Mitbürgern nicht die Treue halte." Soweit es in seinen Kräften liege, wolle er verhindern, daß die Würzburger Juden "in Bausch und Bogen als eine unmoralische Gesellschaft hingestellt werden, als unwahr und schädlich bekämpft und gebrandmarkt werden." (463)

Der Professor für Moral- und Pastoraltheologie, Homiletik und christliche Sozialwissenschaft, Universitätsrektor Ludwig Ruland, führte aus, die dem Judentum zur Last gelegten Erscheinungen seien durch dessen geschichtliche Entwicklung bedingt. Zudem suche man, "wenn ein Unglück kommt, [...] nach Sündenböcken"; darunter litten "unsere jüdischen Mitbürger, die wir hochschätzen und von deren vaterländischen Betätigungen wir alle wissen." (464)

Zum Thema Ostjuden fand Ruland weniger konziliante Worte:

"Eine Gefahr noch, daß die jüdischen Staatsangehörigen durch Zuzug von außen sich in einer Weise vermehren, daß aus Ungarn, aus Rußland plötzlich Elemente hereinkommen, deren Assimilation nicht so schnell möglich sein wird. Da habe ich selbst ernste Sorge. Das muß auch Ihre Sorge sein, daß von diesen Elementen sich nicht welche in unliebsamer Weise bemerkbar machen und nicht mit Ihnen verwechselt werden. [...] Das Hereinspülen vorerwähnter Elemente, daß da zu viel hereinkommt, die nicht Deutsche sind und deren Aufnahme zur Zeit nicht sehr erwünscht sein kann, das muß Ihre Sorge sein." (465)

Das Zitat bestätigt die Feststellung Eva G. Reichmanns, daß es "gerade viele der um Verständigung bemühten Persönlichkeiten" gewesen seien, "die sich in dem gleichen Maße gegen die Ostjuden" wandten, in dem sie versuchten, "für die eingesessenen Juden einzutreten." (466) Der aus Darmstadt angereiste Julius Goldstein nahm Rulands Gedankengang auf, ging jedoch zunächst auf den Anteil der Juden an den Linksparteien ein:

"Es ist falsch zu behaupten, der Jude sei von Rasse wegen revolutionär. Der Jude ist genauso verschieden [in seiner politischen Einstellung] wie jeder andere, ja ich möchte sogar das verraten, ich glaube, daß eine Reihe von begüterten Juden, wenn nicht verschiedene Paragraphen der Rechtsparteien wären, sehr stark rechtsgerichtet sein würden, und ich habe [...] die Hoffnung, daß es doch noch dahin kommen wird, daß unseren Juden auch der Zugang zu den Rechtsparteien durch Beseitigung eines unglücklichen Paragraphen im Laufe der Zeit möglich gemacht wird und daß, wenn Juden sich den Rechtsparteien zuwenden, sie nicht durch irgendwelche allgemeinen Theorien abgehalten werden. Es gibt innerhalb der Juden keine Einheit in politischen Dingen, aber selbstverständlich kommt dadurch eine gewisse Linksschwenkung heraus, daß man sie hetzt. [...] Und nun dieser sog. Zuzug der Ostjuden: Auch darin hat der Rektor das richtige Wort gesagt. Wir als Deutsche haben diese Ostjuden nicht hereingerufen. Diese Ostjuden sind hereingekommen auf Veranlassung der deutschen Heeresleitung im Kriege, da man sie dort als Munitionsarbeiter und in den Bergwerken haben mußte, Sie sind hereingekommen, als die furchtbaren Schrecknisse des Ostens kamen. Was diese Menschen an Unzulänglichem haben, das haben sie nicht, weil sie Juden sind, sondern weil sie arme, verstümmelte Menschen sind. Wir geben ohne weiteres zu: Es sind dort noch nicht die Hemmungen gegeben, die notwendig sind. Es handelt sich bei den Ostjuden um Menschen, die unter einem unmenschlichen Regime jahrhundertelang gelebt haben. Menschen, die so etwas durchmachen mußten, denen muß man allerlei nachsehen. Ich sage, diese Leute sind zivilisatorisch verstümmelt. Es gibt aber auch unter diesen Menschen Anständige und Wohlgebildete des Geistes und auch der Handlungsweise. Alles, was sie tun, womit sie uns schädigen, bekämpfen wir deutschen Juden stärker noch sogar als die anderen, nur haben wir keinerlei Machtmittel, um irgendwie Einfluß dort ausüben zu können." (467)

Auch der liberale Würzburger Staatsrechtsprofessor Robert Piloty rief als letzter Diskussionsredner die deutschen Juden dazu auf, "nach Kräften dem

wüsten Einwanderungswesen" entgegenzuwirken. (468) In seinem Schlußwort unterstrich Karl Rosenthal nochmals, daß man die Zuwanderung "nicht den deutschen Juden in die Schuhe schieben" dürfe; "wenn den anderen die gegenwärtige Zuwanderung unangenehm und unbequem ist, so ist sie den deutschen Juden noch viel unbequemer, weil man ihnen die Leute an die Rockschöße hängt, die sie nicht gerufen haben." (469)

Der "General-Anzeiger" hob in einem Kommentar zu der Veranstaltung hervor, daß sie "von Vertretern aus allen, insbesondere aus den führenden Schichten der Bevölkerung" besucht gewesen sei. "Dieser Besuch und vor allem die Zustimmung zu den Referaten darf als ein Beweis angesehen werden, daß wir in Würzburg mit unseren Mitbürgern jüdischen Glaubens wie bisher auch künftig in Frieden leben und den verhetzenden Antisemitismus ablehnen wollen." Die Juden der Stadt hätten "volles Recht", sich die "antisemitische Agitation in Würzburg nicht mehr gefallen" zu lassen. (470) Das "Volksblatt" sprach von einer "anregend und angenehm verlaufene/n/ Versammlung". (471) Der bayerische C.V.-Syndikus bezeichnete in einem Tätigkeitsbericht die Veranstaltung als "großen Erfolg"; sie könne anderen Ortsgruppen als Muster dienen. (472)

Der Würzburger Centralverein lud bereits im März des folgenden Jahres zu einer weiteren halböffentlichen Zusammenkunft ein. Der katholische Stadtpfarrer und BVP-Funktionär Philipp Bauer referierte über "Katholizismus und Judentum", während Karl Rosenthal über die Beteiligung der Juden am Weltkrieg informierte. (473)

Im November 1924 hatte der C.V. nochmals Julius Goldstein zu Gast. Erneut widmete der "General-Anzeiger" dem Philosophieprofessor große Aufmerksamkeit:

"Der Vortrag des Abends galt der 'Not der deutschen Juden im deutschen Vaterlande'. Das Hauptgewicht des Vortrags lag in der Aufzeichnung weniger der äußeren Anfeindung der Juden und deren Überwindung, als in der Darlegung ihrer inneren Not - die Not, die dem Juden nicht das sichtbare Hakenkreuz bereitet, sondern das unsichtbare, das abstrakte Übelwollen, mit dem ihm überall begegnet wird. Von den drei Möglichkeiten der Stellungnahme verwirft der Redner die erste, daß man alles gehen lassen solle, die des Ausweichens vor einer aktiven Stellungnahme, als einer Art moralischer Drückebergerei. Er lehnt ab die zweite Möglichkeit, die des Aufgehens in irgend einer Gruppe seiner Umgebung, des Schillerns in den Farben der Umwelt, des Lebens von der Gnade des Urteils seiner Mitmenschen, weil es eines Tages doch zur Katastrophe führt. Eine Umstellung der Meinung dieser Gruppe, das Eindringen von Antisemitismus, ein Zufall, beraube ihn seines

inneren Wertes, der ja nur in der Auffassung der Urteile seiner Umgebung besteht. Ein solcher Mensch lebe moralisch nur solange, als ihn seine Mitmenschen leben lassen. [...] Was der Redner als dritte Möglichkeit der Stellungnahme zu dieser inneren Not des deutschen Juden sieht und anempfiehlt, ist das Sichbesinnen auf den Bereich tiefen inneren Lebens, der jenseits all der widerlichen Kämpfe und Anfeindungen ist, die Rückkehr zum Leben des einfachen, schlichten, frommen und gläubigen Menschen." (474)

Es fällt auf, daß der Centralverein bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme nur noch zweimal, im Oktober 1926 (475) und im Mai 1929 (476), mit größeren Veranstaltungen an die Öffentlichkeit trat. Der anschließende Verzicht auf solche Kundgebungen (wie auch auf aufklärende Zeitungsanzeigen) kann nur bedeuten, daß der C.V., zumindest in Würzburg, keinen Sinn mehr in einer Anti-NSDAP-Arbeit sah, die als von Juden initiiert erkennbar war. Wahrscheinlich wurde in den letzten Jahren der Republik die Unterstützung für die republikanischen Parteien und Organisationen verstärkt. (477)

e. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (R.j.F.)

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten entstand zu Beginn des Jahres 1919 (478) und hatte zeitweise bis zu 40000 Mitglieder. (479) Durch seinen Vorsitzenden, Hauptmann d.R. Leo Löwenstein, stand der R.j.F. in Verbindung mit anderen Frontkämpferbünden und mit dem Reichswehrministerium. Diese Beziehungen erwiesen sich als nützlich, da kaum eine andere jüdische Organisation über Kontakte zu diesen Kreisen verfügte. (480) Löwenstein gehörte auch dem Hauptvorstand des C.V. an. (481)

Der Schwerpunkt der R.j.F.-Arbeit lag in der Verteidigung der Ehre jüdischer Weltkriegssoldaten. Der Reichsbund machte es sich unter anderem zur Aufgabe, ein detailliertes Verzeichnis aller jüdischen Gefallenen zu erstellen, um dem antisemitischen Vorwurf der Drückebergerei zu begegnen. Entsprechende Parolen waren schon während des Weltkriegs verbreitet worden. Die Verdächtigung, die Juden erfüllten ihre Pflicht nicht und der Prozentsatz der von ihnen gestellten Frontsoldaten entspreche nicht ihrem Anteil an der deutschen Bevölkerung, während sie in den Büros der Kriegsgesellschaften überre-

präsentiert seien, führte zur sogenannten "Judenzählung" vom Herbst 1916. Der Erlaß des Kriegsministeriums wurde damit begründet, daß man auf diese Weise Gerüchten auf den Grund zu gehen wünsche, die Juden hätten sich dem Frontdienst entzogen. Ein zweiter Erlaß schwächte diese Formulierung ab; in Wirklichkeit gehe es gerade darum, die Vorwürfe durch authentische Zahlen zu entkräftigen. (482)

Die Wirkung der Zählung auf die deutschen Juden war "in ihrer erschütternden Wucht kaum zu überschätzen." (483) In der Nummer der "Salia-Kriegsberichte", die unmittelbar nach der "Judenzählung", am 1. Dezember 1916, erschien, klang es wie ein Aufschrei: "Gibt es keine Vereinigung, die sich an hoher Stelle gegen diese Beleidigung der jüdischen Soldaten wendet?! Wir lassen unsere toten Bundesbrüder nicht beleidigen." (484)

Da die bei der Zählung ermittelten Daten nie vollständig und untendenziös veröffentlicht wurden, begannen die deutschen Juden noch während des Krieges mit der Sammlung von eigenen statistischen Angaben. Schon im September 1917 entstand ein "Ausschuß für Kriegsstatistik" in Würzburg, der sich die Aufgabe stellte, eine zuverlässige und erschöpfende "Feldzugsteilnehmerstatistik" für die jüdische Gemeinde zu erstellen. (485) Ein Aufruf, alle im Kriegsdienst stehenden Gemeindemitglieder zu melden, stieß allerdings nur auf geringe Resonanz. (486)

Die nach dem Krieg von antisemitischer Seite immer lauter erhobenen Vorwürfe veranlaßten die Kultusverwaltung, erneut aktiv zu werden. Ein als Flugblatt in Umlauf gebrachter zweiter Aufruf forderte dazu auf, einen umfassenden Fragebogen auszufüllen. Es sei "eine Ehrenpflicht der Angehörigen unserer Gemeinde, schnell und zuverlässig Material zu beschaffen, welches über die Leistungen unserer Glaubensgenossen auf allen Gebieten der Kriegstätigkeit Aufschluß erteilt", hieß es in dem Flugblatt. (487)

Dieser Appell hatte Erfolg. Gemeindesekretär Ruben Moses Eschwege wurde in die Lage versetzt, eine zweibändige "Kriegsstatistik der Israel. Kultusgemeinde Würzburg" zusammenzustellen, in der auf mehreren hundert Seiten Einzelheiten zur Person und zum Kriegseinsatz der jüdischen Feldzugsteilnehmer aus Würzburg gesammelt waren. Band I (Buchstabe A-M) befindet sich heute in den Central Archives in Jerusalem (488), Band II (Buchstabe N-Z) im Stadtarchiv Würzburg. (489)

Auch die Verbindung Salia sah sich veranlaßt, im März 1921 in einer eigenen Statistik den hohen Anteil der Kriegsteilnehmer und Gefallenen unter ihren Mitgliedern nachzuweisen. Von den 15 aktiven Saliern, die bei Kriegsausbruch registriert waren, fielen sieben, also "41 % sämtlicher Aktiven", wie die Salia anmerkte. Von den 151 Mitgliedern, einschließlich der Alten Herren, waren 107 im Feld gewesen und 18 gefallen. (490)

Der R.j.F. stellte sein in mehrjähriger Arbeit entstandenes Gedenkbuch, das die Namen von 10623 der rund 12000 jüdischen Kriegsgefallenen enthielt, im Oktober 1932 vor. (491) "Die jüdische Abwehr selbst betrachtete das Gedenkbuch als einen durchschlagenden Erfolg; es stellte in der Tat zweifellos die Krönung der jüdischen Militärstatistik dar. Zu diesem Zeitpunkt deutscher Geschichte jedoch war derlei Beweismaterial bereits völlig überholt; es kam zu spät und entbehrte fast jeglicher Wirkung." (Arnold Paucker) (492)

In Würzburg verbreitete die R.j.F.-Ortsgruppe mit finanzieller Unterstützung der Gemeinde und des C.V. (493) in den letzten Wochen vor dem 30. Januar 1933 zunächst 20 und dann noch einmal 50 Exemplare des Buches "an hiesige prominente Stellen". Die Gruppe erhielt mehrere "sehr warm gehaltene Dankschreiben" und empfand den Band als "ein hervorragendes Propagandamittel." (494)

Eindruck auf die christliche Umgebung sollte außer der Auflistung der jüdischen Kriegstoten auch die große Zahl der überlebenden, aber nachweislich an der Front eingesetzten jüdischen Kämpfer machen. Die R.j.F.-Mitglieder traten daher, wann immer es ging, in geschlossener Formation auf, wenn sich in Würzburg Kriegerverbände trafen. Als am 1. November 1931 in Würzburg das städtische Gefallenendenkmal eingeweiht wurde, hieß es in einer internen Anweisung, das Erscheinen bei der Feier sei "jedem Kameraden zur Pflicht gemacht." Im Interesse der "Repräsentanz unserer Ortsgruppe" sollten sich die Mitglieder "nicht den jeweils zugehörigen Regimentsvereinigungen, sondern unbedingt der Ortsgruppe des R.j.F." anschließen. "Orden, Ehrenzeichen und Bundesabzeichen sind anzulegen." (495) Beim Zug durch die Stadt marschierten in den ersten Reihen die Träger des EK I sowie das R.j.F.-Ehrenmitglied Bernhard M. Stern, der am Krieg von 1870/71 teilgenommen hatte. "Die stattliche Zahl jüdischer Kriegsteilnehmer hat, wie wir aus Kreisen der Bevölkerung hören konnten, sichtlichen Eindruck hinterlassen",

schrieb das R.j.F.-Organ "Der Schild". Der Waffenring boykottierte die Feier, weil auch die jüdischen Verbindungen teilnehmen durften. Katholische Verbindungen waren zugegen. (496)

Zur Abwehrtätigkeit des R.j.F. gehörte darüber hinaus die in Kapitel VIII geschilderte körperliche Ertüchtigung der Mitglieder. Von da war es nur ein kleiner Schritt zur Schaffung von regelrechten Selbstschutzverbänden, die beispielsweise in Berlin schon 1923 zum Schutz von Synagogen und einzelnen jüdischen Persönlichkeiten in Aktion traten. (497) In Würzburg gründete der R.j.F. Ende 1930, kurz nach dem Habima-Skandal, die Jungjüdische Vereinigung. Die Verantwortlichen gingen dabei von folgenden Überlegungen aus:

"Der Kampf gegen das Judentum hat in den letzten Jahren und besonders Monaten ungeahnte Ausmaße angenommen. Die bisher angewendeten Gegenmittel haben sich als viel zu schwach erwiesen. Wir Juden haben den Abwehrkampf einer geringen Anzahl von Glaubensgenossen überlassen, während die große Masse untätig abseits stand und die Dinge hinnahm wie sie kamen. Ein großer Teil der Judenheit ist von einem nicht angebrachten Pessimismus ergriffen worden, ein anderer Teil steht völlig indifferent beiseite. Wenn die deutsche Judenheit in diesem Abwehrkampf nicht endgültig unterliegen soll, ist es ein Gebot der Stunde, alle aufrichtigen Bekenner des Judentums zum gemeinsamen Kampf zu sammeln. [...] Die Jugend wird es in Zukunft in erster Linie sein müssen, auf deren Schultern der Abwehrkampf ruht." (498)

Der Jungjüdischen Vereinigung, deren Haupttätigkeit auf sportlichem Gebiet gelegen haben dürfte und die von der Kultusgemeinde und dem R.j.F. Mittel erhielt (499), gehörten auch einige Studenten an. (500) Im Leitungsausschuß arbeiteten Liberale und Zionisten, DDP-, SPD- und Reichsbanner-Mitglieder zusammen, ein Indiz dafür, daß angesichts der sich verschärfenden nationalsozialistischen Bedrohung manche Differenzen zwischen den innerjüdischen Gruppen ihre Bedeutung zu verlieren begannen. (501)

Während der C.V. seit 1929 auf öffentliche Versammlungen verzichtete, lud der R.j.F. am 29. September 1932 christliche Gäste zu einer Aufklärungsveranstaltung in das Bahnhofshotel ein. Die jüdischen Frontsoldaten betrachteten es als großen Erfolg, daß außer dem Oberbürgermeister auch "der Standortälteste, Oberstleutnant Ritter von Speck mit seinem Adjutanten, der Vorstand des hiesigen Versorgungsamtes, Herr Oberregierungsrat Dr. Hergenröther, Vertreter verschiedener Fraktionen des Stadtrats sowie zahlreiche akademische Lehrer und die Vorstände von etwa 30 Kriegervereinen" (502) der Einladung folgten. Als in anderen bayerischen Städten ähnlich gutbesuchte

Kundgebungen abliefen, schrieb "Der Schild" optimistisch:

"Es zeigt sich, daß die Festigkeit und Härte der antisemitischen Stimmung weiter Bevölkerungskreise überschätzt worden ist. Einer würdigen, offenen und ehrlichen Aufklärung, die nach keiner Seite irgendetwas beschönigt oder verschweigt, steht der weitaus überwiegende Teil des deutschen Volkes immer noch mit Verständnis gegenüber. Es ist nur bedauerlich, daß die deutschen Juden sich so spät erst zu dieser breiten Selbstverteidigungsfront aufzuraffen beginnen. Wir vom R.j.F. sind stolz darauf, daß wir im kritischen Moment das Gebot der Stunde erfaßten und [...] bereits eine tiefe Bresche in die Judenfeindschaft unserer Tage geschlagen haben." (503)

5. Die Entwicklung der antisemitischen Bewegung in Würzburg seit 1922

a. Die NSDAP-Ortsgruppe (1922-1928)

Die Anfänge der Würzburger NSDAP reichen bis zum Jahr 1921 zurück. Am 21. März 1921 sprach der Chefredakteur des "Völkischen Beobachter", Hermann Esser, im "Harmonie"-Saal vor örtlichen Hitler-Anhängern. (504) Die Ortsgruppe entstand jedoch erst am 6. Dezember 1922, nachdem ein Abgesandter in München "mit Parteiführer Herrn Hitler" Rücksprache genommen und von diesem die Erlaubnis zur "Gründung einer Ortsgruppe Würzburg einer N.S.A.P. [!]" erhalten hatte. (505) Bereits vier Wochen später bildete sich eine "Sturm-Abteilung". (506) Die Agitation der Würzburger NSDAP übernahm die vom Schutz- und Trutzbund her bekannten Elemente; am 27. April 1923 lud die Partei zu einer Versammlung über "Wucherfreiheit im Volksstaat" ein (507), die allerdings vom Würzburger Stadtrat verboten wurde. (508) Am 22. April 1923 sprach "Stürmer"-Herausgeber Julius Streicher aus Nürnberg in einer Partei-Veranstaltung im "Huttenschen Garten". Der "Volksfreund" kommentierte:

"Vom 'Nationalsozialismus - unserer Zukunft' (!), den der Plakatanschlag großspurig angekündigt hatte, bekam man nichts zu hören, da Streicher vor lauter Judenfresserei keine Gelegenheit hatte, zum eigentlichen Thema zu kommen. [...] Gar zu unverkennbar war die Absicht der Hetze gegen [den] Gen[ossen] Freudenberger, der sich erkühnte, als Jude einen Bürgermeisterposten einzunehmen. Dort müssen 'deutsche Männer' sitzen, verkündete Streicher mit Emphase." (509)

Wegen Streichers Äußerung, die Gebeine des ermordeten Walter Rathenau "seien nicht würdig, in geweihter deutscher Erde zu ruhen, es werde der Tag kommen, wo sie ausgegraben und über die Grenze gebracht würden" (510), stellte der Würzburger Stadtrat auf Grund des Republikschutzgesetzes Strafantrag. Streicher wurde in zwei Instanzen von Würzburger Gerichten freigesprochen, da ihm "das Bewußtsein der Strafbarkeit seiner Äußerung gefehlt" habe. (511)

Als am Abend des 8. November 1923 Hitler und Ludendorff in München putschten, waren die Würzburger Nationalsozialisten im "Platzschen Garten" versammelt. "Die Begeisterung der vollzählig anwesenden Kameraden war unbe-

schreiblich", erinnerte sich ein NSDAP-Mitglied (512); die anfängliche Hochstimmung wich jedoch schnell der Ernüchterung, als schon am nächsten Tag der Putsch beim Marsch auf die Feldherrenhalle zusammenbrach.

Wenn auch nicht in Unterfranken, so doch in Mittel- und Oberfranken standen nach Bekanntwerden der Münchner Vorgänge Einheiten der Reichsflagge und des Bundes Bayern und Reich bewaffnet und mit Proviant versehen marschbereit, um sich am Putsch zu beteiligen. In Burghaslach war bereits ein "Richter zur Aburteilung der Juden" eingesetzt worden. (513) Nach der Niederschlagung des Putsches löste der SA-Führer für Franken, Major a.D. Walter Buch, schwere antisemitische Ausschreitungen aus. Noch unter dem Schock der Nachrichten aus München ließ er durch zwei motorisierte Kuriere Befehle in Richtung Würzburg und Bayreuth hinausgehen, "des Inhalts, daß für das Hitlerblut Judenblut fließen müsse". (514) Der Befehl hatte allerdings nur im Bezirk Scheinfeld Folgen. (515) Die Würzburger NSDAP-Mitglieder organisierten am 10. November noch eine Demonstration für Hitler, die jedoch die Polizei zerstreute. (516) Die Partei wurde verboten.

Im Sommer 1923 hatte sich zu den zahlreichen völkischen Verbänden des Maindreiecks eine neue Organisation hinzugesellt. Otto Hellmuth und Andrea Ellendt schufen den Bund Frankenland, der mit einiger Wahrscheinlichkeit zunächst nur eine straffere Zusammenfassung der völkischen Sturmtrupps war, dann aber viele Mitglieder der Trutzbund-Ortsgruppen anzog. Frankenland machte schließlich sowohl dem Trutzbund als auch der NSDAP Konkurrenz, was zu heftigen Auseinandersetzungen in der rechtsradikalen Bewegung Mainfrankens führte. Ideologisch und organisatorisch war der Bund dem Führer der ehemaligen Marinebrigade Ehrhardt und Teilnehmer am Kapp-Putsch, Korvettenkapitän a.D. Hermann Ehrhardt, angeschlossen. Ehrhardt und seine Wehrverbände, darunter Frankenland, weigerten sich im November 1923, den Putsch Hitlers und Ludendorffs zu unterstützen; dadurch verschärften sich die Spannungen im völkischen Lager noch. (517)

Während Andrea Ellendt das Maindreieck wohl schon im Herbst 1923 verließ (518), wandte sich Hellmuth nach dem gescheiterten Putsch mit dem Bund Frankenland von Ehrhardt ab, als er erkennen mußte, daß dieser wegen seines Verhaltens sein Kapital bei vielen Völkischen verspielt hatte. Hitlers Stellung war dagegen beträchtlich verstärkt worden. Den Hochverratsprozeß im Frühjahr 1924 nutzte er zu vielstündigen Propagandareden, die ihm Beifalls-

stürme des Publikums eintrugen. Ein deutlich mit ihm sympathisierendes Gericht verurteilte Hitler lediglich zu fünf Jahren Festungshaft. (519)

Die Neuorientierung Hellmuths und des Bundes Frankenland im Winter 1923/24 bedeutete die entscheidende Weichenstellung für die weitere Geschichte der antisemitischen Bewegung Unterfrankens. Indem sich Hellmuth voll und ganz hinter Hitler stellte, wurde er zur unangefochtenen Führungsfigur, der sich nun auch die Würzburger Hitler-Anhänger anschließen konnten.

Lediglich ein kleiner Teil der Würzburger Frankenland-Mitglieder blieb Ehrhardt treu und gründete eine wahrscheinlich kurzlebige Ortsgruppe des Ehrhardt angeschlossenen Bundes Wiking. Der Kurswechsel Hellmuths wurde am 6. Juli 1924 augenfällig: Während eines "Deutschen Tages" in Marktbreit übergab er Frankenland an den Hitler-Intimus Ludendorff, der trotz seiner maßgeblichen Beteiligung am Putsch keiner strafrechtlichen Verfolgung ausgesetzt war und während der Festungshaft Hitlers das Vakuum an der Spitze der völkischen Bewegung ausfüllte. (520)

Als nach dem Hitlerputsch die NSDAP verboten wurde, blieben die Würzburger Parteimitglieder in einem Tarnverband, dem Deutschen Bund, beisammen, der sich mit anderen völkischen Organisationen, darunter dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund und dem Bund Frankenland, zusammenschloß und auf Landesebene als Völkischer Block an der Landtagswahl vom 6. April 1924 teilnahm. In Würzburg überflügelte der Block mit 14,5 % der Stimmen die SPD, die nur 14,3 % erreichte. In ganz Bayern wählten ungefähr eine halbe Million Bürger (17,1 %) völkische Kandidaten. Addiert man die für die Vereinigte Nationale Rechte abgegebenen Stimmen, so ergibt sich in Würzburg ein rechtskonservativ-völkisches Wählerpotential von insgesamt 26,4 %. (521) Das "Jüdische Echo" kommentierte den Wahlausgang so:

"Annähernd 500000 Wähler sind in Bayern der völkischen Parole gefolgt und unter Einrechnung der kaum weniger judenfeindlichen Parteien - Nationale Rechte, Nationalliberale Landespartei, Deutsche Volkspartei - sind fast ein Drittel aller Wähler der judenhetzerischen Lüge zum Opfer gefallen. Es wäre falsch und zwecklos, die Ungeheuerlichkeit dieser Tatsache zu verschleiern. [...] Wir [Juden] haben nahezu widerstandslos zugesehen, wie die Lügen der Judenhetzer die Gemüter ergriff[en] und haben nicht begriffen, daß es eine Aufgabe von unvergleichlicher Dringlichkeit war, geeint mit allen Kräften und allen Mitteln der sich breit machenden Lüge entgegenzutreten." (522)

Der Völkische Block warb unter anderem mit einem Plakat, auf dem ein mit

karikierten jüdischen Zügen ausgestatteter Börsianer auf den gebeugten Schultern eines Arbeiters thronte. Ein anderes Plakat zeigte eine in den Reichstag schlagende Faust und entsetzt davonlaufende jüdische Parlamentarier. Die Völkischen versuchten allen Parteien, auch den Deutschnationalen, nachzuweisen, daß sie durch und durch "verjudet" seien. (523)

Trotz der grundsätzlich antidemokratischen und antiparlamentarischen Haltung der Völkischen zog der Völkische Block in den Landtag ein, um dort, wie es ein Vertreter im "Huttenschen Garten" erläuterte, die "Bewegung zu schützen". (524) "Als Gegner jeglicher Kompromisse" werde der Block "in Opposition sein"; seine Abgeordneten wollten aber "in positiven Anträgen zu den einzelnen Fragen Stellung nehmen." (525) Anfang Juni 1924 legte der Block, der im Landtag mit 23 Abgeordneten über ebenso viele wie die SPD verfügte (526), unter anderem die folgenden Anträge vor:

"2. Die Staatsregierung ist zu veranlassen, sofort genaue Erhebungen anzustellen und das Ergebnis raschestens vorzulegen, wo und wieviele Angehörige der jüdischen Rasse sich in Diensten des bayerischen Staates, sei es als Beamte oder als Vertragsangestellte, befinden.
3. Die Staatsregierung wird beauftragt zu veranlassen, daß zu den Staatsprüfungen zum Vorbereitungsdienst aller Art Angehörige der jüdischen Rasse nicht mehr zugelassen werden.
4. Die Staatsregierung wird beauftragt, [...]
b. an den bayerischen Hochschulen Angehörige der jüdischen Rasse als Lektoren, Privatdozenten, außerordentliche Professoren und ordentliche Professoren nicht mehr zuzulassen,
c. den Zugang zum bayerischen Staatsdienst für Angehörige der jüdischen Rasse zu sperren,
d. in den Personalakten der Staatsbeamten und Staatsdienstanwärter die Zugehörigkeit zur jüdischen Rasse zu vermerken,
e. die Angehörigen der jüdischen Rasse, die in den Staatsdienst bereits aufgenommen sind, abzubauen. [...]
6. Die Staatsregierung ist zu veranlassen, alle seit dem 1. August 1914 zugewanderten Juden sofort auszuweisen. Ihre Wohnungen sind zugunsten der Kriegsverletzten und Kriegshinterbliebenen sofort zu beschlagnahmen. Ihr Vermögen, soweit es das bei der Einwanderung mitgebrachte Vermögen übersteigt, ist zugunsten der Kriegsverletzten und Kriegshinterbliebenen einzuziehen. (527)

Der Verfassungsausschuß des Landtags nahm die Anträge zunächst an; dann trat jedoch in der BVP ein Meinungsumschwung ein. Die bayerische Regierung sprach sich am 26. Juli 1924 gegen die Forderungen aus, da sie dem Geist und dem Wortlaut der bayerischen und der Reichsverfassung widersprächen. Keiner der Anträge fand eine Mehrheit. (528)

Im Würzburger Stadtrat war der Völkische Block seit der Kommunalwahl am

7. Dezember 1924 durch Oberlehrer a.D. Karl Wolz vertreten (529), der sich nach Aufhebung des NSDAP-Verbots 1925 offen zu den Nationalsozialisten bekannte.

Die völkischen Wahlerfolge riefen auch auf assimilatorischer jüdischer Seite Selbstkritik wegen der unzulänglichen Abwehrtätigkeit hervor. In einer C.V.-Versammlung im November 1924 erklärte Julius Goldstein, die Juden hätten "bisher in eigensten Angelegenheiten versagt":

"Der weitverbreiteten Literatur der Gegner müsse eine Abwehrliteratur entgegengesetzt werden. Der Blödsinn der 'Weisen von Zion', Dinge, über die wir lachen, wenn wir sie lesen, fänden Glauben, weil nichts so dumm und so blöd sei, als daß es nicht geglaubt werde. Hätte man seinerzeit beim Erscheinen dieses Buches die Mittel in der Hand gehabt, um die Öffentlichkeit aufzuklären [...], so wäre viel Unglück nicht geschehen. Die Mörder von Rathenau hätten dieses Buch bei sich geführt." (530)

Am 27. Februar 1925 gründete Adolf Hitler, der wenige Wochen zuvor aus der Festungshaft entlassen worden war, die NSDAP neu. Schon am 5. April wurde auch die Würzburger Ortsgruppe samt SA wieder ins Leben gerufen. Am 11. Oktober erhielten die Würzburger Nationalsozialisten erstmals Besuch von ihrem Parteivorsitzenden. Um 17 Uhr machte Hitler auf einer Fahrt von Meiningen nach München am Main Station. Wegen eines ihm auferlegten Redeverbotes konnte er nur in einer geschlossenen Mitgliederversammlung im "Harmonie"-Saal empfangen werden. Ein Augenzeuge: "Alle warteten gespannt auf sein Kommen. Denn die meisten von uns hatten ihn noch nicht von Angesicht zu Angesicht gesehen. Jubel brauste auf, als er eintrat. Man sah ihm an, daß es schmerzlich für ihn war, daß er uns keinen Vortrag halten durfte. Nach einer kurzen Unterhaltung verabschiedete er sich wieder. Zu diesem Zweck gingen alle Anwesenden an ihm vorbei und entboten ihm den Gruß. Er aber drückte jedem einzelnen die Hand." (531)

Im Oktober 1925 verbreitete die Würzburger NSDAP ein Flugblatt, in dem sie die Bevölkerung aufforderte, bei den bevorstehenden Weihnachtseinkäufen jüdische Kaufhäuser und Geschäfte zu meiden. Regierungspräsident von Henle verbot das Flugblatt, weil es "schwere Angriffe hetzender Art enthalte, die geeignet seien, die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu gefährden." Zu Beginn des Jahres 1926 ließ die Würzburger Stadtverwaltung die dritte Ausgabe des kurz zuvor geschaffenen NSDAP-Periodikums "Die Sturmfahne. Unterfränkisches Kampfblatt für Wahrheit und Gerechtigkeit" beschlagnahmen. Das von Hellmuth herausgegebene und von Ludwig Mölter redigierte Blatt nannte

im Februar 1926 "jüdische Geschäfte, die sich hinter Decknamen verstekken":

"Central-Café (C.C.), Inhaber: der Jude Jakob Strauß! Frankfurter Damen-Mäntel-Geschäft, Inhaber: der Jude Lebowitsch! Schuhhaus Sternhof, Inhaber: der Jude Grünebaum! Dein Grundsatz - Deine Pflicht: Niemals beim Juden kaufen!" (532)

Während der folgenden zwei Jahre erschwerte die innenpolitische Konsolidierung die nationalsozialistische Agitation. Parteimitglieder traten des öfteren als Diskussionsredner in den Veranstaltungen anderer Parteien auf. (533) 1926 entstand die Würzburger Hitler-Jugend; Vorläufer war die völkische Jugendgruppe Jungsturm gewesen, die nach dem Hitlerputsch zerschlagen worden war. (534)

Am 25. März 1927 sprach der Nürnberger NSDAP-Stadtrat und "Stürmer"-Redakteur Karl Holz im "Luisengarten" vor Würzburger Gewerbetreibenden. Holz brüstete sich damit, die Nationalsozialisten hätten durch ihre "Aufklärung" jüdische Kaufhäuser in Nürnberg, Bayreuth und Zwickau in den Ruin getrieben. (535) Im gleichen Jahr ernannte Hitler Otto Hellmuth zum NSDAP-Gauleiter für Unterfranken. Hellmuth hatte schon zuvor seinen Bund Frankenland in die neugegründete SA überführt, nachdem der Bund am 28. Juni 1925 in Würzburg noch seinen zweiten ordentlichen Bundestag veranstaltet hatte. Seit 1924 war Hellmuth Ratsherr in Marktbreit; 1928 wurde er auf der NSDAP-Liste in den bayerischen Landtag gewählt. (536)

Das Jahr 1928 stand für die Würzburger NSDAP ganz im Zeichen verstärkter Boykottpropaganda gegen jüdische Kaufhäuser. Im November publizierte das auch in Würzburg vertriebene Bamberger NSDAP-Kampfblatt "Die Flamme" unter der Überschrift "Der jüdische Warenhaus-Moloch" einen Artikel, in dem Mitglieder eines katholischen Würzburger Ordenshauses davor gewarnt wurden, sich weiterhin von einem "Judengeschäft" beliefern zu lassen:

"/Die Ordensangehörigen werden/ sicher einsehen, daß es auch ein Gebot christlicher Nächstenliebe ist, bei seinem Nächsten, dem Christen, zu kaufen und nicht beim Juden; sie werden einsehen, daß man nicht beim kleinen christlichen Geschäftsmann Spenden für Kirchenbauten, für Ordenshäuser und sonstige religiöse Zwecke sammeln kann und dann dasselbe Geld dem Juden ins Haus tragen darf! /.../ Also: Ordenshäuser, Geistliche,Schwestern! Einsehen, daran denken und danach handeln: Ihr seid Christen, darum kauft nur bei Christen! Denkt besonders daran, wenn nun Weihnachten naht!!" (5379

Der Inhaber des angeblichen "Judengeschäftes", der protestantische Kauf-

mann Bernhard Kupsch, beauftragte Rechtsanwalt Karl Rosenthal mit Schritten gegen "Die Flamme". Auf Antrag Rosenthals verbot die I. Zivilkammer des Landgerichts Würzburg am 6. Dezember 1928 bei Androhung von Haftsstrafen bis zu sechs Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung, "in der Zeitschrift 'Die Flamme' das Geschäft der Firma Kupsch & Co G.m.b.H. als jüdisches Warenhaus zu bezeichnen und christliche Kreise, insbesondere Ordenshäuser, Geistliche und Schwestern, zu warnen, daß sie in diesem Geschäft kaufen." (538)

Als wahrscheinlicher Verfasser des Artikels kommt der Würzburger Journalist Ludwig Mölter in Frage, der für "Die Flamme" und den "Völkischen Beobachter" schrieb. Das Schwurgericht Bamberg hatte Mölter am 5. Juli 1927 wegen zweier Vergehen wider die Religion zu einer Geldstrafe von 500 RM verurteilt. Anlaß war ein Artikel Mölters im "Völkischen Beobachter" gewesen. (539)

Am 4. Dezember 1928 veröffentlichte die Würzburger C.V.-Ortsgruppe im "General-Anzeiger" einen halbseitigen Aufruf, der folgenden Wortlaut hatte:

"Mitbürger, laßt Euch nicht verhetzen! Die nationalsozialistische Arbeiterpartei veranstaltet in Würzburg in kurzer zeitlicher Aufeinanderfolge öffentliche Versammlungen, in welchen auswärtige Redner darauf ausgehen, unter Ausbeutung der niedrigsten Instinkte, wie Ritualmordmärchen und politischer Schlagworte, das bisherige gute Einvernehmen innerhalb der hiesigen Bürgerschaft gegenüber der jüdischen Geschäftswelt zu zersetzen. Demgegenüber appellieren wir an den gesunden Sinn unserer Mitbürger. Wer für anständigen politischen Kampf, wer für religiöse Duldsamkeit und Nächstenliebe eintritt, wer die Hereinziehung politischer Gegensätze in das Wirtschaftsleben und den wirtschaftlichen Boykott verurteilt, wer in geschlossener Einigkeit und im Zusammenarbeiten aller den einzigen Weg zum Wiederaufbau unseres deutschen Vaterlandes sieht, wird sich durch nationalsozialistische Hetzerei nicht beeinflussen lassen, sondern [sich] überall dafür einsetzen, daß roher, antisemitischer Kampf in Würzburgs Mauern nicht ausgetragen wird." (540)

b. Der "Ritualmord" von Manau (1929)

Die unbedingte Skrupellosigkeit, mit der die unterfränkische NSDAP inzwischen vorging, dokumentiert ihr Verhalten anläßlich des angeblichen "Ritualmordes" von Manau. In dem bei Hofheim gelegenen kleinen Dorf war am 17. März 1929 ein fünfjähriger Knabe mit einer Halswunde tot aufgefunden worden. Als erste nationalsozialistische Zeitschrift nahm sich der "Stürmer" noch im März des Themas an und behauptete, "der Beweis [sei] einwandfrei geliefert, daß es sich hier nur um einen jüdischen Blutmord handeln kann." Zweck des Mordes sei "die Gewinnung von Menschenblut" für die Zubereitung der Mazzot gewesen. (541)

Die bis ins Mittelalter zurückzuverfolgende Behauptung, der Mord sei ein integraler Bestandteil der jüdischen Religion, hatte im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts vor allem der katholische Hochschullehrer August Rohling in mehreren Schriften aufgestellt. (542) In Unterfranken existierte lange Jahre ein, allerdings vom Bischof nicht anerkannter, Wallfahrtsort, der seine Entstehung einem angeblichen jüdischen "Ritualmord" verdankte. (543)

Am 1. April 1929, dem Ostermontag, lud die NSDAP in Hofheim zu einer Versammlung über "Die Blutmorde der Juden" ein. Vor einem auf drei Säle verteilten Massenpublikum sprach zunächst "Stürmer"-Redakteur Karl Holz. In einer Rede zur "Schächtfrage" [!] rief anschließend Otto Hellmuth kaum verhüllt zum Mord an Juden auf:

"In Manau wurde ein kleiner, unschuldiger Mensch geopfert. Aber dieses Opfer ist nicht umsonst gebracht worden. Man kann ein Volk nur bis zu einem gewissen Grad mißhandeln, aber ein Volk, das auch nur noch geringe Lebenskraft hat, wird sich die weitere qualvolle Mißhandlung durch die Hebräer nicht gefallen lassen. Wir N.S. [Nationalsozialisten] werden das Volk jetzt wachrütteln und es zur Tat gegen seine fremdstämmigen Bedrücker aufrufen." (544)

Hellmuth und die örtliche NSDAP nutzten die Tatsache aus, daß die Polizei den Kindesmörder nicht zu fassen vermochte und den "Ritualmord"-Gerüchten von offizieller Seite lange Zeit nicht entgegengetreten wurde. Die Agitation zeigte die erwünschte Wirkung: Schon vor der Massenversammlung waren in der Hofheimer Gegend "die Aufregung und die Leidenschaft so groß, daß man jeden Tag mit Mord und Brandstiftung rechnen konnte. Nur die bestimmte

Erwartung, daß binnen kürzester Frist der Beweis des 'jüdischen Blutmordes' vollends erbracht werde, veranlaßte die aufgeregte Bevölkerung, bis zu diesem Tag noch zu warten und nicht sofort loszuschlagen." (545)

In einem Leitartikel des "Fränkischen Volksblatts" kritisierte Heinrich Leier das Bezirksamt Hofheim als "Musterbeispiel absoluter Ratlosigkeit":

"Man stelle sich die Situation vor! Durch den Mord des Kindes war die Aufregung in der ganzen Gegend auf das Höchste gestiegen. Die nationalsozialistische Presse hatte bestimmt behauptet, der Beweis sei erbracht, daß ein Jude der Mörder sei. Die Behörden wußten, daß dies nicht der Fall sei! Es geschah aber nichts zur rechtzeitigen Aufklärung der Öffentlichkeit! Und nun setzen die Nationalsozialisten am Ostermontag eine öffentliche Versammlung in Hofheim an mit dem Thema 'Die Blutmorde der Juden'. Jeder vernünftige Mensch konnte sich an den Fingern abzählen, daß die wahnwitzigen, blutrünstigen Lügenmärchen aus dem Mittelalter, welche in den Schriften und auf den Versammlungen der Nationalsozialisten vorgetragen werden, bei den aufgeregten Versammlungsbesuchern wirken mußten wie ein Feuerfunke im Pulverfaß. Jeder Jurist mußte sich sagen, daß durch die Fanatisierung des Volkes und die Festlegung der öffentlichen Meinung vielleicht die wirkliche Spur des Mörders verwischt werde, daß infolge der Massensuggestion es gar nicht möglich sein werde, objektive Feststellungen zu machen. Die öffentliche Versammlung, welche in den Augen des Volkes eine Gerichtssitzung über den Mord werden sollte, war also ein Eingriff in das Untersuchungsverfahren und mußte wirken wie eine Anstiftung zum Landfriedensbruch und zur Lynchjustiz. Diese Versammlung durfte in dieser Zeit bestimmt nicht stattfinden." (546)

In der zweiten Aprilwoche gab die gerichtliche Pressestelle in Bamberg endlich eine Erklärung heraus, in der die Argumentation des mehrere Wochen zuvor veröffentlichten "Stürmer"-Artikels Punkt für Punkt widerlegt wurde. (547) Inzwischen hatte Heinrich Leier selbst einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion geleistet. Am 15. April wies er unter der Schlagzeile "Die geschichtliche Wahrheit über die jüdischen Blutmorde" an Hand der wissenschaftlichen Literatur nach, daß es solche "Blutmorde" nie gegeben hatte. Leier mußte sich dabei auch mit dem von der NSDAP immer wieder vorgebrachten Argument auseinandersetzen, daß zwei angeblich von Juden ermordete Kinder von der katholischen Kirche heiliggesprochen worden waren. Der Hauptschriftleiter des "Volksblatts" bezeichnete dies als "ganz ohne Bedeutung" und fuhr fort: "Denn im Falle des Simon von Trient hat die päpstliche Kommission selbst festgestellt, daß die Beschuldigung gegen die Juden ungerecht war, und im Falle des Andreas von Rinn wird bestimmt überhaupt kein Geschichtskundiger behaupten, daß die abenteuerliche, durch innere Unwahrscheinlichkeiten auffallende Geschichte, die erst einige hundert Jahre nach dem angeblichen Ereignis aufgezeichnet wurde, irgend eine Spur von

Glaubwürdigkeit besitzt im Sinne einer Anklage gegen die Juden." (548)

Den Leier-Artikel druckten verschiedene Blätter nach, darunter das BVP-Organ "Bayerischer Kurier" und der "Bayerische Staatsanzeiger". (549) Der Würzburger C.V. veröffentlichte den Artikel, ergänzt durch die Erklärung der gerichtlichen Pressestelle, in der ersten Maiwoche in allen vier Würzburger Tageszeitungen als ganzseitige Anzeige. (550) Zur gleichen Zeit ordnete der bayerische Kultusminister Goldenberger an, daß die unterfränkischen Schulkinder über die Haltlosigkeit des Ritualmordvorwurfs aufzuklären seien. (551)

Goldenberger berichtete im Haushaltsausschuß des Landtags, daß eine jüdische Delegation sich bei ihm "bitter über die Verhetzung in der Gegend von Manau" beklagt habe. Dabei seien auch "ernste Befürchtungen für die Sicherheit der dortigen israelitischen Volksgenossen geäußert" worden. Den weiteren Fortgang der Debatte schilderte das "Jüdische Echo": "Auf einen fragenden Zwischenruf der Nationalsozialisten: 'Volksgenossen?' erwiderte der Minister mit erhobener Stimme: 'Jawohl, sie sind Reichsbürger, wie wir alle, sind Volksgenossen, sind Deutsche!'" (552)

Der Manauer "Ritualmord"-Fall wurde von der Propaganda der unterfränkischen NSDAP in vielfältiger Weise aufgegriffen. Um die Wirkung der von Hellmuth und Holz abgehaltenen zahlreichen Veranstaltungen noch zu verstärken, publizierte der Gauleiter eine Postkarte mit dem Bild des ermordeten Karl Keßler und der Behauptung, in vielen Prozessen sei nachgewiesen worden, daß Juden Kindern "die Kehle durchgeschnitten, das Blut auffingen und zu rituellen Zwecken verwendeten." (553) Im Eigenverlag gab Hellmuth ein "Kampfblatt gegen Lüge u. Volksverdummung" heraus, dem er den Namen "Die Hilfe" gab und das "den Heuchlern die Lügenmäuler stopfen" sollte - vor allem Heinrich Leier, den er in der ersten Ausgabe, datiert "im Ostermond 1929", heftig angriff. (554)

Auch die Kultusgemeinden des Bezirksrabbinats Burgpreppach, zu dem Haßfurt und Manau gehörten, wandten sich in einer ausführlichen vierseitigen Stellungnahme an die Bevölkerung der Gegend. Die wahrscheinlich in größerer Auflage verbreitete Schrift "Bluttat von Manau" appellierte an den gesunden Menschenverstand:

"Brauchen die Juden zum Osterfeste Blut? Juden gibt es auf der ganzen Welt

und sie feiern alle ihr Osterfest - in diesem Jahre übrigens am 25. April, also ungefähr 6 Wochen nach dem Tage, an welchem der Mord geschah. Wenn die Juden wirklich zu ihrem Osterfeste Blut nötig hätten, so müßten es die Juden in Europa, in Asien und Amerika doch alle gleichzeitig benötigen. Glaubt irgend ein vernünftiger Mensch, daß das Blut des ermordeten Knaben von Hofheim aus in so und soviele Portionen verteilt nach allen Richtungen der Welt versandt worden sein soll? Glaubt irgend ein Mensch, daß diese Versendung durch die Post unauffällig hätte stattfinden können, und daß das ein einzelner Mensch besorgen kann, ohne daß er sofort dabei ertappt wird? Kein vernünftiger Mensch kann so etwas für möglich halten. Aber die Judengegner sagen, die Juden brauchen das Blut, um es in die Mazzen zu verbacken. Nun ist das Mazzenbacken keine geheime Kunst und wird auch nicht einmal ausschließlich von Juden besorgt. Gerade in unserem Bezirk ist eine Mazzenbäckerei, in welcher fast nur nichtjüdische Arbeitskräfte angestellt und tätig sind; glaubt irgend ein vernünftiger Mensch, daß diese nichtjüdischen Arbeitskräfte es nicht merken würden, wenn in den Mazzenteig Blut hineingebracht würde, oder glaubt irgend ein vernünftiger Mensch, daß, wenn diese Arbeitskräfte irgend etwas von dem Blut bemerkt hätten, sie dazu schweigen würden? Jeder Vernünftige muß zugeben, daß diese Annahmen Unsinn sind." (555)

Nachdem Hellmuth und Holz am 30. April auch in Würzburg den Ritualmordvorwurf in einer öffentlichen Versammlung erhoben und weder die Regierung von Unterfranken noch die Würzburger Polizeidirektion ein Verbot für nötig erachtet hatten (556), rief der Würzburger C.V. zu einer eigenen Kundgebung auf. (557) Der "Huttensche Garten" war am Abend des 6. Mai überfüllt. Unter den rund 1500 Besuchern befanden sich auch zahlreiche Nichtjuden sowie ein von Holz und Hellmuth angeführtes Kontingent von 300 bis 400 Nationalsozialisten. (558) Justizrat Rosenthal begründete die Notwendigkeit der Veranstaltung:

"Wir mußten uns nunmehr wehren, einmal um den Angriff auf unsere Religion, die uns ebenso heilig ist wie jedem, abzuwehren, und andererseits, um die Tatsache, daß eine Vergiftung in die Bevölkerung hineingetragen wird durch die Behauptung, daß die Kinder nicht sicher seien vor Ermordung von unseren Leuten, zu bekämpfen. Mit diesem Märchen war Schrecken in der Öffentlichkeit verbreitet worden. Mit diesem Augenblick, wo man noch im zwanzigsten Jahrhundert in der Öffentlichkeit erklärte, daß es einen Ritualmord gäbe, da war es unsere heilige Pflicht, an diese selbe Öffentlichkeit zu gehen und in die Öffentlichkeit hinauszuschreien, welches Unrecht uns damit zugefügt worden ist." (559)

Rosenthal verlas einen Brief des ursprünglich als Versammlungsredner vorgesehenen Theologieprofessors Johannes Hehn, der schriftlich versicherte, "daß kein ernster Gelehrter an einen Ritualmord glaubt". (560) Der evangelische Pfarrer Rudolf Wintermann aus Frankfurt am Main bezeichnete den "Ritualmord" als "alten Ladenhüter und sonst nichts". Nach dem Syndikus des Centralvereins, Alfred Wiener aus Berlin, sprach Hans Löffler. Er erinnerte

daran, daß die letzte deutsche Hexenverbrennung in Würzburg stattfand und fragte: "Sollte Würzburg auch die letzte Stadt sein, in der man sich über Ritualmorde erhitzt?" (561)

Hellmuth und Holz wiederholten in ihren Debattenbeiträgen die bekannten Argumente und bezeichneten Wintermann als "Judenknecht". (562) Als SPD-Stadtrat Hans Brandmann Stellung nehmen wollte, wurde er von den Nationalsozialisten niedergeschrieen. Auch das Schlußwort von Pfarrer Wintermann ging im Tumult der NSDAP-Anhänger unter. Gegen 23.30 Uhr mußte der diensthabende Polizeioffizier die Kundgebung auflösen. Unter den Kampfgesängen der Nationalsozialisten leerte sich der Saal. (563)

Am 4. November 1929 wurden "Stürmer"-Herausgeber Julius Streicher und Redakteur Karl Holz wegen der Artikel über den Manauer Fall zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt. (564) Anläßlich des Prozesses vor dem Nürnberger Schwurgericht hieß es in einer Erklärung der Bayerischen Rabbinerkonferenz: "Wir danken allen Behörden und Personen, die in Erfüllung gesetzlicher und menschlicher Pflicht die Verbreiter beschimpfender Angriffe gegen unsere Religionsgesellschaft zur Rechenschaft gezogen haben. Unsere Glaubensgenossen aber möge dies in dem Vertrauen bestärken, daß im Kampfe gegen Haß und Lüge immer noch Recht und Wahrheit sich durchsetzen werden." (565)

Arnold Paucker bezeichnete diesen Prozeß allerdings gerade als "das beste Beipiel" dafür, daß es den nationalsozialistischen Angeklagten häufig gelang, "während der Verhandlungen den Gerichtssaal zu beherrschen, sich über die Richter lustig zu machen und den Prozeß für ihre eigenen Propagandazwecke auszubeuten." Das Verfahren sei "zu einem Forum für Nazipropaganda geworden" und der Ausgang habe "eher einen Sieg für die NSDAP" bedeutet. Die Angeklagten seien "von ihren jubelnden Anhängern als Helden gefeiert" worden. (566)

Bei der Stadtratswahl am 8. Dezember 1929 erhielt die Würzburger NSDAP 4314 Stimmen, fast halb so viele wie die SPD und wesentlich mehr als DNVP oder DDP. Die Stadtratsfraktion wuchs auf vier Männer an: Zu Karl Wolz kamen Oberzollsekretär August Münich, Kaufmannsgehilfe Willy Lipday sowie Major a.D. und Regierungsrat a.D. Johannes Mertens hinzu. (567)

c. Das Schächtverbot (1930)

Am 29. Januar 1930 nahm der bayerische Landtag mit 65 gegen 42 Stimmen ein Gesetz an, das beim Schlachten von Tieren den allgemeinen Betäubungszwang einführte und damit das vom jüdischen Religionsgesetz vorgeschriebene Schächten ohne vorherige Betäubung des Tieres unmöglich machte. Das Schächtverbot, das am 1. Oktober 1930 in Kraft trat, bedeutete "einen schweren Eingriff in die [...] durch die Verfassung des Reiches und des Landes gewährleistete Gewissensfreiheit", wie es in einer Eingabe des VBIG hieß. (568) Die "Bayerische Israelitische Gemeindezeitung" urteilte: "Damit ist ein wichtiger Abschnitt in der kulturellen und politischen Geschichte Bayerns abgeschlossen." (569) Mit dem ersten Schächtverbot in einem Land des Reiches hatte die völkische Bewegung und mit ihr die NSDAP einen bedeutenden Erfolg erzielt. Ermöglicht wurde er von der SPD-Landtagsfraktion, deren größerer Teil mit den Nationalsozialisten stimmte, während die BVP das Gesetz geschlossen ablehnte.

Auch die Agitation gegen das Schächten gehörte zum völkischen Standardrepertoire; Antisemiten hatten ein Schächtverbot im Reichstag schon seit Ende des 19. Jahrhunderts gefordert. (570) Es war daher nur logisch, daß der Völkische Block am 22. April 1925 im bayerischen Landtag einen Antrag einbrachte, wonach die Staatsregierung ersucht werden sollte, unverzüglich durch Verordnung ein Schächtverbot zu erlassen. Der Antrag gelangte erst am 25. Februar 1926 zur Beratung in den Verfassungsausschuß des Parlaments und wurde dort abgelehnt. (571)

Nachdem dieser Vorstoß ergebnislos geblieben war, konnten die Völkischen den Tierschutzverein in München dazu bewegen, seinerseits eine Eingabe an den Landtag zu richten und darin die Zwangsbetäubung aller Schlachttiere zu fordern. (572) Die Eingabe wurde auch als Broschüre gedruckt und an sämtliche Tierschutzvereine und Tierärzte Deutschlands versandt. Die Broschüre stellte unter anderem die Behauptung auf, das Schächten ohne Betäubung stelle eine Tierquälerei dar. In einem Schreiben an den Landtag widerlegte der VBIG gemeinsam mit der Bayerischen Rabbinerkonferenz diese und andere Thesen der Tierschützer. Die Vertretung der bayerischen Juden sprach die Bitte aus, dem Antrag des Vereins nicht zuzustimmen, und wies insbesondere darauf hin, daß das Bewußtsein des Tieres wegen der außerordentlichen Blut-

drucksenkung im Gehirn sofort nach dem Schächtakt aufhöre. (573)

Der Landtag verwies die Behandlung der Schächtfrage an den Verfassungsausschuß. Hier erklärte am 23. Juni 1926 ein Vertreter des Innenministeriums, der Erlaß eines Schächtgesetzes sei Sache des Reiches; Bayern sei in dieser Frage gar nicht zuständig. Dennoch nahm der Ausschuß gegen die Stimmen der BVP, der Demokraten und der Kommunisten einen völkischen Antrag an, wonach das betäubungslose Schächten zu verbieten sei. (574) Das Plenum des Landtags befaßte sich am 8. Juli 1926 mit der Angelegenheit. Mit den Stimmen der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten, des Bayernbundes, der Sozialdemokraten und der Kommunisten gegen die BVP und die DDP nahm das Parlament eine Resolution an, deren erster, entscheidender Absatz lautete:

"Die Staatsregierung ist zu ersuchen
1. alsbald gesetzliche Anordnungen zu erlassen, wonach Rinder, Schafe, Ziegen, Pferde, Esel, Maulesel, Maultiere und andere Wiederkäuer, Schweine und Hunde, die geschlachtet werden, vor Beginn der Blutentziehung zu betäuben sind." (575)

Ähnliche Anträge hatten die Völkischen auch in anderen Landesparlamenten eingebracht, doch war Bayern das erste Land, in dem die Regierung mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzentwurfes und dessen Vorlage im Landtag beauftragt wurde. Die Völkischen hatten einen "Überraschungssieg" ("C.V.-Zeitung") errungen. (576)

Auch in Würzburg war das Schächten nicht unumstritten. Am 26. Mai 1926 wandte sich Oberbürgermeister Löffler an die Kultusgemeinde und monierte, daß wenige Tage zuvor David Sonn im Schlachthof den Schächtschnitt bei einem Ochsen so mangelhaft durchgeführt habe, daß das Tier "sich fortgesetzt vor Schmerzen krümmte und den Kopf und die Augen nach allen Richtungen verdrehte." Erst nach zehn Minuten habe ein Metzger den Leiden des Tieres ein Ende gemacht. Löffler forderte die Gemeinde auf, "Herrn Sonn zur fachgemäßen Schächtung anweisen zu wollen, damit sich derartige Vorkommnisse nicht mehr ereignen." Dem Oberbürgermeister war die Angelegenheit offensichtlich unangenehm; in einem Nachsatz distanzierte er sich von den Schächtgegnern und schrieb wörtlich: "Daß dieser Fall mit der Schächtfrage im Ganzen nichts zu tun hat, liegt auf der Hand, sei aber angesichts der gegenwärtigen Bewegung in der Schächtfrage ausdrücklich betont." (577)

Von der Verwaltung befragt erklärte Sonn, daß "von einer Tierquälerei gar keine Rede sein" könne. Bei den Zuckungen des Ochsen habe es sich um Reflexbewegungen gehandelt, wie sie bei geschächteten Tieren vorkämen. Der ebenfalls um eine Stellungnahme gebetene Rabbiner schrieb am 7. Juni 1926:

"Die ganze Darstellung des Verlaufs der Schächthandlung erinnert stark an den Tenor der schächtgegnerischen Schrift des /Münchner/ Tierschutzvereins, und die Möglichkeit erscheint nicht ausgeschlossen, daß der anzeigende Beamte seine Ausführungen nach Angabe des schächtgegnerischen /Würzburger/ Schlachthofdirektors gemacht hat." (578)

Der Beschluß des bayerischen Landtags vom 8. Juli 1926 erregte weit über die Landesgrenzen hinaus Aufsehen. Die "C.V.-Zeitung", größtes überregionales jüdisches Organ der Weimarer Republik (579), widmete ihm einen ausführlichen Beitrag. (580) Am 21. Juli 1926 empfing Reichskanzler Wilhelm Marx (Zentrum) den Berliner Rabbiner Dr. Munk, der darauf hinwies, daß ein Schächtverbot dem Artikel 135 der Reichsverfassung, der jedermann volle Glaubens- und Gewissensfreiheit und ungestörte Religionsausübung garantierte, widersprechen würde. (581)

Am 13. Februar 1927 trafen sich in Würzburg Schächter aus ganz Bayern und gründeten einen Landesverband jüdischer Metzgermeister. In der Versammlung wurde Kritik am allgemeinen Fleischerverband laut, der "bezüglich der Wahrung der Interessen seiner jüdischen Mitglieder versagt habe." (582) Gerson Haas bezeichnete den Zusammenschluß der Schächter als zweckmäßig, da eine solche Organisation die Mitglieder gegenüber den Behörden besser vertreten könne. Rabbiner Hanover erklärte, es sei "bedauerlich", daß in einem Kulturstaat die "Unterbindung eines religiösen Gebotes /.../ im Parlament /.../ zur Debatte gestellt worden sei." (583)

Als bayerische Tierschutzvereine im Februar 1929 erneut an den Landtag herantraten und ein Schächtverbot anmahnten, antwortete der VBIG mit einer weiteren Eingabe. (584)

Obwohl auch die Nationalsozialisten immer wieder auf die Vorlage des Schächtverbot-Gesetzentwurfs drängten, ließ sich die bayerische Regierung bis zum 16. Januar 1930 damit Zeit. Ihre Vorlage hielt sich dann genau an die 1926 vom Landtag angenommene Resolution; Zuwiderhandlungen gegen den Betäubungszwang wurden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit einer Geldstrafe

bedroht. In einer nur drei Tage später veröffentlichten Stellungnahme des VBIG baten die Vertreter der bayerischen Juden, in dem zu beschließenden Gesetz eine Ausnahme für das Schächten zuzulassen. Es könne "nicht angenommen werden", daß der bayerische Staat "unter Androhung von Gefängnisstrafen die Befolgung religiöser Vorschriften" verbieten wolle. (585)

Am 23. Januar 1930 stimmte der Verfassungsausschuß mit 15 gegen elf Stimmen dem Entwurf zu. Ausgerechnet die BVP stimmte erneut - und diesmal als einzige Partei - gegen den Entwurf einer Regierung, in der sie der entscheidende Koalitionspartner war. Zwei BVP-Redner argumentierten im Ausschuß, "daß hier ein bedenklicher Gewissenszwang und ein Eingriff in die religiöse Überzeugung der streng gläubigen Juden geübt" werde. (586) "Mit tiefem Schmerz" nahmen VBIG und Bayerische Rabbinerkonferenz von der Entscheidung des Ausschusses Kenntnis; ihr erneuter Appell, für das rituelle Schlachten eine Ausnahme vom Betäubungszwang in das Gesetz aufzunehmen, mußte nach Lage der Dinge ungehört verhallen. Nur die BVP versagte dem Gesetz am 29. Januar im Landtagsplenum die Zustimmung. (587)

Die Frage, warum die BVP in ihrer Funktion als Regierungspartei, die den Ministerpräsidenten stellte, ein Gesetz einbrachte, das sie dann geschlossen ablehnte, ist nur schwer zu beantworten. Womöglich versuchte die Partei, dem judenfeindlichen Koalitionspartner DNVP, der in der Landtagswahl vom 20. Mai 1928 einen kräftigen Stimmenzuwachs erfahren hatte, entgegenzukommen.

Noch außergewöhnlicher war, daß die SPD dem Gesetz in seinen verschiedenen Phasen zustimmte. Daß diese Entscheidung in der Fraktion nicht unumstritten war, geht aus der Tatsache hervor, daß sich elf der 33 Mitglieder vor der entscheidenden Abstimmung aus dem Plenarsaal entfernten. (588) Das "Jüdische Echo" warf der Partei vor, sie habe sich "von ausgesprochen antisemitischen Absichten ins Schlepptau nehmen" lassen (589), "obwohl eine Notwendigkeit dazu nicht im geringsten vorlag". (590) In Würzburg traten mindestens zwei jüdische SPD-Mitglieder wegen des Abstimmungsverhaltens aus der Partei aus. (591)

Über Versuche von jüdischer Seite, in der SPD vor der Parlamentsentscheidung einen Stimmungsumschwung herbeizuführen, berichtete der von jüdischen Eltern abstammende konfessionslose Münchner SPD-Politiker Philipp Löwenfeld in seinen Memoiren. Auf drängende Bitten des VBIG wandte sich Löwenfeld

wohl zu Beginn des Jahres 1930 an einige prominente Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion:

"Ich hatte es nicht für möglich gehalten, mit welchem zum Teil haarsträubenden Unsinn diese ihre Stellungnahme begründeten. Derjenige, der noch ungefähr der Intelligenteste war, sagte mir dem Sinne nach folgendes: Auch ein Sozialdemokrat müsse objektiv denken. Er könne etwas nicht nur um deshalb verwerfen, weil es von einem Reaktionär oder einem Nazi vorgeschlagen werde. Er halte tatsächlich die in dem Gesetzentwurf verlangte Tötungsart für humaner als die bisher von den jüdischen Metzgern praktizierte. [...] Er sei 'selbstverständlich' kein Antisemit, er sehe aber auch keinen Anlaß, den Juden 'Sonderrücksichten' zu erweisen und dadurch Naziangriffe auf sich und die Fraktion geradezu zu provozieren. Die Juden in Bayern hätten sich nicht so benommen, daß er zu solchen 'Sonderrücksichten' eine Verpflichtung fühle. Vor der Abstimmung über die Fürstenenteignung hätten die bayerischen Rabbiner genauso die Motive der Sozialdemokraten verdächtigt wie die bayerischen Kapuziner. Er habe keinen Grund, 'Judenpolitik' zu treiben, sondern wolle die Frage 'rein sachlich', ohne Haß gegen die Juden oder Liebe zu ihnen, entscheiden." (592)

Der hier angesprochene Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der 1918 beschlagnahmten Vermögen der ehemaligen deutschen Fürsten hatte am 20. Juni 1926 auf Grund einer Initiative von SPD und KPD stattgefunden. Die für die Maßnahme nötige Mehrheit der Stimmberechtigten war damals nicht erzielt worden. (593) Angesichts des in Kapitel III über die politische Orientierung der deutschen Juden Gesagten erscheint es logisch, daß deren rabbinische Repräsentanten einer Enteignung der bei vielen Juden noch immer in hohem Ansehen stehenden Fürsten nicht das Wort reden konnten. Diese Absage an ein sozialdemokratisches Postulat scheint in der bayerischen SPD eine tiefgreifende Verstimmung hervorgerufen zu haben. Philipp Löwenfeld startete dennoch einen weiteren Versuch, innerhalb der bayerischen SPD um Verständnis für die jüdische Haltung in der Schächtfrage zu wecken. Er nahm Kontakt zu Erhard Auer auf, einem einflußreichen Mitglied der SPD-Landtagsfraktion, der als Vizepräsident des Parlaments und Chefredakteur des SPD-Organs "Münchner Post" fungierte:

"Ich verlangte von ihm [Auer], daß er mir die Spalten des offiziellen Parteiorganes für eine öffentliche Polemik gegen die Haltung der Landtagsfraktion in der Schächtfrage zur Verfügung stelle. Auer bekannte mir ohne Umschweife, daß er selbst die Haltung der Fraktion in dieser Angelegenheit nicht weniger verwerfe als ich. Er meinte aber, da sich die Mehrheit der Fraktion schon sehr weitgehend festgelegt habe, sei es wohl nicht mehr möglich, sie von ihrem Entschluß, mit den Nazis und Deutschnationalen gegen die bayerischen Klerikalen zu stimmen, noch abzubringen. Er äußerte Bedenken, ob unter solchen Umständen die Zulassung einer öffentlichen Polemik im Parteiorgan nicht das 'Ansehen' der Fraktion irgendwie schädigen könne." (594)

Es gelang Löwenfeld, Auer davon zu überzeugen, daß in einer solch grundsätzlichen Frage das Ansehen der Fraktion nicht durch Disziplin erhalten werden könne. In einem am nächsten Tag in der "Münchner Post" veröffentlichten Artikel warf Löwenfeld den sozialdemokratischen Parlamentariern, die das Schächtverbot befürworteten, vor, mitzuhelfen, "die Reichsverfassung zu brechen", da es sich "zweifellos um eine der Reichsgesetzgebung vorbehaltene Frage" handle. Die SPD, die sich stets für die Gewissensfreiheit eingesetzt habe, verstoße nun gegen eines ihrer wichtigsten Grundprinzipien, "wenn einer kleinen Minderheit jener Schutz versagt werde". Löwenfeld polemisierte gegen die Tatsache, daß sich die Fraktion bei ihrer Stellungnahme "auf Gründe der Humanität berufen" habe. "Was es hiermit für eine Bewandnis habe, ersehe man sofort, wenn man sich die Gesellschaft ansehe, in der sich die sozialdemokratischen Fraktionsvertreter bei dieser ihrer Stellungnahme befunden hätten." (595) Der Artikel erreichte sein Ziel nicht: "Die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion war durch diesen Gesichtspunkt nicht in Verlegenheit zu bringen und verharrte 'fest' auf ihrem inhumanen und verfassungswidrigen Standpunkt. Eine Minderheit aber [...] stimmte zwar nicht gegen das Gesetz, entfernte sich aber vor der Abstimmung - unter Führung von Erhard Auer - aus dem Sitzungssaal." (596)

Im März 1930 nahm Siegmund Hanover zu dem Gesetz Stellung. Im Schabbatgottesdienst wies der Rabbiner darauf hin, "daß ein solcher Eingriff in die religiösen Gebräuche der Juden nicht einmal in den Zeiten der schwersten Judenverfolgungen versucht worden sei. Man habe daran nicht einmal gedacht, als man früher die Juden knechtete, folterte und tötete. Es handle sich um ein Ausnahmegesetz gegen eine Minderheit." (597)

Alle rituell lebenden bayerischen Juden mußten fortan geschächtetes Fleisch aus benachbarten Ländern des Reiches beziehen. Würzburg war dabei von den bayerischen Gemeinden geographisch am günstigsten gelegen, da die badische Grenze in wenigen Minuten mit dem Auto zu erreichen war. Die jüdischen Metzger Würzburgs kamen mit der Heidingsfelder Großmetzgerei Justin Uhlfelder überein, daß diese in Gerchsheim, einem kleinen Ort an der Straße nach Tauberbischofsheim, unmittelbar hinter der badisch-bayerischen Grenze gelegen, durch die Würzburger Schächter die in der Gemeinde benötigten Tiere schlachten lassen sollte. (598)

Das Schächtverbot wurde zu einer "Kernfrage für das gesamte /bayerische/ Metzgerhandwerk." (599) Als der Schächterverband im Herbst 1932 seine Hauptversammlung in Würzburg abhielt, nahm daran auch der Würzburger BVP-Stadtrat und Obermeister der Metzgerinnung, Karl Trost, teil. Trost beklagte vor seinen jüdischen Kollegen die Auswirkungen des Verbotes als "katastrophal". Rund 40000 Tiere, die früher jährlich in Bayern rituell geschlachtet worden seien, würden nun in außerbayerischen Ländern geschächtet. Dies habe dazu geführt, daß sich die Zahl der beschäftigungslosen Metzgergesellen um 200 vermehrt habe; auch den Häute und Fellverwertern entstünden große Ausfälle. Einstimmig faßte die Versammlung den Beschluß, "zur gegebenen Zeit und im Einvernehmen mit dem Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden beim bayerischen Landtag den Antrag auf Aufhebung des Schächtverbotes zu stellen." (600)

d. Der Habima-Skandal (1930/31)

Das Jahr 1930 brachte den Nationalsozialisten außer dem Erfolg in der Schächtfrage einen weiteren Triumph: Bei der Reichstagswahl am 14. September gewann die NSDAP in Würzburg mehr als 5000 Stimmen gegenüber der neun Monate zurückliegenden Kommunalwahl hinzu. Die Partei hatte nun die SPD fast eingeholt und alle anderen Parteien, mit Ausnahme der BVP, weit hinter sich gelassen. (601)

Am 13. Oktober 1930 spielte der NSDAP-Landtagsabgeordnete Wahl aus Augsburg im "Huttenschen Garten" die Judenfeindschaft der NSDAP herunter: "Was den Vorwurf des Antisemitismus betreffe, so dächten die Hitlerleute gar nicht daran, im neuen Reiche 'der Reihe nach aufzuhängen', ihr Kampf gelte nicht der Person des Juden, sondern dem jüdischen System; allerdings den seit 1918 Eingewanderten würde 'der Marsch geblasen'." (602)

Für den Abend des 19. November 1930 war im Würzburger Stadttheater ein Gastspiel der in Moskau beheimateten, hebräischsprachigen Theatertruppe Habima angekündigt. Nach gefeierten Auftritten in aller Welt war die Habima bereits im Januar in Würzburg mit dem Stück "Der Golem" auf begeisterte Resonanz gestoßen. Theo Kaufmann hatte die Aufführung im "General-Anzeiger"

als "Sensation" bezeichnet; "Schauer stärkster Kunst" hätten das Publikum gepackt. (603) Des großen, auch finanziellen, Erfolges wegen griff die Theaterleitung das Angebot eines weiteren Gastspiels auf. Gegeben werden sollte "Der Dybuk", ein 1920 entstandenes Drama des russischen Autors An-Ski, eine mystische Liebesgeschichte im ostjüdischen Milieu, geprägt von der ostjüdischen Volksfrömmigkeit des Chassidismus. (604) Es war damit zu rechnen, daß, ebenso wie im Januar, vor allem Mitglieder der jüdischen Gemeinde die Aufführung besuchen würden, auch und gerade solche, die kaum über Hebräischkenntnisse verfügten, das Stück aber wegen seiner kulturhistorischen Bedeutung sehen wollten. (605)

Während des Tages wurden in der Stadt und insbesondere vor der Universität Flugblätter verteilt, in denen die NSDAP-Ortsgruppe unter der Schlagzeile "Kulturbolschewismus in Würzburg" gegen das Habima-Gastspiel Stellung nahm. Diese "Kulturschande" sei nicht nur eine "nationale Würdelosigkeit", sondern bedeute auch eine "Herausforderung all derer, die sich noch einen Funken deutschen Empfindens bewahrt" hätten. (606) Das Flugblatt rief zu einer Protestaktion auf:

"Würzburger, der Jude scheut sich also nicht davor, das Stadttheater, das von Euren Steuergroschen erhalten wird, zum Schauplatz einer Reklame für seine Kultur, die keine ist, herabzuwürdigen. Es ist geradezu unverständlich, wie eine deutsche Theaterintendanz ihre Räume zu einem solchen Unternehmen hergeben kann. [...] Würzburger! Studenten! Protestiert mit uns gegen diese Kulturschande! Hinein in die Abwehrfront des erwachenden Deutschland! Gegen die Bolschewisierung des Theaters! Für deutsche Art und Kultur!" (607)

Bereits eine halbe Stunde vor dem auf 20 Uhr festgesetzten Vorstellungsbeginn hatten sich Hunderte von meist halbwüchsigen Demonstranten - unter ihnen eine beträchtliche Anzahl Studenten - vor dem Theater versammelt, die "Deutschland erwache! Juda verrecke!" riefen. (608) Die Vorstellungsbesucher mußten durch die Menge Spießruten laufen. Die Würzburger Polizeiführung hatte zwar Stunden zuvor von dem Protestaufruf der NSDAP erfahren und einige Flugblätter beschlagnahmt, die Straßen um das Theater aber nicht absperren lassen, sondern nur im Gebäude selbst Schutzleute postiert. Um 20 Uhr schlugen die Demonstranten mit Stöcken und Fäusten gegen die Türen und Fensterläden des Theaters, warfen mit Steinen und pfiffen. Als einer der Anführer schrie: "Nieder mit den Juden, raus mit den Hebräern! Schlagt sie tot!", versuchte ein Teil der Menge ins Theater einzudringen, was Polizeibeamte mit einiger Mühe verhindern konnten.

Verschreckt verfolgten die Theaterbesucher im Zuschauerraum die Sprechchöre und den Lärm. Eine 17jährige Gymnasiastin empfand "schreckliche Angst, daß wir alle in einer Falle waren, daß keiner uns beschützte und daß wir nicht lebendig herauskämen." (609)

Erst um 20.27 Uhr erhielten die 24 zum Schutz des Theaters aufgebotenen Polizisten Verstärkung. Die Menschenmenge wurde aus der Umgebung des Gebäudes abgedrängt, wobei mehrere Nationalsozialisten Widerstand leisteten. Ein Demonstrant brachte einem Polizisten eine blutende Gesichtswunde bei, andere warfen mit Steinen und riefen: "Ihr Bluthunde!" Wegen des immer noch relativ kleinen Polizeiaufgebotes gelang es lediglich, die Menge, die inzwischen auf etwa 1000 Menschen angewachsen war, in Seitenstraßen abzudrängen. Das Johlen hinter der Absperrung dauerte an, doch die Vorstellung konnte mit erheblicher Verspätung endlich beginnen. Zu den Zuschauern zählte auch Otto Hellmuth.

Über die Ereignisse nach Schluß der Aufführung berichtete Karl Rosenthal später in einer Protestveranstaltung des Centralvereins:

"Die Theatervorstellung endigte um 1/2 12 Uhr. Es waren also drei Stunden Zeit, um durch polizeiliche Hilfe den Heimweg der Theaterbesucher sicherzustellen, wie dies vor Beginn der Vorstellung von der Bühne bekanntgegeben wurde. Trotzdem geschah das Unglaubliche, daß die Hauptverkehrsstraßen, deren sich die Theaterbesucher zum Heimweg bedienen mußten, abgesperrt waren; so war insbesondere die Maxstraße zwischen der Vereinsbank und dem Museum von einer Mauer Menschen besetzt, die durch einige Schutzleute zurückgehalten war, ebenso der Ausgang der Theaterstraße nach der Juliuspromenade, so daß für alle in der Sanderau wohnenden oder zum Bahnhof gehenden Theaterbesucher die Hauptstraßen abgeriegelt waren. Beim Theaterausgang wurde von Polizeiorganen ausdrücklich erklärt, statt der Maxstraße ist der Weg durch den Ingolstadter Hof und /die/ Domerpfarrgasse frei. Man hatte also den Theaterbesuchern die Hauptstraßen abgeschnitten und ihnen dafür dunkle Nebengassen zum Verkehr freigelassen. Dies machten sich die Demonstranten zunutze. In dem dunklen Ingolstadter Hof, der lediglich am Schrannensaal polizeilich bewacht war, bildete sich eine Menge, die alle durchgehenden Personen, die nach Hunderten zählten, mit Johlen, Schreien und Beschimpfungen belästigten. Aber nicht genug damit. Dem Referenten liegen 12 Anzeigen vor von Personen, die teils im Ingolstadter Hof, teil in der Domerpfarrgasse tätlich angegriffen worden sind. /.../ In keinem dieser Fälle von Tätlichkeiten hatte ein Schutzmann eingeriffen oder war polizeiliche Hilfe erreichbar." (610)

Die "Deutsche Israelitische Zeitung" beschrieb das Verhalten der Polizei so: "Die Polizei war in vielen Fällen vielleicht machtlos, weil oft ein Polizist 50-100 Leuten gegenüberstand. Sie wartete auf Verstärkung oder auf Wunder. Jedenfalls lief sie ratlos herum oder stand untätig herum /.../." (611)

Währenddessen waren die Theaterbesucher den Angriffen der Demonstranten schutzlos ausgesetzt:

"Die Kaufmannsfrau Pf., ihre Tochter und ihr Sohn, wurden von den Burschen angeschrieen: 'Seid ihr koscher?' Dem Sohn wurde ein Bein gestellt und ein heftiger Schlag ins Gesicht versetzt. Schüler der Israelitischen Lehrerbildungsanstalt wurden durch Fußtritte und Ohrfeigen mißhandelt und beschimpft. Der Handlungsgehilfe R. wurde in der Domerpfarrgasse von 6 bis 8 jungen Burschen überfallen, wobei ihm einer zurief: 'Ich hab'heut'abend auch schon wegen euch Jüdle von der Polizei 'kriegt, die müßt ihr jetzt auch wieder kriegen!' R. erhielt dann einen heftigen Schlag ins Gesicht und wurde von der ganzen Truppe derart verprügelt, daß er zu Boden stürzte, wo er dann noch mit Füßen getreten wurde. Er erlitt Verletzungen an der linken Kieferseite, an der Nase, am rechten Ohr, an der Oberlippe, an der Stirne sowie am Scheitel und mußte auf die Sanitätswache gebracht werden, wo er verbunden wurde. Der Kaufmann B. erhielt einen Schlag ins Gesicht, so daß ihm der Hut herunterfiel und die Brille zertrümmert wurde. Eine Frau P. wurde in die Seite und in die Kniekehle gestoßen." (612)

In der Eichhornstraße mißhandelte eine Gruppe junger Männer einen Ingenieur aus Nürnberg mit Faustschlägen, nachdem eine Demonstrantin gerufen hatte: "Das ist ein Jude, schlagt ihn tot!" (613) Oberbürgermeister Löffler, der am späten Abend zum Theater ging, wurde angepöbelt und als "Judenbürgermeister" bezeichnet. (614) Eine jüdische Augenzeugin: "Wie ich nach Hause kam, weiß ich nicht mehr, nur daß es um 1 oder 2 Uhr morgens war und die Angst mich tagelang nicht verließ." (615)

Am nächsten Tag verurteilten die Würzburger Zeitungen den "Hexensabbat" ("Landeszeitung") (616) in ausführlichen Artikeln. Lediglich der "General-Anzeiger" enthielt sich jeder Meinungsäußerung und vermerkte nur, es sei "neu für Würzburg", daß man nun "auch Theateraufführungen zum Gegenstand von politischen Demonstrationen" mache. (617) Dagegen fand es das "Volksblatt" "merkwürdig", daß die Polizeiverwaltung dem "widerlichen Skandal" nicht energischer entgegengetreten sei, obwohl sie von der beabsichtigten Protestaktion gewußt habe. Selbst als man um 20 Uhr "dringend um Unterstützung telefonierte", habe die Verstärkung noch eine halbe Stunde auf sich warten lassen. (618) Der "Volksfreund" sprach vom "Bankerott der Ordnung" und vom "geschändete/n/ Ansehen Würzburgs". (619)

In der Senatssitzung des Stadtrats vom gleichen Tag brachte SPD-Stadtrat Adolf Racky die Angelegenheit zur Sprache. Er führte den mangelhaften Einsatz der Polizei auch auf die Verstaatlichung der städtischen Polizeibeamten zurück. "Solange die Stadt die Polizeigewalt in Händen hatte", sei es

gelungen, "derartige Exzesse zu unterbinden." (620) Der Oberbürgermeister versuchte sichtlich ohne innere Überzeugung, die Polizeidirektion zu verteidigen. Dort habe man offenbar den Eindruck gehabt, daß "lediglich" eine Störung der Aufführung selbst geplant gewesen sei, "etwa durch Werfen von Stinkbomben und dergleichen". Löffler klagte, noch nie habe "die 'Habima' in deutschen Städten solche Anfechtungen erfahren. Es war Würzburg vorbehalten, sie am Spielen hindern zu wollen." (621)

Karl Wolz, der Führer der NSDAP-Stadtratsfraktion, bestritt, daß "von parteioffizieller Seite" die Ausschreitungen vorbereitet und organisiert worden seien, was der Senat mit Gelächter quittierte, da das Flugblatt den Namen der Würzburger NSDAP getragen hatte. Wolz behauptete, "daß ich unseren jungen Leuten, die wirklich bei uns organisiert sind, jederzeit und deutlich derlei Sachen verwehre." (622)

Ebenfalls noch am 20. November 1930 diskutierten jüdische Bürger Würzburgs in einer vom C.V. und der Kultusverwaltung gemeinsam einberufenen Versammlung die Ereignisse um das Habima-Gastspiel. Einstimmig nahm man eine von Karl Rosenthal vorgelegte Resolution an, in der die Vermutung geäußert wurde, "daß es am guten Willen derjenigen Stellen gefehlt hat, die für Ruhe und Ordnung verantwortlich sind". Es müsse "dringend verlangt" werden, "daß gegen die Rädelsführer der Demonstration und gegen diejenigen, die die Tätlichkeiten erlaubt haben, mit aller Schärfe des Gesetzes vorgegangen wird und daß ferner für die Zukunft Garantien geboten werden, daß nicht noch einmal derartige Szenen möglich sind." (623) Einem Vorschlag von Rabbiner Hanover folgend beschloß die Versammlung, daß eine Deputation beim Ministerpräsidenten Heinrich Held und bei Innenminister Stützel vorstellig werden solle. (624)

Im Verlauf der Versammlung wurde ein jüdischer Selbstschutz geschaffen, da Reichsbanner und SPD nicht mehr in der Lage seien, die jüdischen Bürger Würzburgs zu schützen. Das Reichsbannermitglied Josef Adler wandte sich gegen die Gründung, da nur in einer festgefügten Großorganisation dieses Ziel erreicht werden könne, Zersplitterung dagegen Schwächung bedeute. Adler forderte zum Massenbeitritt in das Reichsbanner auf. (625) Ein großer Teil der Versammelten verlangte dagegen zunächst einmal die Wahrung der ureigensten jüdischen Interessen. Die Zentrale des Selbstschutzes wurde in der Wohnung von Stadtrat Bruno Stern eingerichtet. Dort konnten jüngere C.V.-

Mitglieder zum Schutz der Person und des Eigentums angefordert werden. (626)

Die Zionisten Würzburgs nahmen die Ereignisse vor dem Theater zum Anlaß, bei einem Treffen folgende Resolution anzunehmen:

"Die Versammlung des Zionistischen Arbeitskreises vom 25. November 1930 erwartet angesichts der empörenden Vorfälle anläßlich des Habimagastspiels die Zusammenfassung aller zur Abwehr bereiten Kräfte der jüdischen Gemeinde Würzburgs. Gleichzeitig fordert sie alle geeigneten Maßnahmen, die zur Stärkung des jüdischen Selbstbewußtseins nach innen und außen beitragen können." (627)

Die Debatte im Stadtrat und der jüdische Protest scheinen die Würzburger Polizeidirektion nicht gänzlich unbeeindruckt gelassen zu haben. Eine für den 23. November angesetzte NSDAP-Versammlung, in der Hellmuth unter dem Motto "Kulturbolschewismus im Würzburger Stadttheater" seine Eindrücke von der "Dybuk"-Aufführung wiedergeben wollte, wurde kurzfristig verboten. (628) Am 27. November untersagte die Direktion auch jedes geschlossene Auftreten von NSDAP und NSDStB in der Öffentlichkeit (629), doch waren die Verbote Mitte Dezember bereits wieder aufgehoben. (630)

Am 4. Dezember berichtete Gerson Haas in der Kultusverwaltung über die Unterredungen, die er, Rabbiner Hanover und Karl Rosenthal beim Rektor der Universität sowie beim Regierungs- und beim Polizeipräsidenten gehabt hatten. Die Verwaltung stimmte dem Vorschlag von Haas zu, "von einer Fürsprache beim Ministerpräsidenten und dem Minister des Innern in München abzusehen", offensichtlich wegen des unbefriedigenden Verlaufs der Gespräche in Würzburg. (631)

Während die Würzburger Justizbehörden einen Prozeß gegen die Teilnehmer an den antijüdischen Ausschreitungen vorbereiteten, veranstaltete die NSDAP am 8. Dezember eine "deutsche Weihnachtsfeier" im "Huttensaal", die dem "General-Anzeiger" folgende lobende Bemerkungen wert war:

"Man ist in der Regel gewohnt, auf Veranstaltungen von politischen Parteien Politik, und zwar nur Politik zu hören. Eine der rühmlichen Ausnahmen machte die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei am letzten Montag bei ihrer deutschen Weihnachtsfeier, die im überfüllten Huttensaale stattfand. [...] Den musikalischen Rahmen stellte die S.A.-Kapelle, die sich überraschend schnell unter Leitung des S.A.-Kapellmeisters zu einer Musikkapelle entwickelt hat, die sich hören lassen kann. [...] Selten bekommt man solch präzise Marschmusik zu hören. Leider." (632)

Am 3. Februar 1931 begann der Habima-Prozeß vor dem Würzburger Schöffengericht. Die Anklageschrift beschuldigte zehn junge Männer und eine 20jährige Kontoristin eines Verbrechens bzw. Vergehens des Landfriedensbruchs, strafbar mit Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren. Einer der Angeklagten erschien in Smoking und Lackschuhen zur Verhandlung, Otto Hellmuth instruierte vom Zuhörerraum aus Zeugen und Verteidiger. (633)

Die Beweisaufnahme mit der Vernehmung von rund 50 Zeugen dauerte zwei Tage. Nach ihrem Abschluß äußerte der Erste Staatsanwalt Seelos als Anklagevertreter die Überzeugung, die Angeklagten seien der ihnen zur Last gelegten Taten weitgehend überführt. Dennoch plädierte er auf Zubilligung mildernder Umstände, da das Motiv des Protestes "kein unehrenhaftes" gewesen sei. Es sei "das gute Recht eines jeden Deutschen, dagegen Stellung zu nehmen, daß in einem städtischen Theater durch eine ausländische jüdische Theatergesellschaft ein Theaterstück in hebräischer Sprache, die wohl der größte Teil der Besucher gar nicht verstanden habe, aufgeführt wurde, während in Deutschland eine große Anzahl von Schauspielern stellen- u. brotlos sei." (634)

Seelos, der sich einen Teil der nationalsozialistischen Argumentation zu eigen gemacht hatte, bestritt den Angeklagten zwar das Recht, "gegen die Polizei und gegen friedliche Bürger eine ungesetzliche Stellung einzunehmen", blieb aber konsequenterweise bei seinen Strafanträgen meist nahe an der gesetzlichen Mindeststrafe. Für neun Angeklagte forderte er Gefängnisstrafen von insgesamt 46 Monaten und für zwei Angeklagte Geldstrafen von zusammen 70 RM. Die Verteidiger plädierten in allen Fällen auf Freispruch. (635)

Nach dreieinhalbstündiger Beratung fällte das Gericht am 5. Februar 1931 das Urteil, das in sieben Fällen noch deutlich unter den Anträgen von Seelos blieb, ihnen in zwei Fällen entsprach und zweimal darüber lag. Die Gesamtgefängnisstrafe betrug nur noch 15 1/2 Monate, die Gesamtgeldstrafe dagegen 400 RM, ersatzweise 40 Tage Haft. Drei Angeklagte, für die allein 19 Monate Gefängnis beantragt worden waren, gingen "mangels Schuldbeweises" gänzlich straflos aus. (636)

In der mehr als einstündigen Urteilsbegründung äußerte sich auch Amtsgerichtsdirektor Sauer kritisch zum Habima-Gastspiel: "Es mag dahingestellt bleiben, ob die Aufführung der ausländischen und jüdischen Schauspieler

in unserer Zeit [...] am Platze war." Es sei "nicht zu beanstanden, wenn sich Menschen rühren und dagegen Stellung nehmen wollen", nur müsse dies im gesetzlichen Rahmen geschehen, was nicht der Fall gewesen sei. Den Verurteilten billigte auch Sauer mildernde Umstände zu, "weil sie nicht aus gemeiner, niedriger, verbrecherischer Gesinnung gehandelt, sondern nur der Leitung ihrer Partei Folge geleistet" hätten. (637)

Während das Würzburger NSDAP-Blatt "Die Freiheit" von einem "Terrorurteil" sprach (638) und der "Völkische Beobachter" wahrheitswidrig behauptete, die Verurteilten müßten insgesamt "46 Monate Gefängnis" verbüßen, "weil sie gegen das Moskauer Talmudtheater protestierten" (639), schrieb das "Jüdische Echo":

"Dieser Prozeß und dieses Urteil sind wieder einmal symptomatisch für die heute in Deutschland grassierende Umkehrung des normalen Rechtsgefühls. Der Staatsanwalt, anstatt die Verrohung und Verhetzung gebührend zu tadeln, den brutalen politischen Eingriff in kulturelle Bezirke abzuwehren, bescheinigt den Jüngern vom Gummiknüppel ihre idealistische Gesinnung und zwar so, daß jüdische Hörer ihren Eindruck dahin zusammenfaßten: Hier sei den Juden wieder einmal demonstriert worden, daß sie sich als Staatsbürger dritten Ranges zu fühlen hätten. Und das Urteil ist eher noch schlimmer als besser: Gänzlich ungenügende Strafen und eine Begründung, die den Exzedenten Recht gibt und geradezu wie eine Belobigung der Ausschreitungen wirkt. Wenn dieses Urteil sagt, es müsse dahingestellt bleiben, ob das Gastspiel der jüdischen Truppe am Platze war, so hat es dieses Gastspiel schon verurteilt. Daß die eigentlichen Hetzer bei diesem Prozeß überhaupt nicht zu fassen waren, ist ja selbstverständlich; daran hat man sich seit langem gewöhnt, daß die Drahtzieher im Dunkeln bleiben und daß der Polizei und den Gerichten entweder der Ernst oder der Wille oder die Fähigkeit fehlen, in dieses Dunkel hineinzuleuchten." (640)

Als "Drahtzieher" des Protestes bekannte sich am 6. März 1931 in aller Offenheit Otto Hellmuth. In einer NSDAP-Versammlung im "Huttenschen Garten" bedauerte er, daß er im Januar verreist gewesen sei, "sonst hätte man schon damals die Aufführung des 'Golem' verhindert." (641) Ein weiteres Mal werde sich die Habima-Truppe jedenfalls "nicht erlauben, das deutsche Volk hier so zu provozieren." (642) Den Oberbürgermeister forderte Hellmuth auf, "eine andere Haltung" einzunehmen: "Die Tätigkeit eines Bürgermeisters bestehe nicht darin, bei der Eröffnung jüdischer Warenhäuser große Reden zu halten, sondern für das geistige Wohl seiner Bürger zu sorgen und keinen Schmutz darbieten zu lassen wie das Habima-Theater." (643)

In einer Berufungsverhandlung am 11. März wurden die Gefängnisstrafen zweier Verurteilter noch erheblich reduziert und ein Freispruch in eine drei-

monatige Gefängnisstrafe umgewandelt. (644) "Die Freiheit" kündigte Rache an: "Wir fressen auch dieses Urteil in uns hinein. Diesen Spruch, der uns wieder gezeigt hat: Hier gibt es kein Verstehen, keine Verständigung. Hier bleibt nur eines: Merken und arbeiten: Auf den Tag!" (645)

e. Das Würzburger NSDAP-Organ "Die Freiheit" (1931)

Die "Freiheit" war in der Reihe der von Hellmuth initiierten nationalsozialistischen Kampfblätter das langlebigste und erfolgreichste. Begründet im Februar 1931, vermochte sich das von Franz Josef Thein redigierte Blatt über ein halbes Jahr lang als offizielles NSDAP-Organ zu halten. (646) In der Ausgabe vom 13. März 1931 publizierte es unter der Überschrift "Eltern hütet Eure Kinder! Die Zeit des Blutmords naht!" noch einmal den Artikel Otto Hellmuths über den Manauer "Ritualmord"-Fall, der zwei Jahre zuvor schon in der "Hilfe" erschienen war. (647) In der Osterausgabe vom 3. April 1931 sah sich die "Freiheit" auf Seite 1 in Fettdruck zu folgenden Überlegungen veranlaßt:

"Golgatha - Auferstehung. Alljuda wandelt sein Antlitz nicht durch die Jahrtausende. Vor 1900 Jahren starb Jesus Christus, der Galiläer, verraten von Judas Ischariot, den Schächttod *[!]* am Kreuze. Die Hohenpriester und Rabbiner Judas, sie triumphierten. *[...]* Aber auf Golgatha folgte die Auferstehung. Über den Geifer und die Lästerung Judas hinweg breitete sich der Triumph der Lehre des Gottessohns. Heute sitzt das Schächtmesser Alljudas, des ewigen Mörders, am Halse des deutschen Volkes. Millionen hungern, weinen, sterben - Juda lacht. Aber schon flammt das Licht der Erkenntnis durch die Nacht des Betrugs und die Finsternis der Verwirrung. Schon zerrt die Verzweiflung mit Millionen Armen an der Maske, hinter der sich die Fratze der Köterrasse dieser Welt birgt. Schon erstarrt das Lächeln im Antlitz des Volkes mit seinem Talmud und seinem Schächterritual. Schon brennt in Millionen Bannern das Zeichen des Erwachens, das Hakenkreuz, und kündet die Auferstehung des deutschen Volkes, sein Ostern." (648)

Am 21. April verbot die Regierung von Unterfranken "Die Freiheit" für vier Wochen auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten von Hindenburg zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen. (649) Ein zweites Verbot galt vom 24. Juli an für drei Wochen. (650) Inzwischen hatte das Blatt anläßlich einer Massenkundgebung von NSDAP und SA am 4. und 5. Juli in Würzburg seine politischen Gegner vor dem "Tage der Abrechnung" gewarnt: "Wir haben das

Glück, daß uns Schikanen, Terror und das Blut unserer Kameraden, das wir wehen Herzens fließen sahen, die Weichheit ausgepeitscht haben, die uns vielleicht einmal überkommen hätte am Tage der Abrechnung, der bevorsteht. Nicht den Geist, den Opferwillen und die Treue konnten sie in uns töten, getötet haben sie in uns den letzten Rest von Mitleid - und wir sind dessen froh." (651)

Kaum war das zweite Verbot aufgehoben, wandte sich "Die Freiheit" den angeblichen geschlechtlichen Beziehungen christlicher "Schandweiber" mit Mitgliedern der israelitischen Kultusgemeinde Würzburg zu:

"Die Mädchen Würzburgs fühlen u. denken deutsch. Sie haben, wenn auch zum größten Teil unbewußt, ihren Rassestolz. Und da ist es kein Wunder, wenn räudige Ausnahmen um so schimpflicher empfunden werden. Das ist die neudeutsche Zeit der 'Freiheit, Schönheit u. Würde', der sittlichen Entartung u. Schande. Wir kennen diese Löwenstein, Rosenbusch, Stern, Oppenheimer, Strauss u. noch viele andere. Wir kennen auch die Namen der Schandmädchen, die sich nicht schämen, [sich] mit Juden einzulassen. Wir warnen die Ria D., Grete M., Tilly Sch., Ilse etc. Ab nächste Nummer [!] werden wir die vollen Namen der Mädchen veröffentlichen u. sie der allgemeinen Verachtung preisgeben." (652)

Tatsächlich publizierte das Blatt am 28. August unter der Überschrift "Am Pranger" die Namen dreier Würzburgerinnen. (653) Der Vater einer der Genannten erhob gegen Redakteur Thein Privatklage, die mit einem Vergleich endete. Thein nahm "die Beleidigung mit dem Ausdruck des tiefsten Bedauerns zurück." (654)

Am 17. September kritisierte Hermann Kleemann in einer Sitzung der Kultusverwaltung, die Stadt schütze "ihre jüdischen Bürger nicht genügend vor öffentlicher Verhetzung". Es werde geduldet, "daß auf öffentlicher Straße in großer Aufmachung die judenfeindliche Presse angeschlagen und feilgeboten" werde. (655) Den Vorschlag, gegen die "Erzeugung der Progromstimmung [!]" durch "Die Freiheit" beim Regierungspräsidenten bzw. beim Polizeipräsidenten Protest einzulegen, nahm Gerson Haas mit Skepsis auf. Er verspreche sich von einem solchen Schritt "wenig Erfolg", erklärte er, und wies ausdrücklich auf die Erfahrungen anläßlich des Habima-Gastspiels hin. Immerhin beschloß die Verwaltung, wie schon in den Vorjahren eine polizeiliche Schutzwache für die Dauer des Jom-Kippur-Gottesdienstes zu beantragen. (656)

"Die Freiheit" setzte ihre antijüdische Agitation ungehindert fort. In der Ausgabe vom 25. September beschäftigte sich das NSDAP-Organ in dem 350 Zei-

len langen Artikel "Der Jude als Arbeitgeber - 'Wekuwo'" mit dem angeblichen Geschäftsgebaren des Inhabers der "Werkstätte kunstgewerblicher Wollwaren", Alfred Rosenblatt in Heidingsfeld. In den einleitenden Absätzen wurde Rosenblatt als Ostjude bezeichnet, der "an einem schönen Inflationstag" mit seiner Familie "aus dem Osten" nach Heidingsfeld gekommen sei: "Armselig, wie sie die Grenze hinter sich gelassen hatte. Eine gute Zucht reinrassiger, östlicher Haustiere in einem alten Holzgerümpel, Möbel geheißen." (657)

In einem Schreiben an den Oberstaatsanwalt beim Landgericht Würzburg, in dem er eine Fülle weiterer in dem Artikel enthaltener Verleumdungen aufführte, berichtigte Rosenblatt die Angaben zu seiner Person:

"Es ist nicht wahr, daß ich aus dem Osten nach Heidingsfeld gezogen bin. Ich bin in Würzburg geboren, mein Großvater war schon Würzburger Bürger und mein Vater war Reserveoffizier beim 9. Inf. Regiment. Auch habe ich als Kriegsfreiwilliger den Krieg mitgemacht, meldete mich bereits am 2. 8.1914 als Kriegsfreiwilliger beim 2. Feld. Art. Reg. an und kam auch noch im Jahre 1914 mit einem der ersten Kriegsfreiwilligentransporte ins Feld. Von 1914-1918 war ich fast stets an der Front, hatte mir das eiserne Kreuz, das Militär-Verdienstkreuz und andere Belobigungen für gute Führungen [erworben] und wurde im Januar 1918 schwer kriegsverletzt. Als Kriegsbeschädigter erhalte ich heute noch eine Rente." (658)

Als wegen anderer Beiträge immer häufiger Anzeige gegen Thein erstattet wurde, unter anderem von Oberbürgermeister Löffler und dem Hauptschriftleiter des "Volksblatts", Heinrich Leier, distanzierte sich die NSDAP von ihrem Organ. Seit Ende November 1931 durfte es sich nicht mehr als amtliches Nachrichtenblatt des Gaues Unterfranken und des NSDStB bezeichnen. (659)

f. Die nationalsozialistische Machtübernahme

Das "Entscheidungsjahr 1932" (660) ließ die Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen im Juli und November mit 12000 bzw. 11000 Stimmen in Würzburg hinter der immer noch doppelt so starken BVP zur zweitstärksten Partei werden. (661) Adolf Hitler sprach zweimal in Massenversammlungen in Würzburg, die 1931 gegründete Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation breitete sich langsam in den Unternehmungen der Stadt aus (662) und die 1930 verbotene Hitler-Jugend arbeitete als NS-Schülerbund weiter. (663) Im August 1932 wurde die 56. SS-Standarte mit dem Sitz in Würzburg aufgestellt. (664)

Am 13. und 14. März veranstaltete der C.V.-Landesverband Bayern einen Abwehrkurs für die Schüler der beiden oberen Klassen der Lehrerbildungsanstalt, in dem die Geschichte der judenfeindlichen Bewegung, das NSDAP-Programm und die Rassentheorie sowie "Inhalt und Technik der Abwehrarbeit" zur Sprache kamen. (665)

Am 15. Juli überfielen etwa 20 Würzburger Nationalsozialisten acht Mitglieder eines jüdischen Pfadfinderbundes aus Berlin. Auf der Polizeiwache gab einer der Angegriffenen zu Protokoll:

"Plötzlich kamen die Burschen aus einer Seitengasse (Badergasse) uns entgegen; sie umringten uns, schlugen mit den Fäusten auf uns ein, traten mit den beschuhten Füßen nach uns und spuckten uns an. Einer der Burschen zog sogar ein Messer und bedrohte mich [...]. Ich sagte: 'Lassen Sie uns gehen, wir haben Ihnen doch nichts getan.' Darauf gaben sie den Weg frei, versetzten mir aber [...] noch einige Fußtritte und spieen mir in das Gesicht. In der Sanderstraße traf ich dann meine anderen Leute wieder. Sie hatten alle Schläge bekommen, hauptsächlich auf den Kopf und in das Gesicht, bis auf einen, der entkommen konnte." (666)

Im Dezember 1932 verbreitete die NSDAP-Kampfgemeinschaft gegen Warenhaus und Konsumverein unter dem Titel "Eine ernste Mahnung an alle Deutschen!" ein Flugblatt, das zum Boykott jüdischer Geschäfte aufrief und es als "traurig" bezeichnete, "daß die Juden, die einst den Erlöser der Menschheit an's Kreuz geschlagen haben, heute aus dem heiligen Weihnachtsfest, der Geburt des Erlösers, ein Geschäft machen." Der von Otto Hellmuth als presserechtlich Verantwortlichem gezeichnete Text lautete weiter:

"Volksgenossen bedenkt, daß der Jude und mit ihm die jüdische Hochfinanz

Tausende kleiner Geschäftsleute vernichtet hat, daß Tausende, vielleicht auch euer Vater, Mutter, Schwester oder Bruder, durch ihn brotlos geworden sind. Millionen Volksgenossen sind arbeitslos, der deutsche Wirtschaftsmarkt ist fast ganz vernichtet, aber dem Juden geht es noch gut und seine Macht ist heute größer denn je. Wo sind arbeitslose Juden? Die Juden haben die deutsche Wirtschaft und unser deutsches Vaterland ruiniert. [...] Der Jude schämt sich nicht, aus einem so heiligen Fest der Christen ein Geschäft zu machen. Wo macht der Christ aus einem jüdischen Fest ein Geschäft? Dem Juden ist eben nichts heilig. Er hat nur einen Gott, das Gold. Er kennt kein Vaterland, denn sein Vaterland ist dort, wo er am leichtesten verdienen kann. Er, der Rasse- und Volksfremde, hat an der deutschen Wirtschaft so viel Interesse, wie der Melker an der Kuh. Ihm ist die Wirtschaft die Henne, die die goldenen Eier legt. Er handelt mit allem, kennt keine Moral und keine Ehre dabei." (667)

Ein im Namen von Siegmund Ruschkewitz vorgebrachter dringender Antrag Karl Rosenthals auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung wurde am 14. Dezember von der I. Zivilkammer des Landgerichts Würzburg als unbegründet abgewiesen. Nach einer Beschwerde Rosenthals hob das Oberlandesgericht Bamberg am 17. Dezember diesen Beschluß auf, weil das Flugblatt sich nicht auf den erlaubten "Kampf gegen das Warenhaus als solches" beschränke, sondern "in hohem Maße geeignet" sei, "gegen die Juden aufhetzend zu wirken". (668)

Mitte Januar 1933 hatte der Würzburger C.V. noch einmal Ludwig Holländer zu Gast, jenen Mann, der am 8. Mai 1919 in einer C.V.-Versammlung über "Gegenwart und Zukunft der deutschen Juden" gesprochen hatte.(669) Nun lautete das Thema "Der deutsche Jude und sein Zerrbild". Resigniert erklärte Holländer, der "jüdischen Minderheit sei zu einer Aufklärung" von einem übermächtigen Gegner "jede Möglichkeit" genommen. "Deutschlands Antisemiten" dürften den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, "alle in den letzten Jahrhunderten gegen die jüdische Minderheit in der entsetzlichsten Weise erfolgten Angriffe überboten zu haben". (670)

Seit dem 30. Januar 1933 stellten "Deutschlands Antisemiten" den Reichskanzler, den Innenminister sowie einen Minister ohne Geschäftsbereich. Die in weiten Kreisen der deutschen Linken verbreitete Ansicht, die Regierungsbeteiligung der NSDAP werde eine kurzfristige, zum Scheitern verurteilte Episode bleiben (671), wurde wohl auch von einer Mehrheit der Würzburger Juden geteilt. "Wir hatten in zehn Jahren 20 Reichskanzler; Hitler bleibt zwei Monate am Ruder, und dann wird auch er abgesetzt" - so reagierte der Heidingsfelder Großmetzger Maier Uhlfelder auf die Nachricht von der Kanzlerschaft Hitlers. (672) Getreidegroßhändler Albert Dannenberg und sein Schwiegersohn Benno Schwabacher glaubten, "guten Deutschen" wie ihnen könne nichts

passieren und Hitler würde nur kurze Zeit regieren (673), ja in jüdischen Kreisen wurde verschiedentlich die Ansicht vertreten, es sei gut, daß Hitler nun zeigen müsse, wie er mit den Problemen fertig werden wolle; was erfahrene Männer nicht erreicht hätten, werde auch ihm nicht gelingen. (674) Daher werde "der ganze Spuk bald vorbei sein". (675)

Paula Eppstein hatte in ihrer Heimatstadt Marktbreit die Entwicklung der antisemitischen Bewegung unmittelbar miterlebt und dann als junge Gymnasiastin in Würzburg den Habima-Skandal als Schock empfunden. Ihre Reaktion auf die Machtübernahme war von diesen Erfahrungen gekennzeichnet:

"Meine Familie und ich hatten keine Zweifel, daß der Antisemitismus, nun legal, katastrophale Folgen für die Juden in Deutschland haben würde, daß, ganz gleich wie lange Hitler an der Macht bleiben würde, der Fanatismus seiner Anhänger nicht so schnell abschwellen würde, daß auch das Eigentum, die Existenz und das Leben vieler Juden, besonders an kleineren Plätzen, zutiefst bedroht war. Wir hatten wirklich ungeheure Angst, wußten aber damals nicht gleich, ob wir irgend etwas tun konnten, um uns zu beschützen oder uns zu retten." (676)

Von vorsichtigem Optimismus waren die ersten Äußerungen des "Jüdischen Wochenblatts für Unterfranken und Aschaffenburg" geprägt. Am 3. Februar bezeichnete das Blatt die Regierungsneubildung als "schweres, bedrückendes Erlebnis", doch stünden den drei Nationalsozialisten im Kabinett "sieben Nichtantisemiten" gegenüber. Zudem werde der Wille, "dem nichtnationalsozialistischen Deutschland und der Welt das Bild einer geordneten Verwaltung zu bieten", bei vielen maßgebenden NS-Funktionären den Wunsch verdrängen, "der nach Taten hungrigen Anhängerschaft" in den Juden "eine willkommene Beute hinzuwerfen." (677) In derselben Ausgabe gab der C.V. die Parole "Ruhig abwarten!" aus. (678)

In seiner letzten Ausgabe vom 10. März 1933, wenige Tage nach der Reichstagswahl vom 5. März, die den Regierungsparteien die absolute Mehrheit gebracht hatte, zeigte sich das "Wochenblatt" noch immer zuversichtlich: "Es ist bekannt, daß das Programm der NSDAP antisemitisch untermalt ist. Man kann sich aber schwer denken, daß die Regierung Hitler, die auch heute noch auf die Mitarbeit außerhalb der NSDAP stehender Kräfte nicht verzichten kann, das nun schon mehrere Jahre alte Parteiprogramm der NSDAP zur Regierungsmaxime erheben wird." (679)

Am Samstag, dem 11. März 1933 feierten die Würzburger Juden das Purimfest

zur Erinnerung an die Errettung der persischen Juden vor der Vernichtung durch den Tyrannen Haman. Am Nachmittag dieses Tages erzwang eine von Otto Hellmuth angeführte Menschenmenge die Schließung jüdischer Geschäfte in der Innenstadt. Hellmuth und Studienrat Theo Memmel, der wenig später Hans Löffler als Oberbürgermeister ablöste, sprachen an mehreren Stellen zu ihren Anhängern. Karl Rosenthal verfolgte das Geschehen vor dem C.C. Was er am 12. März in einer Sondersitzung der Kultusverwaltung schilderte, war kaum drastischer als die Ereignisse anläßlich des Wirkens von Andrea Ellendt oder beim Habima-Gastspiel - nur daß jetzt die fanatischen Judenfeinde im Begriff waren, die gesamte Macht in Würzburg und im Reich zu übernehmen. Rosenthal:

"Von meinem Bürofenster aus beobachtete ich die Vorgänge vor dem C.C. etwa um 1/2 5 Uhr; ca. 50-100 Leute standen gerade davor. Darunter auch Braununiformierte. Bald sammelte sich die Menge zu mehreren Hunderten an. Die Gäste wurden gewaltsam aus dem Lokal gewiesen. [...] Man bildete eine ganz schmale Gasse, durch welche die Leute nur aus dem C.C. herausgehen konnten. Jüdische Leute belästigte man dabei und riß ihnen die Hüte vom Kopf. Man hörte auch die Worte 'Juda verrecke'. [...] Man bemerkte 3 Offiziere der S.A. mit einem Anhang besserer Leute und eine große andere Menge hinter sich. Herr Studienrat Memmel hielt eine Ansprache. [...] Seine Rede hatte den Charakter einer antisemitischen Hetzrede. Er forderte auf, nicht in die jüdischen Geschäfte zu gehen. [...] Herr Stud.-Rat Memmel sagte weiter, die Juden könnten als Ausländer bei uns bleiben, wir tun ihnen nichts." (680)

X. Zusammenfassung

So wenig Juden und übrige Bevölkerung überblickten, welche Richtung die Politik der NSDAP nach dem Januar 1933 nehmen würde, welchen Einfluß die bürgerlichen Koalitionspartner auf diese Politik ausüben konnten, ja ob die Regierung überhaupt länger als ein paar Monate an der Macht bleiben würde, so wenig war wohl auf jüdischer Seite das Bewußtsein davon ausgeprägt, wie brüchig schon vor 1933 das Fundament der jüdischen Existenz in Deutschland gewesen war. Tatsächlich jedoch hatte die Entwicklung in den Jahren der Weimarer Republik mehr als genug Anlaß zur Besorgnis um die Zukunft des jüdischen Bevölkerungsteils geboten, und die deutschen und Würzburger Juden sahen sich in einem Augenblick der Schwäche mit der Machtübernahme der NSDAP konfrontiert.

Bezeichnend hierfür sind die demographischen Phänomene Geburtenrückgang und Überalterung sowie der sprunghafte Anstieg von Mischehen und Austritten. Selbst in den großen Städten, die zuvor immer neue jüdische Zuwanderungswellen erlebt hatten, verringerten sich nun, wie in Würzburg, die absoluten jüdischen Bevölkerungszahlen, nachdem der Prozentanteil ohnehin schon seit längerem rückläufig war.

Als weiteres Schwächemoment kam die sich während der Weimarer Jahre zweimal extrem verschärfende ökonomische Krise hinzu, die auch die Existenz vieler jüdischer Unternehmer und Selbständiger bedrohte. Es kann mit einiger Sicherheit angenommen werden, daß sich die günstige wirtschaftliche Situation der Juden in den ersten beiden Jahrzehnten des Jahrhunderts, die sich 1920 in Würzburg durch die starke Stellung des mittleren und gehobenen Bürgertums manifestierte, bis 1933 grundlegend wandelte. Belege dafür liefern die große Zahl der von jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen unterstützten Personen und die Entwicklung der Erwerbsziffer: Von 1000 jüdischen Einwohnern Würzburgs waren 1920 nur 395 berufstätig, 1931 jedoch 440. Obwohl sich mehr Juden gezwungen sahen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, gingen die Einnahmen der Gemeinde aus Kultusumlagen in den letzten Jahren der Republik dramatisch zurück - Beweis für stark gesunkene Pro-Kopf-Einkommen.

In den deutschen Großstädten und auch in Würzburg begann, wie gezeigt

wurde, die Berufszugehörigkeit der Juden das ganze Spektrum möglicher Erwerbstätigkeit abzudecken, was "als ein wesentlicher Indikator gelungener Integration angesehen werden kann." (1) Andererseits ging die branchenmäßige Diversifikation nicht mit einer erhöhten Neigung zu gemeinschaftlichen Firmengründungen mit Nichtjuden einher; die wenigen für Würzburg bekannten Fälle betreffen überwiegend kleine Unternehmen von kürzerer Lebensdauer. Dies ist ein Indiz für eine weiterwirkende Sonderstellung der Juden auf dem ökonomischen Sektor, die durch die Tatsache, daß nichtselbständige Personen jüdischen Glaubens meist bei Juden angestellt waren, noch unterstrichen wird.

Auf politischem Gebiet hatten sich die Juden den Christen insofern angeglichen, als sie praktisch alle Parteien wählten - abgesehen von rechtsradikalen Gruppierungen wie Völkischem Block und NSDAP. Da die Juden jedoch überwiegend die systemstützenden Parteien bevorzugten, ergab sich auch hier im Lauf der Jahre eine deutliche Abgrenzung von der Masse der nichtjüdischen bürgerlichen Wähler. Während diese nämlich nach 1919 der DDP zunehmend den Rücken kehrten und sich den Rechtsparteien zuwandten, gingen jüdische Wähler angesichts des Niedergangs der DDP zu SPD und BVP über.

Allerdings kann festgestellt werden, daß die Besonderheit der politischen Orientierung der Juden in Würzburg, wo die genannten drei Parteien das Geschehen eindeutig dominierten, weniger deutlich zu spüren war. Sowohl der liberale Oberbürgermeister wie auch SPD und BVP mit ihren Presseorganen setzten sich für die jüdische Minorität ein, was dieser wahrscheinlich im Gegensatz zu anderen Städten das durch objektive Fakten begründete Gefühl des Eingebundenseins in eine politische Mehrheit der Mitte gab, die auf Reichsebene, wo extreme Linke und radikale Rechte wesentlich mehr Gewicht erlangten, längst nicht mehr existierte. (2)

Das interne jüdische Leben war in Würzburg von all jenen Spannungen gekennzeichnet, die auch in anderen Gemeinden auftraten. Allerdings bewirkte das Gleichgewicht von Liberalen und Orthodoxen sowie der relativ kleine Anteil von Zionisten und Ostjuden, daß wirklich tiefgreifende Konflikte ausblieben. Würzburg kann als Beispiel einer Einheitsgemeinde gelten, in der alle Gruppierungen zu gedeihlicher Zusammenarbeit und zu Kompromissen bereit waren. Symbolisch hierfür ist die personelle Dauerkonstellation eines orthodoxen Rabbiners und eines liberalen Gemeindevorsitzenden. Spal-

tungsdrohungen von liberaler und orthodoxer Seite wurden nicht wahrgemacht.

Wichtigster Erfolg der Orthodoxie war, daß sie Weiterbestehen und Ausbau der jüdischen Volksschule durchsetzen konnte. Dies bedeutete, daß das liberale Postulat von der Koedukation jüdischer und christlicher Kinder in den städtischen Volksschulen nicht zu verwirklichen war. Hinter dem Insistieren auf der separaten jüdischen Einrichtung kann der berechtigte Wunsch vermutet werden, Kindern in den die Persönlichkeit prägenden ersten Schuljahren die Konfrontation mit dem Antisemitismus weitgehend zu ersparen und ihnen eine gefestigte jüdische Identität zu vermitteln.

Diese Motive dürften auch die starke Unterstützung erklären, die jüdische Jugendbünde fanden. Es ist verständlich, daß orthodoxe und zionistische Eltern ihre Kinder auch in der Freizeit in jüdisch ausgerichteten Organisationen wissen wollten. Allerdings fällt auf, daß Knaben und Mädchen aus liberalen Elternhäusern ebenfalls praktisch ausschließlich in rein jüdischen Bünden zusammengeschlossen waren, sieht man einmal von Sportgruppen und politischen Vereinigungen ab.

Ähnliches ist bei den jüdischen Erwachsenen zu beobachten. Vor allem in der breiten bürgerlichen Mittelschicht scheint die Tendenz vorgeherrscht zu haben, beim privaten Umgang jüdische Kreise zu bevorzugen. Eine deutliche Sprache spricht in diesem Zusammenhang die Existenz einer Vielzahl jüdischer Vereine, von denen sich drei, in denen allein schon mehrere hundert Menschen Mitglied waren, ganz überwiegend der Geselligkeit widmeten.

Hier wirkten aus dem Mittelalter und der frühen Neuzeit überkommene Traditionen weiter. Der jahrhundertelang ausgeübte Zwang zum Leben im Ghetto bzw. in der autonomen Gemeinde, wobei der Kontakt mit den Christen weitgehend auf den wirtschaftlichen Bereich beschränkt blieb, war zwar seit dem 19. Jahrhundert aufgehoben, doch hatte die Assimilation an die Umwelt auch in der Weimarer Republik noch nicht solche Fortschritte gemacht, daß der unbekümmerte soziale Verkehr mit Nichtjuden zur Selbstverständlichkeit geworden wäre. Daß jedoch auf seiten vieler Juden die Bereitschaft bestand, sich in die Umgebung einzugliedern, belegt überzeugend die steigende Zahl von Austritten und Mischehen.

Das Ziel der völligen oder weitgehenden Assimilation kollidierte jedoch

seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts mit einer sich verstärkenden antisemitischen Strömung, die eben jene Bevölkerungsschicht, das nichtjüdische Bürgertum, ergriff, in der viele Juden aufgehen wollten. In dieser Entwicklung, die sich nach 1918 erheblich verschärfte, ist der zweite wesentliche Grund für die teilweise zu beobachtende jüdische Absonderung zu sehen.

Die Arbeit hat gezeigt, wie antisemitische Vorstellungen in der Parteien der "Nationalen Rechten", in Massenorganisationen wie Stahlhelm, DHV und Alldeutschem Verband, vor allem aber in studentischen Korporationen an Wirkkraft gewannen. Die Tatsache, daß für die Jahre 1918 bis 1933 kein einziger Fall bekannt ist, in dem ein jüdischer Student in Würzburg Mitglied einer nichtjüdischen Studentenverbindung werden konnte, illustriert, daß wichtige Lebensbereiche schon vor 1933 Juden praktisch verschlossen waren.

Die diskriminierenden Maßnahmen, die verschiedene bayerische Regierungen gegen die im Lande lebenden Ostjuden ergriffen, legen, ebenso wie die Argumentation von Staatsanwalt und Richter im Würzburger Habima-Prozeß, beredtes Zeugnis ab von der Aufnahmebereitschaft der bürgerlichen Führungseliten für antisemitische Denkschemata.

Diese Feststellung widerspricht nur scheinbar dem engagierten Kampf liberaler und katholischer Kreise in Würzburg gegen die judenfeindliche Agitation. DDP-Oberbürgermeister Hans Löffler stellte gewissermaßen einen Anachronismus dar, denn die kurzzeitige Vereinigung seiner Partei mit dem antisemitischen Jungdeutschen Orden zeigte, daß die ehedem führende bürgerlich-liberale Partei zur Kooperation mit zweifelhaften Partnern bereit war, um nach rechts abgewanderte Wähler zurückzugewinnen. Die Bayerische Volkspartei schließlich, deren Organ der anwachsenden Judenfeindschaft mit Aufklärung zu begegnen suchte, hatte in der Entstehungsphase der Republik selbst an dieser Entwicklung mitgewirkt.

Die Neigung einer immer größer werdenden Bevölkerungsgruppe, den Vorwürfen gegen die Juden Glauben zu schenken, wurde noch gefördert durch die ökonomischen und politischen Krisen, die die Republik prägten. Es ist kein Zufall, daß ein erster Höhepunkt des Antisemitismus in die Jahre von Novemberumsturz und Inflation fiel, und daß die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise mit der Regierungsübernahme der NSDAP endete. Die Juden waren in diesen Krisenlagen "das nächstliegende Objekt der Aggression [...], an dem sich das so-

zialpsychologische Bedürfnis nach griffigen Feindbildern, nach Sündenböcken und nach Ursachenerklärung für aktuelle Übel entlud." (3)

Einer von rationaler Argumentation geprägten Aufklärungstätigkeit, wie sie der Centralverein propagierte und betrieb, konnte unter diesen Umständen nur ein begrenzter Erfolg beschieden sein. Es erscheint daher logisch, daß sich die Abwehrarbeit des C.V. vor allem an solche Personen wandte, die trotz der aufgewühlten, für Verschwörungstheorien empfänglichen Zeitumstände weiterhin für Vernunftgründe zugänglich waren. Im Mittelpunkt der entsprechenden Aktionen standen auch in Würzburg mit dem Judentum sympathisierende bzw. diesem neutral oder jedenfalls noch nicht völlig ablehnend gegenüberstehende Honoratioren und Meinungsführer, während man nur gelegentlich an die Masse der Bevölkerung appellierte.

Letztlich, und dies verdient besonders hervorgehoben zu werden, war es jedoch nicht das antisemitische Programm als Einzelfaktor, das zu den politischen Triumphen von Völkischem Block und NSDAP führte, sondern die Sehnsucht nach einer grundsätzlich anderen Politik, für die vor allem der zweifache wirtschaftliche Kollaps verantwortlich war. Die ökonomischen Verhältnisse freilich ließen sich durch die jüdische Abwehrtätigkeit überhaupt nicht beeinflussen.

Die Erfahrung, daß eine konjunkturelle Erholung stets auch Erfolge der antisemitischen Parteien erschwerte, wie sie während des Kaiserreichs nach dem Ende der großen Depression und in der Republik nach der Stabilisierung der Währung gemacht worden war, verführte womöglich dazu, auch die Machtübernahme der Nationalsozialisten nicht ausschließlich unter negativen Vorzeichen zu betrachten. Die Krise hatte schon 1932 ihren Höhepunkt überschritten und begann sich langsam zu entschärfen. Eine wirtschaftliche Belebung, so dachten wohl manche Juden, mochte für die Nationalsozialisten die Notwendigkeit verringern, der radikalen antisemitischen Rhetorik ebensolche Taten folgen zu lassen. Beschwichtigende Äußerungen wie die von Theo Memmel bestärkten noch in dieser Meinung. (4)

Auch die in Kapitel IX analysierten völkischen Programmpunkte ließen eine Politik der Diskriminierung, nicht jedoch der physischen Vernichtung erwarten. Dem stehen allerdings die Äußerungen des "Marktbreiter Wochenblattes" gegenüber, die sich wie eine Prophezeiung des Holocaust lesen. Es sei "unbedingt notwendig, die Juden zu töten", hatte, wie erwähnt, die Zeitung

1923 geschrieben und ein "schauerliches Totenfeuer" angekündigt.

Daß die 1938 abgeschlossene völlige Ausgrenzung der Juden aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben Deutschlands in den nächsten Jahren zur massenhaften Deportation und Tötung gesteigert werden konnte, ist nur zu erklären, wenn man die bereits in den Weimarer Jahren ansatzweise vorhandene Isolierung der Juden berücksichtigt. Schon damals war es den völkischen Aktivisten in den Parteien und Organisationen der radikalen und bürgerlichen Rechten gelungen, die latenten Vorbehalte gegen die Juden zu aktivieren und den Antisemitismus zu einem "etablierten Bestandteil des politischen Normalverhaltens" werden zu lassen, "der die älteren Werte eines aufgeklärt-toleranten Gesellschaftskonzeptes in den Hintergrund drängte. Man wird diesen Prozeß der Unterminierung, Aufweichung und schließlich Umstrukturierung des Normensystems und der normativen Prioritäten im Auge haben müssen, wenn man verstehen will, warum (ob die Leute nun die NSDAP gewählt hatten oder gerade noch nicht) der allgemeine Widerstand so gering war, als nach der Aufrichtung der Gewaltherrschaft in so ungeahnter Weise Ernst gemacht wurde mit der Umsetzung der sogenannten Weltanschauung in die rassistische Praxis." (5)

Anmerkungen zur Einleitung, S.1-2

1 nach dem Ergebnis der Volkszählung von 1925; vgl. Kap. I

2 vgl. die Äußerung von Werner J. Cahnmann: "Eine qualitative Strukturanalyse der gesamten jüdischen Bevölkerung einer deutschen Großstadt vor 1933 ist mir nicht bekannt." Werner J. Cahnmann: "Die Juden in München 1918-1943". In: Hans Lamm (Hrsg.): Vergangene Tage. Jüdische Kultur in München. München, Wien 1982, S.71. Im folgenden werden Werke der Sekundärliteratur nach der ersten vollständigen Nennung jeweils mit dem Namen des Verfassers oder Herausgebers zitiert; stammen mehrere zitierte Werke von einem Autor, so wird ein Stichwort aus dem Titel beigegeben. Hervorhebungen in Zitaten finden sich, wenn nicht anders vermerkt, jeweils auch im Original

3 Werner E. Mosse: "Vorwort". In: Werner E. Mosse (Hrsg.): Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Tübingen 1966 (2. Aufl.), S.XII

4 Max Kreutzberger: "Bedeutung und Aufgabe deutsch-jüdischer Geschichtsschreibung in unserer Zeit". In: Hans Tramer (Hrsg.): In zwei Welten. Siegfried Moses zum fünfundsiebzigsten Geburtstag. Tel-Aviv 1962, S.630

5 vgl. zur Gesamtproblematik den Aufsatz "Zeitgeschichte als politische und moralische Aufgabe". In: Eva G. Reichmann: Größe und Verhängnis deutsch-jüdischer Existenz. Zeugnisse einer tragischen Begegnung. Heidelberg 1974

6 vgl. die ausführlichen bibliographischen Angaben in Kap. I,1

7 Die Behandlung des Dritten Reiches konzentriert sich ausschließlich auf den Aspekt der Verfolgung und Vernichtung und klammert das innerjüdische Leben völlig aus; Herbert Schultheis: Juden in Mainfranken 1933-1945, unter besonderer Berücksichtigung der Deportationen Würzburger Juden = Bad Neustädter Beiträge zur Geschichte und Heimatkunde Frankens, Bd.1. Bad Neustadt a.S. 1980; Hans Günther Adler: Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland. Tübingen 1974 (wertet den Aktenbestand der Gestapo Würzburg aus); Dieter W. Rockenmaier: Aus den Akten der Würzburger Gestapo. Buchführung des Todes. Die "Endlösung der Judenfrage" im damaligen Gau Mainfranken. Würzburg 1981; in erweiterter Form nochmals veröffentlicht in: ders.: Das Dritte Reich und Würzburg. Versuch einer Bestandsaufnahme. Würzburg 1983, S.116-165

8 Birgitt Grieb-Lohwasser: Jüdische Studenten und Antisemitismus an der Universität Würzburg in der Weimarer Republik. Würzburg 1981 (masch. Zulassungsarbeit); unter dem gleichen Titel veröffentlicht in: Herbert Schultheis (Hrsg.): Ein Streifzug durch Frankens Vergangenheit = Bad Neustädter Beiträge zur Geschichte und Heimatkunde Frankens, Bd.2. Bad Neustadt a.S. 1982, S.255-371; Peter Spitznagel: Studentenschaft und Nationalsozialismus in Würzburg 1927-1933. Würzburg 1974 (masch. Diss.); ders.: "Die Einführung des numerus clausus für jüdische Studierende an der Universität Würzburg (1928-1933)". In: Würzburger Diözesan-Geschichtsblätter, Jg.41, 1979, S.217-227.

9 Max Ottensoser, Alex Roberg (Hrsg.): ILBA. Israelitische Lehrerbildungsanstalt Würzburg, 1864-1938. By the Alumni of 1930-38. Detroit 1982

Einleitung, S.2-5

10 Baruch Zvi Ophir: Pinkas Hakehillot. Encyclopaedia of Jewish Communities from their Foundation till after the Holocaust, Germany - Bavaria. In collaboration with Shlomo Schmiedt and Chasia Turtel-Aberzhanska. Jerusalem 1972

11 Baruch Zvi Ophir und Falk Wiesemann (Hrsg.): Die jüdischen Gemeinden in Bayern 1918-1945. Geschichte und Zerstörung. München, Wien 1979

12 Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP), WR 448-1095; vgl. Daniel J. Cohen: "Jewish Records from Germany in the Jewish Historical General Archives in Jerusalem". In: Year Book of the Leo Baeck Institute (YB LBI), Jg.1, 1956, S.331-345

13 CAHJP, WR 482 a, S.70. Verschiedene Versuche von Rabbiner Siegmund Hanover, die Amtsakten seiner Vorgänger Seligmann Bär Bamberger und Nathan Bamberger zu erhalten, blieben erfolglos. Die Familie Bamberger händigte Hanover nach dessen Amtsübernahme im Jahr 1920 lediglich Trauungsregister, alte Schulakten und einen Scheidebrief aus; der Rabbiner hielt es indessen für äußerst unwahrscheinlich, "daß in einem Zeitraum von fast 80 Jahren nicht mehr als einige nichtssagende Akten sich angehäuft haben" sollten; CAHJP, WR 482, S.218, WR 482 a, S.121-123

14 CAHJP, WR 520

15 Seine ursprüngliche Existenz läßt sich einer Aufstellung über "Beschlüsse wegen Synag.-Neubau" entnehmen, die auch verschiedene Entscheidungen der Jahre 1922 bis 1924 nennt und die entsprechenden Seitenzahlen des "Protokollbuchs 6" angibt; CAHJP, WR 517

16 CAHJP, WR 493

17 CAHJP, WR 494

18 CAHJP, WR 478, S.198, S.296

19 CAHJP, WR 508, § 6

20 Bayerisches Staatsarchiv Würzburg (BSAWü), Gestapostelle 18866 (Akt Novemberpogrom)

21 Roland Flade: "Die Menschen starben, die Erinnerung lebt. Neuere Forschungen über Juden in Würzburg". In: Würzburg heute, Heft 32, 1981, S.48

22 CAHJP, Verzeichnis der durch die Geheime Staatspolizei im November 1938 sichergestellten jüdischen Archivalien, o. Sign., o. S.

23 ebd.

24 ebd., S.64-65, Anhang I, Verzeichnis der in der Liste des Staatsarchivs Würzburg enthaltenen, nicht aufgefundenen Akten

25 BSAWü, Akten aus dem jüdischen Besitz 1938. Zu diesem Zeitpunkt lebten noch mehrere hundert Juden in Würzburg. Die letzte Deportation fand am 17. Juni 1943 statt

26 ebd.

27 Werner Schochow: Deutsch-jüdische Geschichtswissenschaft. Eine Geschichte ihrer Organisationsformen unter besonderer Berücksichtigung

Einleitung, S.5-10

der Fachbibliographie. Berlin 1969, S.214-215

28 Siegfried Wenisch: "Quellen zur Zeitgeschichte im Staatsarchiv Würzburg". In: Mainfränkisches Jahrbuch für Geschichte und Kunst, Jg.32, 1980, S.37

29 BSAWü, Gestapostelle 164 (Akt Felix Freudenberger)

30 BSAWü, Gestapostelle 11141(Akt Karl Rosenthal). Zur Hausdurchsuchung bei Rosenthal und anderen jüdischen Bürgern Würzburgs vgl. CAHJP, WR 482 e, S.113-114

31 vgl. die Aufstellung der ausgewerteten Zeitungen und Zeitschriften im Anhang

32 Rockenmaier, Das Dritte Reich, S.33

33 Eine vierte Tageszeitung, die "Bayerische Landeszeitung", wechselte zwischen 1918 und 1933 mehrmals den Namen, die Erscheinungsweise und die politische Ausrichtung. Zunächst der DDP nahestehend, suchte das Blatt später Anschluß an rechtskonservative Kreise um den Stahlhelm; dieses kleinste der Würzburger Blätter wurde nur in Einzelfällen herangezogen

34 Das "Wochenblatt" erschien seit Herbst 1930 in einem Erfurter Verlag. Dem Verf. war lediglich der letzte Jahrgang (Herbst 1932 bis März 1933, dann verboten) zugänglich; die übrigen Jahrgänge waren weder im bundesdeutschen Leihverkehr noch im Leihverkehr der DDR zu beschaffen und müssen wohl als endgültig verloren gelten

35 CAHJP, WR 742, 740 b, 741, 507, 751

36 CAHJP, WR 1023, 1054

37 CAHJP, WR 480, S.21-22; WR 482 a, S.135-136

38 In einzelnen Semestern studierten über 400 jüdische Studenten in Würzburg; vgl. Kap. VI

39 Ihre Zahl schwankte zwischen 57 im Schuljahr 1927/28, 61 (1928/29) und 42 (1929/30); CAHJP, WR 482, S.189; WR 482 a, S.47; WR 482 b, S. 193-194. Für die übrigen Jahre liegen keine Zahlenangaben vor

40 Die Zahl der Schüler erreichte im Jahr 1923/24 mit acht den tiefsten Stand, um im Ausbildungsabschnitt 1931/32 auf 60 anzusteigen; Walter H. Kaufmann: "A History of the Jewish Teachers' Seminary in Würzburg (ILBA)". In: Ottensoser, Roberg S.46; Ophir, Wiesemann S.435

41 so beispielsweise der Direktor der Universitätsklinik für Ohren- und Kehlkopfkrankheiten, Prof. Paul Manasse, der in Margret Boveris Autobiographie im Kapitel über die Würzburger Juden behandelt wird; vgl. Margret Boveri: Verzweigungen. Eine Autobiographie. Hrsg. und mit einem Nachwort von Uwe Johnson. München, Zürich 1977, S.28-29

42 Bayerische Israelitische Gemeindezeitung (BIG), 15.2.1930, S.53

43 Arthur Ruppin: Soziologie der Juden. Bd.1. Die soziale Struktur der Juden. Berlin 1930, S.210

44 Bruno Blau: "Sociology and Statistics of the Jews". In: Historia Judaica, Bd.11, 1949, S.148

Einleitung, S.11

45 Wolfgang Köllmann: "Zur Bedeutung der Regionalgeschichte im Rahmen struktur- und sozialgeschichtlicher Konzeptionen". In: Archiv für Sozialgeschichte, Bd.XV, 1975, S.44

46 Um den Anmerkungsapparat nicht zu überlasten, werden der Personenkartei entnommene Informationen nur in Einzelfällen auf die ursprüngliche Quelle zurückgeführt

47 vgl. den Fragebogen und die Liste der Briefpartner im Anhang

48 vgl. die Liste der Gesprächspartner im Anhang

49 vgl. Lutz Niethammer (Hrsg.): Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der "Oral History". Frankfurt a.M. 1980, S.10, S.21

Anmerkungen zu Kapitel I (Demographie), S.13-14

1 Rudolf Endres: Juden in Franken, Würzburg 1977, S.2

2 Ophir S.476. Während des Pogroms vom 23. Juli 1298 starben 800 Würzburger Juden

3 Ophir S.477. Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Würzburg im Mittelalter vgl. Moszek Awigdor Szulwas: Die Juden in Würzburg während des Mittelalters. Berlin 1934; Moses A. Shulvass [Szulwas]: "One Hundred Years in the History of the Jewish Community of Würzburg (1250-1350)". In: Yivo-Annual of Jewish Social Science, Jg.12, 1958/59, S.196-210; Hermann Hoffmann: Das Judentum im mittelalterlichen Würzburg unter besonderer Berücksichtigung des mainfränkischen Raumgedanken. Eine historisch-kritische Studie zur Judenfrage. Würzburg 1936; Hermann Hoffmann: "Die Würzburger Judenverfolgung von 1349". In: Mainfränkisches Jahrbuch, Jg.5, 1953, S.91-114; Klaus Arnold: "Die Armledererhebung in Franken 1336". In: Mainfränkisches Jahrbuch, Jg.26, 1974, S. 35-62; Siegfried Hoyer: "Die Armlederbewegung - ein Bauernaufstand 1336/1339". In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg.13, 1965, S.74-89; Peter Herde: "Probleme der christlich-jüdischen Beziehungen in Mainfranken im Mittelalter". In: Würzburger Diözesan-Geschichtsblätter, Jg.40, 1978, S.79-94; Winfried Schich: Würzburg im Mittelalter. Köln, Wien 1977; Stuart Jenks: "Judenverschuldung und Verfolgung von Juden im 14. Jahrhundert: Franken bis 1349". In: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd.65, 1978, S.309-356; Julius Aronius (Hrsg.): Regesten zur Geschichte der Juden im Fränkischen und Deutschen Reich bis zum Jahr 1273. Berlin 1902; Germania Judaica. Nach dem Tode von M. Brann hrsg. von I. Elbogen, A. Freitag und H. Tykocinski, Bd.1. Von den ältesten Zeiten bis 1238. Tübingen 1963 (Neudruck der 1. Aufl. von 1934), S.474-496; Bd.2. Von 1238 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts. Hrsg. von Zvi Averni. 2.Halbbd. Tübingen 1968, S.928-936

4 Ophir S.477ff. Während der Amtszeit des Gegenreformators Julius Echter mußten auch die meisten Protestanten aus Würzburg auswandern. Zur Geschichte der Juden im Hochstift Würzburg zwischen der Mitte des 16. und dem Ende des 18. Jahrhunderts vgl. Markus Bohrer: Die Juden im Hochstift Würzburg im 16. und am Beginn des 17. Jahrhunderts. Phil. Diss., Freiburg i. Br. 1922; Leopold Löwenstein: "Zur Geschichte der Juden in Franken 1772-1775". In: Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland, Jg.3, 1889, S.275-282; Alfred Schröcker: "Jüdische Finanziers des Fürstbischofs Franz von Schönborn (1655-1729)". In: Jahrbuch für fränkische Landesforschung, Jg.37, 1977, S.125-137; Fridolin Solleder: "Die Judenschutzherrlichkeit des Juliusspitals zu Würzburg". In: Riezler-Festschrift. Beiträge zur bayerischen Geschichte. Gotha 1913, S.260-304; David Weger: Die Juden im Hochstift Würzburg während des 17. und 18. Jahrhunderts. Würzburg 1923

5 Wilhelm Stern: "Die Juden in Unterfranken während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts". In: Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland, N.F., Jg.6, 1935, S.229-230

6 Richard Korherr: Würzburg. Seine Entwicklung in Wort und Zahl. Würzburg 1937, S.51

7 Stern S.231; Ophir S.478. Zur Familie Hirsch vgl. Joseph Prys: Die Familie von Hirsch auf Gereuth. Erste quellenmäßige Darstellung ihrer

Geschichte. München 1931; Joseph Prys: "Zum Anteil der Familie von Hirsch auf Gereuth am Kampfe um die bayerische Judenemanzipation". In: Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland, N.F., Jg.5, 1934, S.69-80; S. Adler-Rudel: "Moritz Baron Hirsch. Profile of a Great Philanthropist". In: Year Book of the Leo-Baeck-Institute (YB LBI), Jg.8, 1963, S.29-69; Wolfgang Zorn: "Jakob, Julius und Joseph von Hirsch". In: Fränkische Lebensbilder, Bd.VIII, 1978, S.214-227

8 Korherr S.51. Der protestantische Bevölkerungsanteil lag bei 2 %; ebd.

9 Stern S.232

10 Stern S.233

11 Ophir, Wiesemann S.14

12 ebd.

13 Während die bayerische Gesamtbevölkerung zwischen 1818 und 1867 von 3,6 auf 4,8 Millionen anstieg, sank die Zahl der Juden von 53208 (1,45 % der Bevölkerung) auf 49840 (1 %); Bayerische Israelitische Gemeindezeitung (BIG), 15.3.1928, S.67

14 Ophir, Wiesemann S.14

15 Stadtarchiv Würzburg (StAWü), Judenakten 44, S.1-9, "Matrikel über die in der Kreisstadt Würzburg ansässigen [jüdischen] Glaubensgenossen"

16 Ophir S.474

17 Korherr S.51. 1852 stellten die Protestanten 14 % der Würzburger Bevölkerung; ebd.

18 Korherr S.51

19 Korherr S.51. Zur jüdischen Geschichte Würzburgs im 19. Jahrhundert vgl. Salomon Hirsch: Untertänigste Bitte um Revision derjenigen Edikte und Anordnungen, welche die Rechte der Bekenner der mosaischen Religion betreffen. Würzburg 1818; Th. A. Scheuring: Das Staatsbürgerrecht der Juden. Eine unparteiische Würdigung in Beziehung auf die von S. Hirsch zu Würzburg an die Ständeversammlung in Bayern eingereichte Vorstellung. Würzburg 1819; Julius von Voß: Die Hep Heps in Franken und anderen Orten. Teutonien [!] 1819; Carl F. von und zu Dalberg: Die Juden unter den Christen. Die Vergeltung wacht! Würzburg 1828; anon.: Darstellung des bürgerlichen Zustandes der Israeliten in Bayern mit besonderer Rücksicht auf jene des Unter-Mainkreises. o.O. 1833; Das Judentum und die Emanzipation der Juden oder Gleichstellung derselben in allen staatsbürgerlichen Rechten mit den Christen in jeder Beziehung. Von M. in W. [!] Würzburg 1849; Jakob Weißbart: Geschichtliche Mitteilungen über das Ende der alten, Wiederauferstehung und Entwicklung der neuen israelitischen Gemeinde Würzburg. Würzburg 1882; Eckhard Günther: Das Judentum in Mainfranken 1789-1816. Gelsenkirchen-Buer 1943; Friedrich Morgenstern: "Hardenberg and the Emancipation of Franconian Jewry". In: Jewish Social Studies, Jg.15, 1953, S.753-774. Bis ins 19. Jahrhundert reichen: Herz Bamberger: Geschichte der Rabbiner der Stadt und des Bezirkes Würzburg vom 12. Jahrh. bis auf die Neuzeit. Bearb. von Dr. phil. Herz Bamberger s.A. Aus seinem Nachlaß hrsg.,

Kap. I (Demographie), S.15-18

ergänzt und vervollständigt von seinem Bruder Rabbiner S. Bamberger, Wandsbek. Würzburg 1906; Moses Loeb Bamberger: Ein Blick auf die Geschichte der Juden in Würzburg. Würzburg 1905. Kurze Überblicksdarstellungen außerdem in verschiedenen Nachschlagewerken: Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden. Hrsg. von Georg Herlitz und Bruno Kirschner, Bd.IV/2. Berlin 1930, Sp.1512-1513; Encyclopaedia Judaica, Bd.16. Jerusalem 1971, Sp. 675-676; The Universal Jewish Encyclopedia in Ten Volumes. An Authoritative and Popular Presentation of Jews and Judaism since the Earliest Times. Ed. by Isaac Landman, Bd.10. New York 1943, S.580-581

20 BIG, 15.3.1928, S.68; Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden, N.F., Jg.3, 1926, S.36. Der Rückgang war demnach in Unterfranken wesentlich stärker als in Bayern, wo die jüdische Bevölkerung zwischen den gleichen Jahren sogar geringfügig zunahm (von 53208 auf 55063), allerdings bei starker Abnahme des Prozentanteils an der Gesamtbevölkerung (1910 lediglich noch 0,8 %); ebd.; BIG, 15.2.1932, S.51

21 "Die Verhältnisse der israelitischen Kultusgemeinden in Bayern nach dem Stande des Jahres 1907". In: Zeitschrift des Königlich Bayerischen Statistischen Landesamtes, Jg.42, 1910, S.450

22 Monika Richarz (Hrsg.): Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918-1945. Stuttgart 1982, S.18

23 ebd.

24 Personenkartei. 289 von 625 Personen, deren Herkunft ermittelt werden konnte

25 Personenkartei. 37 Personen (4 %) kamen aus dem Ausland nach Würzburg

26 Personenkartei. In Berlin lebten 1910 über 144000 Juden, in Frankfurt a.M. 26000 und in München 11000; Richarz, 1918-1945, S.17

27 Monika Richarz (Hrsg.): Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte im Kaiserreich. Stuttgart 1979, S.17

28 Personenkartei. Die übrigen Zielländer: Österreich (4 Emigranten), Frankreich (3), Holland (3), Südamerika (2), Ungarn, Italien, Südafrika, China, Tschechoslowakei und Palästina (je 1). In einem Fall ist das Ziel nicht bekannt

29 Esra Bennathan: "Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden". In: Werner E. Mosse (Hrsg.): Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Tübingen 1966 (2. Aufl.), S.122

30 BIG, 15.2.1930, S.53

31 CAHJP, WR 498, Wahlordnung der isr. Kultusgemeinde Würzburg von 1920, § 1

32 StAWü, Statuten der Israelitischen Kultusgemeinde Würzburg von 1904, § 30; vgl. Kap. V,2

33 CAHJP, WR 478, S.342

34 CAHJP, WR 1023, 1054

35 Ein Vergleich der jüdischen Sozialschichtung mit derjenigen der Würz-

burger Gesamtbevölkerung ist wegen des Fehlens entsprechender Unterlagen nicht möglich

36 Die Klasseneinteilung stammt nicht von der Kultusverwaltung, sondern vom Autor, ebenso wie die den entsprechenden Einkommensklassen zugelegten Bezeichnungen nicht den gemeindlichen Unterlagen entnommen sind

37 Donald L. Niewyk: The Jews in Weimar Germany. Baton Rouge, London 1980, S.16

38 Personenkartei (Anna Rosner). Anna R. zog 1923 ins jüdische Altersheim, wo sie 1926 starb

39 Richarz, 1918-1945, S.25

40 Personenkartei. Oberschicht: 74 %, gehobenes Bürgertum: 61 %; jüdische Gesamtbevölkerung: 54 %

41 Würzburger Wohnungsbuch 1932, S.VII

42 BIG, 15.2.1932, S.51. Die jüdische Gemeinde Fürth nahm von 3116 Mitgliedern 1867 (13,8 % der Gesamtbevölkerung) auf 2504 Mitglieder 1925 (3,4 %) ab, dafür wuchs die Gemeinde Nürnberg von 1254 Mitgliedern 1867 (1,6 %) auf 8603 Mitglieder 1925 (2,2 %). Größte jüdische Gemeinde in Bayern war München mit 2097 Mitgliedern 1867 (1,2 %) und 10068 Mitgliedern 1925 (1,5 %); ebd.

43 Korherr S.51

44 Richarz, 1918-1945, S.24

45 Ophir, Wiesemann S.315

46 Würzburger Wohnungsbuch 1933, S.VIII

47 Würzburger General-Anzeiger (WGA), 2.1.1930, S.9

48 WGA, 20.2.1920, S.2

49 WGA, 10.9.1919, S.2; 11.9.1919, S.3

50 StAWü. Vermerk auf dem Meldebogen

51 ebd. Jeanette Frank verzog 1921 nach Schöllkrippen; Personenkartei (Jeanette Frank)

52 CAHJP, WR 479, S.3

53 WGA, 10.9.1919, S.2

54 ebd.

55 Fr. Volksblatt, 22.5.1920, S.7

56 CAHJP, WR 482 a, S.146

57 Zahlenangaben aus der Personenkartei, die, wie bereits betont, Studenten nicht berücksichtigt. Unter den jüdischen Studenten Würzburgs stellten Ausländer durchschnittlich 20,2 %. Die absolute Höchstzahl wurde im Sommersemester 1923 mit 113 Ostjuden erreicht; Grieb-Lohwasser S.17-18

58 Personenkartei. Von den Ostjuden, die 1920 in Würzburg lebten, waren fünf vor 1900, 114 vor 1910 zugezogen

Kap. I (Demographie), S.25-28

59 Personenkartei. 117 von 231 Personen

60 Personenkartei. Ein Vergleich mit der Gesamtbevölkerung ist wegen des Fehlens entsprechender Zahlen nicht möglich

61 Personenkartei

62 Robert Weltsch: "Entscheidungsjahr 1932". In: Mosse, Entscheidungsjahr, S.559-560

63 pers. Mitt. Ursula Erlbaum (Brief)

64 pers. Mitt. Erna Lehnhardt (Brief)

65 pers. Mitt. Herbert A. Strauss (Gespräch)

66 pers. Mitt. Walter E. Riesenfeld (Brief), Miriam Muenster (Brief), Kurt S. Adler (Brief), Anne D. Schwabacher (Gespräch)

67 unter Einbeziehung aller erfaßten Personen, also nicht nur der Umlagepflichtigen und Unterstützungsempfänger bzw. der am 1. Juli 1920 und am 1. Juli 1931 in Würzburg Gemeldeten

68 In sechs Fällen erfolgte die Auswanderung nicht direkt von Würzburg aus, sondern erst mehrere Jahre nachdem die betreffenden Personen aus Würzburg in eine andere deutsche Stadt gezogen waren

69 Bernard B. Weinryb: "Prolegomena to an Economic History of the Jews in Germany in Modern Times". In: YB LBI, Jg.1, 1956, S.303

70 Personenkartei (Oskar Heß)

71 Personenkartei. In absoluten Zahlen: USA 31 Auswanderer, Schweiz 8, Palästina 7, Holland 6, Belgien 5. Die übrigen Zielländer waren Frankreich (3), die Tschechoslowakei (2), Großbritannien, Österreich, Argentinien, China (je 1)

72 "Es gab die Vorstellung, daß nach Amerika nur solche Leute gingen, die auswandern müssen, die hier nicht so guttun"; pers. Mitt. Herbert A. Strauss (Gespräch)

73 pers. Mitt. Kurt Frank (Brief)

74 Personenkartei (Lena Berney); pers. Mitt. Michael Berney (Brief). B. betätigte sich bis 1935 als landwirtschaftlicher Arbeiter und danach als selbständiger Landwirt

75 pers. Mitt. Michael Berney (Brief)

76 pers. Mitt. Margaret Rosenthal (Brief). Ein Palästina-Auswanderer blieb dort nur von 1924 bis 1927 und ging dann in die Vereinigten Staaten; er wird bei den USA mitgezählt

77 38 von 60 Personen

78 Personenkartei (Hermann Wolff, Max Wolff, Josef Wolff, Mina Wolff)

79 Richarz, 1918-1945, S.14

80 1871: 1,25 %, 1890: 1,15 %, 1910: 0,95 %; Richarz, Kaiserreich, S.13; Richarz, 1918-1945, S.14

81 1871: 512000, 1890: 568000, 1910: 615000; ebd.

Kap. I (Demographie), S.28-30

82 1925: 564000 Juden (0,9 % der Gesamtbevölkerung), 1933: 499600 Juden (0,76 %); Richarz, 1918-1945, S.14

83 Richarz, Kaiserreich, S.14

84 Felix Theilhaber: Der Untergang der deutschen Juden. Eine volkswirtschaftliche Studie, Berlin 1911 (1. Aufl.), 1921 (2. Aufl.)

85 BIG, 15.3.1928, S.67. 1910 lebten 55000 Juden in Bayern, die 0,8 % der Bevölkerung darstellten; 1925: 49145 (0,7 %), 1933: 41939 (0,55 %). Der Anteil der bayerischen Juden an der Gesamtzahl der Juden in Deutschland ging weiter von 9,4 % (1910) auf 7,1 % (1933) zurück, was auf eine überproportional starke Verminderung der bayerischen Juden hinweist; Arthur Cohen: "Die bayerischen Juden in der Volkszählung von 1933. Auflösung und Vergreisung?" In: BIG, 15.5.1935, S.217; BIG, 15.2.1932, S.51; Ophir, Wiesemann S.19

86 BIG, 15.3.1928, S.67

87 Cohen S.218. Ein Vergleich des Urbanisierungsgrades von jüdischer und Gesamtbevölkerung ist für das Jahr 1925 möglich: Damals lebten 26,8 % der Gesamtbevölkerung, aber 66,8 % der deutschen Juden in Großstädten; Richarz, 1918-1945, S.18

88 5000 von 8500 Juden. Im ganzen Reich traf dies nur auf zwei weitere Regionen zu: das Land Hessen und die Grenzmark Posen-Westpreußen; Cohen S.218

89 Rückgang der jüdischen Bevölkerung in Unterfranken zwischen 1910 und 1933: 29 %, in Bayern: 24 %; Cohen S.218; BIG, 15.3.1928, S.68

90 Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden, N.F., Jg.3, 1926, S.36-37. Unter den wenigen jüdischen Gemeinden Unterfrankens mit Bevölkerungszuwachs zwischen 1910 und 1925 steht Bad Kissingen mit einem Gewinn von 64 % an der Spitze. Die als Altersruhesitz beliebte Stadt überflügelte damit die jüdischen Gemeinden Kitzingen und Schweinfurt und wurde mit 504 jüdischen Einwohnern zur drittgrößten Gemeinde Unterfrankens. Der jüdische Bevölkerungsanteil in Bad Kissingen blieb zwischen 1910 und 1925 mit 5,3 % allerdings konstant; Ophir, Wiesemann S.262. Das Phänomen der "Landflucht" war nicht auf die jüdische Bevölkerung beschränkt: Etwa 40 % der unterfränkischen Gemeinden hatten zwischen 1855 und 1925 einen Bevölkerungsrückgang oder -stillstand aufzuweisen. Zwischen 1925 und 1933 verloren prozentual sogar noch mehr Gemeinden (42,3 %) Einwohner; Korherr S.42

91 Bennathan S.88-89

92 Ruppin, Bd.1, S.180

93 gerechnet jeweils auf 1000 Juden und 1000 Personen der Gesamtbevölkerung

94 Ruppin, Bd.1, S.171

95 In Frankreich, Schweden, der Schweiz und England betrug die Geburtenziffer zu dieser Zeit etwa 17 Geburten pro Jahr auf 1000 Einwohner. In Preußen, dem größten Land des Reiches, lag sie 1927 bei 19,5; Ruppin, Bd.1, S.171, 175

Kap. I (Demographie), S.31-35

96 BIG, 15.3.1928, S.68

97 Ruppin, Bd.1, S.173

98 Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden, N.F., Jg.2, 1925, S.35

99 BIG, 1.4.1930, S.104

100 Ruppin, Bd.1, S.175

101 Cohen S.218

102 Ruppin, Bd.1, S.177

103 BIG, 1.4.1930, S.104

104 Ruppin, Bd.1, S.180

105 Zahlen für Würzburg nach der Volkszählung von 1933; Korherr S.47; jüdische Zahlen nach der Personenkartei unter Einbeziehung aller Familien, die am 1. Juli 1920 und am 1. Juli 1931 in Würzburg wohnten

106 Würzburger Familien: 25 %, jüdische Familien: 26 %, deutschjüdische Familien (ohne Ostjuden): 24 %

107 Personenkartei. Durchschnittliche Kinderzahl aller jüdischen Familien in Würzburg mit Kindern: 2,86, aller deutschjüdischen Familien mit Kindern: 2,79, aller ostjüdischen Familien mit Kindern: 3,82

108 Personenkartei. Oberschicht: 25,8 %, gehobenes Bürgertum: 13,4 %, mittleres Bürgertum: 16,7 %, Kleinbürgertum: 36 %, Unterschicht: 56 %

109 Korherr S.48

110 ebd. Der Grund dürfte in der Beliebtheit Würzburgs als Ruhestandssitz zu suchen sein

111 Richarz, 1918-1945, S.15

112 Zahlen für 1881-1924: BIG, 15.3.1928, S.68; Angaben für 1933: Cohen S.218

113 Personenkartei. Gehobenes Bürgertum: 30 %, mittleres Bürgertum: 34 %

114 Personenkartei. Verlust beim Kleinbürgertum: 46 %, bei der Unterschicht: 52 %

115 BIG, 15.3.1928, S.68

116 Ruppin, Bd.1, S.206

117 W. Hanauer: "Die Mischehe". In: Jüdisches Jahrbuch, Bd.3, 1929, S. 38-39. Im Reich betrug der Mischehenanteil 1927 annähernd ein Drittel; Ruppin, Bd.1, S.213

118 Ruppin, Bd.1, S.207-208

119 BIG, 15.3.1928, S.69

120 Personenkartei

121 Personenkartei

122 Würzburger Wohnungsbuch 1932, S.VIII

Kap. I (Demographie), S.35-39

123 protestantischer Bevölkerungsanteil 1925: 64,1 %, Anteil an jüdischen Mischehen: 66,1 %, katholischer Bevölkerungsanteil: 32,4 %, Anteil an jüdischen Mischehen: 22,2 %; Ruppin, Bd.1, S.219

124 Personenkartei. 32 Männer, 14 Frauen

125 Ruppin, Bd.1, S.221

126 Personenkartei. Die 24 Mischehen mit Kindern brachten insgesamt 45 Kinder hervor

127 Ruppin, Bd.1, S.229

128 BIG, 15.3.1928, S.68

129 Bennathan S.96

130 Ruppin, Bd.1, S.224

131 Personenkartei. Unterschicht zwei, mittleres Bürgertum drei, Oberschicht zwei Mischehen

132 Ruppin, Bd.1, S.229-230

133 CAHJP, WR 580

134 Ruppin, Bd.1, S.301

135 Korherr S.52. Erstmals wurden drei Freireligiöse bei der Volkszählung 1871 registriert

136 Ruppin, Bd.1, S.301-302

137 Personenkartei (Amson Schwabacher)

138 pers. Mitt. Anne D. Schwabacher (Gespräch)

139 Personenkartei (Julius Strauß)

140 Ruppin, Bd.1, S.304

141 Personenkartei. Alle Studenten wurden dieser Gruppe zugerechnet

142 Personenkartei. Nach Ruppin, Bd.1, S.304, sind Übertritte zum Judentum "fast ausschließlich durch eine beabsichtigte Ehe mit einem Juden oder einer Jüdin veranlaßt"

143 Ruppin, Bd.1, S.311

Anmerkungen zu Kapitel II (Berufsgliederung), S.40-42

1 Richarz, 1918-1945, S.26

2 Ruppin, Bd.1, S.347

3 1910 fand zwar eine Volks-, jedoch keine Berufs- und Betriebszählung statt

4 Ruppin, Bd.1, S.455; Bennathan S.104

5 Richarz, 1918-1945, S.24

6 Die Angaben über die Inhaber sind dem "Firmen- und Genossenschaftsregister" des Würzburger Wohnungsbuchs entnommen, das alle kaufmännischen Firmen aufführte, die in den Firmen-, Gesellschafts- und Genossenschaftsregistern des Amtsgerichts Würzburg eingetragen waren; vgl. Würzburger Wohnungsbuch 1921, S.472

7 Alfred Marcus: Die wirtschaftliche Krise der deutschen Juden. Eine soziologische Untersuchung. Berlin 1931, S.25

8 basierend auf der Höhe der von den Inhabern gezahlten Kultusumlagen sowie auf Äußerungen über die Firmen und ihre Besitzer in Tageszeitungen und Verwaltungsakten

9 Donald L. Niewyk: "The Impact of Inflation and Depression on the German Jews". In: YB LBI, Jg.28, 1983, S.19. Niewyk moniert, daß Untersuchungen, die auf Volkszählungsergebnissen beruhen, unbefriedigende Ergebnisse zeitigen: "It may be good to know, for instance, that thirty-eight Cologne Jews were in the business of making shoes, but unless we know how many of them led large, prosperous companies employing modern production techniques and how many were modest neighbourhood cobblers, we cannot begin to draw very many conclusions about Jewish prosperity or lack thereof." ebd.

10 Richarz, Kaiserreich, S.13. Nach Richarz ist die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der deutschen Juden " - außer für gewisse Familien der Oberschicht - noch nicht ausreichend bearbeitet worden"; ebd. Bezeichnenderweise reicht das Werk von Rudolf Glanz (Geschichte des niederen jüdischen Volkes in Deutschland. New York 1968, Selbstverlag) nicht bis in das 20. Jahrhundert. Monographien über jüdische Wirtschaftsführer liegen dagegen in großer Zahl vor; vgl. die Bibliographie von Ursula Hüllbüsch: Juden in der deutschen Wirtschaft vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Jahr 1933. Jerusalem 1972

11 BIG, 15.2.1930, S.53

12 WGA, 11.4.1929, S.3

13 Korherr S.61. Darin enthalten sind 63 Arbeitslose auf 1000 Einwohner

14 Personenkartei. Von den für den 1. Juli 1931 ermittelten 1862 jüdischen Einwohnern gingen 819 einer Beschäftigung nach; am 1. Juli 1920 hatte die jüdische Erwerbsziffer wesentlich niedriger gelegen: Damals waren von 2075 Einwohnern 820 erwerbstätig gewesen; auf 1000 Personen kamen 395 Erwerbstätige. Diese Zahl gibt den Zustand vor Inflation und Weltwirtschaftskrise wieder

15 Paula Weiner-Odenheimer: Die Berufe der Juden in Bayern. Berlin 1918, S.18-19

Kap. II (Berufsgliederung), S.42-45

16 Von allen bayerischen Frauen waren 1925 40,7 % erwerbstätig, von den jüdischen Frauen nur 17,4 %; BIG, 15.2.1930, S.53. Wieder liegt die entsprechende Zahl für die Frauen der Stadt Würzburg mit 27,5 % näher an der jüdischen als an der der gesamtbayerischen weiblichen Bevölkerung; WGA, 11.4.1929, S.3

17 Weiner-Odenheimer S.32

18 Personenkartei

19 Personenkartei (Bernhard M. Stern)

20 Der Aufbau des Abschnitts folgt den "Berufsabteilungen" amtlicher Statistiken

21 Herbert Kahn: "Die wirtschaftliche und soziale Schichtung der Juden in Deutschland. Wandlungen seit Bestehen des Deutschen Reiches". In: Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik, N.F., Jg.6, 1936, S.57, S.61

22 Von den deutschen erwerbstätigen Juden gehörten 1933 1,4 % dieser Berufsabteilung an, von der erwerbstätigen Gesamtbevölkerung aber 3,9 %. Für Bayern lauten die Zahlen für 1925: 1,9 % (Juden) bzw. 3,9 % (Gesamtbevölkerung); Kahn S.15; BIG, 15.2.1930, S.53

23 WGA, 11.4.1929, S.3. Der große Anteil der Hausangestellten läßt auf die Existenz einer breiten wohlhabenden Mittelschicht in Würzburg schließen; ebd.

24 Personenkartei

25 Kahn S.61

26 BIG, 15.2.1930, S.55

27 Richarz, 1918-1945, S.18-19

28 Richarz, 1918-1945, S.19, S.24; Kahn S.15, S.57

29 Personenkartei. Öffentliche Dienste und freie Berufe machten unter der jüdischen erwerbstätigen Bevölkerung Bayerns 1925 lediglich 5,3 % aus, unter der bayerischen Gesamtbevölkerung 4,4 %; BIG, 15.2.1930, S.53

30 Richarz, 1918-1945, S.24; pers. Mitt. William G. Niederland (Gespräch)

31 Personenkartei. 1920: 18 von 181 Ärzten, 1931: 18 von 159 Ärzten. Hier wie im folgenden wird Heidingsfeld 1931 jeweils einbezogen, wenn der Anteil der Juden an der Gesamtzahl der in einer Branche Beschäftigten angegeben wird. Aufgeführt sind in diesen Fällen nur diejenigen Personen, die in den Branchenteil des Würzburger Wohnungsbuchs unter der jeweiligen Berufsbezeichnung aufgenommen wurden. Entsprechendes gilt für den Anteil jüdischer Firmen an allen Firmen einer Branche

32 Anteil der Juden an der Berufsgruppe Ärzte bei der Volkszählung von 1933: 10,9 %, an der Berufsgruppe Zahnärzte: 8,6 %; Richarz, 1918-1945, S.24; Bennathan S.111

33 Bei der Volkszählung von 1925 stellten Juden 4,0 % der bayerischen Ärzte und Zahnärzte; BIG, 15.2.1930, S.54

34 pers. Mitt. Curt C. Silberman (Gespräch)

Kap. II (Berufsgliederung), S.46-47

35 BSAWü, Gestapostelle 15622 (Akt Max Strauß). St. wurde 1894 als neuntes Kind des Metzgers Wolf Strauß aus Sommerhausen geboren; er besuchte in Würzburg das Neue und das Alte Gymnasium, diente im Ersten Weltkrieg und im Freikorps Würzburg und eröffnete 1923 eine Praxis in Würzburg; Ende 1937 emigrierte er in die USA; Personenkartei (Max Strauß)

36 WGA, 29.1.1930, S.3. R., geb. 1867 bei Tschenstochau als Sohn eines Kaufmanns, hatte sich 1892, kurz nach der Approbation, in Würzburg niedergelassen; mehrere Jahre amtierte er als Gemeindebevollmächtigter; Personenkartei (Nathan Riesenfeld)

37 pers. Mitt. Margaret Rosenthal (Gespräch). F., geb. 1878 als Kaufmannssohn in Würzburg, wurde nach Theresienstadt deportiert; Personenkartei (Max Frank)

38 Personenkartei. Zehn von 18 Personen

39 Personenkartei

40 Personenkartei. 1920: drei von zwölf Apotheken; 1931: vier von 15 Apotheken. Alle jüdischen Apothekenbesitzer Würzburgs gehörten dem mittleren oder dem gehobenen Bürgertum an. Im Reich stellten die Juden 1933 3,6 % der Apotheker; Bennathan S.111

41 Würzburger Wohnungsbuch 1925, Abt.III, S.31. M., geb. 1888 als Sohn eines Landwirts und Viehhändlers in Aub bei Ochsenfurt, hatte nach sechsjährigem Besuch des Progymnasiums in Uffenheim drei Jahre in einer Marktbreiter Apotheke gelernt und dann in Würzburg Pharmazie studiert. Nach dem Kriegsdienst übernahm er 1919 die Adlerapotheke in Würzburg. Am 26.1.1939 emigrierte er nach New York; Personenkartei (Max Mandelbaum)

42 Personenkartei. 1920: 15 von 54 Rechtsanwälten; 1931: 17 von 71 Rechtsanwälten

43 Personenkartei. 1925 waren 13 % der bayerischen selbständigen Rechtsberater Juden, aber nur 2,85 % der bayerischen Justizbeamten; BIG, 15.2.1930, S.54; E. G. Lowenthal: "Die Juden im öffentlichen Leben". In: Mosse, Entscheidungsjahr, S.57

44 pers. Mitt. Otto Haas (Brief)

45 WGA, 3.7.1920, S.2

46 pers. Mitt. Otto Haas (Brief). Vgl. zur Biographie von Haas Kap. V. Bruno Stern, geb. 1880 in Würzburg als Sohn eines Rechtsanwalts, emigrierte im Dezember 1938 nach London; Personenkartei (Bruno Stern). Die in Würzburg tätigen selbständigen Rechtsanwälte verteilten sich gleichmäßig auf Kleinbürgertum (5 Personen), mittleres (5) sowie gehobenes Bürgertum und Oberschicht (5)

47 jeweils zehn von 18 Personen

48 Würzburger Wohnungsbuch 1921, S.673. Freudenberger, 1866 geborener Sohn eines Heidingsfelder Lehrers, wurde in den Osten deportiert. Tachauer, geb. 1883 in Würzburg als Sohn des Religionslehrers Gustav Tachauer, wanderte 1933 nach Palästina aus. Bodky kam 1858 als Kaufmannssohn im ostpreußischen Tilsit zur Welt und unterrichtete

Kap. II (Berufsgliederung), S.47-50

seit 1908 in Würzburg; er starb am 16.5.1927 in Würzburg; Personenkartei (Juda Freudenberger, David Tachauer, Julius Bodky)

49 pers. Mitt. Margaret Rosenthal (Gespräch). Die Lehrer gehörten fast ausschließlich dem Kleinbürgertum an

50 BIG, 1.11.1930, S.333

51 Personenkartei (Emil Hilb); WGA, 8.8.1929, S.3

52 WGA, 16.12.1929, S.3

53 Personenkartei (Karl Hellmann). H., 1892 in Würzburg geboren, wanderte 1936 nach Istanbul aus und übernahm an der dortigen Hochschule den Lehrstuhl für Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde

54 Lowenthal S.76-77. Dies entspricht heute einem außerplanmäßigen Professor

55 Lowenthal S.76. Lowenthal nennt für die Endphase der Republik über 120 festangestellte jüdische Ordinarien an Universitäten des Reiches, darunter keinen in Würzburg; allerdings sind in seine Statistik auch zum Christentum Übergetretene aufgenommen. Sowohl 1920 als auch 1931 lehrte jeweils ein jüdischer Privatdozent an der Universität Würzburg. Der 1889 in Nürnberg als Sohn eines Fabrikanten geborene Stefan Goldschmidt kam 1918 an das Chemische Institut und verzog 1923 nach Karlsruhe; Personenkartei (Stefan Goldschmidt). Privatdozent an der psychiatrischen und Nervenklinik war 1931 Ernst Grünthal, der 1894 in Beuthen als Sohn eines Augenarztes geboren wurde. Als Grünthal im Oktober 1928 einen Ruf als Abteilungsleiter an das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung in Berlin ablehnte, war dies dem "General-Anzeiger" eine Meldung wert. G. emigrierte 1934 nach Bern; Personenkartei (Ernst Grünthal); WGA, 17.10.1928, S.3; vgl. auch den WGA-Bericht vom 17.2.1930, S.3, über einen Vortrag G.'s vor dem Naturwissenschaftlichen Verein; das Referat behandelte den "Einfluß des seelisch Abnormen auf die Kultur"

56 Bruno Fries, Paul Pagel, Christian Roedig, Kurt Scheidenberger: Würzburg im Dritten Reich. Katalog der Ausstellung. Würzburg 1983, S.60. Der Katalog nennt die Namen einzelner Künstler und informiert über deren weiteren Lebensweg

57 WGA, 7.12.1929, S.3

58 Fr. Volksfreund, 17.12.1931, o. S.; Personenkartei (Johanna Stahl). Johanna St. wurde am 17.6.1943 nach Auschwitz deportiert. Ihr Bruder Leo Stahl ging 1922 als Korrespondent der "Frankfurter Zeitung" nach Paris und emigrierte später in die USA; Personenkartei (Leo Stahl)

59 Personenkartei (Liesl Loeser); WGA, 15.10.1927, S.3; WGA, 17.12.1929, S.4, S.13. Liesl L. emigrierte später nach Palästina

60 Personenkartei (Trudel Loeser); WGA, 6.8.1929, S.3 (hier fälschlich Ruth Loeser genannt). Trudel L., geb. 1899 in Würzburg, emigrierte wie ihre Schwester nach Palästina

61 Die Prozentanteile stellen hier wie in allen übrigen Graphiken den Mittelwert der für 1920 und 1931 errechnete Zahlen dar

62 Weiner-Odenheimer S.24

Kap. II (Berufsgliederung), S.50-52

63 BIG, 15.2.1930, S.53. Im Reich war 1925 ein Viertel der Juden (24,5 %), aber 42,1 % der Gesamtbevölkerung in Industrie und Handwerk tätig; Bennathan S.104

64 BIG, 15.2.1930, S.53

65 Weiner-Odenheimer S.25; Kahn S.64

66 Ruppin, Bd.1, S.450

67 Ruppin, Bd.1, S.451

68 Ruppin, Bd.1, S.455

69 Richarz, 1918-1945, S.22

70 Bennathan S.121

71 Personenkartei (Moritz Golomb); pers. Mitt. Joel Golomb (Brief). Auch Golombs zwei Jahre jüngerer Bruder Leopold betrieb eine mechanische Strumpfstrickerei, nachdem er zuvor als Tapezierer, Fabrikaufseher und Reisender einer Schweinfurter Weinhandlung gearbeitet hatte; Moritz G. wurde 1943 nach Treblinka deportiert, sein Bruder verzog Mitte der zwanziger Jahre nach Berlin

72 Personenkartei (Moses Back). B. emigrierte 1938 in die USA

73 Personenkartei (Josef Leiserowitz); vgl. zu L. Kap. IX

74 pers. Mitt. Polja Ringart-Oistrach (Brief); Personenkartei (Paula Ostrach). Paula O. emigrierte 1933 nach Paris

75 z.B. die Firmen Adolf Harburger, Heinemann & Sohn, S. & N. Nußbaum, Ernestine Schloß, Hermann Weißbart, Leopold Grünbaum

76 Personenkartei (Seligmann Löb Steinam)

77 Curt Riess: Das waren Zeiten. Eine nostalgische Autobiographie mit vielen Mitwirkenden. Wien, München, Zürich, Innsbruck 1977, S.27-29

78 Personenkartei (Adolf Steinam). St. wurde am 23.9.1942 nach Theresienstadt deportiert

79 die Fabriken Lein und Steinberg, S. Sachs sowie die Wäschefabrik und Textilgroßhandlung Gebrüder Sichel. Von den fünf Herren- und Knabenkleiderfabriken, die für 1920 im Branchenverzeichnis des Würzburger Wohnungsbuchs aufgeführt sind, gehörten drei jüdischen Inhabern

80 Der russische Schuhmachermeister Elias Rudnitzki, geb. 1873 bei Wilna und seit 1904 in Würzburg, beantragte 1921 ein Leumundszeugnis "zur Ausreise nach Amerika", gab die Emigrationspläne dann aber auf; der Vater von acht Kindern ließ sich 1931 als "Kaufmann" ins Wohnungsbuch eintragen. Sein deutscher Kollege Samuel Baumann, 1858 in Adelsberg geboren und 1881 nach Würzburg gekommen, starb 1923 in Würzburg; Personenkartei (Elias Rudnitzki, Samuel Baumann)

81 gegr. 1896 von Hermann Buxbaum, der 1896 in Ernsbach bei Heilbronn geboren wurde und als 15jähriger Kaufmannslehrling nach Würzburg gekommen war; ebenfalls aus Ernsbach stammte der Teilhaber Max Morgenroth, Viehhändlerssohn und seit der Jahrhundertwende in Würzburg ansässig; Personenkartei (Hermann Buxbaum, Max Morgenroth). M. emigrierte 1939 in die USA

Kap. II (Berufsgliederung), S.52-55

82 Personenkartei (Albert Oestreicher)

83 Ruppin, Bd.1, S.455

84 Bennathan S.121

85 Personenkartei (Lazarus Adler, Willi Adler, Ferdinand Blum). Willi A. emigrierte 1934 nach Paris

86 BSAWü, Gestapostelle 2 (Akt Willi Adler)

87 die Bohnesmühle, betrieben von der Familie Schwabacher, sowie die Aumühle von Albrecht Rosenblatt. Der ersteren war eine Mehl- und Nahrungsmittelhandlung angeschlossen. Der geringere Geschäftsumfang der Aumühle zwang deren Inhaber dazu, eine Nebentätigkeit als Vermittler von Hypotheken und Versicherungen aufzunehmen; Personenkartei (Adolf Schwabacher, Albrecht Rosenblatt)

88 gemessen an der Summe der von den Teilhabern gezahlten Kultusumlagen

89 WGA, 8.2.1930, S.3. R. starb 1937 in Würzburg

90 WGA, 5.8.1931, S.3. R. emigrierte in die USA

91 1920 zehn von 180 Metzgereien, 1931 elf von 137 Metzgereien

92 Die beiden deutschjüdischen Inhaber waren dem Kleinbürgertum zuzurechnen

93 fünf von zehn Unternehmen

94 Personenkartei (Koppel Bader). B. beantragte 1914, eine Zigarettenart "König Ludwig III.-Zigarette" nennen zu dürfen, doch wurde ihm, laut Vermerk auf dem Meldebogen, die "allerh. Genehmigg." versagt; ebd.

95 Personenkartei (Wolf Mayer); Vermerk auf dem Meldebogen. Wolf M. starb 1892 in Würzburg

96 Personenkartei (Heinrich Mayer, Jacques Mayer). Heinrich M. starb 1933 in Würzburg; Jacques M. wanderte im Dezember 1938 über Paris nach London aus

97 Nicht berücksichtigt ist 1920 eine in christlich-jüdischem Gemeinschaftsbesitz befindliche Firma; zwei der Firmen (D. Birk & Co, Heidingsfelder Lackfabrik H. Brauer & Co) standen in Heidingsfeld, eine (Max Wolff) in Zell, doch wohnten die Inhaber in Würzburg

98 Personenkartei (Alfred Riesenfeld, Bruno Riesenfeld); BSAWü, Gestapostelle 10634 (Akt Bruno Riesenfeld). Alfred R. starb 1936 in Würzburg. Bruno R. emigrierte 1939 nach Amsterdam und von dort in die USA

99 pers. Mitt. Walter E. Riesenfeld (Gespräch). Walter R. wanderte zunächst nach Prag und dann 1939 in die USA aus

100 Von den in Industrie und Handwerk Beschäftigten waren 1925 in Bayern in der Berufsgruppe Metallverarbeitung 11,7 % Juden, aber 32,5 % Christen; Ruppin, Bd.1, S.455

101 Personenkartei (Siegfried Strauß). St., 1878 in Sommerhausen geboren, lebte seit 1905 in Würzburg. 1931 arbeitete er als Expedient; St. zog 1937 nach Köln

Kap. II (Berufsgliederung), S.55-58

102 Personenkartei (Isak Schwarzschild). Sch. starb 1939 in Würzburg

103 Personenkartei. 1931 waren zwei der 15 Würzburger Juweliere Juden; die Scheideanstalt bestand weiter

104 Personenkartei (Edmund Biow, Paul Biow). Paul B. schied 1937 aus der Firma aus

105 WGA, 9.3.1929, S.3

106 Personenkartei (Siegfried Silbermann). S. starb in den zwanziger Jahren in Würzburg

107 Personenkartei (Max Fleischmann, Willi Fleischmann). Max F. wanderte 1938 nach Britisch-Indien aus; auch der jüdische Besitzer eines Karlstädter Sägewerks wohnte 1920 in Würzburg

108 Richarz, 1918-1945, S.23

109 Personenkartei. Es existierten 1920 ein und 1931 drei Unternehmen

110 Personenkartei (Georg Lewkowitz). L. befand sich seit 1922 auf Reisen und wohnte u.a. in Saarbrücken und Straßburg

111 Personenkartei (Josef Bär Bader). B., geb. 1890, war seit 1918 in Würzburg ansässig und arbeitete zunächst als Dekorateur

112 Personenkartei (Jakob Israelsky). I., geb. 1882, lebte seit 1910 in Würzburg; er verzog später nach München

113 Personenkartei (Max Brinkmann). B., geb. 1881, wurde am 27.11.1941 in den Osten deportiert

114 Personenkartei (Ludwig Schwarz). Sch., geb. 1892 in Frankfurt als Sohn eines Handelsmanns, zog noch 1931 nach München

115 Kahn S.15, S.57; Richarz, 1918-1945, S.19

116 BIG, 15.2.1930, S.53. Damit erreichten die Juden in der Berufsabteilung Handel und Verkehr die beachtliche Quote von 2,8 % aller bayerischen Erwerbstätigen dieser Gruppe, während die Juden an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Bayern nur mit 0,5 % und an der Gesamtbevölkerung nur mit 0,7 % beteiligt waren; ebd.

117 WGA, 11.4.1929, S.3

118 Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß der Anteil der Berufsabteilung Handel und Verkehr in Würzburg selbst ungewöhnlich hoch lag. Kahn nennt für 1933 als Durchschnittswert aller Städte mit einer Einwohnerzahl von 20000 bis unter 100000 24,5 %, für Städte mit über 100000 Einwohnern 31,4 %; Kahn S.15

119 Richarz, 1918-1945, S.20

120 ebd.

121 von 5,4 % aller Erwerbstätigen im Jahr 1907 auf 8,4 % 1933; Bennathan S.104

122 von 51,0 % der jüdischen Erwerbstätigen 1907 auf 47,7 % 1933; ebd.

123 Personenkartei. 1920: 20 von 36, 1931: zehn von 15 im Wohnungsbuch verzeichneten Firmen. Bei den Würzburger Manufakturwaren- (Textilwa-

ren-) handlungen bzw. -großhandlungen ergibt sich ein ähnliches Bild: 1920: 29 von 52, 1931: 16 von 28 Firmen. Nach Bennathan stellten die deutschen Juden 1930 über 70 % der Grossisten für Damenoberbekleidung und 51 % der Grossisten für Herrenoberbekleidung; Bennathan S.114

124 WGA, 1.4.1927, S.3

125 Formulierungen aus verschiedenen Schreiben, in denen Kahn für die Verleihung des Titels Kommerzienrat vorgeschlagen wurde; Bayer. Hauptstaatsarchiv München, MWi 4045. K., geb. 1871 in Würzburg, starb 1940 in Würzburg

126 Personenkartei (Josef Goldschmidt)

127 Personenkartei. 1920: 11 von 37, 1931: 8 von 23 Läden

128 Personenkartei. 1920: 26,1 % (sechs von 23 Läden), 1931: 38,5 % (fünf von 13 Läden)

129 CAHJP, WR 482 e, S.47

130 Personenkartei (Karl Simon)

131 BSAWü, Gestapostelle 14504 (Akt Fritz Simon)

132 Personenkartei (Karl Simon). S. emigrierte im Februar 1939 über London nach Los Angeles

133 Personenkartei. 1920 4 von 16 und 1931 4 von 17 Lederhandlungen; 1920 16 von 54 und 1931 10 von 41 Schuhwarenhandlungen

134 1927 ging die Würzburger Filiale in den Besitz des bisherigen Geschäftsführers Arnold Bukofzer und des aus Berlin stammenden Kaufmanns Ernst Dzialoszynski über, profitierte allerdings weiterhin von der engen Anbindung an den Löser-Konzern, der über eigene Fabriken und Webereien verfügte; WGA, 21.2.1927, S.3. D. emigrierte 1933 nach Palästina; B. zog 1935 nach Berlin; Personenkartei (Arnold Bukofzer, Ernst Dzialoszynski). Zur Zahl der Angestellten vgl. CAHJP, WR 482 e, S.47

135 Personenkartei (Siegmund Ruschkewitz); CAHJP, WR 482 e, S.47; WGA, 30.11.1928, S.4. R. starb 1940 beim Versuch, illegal nach Palästina einzuwandern, auf einem Emigrantenschiff; die Firma Ruschkewitz war bereits 1935 "arisiert" worden; pers. Mitt. Hans Rush (Brief)

136 Fr. Volksfreund, 11.6.1931, o. S.; WGA, 26.6.1931, S.4. Das Geschäft war dem "Wohlwert"- (Woolworth-) Konzern angeschlossen; als einer der Geschäftsführer fungierte Ruschkewitz-Sohn Ernst, der 1936 nach Holland emigrierte und von dort in ein Konzentrationslager deportiert wurde; Personenkartei (Ernst Ruschkewitz)

137 Personenkartei (Josef Laredo, Oskar Laredo). Josef L. starb 1907; Oskar L. emigrierte 1937 in die USA

138 WGA, 1.10.1927, S.5

139 WGA, 20.11.1924, S.3

140 WGA, 1.10.1927, S.5

141 Fr. Volksfreund, 5.9.1932, o. S.

Kap. II. (Berufsgliederung), S.60-63

142 BSAWü, Gestapostelle 5666 (Akt Oskar Laredo)

143 Das in Würzburg als "Haus ohne Dach" bezeichnete Gebäude, das heute noch steht, erregte große Aufmerksamkeit; zunächst vom Stadtrat nur mit äußersten Vorbehalten genehmigt, wurde es allerdings später als "Ergebnis einer neuen Zeitgesinnung, eines neuen Stilgefühls" (WGA, 6.10.1928, S.3) gewürdigt. Vgl. auch WGA, 2.10.1928, S.3; WGA, 8.10.1928, S.3; WGA, 8.4.1929, S.4. Im März 1929 behandelte das Fachorgan "Der Baumeister" (Jg.27, Heft 3, S.61-70) das Gebäude; der Aufsatz stammte aus der Feder des jüdischen Kunsthistorikers und Riemenschneider-Spezialisten Justus Bier in Nürnberg

144 BSAWü, Gestapostelle 5666 (Akt Oskar Laredo)

145 Richarz, 1918-1945, S.21

146 ebd.

147 Personenkartei. 1920: neun von 34 und 1931: neun von 36 Betrieben

148 Personenkartei (Albert Dannenberg); pers. Mitt. Anne D. Schwabacher (Gespräch); WGA, 31.3.1930, S.3. David M. starb 1922 in Würzburg; Albert D. wurde am 23.9.1942 nach Theresienstadt deportiert

149 Hans Müller: Die Würzburger Produktenbörse. Würzburg 1930, S.17. Vgl. zur Geschichte der Börse außerdem Müller S.13-22; WGA, 5.9.1921, S.3

150 Müller S.16, S.106

151 Personenkartei (Jonas Königshöfer). K. starb 1946 in Kopenhagen

152 pers. Mitt. Martha Koplowitz (Brief)

153 CAHJP, WR 482 e, S.47

154 Personenkartei (Georg Koffler)

155 Personenkartei (Chaim Spindel). S., geb. 1885 in Samusczyn, kam 1910 nach Würzburg

156 Personenkartei (Viktor Vorchheimer, Siegfried Vorchheimer, Emanuel Vorchheimer); pers. Mitt. Paula Eppstein (Brief). Viktor V. starb 1929 in Würzburg, Siegfried V. emigrierte 1933, sein Bruder Emanuel 1934 nach Palästina

157 pers. Mitt. Paula Eppstein (Brief)

158 Personenkartei (Maier Kahn, Wilhelm Kahn); WGA, 30.12.1928, S.2. Maier K. starb 1907 in Würzburg; Wilhelm K., geb. 1874 in Würzburg, starb 1936

159 Bennathan S.116

160 Personenkartei. 1920 neun von 20 und 1931 zwölf von 23 Vieh- und Pferdehändlern, davon 1931 allein vier in Heidingsfeld. Zwei Drittel der Vieh- und Pferdehändler sind dem gehobenen Bürgertum zuzurechnen

161 Personenkartei (Siegfried Jakob); WGA, 28.7.1926, S.3; pers. Mitt. Erna Lehnhardt (Brief). J. emigrierte 1936 nach Holland, von wo er etwa 1943 deportiert wurde

162 Personenkartei. 14 von 76 Firmen

Kap. II (Berufsgliederung), S.63-65

163 Personenkartei. Fünf von 74 Firmen

164 Richarz, 1918-1945, S.21

165 Personenkartei. 1920 neun von 32 Firmen

166 Personenkartei. 1931 drei von 17 Firmen

167 Personenkartei. Die Gesamtzahl der Würzburger Altwarenhändler verringerte sich von 26 auf zwei

168 Personenkartei (Moses Weidenfeld). Vgl. Kap. IX

169 Personenkartei (Majer Leib Kranzler). K., geb. 1887 als Kaufmannssohn, emigrierte 1936 in die USA; keiner der ostjüdischen Rohproduktenhändler zahlte 1920 Kultusumlagen, was ihre Zugehörigkeit zur jüdischen Unterschicht Würzburgs dokumentiert

170 Der 1843 in Berlichingen geborene Hermann Gotthilf hatte zusammen mit Moses Kastanienbaum (geb. 1836 in Külsheim bei Wertheim) wohl in den siebziger Jahren ein Hadern- (Lumpen-) geschäft gegründet, das später geteilt wurde. Moses Kastanienbaums Sohn Josef übernahm 1905 die Firma des Vaters, während Hermann Gotthilfs Hadern-, Knochen- und Alteisengroßhandlung von dessen Sohn und Schwiegersohn und einem weiteren Verwandten fortgeführt wurde. Die Firma H. Gotthilf & Cie hatte zeitweise bis zu 100 Angestellte; Personenkartei (Hermann Gotthilf, Moses Kastanienbaum, Josef Kastanienbaum); pers. Mitt. Kurt S. Adler (Brief). Hermann G. starb 1907 in Würzburg; Moses K. starb 1915 in Würzburg; Josef K. wurde am 27.11.1941 deportiert

171 Personenkartei. 1920 insgesamt 45, 1931 insgesamt 18 Firmen

172 Der Name HESK entstand als Kombination der Anfangsbuchstaben der Nachnamen der vier Gründer Julius Herzfelder, Max Eisler, Adolf Stern und Julius Koffler

173 Personenkartei (Julius Herzfelder); pers. Mitt. Alfred Haas (Brief). Julius H., Sohn eines Höchberger Tuchhändlers, emigrierte 1933 nach Frankreich

174 CAHJP, WR 482 e, S.47

175 Personenkartei (Salomon Seligsberger, Ernestine Seligsberger, Siegmund Seligsberger, Simon Seligsberger). Simon S. starb 1931 in Würzburg; Siegmund S. emigrierte 1939 nach Holland, nachdem er seit dem Mai 1938 in Berlin gelebt hatte; Ernestine S. starb 1939 in Würzburg

176 WGA, 8.9.1931, S.3

177 BSAWü, Gestapostelle 14199 (Akt Siegmund Seligsberger)

178 WGA, 18.6.1925, S.3

179 Personenkartei. 1920 fünf von 18 und 1931 drei von sieben Antiquitätenhändlern

180 Personenkartei. 1920 waren von 59 Holz- bzw. Kohlehandlungen drei in jüdischem Besitz, 1931 von 66 zwei

181 zu Freudenberger vgl. Kap. III. Ludwig Lazarus, geb. 1875 als Sohn eines Hauptlehrers in Duisburg, kam 1897 nach Würzburg, wo er zunächst

Kap. II (Berufsgliederung), S.65-71

als Gehilfe in der Buchhandlung von J. Frank arbeitete, die er schließlich übernahm. Der Angehörige des mittleren Bürgertums zog im Oktober 1937 nach Frankfurt; Personenkartei (Ludwig Lazarus)

182 WGA, 23.10.1928, S.14

183 Saul Friedländer: "Die politischen Veränderungen der Kriegszeit und ihre Auswirkungen auf die Judenfrage". In: Werner E. Mosse (Hrsg.): Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916-1923. Ein Sammelband. Tübingen 1971, S.57

184 Personenkartei. 1931 zwei von 18 Banken

185 Personenkartei (Jakob Hecht). H., Angehöriger des Kleinbürgertums, starb 1933 in Würzburg. Auch das Bank- und Wechselgeschäft Felix Heim wurde in den zwanziger Jahren aufgelöst - möglicherweise ebenfalls als Folge der Geldentwertung

186 WGA, 3.2.1927, S.3; Personenkartei (Isidor Herrmann)

187 WGA, 3.2.1931, S.3

188 WGA, 12.2.1931, S.3; Personenkartei (Paul Herrmann, Fritz Herrmann). Fritz H. zog 1931 nach Leipzig, Paul H. betätigte sich in Würzburg zunächst als Versicherungsvertreter und folgte später seinem Bruder

189 Personenkartei (Isak Julius Lehmann, David Weglein); pers. Mitt. Herbert Nußbaum (Gespräch)

190 Personenkartei. 1931: drei Inhaber bzw. Teilhaber, sechs leitende Angestellte, ein kaufmännischer Angestellter

191 Bennathan S.115

192 Personenkartei. 1920 neun und 1931 sechs Personen

193 Personenkartei (Hermann Hausmann). H., Angehöriger des gehobenen Bürgertums, starb 1932

194 Personenkartei. Gesamtzahl 1920 17 und 1931 14 Hotels in Würzburg

195 Robert Glücksmann: Das Gaststättenwesen. Stuttgart 1927, S.189-190

196 Die Formulierung entstammt einem Artikel des "Fränkischen Volksblatts" (4.3.1931, S.3); Personenkartei (Jakob Strauß). St. mußte in der Nacht vom 14. auf den 15. März 1933 aus Würzburg fliehen; er emigrierte über Wien und Paris in die USA

197 WGA, 3.3.1930, S.3

198 "Das Organ der Varietéwelt", o. D., o. S., zit. nach: Fr. Volksfreund, 18.3.1930, o. S.

199 WGA, 3.3.1930, S.3

200 vgl. etwa WGA, 7.9.1931, S.3

201 WGA, 11.4.1929, S.3

202 Personenkartei (Josef Frankenthal). F. war wahrscheinlich in den zwanziger Jahren von Schwanfeld nach Würzburg gezogen, wo einige seiner Kinder bereits lebten

203 Richarz, Kaiserreich, S.27

Kap. II (Berufsgliederung), S.71-74

204 WGA, 11.4.1929, S.3

205 BIG, 15.2.1930, S.53. Im Reich lauteten die entsprechenden Zahlen 1925 1,8 % bzw. 30,5 %; Bennathan S.104

206 Kahn S.18-19.

207 Bennathan S.109

208 1920 fünf von 18 Mitgliedern, 1931 fünf von 27 Mitgliedern aus Stadt und Bezirksamt Würzburg; Würzburger Wohnungsbuch 1921, S.652; Würzburger Wohnungsbuch 1932, S.414-415

209 Schätzung des Autors

210 Richarz, 1918-1945, S.23

211 Bennathan S.127

212 BIG, 15.2.1930, S.54. Im Reich waren 1933 46 % der erwerbstätigen Juden selbständig; Bennathan S.123

213 Personenkartei. Ohne leitende Angestellte

214 Personenkartei. Von 244 (1920) auf 291 (1931) Personen

215 Korherr S.65. Einschließlich der Beamten und Angestellten in leitender Stellung

216 Bennathan S.123

217 Personenkartei

218 Bennathan S.126

219 vgl. etwa Richarz, 1918-1945, S.23 sowie Lawrence Schofer: "The History of European Jewry. Search for a Method". In: YB LBI, Jg.24, 1979, S.20-23

220 Personenkartei. 1920 sechs Firmen, 1931 fünf Firmen, von denen allerdings nur eine schon 1920 existiert hatte

221 Richarz, 1918-1945, S.22

222 Jüdisches Wochenblatt, 27.1.1933, S.119; vgl. die pers. Mitt. von Simon Nathansen: "In christlichen Betrieben arbeiteten sehr wenige Juden, da der Antisemitismus schon zu meiner Zeit sehr zu fühlen war." (Brief)

223 Bennathan S.110

224 Am 22.11.1920 suchte die nichtjüdische Firma Rom & Wagner per Annonce im "General-Anzeiger" (S.4) "1 Lehrling (Christ)"

Anmerkungen zu Kapitel III (Politische Orientierung), S.75-77

1 Richarz, 1918-1945, S.29

2 Friedländer S.57

3 Richarz, 1918-1945, S.30

4 Friedländer S.69; vgl. auch Bruce R. Frye: "The German Democratic Party and the 'Jewish Problem' in the Weimar Republic". In: YB LBI, Jg.21, 1976, S.143-172

5 WGA, 7.6.1919, S.4, S.5

6 WGA, 17.6.1919, S.3

7 Mit Felix Freudenberger (SPD) wurde ein weiterer Jude in den Stadtrat gewählt. Ophir, Wiesemann,S.434, nennt als jüdische Stadtratsmitglieder außerdem den Industriellen Markus Katz, einen Kaufmann Strauss und einen Lehrer Jakob Klingenstein. Es handelt sich um einen Irrtum; keine dieser Personen lebte jemals in Würzburg. Auch in München war ein Jude Mitglied der DDP-Stadtratsfraktion; Cahnmann S.36

8 WGA, 29.11.1924, S.5

9 WGA, 9.12.1929, S.3

10 WGA, 17.3.1919, S.2

11 WGA, 22.10.1919, S.2

12 WGA, 17.3.1919, S.2

13 WGA, 7.2.1920, S.2

14 Personenkartei (Franz Stern). St., geb. 1907 in Würzburg, emigrierte im Mai 1933 in die USA

15 so der spätere Kreisleiter des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, der Apotheker Herbert Nußbaum (WGA, 10.7.1929, S.4) und der Teilhaber einer Nahrungs- und Futtermittelgroßhandlung, Albert Schwabacher; pers. Mitt. Albert Schwabacher (Gespräch)

16 Werner E. Mosse: "Der Niedergang der Republik und die Juden". In: Mosse, Entscheidungsjahr, S.10

17 Friedländer S.68

18 Fr. Volksfreund, 26.11.1918, o. S.

19 BSAWü, Gestapostelle 164 (Akt Felix Freudenberger): Spitzelbericht des Staatspolizeiamts Nürnberg-Fürth über eine SPD-Mitgliederversammlung (5.7.1923)

20 Bayer. Landeszeitung, 9.1.1919, S.8

21 1919 zehn unter 75, 1928 fünf unter 25 Abgeordneten; Richarz, 1918-1945, S.30

22 Richarz, 1918-1945, S.30

23 Peter Spitznagel: Wähler und Wahlen in Unterfranken 1919-1969. Würzburg 1980, Tabelle A1, o. S.

24 Spitznagel, Wähler und Wahlen, Tabelle A3, o. S.

Kap. III (Politische Orientierung), S.77-81

25 Mosse, Niedergang, S.21

26 WGA, 9.8.1930, S.4; WGA, 1.9.1930, S.10

27 1,1 bzw. 1,2 %; Spitznagel, Wähler und Wahlen, Tabelle B7, Tabelle B8, o. S.

28 Friedländer S.69

29 WGA, 26.7.1932, S.5

30 P. B. Wiener: "Die Parteien der Mitte". In: Mosse, Entscheidungsjahr, S.305

31 sei es als Funktionsträger, Wähler oder Sympathisanten

32 23 von 47 Personen, deren Klassenzugehörigkeit bekannt ist

33 16 Personen

34 Fr. Volksblatt, 19.11.1918, S.3

35 Fr. Volksblatt, 9.1.1919, S.1

36 Fr. Volksblatt, 7.1.1919, S.3

37 BSAWü, Gestapostelle 15265 (Akt Albert Stern). St., geb. 1905 in Würzburg als Sohn eines Schuhwarenhändlers, emigrierte 1939 über England in die USA; Personenkartei (Albert Stern)

38 pers. Mitt. Albert Schwabacher (Gespräch)

39 Richarz, 1918-1945, S.31

40 so seine Äußerung gegenüber der Gestapo; BSAWü, Gestapostelle 367 (Akt Karl Handburger). H., geb. 1898 in Würzburg als Sohn des Inhabers eines Kommissionsgeschäfts, eröffnete später in Würzburg eine Wein- und Spirituosenhandlung; Personenkartei (Karl Handburger)

41 Arnold Paucker: "Der jüdische Abwehrkampf". In: Mosse, Entscheidungsjahr, S.457. Anläßlich der preußischen Landtagswahl vom 24.4.1932 entstand ein "Ausschuß jüdischer Zentrums-Wähler"; anläßlich der Reichstagswahl vom 14.9.1930 plazierte das Zentrum den führenden Zionisten Georg Kareski auf seiner Kandidatenliste; Paucker S.457; Niewyk, Jews, S.29

42 Personenkartei. Von 15 BVP-Wählern, deren Einkommensklasse bekannt ist, sind neun dem mittleren und sechs dem Kleinbürgertum zuzurechnen

43 Jüdisches Wochenblatt, 4.11.1932, o. S.

44 George L. Mosse: "Die deutsche Rechte und die Juden". In: Mosse, Entscheidungsjahr, S.228

45 In einer Versammlung von DVP und DNVP im Mai 1920 in Würzburg erklärte ein Redner, daß man gegen "bodenständige, nationalempfindende" Juden "keine Bedenken" habe; diese richteten sich lediglich gegen die Ostjuden, die "als schädliches Element empfunden werden müßten"; WGA, 22.5.1920, S.3

46 Personenkartei. Sieben von acht Personen

47 Richarz, 1918-1945, S.38

Kap. III (Politische Orientierung), S.81-85

48 Dies bestätigen, meist ohne die betreffenden Personen mit Namen zu nennen, pers. Mitt. von Alfred Haas (Brief), Joel Golomb (Brief), Helen Feingold (Brief), Otto Haas (Brief), Betty Schulz-Behrend (Brief), Max Rehns (Brief), Kurt Freudenthal (Brief), Margaret Rosenthal (Brief), Jaacov Har-Gil (Brief) und Paula Eppstein (Brief)

49 BSAWü, Gestapostelle 15622 (Akt Max Strauß)

50 Wilhelm Treue: "Zur Frage der wirtschaftlichen Motive im deutschen Antisemitismus". In: Mosse, Krieg und Revolution, S.388

51 Richarz, 1918-1945, S.30

52 Treue S.388-389

53 Richarz, 1918-1945, S.31. Paucker (S.475) spricht lediglich von 25 bis 30 % (nach 1930)

54 Personenkartei (Benno Strauß)

55 Fr. Volksfreund, 19.12.1927, o. S.

56 Personenkartei (Felix Freudenberger); WGA, 20.3.1919, S.2

57 WGA, 20.3.1919, S.2. Der WGA nennt fälschlicherweise das Jahr 1911 für die Wahl zum Gemeindebevollmächtigten; vgl. Hans Werner Loew, Klaus Schönhoven (Hrsg.): Würzburgs Sozialdemokraten. Vom Arbeiterverein zur sozialdemokratischen Volkspartei, 1868-1978. Würzburg 1978, S.165

58 Personenkartei (Felix Freudenberger)

59 WGA, 7.6.1919, S.5; WGA, 29.11.1924, S.5

60 WGA, 16.12.1927, S.3

61 Loew, Schönhoven S.168

62 Würzburger Wohnungsbuch 1921, S.636

63 Loew, Schönhoven S.164. Freudenberger war überdies Mitglied des Kreistags und des ständigen Kreistagsausschusses. Auf Vorschlag des Kreistags wurde er in den Aufsichtsrat der Kreis-Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft berufen; auch dem Aufsichtsrat der Neuen Würzburger Straßenbahn-Gesellschaft gehörte er an; WGA, 16.12.1927, S.3

64 WGA, 16.12.1927, S.3

65 CAHJP, WR 478, S.262

66 so die Bezeichnung in einem Spitzelbericht des Staatspolizeiamts Nürnberg-Fürth vom 17.8.1923; BSAWü, Gestapostelle 164 (Akt Felix Freudenberger)

67 BSAWü, Gestapostelle 164 (Akt Felix Freudenberger): Spitzelbericht des Staatspolizeiamts Nürnberg-Fürth vom 24.10.1923

68 ebd.: Spitzelbericht vom 12.11.1926

69 WGA, 16.12.1927, S.3

70 ebd.

71 Niewyk, Jews, S.30

Kap. III (Politische Orientierung), S.85-89

72 CAHJP, WR 482 c, S.27

73 CAHJP, WR 482 c, S.272

74 BSAWü, Landgericht Würzburg, Staatsanwaltschaft 239. Zur "Gemeinschaft zur Wahrung wirtschaftlicher Belange" vgl. auch Grieb-Lohwasser S.134-136

75 Personenkartei. Sechs von acht Personen, deren soziale Lage bekannt ist

76 Personenkartei. Fünf Personen

77 mit einem oder zwei aus Osteuropa stammenden Elternteilen

78 eigene Einkommensklasse bzw. Einkommensklasse des Vaters oder Ehemanns

79 ausschließlich Klasse 3 (mittleres Bürgertum)

80 Eva G. Reichmann: "Der Bewußtseinswandel der deutschen Juden". In: Mosse, Krieg und Revolution, S.513

81 Jüdisches Wochenblatt, 18.11.1932, S.50

82 Deutsche Israelitische Zeitung, 23.5.1929, S.2

83 BSAWü, Gestapostelle 3270 (Akt Julius Katzmann)

84 Personenkartei (Bruno Katzmann)

85 Festschrift des Burschenbundes i.B.C. Wirceburgia. Hrsg. zur Feier des 35jährigen Stiftungsfestes, Würzburg 23.-26. Juli 1920, S.4, zit. nach Grieb-Lohwasser S.75. Grieb-Lohwasser bringt ähnliche Äußerungen der Verbindung Salia und errechnet für die jüdischen und paritätischen Verbindungen Wirceburgia, Salia, Veda und V.J.A. insgesamt 40 Kriegstote; Grieb-Lohwasser S.75, S.78

86 BSAWü, Regierung von Unterfranken 13669: Brief von Bamberger an die Regierung (15.4.1918)

87 ebd. (Beilage zum Brief)

88 Adolf Eckstein: Haben die Juden in Bayern ein Heimatrecht? Eine geschichtswissenschaftliche Untersuchung mit kriegsstatistischen Beilagen. Berlin 1928, S.76-77. Eckstein nennt 32 Gefallene und sieben später Verstorbene; nach dem Erscheinen des Buches starb am 17.11.1930 Max Ruschkewitz an den im Krieg erlittenen Verletzungen; Personenkartei (Max Ruschkewitz)

89 Eckstein S.76-77

90 Ullrich Weber: "Würzburg vom Novemberumsturz zur Räterepublik". In: Mainfränkisches Jahrbuch, Jg.25, 1973, S.86-90; vgl. außerdem: Joachim Kletzin: "Die Würzburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik". In: Loew, Schönhoven S.59-61; Walter Kopp: Würzburger Wehr. Eine Chronik zur Wehrgeschichte Würzburgs. Würzburg 1979, S.205-207

91 Weber S.89; Kopp S.205

92 Weber S.89

93 Fr. Volksfreund, 11.11.1918, S.1

Kap. III (Politische Orientierung), S.89-91

94 Kopp S.206

95 zu Fechenbach vgl. Hermann Schueler: Auf der Flucht erschossen. Felix Fechenbach 1894-1933. Eine Biographie. Frankfurt a.M., Berlin, Wien 1984

96 Personenkartei (Noa Fechenbach). F., Angehöriger des Kleinbürgertums, starb 1935 in Würzburg

97 Werner Dettelbacher: Auf der Flucht erschossen. Der Lebensweg des Felix Fechenbach aus Franken. Nürnberg 1979 (masch. Manuskript einer Sendung des Bayer. Rundfunks), S.7-16. Fechenbach wurde 1922 wegen angeblichen Landesverrats im Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Dokumenten zum Kriegsausbruch zu elf Jahren Zuchthaus verurteilt. Er saß mehrere Jahre in Ebrach ab, bevor das Reichsgericht feststellte, daß er zu Unrecht verurteilt worden war. Inzwischen wieder Mitglied der SPD, redigierte er seit 1929 das Parteiorgan der Detmolder SPD. Nach der Märzwahl von 1933 wurde er in "Schutzhaft" genommen und am 7.8.1933 ermordet; vgl. Dettelbacher, Flucht, S.3, S.20-23; Schueler passim

98 "Es ist mein Eindruck gewesen, daß den meisten Würzburger Juden die Revolution nicht willkommen war"; pers. Mitt. William G. Niederland (Gespräch)

99 so Oskar Laredo am 5.4.1922 in einer Anzeige auf S.6 des WGA

100 Personenkartei (Albert Kimpel)

101 Jüdisches Echo, 28.2.1919, S.110; abgedruckt auch in WGA, 18.2.1919, S.3

102 A. Mannheimer: "Jüdisches Empfinden". In: Der Israelit, 12.12.1918, S.1

103 WGA, 10.4.1919, S.1

104 WGA, 21.3.1919, S.2

105 WGA, 10.4.1919, S.2

106 StAWü, Kasten Räteherrschaft: Mitteilung vom 2.2.1920, unterzeichnet "L" (Bürgermeister Hans Löffler?)

107 Löwenthal, gegen den im Vorjahr ein Entmündigungsverfahren eingeleitet worden war und der 1921 in eine Heil- und Pflegeanstalt eingeliefert wurde, beteiligte sich an der Bewachung der Geiseln in der Residenz. Er bestritt allerdings wenige Tage später in einer Zuschrift an den "General-Anzeiger" die Zugehörigkeit zu den Spartakisten; er sei als Mehrheitssozialist organisiert und habe am Revolutionstag "nur zu Besuch in der Residenz geweilt."; WGA, 10.4.1919, S.2; WGA, 15.4.1919, S.2; Personenkartei (Hermann Löwenthal)

108 pers. Mitt. Alfred Haas (Brief)

109 WGA, 10.4.1919, S.1; Rudi Feilchenfeld: "Die ersten Veranstaltungen nach dem Weltkrieg [...]". In: Salia [-Mitteilungsblatt], o. O., 1982, S.17. Die Tat des in der Studentenverbindung Salia organisierten Kern wurde von Emigranten aus Würzburg in mehreren Gesprächen mit dem Autor erwähnt - ein Beweis dafür, welch große Bedeutung diesem Ereignis sei-

Kap. III (Politische Orientierung), S.92

nerzeit von der jüdischen Gemeinschaft beigemessen wurde

110 WGA, 22.4.1919, S.1

111 WGA, 24.4.1919, S.2

112 pers. Mitt. Alfred Haas (Brief); Personenkartei (Alfred Reiß, Arnold Reinstein, Fritz Ruschkewitz). Haas, geb. 1901 als Sohn eines Tuchhändlers, emigrierte 1937 nach Portugal. Reiß, Sohn des Inhabers der Branntweinbrennerei M. Hanauer & Sohn und späterer Teilhaber, emigrierte im Februar 1939 nach England und von dort im Januar 1940 in die USA. Reinstein studierte Volkswirtschaft und trat in die Weinhandlung seines Vaters ein; er starb am 17.10.1941 im KZ Dachau. Ruschkewitz, Sohn des Kaufhausbesitzers Siegmund Ruschkewitz, emigrierte im August 1933 nach Palästina

113 BSAWü, Gestapostelle 10266 (Akt Alfred Reiß)

114 WGA, 5.5.1919, S.3; WGA, 21.5.1919, S.2; WGA, 6.6.1919, S.2; WGA, 13.6.1919, S.2

115 WGA, 2.5.1919, S.3; WGA, 5.5.1919, S.3

116 BSAWü, Regierung von Unterfranken 13570. Insgesamt bestand der Ausschuß aus 19 Mitgliedern

117 CAHJP, WR 622

Anmerkungen zu Kapitel IV (Innerjüdische Gruppierungen), S.93-96

1 Leo Trepp: Das Judentum. Geschichte und lebendige Gegenwart. Reinbek bei Hamburg 1979 (3. Aufl.), S.10

2 Ruppin, Bd.2, S.179

3 Ruppin, Bd.2, S.177

4 Ruppin, Bd.2, S.183

5 Deut. 14, 3-21; Lev. 11

6 Friedrich Thieberger (Hrsg.): Jüdisches Fest, jüdischer Brauch. Ein Sammelwerk. Nachdruck der im Jahre 1937 von den nationalsozialistischen Behörden beschlagnahmten und vernichteten Erstauflage. Mit Nachträgen und Verbesserungen. Königstein/Ts. 1979 (2. Aufl.), S.18

7 CAHJP, WR 563; WR 482 c, S.239-241

8 Thieberger S.19

9 "Schabbat" ist die heute in deutschjüdischen Kreisen gebräuchliche Wortform

10 pers. Mitt. Simon Nathansen (Brief)

11 pers. Mitt. Walter E. Riesenfeld (Brief)

12 pers. Mitt. Simon Nathansen (Brief)

13 pers. Mitt. William G. Niederland (Gespräch)

14 Deutsche Israelitische Zeitung, 13.9.1928, S.3

15 vgl. Kap. VI

16 pers. Mitt. Herbert A. Strauss (Gespräch)

17 früherer Name: Ludwig Pfeuffer. A. wurde am 3.5.1924 in Würzburg als Sohn von Friedrich Pfeuffer geboren, der in der Domerschulstraße 13 eine Posamenterie-, Knopf- und Futtermittelgroßhandlung betrieb; die Familie wanderte 1936 nach Palästina aus. A. ist heute einer der bekanntesten Dichter Israels; 1981 erhielt er den Kulturpreis der Stadt Würzburg; Personenkartei (Friedrich Pfeuffer, Ludwig Pfeuffer); pers. Mitt. Yehuda Amichai (Gespräch); vgl. Bruno Rottenbach (Zus.Stellg.): Zwischen Würzburg und Jerusalem. Yehuda Amichai, ein deutsch-jüdisches Dichterschicksal. Hrsg. von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Würzburg 1981

18 Hans Jürgen Schultz (Hrsg.): Mein Judentum. Stuttgart 1978, S.23; vgl. dazu auch Yeshayahu Wolfsberg: "Popular Orthodoxy". In: YB LBI, Jg.1, 1956, S.238-241

19 CAHJP, WR 482 c, S.69

20 WGA, 14.10.1921, S.6; pers. Mitt. Michael Berney (Brief)

21 pers. Mitt. Martha Koplowitz (Brief)

22 pers. Mitt. Miriam Münster (Brief)

23 z.B. die Textilwarengroßhandlung Gebr. Schiff und die Weingroßhandlung Viktor Vorchheimer; pers. Mitt. John McIntyre (Brief), Paula Eppstein (Brief)

Kap. IV (Innerjüdische Gruppierungen), S.96-99

24 pers. Mitt. Kurt Frank (Brief), Anne D. Schwabacher (Gespräch), Alfred Haas (Brief)

25 vgl. WGA, 21.9.1922, S.6; WGA, 30.9.1922, S.8

26 Gebetsriemen

27 Gebetsmantel

28 rituelle Tauglichkeit, vor allem im Hinblick auf Lebensmittel

29 siebenarmiger Leuchter

30 am Türpfosten befestigtes Röhrchen, in dem sich ein u.a. mit Deuteronomiumversen beschriebener Pergamentstreifen befindet

31 pers. Mitt. Herbert A. Strauss (Gespräch)

32 Felix Goldmann: "Das liberale Judentum". In: Das deutsche Judentum. Seine Parteien und Organisationen. Eine Sammelschrift. Berlin, München 1919, S.16

33 Goldmann S.21

34 Ruppin, Bd.2, S.184

35 Ruppin, Bd.2, S.182

36 Ruppin, Bd.2, S.185

37 pers. Mitt. Joel Golomb (Brief), Betty Schulz-Behrend (Brief)

38 pers. Mitt. Kurt Freudenthal (Brief)

39 pers. Mitt. Margaret Rosenthal (Brief)

40 pers. Mitt. Kurt S. Adler (Brief)

41 pers. Mitt. Kurt Silberthau (Brief)

42 "Schweinefleisch aßen wir selten oder gar nicht, hielten ansonsten aber keine Koschergesetze. Dagegen kosteten wir gerne 'gefillte Fische', 'gehackte Leber' und andere jüdische Leckereien. Ab und zu gingen wir in das koschere Restaurant Katzmann"; pers. Mitt. Kurt Frank (Brief)

43 pers. Mitt. Anne D. Schwabacher (Gespräch)

44 Richarz, 1918-1945, S.32

45 pers. Mitt. Ilse Nir (Brief)

46 Würzburger Wohnungsbuch 1921, S.689

47 Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege in Deutschland. Hrsg. von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden. Ausgabe 1932/1933. Berlin 1934, S.561

48 Würzburger Wohnungsbuch 1921, S.689; Führer 1932/1933, S.302. Das Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege, hrsg. vom Deutsch-israelitischen Gemeindebund und der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, Ausgabe 1924/1925, Berlin 1925, nennt auf S.239-240 als Vorsitzenden den 1872 in Gimbsheim bei Worms geborenen Weingroßhändler Gustav David, der seit 1900 in Würzburg wohnte und 1940 wahrscheinlich in die USA auswanderte; Personenkartei (Gustav David)

Kap. IV (Innerjüdische Gruppierungen), S.99-102

49 Personenkartei (Karl Rosenthal). R. wurde während des Dritten Reiches mehrmals in "Schutzhaft" genommen; seine Frau Kläre beging am 12.11. 1938 Selbstmord, um seine Entlassung aus dem Konzentrationslager zu erreichen; R. emigrierte am 14.7.1939 in die Schweiz

50 CAHJP, WR 521

51 Führer 1932/1933, S.559

52 pers. Mitt. Simon Nathansen (Brief)

53 CAHJP, WR 482 b, S.233

54 ebd.

55 CAHJP, WR 482 c, S.6. Nathansen, geb. 1880 als Kaufmannssohn in Halberstadt, wirkte von 1903 bis 1905 als Assistent an der Universitätsklinik Würzburg und praktizierte anschließend in Frankfurt; nach dem Kriegsdienst verlegte er 1922 seine Praxis nach Würzburg; N. versuchte 1940 vergeblich, sich einem illegalen Auswanderertransport nach Palästina anzuschließen; er kam in Bergen-Belsen ums Leben; Personenkartei (Semi Nathansen); pers. Mitt. Simon Nathansen (Brief)

56 Personenkartei. Bei 48 Personen ist eine Aussage möglich; von diesen gehörten 22 dem mittleren und gehobenen Bürgertum sowie der Oberschicht an, aber 26 dem Kleinbürgertum und der Unterschicht

57 Personenkartei. 13 der für Esra und die Agudas-Jisroel-Jugendgruppe ermittelten Mitglieder zählten zu den Einkommensklassen 4 und 5, nur fünf zu den übrigen Klassen

58 pers. Mitt. Herbert A. Strauss (Gespräch)

59 Personenkartei. Bei 21 Personen ist eine Aussage möglich; von diesen gehörten vier dem Kleinbürgertum an, alle übrigen den Klassen 3, 2 und 1. Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Jungjüdischen Wanderbund und beim neutralen Jugendbund, die beide überwiegend Kinder aus liberalen Familien als Mitglieder hatten: Die Klassen 1,2 und 3 sind mit 37 Personen gegenüber den Klassen 4 und 5 (zwölf Personen) deutlich überrepräsentiert

60 CAHJP, WR 521

61 CAHJP, WR 480, S.189-190

62 CAHJP, WR 480, S.190

63 CAHJP, WR 481, S.59, S.76

64 CAHJP, WR 481, S.76

65 CAHJP, WR 521

66 CAHJP, WR 478, S.374-375

67 CAHJP, WR 471: Brief an die Kultusverwaltung (18.10.1920)

68 Jüdisches Echo, 26.11.1920, S.452

69 CAHJP, WR 482 a, S.170, S.177

70 CAHJP, WR 482 a, S.158-160

Kap. IV (Innerjüdische Gruppierungen), S.102-107

71 CAHJP, WR 482 a, S.160-162

72 CAHJP, WR 482 a, S.169-170. Das Abstimmungsergebnis lautete 314 Stimmen gegen,178 Stimmen für die liberalen Anträge

73 CAHJP, WR 482 b, S.157

74 CAHJP, WR 482 b, S.156

75 Niewyk, Jews, S.121-122

76 CAHJP, WR 482 b, S.155

77 CAHJP, WR 498: Satzung vom 21.12.1930. Die Satzung wurde am 21.12.1930 in einer Gemeindeversammlung angenommen; CAHJP, WR 482 b, S.366

78 Trepp S.72

79 Richarz, 1918-1945, S.26

80 Trepp S.66, S.76

81 Deutsche Israelitische Zeitung, 5.12.1918, o. S., zit. nach Reichmann, Bewußtseinswandel, S.576

82 Führer 1932/1933, S.558

83 Führer 1932/1933, S.302

84 Personenkartei (Semi Nathansen)

85 Richarz, 1918-1945, S.37

86 Richarz, Kaiserreich, S.42-43

87 Isaak Unna: "Das gesetzestreue Judentum". In: Das deutsche Judentum. Seine Parteien und Organisationen. Eine Sammelschrift. Berlin, München 1919, S.5

88 Ruppin, Bd.2, S.189

89 ebd.

90 Niewyk, Jews, S.126

91 Reichmann, Bewußtseinswandel, S.561

92 Ludwig Holländer: "Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens". In: Das deutsche Judentum..., S.71

93 Richarz, Kaiserreich, S.421-422

94 Der Jüdische Student, 21.5.1913, S.53

95 ebd.

96 Richarz, 1918-1945, S.35

97 Allerdings bekannten sich nicht alle Mitglieder zum Zionismus; vgl. Kap. VIII,3

98 Jüdisches Echo, 6.12.1918, S.606

99 Jüdische Rundschau, 31.1.1919, S.67

100 Jüdisches Echo, 21.2.1919, S.100

Kap. IV (Innerjüdische Gruppierungen), S.107-111

101 WGA, 13.2.1919, S.2; Jüdische Rundschau, 21.2.1919, S.110. Kareski kam am 25.10.1919 erneut nach Würzburg, um über den "Aufbau des neuen Palästina" zu sprechen; Jüdisches Echo, 28.11.1919, S.581

102 WGA, 24.3.1919, S.6

103 WGA, 24.2.1919, S.4

104 Jüdische Rundschau, 21.10.1919, S.575

105 Personenkartei (David Tachauer). Wohl unter dem Einfluß Tachauers beschloß die Ortsgruppe, die interne Bildungsarbeit zu systematisieren. In der "Jüdischen Rundschau" hieß es: "Die Arbeit soll im nächsten Winter mehr intensiv als extensiv betrieben werden. Alle 14 Tage ist ein Geschichtsvortrag, daran anschließend wird ein Thema aus der Entwicklungsgeschichte des Zionismus besprochen. Die dazwischenliegenden Abende sind als Diskussionsabende gedacht mit Referaten und Besprechungen neuerer und auch älterer Schriften zur Judenfrage"; Jüdische Rundschau, 21.10.1919, S.575

106 CAHJP, WR 478, S.270-271

107 CAHJP, WR 478, S.270

108 CAHJP, WR 478, S.334. Tachauers Äußerung fiel in der Gemeindeversammlung am 13.6.1920; die Zionisten waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht in der Kultusverwaltung vertreten

109 Jüdisches Echo, 4.3.1921, S.109

110 Ophir, Wiesemann S.39

111 Kurt Loewenstein: "Die innerjüdische Reaktion auf die Krise der deutschen Demokratie". In: Mosse, Entscheidungsjahr, S.400-401

112 Deutsche Israelitische Zeitung, 22.11.1928, S.1

113 Jüdisches Echo, 24.5.1928, S.326

114 BSAWü, Regierung von Unterfranken 7108

115 Ophir, Wiesemann S.39

116 Jüdische Rundschau, 7.9.1920, S.486

117 Ophir, Wiesemann S.14

118 Führer 1932/1933, S.560

119 Informationen der Zionistischen Vereinigung für Deutschland für die Vorstandsmitglieder der Ortsgruppen und die Vertrauensleute, August 1924, S.5

120 Jüdische Rundschau, 31.8.1920, S.473

121 Jüdische Rundschau, 24.12.1924, S.749

122 Jüdisches Echo, 17.2.1922, o. S. 1925 sammelten die Würzburger Zionisten für den Keren Hajessod 1327 RM; Informationen der Zionistischen Vereinigung..., Januar/Februar 1926, S.9

123 CAHJP, WR 482 c, S.142

124 ebd.

Kap. IV (Innerjüdische Gruppierungen), S.111-114

125 CAHJP, WR 482 c, S.143

126 Jüdische Rundschau, 12.11.1920, S.603

127 Jehuda Reinharz (Hrsg.): Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus 1882-1933. Tübingen 1981, S.XXXVIII

128 Zur Geburt gratulierte, ebenfalls mit einer Spende, die Blau-Weiß-Führerin Irma Rosenblatt; Jüdische Rundschau, 16.12.1919, S.700. Sara S., die Frau des Antiquitätenhändlers Siegmund Seligsberger, leitete die Ortsgruppe nach der Versetzung David Tachauers; sie emigrierte mit ihrem Mann 1939 nach Holland; Handbuch..., 1924/1925, S. 242; Personenkartei (Sara Seligsberger)

129 Jüdische Rundschau, 4.2.1919, S.74

130 Informationen der Zionistischen Vereinigung ..., August 1924, S.11

131 Jüdisches Echo, 8.12.1922, S.613

132 Jüdisches Echo, 22.12.1922, S.631-632

133 ebd.

134 Richarz, 1918-1945, S.35

135 Reinharz S.XLI

136 Richarz, 1918-1945, S.36. Die Rückkehr nach Deutschland ist für keinen der Würzburger Palästina-Emigranten bezeugt; eine Person wanderte allerdings, wie erwähnt, in die USA weiter

137 Hachscharah ("Tauglichmachung"): kollektive Vorbereitung auf das Arbeitsleben in Palästina, meist in Lehrgütern wie Rodges bei Fulda

138 pers. Mitt. anon. (Brief)

139 pers. Mitt. Kurt Silberthau (Brief)

140 pers. Mitt. Paula Eppstein (Brief)

141 Fritz Löwenstein: "Zionismus". In: Das deutsche Judentum..., S.29

142 Reichmann, Bewußtseinswandel, S.594

143 Reichmann, Bewußtseinswandel, S.598

144 Jüdische Rundschau, 7.9.1920, S.486

145 Jüdische Rundschau, 15.12.1922, S.653

146 CAHJP, WR 480, S.57-59

147 pers. Mitt. Paula Eppstein (Brief)

148 Niewyk, Jews, S.130

149 Niewyk, Jews, S.131

150 pers. Mitt. anon. (Brief)

151 Jüdisches Echo, 8.2.1929, S.87

152 CAHJP, WR 482 b, S.325

153 Jüdisches Echo, 29.7.1932, S.250

Kap. IV (Innerjüdische Gruppierungen), S.114-118

154 Jüdisches Echo, 8.2.1929, S.86

155 ebd.

156 pers. Mitt. Polja Ringart-Oistrach (Brief)

157 Jüdisches Wochenblatt, 16.12.1932, S.78

158 Führer 1932/1933, S.562

159 Jüdisches Echo, 8.2.1929, S.87

160 Führer 1932/1933, S.562. G. wurde als Kaufmannssohn 1900 in Taubertettersheim geboren. Seit 1927 lebte er in Würzburg; im Juli 1933 emigrierte er nach Straßburg; Personenkartei (Isidor Grünfeld)

161 Vor 1914 stellten Ostjuden mehr als die Hälfte aller ZVfD-Mitglieder; Richarz, Kaiserreich, S.43

162 CAHJP, WR 482 b, S.327. Im Januar 1931 hatte die Volkspartei 102 Mitglieder; Ophir, Wiesemann S.436

163 Reinharz S.XXIX

164 Richarz, 1918-1945, S.36

165 Niewyk, Jews, S.149-151. Zur Problematik der Austrittsgemeinden vgl. Kap. V

166 CAHJP, WR 482 b, S.369, S.375

167 CAHJP, WR 482 c, S.7

168 Personenkartei (Heinrich Freudenberger); pers. Mitt. Yaacov Har-Gil (Brief); Führer 1932/1933, S.302. F. zog 1934 nach Berlin und emigrierte 1935 nach Palästina

169 Wegen des besonders hohen Anteils von Studenten an der zionistischen Ortsgruppe ist nur eine Aussage von bedingter Zuverlässigkeit über die Sozialstruktur der Gruppe möglich. Ohne Berücksichtigung der von der Personenkartei nicht erfaßten Studenten ergibt sich folgendes Bild: 13 Personen gehörten dem mittleren und gehobenen Bürgertum sowie der Oberschicht, zwölf Personen dem Kleinbürgertum und der Unterschicht an

170 Jüdisches Wochenblatt, 9.12.1932, S.73

171 Jüdisches Wochenblatt, 10.2.1933, S.131

172 CAHJP, WR 482 e, S.130

173 S. Adler-Rudel: Ostjuden in Deutschland 1880-1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten. Tübingen 1959, S.2

174 Reinharz S.XXI; Adler-Rudel, Ostjuden, S.5; Jack Wertheimer: "'The Unwanted Element'. East European Jews in Imperial Germany". In: YB LBI, Jg.26, 1981, S.25

175 Adler-Rudel, Ostjuden, S.3, S.5

176 Adler-Rudel, Ostjuden, S.5-6, S.10-11

177 Adler-Rudel, Ostjuden, S.20-21; Wertheimer S.32

Kap. IV (Innerjüdische Gruppierungen), S.118-121

178 Wertheimer S.31

179 Adler-Rudel, Ostjuden, S.23. Im Jahr 1933 wohnten 88 % der im Ausland geborenen Juden in Großstädten, gegenüber 66 % der in Deutschland Geborenen; Bennathan S.98

180 so die Formulierung auf dem Meldebogen; Personenkartei (Bernhard Aberbach)

181 Personenkartei (Bernhard Aberbach). Rosa A. starb 1913, ihr Mann 1933 in Würzburg

182 Personenkartei. Zwölf von 15 Personen waren 1910 oder früher nach Würzburg gekommen

183 Personenkartei (Jakob Wachtel)

184 Personenkartei (David Akselrad, Markus Stolz)

185 Eine Tochter des 1910 aus Rohatyn gekommenen Weinreisenden Maier Wohl, eines weiteren Schwagers von Jakob Wachtel, heiratete Mitte der zwanziger Jahre den aus Polen stammenden Vertreter Osias Haber. Seit 1913 lebte Ignaz Reiter, Sohn eines Rohatyner Fuhrmanns, in Würzburg; auch er nahm eine Stelle als Reisender bei der Firma Breitenbach an und wohnte zunächst in der Wohnung Wohls. 1923 heiratete er die ebenfalls in Rohatyn aufgewachsene Chana Wachtel, mit der zusammen er eine Weinhandlung betrieb; Personenkartei (Maier Wohl, Osias Haber, Ignaz Reiter). Osias H. wurde in Auschwitz ermordet; Ignaz R. und seine Frau emigrierten 1939 nach Holland

186 Adler-Rudel, Ostjuden, S.34-35

187 "Mein Vater war schon in Odessa ein Leiter der zionistischen Gesellschaft, die vom Zaren verfolgt wurde. Die Mitglieder konnten sich nur heimlich treffen, oft im Keller. Während des Pogroms von Odessa gab es allein auf unserer Straße über 500 Tote. Mein Vater war in der Widerstandsbewegung"; pers. Mitt. Polja Ringart-Oistrach (Brief). Zum Verlauf des Pogroms vgl. Louis Greenberg: The Jews in Russia. Vol.II. The Struggle for Emancipation, 1881-1917. Ed. by Mark Wischnitzer. New Haven 1951, S.76-79

188 Personenkartei (Schaja Ostrach). O. emigrierte im Februar 1938 nach Paris; er wurde 1942 in Auschwitz ermordet

189 Adler-Rudel, Ostjuden, S.38-39, S.60

190 Uwe Lohalm: Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund 1919-1923. Herkunft, Organisation und Wirkung eines antisemitischen Verbandes in der Frühzeit der Weimarer Republik. Hamburg 1970, S.148

191 WGA, 20.2.1920, S.2

192 Personenkartei

193 1925: 19,1 %, 1933: 19,8 %; Adler-Rudel, Ostjuden, S.164-165; Richarz, 1918-1945, S.14. Die Zahlen für Würzburg und das Reich sind nur begrenzt vergleichbar, da in der Reichs-Statistik Ostjuden, die die deutsche Staatsangehörigkeit erlangten, nicht mit aufgeführt sind

194 Personenkartei (Mina Michel, Ida Wolff, Bertha Landau)

Kap. IV (Innerjüdische Gruppierungen), S.121-126

195 Personenkartei (Alexander Guttenberg, Samuel Kohn, Egmont Lebowitsch, Adolf Lutzky, Bernhard Lypstadt)

196 Personenkartei. 171 von 206 Ostjuden, deren Herkunft bekannt ist

197 Richarz, 1918-1945, S.16

198 Vermerk auf dem Meldebogen; Personenkartei (Berta Spindel)

199 BSAWü, Gestapostelle 9100 (Akt Schaja Ostrach)

200 Israelitisches Familienblatt, 11.3.1926, S.4

201 Bayer. Hauptstaatsarchiv München, MA 100320

202 Richarz, 1918-1945, S.16

203 Personenkartei. 72 von 219 Personen, deren Herkunft bekannt ist

204 Personenkartei. 57 von 219 Personen, deren Herkunft bekannt ist

205 pers.Mitt. William G. Niederland (Gespräch)

206 StAWü, Stadtratsprotokolle 1920, Bd.II, Nr.370, 27.7.1920, S.333

207 pers. Mitt. William G. Niederland (Gespräch)

208 Personenkartei (Georg Koffler, Ignaz Deneberger, Miriam Landau, Nathan Grünfeld)

209 Bayer. Hauptstaatsarchiv München, MA 100321 (Novemberverzeichnis 1930)

210 WGA, 13.11.1931, S.3

211 WGA, 18.3.1930, S.4

212 Bayer. Hauptstaatsarchiv München, MA 100321 (Novemberverzeichnis 1930)

213 ebd.

214 Personenkartei. Daneben besaßen 1920 zwei Personen und 1931 eine Person außer der deutschen auch die schweizerische Staatsangehörigkeit

215 CAHJP, WR 478, S.304

216 Adler-Rudel, Ostjuden, S.6

217 Reichmann, Bewußtseinswandel, S.541

218 pers. Mitt. Kurt Frank (Brief)

219 pers. Mitt. Paula Eppstein (Brief), Kate Kramer (Brief)

220 "Viele Ostjuden trugen Bärte, was damals für die christliche Umgebung fast definitiv 'Judesein' bedeutete"; pers. Mitt. William G. Niederland (Brief)

221 pers. Mitt. William G. Niederland (Brief)

222 so der orthodoxe Fraktionsvorsitzende Ignaz Rindskopf im Februar 1927 in der Kultusverwaltung; CAHJP, WR 481, S.25

223 Jüdische Rundschau, 3.10.1919, o. S.

224 pers. Mitt. Michael Berney (Brief)

Kap. IV (Innerjüdische Gruppierungen), S.126-129

225 Personenkartei. 1920: 14 von 34 Personen, 1931: 15 von 47 Personen

226 pers. Mitt. Anne D. Schwabacher (Gespräch)

227 pers. Mitt. William G. Niederland (Gespräch)

228 pers. Mitt. Kurt Frank (Brief)

229 pers. Mitt. Kurt Freudenthal (Brief)

230 pers. Mitt. Paula Eppstein (Brief)

231 pers. Mitt. Herbert A. Strauss (Gespräch). Strauss glaubt, "daß in unserem Haus niemals ein Ostjude eingeladen war"

232 Personenkartei. Nur in einem Fall lebte ein Ostjude in Mischehe mit einem nichtjüdischen Partner; die 1895 in Lodz geborene Person war 1903 mit ihrer Familie nach Würzburg gekommen

233 pers. Mitt. Herbert A. Strauss (Gespräch)

234 pers. Mitt. Curt C. Silberman (Gespräch)

235 CAHJP, WR 482 c, S.18, S.237

236 Der Jüdische Kulturverein Achduth veranstaltete 1925 im "Luisengarten" eine Chanukkafeier. Alle vom "General-Anzeiger" genannten Teilnehmer stammten aus Osteuropa. Zur Aufführung kamen ein Theaterstück sowie Balletteinlagen; WGA, 29.12.1925, S.3. Bereits 1920 hatte ein Jüdischer Jugendbund Achduth zu einer Purimfeier in den "Huttenschen Garten" eingeladen. Bei dieser Gelegenheit wurden ebenfalls künstlerische und musikalische Darbietungen angekündigt, was den Jugendbund in eine gewisse Kontinuität mit dem später bestehenden gleichnamigen Kulturverein stellt; WGA, 4.3.1920, S.6. Im Jahr 1923 wurde auf Reichsebene die "Achduth, Vereinigung gesetzestreuer Juden Deutschlands" gegründet, die sich als Konkurrenzorganisation zur Agudas Jisroel und zur Freien Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums verstand; vgl. Hermann Schwab: The History of Orthodox Jewry in Germany. London 1950, S.123-124. Inwiefern ein Zusammenhang mit den beiden Würzburger Achduth-Vereinen bestand, war nicht festzustellen

237 Jüdisches Echo, 22.3.1929, S.191

238 pers. Mitt. Curt C. Silberman (Gespräch)

239 pers. Mitt. Polja Ringart-Oistrach (Brief)

240 pers. Mitt. William G. Niederland (Gespräch)

241 pers. Mitt. Herbert A. Strauss (Gespräch). Vgl. dazu die pers. Mitt. von John McIntyre: "Mir wurde seitens meiner Eltern nahegelegt, daß es sich aus nicht-spezifizierten Gründen nicht 'ziemte', engere Freundschaften mit ostjüdischen Klassenkameraden zu schließen" (Brief)

242 pers. Mitt. Otto Haas (Brief)

243 pers. Mitt. Margaret Rosenthal (Gespräch)

244 CAHJP, WR 521

245 CAHJP, WR 478, S.364-365. Zur Frage der Berechtigung dieses von liberaler Seite des öfteren vorgebrachten Arguments vgl. Kap. IX

Kap. IV (Innerjüdische Gruppierungen), S.129-132

246 CAHJP, WR 478, S.364

247 CAHJP, WR 478, S.383-384. Abstimmungsergebnis: 83:73

248 § 4 der Wahlordnung vom 31.10.1920 lautete: "Nichtreichsdeutsche erlangen auf ihren Antrag erst dann das Stimm- und Wahlrecht, wenn sie mindestens 5 Jahre lang ununterbrochen ihren Wohnsitz in der Gemeinde Würzburg haben." Nach § 6 waren alle "männlichen stimm- und wahlberechtigten Gemeindemitglieder, welche das 30. Lebensjahr vollendet haben", wählbar; CAHJP, WR 498

249 CAHJP, WR 478, S.397, S.399

250 Adler-Rudel, Ostjuden, S.27-29

251 Ophir, Wiesemann S.37-38. Der Ausländeranteil betrug 1925 in München 27 %; Bennathan S.98

252 Ophir, Wiesemann S.179

253 Richarz, 1918-1945, S.188

254 Niewyk, Jews, S.119

255 Bennathan S.98

256 Niewyk, Jews, S.119

257 ostjüdischer Bevölkerungsanteil in Berlin 1925: 25,4 %; Bennathan S.98

258 vgl. zu Sirkus die pers. Mitt. von William G. Niederland: "Das war ein hochintelligenter, sehr philosophisch eingestellter Mensch, der ein Schuhgeschäft in der Rehhecke hatte, neben der Schustergasse; mit ihm unterhielt ich mich viel über Kant, Schopenhauer und Nietzsche" (Gespräch)

259 CAHJP, WR 482 a, S.146

260 ebd.

261 CAHJP, WR 482 a, S.81

262 ebd.

263 ebd.

264 CAHJP, WR 482 b, S.304-307

265 CAHJP, WR 482 b, S.367, S.369

266 CAHJP, WR 482 b, S.368

267 CAHJP, WR 482 b, S.370-371

268 CAHJP, WR 482 b, S.375

269 CAHJP, WR 482 b, S.369-370

270 CAHJP, WR 482 b, S.371. Der so heftig umstrittene Passus der Gemeindesatzung kam nie zur Anwendung; bei allen vor der Auflösung der Gemeinde im Jahr 1942 noch stattfindenden Wahlterminen einigten sich die Gemeindefraktionen jeweils auf einen Schlüssel für die Vergabe der Verwaltungssitze, um innerjüdische Wahlkämpfe zu vermeiden

271 "Die osteuropäischen Juden waren meistens frömmer als die deutschen

Kap. IV (Innerjüdische Gruppierungen), S.132-134

Juden; es gab wohl kaum assimilierte Ostjuden"; pers. Mitt. Paula Eppstein (Brief)

272 Samuel Rappaport: "Aus dem religiösen Leben der Ostjuden. 1. Der Sabbat". In: Der Jude. Eine Monatsschrift, Jg.2, 1917-1918, S.340-341

273 CAHJP, WR 889 a: Vertragsentwurf vom 3.4.1923

274 CAHJP, WR 889 a: Brief der ostjüdischen Ortsgruppe an die Verwaltung der Lehrerbildungsanstalt (6.4.1923)

275 CAHJP, WR 482 b, S.234

276 Das dreistöckige Gebäude stand, ebenso wie die Hauptsynagoge, auf dem Anwesen Domerschulstraße 19. Man betrat das Areal, das von der Domerschulstraße durch eine Mauer abgeschirmt war, durch eine Toreinfahrt; der Zugang war auch von der Kettengasse her möglich

277 CAHJP, WR 480, S.200

278 Jüdisches Echo, 5.12.1924, S.438. Die Einrichtung der "Mazzestube" stammte aus einer unterfränkischen Dorfsynagoge und war von der Familie Seligsberger zur Verfügung gestellt worden; ebd.

279 CAHJP, WR 479, S.65

280 Nigun: Tonfall beim Thoravortrag

281 pers. Mitt. Herbert A. Strauss (Gespräch). Vgl. die pers. Mitt. von William G. Niederland über seinen aus Rußland stammenden Vater Abraham Niederland: "Mein Vater war Kantor [in der Hauptsynagoge] und er sang die Melodien zum großen Teil noch auf die ostjüdische Art. Das klang nicht so, wie es in Bayern und Würzburg üblich war. Da hörte ich dann Bemerkungen wie: 'Schon wieder diese klagenden ostjüdischen Gesänge!' - anstatt der strammen deutschen Melodien" (Gespräch)

282 CAHJP, WR 482 b, S.234

283 pers. Mitt. Simon Nathansen (Brief)

284 Benno Seckbach, geb. 1871 in Frankfurt a.M., zog 1903 nach Würzburg, wo er zunächst als Kaufmann und Versicherungsagent tätig war. 1908 stellte ihn die Gemeinde als Kultusdiener ein. Zu seinen Aufgaben gehörten die Erhebung der Kultusumlage (bis zur Übergabe des Einzugs an das Finanzamt), der Verkauf ritueller Gegenstände, die organisatorische Abwicklung von Beerdigungen sowie Dienstgänge für das Gemeindesekretariat. S. wurde am 23.9.1942 nach Theresienstadt deportiert, wo er 1944 starb; Personenkartei (Benno Seckbach); pers. Mitt. Gustav Seckbach (Gespräch); CAHJP, WR 478, S.21, S.32, S.77, S.286, S.427

285 Personenkartei (Gustav Seckbach); pers. Mitt. Gustav Seckbach (Gespräch). S. emigrierte 1933 nach Frankreich; seit 1956 lebt er in Israel

286 Personenkartei (Fritz Nußbaum). N. unterrichtete später in Burgpreppach; 1938 plante er, nach Peru auszuwandern

Anmerkungen zu Kapitel V (Kultusgemeinde), S.135-137

1 Fritz Kahn: Die israelitischen Religionsgemeinschaften im Deutschen Reich, ihre staatskirchenrechtliche Stellung im allgemeinen und ihre Verfassungen in ihren Grundzügen. Mit besonderer Berücksichtigung Bayerns. Erlangen 1919 (masch. jur. Diss.), S.136

2 Kahn S.141-142. Auch im Landtag (Kammer der Reichsräte) waren nur die römisch-katholische und die protestantische Kirche vertreten; Kahn S. 142

3 Ophir, Wiesemann S.13

4 Kahn S.140

5 Elias Straus: "Die Trennung von Staat und Kirche und die jüdischen Gemeinden Bayerns". In: Jüdisches Echo, 27.12.1918, S.635-636

6 Jüdisches Echo, 28.2.1919, S.110

7 Stefan Schwarz: Die Juden in Bayern im Wandel der Zeiten. München, Wien 1963, S.305. Art. 18, Abs. 3 der bayerischen Verfassung lautete: "Religionsgesellschaften, Religionsgemeinden und geistlichen Gesellschaften wird die selbständige Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten innerhalb der Schranken des Gesetzes gewährleistet". In der Entschließung über die Neuordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse der Israeliten in Bayern vom 24.3.1920 hieß es: "Alle mit dem israelitischen Kultus als solchem zusammenhängenden Fragen, demnach die sogenannten innerkirchlichen Angelegenheiten, sind künftig der staatlichen Einwirkung entrückt"; ebd.

8 CAHJP, WR 482 a, S.155; WR 482 b, S.377;Wortlaut der Satzung: WR 498

9 Wortlaut der Wahlordnung: CAHJP, WR 498

10 "Statuten der Israelitischen Kultus-Gemeinde zu Würzburg" vom November 1904, § 2, zit. jeweils nach dem im StAWü befindlichen Exemplar (o. Sign.)

11 CAHJP, WR 478, S.240, S.282; StAWü, Statuten von 1904, § 43

12 StAWü, Statuten von 1904, § 42

13 StAWü, Statuten von 1904, § 3

14 StAWü, Statuten von 1904, § 14. Nach ihrem Ermessen konnte die Kultusverwaltung auch solche Männer zur Zahlung der Einkaufsgelder auffordern, die noch nicht fünf Jahre in Würzburg wohnten oder das Würzburger Bürgerrecht nicht besaßen; ebd. § 5

15 Kahn S.144

16 CAHJP, WR 498, § 1. Ähnlich auch die Satzung von 1930

17 CAHJP, WR 498, § 2. Nach § 3 galten Ausnahmen lediglich für Personen, die mit den Kultusbeiträgen im Rückstand waren, die unter Kuratel standen oder denen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt worden waren

18 vgl. Kap. IV. Die Satzung von 1930 legte fest, daß alle volljährigen Gemeindemitglieder, die seit mindestens einem Jahr in Würzburg wohnten, wählen durften. Ausnahmen galten für Entmündigte, unter vorläufiger Vormundschaft Stehende sowie für Personen, die sich nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befanden; CAHJP, WR 498, § 9

Kap. V (Kultusgemeinde), S.138-141

19 Kahn S.143-144

20 StAWü, Statuten von 1904, § 7

21 ebd., § 8

22 ebd., § 9

23 CAHJP, WR 478, S.210-212. St., geb. 1847 in Steinach a.S., kam 1860 nach Würzburg. Länger als ein Vierteljahrhundert arbeitete er als Liberaler im städtischen Gemeindekollegium mit. In die Verwaltung der Kultusgemeinde trat er 1884 ein, dem Vorstand gehörte er seit 1896 an. St. starb am 8.12.1924 in Würzburg; in einem Nachruf bescheinigte ihm der "General-Anzeiger" ein "Ansehen, wie es wenige unserer Mitbürger in allen Kreisen der Bevölkerung besitzen"; dies habe sich auch daran gezeigt, daß er bei den Wahlen zum Gemeindekollegium "weitaus die meisten aller in Würzburg für einen Kandidaten abgegebenen Stimmen erhielt"; WGA, 9.12.1924, S.3; Personenkartei (Otto Stern); CAHJP, WR 480, S.8

24 CAHJP, WR 478, S.229

25 pers. Mitt. Otto Haas (Brief); Personenkartei (Gerson Haas)

26 CAHJP, WR 498, § 6. Die Satzung von 1930 brachte keine Veränderungen; lediglich das passive Wahlalter wurde von 30 auf 25 Jahre gesenkt; CAHJP, WR 498, Satzung von 1930, § 9

27 CAHJP, WR 498, Satzung von 1930, § 14

28 ebd., § 18, § 19

29 CAHJP, WR 478, S.401, S.492

30 CAHJP, WR 482 a, S.177

31 CAHJP, WR 521: Flugblatt der orthodoxen Ortsgruppe zur Kultuswahl am 19.12.1920

32 ebd.

33 Jüdisches Echo, 26.11.1920, S.452-453

34 CAHJP, WR 478, S.214

35 CAHJP, WR 521

36 ebd.

37 Sigmund Fraenkel: "Warum müssen Orthodoxe und Zionisten bei den bevorstehenden jüdischen Gemeindewahlen zusammengehen?" In: Jüdisches Echo, 21.1.1921, S.34. Der Artikel untersuchte die Bedeutung des Würzburger Ergebnisses für die Münchner Wahlen

38 CAHJP, WR 478, S.412

39 CAHJP, WR 478, S.413. Auch die Wahl Engels erfolgte nahezu einstimmig

40 Ophir, Wiesemann S.434

41 Ophir, Wiesemann S.436

42 Ophir, Wiesemann S.38

43 Ophir, Wiesemann S.110, S.179, S.207

Kap. V (Kultusgemeinde), S.141-144

44 CAHJP, WR 482 b, S.179

45 CAHJP, WR 482 c, S.3

46 Kahn S.138-139

47 Kahn S.137-138

48 Ophir, Wiesemann S.16-17

49 von Personen, die in den im Gemeindeeigentum befindlichen Häusern Kettengasse 22, 24 und 26 wohnten

50 CAHJP, WR 626

51 CAHJP, WR 537

52 vgl. die umfangreichen Bestimmungen hierzu in den Statuten von 1904, S.17-23. Über Besitzwechsel von Synagogenplätzen informiert detailliert der Akt CAHJP, WR 536

53 StAWü, Statuten von 1904, § 30-32

54 ebd., § 33-34. Neu zugezogene Gemeindemitglieder, ordentliche wie außerordentliche, wurden sofort nach ihrer Ankunft zur Kultusumlage herangezogen; ebd., § 36

55 CAHJP, WR 478, S.12

56 CAHJP, WR 478, S.60. Auch die Kultusgemeinden von Augsburg, Nürnberg, Bamberg und München zogen im Frühjahr 1918 die Umlagen noch selbst ein; CAHJP, WR 478, S.88

57 Helmut Heiber: Die Republik von Weimar. München 1976 (9. Aufl.), S.98

58 Eschwege wurde 1890 in Thüngen geboren. Er studierte an der Israelitischen Lehrerbildungsanstalt und am Konservatorium in Würzburg und amtierte ab 1913 als Kantor in Emden; 1915 wurde er nach Würzburg berufen. E. wanderte 1939 zunächst nach London und von dort 1940 nach New York aus, wo er seine Kantorentätigkeit wieder aufnahm; er starb 1977 in New York; Personenkartei (Ruben Moses Eschwege); vgl. zu Eschwege auch Roberg, Ottensoser S.140-142

59 CAHJP, WR 500: Eingabe vom 23.4.1919

60 CAHJP, WR 478, S.239

61 CAHJP, WR 478, S.322

62 "Religionsgesellschaftliches Steuergesetz". In: Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Bayern, 15.9.1921, S.459-465

63 CAHJP, WR 493, S.95-96

64 CAHJP, WR 493, S.136. Das Finanzamt sollte außerdem für 1921 rückwirkend eine sechsprozentige Umlage einziehen. Da die Gemeinde für dieses Jahr bereits selbst Kultussteuern erhoben hatte, mußten diese an die Gemeindemitglieder zurückgezahlt werden; CAHJP, WR 493, S.95-96

65 CAHJP, WR 493, S.43. Das Gehalt für Rabbiner Hanover wurde am 1.2.1922 erst nach telefonischer Anmahnung durch dessen Frau gezahlt; ebd., S.59

66 CAHJP, WR 493, S.198

Kap. V (Kultusgemeinde), S.144-146

67 CAHJP, WR 493, S.226

68 Kredit beim Bankhaus Weglein und Lehmann: 166000 M, bei der Bank für Handel und Industrie: 500000 M; CAHJP, WR 493, S.43, S.184, S.228

69 CAHJP, WR 493, S.266; BSAWü, Regierung von Unterfranken 7107. Ein Exemplar einer Schuldverschreibung befindet sich im Privatbesitz von David Schuster, Würzburg

70 StAWü, Stadtratsprotokolle 1922, Bd.III, Nr.377, S.171

71 CAHJP, WR 493, S.324, S.328-329

72 CAHJP, WR 493, S.389

73 CAHJP, WR 493, S.426: Brief der Kultusverwaltung an das Würzburger Finanzamt vom 17.8.1923

74 CAHJP, WR 493, S.452

75 Die Mitglieder zahlten pro Monat je einen Goldpfennig für jeweils 1000 M ihrer für 1922 festgesetzten Reicheinkommenssteuer; CAHJP, WR 494, S.2

76 BIG, 9.5.1925, S.62. Allerdings mußten die Aufsichtsbehörden ihre Zustimmung geben

77 CAHJP, WR 479, S.45. Im Sommer 1925 mußte die Gemeinde einen Kredit der Bayerischen Staatsbank in Höhe von 10000 RM aufnahmen; WR 479, S.66

78 CAHJP, WR 480, S.33

79 CAHJP, WR 482 d, S.12

80 CAHJP, WR 481, S.20, S.72, S.117

81 CAHJP, WR 482 a, S.42; WR 482 b, S.139

82 von 142000 RM (1928) auf 81800 RM (1929); CAHJP, WR 625, S.2; WR 626, S.2

83 51000 RM; CAHJP, WR 629, o. S.

84 CAHJP, WR 482 b, S.135

85 so die Äußerung des Verwaltungsmitglieds Ignaz Rindskopf; CAHJP, WR 482 b, S.237

86 CAHJP, WR 482 c, S.207-208

87 CAHJP, WR 482 b, S.398; WR 482 c, S.224

88 CAHJP, WR 482 c, S.245

89 CAHJP, WR 482 c, S.295

90 CAHJP, WR 482 d, S.6-15. Ähnliche Notsteuern erhoben auch die Gemeinden Augsburg und Neumarkt; CAHJP, WR 482 c, S.244-245

91 CAHJP, WR 482 d, S.58

92 CAHJP, WR 482 e, S.64

93 CAHJP, WR 482 d, S.121. Auch für 1932 war zunächst nur ein Satz von

Kap. V (Kultusgemeinde), S.146-151

11 % vorgesehen, der dann ebenfalls auf 15 % erhöht werden mußte; CAHJP, WR 482 e, S.65

94 CAHJP, WR 482 d, S.94

95 CAHJP, WR 625, S.19

96 CAHJP, WR 629, o. S.

97 Schwarz S.300; Kahn S.142

98 CAHJP, WR 478, S.68-69

99 Fr. Volksblatt, 29.4.1919, S.2

100 CAHJP, WR 478, S.184

101 WGA, 2.5.1919, S.3

102 Fr. Volksblatt, 2.5.1919, S.3

103 StAWü, Judenakten 27

104 ebd.

105 CAHJP, WR 478, S.254-255, S.258-259

106 CAHJP, WR 456: undatiertes Rundschreiben "An die Gemeinden des Rabbinatsdistriktes Würzburg"

107 CAHJP, WR 478, nach S.310. Bei der Wahl war auf Grund von Artikel 137 der Reichsverfassung die Mitwirkung der Stadt nicht mehr nötig. Die Wahl konnte daher im gemeindlichen Sitzungssaal stattfinden; CAHJP, WR 478, S.302

108 BSAWü, Gestapostelle 396 (Akt Siegmund Hanover); Personenkartei (Siegmund Hanover); Ophir, Wiesemann S.443

109 WGA, 26.6.1920, S.2; Bayer. Landeszeitung, 26.6.1920, S.4

110 pers. Mitt. Miriam Muenster (Brief)

111 pers. Mitt. Margaret Rosenthal (Gespräch)

112 pers. Mitt. Miriam Muenster (Brief)

113 Kahn S.144; Ophir, Wiesemann S.16

114 Führer 1932/1933, S.298-302; Würzburger Wohnungsbuch 1932, S.419

115 "Die Verhältnisse...", S.448-450

116 BIG, 7.5.1926, S.151

117 Für das Wachstum waren vor allem die Würzburger Stadtrandgemeinden Estenfeld, Heidingsfeld, Höchberg und Veitshöchheim verantwortlich

118 Führer 1932/1933, S.298-301; Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege 1913, S.153-154. Der jüdische Bevölkerungsanteil ging von 4,4 % (1913) auf 3,1 % (1932) zurück; ebd.

119 ebd. Hierbei sind nur 15 Gemeinden erfaßt; für die übrigen liegen keine oder keine vollständigen Angaben vor

120 Ophir, Wiesemann S.16; BIG, 1.11.1930, S.332

Kap. V (Kultusgemeinde), S.151-154

121 "Die Verhältnisse...", S.455; BIG, 7.5.1926, S.151

122 Ophir, Wiesemann S.353, S.410

123 Ophir, Wiesemann S.281. Zu Heidingsfeld vgl. den nächsten Abschnitt

124 "Die Verhältnisse...", S.454-455; BIG, 7.5.1926, S.151

125 1925 wurde bereits in 38 unterfränkischen Gemeinden Wanderunterricht erteilt; BIG, 7.5.1926, S.151

126 CAHJP, WR 469: Eingabe der orthodoxen Ortsgruppe Würzburg an die Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg wegen der von liberaler Seite geforderten Trennung des Rabbinatsbezirkes

127 so Hermann Engel am 8. Mai 1930 in der Würzburger Kultusverwaltung; CAHJP, WR 482 b, S.162

128 Ophir, Wiesemann S.315

129 pers. Mitt. Henry Uhlfelder (Gespräch)

130 CAHJP, WR 482 b, S.159-162

131 WGA, 3.10.1930, S.3

132 pers. Mitt. Henry Uhlfelder (Gespräch)

133 CAHJP, WR 482 b, S.159

134 CAHJP, WR 482 b, S.159, S.163

135 Ophir, Wiesemann S.315

136 Ophir, Wiesemann S.16; CAHJP, WR 478, S.7, S.109

137 CAHJP, WR 478, S.156-157

138 Ophir, Wiesemann S.17

139 CAHJP, WR 478, S.336

140 Ophir, Wiesemann S.17

141 Haas amtierte als 3. Präsident des "Tagung" genannten VBIG-Parlaments, Braunschweiger war Mitglied des Exekutivausschusses ("Rat"); CAHJP, WR 478, S.469. Vom 15. bis 17.3.1925 veranstaltete der VBIG seine dritte Tagung in Würzburg; BIG, 14.4.1925, S.33-40

142 Niewyk, Jews, S.182, S.187

143 Richarz, 1918-1945, S.39

144 BIG, 14.4.1925, S.37

145 Niewyk, Jews, S.187

146 Ophir, Wiesemann S.17

147 BIG, 9.5.1925, S.64

148 BIG, 15.4.1927, S.107

149 BIG, 9.5.1925, S.64

150 BIG, 1.8.1928, S.232

Kap. V (Kultusgemeinde), S.155-159

151 Ophir, Wiesemann S.17

152 CAHJP, WR 482, S.30

153 Satzung des VBIG vom 22.2.1926, § 2. In: BIG, 17.3.1926, S.70

154 BIG, 14.4.1925, S.39

155 Der Israelit, 9.2.1922, S.5

156 BIG, 14.4.1925, S.39

157 Deutsche Israelitische Zeitung, 22.11.1928, S.4

158 Jüdisches Echo, 6.2.1925, S.92

159 CAHJP, WR 469

160 ebd.

161 Ophir S.479

162 Für die Teilung sprachen sich 107 Abstimmende aus, dagegen 20; 19 Personen enthielten sich der Stimme; CAHJP, WR 478, S.186

163 CAHJP, WR 478, S.222

164 CAHJP, WR 478, S.185

165 ebd.

166 CAHJP, WR 469: Brief der Kultusverwaltung an die Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg (2.5.1919)

167 CAHJP, WR 469: Brief der Regierung an die Kultusverwaltung (9.5.1919)

168 CAHJP, WR 469

169 StAWü, Judenakten 29

170 CAHJP, WR 478, S.222-225

171 CAHJP, WR 521

172 ebd.

173 Ophir, Wiesemann S.14; Schwarz S.300

174 Ophir S.480. Gegen diesen Schritt wandte sich Seligmann Bär Bamberger, an den sich einige Frankfurter Juden mit der Frage wandten, ob sie weiterhin in einem Gemeindeverband bleiben sollten, in dem die Liberalen die Mehrheit besaßen. Bamberger sprach sich gegen den Austritt aus; seiner Meinung nach durften Orthodoxe die jüdische Gemeinde nicht verlassen, solange die liberale Mehrheit der gesetzestreuen Minderheit die Möglichkeit eines religiösen und gesellschaftlichen Lebens nach den Vorschriften der Thora und der Tradition gab. Wegen dieser Frage kam es zwischen Bamberger und dem Initiator der Frankfurter Austrittsbewegung, Rabbiner Samson Raphael Hirsch, zu einer scharfen Kontroverse; ebd.

175 Niewyk, Jews, S.123-124

176 Schwarz S.303; Ophir, Wiesemann S.40, S.203-204

177 Jüdisches Echo, 24.10.1919, S.515-516

Kap. V (Kultusgemeinde), S.159-161

178 Max Spindler (Hrsg.): Handbuch der bayerischen Geschichte. Bd.4. Das neue Bayern 1800-1970. Teilbd.1. München 1979, S.441

179 CAHJP, WR 478, S.278

180 ebd.

181 CAHJP, WR 456: undatiertes Rundschreiben "An die Gemeinden des Rabbinatsdistriktes Würzburg"

182 ebd.

183 StAWü, Judenakten 29: Eingabe von zwölf Landgemeinden an die Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg bezüglich der Teilung des Rabbinatsbezirks

184 CAHJP, WR 456: undatiertes Rundschreiben "An die Gemeinden des Rabbinatsdistrikts Würzburg"

185 Der Verband strebte die "Lösung der jeweiligen Aufgaben des durch die Thorah konstituierten jüdischen Volkes im Geiste der Thorah" an; Führer 1932/1933, S.560

186 Handbuch 1924/1925, S.110

187 pers. Mitt. Walter E. Riesenfeld (Gespräch)

188 pers. Mitt. Walter E. Riesenfeld (Gespräch). Vgl. die pers. Mitt. von Simon Nathansen: "Wir gehörten der Orthodoxie an, aber mein Vater [Semi Nathansen] war [Mitglied der] Agudas Jisroel und deswegen nicht immer einig mit allem; z.B. ging er nicht in die Hauptsynagoge, sondern zu einem extra Gottesdienst in der Bibrastraße im Hause des ehemaligen Rabbiners Bamberger" (Brief)

189 pers. Mitt. Walter E. Riesenfeld (Gespräch)

Anmerkungen zu Kapitel VI (Bildungswesen), S.162-163

1 Ophir S.480. Das Judenedikt gestattete den Juden, eigene Religions- und Volksschulen zu errichten, denen jüdische, entsprechend vorgebildete Lehrer vorstehen sollten; vgl. auch Louis Uhlfelder: "Die jüdische Volksschule und der jüdische Volksschullehrer im bayerischen Schulrecht, im israelitischen Lehrerverein und in der jüdischen Gemeinde". In: BIG, 15.8.1930, S.253

2 StAWü, Statuten von 1904, § 15. Die Befugnisse des Ausschusses waren offenbar eng begrenzt. Als er im Herbst 1920 die kurzfristige Anstellung einer Aushilfskraft für einen erkrankten Lehrer beschloß, kritisierte die Gemeindeverwaltung diesen eigenmächtigen Schritt; CAHJP, WR 478, S.400

3 CAHJP, WR 478, S.218: eingelegtes Protokoll der Kommissionssitzung vom 14.9.1919, S.2. Nach den im Oktober 1914 revidierten Bedingungen für den Besuch der Israelitischen Erziehungs- und Unterrichtsanstalt betrug das jährliche Schulgeld für die erste bis dritte Klasse 45 M, für die übrigen Klassen 60 M. Für jedes in die Schule aufgenommene Kind war ein einmaliges Eintrittsgeld von 3,50 M zu entrichten. Für "gering bemittelte oder ganz arme Kinder" konnte vom Schulausschuß Ermäßigung oder gänzlicher Nachlaß dieser Zahlungen gewährt werden. Die Schule stand primär Würzburger Kindern offen; Kinder aus anderen Gemeinden konnten aufgenommen werden, solange "die Schulräumlichkeiten dermaßen genügen, daß weder Unbequemlichkeit im Sitzen noch eine die Gesundheit gefährdende Überfüllung eintritt"; CAHJP, WR 757: Bedingungen für den Besuch der Israelitischen Erziehungs- und Unterrichtsanstalt in Würzburg

4 CAHJP, WR 493, S.407

5 CAHJP, WR 478, S.350; WR 493, S.407

6 CAHJP, WR 478, S.218

7 Jüdisches Echo, 24.10.1919, S.516

8 CAHJP, WR 493, S.135, S.235

9 Aron Mandelbaum, geb. 1868 in Prichsenstadt als Sohn eines Lehrers, kam 20jährig an die Unterrichtsanstalt. Er wurde zum Hauptlehrer, dann zum Oberlehrer und schließlich zum Direktor befördert. Am 1.6.1933 trat M. in den Ruhestand; am 23.9.1942 wurde er nach Theresienstadt deportiert; Personenkartei (Aron Mandelbaum); CAHJP, WR 482 e, S.96

10 CAHJP, WR 478, S.485-486

11 CAHJP, WR 757: Schulordnung für die Israelitische Volksschule Würzburg

12 CAHJP, WR 478, S.486; zur Höhe des Vermögens: WR 478: eingelegtes Protokoll der Kommissionssitzung vom 14.9.1919, S.2. Am 9.10.1921 billigte eine Gemeindeversammlung einstimmig die mit der Verstaatlichung zusammenhängenden Beschlüsse der Kultusverwaltung; CAHJP, WR 478, S.494

13 CAHJP, WR 482 e, S.28

14 CAHJP, WR 757

15 CAHJP, WR 493, S.92

16 Moritz Hellmann, geb. 1877 in Marktbreit, unterrichtete wahrscheinlich seit 1908 an der Unterrichtsanstalt. Er leitete die Volksschule nach der

Kap. VI (Bildungswesen), S.163-164

Pensionierung Aron Mandelbaums bis zu seiner Auswanderung nach Amsterdam am 25.12.1938; Personenkartei (Moritz Hellmann)

17 Amalie Unna, eine Enkelin Seligmann Bär Bambergers, wurde 1867 in Würzburg als Tochter eines Lehrers geboren. Sie unterrichtete an der jüdischen Volksschule überwiegend die höheren Klassen, die ausschließlich von Mädchen besucht wurden; nach der Pensionierung (1.11.1932) gab sie weiterhin englischen Sprachunterricht. Amalie U. starb am 28.4.1936; Personenkartei (Amalie Unna); CAHJP, WR 482 d, S.149, S.167-168. Amalie Unnas Bruder Isak, einer der bedeutendsten orthodoxen Rabbiner Deutschlands, amtierte in Mannheim; Personenkartei (Isak Unna)

18 Ida Ottensoser, geb. 1885 in Burgpreppach als Tochter eines Lehrers, erhielt ihre Ausbildung an der staatlichen Lehrerinnenbildungsanstalt in Aschaffenburg; nach kurzer Erzieherinnentätigkeit in einem Privathaus unterrichtete sie mehrere Jahre an einer Mädchenschule in Fürth, bis sie 1908 an die Unterrichtsanstalt in Würzburg berufen wurde. Fast ein Vierteljahrhundert hospitierten Schüler der ILBA in ihren Klassen. Sie war in der zionistischen Ortsgruppe aktiv, leitete hebräische Sprachkurse und unternahm eine Reise nach Palästina; Ida O. erkrankte im September 1931; einen Tag nach ihrer Versetzung in den einstweiligen Ruhestand starb sie am 16.9.1932; Personenkartei (Ida Ottensoser); "Ida Ottensoser". In: Mitteilungen des Jüdischen Lehrervereins für Bayern, Nr.9, 1932, S.21, in: BIG, 15.10.1932; CAHJP, WR 482 c, S.229

19 CAHJP, WR 493, S.235-236. Die Gemeinde mußte allerdings zum Gehalt der vom Staat übernommenen Lehrkräfte ein Fünftel beitragen

20 CAHJP, WR 482, S.44-45

21 CAHJP, WR 493, S.408

22 CAHJP, WR 482, S.46

23 CAHJP, WR 482, S.45

24 Schuljahr 1928/29: 119 Schüler; CAHJP, WR 482, S.43-47. 1929/30: 132 Schüler; CAHJP, WR 482 a, S.20. 1930/31: 136 Schüler; BSAWü, Regierung von Unterfranken 7108. 1931/32: 141 Schüler; ebd. 1932/33: 135 Schüler; CAHJP, WR 482 d, S.76

25 CAHJP, WR 482 a, S.20

26 CAHJP, WR 482 b, S.13

27 CAHJP, WR 480, S.41

28 CAHJP, WR 482 a, S.64-65. Für die Kinder der Nürnberger orthodoxen Gemeinde Adat Jisrael, die seit 1908 eine eigene Religionsschule unterhielt, war 1921 nach Würzburger Vorbild eine reguläre jüdische Volksschule eröffnet worden, deren Schülerzahl von 80 im Gründungsjahr auf 145 im Schuljahr 1923/24 anstieg. 1926 wurde die Schule für die Gesamtgemeinde geöffnet und auf 8 Klassen mit 160 Schülern erweitert. 1932 besuchten 176 Kinder die Schule; Ophir, Wiesemann S.204; zur jüdischen Volksschule in München vgl. Kap. IV,2

29 CAHJP, WR 482 d, S.116

30 CAHJP, WR 482 d, S.131-132. Gründer und erster Vorsitzender des Schul-

Kap. VI (Bildungswesen), S.164-166

vereins war Theo Adler; A., geb. 1886 in Wertheim, lebte seit 1901 in Würzburg, wo er zunächst als Lehrling und Reisender arbeitete; 1910 eröffnete er eine Weingroßhandlung, später trat er als Teilhaber in die Rohproduktenhandlung H. Gotthilf & Cie ein. A. zog im September 1936 nach Frankfurt und emigrierte im Juli 1938 nach New York; Personenkartei (Theo Adler); pers. Mitt. Kurt S. Adler (Brief); Jüdisches Wochenblatt, 21.10.1932, S.204

31 CAHJP, WR 481, S.47

32 zit. in einem Brief von Mandelbaum an die Verwaltung vom 25.7.1930; CAHJP, WR 896

33 CAHJP, WR 482 d, S.94-95. Vgl. die pers. Mitt. von Anne D. Schwabacher: "Wenn wir in die anderen Schulen überwechselten, dann hieß es immer, wir hätten die beste Schule." (Gespräch)

34 CAHJP, WR 482 c, S.145-146; WR 482 d, S.88-89, S.94-95, S.119. Im Februar 1933 sah sich die Gemeinde dann allerdings doch gezwungen, für die Teilnahme am Fremdsprachenunterricht monatlich 3 RM zu erheben; CAHJP, WR 482 e, S.30

35 pers. Mitt. Margaret Rosenthal (Gespräch)

36 pers. Mitt. Ursula Erlbaum (Brief) über sich und ihre Schwester

37 CAHJP, WR 478, S.345. 1920 teilten sich in den Unterricht Jakob Stoll von der ILBA, Moritz Hellmann, Ruben Moses Eschwege, ein Privatlehrer sowie Siegmund Hanover selbst; CAHJP, WR 478, S.358

38 CAHJP, WR 478, S.477

39 CAHJP, WR 478, S.487

40 CAHJP, WR 493, S.201

41 Personenkartei (Ludwig Hammelburger); CAHJP, WR 756 a. H. unterrichtete ab 1934 an der jüdischen Volksschule, da die Zahl der jüdischen Schüler an den Gymnasien stark zurückging; 1939 wanderte er nach England aus; er beabsichtigte, von dort in die USA weiterzureisen

42 Demnach lag im Schuljahr 1926/27 der Anteil jüdischer Schüler an den bayerischen Realgymnasien bei 7,6 %, an den Oberrealschulen bei 1,8 %, an den humanistischen Gymnasien aber nur bei 1,6 %; BIG, 1.11.1930, S.333

43 Jahresbericht des Staatl. Realgymnasiums Würzburg für das Schuljahr 1919/20. Würzburg 1920: Unter 357 Schülern waren 39 Juden (11 %). Jahresbericht... 1921/22. Würzburg 1922: 10%. Jahresbericht... 1927/28. Würzburg 1928: 6 %. Jahresbericht... 1931/32. Würzburg 1932: 5 % (Privatbesitz Fritz Lindner). Vgl. Roland Flade: "Jüdische Schüler am Realgymnasium". In: Vom Königlichen Realgymnasium zum Siebold-Gymnasium Würzburg. Festschrift und Jahresbericht für das 120. Jahr 1983/84. Würzburg 1984, S.71-73

44 Die Sophienschule bezeichnete sich als "höhere Lehranstalt für Mädchen auf paritätischer Grundlage"; WGA, 2.2.1929, S.3. Im Gegensatz zu den katholischen Mädchenschulen nahm sie "Mädchen aller Konfessionen" auf; WGA, 8.6.1920, S.4

45 StAWü, Jahresbericht der Sophienschule, privates Mädchen-Lyzeum mit

Kap. VI (Bildungswesen), S.166-168

Mädchen-Realgymnasium und Frauenschule in Würzburg, Schuljahr 1925/26. Würzburg 1926

46 StAWü, Jahresbericht der Sophienschule... 1928/29. Würzburg 1929

47 StAWü, Jahresbericht der Sophienschule... 1925/26, Beilage. Klara Oppenheimer, geb. 1867 in Paris als Tochter eines Kaufmanns, wirkte zunächst als Assistentin am pathologischen Institut der Universität Würzburg; 1918 eröffnete sie eine Praxis; Klara O. wurde am 23.9.1942 nach Theresienstadt deportiert; Personenkartei (Klara Oppenheimer)

48 StAWü, Jahresbericht der Sophienschule... 1925/26, Beilage. Paula Dannenberg, geb. 1884 in Immenrode, war in der Firma ihres Mannes als Prokuristin tätig; sie wurde am 23.9.1942 nach Theresienstadt deportiert; Personenkartei (Paula Dannenberg)

49 StAWü, Jahresbericht der Sophienschule... 1925/26, Beilage

50 CAHJP, WR 482, S.191; WR 482 a, S.49; WR 482 b, S.195

51 CAHJP, WR 482 d, S.198

52 BIG, 1.11.1930, S.333

53 CAHJP, WR 482, S.189-191; WR 482 a, S.47-49

54 CAHJP, WR 482 b, S.193

55 CAHJP, WR 482 d, S.211

56 so z.B. in einer gemeinsamen Veranstaltung der jüdischen Jugendvereine im Mai 1922; WGA, 2.5.1922, S.6

57 CAHJP, WR 479, S.61; WR 480, S.179-181

58 CAHJP, WR 482, S.182-184, S.197

59 vgl. das gedruckte Bestandsverzeichnis: Bibliothek der jüdischen Unterrichtskurse Würzburg. Würzburg 1930

60 CAHJP, WR 482 b, S.182

61 Raschi (Abk. für Rabbi Schelomo ben Jizchak): Bibel- und Talmud-Exeget, der 1040 in Troyes geb. wurde und u.a. in Worms studierte und lehrte; Schiur (Pl. Schiurim): Studium religiöser Texte ("Lernen") in kleinen Gruppen

62 CAHJP, WR 482 b, S.183

63 Selig Auerbach, geb. 1906 als Sohn eines Kaufmanns in Hamburg, studierte an der Universität Würzburg; etwa 1934 verzog er nach Recklinghausen; 1982 amtierte er als Rabbiner in Lake Placid, USA; Personenkartei (Selig Auerbach); pers. Mitt. Paula Eppstein (Brief)

64 CAHJP, WR 482 c, S.25-27

65 CAHJP, WR 482 d, S.129. Hanover hatte 900 RM beantragt, die Hälfte der 1931 ausgezahlten Summe; Seligsberger begründete seine Unterstützung mit einem Hinweis "auf den derzeitigen hervorragenden Religionsunterricht, gegenüber dem mangelhaften in der Zeit vor der Anstellung des Herrn Rabbiner Dr. Hanover"; ebd.

66 Nathan Bamberger: "Die Israelitische Lehrerbildungs-Anstalt. Geschichte

Kap. VI (Bildungswesen), S.168-171

ihrer Entstehung und Entwicklung". In: Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Israelitischen Lehrerbildungs-Anstalt zu Würzburg. 1864-1914. Würzburg 1914, S.14; Walter H. Kaufmann: "A History of the Jewish Teachers' Seminary in Würzburg (ILBA)". In: Ottensoser, Roberg S.26

67 Kaufmann S.27-28; Ophir, Wiesemann S.16

68 Ophir S.480; Norbert Hellmann: "Seligmann Baer Bamberger. 1807-1878". In: Ottensoser, Roberg S.101

69 Kaufmann S.28

70 Nathan Bamberger: "Die Israelitische...", S.19

71 Kaufmann S.28-30

72 Bezirksrabbiner Abraham Adler, Aschaffenburg, G. H. Lippmann, Kissingen, I. G. Adler, Burgpreppach, und F. L. Thalheimer, Mainbernheim. Der Sitz des Mainbernheimer Bezirksrabbinats wurde später nach Kitzingen verlegt; Nathan Bamberger: "Die Israelitische...", S.16

73 Nathan Bamberger: "Die Israelitische...", S.23-24

74 Kaufmann S.32

75 Nathan Bamberger: "Die Israelitische...", S.24, S.50-51

76 Die Höchberger Talmud-Thora-Schule wurde gegen 1840 von Rabbiner Lazarus Ottensoser gegründet; 1861 wandelte Ottensoser die Einrichtung in eine Bürgerschule um, an der nun religiöse und weltliche Fächer gleichberechtigt nebeneinander gelehrt wurden. Die Talmud-Thora-Schule in Burgpreppach schuf Rabbiner Abraham Hirsch etwa zur gleichen Zeit; Kaufmann S.35-36

77 Kaufmann S.33, S.36-37

78 Kaufmann S.43

79 Jakob Stoll, geb. 1876 in Maßbach, absolvierte die Präparandenschule in Burgpreppach und die ILBA und unterrichtete dann an verschiedenen Schulen in Fürth und Nürnberg. 1905 kam er wieder an die ILBA. St. emigrierte im August 1939 nach New York, wo er 1962 starb; Eric Levi: "Director Jakob Stoll. 1876-1962". In: Ottensoser, Roberg S.110-119

80 Kaufmann S.32, S.44-45

81 Bibelwissenschaftliche Irrungen. Ein Beitrag zur Kritik der alttestamentlichen Bibelkritik. Berlin 1917. Im Jahr 1920 veröffentlichte die Vorderasiatische Gesellschaft seine Dissertation "Beiträge zur Geschichte des biblisch-talmudischen Eheschließungsrechts. Eine rechtsvergleichende historische Studie"

82 Halacha: Das gesamte System der religionsgesetzlichen Bestimmungen, die in der Thora festgelegt sind

83 zur Biographie Neubauers vgl. Isidor Grunfeld: Three Generations. The Influence of Samson Raphael Hirsch on Jewish Life and Thought. London 1958, S.65-68; Alex Roberg: "Yekutiel Jakob Neubauer, 1895-1945". In: Ottensoser, Roberg S.125-132

84 Dr. jur. und Dr. math.;Kaufmann S.45

Kap. VI (Bildungswesen), S.171-173

85 Grunfeld S.66. Vgl. die Äußerung zur Persönlichkeit Neubauers: "He had a genius for friendship which made him a natural guide and leader of academic youth. His personality was as serene as his Weltanschauung was harmonious. There was nothing in him of that division and rift, which is so often noticed in the mind and soul of modern religious scholars. He had found a complete harmony in the world of the Yeshivah and in the world of science; and this harmony was manifest in his serenity." Grunfeld S.67

86 pers. Mitt. Walter E. Riesenfeld (Gespräch). Siegmund Hanover hielt beispielsweise im Winter 1932/33 an den Freitagabenden unmittelbar nach dem Hauptgottesdienst Lehrvorträge in der Synagoge ab; ein weiterer Schiur mit dem Gemeinderabbiner fand am Samstagabend im Anwesen Bibrastraße 17, wahrscheinlich in der dortigen Privatsynagoge, statt. Die Wahl dieses Ortes deutet darauf hin, daß zumindest in der Endphase der Republik die Spannungen zwischen den verschiedenen Lagern der Würzburger Orthodoxie nachließen; Jüdisches Wochenblatt, 11.11.1932, S.45

87 Neubauer erhielt bereits 1930 das Angebot, die Leitung des Rabbinerseminars in Amsterdam zu übernehmen; erst im September 1933 verließ er Würzburg, um in Holland zu lehren. N. starb am 22.3.1945 im Konzentrationslager Bergen-Belsen; Roberg S.131-132; Personenkartei (Jekutiel Jakob Neubauer)

88 Kaufmann S.46-48

89 Levi S.117

90 Justin Hofmann: "Educational Philosophy". In: Ottensoser, Roberg S. 172

91 Kaufmann S.38-41

92 Kaufmann S.42

93 Nathan Bamberger: "Die Israelitische...", S.44

94 Nathan Bamberger: "Die Israelitische...", S.44; Kaufmann S.42; Hugo Mandelbaum: "Teaching Chumash According to Jakob Stoll". In: Ottensoser, Roberg S.122

95 Nathan Bamberger: "Die Israelitische...", S.49

96 Kaufmann S.46

97 CAHJP, WR 889: Brief der ILBA-Verwaltung an das bayerische Kultusministerium (27.12.1921)

98 CAHJP, WR 889: Brief der ILBA-Verwaltung an das bayerische Kultusministerium (7.2.1922)

99 CAHJP, WR 889: Brief des bayerischen Kultusministeriums an die Regierung von Unterfranken (18.10.1921). Schon 1907 hatte sich das ILBA-Kuratorium mit der Bitte um finanzielle Unterstützung an das Ministerium gewandt. Doch obwohl sich die Abgeordnetenkammer am 10.6.1908 mit der Angelegenheit befaßte, wurde keine Entscheidung getroffen. Im November 1919 richtete das Kuratorium erneut ein Gesuch an das Ministerium und stellte fest, "daß die Lösung aller der Anstalt erwachsenden Aufgaben und ihre Fortführung bisher ausschließlich und allein dem Wohltätigkeitssinne der bayerischen Judenheit verdankt wird"; nun je-

Kap. VI (Bildungswesen), S.173-175

doch habe die Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg gefordert, die ILBA-Lehrkräfte einkommensmäßig den Lehrern an staatlichen Lehrerbildungsanstalten gleichzustellen. Da schon in den vergangenen Jahren meist mit einem Defizit gearbeitet worden sei, könne diese Forderung aus eigenen Kräften nicht erfüllt werden; das Kuratorium erbat daher einen jährlichen Beitrag "wenn irgend möglich nicht unter 10000 M." CAHJP, WR 889: Brief des ILBA-Kuratoriums an das bayerische Kultusministerium (November 1919)

100 CAHJP, WR 889 a

101 Kaufmann S.46-47

102 CAHJP, WR 756 a: Brief von Hanover an die Kultusverwaltung (6.10.1923)

103 CAHJP, WR 493, S.491. In einem Brief an das "Joint" schrieb die Kultusverwaltung am 31.1.1924: "Aus dem Mangel an Geld in Deutschland erklären sich die im Verhältnis zu Friedenszeiten [...] erschreckend niedrigen Spenden u. freiwilligen Beiträge [für die ILBA]"; ebd.

104 CAHJP, WR 688: Brief der ILBA-Verwaltung an die Kultusgemeinde Würzburg (2.1.1930). Die Gemeinde unterstützte das Seminar mit Jahresbeiträgen, die zwischen 100 RM (1925) und 300 RM (1927) schwankten; CAHJP, WR 479, S.63; WR 481, S.48

105 Central Zionist Archives,Jerusalem, A 142/55/2 (Akten des preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden)

106 In dem 1880 gegründeten Lehrerverein waren die jüdischen Volksschul-, Gymnasial- und ILBA-Lehrer zusammengeschlossen. Dem Verein stand bis 1919 der Leiter der jüdischen Volksschule in Würzburg, Aron Mandelbaum, vor. Seit 1919 fungierte der Würzburger Volksschullehrer Moritz Hellmann als Kassier. Das 50jährige Bestehen wurde 1930 mit einem Festakt im "Platzschen Garten" gefeiert; die aus diesem Anlaß herausgegebene Festschrift befindet sich im Akt BSAWü, Regierung von Unterfranken 7158; vgl. auch WGA, 5.9.1919, S.2

107 CAHJP, WR 898: "Die Neuordnung der Lehrerbildung in Bayern. Referat auf der Mitgliederversammlung in Würzburg am 16. Juli 1928, erstattet vom Seminardirektor J. Stoll" (Sonderdruck aus der "Bayerischen Israelitischen Gemeindezeitung")

108 BIG, 20.10.1927, S.305-306. Bei der Einweihung der Synagoge am 18.9. 1927 waren zahlreiche Vertreter des bayerischen Judentums und seiner Organisationen, der Gemeinde Würzburg, des jüdischen Lehrervereins sowie der ILBA-Absolventenvereinigung anwesend; vgl. zur Synagoge auch Leo Baerwald: "Alter Geist und neue Form. Die neue Synagoge des Lehrerseminars in Würzburg". In: BIG, 13.12.1927, S.357-360

109 CAHJP, WR 898

110 Kaufmann S.54

111 Ophir, Wiesemann S.275

112 CAHJP, WR 688: Brief der Höchberger Schulleitung an die Kultusgemeinde Würzburg (10.12.1929). Die Gemeinde Würzburg unterstützte die Präparandenschule mit durchschnittlich 200 RM jährlich; CAHJP, WR 478, S.473

Kap. VI (Bildungswesen), S.175-176

113 ebd.

114 BIG, 1.7.1931, S.200

115 ebd. Obwohl alles für eine Vereinigung der beiden Einrichtungen sprach, wandte sich das Höchberger Kuratorium zunächst gegen diesen Schritt, da der Gründer, Rabbiner Lazarus Ottensoser, im Stiftungsbrief ausdrücklich gefordert hatte, daß die Schule in Höchberg bleiben müsse. Um die von den Bauaufsichtsbehörden angedrohte Schließung zu verhindern, gab das Kuratorium schließlich nach; CAHJP, WR 898: undatiertes Gutachten; Kaufmann S.55-56

116 Selig Steinhäuser wurde 1884 in Oberlauringen geboren. Nach dem Besuch der Volksschule in seinem Heimatort und der Präparandenschule in Burgpreppach absolvierte er das Lehrerseminar in Straubing. Seit 1903 in Höchberg lehrend, wurde er 1913 zum Anstaltsvorstand ernannt. Nach der Schließung der ILBA im November 1938 unterrichtete er an der jüdischen Volks- und Berufsschule, bis auch diese mit dem Ablauf des Schuljahrs 1941/42 ihre Tätigkeit einstellen mußte. St. wurde am 17.6.1943 nach Auschwitz deportiert; Personenkartei (Selig Steinhäuser)

117 Kaufmann S.58. Ernst von Manstein, 1869 in Domesleben in Thüringen geboren, zog 1887 nach Würzburg, um hier seinen Militärdienst abzuleisten. Der protestantische Adelige kam in Kontakt mit jüdischen Familien und trat 1892 zum Judentum über. Außer in Höchberg unterrichtete er auch an verschiedenen Würzburger Schulen. 1939 wurde M. die Erlaubnis zur Auswanderung nach Palästina verwehrt. Er starb 1944 und wurde von den Würzburger Behörden in einem NS-Begräbnis als "Arier" auf dem städtischen Friedhof beerdigt; 1960 erreichte die israelitische Kultusgemeinde die Überführung auf den jüdischen Friedhof; Personenkartei (Ernst von Manstein); David Schuster: "Baron Ernst von Manstein, the Ger Tsedek of Würzburg. 1869-1944". In: Ottensoser, Roberg S.134-138

118 BIG, 1.7.1931, S.200; Kaufmann S.57-59. Das Gebäude beherbergt heute die Jakob-Stoll-Realschule für Knaben

119 Grieb-Lohwasser S.9

120 Herbert Philippsthal: "Die jüdischen Studenten in Bayern". In: BIG, 15.2.1929, S.49. In München ging der jüdische Anteil an der Gesamtstudentenschaft der Universität zwischen 1908 und 1928 von 8,5 auf 3,0 %, der Technischen Universität von 7,4 auf 0,9 % zurück. Die entsprechenden Zahlen für Erlangen lauteten 3,7 bzw. 1,2 %; ebd.

121 Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden, März-April 1924, S.54; Juni 1931, S.94-96. Außerdem dürfte eine Rolle gespielt haben, daß in Folge der Verarmung des jüdischen Mittelstandes ein Teil der norddeutschen Studenten heimische Universitäten aufsuchen mußten. Vgl. den Aufsatz "Die jüdischen Studenten in Bayern". In: Jüdische Arbeits- und Wanderfürsorge, Dezember 1929, S.142

122 Grieb-Lohwasser S.12. Die Zahlen basieren auf einer von Birgitt Grieb-Lohwasser vorgenommenen Analyse der persönlichen Daten aller zwischen dem Wintersemester 1920/21 und dem Wintersemester 1935/36 in Würzburg immatrikulierten jüdischen Studenten

Kap. VI (Bildungswesen), S.176-179

123 BIG, 1.11.1930, S.333

124 Grieb-Lohwasser S.14-15. Durchschnittswert für alle zwischen 1920 und 1936 in Würzburg immatrikulierten jüdischen Studenten

125 BIG, 1.11.1930, S.333; Grieb-Lohwasser S.14

126 BIG, 1.11.1939, S.333. In Würzburg waren im Wintersemester 1922/23 8,1 % der jüdischen Studenten weiblichen Geschlechts, im Wintersemester 1932/33 28,6 %; Grieb-Lohwasser S.16

127 Grieb-Lohwasser S.21-22

128 pers. Mitt. Otto Haas (Brief)

129 Richarz, Kaiserreich, S.40

130 ebd.; vgl. auch Grieb-Lohwasser S.24

131 Grieb-Lohwasser S.25

132 Salia, Beilage zum 31. Kriegsbericht, o. D., zit. nach Grieb-Lohwasser S.26-27. Viele Salier verstanden allerdings Parität nicht nur als eine von der Konfession unabhängige Mitgliedschaft, sondern auch als absolute Neutralität in allen religiösen und politischen Fragen; Grieb-Lohwasser S.27

133 Grieb-Lohwasser S.28-29, S.32

134 Grieb-Lohwasser S.37

135 WGA, 5.5.1927, S.3. Der Schrein befindet sich heute im Gebäude auf dem jüdischen Friedhof in der Werner-von-Siemens-Straße

136 Grieb-Lohwasser S.37. Obwohl die Salia nicht mehr Mitglieder als andere paritätische und jüdische Verbindungen in Würzburg hatte, liegt über ihre Geschichte das umfassendste Material vor. Als erste paritätische Korporation des Kaiserreichs band sie ihre Mitglieder besonders stark an sich. Ein Mitteilungsblatt informiert bis zum heutigen Tag über die Aktivitäten der von Jahr zu Jahr kleiner werdenden Zahl der überlebenden Salier, die sich weiterhin, meist in den USA, zu Stiftungsfesten treffen; vgl. Peter Baumgart (Hrsg.): Bibliographie zur Geschichte der Universität Würzburg. 1575-1975. Würzburg 1975, S.194; Julius Frank: Salia - Geschichte und Schicksale. 1924-1949. Zum 65. Gründungstag am 1. November 1949. o. O. 1949; anon.: Salia - Geschichte und Schicksale 1949-1954. Zum 70. Gründungstage, 1. November 1954. New York 1954

137 Grieb-Lohwasser S.56-57

138 Grieb-Lohwasser S.29. Möglicherweise wurde die Aufnahme auch nicht beantragt

139 Wirceburgia-Broschüre. o. O.,o. J., S.7-8 (Privatbesitz Leo Rosenthal)

140 WGA, 10.6.1927, S.3

141 ebd.

142 Grieb-Lohwasser S.61

143 WGA, 15.7.1925, S.3

Kap. VI (Bildungswesen), S.179-183

144 Grieb-Lohwasser S.63. Im Gegensatz zur Salia hatte die Wirceburgia während der Weimarer Jahre stets eine ganze Reihe nichtjüdischer Mitglieder; pers. Mitt. Ernest S. Sears (Brief), Leo Rosenthal (Gespräch); Grieb-Lohwasser S.60-61

145 Grieb-Lohwasser S.38-41

146 Wirceburgia-Broschüre S.10-13

147 Grieb-Lohwasser S.39-41

148 Führer 1932/1933, S.557

149 K.C.-Blätter, November/Dezember 1920, S.123, zit. nach Grieb-Lohwasser S.43

150 Grieb-Lohwasser S.44. Die Nähe zwischen K.C. und C.V. zeigt sich auch daran, daß der C.V.-Vorsitzende Ludwig Holländer gleichzeitig dem K.C. vorstand; Führer 1932/1933, S.557

151 Grieb-Lohwasser S.43

152 Grieb-Lohwasser S.42-43, S.47

153 C.V.-Zeitung, 24.7.1925, S.515

154 Grieb-Lohwasser, S.20, S.55-56. Die akademische Ortsgruppe wurde vom jeweiligen Erstchargierten der Rheno-Palatia geleitet; Grieb-Lohwasser S.72

155 Jüdisches Echo, 29.7.1932, S.250

156 pers. Mitt. Anne D. Schwabacher (Gespräch)

157 ebd.

158 pers. Mitt. Otto Haas (Brief)

159 Grieb-Lohwasser S.70

160 Führer 1932/1933, S.557

161 Grieb-Lohwasser S.70

162 pers. Mitt. Walter E. Riesenfeld (Gespräch)

163 CAHJP, WR 478, S.338

164 CAHJP, WR 482 b, S.231

165 Jüdisch-akademische Blätter.Unser Weg, N.F., April 1930, S.43

166 Jüdisch-akademische Blätter..., N.F., Juni 1929, S.30

167 Jüdisch-akademische Blätter..., N.F., August 1928, S.70: zehn Alte Herren, zehn Aktive; ebd., N.F., Juni 1929, S.58: zehn Alte Herren, sechs Aktive

168 pers. Mitt. Walter E. Riesenfeld (Gespräch)

169 eine Formulierung aus einer Selbstdarstellung des B.J.A., zit. nach Grieb-Lohwasser S.70

170 Grunfeld S.71-72

171 pers. Mitt. Esther Fried (Brief)

Kap. VI (Bildungswesen), S.183-184

172 CAHJP, WR 482, S.147-148

173 CAHJP, WR 493, S.287. Im Dezember 1921 fand außerdem ein Wohltätigkeitskonzert zugunsten der Mensa im Hotel Reichshof statt; Der Israelit, 29.12.1921, S.10

174 Handbuch 1924/1925, S.225. Für die Mensa zeichnete der Vorsitzende der orthodoxen Ortsgruppe, Semi Nathansen, verantwortlich

175 CAHJP, WR 482, S.148

176 Grieb-Lohwasser S.17. Im Sommersemester 1928 waren auf Landesebene 18 % der jüdischen Studenten ausländischer Herkunft; Philippsthal S.50

177 Adler-Rudel, Ostjuden, S.11, S.99-100

178 Handbuch 1924/1925, S.242; Führer 1932/1933, S.558

179 Adler-Rudel, Ostjuden, S.100

180 Reinharz S.XXV; Der jüdische Wille, April/Mai 1919, S.2

181 Der Jüdische Student, Oktober 1919, S.285. Salo Pick, Erstchargierter der Hatikwah, war im Vorstand des Turnvereins vertreten; WGA, 20.10.1919, S.5

182 Grieb-Lohwasser S.67

183 Der Jüdische Student, April/Mai 1924, S.111; ebd., Oktober/November 1924, S.209

184 Grieb-Lohwasser S.68-69; Ulrich Becker: "Erloschene Würzburger Korporationen". In: Institut für Hochschulkunde an der Universität Würzburg (Hrsg.): 1582-1982. Studentenschaft und Korporationswesen an der Universität Würzburg. Hrsg. zur 400-Jahrfeier der Alma Julia-Maximiliana. Würzburg 1982, S.205-206. Die Verbindung Ivria gehörte dem Bund Zionistischer Korporationen (BZK) an, der sich 1919 vom KJV abgespalten hatte, bis zum Jahr 1929 bestand, sich dann aber wieder dem KJV anschloß; Reinharz S.XXV

185 Niewyk, Jews, S.178

Anmerkungen zu Kapitel VII (Sozialwesen), S.185-186

1 Thieberger S.29; Giora Lotan: "The Zentralwohlfahrtsstelle". In: YB LBI, Jg.4, 1959, S.185-187

2 CAHJP, WR 482 c, S.225

3 Unna S.8

4 Würzburger Wohnungsbuch 1921, S.691

5 Führer 1932/1933, S.301

6 Eine solche entspann sich z.B. an der Frage, ob die Chevra an althergebrachten Bräuchen festhalten dürfe, selbst wenn der Rabbiner eine andere Ansicht vertrat. Der Konflikt wurde im März 1933 beigelegt, als die Bruderschaft im "Jüdischen Wochenblatt" versprach, "künftighin sich dem jeweiligen Gutachten des Rabbinats zu beugen"; CAHJP, WR 482 d, S.32, S.154, S.175-181; Jüdisches Wochenblatt, 10.3.1933, S.153. Die Chevra hatte auch einzelne liberale Mitglieder; CAHJP, WR 482 d, S.177

7 Schema Israel ("Höre Israel"): Verse aus dem 5. Buch Moses (Deut. 6, 4-9), Zusammenfassung des jüdischen Glaubensbekenntnisses

8 Kaddisch: Lobpreisung Gottes, im Gottesdienst und von Trauernden gebetet als Bekenntnis ihres Glaubens an Gott

9 Jacob Segall: "Die Chewra Kadischa in Deutschland". In: Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden, N.F., Jg.2, 1925, S.11-12. Vgl. zu den im Trauerhaus gehaltenen Vorträgen die pers. Mitt. von Herbert A. Strauss: "1927 starb mein Bruder, und in der Woche nach der Beerdigung wurde jeden Abend in unserem Haus ein Gottesdienst abgehalten. Wenn ich heute daran zurückdenke, war das Interessanteste für mich, daß nach dem Gottesdienst eine Art von Laienpredigt gehalten wurde, die auf der Aggada, dem Erzählgut der jüdischen Religion, basierte und durch die mir die Ethik des Judentums zum erstenmal zu Bewußtsein kam: die Wichtigkeit des anständigen Benehmens, der Aufrichtigkeit, der Wahrhaftigkeit. Es war eine Art von 'lower middle class morality with a work ethics' und einem gewissen liberalen Humanismus; man zog Lehren aus der Erfahrung und versuchte, den Trauernden eine Perspektive zu geben, indem man sie auf die Notwendigkeit eines ethischen Weiterwirkens hinwies" (Gespräch)

10 StAWü, Satzung der Israelitischen Bruderschaft zu Würzburg. Genehmigt in der Mitgliederversammlung v. 7.6.1925

11 Segall S.12-13

12 Würzburger Wohnungsbuch 1921, S.691

13 StAWü, Satzung des Israelitischen Frauenvereins e.V. Würzburg nach dem Stand vom 8.2.1922, § 2

14 CAHJP, WR 1077: Mitgliederverzeichnis aus dem Jahr 1919; Führer 1932/1933, S.302

15 Im Jüdischen Frauenbund waren während der Jahre der Republik rund 50000 Frauen zusammengeschlossen; Marion Kaplan: Die jüdische Frauenbewegung in Deutschland. Organisation und Ziele des Jüdischen Frauenbundes 1904-1938. Hamburg 1981, S.129

16 Richarz, 1918-1945, S.33

Kap. VII (Sozialwesen), S.186-191

17 WGA, 12.10.1925, S.3. Beteiligt waren außerdem u.a. der Katholische Frauenbund, der Deutsch-evangelische Frauenbund, der Verein Frauenheil und die Hausfrauenorganisation Würzburg; ebd.

18 CAHJP, WR 1083: Richtlinien des Arbeitsnachweises

19 ebd.

20 CAHJP, WR 482 a, S.1

21 Führer 1932/1933, S.301; Ophir, Wiesemann S.435, S.438

22 Führer 1932/1933, S.302; Ophir, Wiesemann S.435, S.438. Das Gründungsdatum des Vereins ist nicht bekannt

23 Würzburger Wohnungsbuch 1921, S.692

24 Führer 1932/1933, S.302

25 "Jüdische Wanderfürsorge in Deutschland". In: Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden, N.F., 4.Jg., 1927, S.52

26 "Jüdische Wanderfürsorge...", S.53

27 Adler-Rudel, Ostjuden, S.137

28 "Jüdische Wanderfürsorge...", S.54

29 "Jüdische Wanderfürsorge...", S.56-57

30 An Hand einer vom Verf. für die Monate Mai bis Juli 1926 erstellten Statistik der in Würzburg betreuten Personen ergibt sich ein Anteil der Ostjuden von 50,6 %; vgl. das "Hauptbuch der isr. Wanderunterstützungskasse" für die Jahre 1925 bis 1926; CAHJP, WR 1004

31 "Jüdische Wanderfürsorge...", S.56-57

32 pers. Mitt. William G. Niederland (Gespräch)

33 CAHJP, WR 478, S.304

34 CAHJP, WR 1004, "Hauptbuch..."

35 CAHJP, WR 478, S.440; WR 482 a, S.79

36 CAHJP, WR 688: Brief des Wanderunterstützungsvereins an die Kultusgemeinde (17.1.1930)

37 Führer 1932/1933, S.302

38 Die Israelitische Kranken- und Pfründnerhaus-Stiftung. Denkschrift anläßlich des fünfzigjährigen Bestehens 1884-1934. Würzburg 1934 (Privatbesitz David Schuster); vgl. auch Alexander Philipsborn: "The Jewish Hospitals in Germany". In: YB LBI, Jg.4, 1959, S.220-234

39 Krankenhaus-Denkschrift S.7

40 Krankenhaus-Denkschrift S.9; CAHJP, WR 506

41 Krankenhaus-Denkschrift S.25. Die Bewohner des Pfründnerhauses konnten volle Verpflegung, freie Beheizung sowie allgemeine ärztliche Behandlung beanspruchen; fachärztliche Behandlung und Sonderpflege gingen dagegen zu ihren Lasten; ebd.

42 Krankenhaus-Denkschrift S.11

Kap. VII (Sozialwesen), S.191-193

43 Personenkartei (Robert Sprinz); Krankenhaus-Denkschrift S.11, S.17-18

44 CAHJP, WR 478, S.414-415

45 CAHJP, WR 478, S.275

46 CAHJP, WR 478, S.335-336

47 CAHJP, WR 493, S.56

48 CAHJP, WR 479, S.63; WR 480, S.62

49 CAHJP, WR 482 a, S.29

50 CAHJP, WR 688: Zuschußantrag der Stiftung an die Kultusverwaltung (29. 1.1930)

51 CAHJP, WR 482 c, S.144; WR 482 d, S.56. Im März 1932 war weder der für 1930 eingeplante Betrag von 5000 RM noch die für 1931 vorgesehene Summe von 1000 RM ausgezahlt; ebd.

52 CAHJP, WR 688: Zuschußantrag der Stiftung

53 Krankenhaus-Denkschrift S.13-17; CAHJP, WR 506. In dem Erweiterungsbau befindet sich heute das Altersheim der nach dem Zweiten Weltkrieg neugegründeten israelitischen Kultusgemeinde; 1970 entstanden in unmittelbarer Nachbarschaft eine Synagoge und ein Gemeindezentrum

54 Krankenhaus-Denkschrift S.25-26

55 Lotan S.198

56 damalige Schreibung auch: Bnei Briss; heutige Schreibung: B'nai B'rith; vgl. Kap. VIII

57 Josef Hirsch: "Die Krankenschwesterorganisation und ihre Wandlung". In: Berichte der Großloge für Deutschland VIII U.O.B.B. Festnummer zum Ordenstag der Großloge für Deutschland VIII U.O.B.B., Oktober 1919, S. 138

58 J. Moses: "Die jüdische Krankenschwesternfrage". In: Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik, N.F., Jg.1, 1930, S.113-114

59 Handbuch 1924/1925, S.201

60 Moses S.114-115

61 Moses S.116

62 ebd.

63 Hirsch S.138

64 Handbuch 1924/1925, S.200-201. 1924 bestanden im Reich noch 17 Schwesternheime, von denen nur noch sechs dem U.O.B.B. angegliedert waren; ebd.

65 CAHJP, WR 482, S.261

66 CAHJP, WR 478, S.124-125, S.249; WR 479, S.63

67 CAHJP, WR 482 c, S.34. In den Jahren 1928 und 1929 trug die Gemeinde durch die Zahlung von insgesamt 3500 RM zum Abbau des Defizits des Schwesternheims bei; CAHJP, WR 482, S.159-161; WR 482 a, S.30

Kap. VII (Sozialwesen), S.194-195

68 Führer 1932/1933, S.490. Die Räume des Kindergartens, der 25 Kindern Platz bot, befanden sich zunächst in der Bronnbachergasse 1; 1929 zog der Hort in die Rüdigerstraße 2 um; Handbuch 1924/1925, S.224; Führer 1932/1933, S.302

69 CAHJP, WR 481, S.25

70 CAHJP, WR 478, S.310; WR 481, S.24-26. Es handelte sich um den Verein israelitischer Kinderhort e.V.

71 pers. Mitt. Paul Niederland (Gespräch), Joel Golomb (Brief)

72 pers. Mitt. Margaret Rosenthal (Brief)

73 pers. Mitt. Miriam Muenster (Brief)

74 Das Kinderhaus war keine jüdische Einrichtung, wurde jedoch von Lotte Haas, der Tochter des Gemeindevorsitzenden, geleitet. Die geprüfte Montessori-Kindergärtnerin eröffnete die Einrichtung 25jährig im Jahr 1929; für die drei- bis sechsjährigen Besucher stand die Schulung der Sinnestätigkeit und die Entfaltung der Persönlichkeit ohne autoritären Einfluß von Erwachsenen im Mittelpunkt; der WGA stellte das Haus in mehreren ausführlichen Artikeln vor (u.a.: "Ein Montessori-Kinderhaus in Würzburg". In: WGA, 6.4.1929, S.4; "Ein Morgen im Würzburger Montessori-Kinderhaus". In: WGA, 13.11.1929, S.3) und druckte 1931 einen Aufsatz der Leiterin ab (Lotte Haas: "Der Begriff der Freiheit in der Montessori-Erziehung". In: WGA, 3.1.1931, S.3)

75 pers. Mitt. Anne D. Schwabacher (Gespräch)

76 Ophir, Wiesemann S.262. 1927 bestand außerdem ein jüdisches Landheim für Jugendliche und Kinder in Wolfratshausen; BIG, 15.4.1927, S.124

77 pers. Mitt. Paul Niederland (Gespräch)

78 Mizwa (Mz. Mizwot): Gottesgebot und Gebotserfüllung

79 Thieberger S.31, S.87; CAHJP, WR 546: Bekanntmachung der Synagogenkommission bezüglich des Mizwotverkaufs aus dem Jahr 1923. Aufrufe zur Thoravorlesung sowie zu den anderen Ehrenverrichtungen erfolgten am Schabbat und am Feiertag nach der Reihenfolge der alphabetischen Gemeindemitgliederliste; CAHJP, WR 480, S.158

80 StAWü, Statuten von 1904

81 CAHJP, WR 478, S.62

82 CAHJP, WR 902: Stiftungsbrief (6.3.1919); WR 478, S.175. Dessauer, der ehemalige Vorsitzende der Kultusgemeinde Heidingsfeld, zog im August 1919 nach Würzburg, wo er im September 1932 starb; Personenkartei (Josef Dessauer); Jüdisches Wochenblatt, 30.9.1932, S.381

83 CAHJP, WR 478, S.190

84 CAHJP, WR 493, S.302; WR 908; WR 975: Vorbericht vom 15.5.1931. Als am 20.2.1918 der bayerische König Ludwig III. und seine Frau das Fest der goldenen Hochzeit begingen, stiftete der Schuhgroßhändler Hermann Buxbaum einen "Goldenen Jubiläumsfonds", aus dessen Mitteln Gemeindearme unterstützt wurden, wobei man bei Aushändigung der Geldbeträge ausdrücklich darauf hinwies, "daß die Gabe zu Ehren der goldenen Hochzeit des Königspaares" erfolgte; CAHJP, WR 478, S.46-49, S.62-63

Kap. VII (Sozialwesen), S.195-199

85 Mazza (Mz. Mazzot): ungesäuertes Brot, das zur Erinnerung an die Befreiung aus ägyptischer Knechtschaft während des einwöchigen Pessachfestes gegessen wird

86 Personenkartei. Der erhöhte ostjüdische Anteil ist in diesem Fall durch deren durchschnittlich wesentlich größere Kinderzahl bedingt

87 Personenkartei

88 Personenkartei (Moses Sachsenhaus, Rosa Sachsenhaus); CAHJP, WR 1031

89 so der Vermerk auf dem Meldebogen; StAWü

90 Personenkartei (Abraham Michel, Mina Michel, Jakob Michel, Josef Michel); CAHJP, WR 478, S.127-128, S.133. Mina M. wurde am 27.11.1941 in den Osten deportiert; Josef M. starb 1928 in Kassel; Jakob M. emigrierte 1933 nach Palästina

91 Personenkartei (Helena Oppenheimer)

92 CAHJP, WR 478, S.113-114, S.150, S.161

93 Ruppin, Bd.2, S.56

94 Niewyk, Impact, S.22

95 Solche Fälle scheinen in Würzburg nicht vorgekommen zu sein; es kann auch angenommen werden, daß die antisemitische Propaganda des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes bzw. der NSDAP entsprechende Beispiele groß herausgestellt hätte; dies geschah jedoch in den erhaltenen rechtsradikalen Schriften nicht ein einziges Mal

96 Richarz, 1918-1945, S.24-25; Niewyk, Impact, S.23

97 vgl. zu Zahnarzt Max Frank die pers. Mitt. von Leo Rosenthal: "Mein Schwiegervater hatte eine gutgehende Praxis. Ich erlebte mit, wie Patienten in Konkurs gingen; obwohl Ärzte als erste Anspruch auf die Konkursmasse hatten, ließ er sich überreden, stattdessen Kohlen anzunehmen. Als ich in den Keller kam, war er voll mit Kohlen und Wein. Aber als mein Schwiegervater krank wurde, gab es Schwierigkeiten mit dem Geld." (Gespräch)

98 Der jüdische Anteil an der Gruppe der über 65jährigen war um ein Drittel größer als derjenige der Gesamtbevölkerung; Niewyk, Impact, S.23

99 Heiber S.98

100 zur Situation der Kleinrentner in Würzburg vgl. Rockenmaier, Das Dritte Reich, S.22-25

101 Personenkartei (Jettchen Schlenker); zur Höhe von Vermögen und Rente vgl. BSAWü, Gestapostelle 12458 (Akt Jettchen Schlenker). Jettchen Sch. wurde am 10.9.1942 nach Theresienstadt deportiert

102 Personenkartei (Adolf Lippmann)

103 Personenkartei. Nur zwei Personen waren von der Umlagezahlung befreit, für die übrigen ist keine Angabe möglich

104 Personenkartei

105 Quantifizierende Untersuchungen über diesen Prozeß fehlen noch weitge-

Kap. VII (Sozialwesen), S.199-201

hend; in der jüdischen Gemeinde Berlin führte die Inflation dazu, daß zwischen 1912 und 1924 der Anteil der Personen mit einem Jahreseinkommen von 12000 RM und mehr von fast 5 auf knapp 2 % zurückging; gleichzeitig stieg der Anteil derer, die weniger als 1200 RM verdienten, von 73,3 auf 83,6 % an; Niewyk, Impact, S.24

106 Niewyk, Impact, S.24

107 Der Wohlfahrtszentrale waren folgende Vereine angeschlossen: Chevra Kadischa, Frauenverein, Wanderunterstützungsverein, Ez Chaim, Ohawe-Emeth-Verein und Hilfsverein; später kam der 1927 geschaffene ostjüdische Darlehensverein "G'milus chesed" hinzu. Als Vorsitzender der Zentrale fungierte zu Beginn der dreißiger Jahre Rabbiner Hanover; Ophir, Wiesemann S.438; Führer 1932/1933, S.301

108 CAHJP, WR 478, S.484

109 CAHJP, WR 482 a, S.128

110 CAHJP, WR 688: Finanzbericht der Wohlfahrtszentrale für 1929. Weitere Zuschüsse leisteten der jüdische Geselligkeitsverein Casino und der U.O.B.B.

111 Jüdisches Wochenblatt, 9.9.1932, S.362

112 Führer 1932/1933, S.302

113 CAHJP, WR 482, S.241

114 CAHJP, WR 1023: Brief des "Joint" an die Kultusverwaltung (6.4.1921)

115 CAHJP, WR 493, S.272

116 Niewyk, Impact, S.25

117 CAHJP, WR 480, S.22

118 CAHJP, WR 482 c, S.33-33a; Niewyk, Impact, S.25

119 CAHJP, WR 928

120 CAHJP, WR 935

121 Führer 1932/1933, S.302. Karl Sichel wurde 1876 in Veitshöchheim geboren. Seit 1899 betrieb er in Würzburg die Wäschefabrik und Textilgroßhandlung Gebrüder Sichel; in der Frankenloge des U.O.B.B. leitete er den sozialen Ausschuß. Nach 1933 war er auch für das jüdische Winterhilfswerk der Bezirksrabbinate Würzburg und Kitzingen zuständig; S. wurde am 23.9.1942 nach Theresienstadt deportiert; Personenkartei (Karl Sichel); Ophir, Wiesemann S.442

122 CAHJP, WR 480, S.22-23; WR 482, S.240-241; WR 902: Stiftungsurkunde der Karl und Fanny Sichel'schen Stiftung (7.5.1926)

123 CAHJP, WR 482 a, S.127

124 CAHJP, WR 482, S.241

125 CAHJP, WR 688: Finanzbericht der Wohlfahrtszentrale für 1929

126 CAHJP, WR 482, S.260-261

127 CAHJP, WR 481, S.93; WR 482, S.149, S.173-175. Die ostjüdische Dar-

lehenskasse brach während des Jahres 1932 zusammen, da die ihr zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichten; CAHJP, WR 482 d, S.164

128 Hermann Rosenthal, geb. 1868 in der Nähe von Neustadt an der Saale, arbeitete seit 1889 als Reisender der Würzburger Textilwarenhandlung Ignaz Rosenthal, die er 1908 übernahm; während des Weltkriegs wurde ihm der Titel Kommerzienrat verliehen. R. wirkte auch im Vorstand des städtischen Wohlfahrtsamts mit; er starb am 9.2.1930 in Würzburg. Seine Frau Elfriede, die 1933 nach Leipzig verzog, stand lange Zeit dem Kindergarten-Trägerverein vor; Personenkartei (Hermann Rosenthal, Elfriede Rosenthal); WGA, 12.2.1930, S.3; Bayer. Hauptstaatsarchiv München, MWi 4738 (Akt Hermann Rosenthal)

129 CAHJP, WR 482 a, S.74, S.126-131

130 CAHJP, WR 482 a, S.129

131 CAHJP, WR 482 a, S.130-131

132 CAHJP, WR 482 b, S.31

133 CAHJP, WR 482 c, S.143

134 WGA, 27.10.1931, S.3. Träger der Notstandsküche waren die Mittelstandshilfe und die Verwaltung der Kranken- und Pfründnerhausstiftung; ebd.

135 Krankenhaus-Denkschrift S.18

136 Jüdisches Wochenblatt, 7.10.1932, S.189. Im September 1932 wandte sich die Mittelstandsfürsorge anläßlich des zehnten Jahrestages ihrer Gründung mit einem Spendenaufruf an die Gemeindemitglieder: "Wir haben bei Ihnen teilnehmendes Fühlen und tatkräftige Unterstützung gefunden, so daß es unserer Mittelstandshilfe möglich war, im Laufe dieser 10 Jahre 148 Familien vor großer Not zu bewahren und ihnen die bange Sorge für Heizung und Nahrung für die Winterzeit teilweise abzunehmen. Über 15000 Zentner Brennmaterial und 3000 Zentner Lebensmittel wurden im Laufe dieser 10 Jahre durch uns ausgegeben. [...] Doch noch nicht beendet und abgeschlossen ist unsere Arbeit! Nach 10 Jahren Tätigkeit unserer Hilfe steht abermals ein schwerer, sorgenvoller Winter vor der Türe! Dringender als je tut Hilfe not!" Jüdisches Wochenblatt, 9.9.1932, S.362. Im Winter 1932/33 mußte auch die Notstandsküche im Krankenhaus wieder eingerichtet werden; Jüdisches Wochenblatt, 7.10.1932, S.389

137 Richarz, 1918-1945, S.25

138 CAHJP, WR 482 e, S.17

139 pers. Mitt. Hans Rush (Brief)

140 pers. Mitt. Kurt Frank (Brief)

141 pers. Mitt. Kurt S. Adler (Brief). Allerdings arbeiteten in vielen jüdischen Firmen die Ehefrauen und Kinder der Inhaber als Prokuristen und Abteilungsleiter, zum Teil auch als Verkäufer und Reisende

142 CAHJP, WR 482 e, S.19

143 BIG, 8.3.1927, S.81

144 Jüdisches Wochenblatt, 27.1.1933, S.119

Kap. VII (Sozialwesen), S.204-206

145 WGA, 9.7.1923, S.6

146 WGA, 31.10.1923, S.3

147 StAWü, Stadtratsprotokolle 1921, Bd.I, Nr.372, S.385. Isidor Schwabacher, geb. 1851 in Würzburg als zwölftes Kind eines Gutsbesitzers, betrieb mehrere Jahrzehnte lang eine Weinhandlung; er starb 1921 in Würzburg; Personenkartei (Isidor Schwabacher)

148 CAHJP, WR 478, S.305

149 CAHJP, WR 482 c, S.226

150 BSAWü, Gestapostelle 11141 (Akt Karl Rosenthal): Protokoll einer C.V.-Veranstaltung am 22.1.1923 im "Alhambra"-Saal

151 WGA, 1.12.1923, S.3

152 WGA, 31.7.1923, S.3

153 WGA, 27.12.1921, S.2; Fr. Volksfreund, 23.12.1925, o. S.

154 Bayer. Hauptstaatsarchiv München, MWi 3419 (Akt Alfred Braunschweiger)

155 Bayer. Hauptstaatsarchiv München, MWi 4045 (Akt Julius Kahn). K., geb. 1871 in Würzburg, starb am 4.2.1940 in Würzburg; Personenkartei (Julius Kahn)

156 Bayer. Hauptstaatsarchiv München, MWi 5191 (Akt Max Stern). Löfflers Bedenken gegen den Weingroßhändler Max Stern erwiesen sich später als unbegründet

Anmerkungen zu Kapitel VIII (Gesellschaftliche Integration), S.207-211

1 vgl. das bezeichnende, von Gershom Scholem angeführte Beispiel; Gershom Scholem: "Zur Sozialpsychologie der Juden in Deutschland, 1900-1930". In: Rudolf von Thadden (Hrsg.): Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen. Göttingen 1978, S.265

2 Richarz, 1918-1945, S.27

3 pers. Mitt. Albert Schwabacher (Gespräch); Personenkartei (Amson Schwabacher, Adolf Schwabacher); Amson Sch. starb 1875, Adolf Sch. 1924 in Würzburg

4 pers. Mitt. Albert Schwabacher (Gespräch); Wilhelm Sch. starb am 12.1. 1942 in Würzburg; Personenkartei (Wilhelm Schwabacher)

5 pers. Mitt. Anne D. Schwabacher

6 ebd.

7 pers. Mitt. John McIntyre (Brief)

8 pers. Mitt. Albert Schwabacher (Gespräch)

9 Scholem S.264-265

10 Scholem S.266

11 pers. Mitt. Miriam Muenster (Brief)

12 pers. Mitt. Alice Meyer (Brief)

13 pers. Mitt. Kurt Silberthau (Brief)

14 pers. Mitt. Betty Schulz-Behrend (Brief).Die Familie gehörte allerdings keinem nichtjüdischen Verein an; ebd.

15 Richarz, 1918-1945, S.27

16 pers. Mitt. Simon Nathansen (Brief)

17 pers. Mitt. Margaret Rosenthal (Brief)

18 pers. Mitt. Margaret Rosenthal (Gespräch)

19 Richarz, 1918-1945, S.27. Vgl. die pers. Mitt. von Ursula Erlbaum über ihren Vater Fritz Cohn, den Inhaber einer Silberschmelz- und Scheideanstalt, der dem Kleinbürgertum angehörte: "Mein Vater verkehrte viel in christlichen Kreisen, unter anderem mit einem Augenarzt und dem Inhaber eines Rauchwarengeschäfts." (Brief)

20 Richarz, 1918-1945, S.27

21 pers. Mitt. Simon Nathansen (Brief), Betty Schulz-Behrend (Brief), John McIntyre (Brief), Ursula Erlbaum (Brief)

22 pers. Mitt. Joel Golomb (Brief)

23 Richarz, 1918-1945, S.28; vgl. Steven M. Lowenstein: "Jewish Residential Concentration in Post-Emancipation Germany". In: YB LBI, Jg.28, 1983, S.471-495

24 Würzburger Wohnungsbuch 1933, S.IX

25 pers. Mitt. Herbert A. Strauss (Gespräch)

26 Jüdisches Echo, 24.5.1928, S.325

Kap. VIII (Gesellschaftliche Integration), S.211-214

27 pers. Mitt. William G. Niederland (Gespräch)

28 pers. Mitt. anon. (Brief)

29 vgl. die pers. Mitt. von Margaret Rosenthal: "Die Orthodoxen haben auf uns heruntergeschaut, weil wir ihre religiöse Praxis nicht mitmachten. Als Freundeskreis sind die Liberalen mehr bei den Liberalen und die Orthodoxen mehr bei den Orthodoxen geblieben." (Gespräch)

30 Cahnmann S.37

31 pers. Mitt. Ilse Nir (Brief); Personenkartei (Isidor Stein)

32 Personenkartei (Max Ruschkewitz)

33 Personenkartei (Karl Laubheimer); WGA, 10.8.1927, S.3

34 pers. Mitt. Ursula Erlbaum (Brief); WGA, 10.8.1927, S.3

35 WGA, 19.7.1922, S.6; 18.6.1928, S.3

36 WGA, 19.7.1922, S.6

37 WGA, 24.12.1932, S.3 (über Rechtsanwalt Sigmund Silbermann); Personenkartei (Georg Stern)

38 pers. Mitt. Albert Schwabacher (Gespräch)

39 pers. Mitt. Curt C. Silberman (Gespräch)

40 pers. Mitt. Werner Blade (Brief)

41 Personenkartei (Rudolf Groß)

42 pers. Mitt. Ilse Nir (Brief), Ursula Erlbaum (Brief), Erna Lehnhardt (Brief)

43 pers. Mitt. Kurt Freudenthal (Brief). Zum Programm der Skiabteilung gehörten Diaschauen und Vorträge, die zum Teil der jüdische Schriftführer Alfred Haas organisierte. Als im Dezember 1929 eine Weihnachtsfeier ausgerichtet wurde, übernahm die Vorbereitungsarbeit Max Ruschkewitz; pers. Mitt. Alfred Haas (Brief); WGA, 21.12.1929, S.4

44 pers. Mitt. Otto Haas (Brief). Hersch verzog im August 1935 nach Aschaffenburg; Personenkartei (Walter Hersch)

45 Rainer Adam (Hrsg.): 1907-1982. 75 Jahre FC Würzburger Kickers. Würzburg 1982, S.13; vgl. auch S.19-24. Günzburger wurde 1882 in Emmendingen geboren; Personenkartei (Alfred Günzburger)

46 Adam S.25; Personenkartei (Ludwig Oppenheimer, Max Emanuel Oppenheimer). Ludwig O., geb. 1892 in Würzburg als Sohn eines Zigarettenfabrikanten, emigrierte 1935 in die USA. Max Emanuel O., geb. 1898 in Würzburg, übernahm die Firma seines Vaters und arbeitete seit 1930 als Reisender. Er wanderte ebenfalls 1935 in die USA aus

47 Adam S.25; Personenkartei (Leo Weisz). W., geb. 1901 als Sohn eines Handelsagenten,kam im April 1930 nach Würzburg und verzog ein Jahr später nach München

48 pers. Mitt. Alfred Haas (Brief)

49 pers. Mitt. Alfred Haas (Brief), John McIntyre (Brief), Hans Rush (Brief)

Kap. VIII (Gesellschaftliche Integration), S.214-215

50 Würzburger Wohnungsbuch 1921, S.702; Würzburger Wohnungsbuch 1925, Abt.III, S.33

51 pers. Mitt. Kurt S. Adler (Brief)

52 pers. Mitt. Kurt Freudenthal (Brief); Würzburger Wohnungsbuch 1928, Abt.III, S.36. Im Vorstand waren die beiden Bankbesitzer Paul und Fritz Herrmann; ebd.

53 Jüdische Turn- und Sportzeitung, Jg.20, H.8, 1919, S.44; Jg.21, H.4, 1920, S.34

54 WGA, 12.1.1920, S.6

55 Der Kegelclub Dreißiger entstand 1930. Die neun bekannten Mitglieder gehörten ausschließlich dem mittleren und gehobenen Bürgertum sowie der Oberschicht an. Das Gründungsdatum des Kegelclubs "Lustig" ist unbekannt; die Mitglieder trafen sich jeden Dienstagabend; Personenkartei; pers. Mitt. Erna Niedermann (Brief); Jüdisches Wochenblatt, 27.1.1933, S.119. Nach Kaufmann S.58 existierten an der Israelitischen Lehrerbildungsanstalt zwei jüdische Sportvereine ("Bar Kochba" und "Schild"), denen im Frühjahr 1933 verboten wurde, städtische Anlagen zu verwenden. Ob der "Makkabi"-Sportclub bereits vor 1933 hervortrat, ist nicht festzustellen; größere Bedeutung erlangte er auf jeden Fall erst nach der nationalsozialistischen Machtübernahme; pers. Mitt. Curt C. Silberman (Gespräch)

56 Der Schild, 4.1.1926, S.5

57 Der Schild, 22.5.1926, S.166

58 CAHJP, WR 1091. Das Aufnahmeformular nennt Turnen, Leichtathletik, Fußball, Handball, Faustball, Hockey, Boxen, Jiu-Jitsu, Schwimmen, Wasserfahren und Skifahren; ebd. 1926 delegierten die fünf Würzburger Fußballvereine den R.j.F.-Vorsitzenden, Rechtsanwalt David Schloß, als Vertreter des Fußballsports in das neugegründete Stadtamt für Leibesübungen; Der Schild, 15.3.1926, S.85. Im Juli 1926 gewann das R.j.F.-Mitglied Max Wolff mit einer von ihm geleiteten 20-Mann-Staffel des Fußballclubs Kickers einen Staffellauf "Rund um Würzburg". Wolff fungierte auch als Leiter und Trainer der R.j.F.-Leichtathletikabteilung. Der 1890 in Zell a.M. geborene Buchdruckereibesitzer emigrierte 1936 nach Italien; Der Schild, 19.7.1926, S.230; Personenkartei (Max Wolff)

59 CAHJP, WR 481, S.37; WR 482 c, S.144

60 Würzburger Wohnungsbuch 1932, S.430. Nürnberg wurde 1889 als Sohn eines Kaufmanns in Lissa (Posen) geboren. Er kam 1919 nach Würzburg und eröffnete eine Praxis als praktischer Arzt. Im Mai 1933 emigrierte er nach Palästina; Personenkartei (Siegbert Nürnberg)

61 Personenkartei (Willi Schlenker)

62 WGA, 23.2.1931, S.4; Personenkartei (Oskar Laredo); pers. Mitt. Otto Haas (Brief)

63 Würzburger Wohnungsbuch 1925, Abt.III, S.31. Kimpel wurde 1873 bei Germersheim (Pfalz) als Sohn eines Handlungsreisenden geboren. Er kam gegen 1895 nach Würzburg, wo er eine Weinhandlung gründete; zeitweise lebte er in Lippe. K. starb 1937 in Würzburg; Personenkartei (Albert Kimpel). Ein weiteres jüdisches Mitglied der Gesellschaft für Literatur und

Kap. VIII (Gesellschaftliche Integration), S.215-218

Bühnenkunst war der Mathematikprofessor Emil Hilb; Personenkartei (Emil Hilb)

64 Jüdisches Wochenblatt, 3.3.1933, S.143

65 Personenkartei (Hermann Reiß); WGA, 8.2.1930, S.3; Bayer. Hauptstaatsarchiv München; MWi 5191 (Akt Max Stern)

66 WGA, 20.12.1929, S.18; WGA, 10.1.1931, S.3

67 WGA, 24.9.1930, S.3

68 Würzburger Wohnungsbuch 1921, S.696

69 pers. Mitt. Curt C. Silberman (Gespräch)

70 Würzburger Wohnungsbuch 1932, S.432

71 "Jüdische Legenden von Perez". In: WGA, 4.11.1921, S.5; "Ein Kapitel aus der Kabbalah". In: ebd.

72 WGA, 4.10.1930, S.3

73 WGA, 9.10.1925, S.4

74 WGA, 5.3.1926, S.6

75 WGA, 4.10.1930, S.3. Baeck sprach am 21.10.1930 zum Thema "Der Sinn des 19. Jahrhunderts für unser europäisches Judentum"; ebd.

76 WGA, 11.10.1927, S.3. Buber sprach am 3.11.1927 zum Thema "Zwischen Mose und Samuel"; ebd.

77 WGA, 26.11.1925, S.3. Im Februar 1927 sprach Bab in Würzburg über "Hiob und Faust", im Dezember des gleichen Jahres über "Die Wiedergeburt des altbiblischen Motivs im jüngsten deutschen Drama"; WGA, 30.9.1926, S.4; WGA, 11.10.1927, S.3

78 Fr. Volksblatt, 26.2.1930, S.3-4

79 WGA, 18.3.1929, S.3. Auch den Bericht über diese Veranstaltung verfaßte Theo Kaufmann persönlich. Den 1922 erschienenen Roman "Brüderlichkeit", in dem Bloem das Schicksal eines jüdischen Mitglieds einer deutschen Burschenschaft schilderte, charakterisiert George L. Mosse folgendermaßen: "Der Held, ein gerader, aufrichtiger Mensch, ein hervorragender Deutscher und guter Korpsstudent, ist Verfolgungen ausgesetzt, die schließlich zu einem Duell und zu seinem Tode führen. Die Lehre, die aus dem Roman gezogen werden soll, ist klar: Ein Jude, der bereit ist, sich völlig zu assimilieren (der Held war getauft), kann ein guter Deutscher werden und sollte als solcher anerkannt werden. In dem ganzen Buch werden zwar völkische Ideale gepriesen, jedoch wird ihr Mißbrauch, wenn er sich gegen Juden wie den Helden des Romans richtet, verurteilt.Zwischen solchen Juden und dem 'galizischen Auswurf', den Ostjuden, bestehe eine unüberbrückbare Kluft. Typischerweise werden auch in diesem Roman Juden als von Deutschen wesensverschieden angesehen, jedoch kann für einige Auserwählte diese Verschiedenheit durch Umerziehung aus der Welt geschafft werden." G. L. Mosse, Deutsche Rechte, S.233-234

80 pers. Mitt. Alfred Haas (Brief)

81 Main-Post, 8.12.1982, S.16; vgl. auch Main-Post, 16.2.1984, S.19

Kap. VIII (Gesellschaftliche Integration), S.218-219

82 StAWü, Statuten des unter dem Namen Harmonie zu Würzburg bestehenden Vereins (e.V.). Würzburg 1903, S.5-6. Immerhin scheint in der Harmonie ein gewisses Interesse für innerjüdische Entwicklungen geherrscht zu haben. Die Gesellschaft besaß eine Erstausgabe von Theodor Herzls Buch "Der Judenstaat" aus dem Jahr 1896, die heute zum Bestand der Universitätsbibliothek Würzburg gehört (Sign.: L.jud.o.477)

83 WGA, 5.2.1932, S.3. Das Würzburger Wohnungsbuch 1921, S.704, nennt als Gründungsjahr 1836. Nach 1918 verwendete das Casino das gesamte Vereinsvermögen für wohltätige Stiftungen; alljährlich wurde ein Teil der Einnahmen an die Wohlfahrtszentrale der israelitischen Kultusgemeinde abgeführt. Außerdem wurden Wohltätigkeitsveranstaltungen durchgeführt, zum Beispiel im März 1923 zugunsten der Ruhrhilfe; WGA, 28. 12.1926, S.3; WGA, 24.2.1923, S.6

84 WGA, 30.9.1925, S.7; WGA, 15.10.1921, S.7

85 vgl. die pers. Mitt. von Anne D. Schwabacher: "Das 'Casino' hatte sehr elegante Bälle, zum Beispiel am Rosenmontag. Es war rein jüdisch, aber die anderen kamen gerne. Sie haben sich immer darum gestritten, daß sie eingeladen werden. Wenn 'Casino'-Ball war, dann kamen sie von weit und breit, ganz Würzburg stand dann Kopf. Es war ein Ereignis." (Gespräch)

86 WGA, 27.5.1921, S.5

87 pers. Mitt. Curt C. Silberman (Gespräch), Anne D. Schwabacher (Gespräch). "Ballotage": geheime Abstimmung über die Zulassung eines neuen Mitglieds durch Ablage einer weißen oder schwarzen Kugel in einem Kasten. Das gleiche System wurde bei der Harmonie angewandt.

88 WGA, 7.10.1931, S.3

89 Personenkartei

90 BSAWü, Gestapostelle 11141 (Akt Karl Rosenthal): Protokoll des Verhörs vom 24.8.1936, S.2. In einem 1935 erschienenen antifreimaurerischen Buch (Friedrich Hasselbacher: Hoch- und Landesverrat der Freidlogen im Weltkriege. Hrsg. vom Institut zur Erforschung der Freimaurerei. Magdeburg 1935, S.25; im Gestapo-Akt Rosenthal) wird aus einer Rede zitiert, die Rosenthal am 1.1.1915 in Lüttich vor Mitgliedern verschiedener Logen, die den deutschen Besatzungstruppen angehörten, hielt. Bei dieser Gelegenheit erklärte er: "Freimaurerei und Weltkrieg widersprechen einander ihrem innersten Wesen nach." Rosenthal kritisierte, daß der Krieg, den er "organisierte/n/ Mord aus Selbsterhaltung" nannte, die freimaurerischen Ziele in den Hintergrund dränge und "statt der Verbrüderung die Vernichtung" praktiziert werde. Dennoch ließ der Redner keinen Zweifel daran, daß Freimaurer "in der Zeit des Konfliktes /.../ in erster Linie Deutsche und dann erst Freimaurer" seien, wenn auch "die Bekämpfung aller die Menschen trennenden Vorurteile" weiterhin Ziel der Freimaurer bleibe. Obwohl die Rede nur in tendenziösen Auszügen abgedruckt wurde, dürfte in ihr der Kern des von Rosenthal vertretenen Gedankengutes zum Ausdruck kommen. Während des Gestapoverhörs vom 24.8.1936 sah er keinen Grund, sich von seinen Äußerungen zu distanzieren, wohl aber von deren Auslegung durch den Bearbeiter der Propagandaschrift. Die Gestapo hatte 1933 umfangreiches

Kap. VIII (Gesellschaftliche Integration), S.219-222

Aktenmaterial über die Arbeit der Würzburger Loge in Rosenthals Wohnung beschlagnahmt, in dem sich jedoch keinerlei Hinweise auf eine etwaige umstürzlerische Tätigkeit der Würzburger Freimaurer fanden. Vgl. zur nationalsozialistischen Einstellung zur Freimaurerei Johannes Rogalla von Bieberstein: Die These von der Verschwörung 1776-1945. Philosophen, Freimaurer, Juden, Liberale und Sozialisten als Verschwörer gegen die Sozialordnung. Frankfurt a.M., Bern, Las Vegas 1978 (2. Aufl.) Seine konsequente pazifistische Einstellung dokumentierte Karl Rosenthal auch durch seine Mitgliedschaft in der Ortsgruppe Würzburg der Deutschen Friedensgesellschaft; außerdem arbeitete in der Gruppe der jüdische Zigarrenfabrikant Jacques Mayer mit; Personenkartei (Karl Rosenthal); WGA, 21.12.1920, S.3

91 Alfred Goldschmidt: "Der Orden Bnei Briss in Deutschland (U.O.B.B.)". In: Das deutsche Judentum..., S.47. "Bnei Briss", "Bne Briss" bzw. "B'nai B'rith": Söhne des Bundes

92 ebd. Die ersten jüdischen Logen waren 1843 in den USA entstanden. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bestanden unter anderem in den USA und Kanada über 300 Logen, im Deutschen Reich 80, in Österreich-Ungarn 14, in Rumänien 13, in Palästina und Syrien sechs sowie in England und in der Schweiz je zwei U.O.B.B.-Logen; ebd.

93 Goldschmidt S.48. Zu den jüdischen Abwehrorganisationen vgl. Kap. IX

94 Würzburger Wohnungsbuch 1921, S.691

95 1920 stand der Loge beispielsweise der liberale Rechtsanwalt Richard Müller vor, 1931 Rabbiner Hanover; Würzburger Wohnungsbuch 1921, S.691; Würzburger Wohnungsbuch 1932, S.430

96 Der Orden Bne Briss. Mitteilungen der Großloge für Deutschland VIII U.O.B.B., Februar 1928, Beilage, S.6

97 pers. Mitt. Albert Schwabacher (Gespräch). Es dürfte sich um die in Kap. I, Fußnote 4, erwähnte Arbeit von Markus Bohrer handeln

98 pers. Mitt. Anne D. Schwabacher (Gespräch)

99 pers. Mitt. Kurt Frank (Brief)

100 pers. Mitt. Anne D. Schwabacher (Gespräch)

101 Personenkartei. Anteil der Selbständigen im "Club 1912": 100 %, in der Frankenloge: 91 %; ebd.

102 BSAWü, Gestapostelle 10281 (Akt Julius Reiß). In München existierte ein sehr ähnlich gearteter "Insel-Klub", dem etwa 20 bis 30 Mitglieder angehörten, darunter nur ein Nichtjude. "Herren von Affluenz aus dem Geschäftsleben und dem Anwaltsstand" trafen sich wöchentlich zum Spielen mit hohen Einsätzen und zu gemeinsamen Mahlzeiten. "Die Auswahl der Mitglieder war auf den Ton der gesellschaftlichen Respektabilität eingerichtet, wodurch z.B. Geschäftsinhaber, die ihre Kunden über den Ladentisch bedienten, ausgeschlossen blieben." Cahnmann S.37

103 Hermann Meier-Cronemeyer: "Jüdische Jugendbewegung. Erster Teil". In: Germania Judaica, N.F., H.1/2, 1969, S.57

104 Werner Kindt (Hrsg.): Die deutsche Jugendbewegung 1920 bis 1933. Bd. III: Die bündische Zeit. Düsseldorf, Köln 1974, S.15-16

Kap. VIII (Gesellschaftliche Integration), S.222-226

105 Louise Fisch: Die deutsche Jugendbewegung. Jena 1939, S.65, zit. bei Walter Laqueur: Die deutsche Jugendbewegung. Eine historische Studie. Köln 1962, S.99

106 Laqueur, Jugendbewegung, S.94

107 pers. Mitt. Albert Schwabacher (Gespräch); Personenkartei (Hans Straus)

108 pers. Mitt. William G. Niederland (Gespräch)

109 Walter Laqueur: "The German Youth Movement and the 'Jewish Question'. A Preliminary Survey". In: YB LBI, Jg.6, 1961, S.197

110 Laqueur, Youth Movement, S.200-201

111 Harry Pross: Jugend - Eros - Politik. Die Geschichte der deutschen Jugendverbände. Bern, München, Wien 1964, S.212, S.482

112 Boveri S.98-99. Vgl. die pers. Mitt. von Otto Manasse: "Was Margret Boveri über meine Schwestern schreibt, ist mit unbekannt, wird aber wahrscheinlich korrekt sein." (Brief)

113 pers. Mitt. William G. Niederland (Gespräch), Alfred Haas (Brief)

114 WGA, 5.12.1929, S.3. Vgl. zu Wehrkraftverein und Jungbayern Roland Flade: 'Es kann sein, daß wir eine Diktatur brauchen'. Rechtsradikalismus und Demokratiefeindschaft in der Weimarer Republik am Beispiel Würzburg. Würzburg 1983, S.79

115 Blau-Weiß-Blätter, H.IV, 1917, S.166

116 Blau-Weiß-Blätter, H.III, 1918, S.55 (nach Meier-Cronemeyer S.38)

117 Chanoch Rinott: "Major Trends in Jewish Youth Movements in Germany". In: YB LBI, Jg.19, 1974, S.79-82

118 Rinott S.83

119 Meier-Cronemeyer S.38

120 Blätter, hrsg. von dem Gruppenverband der Agudas Jisroel und der Agudas-Jisroel-Jugend-Organisation, Bund gesetzestreuer jüdischer Jugendvereine, Bl.2, 1918, S.14

121 CAHJP, P 40/291, Archiv Rabbiner Dr. Posner, Druckschriften, Deutschland. Den Hinweis auf die undatierte Schrift, die sich im Nachlaß des Kieler Rabbiners Posner befindet, verdanke ich Dietrich Hauschildt

122 "Der Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands". In: Das deutsche Judentum..., S.72

123 Meier-Cronemeyer S.17; Herbert A. Strauss: "The Jugendverband. A Social and Intellectual History". In: YB LBI, Jg.6, 1961, S.216-217

124 Strauss, Jugendverband, S.206

125 Hans Tramer: "Jüdischer Wanderbund Blau-Weiß. Ein Beitrag zu seiner äußeren Geschichte". In: Bulletin des Leo-Baeck-Instituts, Jg.5, 1962, S.31

126 Jüdische Jugendblätter, H.2, 1920, S.24

127 pers. Mitt. Simon Nathansen (Brief)

Kap. VIII (Gesellschaftliche Integration), S.226-230

128 pers. Mitt. Walter E. Riesenfeld (Brief). Esra war in den zwanziger Jahren die einzige Jugendorganisation am Lehrerseminar; Kaufmann S.82

129 pers. Mitt. Simon Nathansen (Brief)

130 pers. Mitt. Walter E. Riesenfeld (Brief), Martha Koplowitz (Brief), Simon Nathansen (Brief), Esther Fried (Brief), William G. Niederland (Gespräch)

131 Jüdische Jugendblätter, H.2, 1920, S.24-25

132 Strauss, Jugendverband, S.218

133 WGA, 31.3.1919, S.6; WGA, 18.7.1919, S.6

134 WGA, 29.12.1919, S.6

135 CAHJP, WR 898: Aufruf vom 16.7.1919

136 ebd.

137 Hermann Meier-Cronemeyer: "Jüdische Jugendbewegung. Zweiter Teil". In: Germania Judaica, N.F., H.3/4, 1969, S.59

138 WGA, 12.11.1920, S.4

139 WGA, 26.1.1921, S.5; WGA, 2.3.1921, S.5

140 CAHJP, WR 493, S.481

141 Meier-Cronemeyer, Zweiter Teil, S.89

142 WGA, 7.2.1920, S.7

143 Jüdisches Echo, 27.2.1920, S.105

144 Blau-Weiß-Blätter. Führerzeitung, 2.H., 1922, S.16

145 Meier-Cronemeyer, Zweiter Teil, S.66, S.71

146 pers. Mitt. anon. (Brief)

147 Blau-Weiß-Blätter. Führerzeitung, 2.H., 1922, S.30, zit. nach Meier-Cronemeyer, Zweiter Teil, S.62

148 Kindt S.769

149 Tramer S.37

150 Strauss, Jugendverband, S.224; Kindt S.770

151 Richard Markel: "Brith Haolim. Der Weg der Alija des Jung-Jüdischen Wanderbundes (JJWB)". In: Bulletin des Leo-Baeck-Instituts,Jg.9, 1966, S.142

152 pers. Mitt. Otto Haas (Brief)

153 pers. Mitt. Margaret Rosenthal (Brief), Alfred Haas (Brief)

154 pers. Mitt. Margaret Rosenthal (Brief)

155 CAHJP, WR 482 a, S.79

156 pers. Mitt. Curt C. Silberman (Gespräch)

157 Personenkartei. Von sieben Mitgliedern des neutralen Jugendbundes ist bekannt, daß sie zuvor dem JJWB angehört hatten; ebd.

Kap. VIII (Gesellschaftliche Integration), S.230-232

158 Noch vor seiner Wahl sorgte Hanover dafür, daß in seinen Dienstvertrag die Klausel aufgenommen wurde, daß regelmäßig in der Synagoge Jugendgottesdienste stattzufinden hätten; CAHJP, WR 478, S.306. Dies geschah zunächst alle vier, dann alle zwei Wochen am Samstagnachmittag; CAHJP, WR 546: Protokoll der Sitzung der Synagogenkommission vom 22.12.1921; WR 482, S.195. Im Juni 1928 berichtete der Rabbiner der Kultusverwaltung, die Gottesdienste hätten eine "ziemlich geschlossene und harmonische Form angenommen", wenn auch die Beteiligung "mancher Kreise" noch "mangelhaft" sei. Er scheue allerdings davor zurück, den Jugendgottesdienst zu einem Schulgottesdienst umzugestalten, da er "aus prinzipiellen Gründen keinen Zwang ausüben" wolle; CAHJP, WR 482, S.182-183. Den von Erwachsenen vorgebrachten Wunsch, den Jugendgottesdienst zugunsten des Hauptgottesdienstes zu verschieben,erfüllte Hanover nicht. Er erklärte, daß sich "auch die Erwachsenen daran gewöhnen [müßten], im Interesse der Jugend und ihrer religiösen Erziehung Opfer zu bringen." CAHJP, WR 482 b, S.182

159 CAHJP, WR 480, S.180

160 pers. Mitt. Anne D. Schwabacher (Gespräch)

161 pers. Mitt. Herbert A. Strauss (Gespräch)

162 Jüdisches Echo, 13.5.1927, S.310

163 CAHJP, WR 482, S.183

164 CAHJP, WR 479, S.3

165 CAHJP, WR 482 b, S.181

166 CAHJP, WR 482 c, S.25

167 Rabbiner Hanover konnte der Verwaltung von einem Aufschwung der Arbeit berichten: "Vorher sei es sehr schwer gewesen, aus der Mitte der Jugend selbst Führer zu finden. [...] Durch die Leitung des Herrn Auerbach sei es auch hier gelungen, die jungen Menschen am Mittwoch- und Donnerstagabend zu versammeln und zusammenzuhalten. Zur regelmäßigen Teilnahme an diesen Vereinsabenden hätten sich 15-20 junge Leute verpflichtet. An diesen Abenden werden Referate von Herrn Auerbach selbst und abwechselnd von der Jugend über das Judentum, über die Stellung des Judentums zu den anderen Religionen und umgekehrt etc. gehalten. Es treffen sich nicht nur ganz jugendliche, sondern auch Personen, die 20 Jahre und älter sind." CAHJP, WR 482 c, S.26

168 CAHJP, WR 482 c, S.27

169 Jüdisches Wochenblatt, 14.10.1932, S.196

170 Jüdisches Wochenblatt, 20.1.1933, S.113

171 Jüdisches Wochenblatt, 28.10.1932, S.32

172 Jüdisches Wochenblatt, 23.12.1932, S.87

173 Jüdisches Wochenblatt, 23.9.1932, S.372. Um die Jahreswende 1932/33 existierte in Würzburg außerdem eine Ortsgruppe der "Werkleute. Bund deutsch-jüdischer Jugend". In einer Selbstdarstellung von 1932 heißt es, der Bund versuche, seine Mitglieder zu einer lebensmäßigen Verbundenheit von Deutschtum und Judentum zu erziehen. Der größte Teil des

Kap. VIII (Gesellschaftliche Integration), S.232-233

Bundes sei sozialistisch. Ob die Würzburger Gruppe zu dieser sozialistischen Fraktion gehörte, läßt sich nicht feststellen; Jüdisches Wochenblatt, 6.1.1933, S.98; Führer 1932/1933, S.535

174 Esra-Führerblätter, Nr.8, 1925, o. S., zit. nach Kindt S.781

175 "Galut": Exil, Diaspora

176 Meier-Cronemeyer, Zweiter Teil, S.89

177 C.V.-Zeitung, 14.8.1925, S.553

178 Meier-Cronemeyer, Zweiter Teil, S.90

179 Kaufmann S.82

180 Führer 1932/1933, S.535

181 Kaufmann S.53, S.82. Die von Ophir, Wiesemann S.439, für 1933 genannte Gruppe des Jugendbundes Brith Hanoar der Zeire Misrachi (junge religiöse Zionisten) dürfte erst nach dem 30. Januar entstanden sein

182 pers. Mitt. Ilse Nir (Brief)

183 pers. Mitt. Esther Fried (Brief)

Anmerkungen zu Kapitel IX (Antisemitismus), S.234-240

1 WGA, 30.7.1919, S.4. Die Anzeige erschien nur im WGA

2 ebd.

3 CAHJP, WR 478, S.213

4 CAHJP, WR 478, S.331, S.367, S.383

5 Die Feststellung entstammt einer Rede, die Golo Mann 1966 vor dem Jüdischen Weltkongreß hielt; vgl. Abraham Melzer: Deutsche und Juden, ein unlösbares Problem. Reden zum Jüdischen Weltkongreß 1966. Emmerich 1966, S.45; eigene Hervorhebung

6 Fr. Volksblatt, 18.11.1919, S.6

7 Fr. Volksblatt, 17.12.1919, S.2

8 Geschäftsführer des Schutz- und Trutzbundes im Gau Nordbayern; Lohalm S.293

9 Fr. Volksfreund, 17.12.1919, o. S.

10 Fr. Volksblatt, 17.12.1919, S.2

11 Fr. Volksblatt, 19.12.1919, S.6

12 Lohalm S.40

13 Lohalm S.41

14 Lohalm S.42

15 Lohalm S.53

16 Werner Jochmann: "Die Verbreitung des Antisemitismus". In: Mosse, Krieg und Revolution, S.455

17 BSAWü, Regierung von Unterfranken 13578: Zusammenstellung der in Nordbayern bestehenden oder vertretenen politischen Organisationen (24.12. 1924), S.327

18 ebd.

19 Lohalm S.122

20 pers. Mitt. Otto Haas (Brief); Lohalm S.123

21 Lohalm S.123

22 Fr. Volksfreund, 17.12.1919, o. S. Die Diskussion kam wegen einer Anfrage von USPD-Stadtrat Willy Schuwer in Gang; ebd.

23 WGA, 17.12.1919, S.2

24 WGA, 5.12.1919, S.2

25 Fr. Volksblatt, 22.12.1919, S.6

26 WGA, 5.12.1919, S.2

27 Fr. Volksblatt, 17.3.1920, S.5

28 Lohalm S.91, S.119

29 Lohalm S.89-93

30 Bundesarchiv Koblenz, Reichskanzlei R 43 I/2193, S.30-31

Kap. IX (Antisemitismus), S.240-245

31 WGA, 5.12.1919, S.2

32 Fr. Volksfreund, 5.12.1919, o. S.

33 WGA, 25.2.1920, S.2

34 WGA, 23.10.1919, S.2

35 WGA, 25.10.1919, S.2

36 Fr. Volksfreund, 19.2.1920, o. S.

37 WGA, 19.2.1920, S.4

38 Bayer. Hauptstaatsarchiv München, MA 100403

39 Fr. Volksblatt, 24.2.1920, S.8. Die Forderungen des Würzburger Schutz- und Trutzbundes werden im zweiten Abschnitt analysiert

40 Fr. Volksblatt, 10.3.1920, S.5

41 Fr. Volksfreund, 12.3.1920, o. S.

42 Fr. Volksblatt, 13.3.1920, o. S.

43 WGA, 19.3.1920, S.4

44 Fr. Volksblatt, 17.3.1920, S.5

45 WGA, 19.3.1920, S.4

46 CAHJP, WR 478, S.314

47 Fr. Volksblatt, 24.3.1920, S.4

48 WGA, 27.4.1920, S.6

49 WGA, 26.5.1920, S.6

50 WGA, 23.6.1920, S.5

51 WGA, 10.10.1920, S.5

52 WGA, 14.4.1920, S.6

53 Friedländer S.63; Jochmann S.460

54 WGA, 16.6.1921, S.8

55 WGA, 12.8.1921, S.6

56 Fr. Volksfreund, 27.5.1922, o. S.

57 Lohalm S.246

58 BSAWü, Gestapostelle 974 (Akt Otto Hellmuth); Lohalm S.310; WGA, 24. 7.1933, S.5

59 zu Biographie und Tätigkeit von Andrea Ellendt vgl. Flade, Diktatur, S.36-49

60 Albert Krebs: Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei. Stuttgart 1960 (2. Aufl.), S.202

61 Flade, Diktatur, S.39-40; Jüdisches Echo, 20.4.1923, S.190

62 C.V.-Zeitung, 31.8.1922, S.211; eigene Hervorhebungen

Kap. IX (Antisemitismus), S.245-249

63 Die entsprechenden Passagen des Erlasses lauteten: "Aufklärung in der Kirche und Schule und durch die besonnene Presse tut namentlich an Orten not, wo durch die Hetzreden einzelner Agitatoren schon Teile der Bevölkerung irregeleitet worden sind. In dieser Hinsicht wird das Staatsministerium für Unterricht und Kultus um seine Mitwirkung ersucht werden. Die Amtsvorstände müssen es sich aber auch ihrerseits angelegen sein lassen, an Orten, wo sich infolge der antisemitischen Propagandatätigkeit etwa Gefahr für die Ruhe und Sicherheit zeigt, solche Gegenwirkung von sich aus durch die Inanspruchnahme einsichtiger Persönlichkeiten zur Erhaltung des inneren Friedens einzuleiten." ebd.

64 ebd.

65 BSAWü, Landgericht Würzburg, Staatsanwaltschaft 118: Anzeige der Ortsgruppe Würzburg des C.V. gegen Andrea Ellendt

66 ebd.

67 ebd.; Fr. Volksfreund, 10.11.1922, o. S.

68 Fr. Volksfreund, 10.11.1922, o. S.

69 ebd.

70 BSAWü, Gestapostelle 11141 (Akt Karl Rosenthal)

71 ebd.

72 Bayer. Landeszeitung, 18.12.1922, S.3

73 ebd.; zum Versammlungsverlauf vgl. Flade, Diktatur, S.42-44

74 Fr. Volksblatt, 18.12.1922, S.2

75 BSAWü, Gestapostelle 164 (Akt Felix Freudenberger): Spitzelbericht des Staatspolizeiamts Nürnberg-Fürth über eine kombinierte Sitzung des Partei- und Kartellausschusses von SPD und Freien Gewerkschaften am 18.1. 1923, in der Freudenberger über die Senatssitzung informierte

76 ebd.

77 ebd.

78 BSAWü, Gestapostelle 11141 (Akt Karl Rosenthal). Der Verlauf der Versammlung wird im vierten Abschnitt des Kapitels analysiert

79 Flade, Diktatur, S.37-39, S.45; BSAWü, Landgericht Würzburg, Staatsanwaltschaft 118: Brief des I. Staatsanwalts beim Landgericht Würzburg an den Oberreichsanwalt beim Reichsgerichtshof Leipzig (2.11.1922). Vgl. zu der Veranstaltung in Dettelbach den zweiten Abschnitt des Kapitels

80 Flade, Diktatur, S.45

81 Marktbreiter Wochenblatt, 14.3.1923, im Akt BSAWü, Gestapostelle 11141 (Akt Karl Rosenthal)

82 ebd. Die Wochenschrift ist im Faksimile abgedruckt bei Flade, Diktatur, S.47-48

83 Franz Dülk: Würzburger Tagespresse, 1900-1945. 2 Bde. München 1955, S.256; WGA, 14.5.1923, S.3

84 BSAWü, Gestapostelle 11141 (Akt Karl Rosenthal), zit. nach einer An-

zeige der C.V.-Ortsgruppe Würzburg gegen den Redakteur des "Wochenblattes", Max Thiele (8.3.1923)

85 ebd.

86 Jüdisches Echo, 23.3.1923, o. S.

87 ebd.

88 Ophir, Wiesemann S.35-36. Im Juni 1923 überfielen vier völkische Aktivisten in München das Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde, Sigmund Fraenkel, und verprügelten ihn. Während des Laubhüttenfestes des gleichen Jahres wurden die Fenster der Münchner Hauptsynagoge eingeschlagen und in einer anderen Synagoge die Betenden belästigt; Ophir, Wiesemann S.36

89 Flade, Diktatur, S.53-54

90 Marktbreiter Wochenblatt, 26.10.1923, S.3, im Akt Bayer. Hauptstaatsarchiv München, MInn 73725. Die Forderungen waren einer in Rumänien erscheinenden antisemitischen Zeitschrift entnommen. Diese wiederum hatte Anleihen bei Martin Luthers 1543 veröffentlichter Schrift "Von den Juden und ihren Lügen" gemacht. Darin hatte der Reformator hinsichtlich der Juden unter anderem propagiert, "daß man ihre Synagoge oder Schule mit Feuer anstecke, und, was nicht brennen will, mit Erde überhäufe und beschütte, daß kein Mensch ein Stein oder Schlacke davon sehe ewiglich. [...] Zum anderen, daß man auch ihre Häuser dergleichen zerbreche und zerstöre. [...] Zum dritten, daß man ihnen nehme alle Betbüchlein und Talmudisten. [...] Zum vierten, daß man ihren Rabbinern bei Leib und Leben verbiete, hinfort zu lehren." Hans-Joachim Kraus: "Die evangelische Kirche". In: Mosse, Entscheidungsjahr, S.250

91 Lohalm S.296

92 Fr. Volksblatt, 24.2.1920, S.8

93 Fr. Volksfreund, 17.12.1919, o. S.

94 Fr. Volksblatt, 17.12.1919, S.2

95 so beispielsweise die Formulierung in der Einladung zum Vortrag "Der Jude und die Frau" am 12.2.1920 in der "Himmelsleiter"; WGA, 12.2.1920, S.6

96 Alle Hervorhebungen in den programmatischen Aussagen der nächsten Seiten stammen vom Autor

97 Das NSDAP-Programm wird jeweils zit. nach Georg Franz-Willing: Ursprung der Hitlerbewegung, 1919-1922. Preußisch Oldendorf 1974 (2. Aufl.), vor S.337

98 Charakteristische Parallelen zu der in Würzburg gehaltenen Rede weisen etwa die in Reime gefaßten Schlußbemerkungen der Ellendt auf: "Auf der rechten Hand, der linken Hand das Vaterland. Nur Wahrheit, Recht und Reinheit haben auf die Dauer Bestand. Der Stern Judas muß untergehen und das Kreuz Christi im Lichte des Hakenkreuzes auferstehen." Die Dettelbacher Rede wird zit. nach dem Exemplar der Mitschrift, das sich im Besitz des C.V.-Vorsitzenden Karl Rosenthal befand; BSAWü, Gestapostelle 11141 (Akt Karl Rosenthal)

Kap. IX (Antisemitismus), S.253-257

99 BSAWü, Gestapostelle 11141 (Akt Karl Rosenthal)

100 WGA, 4.2.1920, S.5

101 Fr. Volksblatt, 23.12.1919, S.8

102 Fr. Volksblatt, 24.2.1920, S.8

103 Fr. Volksfreund, 17.12.1919, o. S.

104 WGA, 16.4.1919, S.3

105 pers. Mitt. Alfred Haas (Brief), Hans Rush (Brief)

106 WGA, 24.4.1919, S.3. In der Anzeige hieß es weiter: "Da diese Ausstreuung gänzlich aus der Luft gegriffen ist, hat Herr Ruschkewitz bereits der Staatsanwaltschaft am Landgerichte Würzburg hiervon Mitteilung gemacht mit der Bitte, die im Anschluß an die Spartakusunruhen dahier eingeleitete Untersuchung auch in dieser Richtung zu führen."

107 Jochmann S.463

108 Friedländer S.54-55

109 Friedländer S.55

110 WGA, 3.10.1919, S.3; Personenkartei (Amalie Brandwein)

111 WGA, 24.9.1920, S.3

112 WGA, 15.11.1919, S.8; Fr. Volksfreund, 21.11.1919, o. S.; WGA, 16.2. 1920, S.3

113 Fr. Volksfreund, 19.11.1931, o. S.

114 Personenkartei (Max Frankenthal)

115 Bruno Blau: "The Jew as a Sexual Criminal". In: Jewish Social Studies, Jg.13, 1951, S.323; vgl. auch Donald L. Niewyk: "Jews and the Courts in Weimar Germany". In: Jewish Social Studies, Jg.37, 1975, S.99-113, und Ruppin, Bd.2, S.500-503

116 Fr. Volksblatt, 22.5.1920, S.7

117 Jüdisches Echo, 9.4.1920, S.168-169. Hier wird die Verordnung auf den 30.3.1920 datiert

118 vgl. Werner T. Angress: "Juden im politischen Leben der Revolutionszeit". In: Mosse, Krieg und Revolution, S.253-297

119 Jakob Reich: "Eine Episode aus der Geschichte der Ostjuden Münchens". In: Lamm S.402-403

120 Ophir, Wiesemann S.35, nennt für 1920 die Zahl von 1500 allein in München lebenden Ostjuden

121 Reich S.402-403; Ophir, Wiesemann S.35

122 Personenkartei (David Finkelstein, Abraham Rosenscher, Moses Silberberg). Alle Betroffenen hatten die polnische Staatsangehörigkeit. Der Kurzwarenhändler Moses Silberberg wurde mit Frau und Tochter ausgewiesen

Kap. IX (Antisemitismus), S.257-260

123 Personenkartei (Moses Weidenfeld, Josef Leiserowitz). Die Art der Vorstrafe von Weidenfeld ist unbekannt. W. verzog mit Frau und sechs Kindern nach Frankfurt. Für den Fall seiner Rückkehr nach Würzburg drohte ihm die Regierung Anzeige und Festnahme an. Josef Leiserowitz war unter anderem wegen Bettelns (1912) und wegen unerlaubter Rückkehr nach Frankfurt, das ihn anscheinend ebenfalls ausgewiesen hatte (1913), vorbestraft. Die gegen L. gerichtete Ausweisungsanordnung trat nicht in Kraft, da gegen ihn im Januar 1921 vor dem Würzburger Volksgericht wegen Notzuchtvergehens verhandelt wurde. Nach der Verurteilung zu einer 18monatigen Gefängnisstrafe wurde L. in eine Bayreuther Haftanstalt eingeliefert, wo er am 23.4.1921 starb; BSAWü, Landgericht Würzburg, Staatsanwaltschaft 104

124 BSAWü, Landgericht Würzburg, Staatsanwaltschaft 107

125 ebd.

126 ebd.

127 ebd.

128 ebd.

129 Personenkartei (Heinrich Poms)

130 Personenkartei (Jette Kranzler, Majer Leib Kranzler)

131 Personenkartei (Mendel Goldmann)

132 Ophir, Wiesemann S.36, S.205

133 Ophir, Wiesemann S.205

134 Bundesarchiv Koblenz, Reichskanzlei R 43 I/2193. Aus Berichten des Vertreters der Reichsregierung in München ergibt sich, daß "feste Richtlinien für dieses /Ausweisungs-/Verfahren nicht bestehen." Die Ausweisungen erfolgten "allein durch den Generalstaatskommissar nach seinem freien Ermessen." ebd., Berichte vom 6.11.1923 und vom 29.11. 1923

135 Jüdische Rundschau, 2.11.1923, S.547. Die Zeitung kolportierte in der gleichen Ausgabe das Gerücht, die Aktion sei der Preis, "um den der augenblickliche Friede zwischen Hitler und Kahr erkauft worden sei", und fuhr fort: "Hitler hätte sich nur durch die Darlegung der wirtschaftlichen Folgen des von ihm verlangten Vorgehens davon abbringen lassen, daß die Ausweisungsaktion sich gleichzeitig auf alle Juden erstrecke und sich damit zufrieden gegeben, daß diese Ausweisung etappenweise erfolge. Ausgewiesen sind bisher 70 Familien. Die Ausweisung weiterer 200 Familien ist zu erwarten." ebd. Am 31. Dezember 1923 verbot von Kahr das "Jüdische Echo" wegen der kritischen Berichterstattung über die Ausweisungen für mehrere Monate; Jüdisches Echo, 4.4. 1924, S.8-9

136 Jochmann S.478

137 Fr. Volksblatt, 18.11.1919, S.6

138 Fr. Volksblatt, 24.2.1920, S.8

139 Fr. Volksblatt, 14.2.1920, S.9

Kap. IX (Antisemitismus), S.260-268

140 Fr. Volksblatt, 24.2.1920, S.8

141 ebd.

142 BSAWü, Gestapostelle 11141 (Akt Karl Rosenthal)

143 WGA, 22.1.1919, S.2

144 WGA, 11.4.1924, S.3

145 Fr. Volksfreund, 16.4.1924, o. S. Der Theaterdirektor bat während der Auseinandersetzung um das Gastspiel, ihn von seinem Amt zu entheben. Der Stadtrat sprach ihm allerdings einstimmig das Vertrauen aus und lehnte es ab, dem Rücktrittsgesuch stattzugeben; ebd.

146 Lohalm S.156-157

147 Kletzin S.70-71

148 Bennathan S.129-130

149 Fr. Volksblatt, 24.2.1920, S.8

150 Fr. Volksblatt, 18.11.1919, S.6

151 Lohalm S.140-141; Werner Maser: Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924. Frankfurt a.M., Bonn 1965, S.171

152 Lohalm S.141

153 Fr. Volksblatt, 27.2.1920, S.6

154 BSAWü, Gestapostelle 11141 (Akt Karl Rosenthal)

155 pers. Mitt. Walter E. Riesenfeld (Brief)

156 pers. Mitt. Kurt Freudenthal (Brief)

157 pers. Mitt. Betty Schulz-Behrend (Brief)

158 pers. Mitt. Yaacov Har-Gil (Brief)

159 pers. Mitt. Otto Haas (Brief)

160 pers. Mitt. Paula Eppstein (Brief)

161 Die Äußerung fiel in einem Gespräch zwischen Stang und dem Direktor der jüdischen Volksschule, Aron Mandelbaum, im Dezember 1918; CAHJP, WR 478, S.152. Zu Stangs antijüdischen Ausfällen siehe den nächsten Abschnitt

162 vgl. das im ersten Abschnitt des Kapitels wiedergegebene Zitat des Pfarrers Bauer aus Bimbach

163 vgl. Angress passim

164 Fr. Volksblatt, 16.11.1918, S.1. Gerstenberger wurde im Januar 1919 als Kandidat der BVP in die verfassunggebende Nationalversammlung gewählt

165 Fr. Volksblatt, 29.11.1918, S.1

166 Fr. Volksblatt, 30.11.1918, S.1

167 Fr. Volksblatt, 2.12.1918, S.2

Kap. IX (Antisemitismus), S.268-270

168 ebd.

169 Fr. Volksblatt, 7.12.1918, S.1

170 Fr. Volksblatt, 21.12.1918, S.1. Zur Biographie Eisners vgl. Falk Wiesemann: "Kurt Eisner. Studie zu einer politischen Biographie". In: Karl Bosl (Hrsg.): Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen. München, Wien 1969, S.387-426

171 Bayer. Landeszeitung, 20.11.1918, S.5

172 WGA, 20.11.1918, S.2. Der "General-Anzeiger" äußerte sich sehr zurückhaltend über Eisner und schrieb am 11.11.1918 auf S.2 lediglich: "Er ist, wie der 'Fr. Kur.' [Fränkische Kurier] schreibt, israelitischer Abstammung." Eine für die Zeit ausgesprochen positive Charakterisierung des USPD-Ministerpräsidenten veröffentlichte die "Landeszeitung": "Daß er [Eisner] nach Ansicht vieler eingesessener Bayern zwei Geburtsfehler hat - er ist nicht bloß geborener Berliner, sondern sogar Jude -, dafür kann er selbst kaum etwas. Wenn er nun trotz seiner Herkunft und Abstammung und trotz dem völkischen Vorurteil und der minderen Sympathie die Führung der Revolution an sich reißen konnte, so ist das lediglich ein Beweis, daß seine geistige Persönlichkeit die hauptstädtischen Massen überragt. [...] Tatsache [...] ist, daß er die Revolution in Gang gebracht, die Republik ausgerufen, das Königtum gestürzt und eine neue Regierung geschaffen hat. Daß er das in München sozusagen über Nacht fertig brachte, stellt ihm einen Befähigungsnachweis aus, der anderen eingeborenen völkischen Genossen nicht ausgestellt werden kann." Bayer. Landeszeitung, 9.12.1918, S.1. Auch der "Bayerische Kurier", das Münchner Zentrums- und spätere BVP-Blatt, trat in den ersten Wochen nach dem Umsturz mit antisemitischen Artikeln hervor. Das "Jüdische Echo" schrieb am 13.12.1918 verwundert, das politische Wirken des Zentrums habe bisher "jede judenfeindliche Tendenz" ausgeschlossen: "Selbst die häufig gefährdeten Rechte einer religiösen Minderheit verfechtend, brachte die Deutsche Zentrumspartei der Sache anderer bedrängter Minderheiten im Reiche volles Verständnis und tätiges Interesse entgegen. Ihre Vertreter im Reichstag haben sich mehr als einmal durch tapfere und von einem unbeirrbaren Gerechtigkeitsgefühl getragene Zurückweisung ungerechtfertigter Angriffe gegen Juden und Judentum den Dank der deutschen Juden erworben." Jüdisches Echo, 13.12.1918, S.612

173 CAHJP, WR 478, S.151

174 CAHJP, WR 478, S.152

175 CAHJP, WR 478, S.151

176 WGA, 14.12.1918, S.2

177 Fr. Volksfreund, 14.12.1918, o. S.

178 Fr. Volksblatt, 5.12.1918, S.2

179 Fr. Volksfreund, 19.11.1918, o. S.

180 Fr. Volksfreund, 4.12.1918, o. S.

181 Fr. Volksblatt, 5.12.1918, S.2. Dazu der "Volksfreund" am 6.12.: "In seiner gestrigen Nummer hat das Hetzblatt eine scheinheilige Retour-

Kap. IX (Antisemitismus), S.270-272

chaise angetreten. [...] Judenhetze zu betreiben ist das billigste und unsauberste Mittel, das Volk von der bisher geübten Zentrumsherrschaft abzulenken und dabei nach alter Praxis im Trüben zu fischen, um große Massen wie früher wieder am Zentrumsleitseil zu führen. Das ist nun endgiltig vorüber. Deshalb der Ärger." Am 14.12. 1918 beendete das "Volksblatt" die Auseinandersetzung mit einem Artikel von Liborius Gerstenberger auf Seite 1: "Mit den immer wiederholten Schreien von Judenverfolgung hat man den Anschein erweckt, als ob bei uns tatsächlich eine solche Gefahr bestände. Und doch wissen die Juden recht gut, daß sie nirgends sicherer leben können als bei dem wirklich gläubigen und dem [seinen] kirchlichen Vorgesetzten vertrauenden katholischen Volk."

182 Fr. Volksblatt, 10.1.1919, S.1

183 Marie von Gebsattel war die Tochter des Würzburger kommandierenden Generals Ludwig von Gebsattel und die Nichte des späteren geheimen Vorsitzenden des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, Konstantin von Gebsattel; WGA, 20.3.1919, S.2

184 WGA, 9.1.1919, S.2

185 Deutsche Israelitische Zeitung, o. D., o. S., zit. nach: Fr. Volksblatt, 4.1.1919, S.3; 9.1.1919, S.1

186 Fr. Volksblatt, 9.1.1919, S.1

187 Das "Volksblatt" zog sich damit auf eine Lesart zurück, die auch in verschiedenen katholischen Nachschlagewerken aus dem Herder-Verlag ("Der große Herder", "Lexikon für Theologie und Kirche") vorherrschte. Die Werke brachten zum Ausdruck, "daß einigermaßen alles, was die politische Rechte 'den Juden' vorwarf, zwar 'Juden' vorzuwerfen sei, aber nicht allen (und nicht als 'Rasse'-Angehörigen), sondern einer bestimmten Abart von 'liberalen' bzw. religionslosen Juden." Karl Thieme: "Deutsche Katholiken". In: Mosse, Entscheidungsjahr, S.278

188 Fr. Volksblatt, 7.1.1919, S.3

189 Fr. Volksblatt, 9.1.1919, S.3. Der Artikel ging auf den Ausruf "Bayern den Bayern..." mit keinem Wort ein

190 WGA, 11.1.1919, S.2

191 WGA, 17.5.1920, S.2

192 WGA, 27.6.1923, S.3

193 ebd. Zum Abwehrkampf des "Volksblatts" und der Würzburger BVP gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Republik vgl. den vierten Abschnitt des Kapitels

194 Jüdisches Echo, 24.5.1928, S.326. Daß die Äußerung als Absage an den Antisemitismus gedacht war, wird aus der großen Bedeutung ersichtlich, die ihr das "Jüdische Echo" beimaß

195 pers. Mitt. Otto Haas (Brief)

196 ebd.; vgl. die pers. Mitt. von Miriam Muenster, der ehemaligen Privatsekretärin von Rabbiner Hanover: "Der Rabbiner hatte viele Unterhaltungen mit Prof. Dr. Stummer, und er erzählte oft, wie ihn das befrie-

Kap. IX (Antisemitismus), S.272-275

digte und wie interessant das für ihn war." (Brief)

197 BSAWü, Gestapostelle 11141 (Akt Karl Rosenthal)

198 Klaus Breuning: Die Vision des Reiches. Deutscher Katholizismus zwischen Demokratie und Diktatur (1929-1934). München 1969, S.106-107. Den Hinweis auf Maximilian Buchner verdanke ich Klaus Schönhoven

199 Hans Fenske: Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918. Bad Homburg v.d.H., Berlin, Zürich 1969, S.304

200 Fenske S.305

201 so etwa bei der Landtagswahl am 6. April 1924 (WGA, 5.4.1924, S.7) und bei der Kommunalwahl am 7.12.1924 (WGA, 29.11.1924, S.5)

202 Niewyk, Jews, S.74

203 Niewyk, Jews, S.73; Wiener S.314-317

204 G. L. Mosse, Deutsche Rechte, S.227

205 Werner Liebe: Die Deutschnationale Volkspartei 1918-1924. Düsseldorf 1956, S.115

206 G. L. Mosse, Deutsche Rechte, S.228

207 Liebe S.39-42

208 Liebe S.40-41

209 WGA, 6.3.1920, S.2

210 WGA, 21.5.1920, S.2

211 WGA, 22.5.1920, S.3

212 WGA, 2.6.1920, S.4

213 WGA, 28.1.1922, S.2

214 WGA, 21.3.1924, S.3. Ähnlich ein Wahlaufruf der Vereinigten Nationalen Rechten am 5.4.1924 auf Seite 7 des "General-Anzeiger"; hier wurde die "Ausschaltung der Mächte des Judentums" propagiert. George L. Mosse betont, daß viele Antisemiten, vor allem aus dem bürgerlichen Lager, die Absonderung der Juden, nicht ihre Vernichtung, verlangt hätten. Wäre die DNVP (ohne NSDAP) an die Macht gekommen, "so wären die Juden wahrscheinlich auch aus dem öffentlichen Leben und aus den freien Berufen ausgeschlossen und in ihren staatsbürgerlichen Rechten beschränkt worden. Ihr Leben würde vermutlich so ausgesehen haben wie das der Juden in der Nazizeit von 1933 bis 1938." G. L. Mosse, Deutsche Rechte, S. 237

215 Liebe S.42

216 so der Vorsitzende der Mittelpartei, Hans Hilpert; zit. nach Liebe S.71

217 Liebe S.72

218 Würzburger Wohnungsbuch 1921, S.689

219 WGA, 30.9.1920, S.2

220 Lohalm S.36

Kap. IX (Antisemitismus), S.275-278

221 Fr. Volksfreund, 3.9.1929, o. S. Claß bezeichnete Stresemann in Würzburg als "politisch" und "seelisch entartet"; ebd.

222 Lohalm S.27-28; Daniel Fryman [i.e. Heinrich Claß]: Wenn ich der Kaiser wär'. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten. Leipzig 1912

223 Lohalm S.49. Der Artikel vom 18.6.1917 hatte die Überschrift: "Alldeutsch - vielleicht alljüdisch?"; ebd.

224 Konstantin von Gebsattel: "Das Ferment der Dekomposition". In: Deutsche Zeitung, 15.10.1918, o. S., zit. nach Lohalm S.52

225 Lohalm S.18

226 WGA, 12.1.1927, S.4

227 Würzburger Wohnungsbuch 1932, S.429

228 Fr. Kurier, 22.3.1942, o. S.

229 Fr. Volksfreund, 3.9.1929, o. S.

230 Friedländer S.65; Wilhelm Meister [i.e. Paul Bang]: Judas Schuldbuch. Eine deutsche Abrechnung. München 1919

231 G. L. Mosse, Deutsche Rechte, S.223. Mosse kommentiert diese Forderungen so: "Hieran sollte man sich erinnern, wenn man von der Gegnerschaft dieser Menschen zum Nationalsozialismus spricht und wenn man verstehen will, wie weit selbst die sogenannten respektablen Konservativen, deren Verbindungen auf die DNVP einen so wichtigen Einfluß hatten, in der Judenfrage zu gehen bereit waren." ebd. Ähnliches ließe sich über Burschenschaften und andere studentische Korporationen sagen

232 G. L. Mosse, Deutsche Rechte, S.221; vgl. zur Gesamtproblematik Alfred Kruck: Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939. Wiesbaden 1954

233 G. L. Mosse, Deutsche Rechte, S.225

234 WGA, 10.10.1930, S.3

235 WGA, 7.12.1929, S.3

236 G. L. Mosse, Deutsche Rechte, S.225

237 Iris Hamel: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893-1933. Frankfurt a.M. 1967, S.9-12

238 WGA, 26.2.1920, S.2

239 WGA, 15.1.1924, S.3

240 WGA, 26.2.1920, S.2

241 Die Flamme, 10.10.1929, o. S., im Akt BSAWü, Gestapostelle 6291 (Akt Willy Lipday). Zum auch in Würzburg vertriebenen Bamberger NSDAP-Organ "Die Flamme" vgl. den fünften Abschnitt des Kapitels

242 Volker R. Berghahn: Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, 1918-1935. Düsseldorf 1966, S.115-119

243 BSAWü, Gestapostelle 15622 (Akt Max Strauß)

244 G. L. Mosse, Deutsche Rechte, S.236

Kap. IX (Antisemitismus), S.278-281

245 WGA, 23.3.1931, S.4

246 WGA, 14.10.1929, S.3

247 Flade, Diktatur, S.50

248 Spindler S.463-464; Rainer Hambrecht: Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925-1933). Nürnberg 1976 (masch. Diss.), S.16

249 Harold J. Gordon jr.: Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924. Frankfurt a.M. 1971, S.106-108, S.544

250 Fr. Volksfreund, 16.4.1925, o. S.

251 Fenske S.172; über die Aktivitäten des Bundes Bayern und Reich in Thüngen vgl. BSAWü, Landgericht Würzburg, Staatsanwaltschaft 189

252 Fr. Volksfreund, 24.4.1923, o. S.; zur Reichsflagge vgl. Fenske S. 167; Gordon S.98

253 Hambrecht S.17

254 Würzburger Wohnungsbuch 1925, Abt.III, S.28; Fr. Volksfreund, 20.2. 1923, o. S.; 24.4.1923, o. S.

255 Lohalm S.165

256 Spitznagel, Studentenschaft 1927-1933, S.252-253; Peter Spitznagel: "Studentenschaft und Nationalsozialismus in Würzburg 1927-1936". In: Institut für Hochschulkunde an der Universität Würzburg (Hrsg.): 1582-1982. Studentenschaft und Korporationswesen an der Universität Würzburg. Hrsg. zur 400-Jahrfeier der Alma Julia Maximiliana. Würzburg 1982, S.93

257 Michael H. Kater: Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918-1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik. Hamburg 1975, S.145

258 Hans Peter Bleuel, Ernst Klinnert: Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich. Ideologien - Programme - Aktionen 1918-1935. Gütersloh 1967, S.134; vgl. auch Fritz K. Ringer: "Inflation, Antisemitism and the German Academic Community of the Weimar Period". In: YB LBI, Jg.28, 1983, S.3-9

259 Lohalm S.165. Daß auch im Lehrkörper der Universität ähnliche Konkurrenzängste herrschten, erwähnt Margret Boveri in ihren, im Hinblick auf jüdische Fragen nicht immer präzisen Memoiren: "Allgemein war die Überzeugung, daß die Juden bestimmte Eigenschaften in besonderer Ausprägung hätten; sie könnten schneller denken, vor allem abstrakt, könnten schneller rechnen - mein Vater war überzeugt, daß wirklich hervorragende Mathematiker immer Juden seien -, könnten geschickter mit Geld umgehen, seien besonders schlau. Diese Annahme von Überlegenheit auf bestimmten Gebieten wird ein Grund dafür gewesen sein, daß die Universität möglichst wenig Juden haben wollte. In den neuen [Universitäten], in Frankfurt und Hamburg, war das anders. Dort gab es auch neue Wissenschaften. Als in Würzburg der Lehrstuhl für Chemie neu besetzt werden sollte, wollte die Fakultät einen Juden nicht berufen, denn 'wenn man einen Juden hereinlasse, sei das Tor für alle geöffnet; der erste werde einen Schwanz von jüdischen Assistenten und Schülern nach sich zie-

Kap. IX (Antisemitismus), S.281-283

hen.' Wer so dachte, sah die Voraussage erfüllt, als 1919 oder 1920 der Laryngologe Manasse aus Straßburg nach Würzburg kam und seine Klinik ausschließlich mit jüdischen Assistenten besetzte. Das war nach meiner späteren Überzeugung der Hauptstachel des um sich greifenden Antisemitismus." Boveri S.28-29; vgl. dazu die pers. Mitt. von Otto Manasse, des Sohnes des, wie erwähnt, zu diesem Zeitpunkt bereits aus dem Judentum ausgetretenen Professors Paul Manasse: "Ich las Margret Boveris Buch vor vier Jahren und war sehr erstaunt über ihre Bemerkungen über meinen Vater. Die Aussage, daß mein Vater 'ausschließlich' seine Klinik mit jüdischen Assistenten besetzte, ist nicht richtig. Er hatte einen Privatdozenten, der getauft, aber jüdischer Abstammung und Corpsstudent war, und einen Oberarzt, der jüdisch war, aber die meisten seiner Assistenten waren Christen, und ich erinnere mich vor allem an Dr. Moeller und Dr. Seifert, die gute Freunde unserer Familie waren. Daß die Assistentenschaft der Hals-, Nasen- und Ohrenklinik 'der Hauptstachel des um sich greifenden Antisemitismus' war, erscheint mir sehr unwahrscheinlich." (Brief)

260 Weber S.91; Fr. Volksblatt, 12.11.1918, S.2; Grieb-Lohwasser S.83

261 Fr. Volksblatt, 12.11.1918, S.2

262 WGA, 23.10.1919, S.2

263 Lohalm S.167-168. Letztmals wurde der Würzburger Deutschvölkische Verband der Studierenden am 20.2.1920 in einer Anzeige im "Volksblatt" erwähnt; der Verband wies darauf hin, daß er "nicht identisch mit dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, Ortsgruppe Würzburg," sei; Fr. Volksblatt, 20.2.1920, S.8. Dennoch scheint die Studentengruppe danach im Schutz- und Trutzbund aufgegangen zu sein. Deutschvölkische Studentenkreise hatten außerhalb Würzburgs auch schon vor dem Ersten Weltkrieg existiert; Jürgen Schwarz: Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik. Freiburg i. Br. 1962 (masch. Diss), S.370

264 Spitznagel, Studentenschaft 1927-1936, S.98. Von den Korporationsstudenten in Würzburg waren durchschnittlich 48 % in schlagenden, 45 % in katholischen und 7 % in jüdischen Verbindungen zusammengeschlossen; ebd.

265 Grieb-Lohwasser S.101-103

266 Grieb-Lohwasser S.103-104

267 Hugo Kern: "Jüdischer Student und Antisemitismus". In: Salia-Kriegsberichte, Beilage, März 1921, S.15-16

268 Bleuel, Klinnert S.147-148; Schwarz S.132-142, S.170. Zu einem ähnlichen, weniger drastisch formulierten Beschluß des Allgemeinen Deutschen Burschenbundes vgl. Bleuel, Klinnert S.146-147. Es gab allerdings Burschenschaften, die auch nach 1919 in Einzelfällen noch Juden aufnahmen; G. L. Mosse, Deutsche Rechte, S.197. Für Würzburg konnte kein solcher Fall ermittelt werden

269 Bleuel, Klinnert S.149; Grieb-Lohwasser S.104-105; Schwarz S.142-143. Die derzeitigen Inhaber der Corpsfarben sollten von dem Beschluß nicht betroffen werden; Bleuel, Klinnert S.149. Angeblich soll ein Würzburger Corps noch 1934 einen Juden aufgenommen haben; die Behauptung der

Kap. IX (Antisemitismus), S.283-287

Autoren Bleuel und Klinnert (S.149) wird nicht belegt und ist somit nicht nachprüfbar

270 Grieb-Lohwasser S.33-34

271 Grieb-Lohwasser S.34, S.45-47

272 Grieb-Lohwasser S.47

273 Freie schlagende Verbindung Salia-Würzburg 1884-1924. Festgabe zum 40jährigen Stiftungsfest. Würzburg 1924, S.49, zit. nach Grieb-Lohwasser S.84

274 Grieb-Lohwasser S.85

275 Fr. Volksfreund, 15.4.1920, o. S. Der Marschgruppe gehörten auch Mitglieder des Deutschnationalen Jugendbundes an; ebd.

276 Der gesamte Briefwechsel ist abgedruckt im Salia-Mitteilungsblatt, 1.8.1921, S.15-19. Als die Universität im November 1920 eine Gedächtnisfeier für die gefallenen Studenten veranstaltete, erhielt die Salia keine Einladung; ebd., S.17

277 Schwarz S.197

278 WGA, 12.2.1921, S.3; Grieb-Lohwasser S.107

279 WGA, 11.5.1921, S.3

280 Fr. Volksfreund, 10.1.1922, o. S.

281 Fr. Volksfreund, 14.12.1922, o. S.

282 Fenske S.168; G. L. Mosse, Deutsche Rechte, S.223

283 WGA, 12.5.1923, S.3

284 Schwarz S.197-198. Auf die Entwicklung der KV-Verbindung Normannia während der Weimarer Republik geht die wohltuend selbstkritische Verbindungsgeschichte ein: Philisterverband Normannia e.V. (Hrsg.): 100 Jahre Normannia Würzburg 1876-1976. Würzburg 1976. Zur Mitarbeit im Hochschulring Deutscher Art äußert sich die Schrift allerdings nicht. Der Unitasverband beschloß im Juni 1922, sich aus dem Ring zurückzuziehen; Schwarz S.413-414

285 WGA, 15.12.1923, S.3

286 WGA, 9.2.1924, S.3

287 WGA, 17.3.1927, S.7; Grieb-Lohwasser S.107

288 WGA, 24.5.1928, S.3

289 Bleuel, Klinnert S.94

290 Schwarz S.204-207

291 Schwarz S.209-210

292 Schwarz S.212

293 Bleuel, Klinnert S.158-161

294 Bleuel, Klinnert S.159-160

Kap. IX (Antisemitismus), S.287-290

295 zit. bei Schwarz S.275-276

296 WGA, 24.7.1922, S.2

297 Bleuel, Klinnert S.161

298 Bleuel, Klinnert S.162

299 Grieb-Lohwasser S.111

300 WGA, 18.7.1927, S.3; 22.7.1927, S.3; C.V.-Zeitung, 22.7.1927, o. S.; Der Schild, 1.8.1927, S.236. In einem Kommentar der C.V.-Zeitung zum zehnten Studententag in Würzburg hieß es: "Das Ergebnis des 10. deutschen Studententages in Würzburg entsprach der völkischen Ouvertüre bei der Enthüllung des Gefallenendenkmals, über die in der letzten Nummer der 'C.V.-Zeitung' berichtet wurde. Der mit Spannung auf allen Seiten erwartete Beschluß des deutschen Studententages über die Verfassungsfrage ist gefaßt worden: Die deutsche Studentenschaft hält am völkischen Prinzip unentwegt fest. Die Geister von 1922, die der noch heute geltenden völkischen Würzburger Verfassung Paten standen, siegten über die besonnenen Teile der Studentenschaft, die den Dienst am Staate und Volke höher schätzten als das Festhalten am völkischen Prinzip." C.V.-Zeitung, 29.7.1927, S.426

301 K.-C.-Blätter, Vertrauliche Beilage, 15.12.1919, S.4, zit. nach Grieb-Lohwasser S.44-45

302 Salia-Kriegsberichte, Anhang, März 1921, S.12

303 Salia-Kriegsberichte, Anhang, März 1921, S.14

304 Grieb-Lohwasser S.67. Zur Arbeit des jüdischen Zweckverbandes vgl. die pers. Mitt. von Otto Haas: "Wenn man berücksichtigt, daß ein großer Teil der jüdischen Studenten überhaupt keiner Verbindung angehörte, kann man sich vorstellen, daß die genannten [jüdischen] Studentenverbindungen selbst zusammen nicht so viele Mitglieder hatten wie selbst eine kleine nichtjüdische Verbindung. Irgend einen Einfluß konnten sie in der Weimarer Zeit in Würzburg nicht ausüben." (Brief)

305 Spitznagel, Studentenschaft 1927-1933, S.351-355. Spitznagel nennt a. a.O. weitere Wahlergebnisse: Sommersemester 1919: 19 % der Sitze, Wintersemester 1920/21: 9 %, Sommersemester 1921: 16 %, Sommersemester 1922: 7 %, Wintersemester 1922/23: 3 %

306 WGA, 4.7.1923, S.3; 6.7.1923, S.2

307 Spitznagel, Studentenschaft 1927-1933, S.353-357; Grieb-Lohwasser S. 87-88. Die Salia trat 1921 noch mit einer eigenen Liste bei den AStA-Wahlen an; Spitznagel, Studentenschaft 1927-1933, S.353-355; Salia-Kriegsberichte, Anhang, März 1921, S.9

308 WGA, 18.11.1927, S.3. Spitznagel datiert den Beitritt der sozialistischen Studentengruppe auf den Juni 1929; Spitznagel, Studentenschaft 1927-1933, S.69. Der Deutsche Studentenbund wurde später dem im Februar 1928 gegründeten überregionalen Deutschen Studentenverband angeschlossen, der als Gegenorganisation zur völkischen Deutschen Studentenschaft die republikanisch gesinnten Minderheiten der deutschen Hochschulen aufnahm; Spitznagel, Studentenschaft 1927-1933, S.68; Grieb-Lohwasser S.62. 1930 und 1931 traten die jüdischen Verbindungen unter dem Kenn-

Kap. IX (Antisemitismus), S.290-292

wort Freie Hochschulgruppe zur Wahl an; 1932 kandidierten jüdische Studenten auf der Liste des Deutschen Republikanischen Studentenbundes; Spitznagel, Studentenschaft 1927-1933, S.361, S.367; Grieb-Lohwasser S.89-90

309 Spitznagel, Studentenschaft 1927-1933, S.351-361

310 Spitznagel, Studentenschaft 1927-1933, S.69

311 Spitznagel, Studentenschaft 1927-1936, S.89-90; Spitznagel, Einführung, S.217-218

312 Spitznagel, Studentenschaft 1927-1933, S.29, S.34

313 Spitznagel, Studentenschaft 1927-1933, S.31

314 Spitznagel, Studentenschaft 1927-1933, S.35

315 Spitznagel, Studentenschaft 1927-1933, S.37-38; Spitznagel, Studentenschaft 1927-1936, S.91; Grieb-Lohwasser S.115

316 Fr. Volksblatt, 24.2.1920, S.8

317 zu den einander zum Teil widersprechenden Äußerungen verschiedener CV-Verbandstagungen und des CV-Seelsorgers Pater Erhard Schlund zu Judentum und Judenfeindschaft vgl. Bleuel, Klinnert S.134, S.150-153; Hermann Greive: Theologie und Ideologie. Katholizismus und Judentum in Deutschland und Österreich 1918-1935. Heidelberg 1969, S.61-65, S.72; Rudolf Lill: "Die deutschen Katholiken und die Juden in der Zeit von 1850 bis zur Machtübernahme Hitlers". In: Karl Heinrich Rengstorf, Siegfried von Kortzfleisch (Hrsg.): Kirche und Synagoge. Handbuch zur Geschichte von Christen und Juden. Darstellung mit Quellen. Bd.2. Stuttgart 1970, S.405

318 Spitznagel, Studentenschaft 1927-1933, S.41-52

319 Spitznagel, Studentenschaft 1927-1936, S.91

320 Spitznagel, Studentenschaft 1927-1933, S.51

321 Spitznagel, Studentenschaft 1927-1933, S.58

322 ebd.

323 Spitznagel, Studentenschaft 1927-1936, S.94. Später wurde das Verhältnis zwischen schlagenden Verbindungen und dem NSDStB zunehmend problematisch, da sich die Korporationen immer mehr in die Rolle von "Unterabteilungen" des NSDStB gedrängt sahen; Spitznagel, Studentenschaft 1927-1936, S.94-95. Diese Entwicklung ist im Zusammenhang mit der in dieser Arbeit behandelten Thematik ohne Bedeutung; entscheidend bleibt, daß schlagende Verbindungen in Würzburg in den Jahren bis 1930 an den Erfolgen des NSDStB hervorragenden Anteil hatten

324 Grieb-Lohwasser S.119; WGA, 14.2.1931, S.3

325 K.C.-Mitteilungen, 22.5.1929, S.34, zit. nach Grieb-Lohwasser S.119-120

326 Grieb-Lohwasser S.51

327 WGA, 5.11.1931, S.3

Kap. IX (Antisemitismus), S.292-297

328 ebd.

329 Grieb-Lohwasser S.52-53

330 Mosse, Niedergang, S.33

331 Mosse, Niedergang, S.31

332 Mosse, Niedergang, S.32

333 Mosse, Niedergang, S.33. Vgl. die ähnliche Einschätzung Werner Jochmanns: "Im Vertrauen auf die Stärke der eigenen Organisation haben die meisten sozialdemokratischen Funktionäre die von den Alldeutschen entfachte Bewegung nicht genügend ernst genommen. Unwillkommene politische und soziale Tendenzen wurden als belanglos abgetan oder als Nachwirkungen eines nun überwundenen reaktionären Geistes, als Folge mangelnder Aufklärung verharmlost." Jochmann S.500. Zur gleichen Problematik siehe auch Donald L. Niewyk: Socialist, Anti-Semite, and Jew. German Social Democracy Confronts the Problem of Anti-Semitism 1918-1933. Baton Rouge 1971; Hans-Helmuth Knütter: Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918-1933. Düsseldorf 1971

334 Mosse, Niedergang, S.32-33

335 Fr. Volksblatt, 17.12.1919, S.2

336 Flade, Diktatur, S.86

337 Flade, Diktatur, S.86-87. Informationen über den Aktionsausschuß stellte mir freundlicherweise Joachim Kletzin zur Verfügung, der an einer Dissertation über die Gewerkschaftsbewegung im Würzburg der Weimarer Republik arbeitet. Zur Protestkundgebung vgl. Fr. Volksfreund, 28.6. 1922, o. S.

338 Flade, Diktatur, S.87-89

339 BSAWü, Gestapostelle 164 (Akt Felix Freudenberger)

340 vgl. etwa die Spitzelberichte vom 28.11.1921 und vom 15.12.1922; BSAWü, Gestapostelle 164 (Akt Felix Freudenberger)

341 Loew, Schönhoven S.166

342 Flade, Diktatur, S.95-96

343 vgl. die im ersten Abschnitt des Kapitels wiedergegebene Äußerung des "Marktbreiter Wochenblatts" nach dem Ellendt-Prozeß

344 Fr. Volksfreund, 13.11.1922, o. S.

345 zur Mitwirkung liberaler Persönlichkeiten im Würzburger Reichsbanner vgl. BSAWü, Regierung von Unterfranken 13740: Brief des Stadtrats Würzburg an die Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg vom 6. 8.1924; zum Würzburger Reichsbanner allgemein: Kletzin S.78; Flade, Diktatur, S.89-93

346 BSAWü, Gestapostelle 8829 (Akt Herbert Nußbaum)

347 BSAWü, Gestapostelle 8837 (Akt Max Nußbaum). Die Äußerungen beziehen sich eindeutig auf Max Nußbaums Sohn Herbert. Im Juni 1936 emigrierte Herbert N. nach Palästina; Personenkartei (Herbert Nußbaum)

Kap. IX (Antisemitismus), S.297-301

348 Personenkartei. Vgl. die pers. Mitt. Kurt Freudenthals, Würzburger Juden seien im Reichsbanner "nicht sehr aktiv" gewesen (Brief)

349 Paucker S.453. Reichsbanner und Centralverein arbeiteten zeitweise eng zusammen. So verteilte das Reichsbanner beispielsweise neutral aufgemachte Abwehrmaterialien des C.V.; Paucker S.452

350 BSAWü, Gestapostelle 164 (Akt Felix Freudenberger): Bericht des Staatspolizeiamts Nürnberg-Fürth vom 10.11.1926

351 ebd.

352 WGA, 12.11.1919, S.2; Bayer. Landeszeitung, 20.5.1920, S.1

353 Bayer. Landeszeitung, 20.5.1920, S.1

354 WGA, 11.6.1919, S.5

355 WGA, 12.6.1919, S.3

356 WGA, 12.6.1919, S.4

357 Wiener S.290

358 Wiener S.292

359 WGA, 27.10.1932, S.3

360 Wiener S.297

361 C.V.-Zeitung, 24.7.1924, S.449

362 Jochmann S.496

363 Wiener S.293

364 vgl. beispielsweise C.V.-Zeitung, 24.4.1925, S.301. Das Blatt fand eine Grußadresse Löfflers anläßlich einer VBIG-Tagung in Würzburg so ungewöhnlich und "wohltuend", daß es die Rede unter der Überschrift "Seltene Worte" in voller Länge abdruckte

365 vgl. die Passagen über den Habima - Skandal im letzten Abschnitt des Kapitels

366 Fr. Volksblatt, 8.10.1928, S.1; 23.10.1928, S.1; 5.11.1928, S.1; 21.11.1928, S.1. Die meisten Artikel Leiers sind mit dem Kürzel "H.L." gezeichnet

367 Fr. Volksblatt, 31.10.1928, S.1

368 Fr. Volksblatt, 30.11.1928, S.1

369 Fr. Volksblatt, 14.10.1930, S.1

370 Fr. Volksblatt, 11.11.1930, S.1

371 Fr. Volksblatt, 21.4.1932, S.3

372 Der Stürmer, Oktober 1929, o. S.

373 WGA, 17.4.1931, S.3

374 Die Flamme, 7.11.1929, o. S., im Akt BSAWü, Gestapostelle 5887 (Akt Heinrich Leier)

375 WGA, 5.1.1931, S.3-4; vgl. auch WGA, 14.10.1930, S.3. Zu Leier aus-

Kap. IX (Antisemitismus), S.301-306

führlich: Klaus Wittstadt: "Domkapitular Heinrich Leier (1876-1948). Der Hauptschriftleiter des Fränkischen Volksblattes im Kampf gegen den Nationalsozialismus". In: Würzburger Diözesan-Geschichtsblätter, Bd.39, 1977, S.255-261

376 Richarz, Kaiserreich, S.37

377 pers. Mitt. Paula Ringart-Oistrach (Brief), Margaret Rosenthal (Brief), Kurt Freudenthal (Brief)

378 pers. Mitt. Walter E. Riesenfeld (Brief)

379 pers. Mitt. Simon Nathansen (Brief)

380 WGA, 6.8.1930, S.4; 7.4.1932, S.3-4; 17.10.1932, S.4

381 WGA, 25.11.1930, S.4

382 WGA, 2.12.1930, S.4

383 Richarz, 1918-1945, S.29

384 pers. Mitt. Herbert A. Strauss (Gespräch)

385 pers. Mitt. Walter E. Riesenfeld (Gespräch)

386 vgl. WGA, 9.12.1929, S.3; Spitznagel, Wähler und Wahlen, Tabelle B7, o. S., Tabelle B8, o. S.

387 Niewyk, Jews, S.84-86

388 Ruppin, Bd.2, S.48

389 vgl. etwa CAHJP, WR 479, S.55

390 CAHJP, WR 481, S.67

391 CAHJP, WR 482 b, S.269. Vgl. die pers. Mitt. von Herbert A. Strauss: "Bestimmte Geschäfte hat man gemieden, weil man wußte, daß der Inhaber Antisemit war und den Juden nicht gern etwas verkaufte" (Gespräch) und von Otto Haas: "Es war wohl selbstverständlich, daß man eine Buchhandlung [Perschmann] in der Nähe der Neubaukirche, die antisemitische Literatur und den 'Stürmer' ausstellte, oder ein Lokal [Würzburger Hof], in dem Hitler abstieg, nicht aufsuchte" (Brief)

392 CAHJP, WR 480, S.25-27

393 CAHJP, WR 480, S.33

394 pers. Mitt. anon. (Brief). Ähnlich die pers. Mitt. von William G. Niederland: "Es wurde einem auf der Straße 'Judenstinker' nachgerufen" (Gespräch) und von Michael Berney: "Vor der Machtergreifung war es üblich, Ausdrücke wie 'Judenstinker' zu hören" (Brief)

395 pers. Mitt. Helen Feingold (Brief)

396 Riess S.23

397 pers. Mitt. Paula Eppstein (Brief)

398 pers. Mitt. Kurt Frank (Brief). Vgl. zum Realgymnasium auch die pers. Mitt. von William G. Niederland: "In der dritten oder vierten Klasse hieß es damals, daß ein neuer Schüler aus dem Rheinland namens Zielowski oder Zielinski kommen würde. Da hörte man schon in der ganzen

Kap. IX (Antisemitismus), S.306-309

Klasse: 'Ah, der wird ja hier wieder stinken.' Und dann kam dieser Schüler nach acht Tagen wirklich an, und es stellte sich heraus, daß er kein Jude, sondern ein guter Katholik war. Da kam der Antisemitismus schon direkt heraus; das blieb nicht immer unterschwellig." (Gespräch)

399 pers. Mitt. Esther Fried (Brief)

400 pers. Mitt. Simon Nathansen (Brief). Vgl. die pers. Mitt. von William G. Niederland: "Wir gehörten dem Naturheilverein an. Mein Vater hieß Abraham mit Vornamen, und als ich mich bei dem Verein zum Schwimmen anmeldete und gefragt wurde: 'Wie heißt dein Vater?', da antwortete ich: 'Albert' oder 'Adolf' - damals gab es noch keinen Adolf Hitler -, weil ich wußte, daß der Name Abraham oder Samuel antisemitische Bemerkungen herbeiführt." (Gespräch)

401 pers. Mitt. Herbert D. Norton (Brief)

402 pers. Mitt. anon. (Brief)

403 Ludwig Hammelburger: "Welche Forderungen stellen wir an den jüdischen Geschichtsunterricht und seine Lehrmittel". In: Mitteilungen des Israelitischen Lehrervereins für Bayern, Nr.6, S.13, in: BIG, 22.6.1927

404 CAHJP, WR 482 d, S.199

405 CAHJP, WR 482, S.184

406 CAHJP, WR 482 d, S.199

407 pers. Mitt. Paula Eppstein (Brief)

408 pers. Mitt. Anne D. Schwabacher (Brief)

409 pers. Mitt. Margaret Rosenthal (Brief)

410 pers. Mitt. Otto Haas (Brief), John McIntyre (Brief)

411 pers. Mitt. Simon Nathansen (Brief)

412 pers. Mitt. Herbert A. Strauss (Gespräch). Die Äußerungen beziehen sich auf das Bürgertum, also jene Gruppe, der Strauss selbst entstammt

413 ebd.

414 pers. Mitt. Paula Eppstein (Brief)

415 CAHJP, WR 478, S.151-152

416 pers. Mitt. William G. Niederland (Brief)

417 pers. Mitt. William G. Niederland (Gespräch)

418 Schultz S.28

419 Weltsch S.551

420 pers. Mitt. Herbert A. Strauss (Gespräch)

421 Paucker S.419-420

422 CAHJP, WR 482 b, S.325-326. Die Diskussion fand kurz nach dem im letzten Abschnitt geschilderten Habima-Skandal statt

Kap. IX (Antisemitismus), S.309-313

423 vgl. die Passagen über den Habima-Skandal im letzten Abschnitt des Kapitels

424 CAHJP, WR 482 c, S.49

425 CAHJP, WR 482 c, S.57-58

426 CAHJP, WR 521

427 CAHJP, WR 482 c, S.59. Ob die Verantwortlichen des "Wochenblatts" auf dieses Ansinnen eingingen, ist nicht bekannt

428 CAHJP, WR 478, S.368

429 BSAWü, Gestapostelle 11141 (Akt Karl Rosenthal): Bericht aus dem Jahr 1935

430 ebd.

431 BSAWü, Gestapostelle 11141 (Akt Karl Rosenthal): Bericht von 1936

432 ebd.

433 Paucker S.413

434 zit. bei Paucker S.413

435 Paucker S.415

436 Paucker S.415, S.424

437 WGA, 30.7.1919, S.4

438 WGA, 19.5.1928, S.8

439 ebd.

440 WGA, 4.12.1928, S.6

441 WGA, 1.5.1929, S.20. Vgl. zu beiden Anzeigen den letzten Abschnitt des Kapitels

442 pers. Mitt. Otto Haas (Brief)

443 BSAWü, Landratsamt Karlstadt 6205: Lagebericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 27.12.1924, S.10-11. Bezeichnenderweise wurden sowohl C.V. als auch R.j.F. in den Lageberichten in der Abteilung "Linksbewegung" behandelt

444 Vertraulicher Tätigkeitsbericht des Syndikus des C.V.-Landesverbandes Bayern vom April 1923, im Akt BSAWü, Gestapostelle 11141 (Akt Karl Rosenthal)

445 BSAWü, Gestapostelle 11141 (Akt Karl Rosenthal): Brief an einen C.V.-Funktionär in Königshofen im Grabfeld vom 5.4.1923

446 ebd.: Brief vom 18.4.1923

447 ebd.

448 CAHJP, WR 480, S.70

449 Vertraulicher Tätigkeitsbericht des Syndikus des C.V.-Landesverbandes Bayern vom April 1923, im Akt BSAWü, Gestapostelle 11141 (Akt Karl Rosenthal)

Kap. IX (Antisemitismus), S.313-316

450 Paucker S.451. Vgl. die pers. Mitt. von Simon Nathansen: "Vor 1933 waren die meisten Juden bei der Demokratischen Partei und versuchten alles, auch bei den Wahlen, gegen die NSDAP und gegen die Deutschnationalen zu kämpfen" (Brief); ähnlich eine pers. Mitt. von Kurt S. Adler (Brief)

451 BSAWü, Gestapostelle 164 (Akt Felix Freudenberger): Spitzelbericht vom 18.12.1922

452 ebd.: Spitzelbericht vom 28.11.1921

453 ebd.: Spitzelbericht vom 5.2.1924

454 Paucker S.441

455 pers. Mitt. Otto Haas (Brief)

456 Reinharz S.XXVIII

457 ebd.

458 zit. nach Reinharz S.333. Vgl. zum C.V. auch die eher skeptische Äußerung von Herbert A. Strauss: "The C.V.'s perception of anti-Semitism remained primarily rationalistic and intellectual: Those who hated the Jews did not know them or, at best, did not want to know the whole, good, truth about them. Conflicts in society were essentially conflicts between inadequately enlightened individuals, not social groups. The Jewish group, as a group, had no conflicts with the Christian group in Germany: if the anti-Semite claimed to see such a conflict, it was due to stereotyping and propaganda. Whatever shortcomings may have existed among Jews in terms of German national values were due to the discrimination and barbarities committed by medieval Gentiles in the deep recesses of history. Again, the Nazi identification of actions by individual Jews with the whole Jewish group ('typically Jewish') forced the C.V. either to preach the folly of stereotyping, or to disavow individual Jews, i.e. try to persuade especially Jewish radical left-wing journalists, or far-out artists who offended German middle-class propriety, to 'moderate' their behavior to become 'more dignified' in the interest of the Jewish image - another unenviable propaganda dilemma." Herbert A. Strauss: "Jewish Reactions to the Rise of Anti-Semitism in Germany". In: Herbert A. Strauss (Hrsg.): Conference on Anti-Semitism. Papers delivered at the Fourth Lerntag of the American Federation of Jews from Central Europe, Inc.,New York City, March 23, 1969. New York 1969, S.15

459 WGA, 23.1.1923, S.2

460 BSAWü, Gestapostelle 11141 (Akt Karl Rosenthal): Veranstaltungsmitschrift S.2

461 WGA, 23.1.1923, S.2

462 Fr. Volksblatt, 23.1.1923, S.2

463 BSAWü, Gestapostelle 11141 (Akt Karl Rosenthal): Veranstaltungsmitschrift S.4

464 ebd. S.7

465 ebd. S.8

Kap. IX (Antisemitismus), S.316-320

466 Eva G. Reichmann: "Diskussionen um die Judenfrage 1930-1932". In: Mosse, Entscheidungsjahr, S.512

467 BSAWü, Gestapostelle 11141 (Akt Karl Rosenthal): Veranstaltungsmitschrift S.11-12

468 ebd. S.16

469 ebd. S.17

470 WGA, 23.1.1923, S.2

471 Fr. Volksblatt, 23.1.1923, S.3

472 Vertraulicher Tätigkeitsbericht des Syndikus des C.V.-Landesverbandes Bayern vom April 1923, im Akt BSAWü, Gestapostelle 11141 (Akt Karl Rosenthal)

473 Ausführliche Berichte in WGA, 23.3.1924, S.3; Fr. Volksfreund, 26.3.1924, o. S.

474 WGA, 28.11.1924, S.3

475 C.V.-Zeitung, 15.10.1926, S.347-349; Central-Vereins-Dienst, 26.11.1926, S.83; WGA, 13.10.1926, S.3. Die Veranstaltung stand unter dem Motto "Bekenntnis zu Deutschtum und Judentum" und fand aus Anlaß der C.V.-Tage in Bayern statt

477 Interne Veranstaltungen fanden allerdings weiterhin statt, so im Dezember 1932 zum Thema "Judentum, Staat und Menschheit"; Jüdisches Wochenblatt, 9.12.1932, S.72

478 vgl. zur Gründungsphase Ulrich Dunker: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919-1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins. Düsseldorf 1977, S.27-31

479 Richarz, 1918-1945, S.37

480 Paucker S.417

481 C.V.-Zeitung, 8.2.1929, S.72

482 Reichmann, Bewußtseinswandel, S.516-517; Werner T. Angress: "The German Army's 'Judenzählung' of 1916. Genesis - Consequences - Significance". In: YB LBI, Jg.22, 1978, S.117-135

483 Reichmann, Bewußtseinswandel, S.517

484 zit. nach Reichmann, Bewußtseinswandel, S.581

485 CAHJP, WR 478, S.6

486 CAHJP, WR 563: Aufruf "Kriegsstatistik betr." vom 16.11.1919

487 ebd.

488 CAHJP, WR 575

489 StAWü, o. Sign.

490 Salia-Kriegsberichte, Beilage, März 1921, S.11

491 Paucker S.482; Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (Hrsg.): Die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen, 1914-1918. Berlin 1932

Kap. IX (Antisemitismus), S.320-325

492 Paucker S.483

493 CAHJP, WR 482 d, S.204

494 CAHJP, WR 1091: Brief der R.j.F.-Ortsgruppe an die Kultusverwaltung vom 12.12.1932

495 CAHJP, WR 1091

496 Der Schild, 26.11.1931, S.176

497 Paucker S.417; Dunker S.57-69

498 CAHJP, WR 1091: Brief des R.j.F. an die Kultusverwaltung vom 2.3.1931

499 CAHJP, WR 482 c, S.141; Der Schild, 10.3.1932, S.37

500 Grieb-Lohwasser S.50

501 CAHJP, WR 1091: Brief der R.j.F.-Ortsgruppe an die Kultusverwaltung vom 12.12.1932

502 Der Schild, 27.10.1932, S.158

503 Der Schild, 13.10.1932, S.145

504 WGA, 19.3.1921, S.13. Zu Esser vgl. Joachim C. Fest: Hitler. Eine Biographie. Frankfurt a.M., Berlin, Wien 1973, S.200; Franz-Willing S.142

505 Zitate aus dem Protokoll der Gründungsversammlung, das im Faksimile abgedruckt ist in dem Artikel "⌈Fünfzehn⌋ 15 Jahre Ortsgruppe der NSDAP. Ein Rückblick über die Entstehung und Entwicklung von Alt-Parteigen. ⌈!⌋ Koch". In: Mainfränkischer Kalender 1939, S.64-67. Zur Frühgeschichte der Würzburger NSDAP vgl. Flade, Diktatur, S.29-34

506 "⌈Fünfzehn⌋ 15 Jahre Ortsgruppe Würzburg...", S.64

507 WGA, 27.4.1923, S.5

508 WGA, 28.4.1923, S.2

509 Fr. Volksfreund, 23.4.1923, o. S.

510 Fr. Volksfreund, 27.1.1925, o. S.

511 ebd.; Flade, Diktatur, S.63-64

512 "⌈Fünfzehn⌋ 15 Jahre Ortsgruppe Würzburg...", S.66

513 Hambrecht S.55

514 aus einem zeitgenössischen Polizeibericht zit. nach Hambrecht S.57

515 ebd.

516 "⌈Fünfzehn⌋ 15 Jahre Ortsgruppe Würzburg...", S.66

517 dazu ausführlich Flade, Diktatur, S.54-57; Fr. Volksfreund, 24.9.1930, o. S.

518 Krebs S.202-203

519 Gordon S.391, S.524-525; Spindler S.483

520 BSAWü, Landratsamt Karlstadt 6205: Lagebericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 22.7.1924, S.32. Im Herbst dieses Jahres besuchte Andrea Ellendt mehrere mittelfränkische Ortsgruppen des Ehrhardt-treuen

Kap. IX (Antisemitismus), S.325-330

Bundes Blücher. Im Gegensatz zu Hellmuth hatte sie sich also nicht von Ehrhardt abgewandt. Danach verlieren sich ihre Spuren endgültig; BSAWü, Landratsamt Karlstadt 6205: Lagebericht... vom 15.10.1924, S.23. Den Hinweis auf die an alle Landratsämter geschickten, jedoch nur in Karlstadt vollständig erhaltenen Berichte der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth verdanke ich Gerhard Gradenegger

521 Flade, Diktatur, S.61-62; Spitznagel, Wähler und Wahlen, Tabelle A3, o. S.

522 Jüdisches Echo, 15.4.1924, S.21-22

523 C.V.-Zeitung, 17.4.1924, S.206. Das C.V.-Blatt nahm die Wahlen zum Anlaß zweier ausführlicher Artikel

524 WGA, 1.5.1924, S.3

525 ebd.

526 Spindler S.485

527 Bundesarchiv Koblenz, Reichskanzlei R 43 I/2193, S.143-145

528 ebd., S.145; BIG, 14.4.1925, S.38

529 Würzburger Wohnungsbuch 1928, Abt.III, S.8

530 WGA, 28.11.1924, S.3

531 "/Fünfzehn/ 15 Jahre Ortsgruppe...", S.67

532 Die Sturmfahne, Nr.5, Februar 1926, S.3, im Akt BSAWü, Landratsamt Mellrichstadt 155. Den Hinweis auf dieses Exemplar der "Sturmfahne" verdanke ich Thomas Reuß. Vgl. Ophir, Wiesemann S.437

533 WGA, 14.11.1925, S.3

534 Würzburger Chronik 1933-1938. Würzburg 1939, S.65

535 Fr. Volksfreund, 21.4.1927, o. S.

536 BSAWü, Gestapostelle 974 (Akt Otto Hellmuth). Nach Lohalm,S.311, ging Frankenland 1925 in der NSDAP auf. Zum Bundestag in Würzburg vgl. BSAWü, Landratsamt Karlstadt 6206: Lagebericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 31.7.1925, S.11

537 Die Flamme, November 1928, S.2, im Akt BSAWü, Landgericht Würzburg 199

538 ebd.

539 Bundesarchiv Koblenz, Reichskanzlei R 43 I/2193, S.184; Bayer. Hauptstaatsarchiv München, MA 100403: Briefe des Ersten Staatsanwalts beim Landgericht Bamberg an den Oberstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Bamberg (9.2.1927; 6.7.1927; 19.12.1927). Mölter wurde nach 1933 Kulturreferent des NSDAP-Gaues Mainfranken und Herausgeber des "Mainfränkischen Kalenders"

540 WGA, 4.12.1928, S.6

541 Der Stürmer, März 1929, o. S., zit.nach BIG, 1.5.1929, S.137. Der jüdische Bevölkerungsanteil in Hofheim lag bei 5 %; Führer 1932/1933, S.287

Kap. IX (Antisemitismus), S.330-332

542 August Rohling: Die Polemik und das Menschenopfer des Rabbinismus. Paderborn 1883; ders.: Meine Antworten an die Rabbiner. Oder Fünf Briefe über den Talmudismus und das Blutritual der Juden. Prag 1883. Das bekannteste antisemitische Pamphlet Rohlings erschien 1871 in Münster unter dem Titel: Der Talmudjude. Zur Beherzigung für Juden und Christen aller Stände dargestellt

543 Fred Rausch: "Das Judenmotiv. Frevelsagen in Franken und ihre Entstehung". In: Wolfgang Brückner (Hrsg.): Maria Buchen. Eine fränkische Wallfahrt. Würzburg 1979, S.59. Bei dem Ort handelt es sich um Euerfeld. Vgl. zur gleichen Thematik die pers. Mitt. von William G. Niederland: "Zu Beginn der Weimarer Republik, es muß 1918 oder 1919, spätestens 1920, gewesen sein, hatten wir eine Zugehfrau aus dem Mainviertel, die ein- oder zweimal in der Woche kam, um sauberzumachen. Im Winter mußte sie auch die Kohlen aus dem Keller heraufholen. Ich erinnere mich, daß diese einfache, ehrsame Frau sagte: 'Im Keller war ich schon einmal gewesen, da gehe ich nicht gern hinunter, um Kohlen zu holen; es sah mir aus, als ob da abgeschnittene Kinderköpfe liegen.' Da kam schon die Ritualmordlüge ins Spiel. Sie hatte wohl Kartoffeln und Holzscheite oder Winteräpfel gesehen und machte daraus in ihrer Phantasie, dieser höchst gefährlichen Phantasie, abgeschnittene Kinderköpfe." (Gespräch) Daß die in engstem Zusammenhang mit dem "Ritualmord"-Vorwurf stehende Behauptung, Juden benötigten für die Mazzotherstellung Christenblut, auch heute noch in Unterfranken verbreitet ist, belegt ein Artikel, der am 14.10.1983 in der Bad Kissinger "Saale-Zeitung" erschien. Als der "Feierabendkreis" der evangelischen Pfarrei Zeitlofs "Erinnerungen über Sitten und Bräuche der Juden" auffrischte, berichtete einer der Teilnehmer, in den Mazzoteig sei "ein Tropfen Christenblut verarbeitet worden". Die Zeitung gab die Behauptung kommentarlos an die Leser weiter; Saale-Zeitung, 14.10.1983, S.16. Außerdem hieß es in dem Artikel: "Habe sich der Tod vor dem Sabbat hinausgezögert, sei der Sterbende in den Sarg gelegt und in die Ecke gestellt, manchmal auch 'gekrüpst' (geköpft) worden." Vgl. den Leserbrief zu dem Artikel: Saale-Zeitung, 25.11.1983, S.21

544 Bayer. Hauptstaatsarchiv München, MInn 73725: Stimmungsbericht über die Versammlung (2.4.1929)

545 Fr. Volksblatt, 18.4.1929, S.1

546 Fr. Volksblatt, 18.4.1929, S.1. Ein Leserbrief setzte sich am nächsten Tag im "Boten vom Haßgau" mit dem Artikel auseinander und betonte die Verantwortung von Kreisregierung und Staatsanwaltschaft, die ebenfalls "kein ernsthaftes Wort" gegen den Ritualmord-Vorwurf gesprochen hätten; Bote vom Haßgau, 19.4.1929, o. S.

547 BIG, 1.5.1929, S.137

548 Fr. Volksblatt, 15.4.1929, S.1

549 BIG, 1.5.1929, S.138-139

550 vgl. beispielsweise WGA, 1.5.1929, S.20

551 Jüdisches Echo, 10.5.1929, S.294

552 ebd.

Kap. IX (Antisemitismus), S.332-336

553 Privatbesitz Cordula Kappner, Haßfurt

554 Das zitierte Exemplar der "Hilfe" stellte mir freundlicherweise Cordula Kappner zur Verfügung. An Stelle des "Marktbreiter Wochenblatts", das 1924 sein Erscheinen eingestellt hatte, schuf Hellmuth in den folgenden Jahren verschiedene, meist kurzlebige Kampfblätter, die, unter Titeln wie "Der Franke", "Die Sturmfahne", "Die Mainzeitung" oder eben "Die Hilfe", aus aktuellen Anlässen erschienen, meist vor Wahlen; vgl. Franz Dülk: Würzburger Tagespresse, 1900-1945. 2 Bde. München 1955, S.256

555 Auch diese undatierte Schrift verdanke ich Cordula Kappner

556 Bayer. Hauptstaatsarchiv München, MInn 73725. Karl Rosenthal hatte deswegen namens des C.V. noch am Tag der Veranstaltung deren Verbot durch das Innenministerium erbeten; der Antrag ging zu spät ein

557 WGA, 6.5.1929, S.8

558 C.V.-Zeitung, 17.5.1929, S.261

559 ebd.

560 ebd. Hehn hatte den katholischen Standpunkt zur Ritualmordfrage darlegen sollen

561 WGA, 7.5.1929, S.3

562 C.V.-Zeitung, 17.5.1929, S.262

563 WGA, 7.5.1929, S.3; Deutsche Israelitische Zeitung, 23.5.1929, S.2

564 Fr. Volksblatt, 5.11.1929, S.2

565 BIG, 1.1.1930, S.5

566 Paucker S.446. In den Jahren 1934 und 1937 griff "Der Stürmer" den Manauer Fall nochmals propagandistisch auf. Die Würzburger Gestapo schaltete sich ein, verhaftete mehrere jüdische "Verdächtige" und ermittelte in der Hofheimer Gegend. Im Juli 1938 wurde das Verfahren von der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg "wegen Mangels an Beweisen" endgültig eingestellt; Ophir, Wiesemann S.22

567 Loew, Schönhoven S.168; WGA, 9.12.1929, S.3

568 BIG, 1.2.1930, S.37

569 ebd.

570 Richarz, 1918-1945, S.89

571 BIG, 7.8.1926, S.215

572 C.V.-Zeitung, 16.7.1926, S.383

573 BIG, 7.8.1926, S.215. Das Schreiben des VBIG trug den Titel: Zur Schächtfrage. Vorstellung des Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden und der Bayerischen Rabbinerkonferenz vom 10. Mai 1926 zum Antrag des Münchener Tierschutzvereins an den Bayerischen Landtag auf Verbot des betäubungslosen Schächtens. München 1926

574 C.V.-Zeitung, 16.7.1926, S.383; BIG, 7.8.1926, S.216

Kap. IX (Antisemitismus), S.336-342

575 C.V.-Zeitung, 16.7.1926, S.383

576 ebd.

577 CAHJP, WR 561

578 ebd.

579 Margaret T. Edelheim-Muehsam: "The Jewish Press in Germany". In: YB LBI, Jg.1, 1956, S.175

580 C.V.-Zeitung, 16.7.1926, S.383

581 Bundesarchiv Koblenz, Reichskanzlei R 43 I/2192, S.64-67, S.85

582 BIG, 8.3.1927, S.73

583 ebd.

584 Rituelles Schlachten und Betäubung. Eingabe des Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden an den Bayerischen Landtag vom 14. Mai 1929 zum Antrag bayerischer Tierschutzvereine an den Bayerischen Landtag vom Februar 1929 auf Durchführung des Landtagsbeschlusses über die Betäubung der Schlachttiere. München 1929

585 C.V.-Zeitung, 31.1.1930, S.50; BIG, 1.2.1930, S.37-39

586 C.V.-Zeitung, 31.1.1930, S.50

587 BIG, 1.2.1930, S.37-39

588 Jüdisches Echo, 7.2.1930, S.73

589 ebd.

590 ebd., S.74

591 Personenkartei (Benno Strauß, Julius Ullmann)

592 Richarz, 1918-1945, S.86

593 Heiber S.181-182

594 Richarz, 1918-1945, S.86-87

595 Richarz, 1918-1945, S.87

596 ebd.

597 Fr. Volksblatt, 24.3.1930, S.3

598 CAHJP, WR 482 b, S.258-259. Zur Diskussion nach 1945 um Schächten und Tierschutz vgl. auch Wilhelm Weinberg: "Neuer 'Tierschutz' in Bayern. Die Forderung nach dem Schächtverbot". In: Berliner Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, 6.7.1951, S.11, S.15; "Rituelles Schlachten kein Privileg". In: Main-Post, 12.1.1982, S.13

599 BIG, 1.10.1932, S.294

600 BIG, 1.10.1932, S.295

601 BVP: 19290 Stimmen, SPD: 11053, NSDAP: 9617, KPD: 3219, DVP: 1338, DNVP: 1063 Stimmen; Loew, Schönhoven S.166-167

602 WGA, 14.10.1930, S.3

603 WGA, 7.1.1930, S.3

Kap. IX (Antisemitismus), S.342-346

604 vgl. zu Habima und "Dybuk": Jüdisches Echo, 3.2.1928, S.75; Elsbeth Meyer-Neumann: "Aus der Gedankenwelt des Dibbuk". In: Der Morgen, Jg.2, 1926, S.499-506; Siegfried Schmitz: "Habimah. Versuch hebräischer Bühnenkunst". In: Menorah. Jüdisches Familienblatt für Wissenschaft, Kunst und Literatur, Jg.3, 1926, S.464-466

605 Eine detaillierte Darstellung aller mit der folgenden Vorstellung in Zusammenhang stehenden Ereignisse bietet der Aufsatz von Hans Steidle: "Der Habima-Skandal in Würzburg 1930/31". In: Mainfränkisches Jahrbuch, Jg.35, 1983, S.152-210

606 Steidle S.161

607 ebd.

608 zu den Ereignissen vor dem Theater vgl. Fr. Volksfreund, 20.11.1930, o. S.; Fr. Volksblatt, 20.11.1930, S.3; Neue Bayerische Landeszeitung, 20.11.1930, S.2; Fr. Volksfreund, 4.2.1931, o. S.; WGA, 20.11.1930, S.3; Jüdisches Echo, 5.12.1930, S.697; Steidle S.165-168

609 pers. Mitt. Paula Eppstein (Brief)

610 WGA, 26.11.1930, S.4

611 Deutsche Israelitische Zeitung, 11.12.1930, S.9

612 WGA, 4.2.1931, S.3. Abkürzungen im Original

613 ebd.

614 Fr. Volksfreund, 4.2.1931, o. S.

615 pers. Mitt. Paula Eppstein (Brief)

616 Neue Bayer. Landeszeitung, 20.11.1931, S.2

617 WGA, 20.11.1930, S.3

618 Fr. Volksblatt, 20.11.1931, S.3

619 Fr. Volksfreund, 20.11.1930, o. S.; vgl. auch Steidle S.170-172. Angesichts der ausführlichen und überaus kritischen Berichterstattung von "Volksblatt", "Volksfreund" und "Landeszeitung" erscheint die Behauptung bei Ophir, Wiesemann, S.437, der Vorfall sei in der lokalen Presse "nur am Rande erwähnt" worden, unberechtigt

620 WGA, 21.11.1930, S.3

621 ebd.

622 ebd.; vgl. zur Sitzung Steidle S.172-174

623 CAHJP, WR 482 b, S.319; WGA, 24.11.1930, S.5

624 CAHJP, WR 482 b, S.319

625 BSAWü, Gestapostelle 11141 (Akt Karl Rosenthal)

626 Bayer. Hauptstaatsarchiv München, MInn 73725. Die Selbstschutz-Organisation wies wahrscheinlich personelle Verbindungen zur Jungjüdischen Vereinigung auf, war möglicherweise sogar mit ihr identisch

627 Jüdisches Echo, 5.12.1930, S.706

628 Jüdisches Echo, 5.12.1930, S.698

Kap. IX (Antisemitismus), S.346-350

629 WGA, 29.11.1930, S.3

630 WGA, 15.12.1930, S.3

631 CAHJP, WR 482 b, S.345-346

632 WGA, 13.12.1930, S.4. Der Artikel wurde durch die Worte "Man schreibt uns:" eingeleitet

633 WGA, 4.2.1931, S.3; WGA, 5.2.1931, S.4; vgl. zum Prozeß die ausführliche Darstellung bei Steidle S.177-187

634 WGA, 5.2.1931, S.4

635 ebd.

636 Fr. Volksfreund, 6.2.1931, o. S.; BSAWü, Landgericht Würzburg, Staatsanwaltschaft 207

637 WGA, 6.2.1931, S.4

638 Die Freiheit, 13.3.1931, o. S., im Akt BSAWü, Landgericht Würzburg, Staatsanwaltschaft 207

639 Völkischer Beobachter, 13.2.1931, S.3. Die Formulierungen stammen aus der Artikelüberschrift. Im Text wurde die Strafe korrekt wiedergegeben. Vgl. zur nationalsozialistischen Reaktion auf das Urteil Steidle S.189-192

640 Jüdisches Echo, 13.2.1931, S.102

641 BSAWü, Landgericht Würzburg, Staatsanwaltschaft 207: Bericht über die Versammlung der NSDAP am 6. März 1931 im Huttengarten vom 7.3. 1931

642 WGA, 7.3.1931, S.3

643 BSAWü, Landgericht Würzburg, Staatsanwaltschaft 207: Bericht über die Versammlung der NSDAP am 6. März 1931 im Huttengarten vom 7.3. 1931

644 WGA, 12.3.1931, S.4

645 Die Freiheit, 13.3.1931, o. S., im Akt BSAWü, Landgericht Würzburg, Staatsanwaltschaft 207

646 Wie von anderen Kampfblättern existieren auch von der "Freiheit" nur einzelne Exemplare, meist in den Akten der Würzburger Staatsanwaltschaft

647 Die Freiheit, 13.3.1931, S.1-2, im Akt BSAWü, Landgericht Würzburg, Staatsanwaltschaft 207

648 Die Freiheit, 3.4.1931, S.1, im Akt BSAWü, Landgericht Würzburg, Staatsanwaltschaft 224

649 WGA, 23.4.1931, S.3

650 Völkischer Beobachter, 15.3.1933, S.3

651 Die Freiheit, 3.7.1931, S.1, im Akt BSAWü, Landgericht Würzburg, Staatsanwaltschaft 229

652 Die Freiheit 21.8.1931, o. S., zit nach BSAWü, Landgericht Würzburg,

Kap. IX (Antisemitismus), S.350-354

Staatsanwaltschaft 212: Brief der Staatsanwaltschaft für den Landgerichtsbezirk Würzburg an den Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Bamberg vom 22.12.1931

653 ebd.

654 ebd.; Fr. Volksfreund, 1.12.1931, o. S.

655 CAHJP, WR 482 c, S.225

656 CAHJP, WR 482 c, S.226-227

657 Die Freiheit, 25.9.1931, o. S., im Akt BSAWü, Landgericht Würzburg, Staatsanwaltschaft 213

658 BSAWü, Landgericht Würzburg, Staatsanwaltschaft 213. Alfred Rosenblatt emigrierte im Oktober 1934 mit seiner Familie nach Palästina; Personenkartei (Alfred Rosenblatt)

659 Fr. Volksblatt, 27.11.1931, S.3

660 so der Titel eines von Werner E. Mosse herausgegebenen Sammelbandes "Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik"

661 Loew, Schönhoven S.166

662 Würzburger Chronik 1933-38, S.97

663 Würzburger Chronik 1933-38, S.65

664 Würzburger Chronik 1933-38, S.50

665 C.V.-Zeitung, 25.3.1932, S.121

666 BSAWü, Landgericht Würzburg, Staatsanwaltschaft 249

667 BSAWü, Landgericht Würzburg 203

668 ebd.

669 WGA, 10.5.1919, S.6

670 Jüdisches Wochenblatt, 20.1.1933, S.111-112

671 vgl. die Äußerung Karl Kautskys, Hitler werde die Massengefolgschaft verlieren, sobald sich seine Unfähigkeit zur Erfüllung seiner unerfüllbaren Versprechungen bewiesen habe, und dies werde bald genug geschehen; Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer, Gerhard Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung eines totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34. Köln, Opladen 1960, S.194

672 pers. Mitt. Henry Uhlfelder (Gespräch)

673 pers. Mitt. Anne D. Schwabacher (Brief)

674 pers. Mitt. Kurt Silberthau (Brief)

675 pers. Mitt. Kurt Frank (Brief)

676 pers. Mitt. Paula Eppstein (Brief). Paula E. wanderte noch 1933 in die Schweiz aus

677 Jüdisches Wochenblatt, 3.2.1933, S.124

Kap. IX (Antisemitismus), S.354-355

678 Jüdisches Wochenblatt, 3.2.1933, S.125

679 Jüdisches Wochenblatt, 10.3.1933, S.150

680 CAHJP, WR 482 e, S.43; vgl. auch WGA, 13.3.1933, S.3. Eine reichsweite Boykottaktion gegen jüdische Firmen, Ärzte und Rechtsanwälte fand erst am 1. April statt

Anmerkungen zu Kapitel X (Zusammenfassung), S.356-361

1 Harm-Hinrich Brandt: Hundert Jahre Kitzinger Synagoge. Zur Geschichte des Judentums in Mainfranken. Vortrag, gehalten am 11. September 1983 im Paul-Eber-Haus, Kitzingen = Mainfränkische Hefte, Heft 81, Würzburg 1984, S.5

2 Auch hinsichtlich der Berufs- und Sozialstruktur ist eine relative Ähnlichkeit zwischen jüdischer und nichtjüdischer Bevölkerung Würzburgs zu konstatieren. In Würzburg spielten gerade jene ökonomischen Bereiche eine große Rolle, in denen Juden stark vertreten waren, nämlich die freien Berufe und der Handel. Demgegenüber traten Industrie und Handwerk sowie Landwirtschaft zurück. Würzburg verfügte über ein breites, wohlhabendes Bürgertum. Bezeichnenderweise differierte die Erwerbsziffer zwischen bayerischer Gesamtbevölkerung und bayerischen Juden erheblich; für Würzburger Gesamtbevölkerung und Würzburger Juden war sie jedoch identisch.

3 Brandt S.7

4 Das Phänomen, daß überzeugte Antisemiten in ihrem Verhalten Juden gegenüber durchaus konziliant sein konnten, ist auch bei Memmel zu beobachten. Zwei Emigrantinnen, die Memmel als Schülerinnen an der Sophienschule erlebten, berichteten, sie hätten "keinerlei Anzeichen von Gehässigkeit" an ihrem Lehrer bemerkt und "erst später erfahren, daß er Antisemit war"; pers. Mitt. Ruth Koplowitz (Brief), Margaret Rosenthal (Gespräch)

5 Brandt S.20. Proteste nichtjüdischer Würzburger gegen die antijüdischen Maßnahmen während des Dritten Reiches hat es nur selten gegeben. Am tragischsten ist der Fall der Reformhaus-Inhaberin Hedwig Müller, die im Februar 1939 in einem privaten Gespräch Mitleid mit einer Jüdin äußerte, die sich umgebracht hatte, und ergänzte: "Es ist ja auch kein Wunder, wie sie mit den armen Juden umgehen. Pfui auf's Dritte Reich." Nach einer Denunziation wurde Hedwig Müller am 24. Februar 1939 von der Würzburger Gestapo verhört. Anschließend ging sie nach Hause, ordnete ihre persönlichen Angelegenheiten und erhängte sich. Auf dem Tisch ihres Wohnzimmers fand man einen Zettel mit der Aufschrift "Entweder bin ich verrückt oder die Menschen". BSAWü, Gestapostelle 8043 (Akt Hedwig Müller)

Quellen und Literatur

1. Unveröffentlichte Quellen

a. Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)

Akten aus dem Besitz der israelitischen Kultusgemeinde Würzburg

WR 456	Die Rabbinerwahl
WR 469	Trennung des Bezirksrabbinats und Rabbinatsverwesung
WR 471	Religiöse Entscheidungen des Distriktsrabbinats
WR 478	Protokolle 1917-1921
WR 479	Protokolle 1925
WR 480	Protokolle 1926
WR 481	Protokolle 1927
WR 482	Protokolle 1928
WR 482 a	Protokolle 1929
WR 482 b	Protokolle 1930
WR 482 c	Protokolle 1931
WR 482 d	Protokolle 1932
WR 482 e	Protokolle 1933
WR 493	Kopierbuch 1921-1924
WR 494	Kopierbuch 1923-1924
WR 498	Satzungen 1914-1937
WR 500	Anstellungen, Besoldungen und Pensionen
WR 506	Gemeindewahllisten vom 15.11.1931
WR 507	Gemeindewahllisten für Frauen
WR 508	Geschäftsordnung
WR 517	Sammelakt betr. die Verwaltung der Kultusgemeinde
WR 520	Anlage eines Gemeindearchivs in Zusammenarbeit mit dem VBIG
WR 521	Rabbinatsbezirks- und Lehrerangelegenheiten, Wahlen
WR 536	Eigentumsplätze in der Synagoge: Erwerbs- und Verkaufsurkunden
WR 537	Kataster über den Erwerb der Synagogenplätze
WR 546	Protokolle der Synagogenkommission
WR 563	Schächtgebühren
WR 575	Kriegsstatistik der Israelitischen Kultusgemeinde Würzburg (Buchstabe A-L)
WR 576	Mitgliederkartei (Buchstabe A-G)

WR 577 Mitgliederkartei (Buchstabe H-L)
WR 578 Mitgliederkartei (Buchstabe M-S)
WR 579 Mitgliederkartei (Buchstabe Sch-Z)
WR 580 Austritte aus dem Judentum
WR 625 Jahresrechnung (1928)
WR 626 Jahresrechnung (1929)
WR 629 Jahresrechnung (1932/33)
WR 688 Die von der Kultusgemeinde subventionierten Institutionen
WR 740 b Alphabetisches Verzeichnis der Kultusbeiträge 1920-1922
WR 741 Alphabetisches Verzeichnis... 1920-1922
WR 742 Alphabetisches Verzeichnis... 1919-1921
WR 751 Liste der Lohnsteuerpflichtigen
WR 756 a Die israelitische Religions- und Elementarschule
WR 757 Satzungen der israelitischen Elementarschule
WR 889 Staatszuschuß zur Lehrerbildungsanstalt
WR 889 a Verhandlungen zwischen der ILBA und der Ostjüdischen Gemeinschaft
WR 896 Personalakten (Amalie Unna)
WR 898 Israelitische Präparanden- und Bürgerschule in Höchberg
WR 902 Stiftungsurkunden
WR 908 Verzeichnis der von der Kultusgemeinde verwalteten Stiftungen
WR 928 Rechnungen der Hirsch-Berg'schen Aussteuerstiftung
WR 935 Rechnungen der Hirsch-Berg'schen Aussteuerstiftung
WR 975 Verwaltungsakten der Hirsch-Berg'schen Aussteuerstiftung
WR 1004 Hauptbuch der israelitischen Wanderunterstützungskasse (1925-1926)
WR 1023 Verteilungen an die Armen 1920-21
WR 1031 Rechnungsbelege des Wohltätigkeitsfonds
WR 1054 Verteilungsliste der Bruderschaft 1915-19
WR 1077 Israelitischer Frauenverein
WR 1083 Sammelakt des Israelitischen Frauenvereins
WR 1091 Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und Jungjüdische Vereinigung

Archiv Rabbiner Dr. Posner, Kiel

P 40/291 Druckschriften, Deutschland: Informationsblatt des Jüdischen Fortbildungsvereins Würzburg

Akten ohne Signatur

Verzeichnis der durch die Geheime Staatspolizei im November 1938 sichergestellten jüdischen Archivalien

b. Bayerisches Staatsarchiv Würzburg (BSAWü)

Gestapostelle Würzburg

2	Willi Adler
164	Felix Freudenberger
367	Karl Handburger
396	Siegmund Hanover
974	Otto Hellmuth
3270	Julius Katzmann
5666	Oskar Laredo
5887	Heinrich Leier
6291	Willy Lipday
8043	Hedwig Müller
8829	Herbert Nußbaum
8837	Max Nußbaum
9100	Schaja Ostrach
10266	Alfred Reiß
10281	Julius Reiß
11141	Karl Rosenthal
12458	Jettchen Schlenker
14199	Siegmund Seligsberger
14504	Fritz Simon
15265	Albert Stern
15622	Max Strauß
18866	Sammelakt Novemberpogrom 1938

Landgericht Würzburg, Staatsanwaltschaft

104	Verhandlung gegen Josef Leiserowitz
107	Verhandlung gegen Heinrich Poms

118 Andrea Ellendt
189 Deutscher Tag in Thüngen
207 Habima-Prozeß
212 "Freiheit"-Artikel über christliche "Schandweiber"
213 "Freiheit"-Artikel über Alfred Rosenblatt
224 "Die Freiheit" 3. April 1931
229 "Die Freiheit" 3. Juli 1931
239 Gemeinschaft zur Wahrung wirtschaftlicher Belange
249 Überfall auf jüdische Pfadfinder

Landgericht Würzburg

199 "Flamme"-Artikel über die Firma Kupsch
203 Boykottaufruf gegen die Firma Ruschkewitz

Regierung von Unterfranken

7107 Verhältnisse der israelitischen Glaubensgenossen in Würzburg
7108 Synagogenbau und Volksschulumbau
7158 Israelitischer Lehrerverein
13570 Einwohnerwehren
13578 Verzeichnis politischer Organisationen 1924
13669 Kriegsanleihen 1916-18
13740 Republikanischer Schutzbund; Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold; Republikanische Beschwerdestelle

Landratsamt Karlstadt

6205 Lageberichte der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth von 1924
6206 Lageberichte... von 1925

Landratsamt Mellrichstadt

155 Presseaufsicht

c. Stadtarchiv Würzburg (StAWü)

Judenakten

27 Die Wiederbesetzung des Distriktsrabbinats zu Würzburg
29 Die Verwesung der Distriktrabbinerstelle zu Würzburg
44 Matrikel über die in der Kreisstadt Würzburg ansässigen Glaubensgenossen

Akten ohne Signatur

Kasten Harmonie-Gesellschaft
Kasten Räteherrschaft
Kriegsstatistik der Israelitischen Kultusgemeinde Würzburg (Buchstabe M-Z)
Meldebögen des Einwohnermeldeamts Würzburg
Satzung der Israelitischen Bruderschaft zu Würzburg von 1925
Satzung des Israelitischen Frauenvereins e.V. zu Würzburg von 1922
Stadtratsprotokolle 1919-1922
Statuten der Israelitischen Kultusgemeinde von 1904

d. Bayerisches Hauptstaatsarchiv München

Staatsministerium für Wissenschaft und Verkehr

MWi 3419 Alfred Braunschweiger
MWi 4045 Julius Kahn
MWi 4738 Hermann Rosenthal
MWi 5191 Max Stern

Staatsministerium des Äußeren

MA 100320 Vollzug des § 9 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22.7.1913, Bd.6, 1929
MA 100321 Vollzug..., Bd.7, 1930/31

MA 100403 Antisemitische Agitationen und Versammlungen 1920/30

Staatsministerium des Innern

MInn 73725 Antisemitismus 1924-1935

e. Bundesarchiv Koblenz

R 43 I/2192 Korrespondenz der Reichskanzlei
R 43 I/2193 Korrespondenz der Reichskanzlei

f. Central Zionist Archives, Jerusalem

A 142/55/2 Akten des preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden

g. Akten aus Privatbesitz

Cordula Kappner, Haßfurt

NS-Kampfblatt "Die Hilfe" (1929)
Propaganda-Postkarte Otto Hellmuths zum "Ritualmord" von Manau (1929)
Undatierte Stellungnahme der Kultusgemeinden des Bezirksrabbinats Burgpreppach zum "Ritualmord" von Manau (1929)

Dr. Leo Rosenthal, San Francisco

Wirceburgia-Broschüre. o. O., o. J.

David Schuster, Würzburg

Teilschuldverschreibung der israelitischen Kultusgemeinde vom Herbst 1922

2. Mündliche und schriftliche Mitteilungen

Folgende Personen berichteten in Gesprächen und Briefen über das jüdische Leben im Würzburg der Weimarer Republik. (In Klammer sind jeweils aufgeführt: eventueller früherer Name; Wohnort zur Zeit der Kontaktaufnahme; Datum des Briefes bzw. Datum und Ort des Gesprächs)

Charlie Adler (Karl Adler; New York; Brief vom 12.3.1982)

Kurt S. Adler (Riverdale, USA; Brief vom 23.5.1982)

Yehuda Amichai (Ludwig Pfeuffer; Jerusalem; Gespräch am 7.4.1981 in Jerusalem)

anon. (Brief vom Mai 1982)

Mordechai Ansbacher (Max Ansbacher; Jerusalem; Gespräch am 1.4.1981 in Jerusalem)

Avraham Bartura (Abraham Bergmann; Jerusalem; Gespräch am 31.3.1981 in Jerusalem)

Michael Berney (Kfar Jedidia, Israel; Briefe vom 9.5.1982, 26.4.1983)

Werner Blade M.D. (Werner Baumblatt; New York; Brief vom 12.4.1982)

Henry Butler (Hans Buxbaum; Seattle; Brief vom 18.4.1982)

Senta Butzel (Senta Kastanienbaum; Bloomfield, USA; Gespräch am 2.9.1982 in Würzburg)

Paula Eppstein (Paula Arensberg; Sarasota, USA; Brief vom 27.10.1982)

Ursula Erlbaum (Ursula Cohn; Kew Gardens, USA; Brief vom 26.5.1982)

Walter Fechenbach (Spring Valley, USA; Brief vom 15.4.1982)

Helen Feingold (Hella Strauß; New York; Brief vom 30.4.1982)

Kurt Frank (Göteborg; Brief vom 18.5.1982, Gespräch am 22.6.1982 in Würzburg)

John Franklin (Hans Frankenthal; San Francisco; Gespräch am 21.6.1983 in Würzburg)

Dr. Kurt Freudenthal (Baltimore; Briefe vom 15.5.1982, 9.3.1983, 19.12.1983)

Esther Fried (Else Nathansen; Jerusalem; Brief vom 19.4.1982)

Joel Golomb (Julius Golomb; Haifa; Briefe vom 14.4.1982, 10.6.1982)

Ilse Goodman (Ilse Gotthilf; New York; Brief vom 18.6.1982)

Alfred Haas (Sintra-Linhó, Portugal; Briefe vom 20.1.1981, 8.4.1982, 5.5. 1983, Gespräche am 8.5.1981, 22.9.1983 in Würzburg)

Dr. Otto Haas (Freiburg i.Br.; Briefe vom 25.10.1980, 13.4.1982)

Yaacov Har-Gil (Hanns Jakob Freudenberger; Kiriat Bialik, Israel; Brief vom 23.11.1982)

Martha Koplowitz (Martha Königshöfer; Kfar Haroeh, Israel; Briefe vom 30.5. 1982, 12.7.1983)

Ruth Koplowitz (Ruth Süßer; Cincinnati; Brief vom 12.9.1982)

Kate Kramer (Käthe Gutmann; London; Brief vom 12.4.1982)

Erna Lehnhardt (Ernestine Jakob; East Doncaster, Australien; Brief vom 18.5.1982)

Dr. Otto Manasse (Aylesbury, Großbritannien; Briefe vom 24.5.1982, 11.4. 1983)

John McIntyre (Hans-Norbert Schiff; Hamburg; Brief vom 12.4.1982)

Alice Meyer (Alice Gundersheim; Milwaukee; Brief vom 5.6.1982)

Miriam Muenster (Maria Fulder; Jerusalem; Briefe vom 5.5.1982, 7.6.1983)

Simon Nathansen (Petach Tikwah, Israel; Brief vom 28.6.1982)

Paul Niederland (Utica, USA; Gespräch am 22.8.1982 in Bad Kissingen)

Prof. Dr. William G. Niederland (Willy Niederland; Englewood, USA; Briefe vom 30.8.1982, 15.9.1982; Gespräch am 22.8.1982 in Bad Kissingen)

Erna Niedermann (Erna Meyer; Haifa; Brief vom 25.5.1982)

Ilse Nir (Ilse Cohn; Tel Aviv; Briefe vom 22.6.1982, 2.6.1983)

Dr. Herbert D. Norton (Herbert Nußbaum; Manchester; Brief vom 5.6.1982)

Herbert G. Nußbaum (Marburg; Gespräch am 19.5.1981 in Würzburg)

Max Rehns (Max Rindskopf; Flushing, USA; Brief vom 15.8.1982)

Walter E. Riesenfeld (Freehold, USA; Brief vom 14.5.1982; Gespräch am 2. 11.1981 in Freehold)

Polja Ringart-Oistrach (Paula Ostrach; Palaiseau, Frankreich; Brief vom 15.8.1982)

Nelly Rollmann (Nelly Schloß; New York; Brief vom 23.6.1982)

Dr. Leo Rosenthal (San Francisco; Briefe vom 27.10.1983, 5.1.1984; Gespräch am 28.5.1981 in Würzburg)

Margaret Rosenthal (Grete Frank; San Francisco; Brief vom 28.5.1982; Gespräch am 28.5.1981 in Würzburg)

Stefan Rothstein (Kiryat Ata, Israel; Brief vom 12.5.1982)

Hans Rush (Hans Ruschkewitz; Johannesburg; Brief vom 23.4.1982)

Marion Saeman (Marion Schiff; Passaic, USA; Brief vom 7.5.1982; Gespräch am 16.9.1982 in Würzburg)

Betty Schulz-Behrend (Babette Stahl; Austin, USA; Briefe vom 25.6.1982, 7. 6.1983)

David Schuster (Würzburg; zahlreiche Gespräche 1980-1984 in Würzburg)

Albert W. Schwabacher (Berkeley, USA; Gespräch am 22.6.1981 in Würzburg)

Anne D. Schwabacher (Aenne Dannenberg; Elizabeth, USA; Brief vom 2.3.1983; Gespräch am 5.11.1981 in New York)

Dr. Ernest S. Sears (Ernst Sieradzki; Houston; Brief vom 30.1.1984)

Gustav Seckbach (Bnei Brak, Israel; Gespräch am 16.8.1983 in Würzburg)

Dr. Curt C. Silberman (Florham Park, USA; Gespräche am 25.3.1981 in Würzburg und am 23.10.1981 in Florham Park)

Kurt Silberthau (Malmö; Brief vom 27.4.1982)

Prof. Dr. Herbert A. Strauss (New York; Gespräche am 3.12.1980, 23.1.1981 in Würzburg, am 21.10., 26.10., 29.10.1981 in New York)

Henry J. Uhlfelder (Heinz Uhlfelder; New York; Brief vom 8.8.1983; Gespräch am 12.6.1982 in Würzburg)

3. Zeitgenössische Periodika

Angegeben sind Titel, Erscheinungsort und ausgewertete Jahrgänge. Beim Nachweis des Standorts werden folgende Abkürzungen verwendet:

CZA	Central Zionist Archives, Jerusalem
Ffm	Stadt- und Universitätsbibliothek, Frankfurt a.M.
IfH	Institut für Hochschulkunde an der Universität Würzburg
LBI NY	Leo-Baeck-Institute, New York
NY PL	New York Public Library
UB	Universitätsbibliothek Würzburg

a. Jüdische Periodika

Bayerische Israelitische Gemeindezeitung (BIG). Nachrichtenblatt der Israelitischen Kultusgemeinden in München und Augsburg und des Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden. München 1925-1933 (LBI NY)

Bericht der Großloge für Deutschland VIII U.O.B.B. [ab 1925 u.d.Titel:] Der Orden Bne Briss. Mitteilungen der Großloge für Deutschland VIII U.O.B.B. Berlin 1918-1921, 1925-1933 (LBI NY)

Blätter, hrsg. von dem Gruppenverband der Agudas-Jisroel-Jugendorganisation, Bund gesetzestreuer jüdischer Jugendvereine. Frankfurt a.M. 1918-1919 (LBI NY)

Blau-Weiß-Blätter. Führerzeitung. Berlin 1921-1922 (LBI NY)

Blau-Weiß-Blätter. Monatsschrift für jüdisches Jugendwandern. Berlin 1917-1919, 1924-1925 (LBI NY)

Central-Vereins-Dienst. Mitteilungen der Hauptgeschäftsstelle des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V. Berlin 1926-1927 (LBI NY)

C.V.-Zeitung. Blätter für Deutschtum und Judentum. Organ des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Berlin 1922-1933 (Ffm)

Deutsche Israelitische Zeitung. Organ für die Gesamtinteressen des Judentums. Regensburg, [später:] Hamburg 1926-1930, 1933 (LBI NY)

Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege in Deutschland. Hrsg. von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden. Ausgabe 1928/1929. Berlin 1930; Ausgabe 1932/1933. Berlin 1934 (UB, LBI NY)

Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege. Hrsg. vom Deutsch-israelitischen Gemeindebund [nur 1924/25: und der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden]. Ausgabe 1913. Berlin 1913; Ausgabe 1924/1925. Berlin 1925 (UB, LBI NY)

Informationen der Zionistischen Vereinigung für Deutschland für die Vorstandsmitglieder der Ortsgruppen und die Vertrauensleute. Berlin 1921-1926 (CZA)

Der Israelit. Ein Centralorgan für das orthodoxe Judentum. Frankfurt a.M. 1918-1922 (Ffm)

Israelitisches Familienblatt. Hamburg, Frankfurt a.M. 1919-1928 (Ffm)

Jahrbuch für jüdische Volkskunde. Berlin 1923-1925 (Ffm)

Der Jude. Eine Monatsschrift. Berlin 1916-1928 (Ffm)

Jüdisch-akademische Blätter. Unser Weg. Hrsg. vom Bund jüdischer Akademiker. Berlin 1919-1921, N.F. 1928-1930 (IfH, LBI NY)

Das jüdische Echo. Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten. München 1918-1933 (LBI NY)

Jüdische Jugendblätter. Hrsg. von der Esra-Bundesleitung. Köln 1920-1926 (LBI NY)

Jüdische Rundschau. Berlin 1918-1933 (LBI NY)

Der jüdische Student. Monatsschrift des Bundes Jüdischer Corporationen. /Später:/ Zeitschrift des Kartells Jüdischer Verbindungen. Berlin 1911-1914, 1919-1930 (Ffm)

Jüdische Turn- und Sportzeitung. Organ des Deutschen Kreises der Jüdischen Turnerschaft. Berlin 1919-1926 (LBI NY)

Der jüdische Wille. Zeitschrift des Kartells jüdischer Verbindungen. Berlin 1918-1919 (IfH)

Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik. Zeitschrift der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden und der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge und Arbeitsnachweise. Berlin 1930-1937 (Ffm)

Jüdisches Wochenblatt für Unterfranken und Aschaffenburg. Erfurt 1932-1933 (UB)

Jüdisch-Liberale Zeitung. Organ der Vereinigung für das liberale Judentum. Berlin 1929-1931 (NY PL)

Menorah. Illustrierte Monatsschrift für die jüdische Familie /ab 1926: Jüdisches Familienblatt für Wissenschaft, Kunst und Literatur/. Wien, Frankfurt a.M., Berlin 1925-1932 (Ffm)

Mitteilungen des Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands. Berlin 1919-1921 (LBI NY)

Der Morgen. Zweimonatsschrift. Hrsg. /ab 1930: Begründet/ von Julius Goldstein. Berlin 1925-1933 (Ffm)

Salia-Kriegsberichte. Würzburg 1914-1921 (IfH)

Salia-Mitteilungsblatt. New York (IfH)

Der Schild. Zeitschrift des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten e.V. Berlin 1921-1932 (LBI NY)

Würzburger Israelitischer Kalender. Mit den amtlichen Bekanntmachungen und Gebetszeiten der Israelitischen Kultusgemeinde Würzburg. Würzburg 1929-1937 (UB)

Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden. Hrsg. vom Bureau für Statistik der Juden. Berlin 1919-1920, 1923-1927, 1930-1931 (UB, LBI NY, Ffm)

Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland. Berlin 1929-1937 (UB, LBI NY)

b. nichtjüdische Periodika

Bayerische [seit 1923: Fränkische; seit 1925: Neue Bayerische] Landeszeitung. Würzburg 1918-1933 (StAWü)

Fränkischer Volksfreund. Würzburg 1918-1933 (StAWü, UB)

Fränkisches Volksblatt. Würzburg 1918-1933 (StAWü)

Jahresberichte der Sophienschule. Würzburg 1925-1929 (StAWü)

Jahresberichte des Realgymnasiums. Würzburg 1919-1932 (Privatbesitz Fritz Lindner, Würzburg)

Mainfränkischer Kalender. Würzburg 1937-1942 (UB)

Würzburger General-Anzeiger (WGA). Würzburg 1918-1933 (StAWü)

Würzburger Wohnungsbuch. Würzburg 1918-1933 (StAWü)

4. Literatur

Rainer Adam (Hrsg.): 1907-1982. 75 Jahre FC Würzburger Kickers. Würzburg 1982

Hans Günther Adler: Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland. Tübingen 1974

S. Adler-Rudel: "Moritz Baron Hirsch. Profile of a Great Philanthropist". In: YB LBI, Jg.8, 1963, S.29-69

S. Adler-Rudel: Ostjuden in Deutschland 1880-1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten. Tübingen 1959

Werner T. Angress: "The German Army's 'Judenzählung' of 1916. Genesis - Consequences - Significance". In: YB LBI, Jg.22, 1978, S.117-135

Werner T. Angress: "Juden im politischen Leben der Revolutionszeit". In: Mosse, Krieg und Revolution, S.137-315

Leo Baerwald: "Alter Geist und neue Form. Die neue Synagoge des Lehrerseminars in Würzburg". In: BIG, 13.12.1927, S.357-360

Herz Bamberger: Geschichte der Rabbiner der Stadt und des Bezirks Würzburg vom 12. Jahrh. bis auf die Neuzeit. Bearb. von Dr. phil. Herz Bamberger s.A. Aus seinem Nachlaß hrsg., ergänzt und vervollständigt von seinem Bruder Rabbiner S. Bamberger, Wandsbek. Würzburg 1906

Moses Loeb Bamberger: Ein Blick auf die Geschichte der Juden in Würzburg. Würzburg 1905

Nathan Bamberger: "Die Israelitische Lehrerbildungs-Anstalt. Geschichte ihrer Entstehung und Entwicklung". In: Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Israelitischen Lehrerbildungs-Anstalt zu Würzburg. 1864-1914. Würzburg 1914, S.7-54

Peter Baumgart (Hrsg.): Bibliographie zur Geschichte der Universität Würzburg, 1575-1975. Würzburg 1975

Ulrich Becker: "Erloschene Würzburger Korporationen". In: Institut für Hochschulkunde (Hrsg.): 1582-1982, S.202-212

Esra Bennathan: "Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden". In: Mosse, Entscheidungsjahr, S.87-131

Volker R. Berghahn: Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, 1918-1935. Düsseldorf 1966

Bibliothek der jüdischen Unterrichtskurse. Würzburg 1930

Johannes Rogalla von Bieberstein: Die These von der Verschwörung 1776-1945. Philosophen, Freimaurer, Juden, Liberale und Sozialisten als Verschwörer gegen die Sozialordnung. Frankfurt a.M., Bern, Las Vegas 1978 (2. Aufl.)

Bruno Blau: "The Jew as a Sexual Criminal". In: Jewish Social Studies, Jg. 13, 1951, S.321-324

Bruno Blau: "Sociology and Statistics of the Jews". In: Historia Judaica, Bd.11, 1949, S.145-162

Hans Peter Bleuel, Ernst Klinnert: Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich. Ideologien - Programme - Aktionen 1918-1935. Gütersloh 1967

Markus Bohrer: Die Juden im Hochstift Würzburg im 16. und am Beginn des 17. Jahrhunderts. Freiburg i.Br. 1922

Margret Boveri: Verzweigungen. Eine Autobiographie. Hrsg. und mit einem Nachwort von Uwe Johnson. München, Zürich 1977

Harm-Hinrich Brandt: Hundert Jahre Kitzinger Synagoge. Zur Geschichte des Judentums in Mainfranken. Vortrag, gehalten am 11. September 1983 im Paul-Eber-Haus, Kitzingen = Mainfränkische Hefte, Heft 81, Würzburg 1984

Klaus Breuning: Die Vision des Reiches. Deutscher Katholizismus zwischen Demokratie und Diktatur (1929-1934). München 1969

Werner J. Cahnmann: "Die Juden in München 1918-1943". In: Lamm S.31-78

Arthur Cohen: "Die bayerischen Juden in der Volkszählung von 1933. Auflösung und Vergreisung?" In: BIG, 15.5.1935, S.218-219

Daniel J. Cohen: "Jewish Records from Germany in the Jewish Historical General Archives in Jerusalem". In: YB LBI, Jg.1., 1956, S.331-345

Werner Dettelbacher: Auf der Flucht erschossen. Der Lebensweg des Felix Fechenbach aus Franken. Nürnberg 1979 (masch. Manuskript einer Sendung des Bayer. Rundfunks)

Das deutsche Judentum. Seine Parteien und Organisationen. Eine Sammelschrift. Berlin, München 1919

Franz Dülk: Würzburger Tagespresse, 1900-1945. 2 Bde. München 1955

Ulrich Dunker: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919-1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins. Düsseldorf 1977

Adolf Eckstein: Haben die Juden in Bayern ein Heimatrecht? Eine geschichtswissenschaftliche Untersuchung mit kriegsstatistischen Beilagen. Berlin 1928

Margaret T. Edelheim-Muehsam: "The Jewish Press in Germany". In: YB LBI, Jg.1, 1956, S.163-176

Rudolf Endres: Juden in Franken. Würzburg 1977

Hans Fenske: Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918. Bad Homburg v.d.H., Berlin, Zürich 1969

Joachim C. Fest: Hitler. Eine Biographie. Frankfurt a.M., Berlin, Wien, 1973

Roland Flade: "Es kann sein, daß wir eine Diktatur brauchen". Rechtsradikalismus und Demokratiefeindschaft in der Weimarer Republik am Beispiel Würzburg. Würzburg 1983

Roland Flade: "Jüdische Schüler am Realgymnasium". In: Vom Königlichen Realgymnasium zum Siebold-Gymnasium Würzburg. Festschrift und Jahresbericht für das 120. Jahr 1983/84. Würzburg 1984, S.71-73

Roland Flade: "Die Menschen starben, die Erinnerung lebt. Neuere Forschungen über Juden in Würzburg". In: Würzburg heute, H.32, 1981, S.48-49

Sigmund Fraenkel: "Warum müssen Orthodoxe und Zionisten bei den bevorstehenden jüdischen Gemeindewahlen zusammengehen?" In: Jüdisches Echo, 21.1. 1921, S.31-34

Julius Frank: Salia - Geschichte und Schicksale. 1924-1949. zum 65. Gründungstag am 1. November 1949. o. O. 1949

Georg Franz-Willing: Ursprung der Hitlerbewegung, 1919-1922. Preußisch Oldendorf 1974 (2. Aufl.)

Saul Friedländer: "Die politischen Veränderungen der Kriegszeit und ihre Auswirkungen auf die Judenfrage". In: Mosse, Krieg und Revolution, S. 27-65

Bruno Fries, Paul Pagel, Christian Roedig, Kurt Scheidenberger: Würzburg im Dritten Reich. Katalog der Ausstellung. Würzburg 1983

Bruce R. Frye: "The German Democratic Party and the 'Jewish Problem' in the Weimar Republic". In: YB LBI, Jg.21, 1976, S.143-172

Daniel Fryman [i.e. Heinrich Claß]: Wenn ich der Kaiser wär'. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten. Leipzig 1912

"[Fünfzehn] 15 Jahre Ortsgruppe der NSDAP. Ein Rückblick über die Entstehung und Entwicklung von Alt-Parteigen. [!] Koch". In: Mainfränkischer Kalender 1939, S.64-67

Robert Glücksmann: Das Gaststättenwesen. Stuttgart 1927

Felix Goldmann: "Das liberale Judentum". In: Das deutsche Judentum..., S.13-23

Alfred Goldschmidt: "Der Orden Bnei Briss in Deutschland (U.O.B.B.)". In: Das deutsche Judentum..., S.47-49

Harold J. Gordon jr.: Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924. Frankfurt a.M. 1971

Louis Greenberg: The Jews in Russia. Vol II. The Struggle for Emancipation, 1881-1917. Ed. by Mark Wischnitzer. New Haven 1951

Hermann Greive: Theologie und Ideologie. Katholizismus und Judentum in Deutschland und Österreich 1918-1935. Heidelberg 1969

Birgitt Grieb-Lohwasser: Jüdische Studenten und Antisemitismus an der Universität Würzburg in der Weimarer Republik. Würzburg 1981 (masch. Zulassungsarbeit); unter dem gleichen Titel veröffentlicht in: Herbert Schult-

heis (Hrsg.): Ein Streifzug durch Frankens Vergangenheit. Bad Neustadt a.S. 1982, S.255-371. Zitiert wird aus der Zulassungsarbeit

Isidor Grunfeld: Three Generations. The Influence of Samson Raphael Hirsch on Jewish Life and Thought. London 1958

Eckhard Günther: Das Judentum in Mainfranken 1789-1816. Gelsenkirchen-Buer 1943

Rainer Hambrecht: Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925-1933). Nürnberg 1976 (masch. Diss.)

Iris Hamel: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893-1933. Frankfurt a.M. 1967

W. Hanauer: "Die Mischehe". In: Jüdisches Jahrbuch, Bd.3, 1929, S.37-66

Friedrich Hasselbacher: Hoch- und Landesverrat der Feldlogen im Weltkriege. Hrsg. vom Institut zur Erforschung der Freimaurerei. Magdeburg 1935

Helmut Heiber: Die Republik von Weimar. München 1976 (9. Aufl.)

Norbert Hellmann: "Seligmann Baer Bamberger. 1807-1878". In: Ottensoser, Roberg S.98-102

Josef Hirsch: "Die Krankenschwesterorganisation und ihre Wandlung". In: Berichte der Großloge für Deutschland VIII U.O.B.B. Festnummer zum Ordenstag der Großloge für Deutschland VIII U.O.B.B., Oktober 1919, S.138-140

Hermann Hoffmann: Das Judentum im mittelalterlichen Würzburg unter besonderer Berücksichtigung des mainfränkischen Raumgedankens. Eine historisch-kritische Studie zur Judenfrage. Würzburg 1936

Hermann Hoffmann: "Die Würzburger Judenverfolgung von 1349". In: Mainfränkisches Jahrbuch, Jg.5, 1953, S.91-114

Justin Hofmann: "Educational Philosophy". In: Ottensoser, Roberg S.159-174

Ludwig Holländer: "Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens". In: Das deutsche Judentum..., S.68-71

Ursula Hüllbüsch (Zus.stellg.): Juden in der deutschen Wirtschaft vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Jahr 1933. Jerusalem 1972

Institut für Hochschulkunde an der Universität Würzburg (Hrsg.): 1582-1982. Studentenschaft und Korporationswesen an der Universität Würzburg. Hrsg. zur 400-Jahrfeier der Alma Julia-Maximiliana. Würzburg 1982

Die Israelitische Kranken- und Pfründnerhaus-Stiftung. Denkschrift anläßlich des fünfzigjährigen Bestehens 1884-1934. Würzburg 1934. Zitiert als Krankenhaus-Denkschrift

Werner Jochmann: "Die Verbreitung des Antisemitismus". In: Mosse, Krieg und Revolution, S.409-510

"Jüdische Wanderfürsorge in Deutschland". In: Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden, N.F., 4.Jg., 1927, S.52-58

"Die jüdischen Studenten in Bayern". In: Jüdische Arbeits- und Wanderfürsorge, Dezember 1929, S.142

Fritz Kahn: Die israelitischen Religionsgemeinschaften im Deutschen Reich, ihre staatskirchenrechtliche Stellung im allgemeinen und ihre Verfassungen in ihren Grundzügen. Mit besonderer Berücksichtigung Bayerns. Erlangen 1919 (masch. jur. Diss.)

Herbert Kahn: "Die wirtschaftliche und soziale Schichtung der Juden in Deutschland. Wandlungen seit Bestehen des Deutschen Reiches". In: Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik, N.F., Jg.6, 1936, S.5-22, S.51-65

Marion Kaplan: Die jüdische Frauenbewegung in Deutschland. Organisation und Ziele des Jüdischen Frauenbundes 1904-1938. Hamburg 1981

Michael H. Kater: Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918-1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik. Hamburg 1975

Walter H. Kaufmann: "A History of the Jewish Teachers' Seminary in Würzburg (ILBA)". In: Ottensoser, Roberg S.25-86

Hugo Kern: "Jüdischer Student und Antisemitismus". In: Salia-Kriegsberichte, Beilage, März 1921, S.15-18

Werner Kindt (Hrsg.): Die deutsche Jugendbewegung 1920 bis 1933. Bd.III. Die bündische Zeit. Düsseldorf, Köln 1974

Joachim Kletzin: "Die Würzburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik". In: Loew, Schönhoven S.59-88

Hans-Helmuth Knütter: Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918-1933. Düsseldorf 1971

Wolfgang Köllmann: "Zur Bedeutung der Regionalgeschichte im Rahmen struktur- und sozialgeschichtlicher Konzeptionen". In: Archiv für Sozialgeschichte, Bd.XV, 1975, S.43-50

Walter Kopp: Würzburger Wehr. Eine Chronik zur Wehrgeschichte Würzburgs. Würzburg 1979

Richard Korherr: Würzburg. Seine Entwicklung in Wort und Zahl. Würzburg 1937

Krankenhaus-Denkschrift, siehe: Die Israelitische Kranken- und Pfründnerhaus-Stiftung...

Hans-Joachim Kraus: "Die evangelische Kirche". In: Mosse, Entscheidungsjahr, S.249-270

Albert Krebs: Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei. Stuttgart 1960

Max Kreutzberger: "Bedeutung und Aufgabe deutsch-jüdischer Geschichtsschreibung in unserer Zeit". In: Tramer, In zwei Welten, S.627-642

Alfred Kruck: Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939. Wiesbaden 1954

Hans Lamm (Hrsg.): Vergangene Tage. Jüdische Kultur in München. München, Wien 1982

Walter Laqueur: Die deutsche Jugendbewegung. Eine historische Studie. Köln 1962

Walter Laqueur: "The German Youth Movement and the 'Jewish Question'. A Preliminary Survey". In: YB LBI, Jg.6, 1961, S.193-205

Eric Levi: "Director Jakob Stoll. 1876-1962". In: Ottensoser, Roberg S.110-119

Werner Liebe: Die Deutschnationale Volkspartei 1918-1924. Düsseldorf 1956

Rudolf Lill: "Die deutschen Katholiken und die Juden in der Zeit von 1850 bis zur Machtübernahme Hitlers". In: Karl Heinrich Rengstorf, Siegfried von Kortzfleisch (Hrsg.): Kirche und Synagoge. Handbuch zur Geschichte von Christen und Juden. Darstellung mit Quellen. Bd.2. Stuttgart 1970, S.370-420

Hans Werner Loew, Klaus Schönhoven (Hrsg.): Würzburgs Sozialdemokraten. Vom Arbeiterverein zur sozialdemokratischen Volkspartei, 1868-1978. Würzburg 1978

Fritz Löwenstein: "Zionismus". In: Das deutsche Judentum..., S.23-33

Kurt Loewenstein: "Die innerjüdische Reaktion auf die Krise der deutschen Demokratie". In: Mosse, Entscheidungsjahr, S.349-403

Uwe Lohalm: Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund 1919-1923. Herkunft, Organisation und Wirkung eines antisemitischen Verbandes in der Frühzeit der Weimarer Republik. Hamburg 1970

Giora Lotan: "The Zentralwohlfahrtsstelle". In: YB LBI, Jg.4, 1959, S.185-207

Steven M. Lowenstein: "Jewish Residential Concentration in Post-Emancipation Germany". In: YB LBI, Jg.28, 1983, S.471-495

E. G. Lowenthal: "Die Juden im öffentlichen Leben". In: Mosse, Entscheidungsjahr, S.51-85

Hugo Mandelbaum: "Teaching Chumash According to Jakob Stoll". In: Ottensoser, Roberg S.121-123

A. Mannheimer: "Jüdisches Empfinden". In: Der Israelit, 12.12.1918, S.1

Alfred Marcus: Die wirtschaftliche Krise der deutschen Juden. Eine soziologische Untersuchung. Berlin 1931

Richard Markel: "Brith Haolim. Der Weg der Alija des Jung-Jüdischen Wanderbundes (JJWB)". In: Bulletin des Leo-Baeck-Instituts, Jg.9, 1966, S.119-189

Werner Maser: Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924. Frankfurt a.M., Bonn 1965

Hermann Meier-Cronemeyer: "Jüdische Jugendbewegung. Erster Teil". In: Germania Judaica. Kölner Bibliothek zur Geschichte des deutschen Judentums e.V., N.F., H.1/2, 1969; ders.: "Jüdische Jugendbewegung. Zweiter Teil". In: Germania Judaica..., H.3/4, 1969

Wilhelm Meister /i.e. Paul Bang/: Judas Schuldbuch. Eine deutsche Abrechnung. München 1919

Abraham Melzer (Hrsg.): Deutsche und Juden, ein unlösbares Problem. Reden zum Jüdischen Weltkongreß 1966. Emmerich 1966

Elsbeth Meyer-Neumann: "Aus der Gedankenwelt des Dibbuk". In: Der Morgen, Jg.2, 1926, S.499-506

J. Moses: "Die jüdische Krankenschwesternfrage". In: Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik, N.F., Jg.1, 1930, S.113-117

George L. Mosse: "Die deutsche Rechte und die Juden". In: Mosse, Entscheidungsjahr, S.183-246

Werner E. Mosse (Hrsg.): Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916-1923. Ein Sammelband. Tübingen 1971

Werner E. Mosse (Hrsg.): Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Tübingen 1966 (2. Aufl.)

Werner E. Mosse: "Der Niedergang der Republik und die Juden". In: Mosse, Entscheidungsjahr, S.3-49

Hans Müller: Die Würzburger Produktenbörse. Würzburg 1930

Lutz Niethammer (Hrsg.): Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der "Oral History". Frankfurt a.M. 1980

Donald L. Niewyk: "The Impact of Inflation and Depression on the German Jews". In: YB LBI, Jg.28, 1983, S.19-36

Donald L. Niewyk: "Jews and the Courts in Weimar Germany". In: Jewish Social Studies, Jg.37, 1975, S.99-113

Donald L. Niewyk: The Jews in Weimar Germany. Baton Rouge, London 1980

Donald L. Niewyk: Socialist, Anti-Semite, and Jew. German Social Democracy Confronts the Problem of Anti-Semitism 1918-1933. Baton Rouge 1971

Baruch Zvi Ophir, Falk Wiesemann (Hrsg.): Die jüdischen Gemeinden in Bayern 1918-1945. Geschichte und Zerstörung. München, Wien 1979

Baruch Zvi Ophir: Pinkas Hakehillot. Encyclopaedia of Jewish Communities from their Foundation till after the Holocaust, Germany - Bavaria. In Collaboration with Shlomo Schmiedt and Chasia Turtel-Aberzhanska. Jerusalem 1972

Max Ottensoser, Alex Roberg (Hrsg.): ILBA. Israelitische Lehrerbildungsanstalt Würzburg, 1864-1938. By the Alumni of 1930-38. Detroit 1982

Arnold Paucker: "Der jüdische Abwehrkampf". In: Mosse, Entscheidungsjahr, S.405-499

Herbert Philippsthal: "Die jüdischen Studenten in Bayern". In: BIG, 15.2. 1929, S.49-50

Alexander Philipsborn: "The Jewish Hospitals in Germany". In: YB LBI, Jg.4, 1959, S.220-234

Philisterverband Normannia e.V. (Hrsg.): 100 Jahre Normannia Würzburg 1876-1976. Würzburg 1976

Harry Pross: Jugend - Eros - Politik.Die Geschichte der deutschen Jugendverbände. Bern, München, Wien 1964

Joseph Prys: "Zum Anteil der Familie von Hirsch auf Gereuth am Kampfe um die bayerische Judenemanzipation". In: Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland, N.F., Jg.5, 1934, S.69-80

Joseph Prys: Die Familie von Hirsch auf Gereuth. Erste quellenmäßige Darstellung ihrer Geschichte. München 1931

Samuel Rappaport: "Aus dem religiösen Leben der Ostjuden. I. Der Sabbat". In: Der Jude. Eine Monatsschrift, Jg.2, 1917-1918, S.340-347

Fred Rausch: "Das Judenmotiv. Frevelsagen in Franken und ihre Entstehung". In: Wolfgang Brückner (Hrsg.): Maria Buchen. Eine fränkische Wallfahrt. Würzburg 1979, S.59-76

Jakob Reich: "Eine Episode aus der Geschichte der Ostjuden Münchens". In: Lamm S.400-404

Eva G. Reichmann: "Der Bewußtseinswandel der deutschen Juden". In: Mosse,

Krieg und Revolution, S.511-612

Eva G. Reichmann: "Diskussionen um die Judenfrage 1930-1932". In: Mosse, Entscheidungsjahr, S.503-531

Eva G. Reichmann: "Zeitgeschichte als politische und moralische Aufgabe". In: Dies.: Größe und Verhängnis deutsch-jüdischer Existenz. Zeugnisse einer tragischen Begegnung. Heidelberg 1974, S.90-104

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (Hrsg.): Die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen, 1914-1918. Berlin 1932

Jehuda Reinharz (Hrsg.): Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus 1882-1933. Tübingen 1981

"Religionsgesellschaftliches Steuergesetz". In: Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Bayern, 15.9.1921, S.459-465

Monika Richarz (Hrsg.): Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte im Kaiserreich. Stuttgart 1979

Monika Richarz (Hrsg.): Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918-1945. Stuttgart 1982

Curt Riess: Das waren Zeiten. Eine nostalgische Autobiographie mit vielen Mitwirkenden. Wien, München, Zürich, Innsbruck 1977

Fritz K. Ringer: "Inflation, Antisemitism and the German Academic Community of the Weimar Period". In: YB LBI, Jg.28, 1983, S.3-9

Chanoch Rinott: "Major Trends in Jewish Youth Movements in Germany". In: YB LBI, Jg.19, 1974, S.77-95

Rituelles Schlachten und Betäubung. Eingabe des Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden an den Bayerischen Landtag vom 14. Mai 1929 zum Antrag bayerischer Tierschutzvereine an den Bayerischen Landtag vom Februar 1929 auf Durchführung des Landtagsbeschlusses über die Betäubung der Schlachttiere. München 1929

Alex Roberg: "Yekutiel Jakob Neubauer, 1895-1945". In: Ottensoser, Roberg S.125-132

Dieter W. Rockenmaier: Aus den Akten der Würzburger Gestapo. Buchführung des Todes. Die "Endlösung der Judenfrage" im damaligen Gau Mainfranken. Würzburg 1981

Dieter W. Rockenmaier: Das Dritte Reich und Würzburg. Versuch einer Bestandsaufnahme. Würzburg 1983

August Rohling: Meine Antworten an die Rabbiner. Oder Fünf Briefe über den Talmudismus und das Blutritual der Juden. Prag 1883

August Rohling: Die Polemik und das Menschenopfer des Rabbinismus. Paderborn 1883

August Rohling: Der Talmudjude. Zur Beherzigung für Juden und Christen aller Stände dargestellt. Prag 1871

Bruno Rottenbach (Zus.stellg.): Zwischen Würzburg und Jerusalem. Yehuda Amichai, eine deutsch-jüdisches Dichterschicksal. Hrsg. von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Würzburg 1981

Arthur Ruppin: Soziologie der Juden. Bd.1. Die soziale Struktur der Juden. Berlin 1930. Bd.2. Der Kampf der Juden um ihre Zukunft. Berlin 1931

Salia - Geschichte und Schicksale 1949-1954. zum 70. Gründungstage, 1. November 1954. New York 1954

Siegfried Schmitz: "Habimah. Versuch hebräischer Bühnenkunst". In: Menorah. Jüdisches Familienblatt für Wissenschaft, Kunst und Literatur, Jg.3, 1926, S.464-466

Werner Schochow: Deutsch-jüdische Geschichtswissenschaft. Eine Geschichte ihrer Organisationsformen unter besonderer Berücksichtigung der Fachbibliographie. Berlin 1969

Lawrence Schofer: "The History of European Jewry. Search for a Method". In: YB LBI, Jg.24, 1979, S.17-36

Gershom Scholem: "Zur Sozialpsychologie der Juden in Deutschland, 1900-1930". In: Rudolf von Thadden (Hrsg.): Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen. Göttingen 1978, S.256-277

Hermann Schueler: Auf der Flucht erschossen. Felix Fechenbach 1894-1933. Eine Biographie. Frankfurt a.M., Berlin, Wien 1984

Herbert Schultheis: Juden in Mainfranken 1933-1945, unter besonderer Berücksichtigung der Deportationen Würzburger Juden. Bad Neustadt a.S. 1980

Hans Jürgen Schultz (Hrsg.): Mein Judentum. Stuttgart 1978

David Schuster: "850 Jahre Juden in Würzburg". In: Einweihung der Synagoge Würzburg, 24. März 1970, 16. Adar 5730. Würzburg 1970

David Schuster: "Baron Ernst von Manstein, the Ger Tsedek of Würzburg. 1869-1944". In: Ottensoser, Roberg S.134-138

Hermann Schwab: The History of Orthodox Jewry in Germany. London 1950

Jürgen Schwarz: Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik. Freiburg i.Br. 1962 (masch. Diss.)

Stefan Schwarz: Die Juden in Bayern im Wandel der Zeiten. München, Wien 1963

Jacob Segall: "Die Chewra Kadischa in Deutschland". In: Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden, N.F., Jg.2, 1925, S.9-13

Fridolin Solleder: "Die Judenschutzherrlichkeit des Juliusspitals zu Würzburg". In: Riezler-Festschrift. Beiträge zur bayerischen Geschichte. Gotha 1913, S.260-304

Max Spindler (Hrsg.): Handbuch der bayerischen Geschichte. Bd.4. Das neue Bayern 1800-1970. Teilbd. 1. München 1979

Peter Spitznagel: "Die Einführung des numerus clausus für jüdische Studierende an der Universität Würzburg (1928-1933)". In: Würzburger Diözesan-Geschichtsblätter, Jg.41, 1979, S.217-227

Peter Spitznagel: Studentenschaft und Nationalsozialismus in Würzburg 1927-1933. Würzburg 1974 (masch. Diss.)

Peter Spitznagel: "Studentenschaft und Nationalsozialismus in Würzburg 1927-1936". In: Institut für Hochschulkunde an der Universität Würzburg (Hrsg.): 1582-1982, S.89-138

Hans Steidle: "Der Habima-Skandal in Würzburg 1930/31". In: Mainfränkisches Jahrbuch, Jg.35, 1983, S.152-210

Wilhelm Stern: "Die Juden in Unterfranken während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts". In: Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland, N.F., Jg.6, 1935, S.229-238

Elias Straus: "Die Trennung von Staat und Kirche und die jüdischen Gemeinden Bayerns". In: Jüdisches Echo, 27.12.1918, S.635-637

Herbert A. Strauss: "Jewish Reactions to the Rise of Anti-Semitism in Germany". In: Herbert A. Strauss (Hrsg.): Conference on Anti-Semitism. Papers delivered at the Fourth Lerntag of the American Federation of Jews from Central Europe, Inc., New York City, March 23, 1969. New York 1969, S.7-26

Herbert A. Strauss: "The Jugendverband. A Social and Intellectual History". In: YB LBI, Jg.6, 1961, S.206-235

Moszek Awigdor Szulwas: Die Juden in Würzburg während des Mittelalters. Berlin 1934

Moses A. [Szulwas] Shulvass: "One Hundred Years in the History of the Jewish Community of Würzburg (1250-1350)". In: Yivo-Annual of Jewish Social Science, Jg.12, 1958/59, S.196-210

Felix Theilhaber: Der Untergang der deutschen Juden. Eine volkswirtschaftliche Studie. Berlin 1911 (1. Aufl.)

Friedrich Thieberger (Hrsg.): Jüdisches Fest, jüdischer Brauch. Ein Sammelwerk. Nachdruck der im Jahre 1937 von den nationalsozialistischen Behörden beschlagnahmten und vernichteten Erstauflage. Mit Nachträgen und Verbesserungen. Königstein/Ts. 1979 (2. Aufl.)

Karl Thieme: "Deutsche Katholiken". In: Mosse, Entscheidungsjahr, S.271-288

Hans Tramer (Hrsg.): In zwei Welten. Siegfried Moses zum fünfundsiebzigsten Geburtstag. Tel Aviv 1962

Hans Tramer: "Jüdischer Wanderbund Blau-Weiß. Ein Beitrag zu seiner äußeren Geschichte". In: Bulletin des Leo-Baeck-Instituts, Jg.5, 1962, S.23-43

Leo Trepp: Das Judentum. Geschichte und lebendige Gegenwart. Reinbek bei Hamburg 1979 (3. Aufl.)

Wilhelm Treue: "Zur Frage der wirtschaftlichen Motive im deutschen Antisemitismus". In: Mosse, Krieg und Revolution, S.387-408

Louis Uhlfelder: "Die jüdische Volksschule und der jüdische Volksschullehrer im bayerischen Schulrecht, im israelitischen Lehrerverein und in der jüdischen Gemeinde". In: BIG, 15.8.1930, S.253-254

Isaak Unna: "Das gesetzestreue Judentum". In: Das deutsche Judentum..., S. 5-11

"Der Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands". In: Das deutsche Judentum..., S.72-76

Ullrich Weber: "Würzburg vom Novemberumsturz zur Räterepublik". In: Mainfränkisches Jahrbuch, Jg.25, 1973, S.81-134

David Weger: Die Juden im Hochstift Würzburg während des 17. und 18. Jahrhunderts. Würzburg 1923

Wilhelm Weinberg: "Neuer 'Tierschutz' in Bayern. Die Forderung nach dem Schächtverbot". In: Berliner Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, 6.7.1951, S.11, S.15

Paula Weiner-Odenheimer: Die Berufe der Juden in Bayern. Berlin 1918

Bernard B. Weinryb: "Prolegomena to an Economic History of the Jews in Germany in Modern Times". In: YB LBI, Jg.1, 1956, S.279-306

Jakob Weißbart: Geschichtliche Mitteilungen über das Ende der alten, Wiederauferstehung und Entwicklung der neuen israelitischen Gemeinde Würzburg. Würzburg 1882

Robert Weltsch: "Entscheidungsjahr 1932". In: Mosse, Entscheidungsjahr, S. 535-562

Siegfried Wenisch: "Quellen zur Zeitgeschichte im Staatsarchiv Würzburg". In: Mainfränkisches Jahrbuch, Jg.32, 1980, S.33-48

Jack Wertheimer: "'The Unwanted Element'. East European Jews in Imperial Germany". In: YB LBI, Jg.26, 1981, S.23-46

P. B. Wiener: "Die Parteien der Mitte". In: Mosse, Entscheidungsjahr, S.289-321

Falk Wiesemann: "Kurt Eisner. Studie zu einer politischen Biographie". In: Karl Bosl (Hrsg.): Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen. München, Wien 1969, S.387-426

Klaus Wittstadt: "Domkapitular Heinrich Leier (1876-1948). Der Hauptschriftleiter des Fränkischen Volksblattes im Kampf gegen den Nationalsozialismus". In: Würzburger Diözesan-Geschichtsblätter, Bd.39, 1977, S.255-261

Yeshayahu Wolfsberg: "Popular Orthodoxy". In: YB LBI, Jg.1, 1956, S.237-254

Würzburger Chronik 1933-1938. Würzburg 1939

Wolfgang Zorn: "Jakob, Julius und Joseph von Hirsch". In: Fränkische Lebensbilder, Bd.VIII, 1978, S.214-227

Zur Schächtfrage. Vorstellung des Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden und der Bayerischen Rabbinerkonferenz vom 10. Mai 1926 zum Antrag des Münchener Tierschutzvereins an den Bayerischen Landtag auf Verbot des betäubungslosen Schächtens. München 1926

Fragebogen

Der folgende Fragebogen wurde im Frühjahr 1982 an aus Würzburg stammende Personen verschickt.

"Dieser Fragebogen ist Bestandteil meiner Dissertation über das jüdische Leben im Würzburg der Weimarer Republik. Ich schicke ihn an etwa 100 Personen, die aufgrund eigener Erfahrungen Auskunft über diese Epoche geben können.

Manche Frage wird nicht auf Sie zutreffen, andere werden Ihnen zu persönlich erscheinen oder in Ihnen schmerzhafte Erinnerungen wachrufen. Ich bitte Sie dennoch um Aufmerksamkeit für diesen Fragebogen, auch wenn Sie nur einzelne Fragen beantworten möchten. Sie können dies gerne auch in Englisch oder Hebräisch tun.

Jugend: 1. Waren Sie Mitglied eines oder mehrerer der folgenden Jugendvereine: Bund junger Juden; Jungjüdischer Wanderbund (J.J.W.B.); Jüdischer Jugendbund (neutral); Esra; Blau-Weiß; Makkabi-Sportclub; Zeire Misrachi (junge religiöse Zionisten); Arbeitskreis für Jugendliche der Zionistischen Vereinigung; Jüdische Pfadfinder; Brit Hanoar; Religiöse Chaluzim? Von wann bis wann waren Sie Mitglied? Worin bestanden die Aktivitäten dieser Vereine? Wo und wann trafen sich die Mitglieder? Erinnern Sie sich an die Namen der Vorsitzenden bzw. Leiter oder an die Namen weiterer Mitglieder? Wieviele Mitglieder hatten diese Vereine?
2. Einige dieser Organisationen waren nicht durchgehend von 1918 bis 1933 aktiv, sondern lösten sich auf oder schlossen sich zusammen. Wissen Sie darüber Näheres? Welche dieser Vereine arbeiteten zusammen, welche standen in einem Konkurrenzverhältnis zueinander?
3. Waren Sie Mitglied in nichtjüdischen Jugendorganisationen? In Sportvereinen, in der Jugendorganisation einer Partei, bei den Pfadfindern, beim Wandervogel etc.? Worin bestanden Ihre Aktivitäten? Kannten Sie jüdische Mitglieder dieser Bünde?
4. In welcher Form nahmen Studenten der Israelitischen Lehrerbildungsanstalt am jüdischen Leben in Würzburg teil? Universitätsstudenten? Schüler oder Lehrlinge?

Vereinsleben: 5. In welchem der folgenden jüdischen Vereine bzw. Clubs waren Sie / Ihr Ehepartner / Ihre Eltern / Verwandten Mitglied: Jüdischer Literaturclub; "Casino"; Frankenloge (U.O.B.B.); "Club" (Ludwigstraße); Israelitischer Frauenverein; C.V.; Reichsbund jüdischer Frontsoldaten; Verein für israelitische Krankenschwestern; Synagogenbau-Verein; Jüdischer Schulverein; Israelitischer Wanderunterstützungsverein? Falls Sie Mitglied waren: An welchen Aktivitäten nahmen Sie teil? Wo und wann trafen sich die Mitglieder? Wie groß waren die Vereine? Bitte nennen Sie die Namen von weiteren Vereinsmitgliedern, an die Sie sich erinnern!
6. Über die folgenden drei Vereine habe ich bisher keine Informationen: Verein für jüdische Geschichte und Literatur; Jüdischer Tennisclub; Philantropia G.m.b.H. Existierten sie zwischen 1918 und 1933 in Würzburg? Worin bestanden die Aktivitäten?
7. Welche Rolle spielten nichtjüdische Vereine wie Harmonie, Freimaurerloge, Liedertafel etc.? Waren Sie in einem dieser oder in einem anderen nichtjüdischen Verein Mitglied? Erinnern Sie sich an die Namen anderer jüdischer Mitglieder?

8. Waren Sie Mitglied eines Stammtisches? Wo und mit wem trafen Sie sich?
9. Waren Sie wegen Ihrer Religion im gesellschaftlichen Leben benachteiligt? Wenn ja: auf welche Weise?

Studenten: 10. Hatten Sie bzw. Ihre Familie gesellschaftlichen Kontakt zu jüdischen Studenten in Würzburg? Worin bestand der Kontakt, wie kam er zustande?
11. Erinnern Sie sich an Aktivitäten der folgenden Organisationen und Verbindungen: Akademische Ortsgruppe des C.V.; Jungjüdische Vereinigung (gegründet 1930); Akademisch-zionistische Studentenverbindung Ivria; Studentenverbindungen Rheno-Palatia, Veda, Salia, Wirceburgia; Vereinigung jüdischer Akademiker? Nahmen Sie an diesen Aktivitäten teil?

Ausbildung: 12. Welchen Kindergarten besuchten Sie? Unter welchen Gesichtspunkten trafen Ihre Eltern die Entscheidung? In welche Volksschule gingen Sie, auf welches Gymnasium, in welche Höhere Töchterschule, Berufsschule etc.? Welche Gesichtspunkte waren bei der Wahl der Schule jeweils entscheidend? Welche Erinnerungen haben Sie an die jüdische Volksschule und Ihre Lehrer?
13. Welche Berufsausbildung wählten Sie und warum? Bei wem gingen Sie in die Lehre? Falls Sie studierten: Welche Fächer? Warum entschlossen Sie sich zu dieser Studienrichtung? Warum studierten Sie in Würzburg bzw. nicht in Würzburg? Gab es Beschränkungen bei der Berufswahl vor 1933?
14. Kannten Sie den "Jüdischen Fortbildungsverein"? Waren Sie Mitglied? Worin bestand seine Aufgabe?

Wirtschaftlicher Bereich: 15. Waren Sie oder Angehörige Ihrer Familie Mitglied einer Gewerkschaft? Hatten Die Kontakte zu Gewerkschaftern? Auf welchem Gebiet?
16. Waren Sie oder Verwandte Mitglied in Berufsverbänden / Ständevereinigungen / Industrie- und Handelskammer / Handwerkskammer etc.?
17. Wieviele Angestellte hatte Ihre Firma / die Firma Ihres Vaters? Änderte sich die Zahl im Verlauf der Weimarer Republik? Ungefähr wieviele der Angestellten waren Juden, Christen?
18. Hatte Ihre Firma / die Ihres Vaters / die Ihrer Großeltern am Samstag geschlossen? Gab es koschere Ernährung für die Bediensteten, für die Hausangestellten? Wie groß war Ihrer Meinung nach in Würzburg zwischen 1918 und 1933 der Anteil der jüdischen Arbeiter, Angestellten und Selbständigen, die am Schabbat ihren Beruf nicht ausübten? Gab es hierbei Unterschiede zwischen deutschen und osteuropäischen Juden?
19. Bitte beschreiben Sie einen Ihrer Arbeitstage / einen Arbeitstag Ihres Vaters / Ihres Ehepartners! Worin bestand die Tätigkeit Ihrer Angestellten? Mit welchen Firmen / Ländern hatten Sie Geschäftskontakte?
20. Entwickelte sich im Verlauf der Weimarer Republik in Ihrer Branche wachsende Konkurrenz durch christliche Unternehmer?
21. Erinnern Sie sich an die Tätigkeit der folgenden Organisationen: Vereinigung der Sabbatfreunde; Israelitischer Mittelstandsfürsorge; Israelitischer Hilfsverein; Israelitische Darlehenskasse? Waren Sie Mitglied?
22. Wieviele Arbeitsplätze gab es nach Ihrer Schätzung insgesamt bei jüdischen Unternehmen / Selbständigen in Würzburg? Wieviele Juden arbeiteten Ihrer Meinung nach in christlichen Betrieben?

Ostjuden: 23. Wie unterschieden sich osteuropäische Juden äußerlich von den deutschen Juden: durch Kleidung, Aussehen, Sprache? (Jiddisch?)
24. Blieben Ostjuden unter sich oder wurden Sie in die jüdische Gemeinschaft Würzburgs integriert? Änderte sich die Einstellung von Ostjuden und deutschen Juden zueinander im Lauf der Weimarer Republik?
25. Wie unterschied sich der ostjüdische Gottesdienst in der "kleinen Syn-

agoge" (Mazzestube) von dem in der großen Synagoge?
26. Erinnern Sie sich an die Tätigkeit der Ostjüdischen Vereinigung / des Vereins für ostjüdische Gemeinschaft / der Jüdischen Volkspartei?

Zionismus: 27. Wie bedeutsam war für das Würzburger jüdische Leben zwischen 1918 und 1933 die Ortsgruppe der Zionistischen Vereinigung, die Akademisch-zionistische Studentenverbindung Ivria, der religiös-zionistische Verein Misrachi, die Jugendgruppe Zeire Misrachi? Waren Sie Mitglied einer dieder Gruppen? Worin bestand die Arbeit der Gruppen? Wo und wann trafen sich die Mitglieder? Erinnern Sie sich an die Namen anderer Mitglieder?
28. Welche Rolle spielte für Sie vor 1933 Palästina? Kannten Sie Leute, die sich durch Hachscharah vor 1933 auf die Auswanderung nach Palästina vorbereiteten, die die Gartenbauschule in Ahlem oder ähnliche Einrichtungen besuchten? Sahen Sie den Palästinafilm? Welche Wirkung hatte er auf Sie? Kannten Sie Leute, die vor 1933 in Palästina gewesen waren? Was berichteten diese Leute?
29. Falls Sie sich vor 1933 dem Zionismus anschlossen: Was bewog Sie dazu?

Antisemitismus: 30. Waren Ihnen vor 1933 in Würzburg Antisemiten bekannt? Gab es Läden, in denen Juden wegen des Antisemitismus der Inhaber nicht einkauften, Ärzte, zu denen man nicht ging, Lokale, Vereine, die als mehr oder minder judenfeindlich bekannt waren? Erinnern Sie sich an Namen?
31. Wie verhielten sich Ihre christlichen Bekannten vor 1933 / nach 1933 zum Antisemitismus? Sprachen Sie mit Ihnen darüber?
32. Welche Aktivitäten entfalteten die folgenden antisemitischen Gruppen in Würzburg: Alldeutscher Verband, Vaterländische Verbände, Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, NSDAP? Gab es weitere Gruppen?
33. Wurde vor 1933 von Antisemiten zum Boykott Würzburger jüdischer Geschäfte aufgerufen? Wenn ja: Welche Folgen hatte dies für die Läden?
34. Sprachen Sie in Ihrer Familie über Antisemitismus? Wußten Sie von den antijüdischen Pogromen in Würzburg im Mittelalter und im 19. Jahrhundert? Erfuhren Sie in der Schule davon?
35. Wurden Sie mit Judenfeindschaft konfrontiert: in der Schule, an der Universität (Störaktionen, Nicht-Beförderung), in Vereinen, Parteien, bei der Berufsausbildung, am Arbeitsplatz? In welcher Form? Haben Sie sich vor 1933 mit antisemitischer Propaganda befaßt (Flugblätter, Bücher, Broschüren)? Kannten Sie Dinters "Die Sünde wider das Blut", "Die Protokolle der Weisen von Zion"?
36. Wie beteiligten sich die Würzburger Juden von 1919-1933 am Kampf um die Erhaltung der Republik und gegen den Antisemitismus? Welche Rolle spielte dabei der C.V. und die Bne-Briss-Loge? Gab es Zusammenarbeit von jüdischen Organisationen mit Parteien (SPD, DDP, BVP) oder mit katholischen Kreisen? Wie gut oder schlecht war die Zusammenarbeit mit Justiz und Polizei? Wurden Abwehrmaterialien verteilt? Gab es Zivilprozesse gegen Antisemiten?
37. Waren Sie oder Familienangehörige im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold? Wie viele Juden waren Ihrer Meinung nach in Würzburg insgesamt Mitglieder? Erinnern Sie sich an Aktionen?

Auswanderung: 38. Sind vor 1933 Verwandte oder Bekannte von Ihnen aus Würzburg ausgewandert? Wann? Wohin? Welche Motive spielten eine Rolle?
39. Welche Reaktionen riefen Auswanderungen in die USA / nach Palästina vor 1933 unter den alteingesessenen Würzburger Juden hervor?

Politischer Bereich: 40. Waren Sie Mitglied / Sympathisant einer Partei? Welcher? Wie groß würden Sie den Anteil der Würzburger Juden einschätzen, der DDP, SPD, KPD, Bayerische Volkspartei wählte? Glauben Sie, daß sich im Verlauf der Weimarer Republik unter den Würzburger Juden eine Entwicklung

hin zu bestimmten Parteien vollzog?
41. Gab es in Würzburg Juden, die man als "nationaldeutsch" bezeichnen könnte ("Naumannianer")?

Religiöses Leben: 42. Gab es innerhalb der Würzburger Orthodoxie verschiedene Richtungen? Wenn ja: Wodurch unterschieden sie sich? Gab es chassidische Bestrebungen? Wer verkörperte sie?
43. Wo standen die folgenden Gruppen innerhalb des orthodoxen Spektrums: Esra; Ez Chaim; Agudas Jisroel; Mekor Chaim (Verein für das Thorastudium); Ohawe Emeth; Vereinigung jüdischer Akademiker? Waren Sie Mitglied eines dieser Vereine? Können Sie über Aktivitäten der Vereine Auskunft geben? Wo und wann trafen sich die Mitglieder? Kennen Sie andere Mitglieder?
44. Welche Kontakte gab es zwischen dem Würzburger Lehrerseminar und der Orthodoxie? Um welche Rabbiner und Lehrer scharten sich die verschiedenen orthodoxen Gruppen?
45. An welchen orthodoxen bzw. religiösen Gruppen waren osteuropäische Juden beteiligt? Wie sah diese Beteiligung aus?
46. War die Israelitische Bruderschaft (Chevra Kadischa) rein orthodox oder hatte sie auch liberale Mitglieder?
47. Wurden in Ihrer Familie / der Ihrer Eltern die täglichen Gebetszeiten eingehalten? Gingen Sie / Ihre Eltern am Werktag zum Morgengottesdienst in die Synagoge? Welche religiösen Gegenstände gab es in Ihrer Wohnung: Menorah, Mesusah (berührten Sie diese?)? Legten Sie Gebetsriemen an?
48. Wie streng hielten Sie die Schabbatvorschriften ein: Nicht kochen, schreiben, kein Feuer entzünden, kein Tragen von Gegenständen, keine Reisen, kein Geld annehmen? Gingen Sie am Schabbat zum Morgengottesdienst / zum Abendgottesdienst, zur "dritten Mahlzeit"? Hielten Sie die Ausklangsandacht (Habdalah)? Wie verhielt es sich bei Ihren Eltern / Großeltern?
49. Welche Diätgesetze hielten Sie / Ihre Eltern / Ihre Großeltern zuhause ein? Hatten Sie getrenntes Küchengeschirr für Milchiges und Fleischiges? Zusätzliches Geschirr für Ungesäuertes an Pessach?

Allgemeine Fragen: 50. Wie würden Sie das Verhältnis der katholischen und evangelischen Kirche und ihrer Vertreter zu den Juden Würzburgs charakterisieren? Hatten Sie besonders positive, negative Erlebnisse?
51. Welche jüdischen / nichtjüdischen Zeitungen las Ihre Familie?

Chronologische Übersicht: Zum Schluß bitte ich Sie, einige der folgenden Ereignisse aus Ihrer Sicht und Ihrem Miterleben zu kommentieren:
8./9. November 1918: Revolution
Frühjahr 1919: Unruhen in ganz Bayern. Waren Sie oder ein Verwandter / Bekannter in einem Freikorps? An welchen Einsätzen waren Sie beteiligt?
April 1919: Räterepublik in Würzburg. Juden an Niederschlagung beteiligt?
1919-1922: Verstärkte antisemitische Propaganda in Würzburg
1920-1923: Ausweisungen von Ostjuden aus Würzburg und Bayern
1922/1923: Wie wirkte sich die Inflation auf Ihre Familie aus?
1922: Schaffung einer koscheren Notstands- und Studentenküche
März 1929: C.V.-Veranstaltung gegen Ritualmordlüge von Manau
1929-1933: Weltwirtschaftskrise: Welche Folgen hatte sie wirtschaftlich und familiär für Sie? Mußten Sie Angestellte entlassen? Wurden Sie selbst arbeitslos? Wie lange? Wie sicherten Sie den Lebensunterhalt Ihrer Familie? Mußten Sie umziehen, Zimmer vermieten? Mußte Ihre Ehefrau mitarbeiten? Wanderten Familienmitglieder wegen der Krise aus?
19. November 1930: Habima-Skandal: 14 Verletzte
30. Januar 1933: Nationalsozialistische Machtübernahme. Welche Empfindungen hatten Sie, als Sie davon hörten? Was erwarteten Sie für die Zukunft?"

Register

Aberbach, Bernhard (Inh. e. Weinhandlung) 118

Achduth (jüd. Jugendbund) 401

Achduth (jüd. Kulturverein) 127

Achduth, Vereinigung gesetzestreuer Juden Deutschlands 401

Adelebsen 60

Adelphia (Studentenverbindung) 286

Adelsberg 28

Adler, Abraham (Rabbiner, Aschaffenburg) 110

Adler, Alexander (Präsident d. deutschen Misrachi) 115

Adler, Lazarus (Malzfabrikant) 53

Adler, Nathan (Antiquitätenhändler) 23

Adler, Theo (Teilh. e. Rohproduktenhandlung) 414

Adler, Willi (Inh. e. Malzfabrik) 53

Agudas Jisroel 160, 182, 228, 232, 401, 411

Agudas-Jisroel-Jugendgruppe 182, 225, 226, 228, 232, 394

Akademie für die Wissenschaft des Judentums (Berlin) 40

Akademische Ortsgruppe des C.V. 180

Akademischer Gesangverein (Studentenverbindung) 286

Akselrad, David (Reisender) 119

Alexander II. (russ. Zar) 117

Alexander III. (russ. Zar) 117

"Alhambra" 139, 248, 314

Alldeutscher Verband 237, 238, 275-277, 359

Allersheim 53

Allgemeiner Deutscher Burschenbund 453

Allgemeiner Deutscher Waffenring (ADW) 178, 282-284, 291, 292, 321

Allgemeiner Studentenausschuß (AStA) 280, 287, 289, 290, 292

Altersheime 43, 155, 190-193, 196, 199, 201

Altes Gymnasium 166, 306

Altkleiderstelle des Israelitischen Frauenvereins 187

American Joint Distribution Committee 173, 200

Amichai, Yehuda s. Pfeuffer, Ludwig

Anfänger, Leopold (Lehrer) 108, 148

Antisemitismus 27, 72, 73, 105, 106, 108, 124, 149, 177, 180, 204, 209, 213, 220, 222, 234-355, 358-361, 385

Anwaltskammer 46, 47

Apothekerverein 46

Arbeiter- und Soldatenrat 88, 89, 270, 281

Arbeiter-Samariter-Bund 215

Arbeitsgemeinschaft der Vereinigten Minderheiten 290

Arbeitsnachweis des Israelitischen Frauenvereins 186

Argentinien 370

Arierparagraph 281

Armenrat 185, 197

Aschaffenburg 52, 77, 103, 110, 146, 148, 156, 189, 240

Auer, Erhard (SPD-Politiker, München) 339, 340

Auerbach, Selig (Rabbinatssubstitut) 167, 231

Augsburg 52, 81, 341

Aumühle 379

Ausländerwahlrecht in der Kultusgemeinde 129-132, 137, 233

Ausschuß für Kriegsstatistik 319

Ausschuß zur Aufbringung von Geldmitteln für die Bürgerwehr 92

Austritte aus der jüdischen Religionsgemeinschaft 17, 35, 37-38, 101, 356, 358

Austrittsgemeinde 158-161

Auswanderungen 14, 16, 19, 20, 25-28, 40, 117, 124, 187

Ausweisungen von Ostjuden 118-120, 256-260, 274, 359

Bab, Julius (Theaterkritiker, Berlin) 216, 217

Back, Moses (Schneider) 51

Bad Kissingen 77, 194, 220, 371

Baden 29, 63, 154, 174, 340

Bader, Josef Bär (Reisender) 56

Bader, Koppel (Zigarettenfabrikant) 54

Baeck, Leo (Rabbiner, Berlin) 216

"Bahnhofshotel" 321

Balfour, Arthur (brit. Außenminister) 107

Balta 119

Baltimore 28

Bamberg 52, 66, 111, 141, 168, 237, 238, 276, 279, 328, 329, 331, 353

Bamberger, Moses (Teilh. e. Textilversandgeschäftes) 160

Bamberger, Nathan (Rabbiner) 61, 87, 88, 92, 95, 139, 147, 149, 156, 157, 170, 363

Bamberger, Seligmann Bär (Rabbiner) 109, 110, 147, 156, 162, 169, 170, 172, 363, 410

Bamberger, Simon (Rabbiner, Wandsbek) 148

Bang, Paul (sächs. Oberfinanzrat) 276, 277

Bar Kochba (Sportverein) 433

Bauer, Georg (ev. Pfarrer, Bimbach) 249

Bauer, Philipp (kath. Stadtpfarrer) 317

Baumann, Samuel (Schuhmacher) 378

Bavaria (Corps) 181

"Bayerische Frauenzeitung" 48

"Bayerische Israelitische Gemeindezeitung" (München) 6, 8, 10, 29, 34, 35, 47, 166, 203, 335

"Bayerische Landeszeitung" 242, 247, 262, 271, 344, 364, 448, 469

Bayerische Mittelpartei 273-275

Bayerische Rabbinerkonferenz 242, 334, 335, 338

Bayerische Staatsregierung 23-25, 122, 155, 168, 173, 175, 190, 205, 206, 242, 245, 259, 274, 279, 292, 326, 332, 335-337, 346

Bayerische Volkspartei (BVP) 6, 78-80, 82, 86, 90, 248, 256, 266, 267-272, 274, 277, 285, 291, 296, 300, 301, 303, 313, 314, 326, 332, 335, 336, 338, 341, 352, 357, 359

Bayerischer Amateur-Boxverband 214

Bayerischer Industriellen-Verband, Ortsgruppe Würzburg 53

"Bayerischer Kurier" (München) 332, 448

Bayerischer Landtag 83, 291, 326, 328, 332, 335-339, 341

Bayerischer Optikerverband, Ortsgruppe Würzburg 55

"Bayerischer Staatsanzeiger" (München) 332

Bayerischer Wehrkraftverein 223, 224

Bayern und Reich (Wehrverband) 278, 279, 324

Bayreuth 52, 324, 328

Beerdigungen 186

Belfort 196

Belgien 27, 370

Bergfried (Studentenverbindung) 286

Berg'sche Aussteuerstiftung 195, 200

Berlin 16, 39, 99, 103, 109, 115, 122, 130, 131, 134, 148, 159, 171, 200, 202, 261, 262, 267, 273, 274, 281, 311, 337, 352

"Berliner Tageblatt" 48

Berney, Fanny (Krankenpflegerin) 27

Berney, Jakob (Inh. e. Textilwaren-Etagengeschäftes) 96

Berney, Michael (Gärtner) 27

Beyerlein, Georg (Hausmeister) 305

Beyl-Schlimbach'sche Mädchenschule 166

Bezirksrabbinat 148, 150-152, 156-161

Bier, Justus (Kunsthistoriker, Nürnberg) 382

Bimbach 249

Bing, Abraham (Rabbiner) 14, 147, 156

Biow, Edmund (Optiker) 55

Biow, Paul (Optiker) 55

Bismarck, Otto von (Reichskanzler) 312

Blau-Weiß (jüd. Jugendbund) 107, 183, 224-226, 229, 230

Bloem, Walter (Schriftsteller) 217

Blum, Ferdinand (Malzfabrikant) 53

Blumenfeld, Kurt (Vors. d. Zionist. Vereinigung für Deutschland) 116

Blumhof, Max (Inh. e. Kleiderfabrik) 197

Bodky, Julius (Lehrer) 47

Böhmen 268

Bohnesmühle 207, 379

Bonnland 66

Boveri, Margret (Journalistin) 223, 364, 452, 453

Box- und Leichtathletikabteilung des R.j.F. 214, 215

Boykottaufrufe 312, 327-329, 352, 353 472

Brandmann, Hans (Elektromonteur, SPD-Stadtrat) 334

Brauer, Hermann (Lackfabrikant) 54

Braunschweig 154

Braunschweiger, Alfred (Inh. e. Schuhwarengroßhandlung) 154, 234

Braunwarth, Heinrich (Inh. e. Buchdruckerei) 274

"Brechung der Zinsknechtschaft" 263, 264

Breidenbach (Gauführer d. unterfränk. Stahlhelms, Gadheim) 278

Breslau 145, 177

Breuer, Raphael (Rabbiner, Aschaffenburg) 148

Brinkmann, Max (Fotograf) 56

Brith Chaluzim Dathiim (BACHAD, jüd. Jugendbund) 233

Brith Hanoar der Zeire Misrachi (junge religiöse Zionisten) 440

Brünn 178

Buber, Martin (Religionsphilosoph) 216

Buch, Walter (SA-Führer für Franken) 324

Buchbinder, Lina (Witwe) 123

Buchner, Maximilian (Universitätsprofessor) 272

Bürgerwehr 81, 92, 99

Bukowina 61, 62, 117, 127

Bund Blücher (völk. Verband) 465

Bund Deutscher Frauenvereine 186

Bund gesetzestreuer Gemeinden Bayerns 155

Bund Jüdischer Akademiker (B.J.A.) 171, 181, 182

Bund Jüdischer Corporationen (B.J.C.) 107, 183

Bund Zionistischer Korporationen 422

Bureau für die Statistik der Juden (Berlin) 10

Burghaslach 324

Burgpreppach 29, 154, 170, 332

Burschenbunds-Convent (B.C.) 178, 179

Buxbaum, Hermann (Inh. e. Schuhfabrik u. -großhandlung) 378, 426

"Café Wien" 304

Cahn, Eugenie (Buchhalterin) 76

Cartellverband der Katholischen Deutschen Studentenverbindungen (C.V.) 282, 291, 292, 456

Casino (jüd. Gesellschaftsverein) 123, 219, 428

"Central-Café" (C.C.) 68, 205, 283, 328, 355

"Central-Casino-Theater" 68

"Central-Hotel" 68

Centralverband Deutscher Luxus- und Lederwarengeschäfte 60

Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.) 6, 105, 106, 180, 234, 242, 247, 248, 269, 272, 294, 297, 302, 304, 308-318, 320, 321, 327, 329, 332, 333, 343, 345, 352-354, 360

Chagall, Marc (Maler u. Graphiker) 60

Chassidismus 342

Chemnitz 54

Cheruscia (kath. Studentenverbindung) 286

Chevra Kadischa (jüd. Wohltätigkeitsverein) 185, 186, 190, 197, 428

China 370

Claß, Heinrich (Rechtsanwalt, Vors. d. Alldeutschen Verbandes) 275, 277

Club 1912 (jüd. Gesellschaftsverein) 221

Cohn, Fritz (Inh. e. Silberschmelz- u. Scheideanstalt) 26

"C.V.-Zeitung" (Berlin) 180, 245, 336, 337

Dannenberg, Aenne (Schülerin) 181, 208

Dannenberg, Albert (Inh. e. Getreide-, Mehl- u. Futtermittelgroßhandlung) 60, 204, 208, 353

Dannenberg, Paula (Prokuristin) 166

Danzig 59

Darmstadt 58, 311, 316

Dasch, Max (Hausmeister) 305

David, Gustav (Inh. e. Weingroßhandlung) 393

Demokratischer Studentenbund 76

Dessauer, Fritz (Soldat) 195

Dessauer, Josef (Essig- u. Likörfabrikant) 195

Dettelbach 150, 151, 156, 208, 248, 249, 252, 253, 261, 264

Deutsche Arbeiterpartei (DAP) 251, 264

Deutsche Burschenschaft 283

Deutsche Demokratische Partei (DDP) 19, 48, 62, 75-79, 86, 90, 99, 208, 239, 253, 271, 277, 296-299, 303, 312, 313, 321, 334, 336, 357, 359, 364, 386

Deutsche Finkenschaft 286

Deutsche Friedensgesellschaft 99

"Deutsche Israelitische Zeitung" (Regensburg, Hamburg) 78, 104, 270, 343

Deutsche Künstlergilde 60

Deutsche Staatspartei 77-79, 299

Deutsche Studentenschaft 281, 287, 288, 291, 455

Deutsche Volkspartei (DVP) 80, 81, 86, 266, 267, 273, 286, 325

"Deutsche Zeitung" (Organ d. Alldeutschen Verbandes) 275, 276

Deutscher Bauernbund 299, 336

Deutscher Block 299

Deutscher Bund 325

Deutscher Hochschulring 284, 285

Deutscher Möbelfachverband, Ortsgruppe Würzburg 65

Deutscher Republikanischer Studentenbund 290, 456

Deutscher Schutz- und Trutzbund 238

Deutscher Studentenbund 290, 291, 455

Deutscher Studentenverband 455

Deutscher und Österreichischer Alpenverein 213

Deutscher Verein jüdischer Krankenpflegerinnen 193

Deutsch-evangelischer Frauenbund 424

Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 6, 80, 81, 86, 223, 266, 267, 272-275, 277, 278, 285, 298, 303, 326, 334, 336, 338, 339, 451

Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband (DHV) 277, 278, 359

Deutschnationaler Jugendbund 223, 454

Deutschvölkischer Bund 238

Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund 235-256, 260-264, 266, 271, 274, 276, 281, 284, 291, 294, 302, 311, 323-325, 427

Deutschvölkischer Verband der Studierenden 241, 244, 281, 285, 289

Dikreiter, Heiner (Maler u. Kunsterzieher) 51

Dinter, Artur (antisemit. Autor) 243

Dix, Otto (Maler u. Graphiker) 60

Dolchstoßlegende 300

Dortmund 63

Dresden 130, 287

Düsseldorf 48

Duisburg 115

Eberstadt 58

Ebert, Friedrich (Reichspräsident) 244

Ebrach 390

Echter, Julius (Fürstbischof) 13, 307, 366

Ehrenfried, Matthias (Bischof) 288

Ehrhardt, Hermann (Korvettenkapitän a.D.) 324, 325

Einbürgerung 121-124, 126

Einersheim 244

Einheitspreisgeschäft "Wohlwert" 18, 59

Einstein, Albert (Physiker) 75

Einwanderung 16, 24, 117-120, 124-126, 316, 317, 326, 341

Einwohnermeldeamt 7, 15, 83, 120, 129, 197

Einwohnerwehr s. Bürgerwehr

Einzelhandelsverband 60

J. G. Eisemann & Co. (Zigarrenfabrik) 54

Eisler, Max (Mitbegr. d. HESK-Gesellschaft) 64

Eisner, Kurt (bayer. Ministerpräsident) 89, 135, 267-269

Ellendt, Andrea (antisemit. Agitatorin) 244-250, 252, 261, 264, 271, 295, 313, 315, 324, 355, 464

Engel, Hermann (Teilh. e. Herrenkleidergeschäftes) 100, 131, 133, 134, 140, 163, 182

Eppstein, Paula (Schülerin) 113, 308, 354

Erlangen 47, 99, 176, 287, 291

Erste Würzburger Möbelfabrik 55

Erstes Süddeutsches Porträt-Reklameinstitut 56

Eschwege, Ruben Moses (Oberkantor u. Gemeindesekretär) 3, 4, 143, 173, 308, 319

Esra (jüd. Jugendbund) 27, 126, 132, 160, 171, 182, 226, 227, 229, 231-233, 394

Esser, Hermann (Chefredakteur d. "Völkischen Beobachter") 323

Estenfeld 150, 408

Evangelische Kirche 37, 266, 300, 315, 404

Ez Chaim (orthodoxer Lernzirkel) 160 182, 187, 428

Fechenbach, Felix (Sekretär Kurt Eisners, Journalist) 89

Fechenbach, Noa (Sackhändler) 89

Fechtclub 213

Feder, Gottfried (Ingenieur, NSDAP-Politiker, München) 264

Feinberg, Gerson (Rabbiner) 148

Ferdinand von Toscana (Großherzog) 13

Feuchtwang, Meir (Rabbiner, Oettingen) 110

Finanzamt 18, 143, 144

S. Fischer-Verlag (Berlin) 55

"Die Flamme" (Bamberg) 301, 328, 329, 451

Fleischmann, Max (Inh. e. Holzhandlung) 55

Fleischmann, Willi (Inh. e. Holzhandlung) 55

Fortschrittliche Volkspartei 75

"Fränkischer Kurier" 448

"Fränkischer Volksfreund" (SPD- u. Gewerkschaftsorgan) 6, 242, 246, 249, 269, 271, 285, 295, 296, 300, 313, 323, 344, 469

Fränkischer Weinhändler-Verband 62

"Fränkisches Volksblatt" (BVP-Organ) 6, 78, 236, 237, 241, 242, 247, 251, 252, 254, 256, 260, 261, 263, 264, 266-271, 281, 300, 302, 308, 317, 331, 344, 351, 469

Frank, Jeanette (Viehhändlerswitwe) 23

Frank, Max (Zahnarzt) 46, 197, 210

"Der Franke" (unterfränk. NSDAP-Organ) 467

Frankenfelder, Rosa (Metzgerstochter) 83

Frankenland (völk. Wehrverband) 324, 325, 328

Frankenloge s. Unabhängiger Orden Bne Briss

Frankenthal, Josef (Landwirt) 71

Frankfurt a.M. 16, 54, 58, 61, 83, 89, 103, 111, 119, 145, 159

Frankfurter Damenmäntelgeschäft 328

"Frankfurter Zeitung" 48, 148

Frankreich 63, 124, 268, 370

J. Franks Buchhandlung und Antiquariat 65

Frauenwahlrecht in der Kultusgemeinde 101-104, 137, 139, 150

Freiburg 244

Freie Gewerkschaften 19, 83, 84, 91, 231, 244, 294, 295

Freie Hochschulgruppe 456

Freie Israelitische Vereinigung s. Mittelpartei

Freie Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums 100, 140, 141, 157-160, 401

Freier Ausschuß jüdischer Akademiker für demokratische Wahlen 298

"Die Freiheit" (unterfränk. NSDAP-Organ) 6, 302, 348-351

Freikorps Würzburg 91, 92, 278, 376

Freimaurerloge "Zu den zwei Säulen am Stein" 99, 219, 310

Freitag-Abend-Gemeinschaft (jüd. Jugendbund) 231, 232

Freiwillige Feuerwehr 215

Freiwillige Unterrichtskurse 150, 167

Freudenberger, Felix (Buchhändler, Landtagsabgeordneter, SPD- u. Gewerkschaftsfunktionär) 5, 19, 65, 76, 83, 84, 88, 89, 91, 92, 111, 115, 123, 269, 270, 294-296, 313, 323

Freudenberger, Heinrich (Hypotheken- Immobilien- u. Versicherungsmakler) 110, 115, 132, 202, 203

Freudenberger, Juda (Lehrer) 47

Freudenthal, Ignaz (Rechtsanwalt) 219

Frick, Wilhelm (thüring. Innenminister) 124

Friedhof 142, 143, 186, 307, 420

Friedrich III. (deutscher Kaiser) 312

Fryman, Daniel s. Claß, Heinrich

Fuchsstadt 51, 65

Fürstenenteignung 339

Fürth 22, 130, 141, 165

Fulda 27

Fulder, Nathan (Inh. e. Textilwarenhandlung) 96

Fußballabteilung des R.j.F. 215

Fußballverein 04 213

Gadheim 278

Galizien 117, 119, 121, 123, 134, 171, 270, 287

Gaukönigshofen 14

Gebsattel, Konstantin von (General a. D., Rothenburg o.T.) 237, 238, 275, 276, 449

Gebsattel, Ludwig von (General) 237, 449

Gebsattel, Marie von (BVP-Landtagskandidatin) 270, 271

Gebsattel, Victor von (kgl.-bayer. Kämmerer) 237

Geburtenrückgang 30-33

"Gelbe Hefte" 272

Gemeindehaus 3, 304, 403

Gemeinschaft zur Wahrung wirtschaftlicher Belange 85

Gerchsheim 340

Germania (Burschenschaft) 181, 291

Germersheim 87

Gerstenberger, Liborius (Hauptschriftleiter d. "Fränkischen Volksblatts") 267, 449

Gesellschaft für Literatur und Bühnenkunst 84, 215

Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften an der Universität Würzburg 215

Gestapostelle Würzburg 4, 5, 7, 45, 58, 79, 122, 296, 310, 311, 314, 467, 473

Giebelstadt 95

Glacélederfabrik Heidingsfeld 52

G'milus chesed (ostjüd. Darlehensverein) 201, 428, 429

Göttingen 60, 287

Goldener Jubiläumsfonds 426

Goldmann, Nahum (zionist. Politiker) 113

Goldschmidt, Isaac Löb (Hotelier) 58

Goldschmidt, Josef (Schneider, Textilkaufmann) 58

Goldschmidt, Stefan (Privatdozent) 377

Goldstein, Julius (Universitätsprofessor, Darmstadt) 311, 316, 317, 327

Golomb, Leopold (Inh. e. Strumpfstrikkerei) 378

Golomb, Moritz (Strumpfwarenfabrikant) 51, 210

Gottesdienstbesuch 96

H. Gotthilf & Cie. (Rohproduktengroßhandlung) 64, 202

Gräberstiftungen 195, 200

"Graphisches Kabinett" 60

Greußenheim 150

Grieser, Andreas (Oberbürgermeister) 148, 239, 240, 254, 269

Großbritannien 16, 182, 246, 268, 370

Grosz, George (Maler u. Graphiker) 60

Grünbaum, Leopold (Inh. e. Maß- u. Tuchgeschäftes) 378

Grünfeld, Isidor (Rechtsanwalt) 115

Grünfeld, Simon (Lehrer) 152

Grünthal, Ernst (Privatdozent) 377

Grunfeld, Isidor (Student) 171

Gruppe junger Demokraten 76

Günzburger, Alfred (Prokurist) 213, 214

Gürtner, Franz (bayer. Justizminister) 275

Guttenberg, Alexander (Arzt) 141

Haas, Alfred (Maschinenbauschüler) 91, 92, 432

Haas, Gerson (Rechtsanwalt, Gemeindevorsitzender) 4, 19, 46, 110, 111, 124, 129, 138, 140, 141, 143, 149, 154, 163, 193, 202, 242, 248, 255, 337, 346, 350, 357

Haas, Lotte (Kindergärtnerin) 426

Habima-Skandal 262, 321, 341-350, 354, 355, 359

Haifa 108

Halacha 171

Halberstadt 148

Hamburg 39, 103, 148

Hammelburger, Ludwig (Lehrer) 165,167 182, 306, 308

Hanau 58

M. Hanauer & Sohn (Branntweinbrennerei) 53

Handburger, Karl (Weinhändler) 80

Hannover 130, 171, 196

Hanover, Rosi (Schülerin) 149

Hanover, Ruth (Schülerin) 149

Hanover, Siegmund (Rabbiner) 23, 79, 85, 87, 102-104, 139, 148-150, 153, 160, 161, 163, 165, 167, 170, 171, 173, 182, 185, 201, 216, 221, 228, 230, 231, 288, 307, 315, 337, 340 345, 346, 357, 363, 417, 436, 449

Harburger, Adolf (Inh. e. Herrenkleidermaßgeschäftes) 378

Harmonie-Gesellschaft 218, 219, 243, 323, 327

Harzburger Front 81

Haßfurt 165

Hatikwah (zionist. Studentenverbindung) 108, 113, 183, 184, 214, 289

Hauck, Hans (DDP-Stadtrat) 239

Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge und Arbeitsnachweise 187, 188

"Haus ohne Dach" 60

Hausfrauenorganisation Würzburg 424

Hausmann, Hermann (Inh. e. Spedition) 67

Hecht, Jakob (Inh. e. Bankkommissionsgeschäftes) 66

Heelein, Adam (Vors. d. Ortsgruppe Würzburg d. Deutschvölk. Schutz- u. Trutzbundes) 294

Geschw. Heene (Modewarenhandlung) 304

Hehn, Johannes (Universitätsprofessor) 178, 271, 272, 333

Heidingsfeld 4, 8, 9, 13, 14, 22, 23, 52, 54, 55, 83, 147, 150-153, 195, 207, 340, 351, 408

Heilbronn 91, 123

Felix Heim (Bank- u. Wechselgeschäft) 384

Heim, Max (Inh. e. Eisengroßhandlung) 215

Heine, Heinrich (Dichter) 218

Heinemann & Sohn (Tuchhandlung u. Maßschneiderei) 378

Held, Heinrich (bayer. Ministerpräsident) 345, 346

Hellmann, Karl (Facharzt) 47

Hellmann, Ludwig (Facharzt) 47

Hellmann, Moritz (Lehrer) 163

Hellmuth, Otto (Zahnarzt, NSDAP-Gauleiter u. Landtagsabgeordneter, Marktbreit) 244, 249, 250, 310, 324, 325, 327, 328, 330, 332-334, 343, 346-349, 352, 355

Henle, Julius von (Regierungspräsident) 92, 148, 205, 206, 242, 246, 247, 310, 327, 346, 350

Hep-Hep-Unruhen 307

Hergt, Oskar (DNVP-Vorsitzender) 273

Hermannsberg 171

J. Herrmann (Bankhaus) 66

Herrmann, Fritz (Bankier) 66

Herrmann, Isidor (Bankier) 66

Herrmann, Paul (Bankier) 66

Hersch, Walter (Fußballspieler) 213

Herzfelder, Julius (Inh. e. Werkzeug-, Transmissionen- u. Kugellagerversandgeschäftes) 64

Herzl, Theodor (zionist. Politiker) 111, 435

HESK-Gesellschaft (Werkzeug-, Transmissionen- u. Kugellagerversandgeschäft) 64, 65

Heß, Oskar (Weinhändler) 26

Hessen 29, 35, 174, 371

Hessen-Nassau 287

Heuss, Theodor (DDP-Politiker) 298

Hilb, Emil (Universitätsprofessor) 47, 434

Hilcken, Wilhelm (Vors. d. Industrie- u. Handelskammer) 315

"Die Hilfe" (unterfränk. NSDAP-Organ) 302, 332, 349

Himmelstadt 197

Hindenburg, Paul von (Reichspräsident) 146, 349

Hirsch, Moses (Händler u. Gütermakler) 14

Hirsch, Samson Raphael (Rabbiner, Frankfurt a.M.) 93, 410

Historische Kommission des Verbandes Bayerischer Israelitischer Gemeinden 155

Hitler, Adolf 251, 264, 271, 285, 291, 300-302, 323-325, 327, 328, 352, 354, 446, 459, 460

Hitler-Jugend 328, 352

Hochschulring Deutscher Art 280, 284-286, 290, 291, 454

Hockeyclub 213

Höchberg 14, 62, 110, 148, 150, 170, 175, 408

Hoffmann, Johannes (bayer. Ministerpräsident) 241, 251, 256, 279

Hofheim 300, 330-333

Hohenfeld 246

Hohenstaufia (Studentenverbindung) 286

Holländer, Ludwig (Vors. d. C.V., Berlin) 311, 353, 421

Holland 27, 60, 61, 124, 149, 370

Holz, Karl ("Stürmer"-Redakteur, Nürnberg) 301, 328, 330, 332-334

Homburg a.M. 150, 156

"Hotel Goldschmidt" 67, 68, 139, 219, 229, 231, 234

"Hotel Pauly" 219, 229

"Hotel Reichshof" 234

"Hotel zur blauen Glocke" 68, 181

Hüttenheim 67

Hugenberg, Alfred (Verleger, DNVP-Vorsitzender) 277

"Huttenscher Garten" 89, 241, 247, 256, 271, 285, 302, 323, 326, 333, 341, 346, 348

Ilg, Alfons (AStA-Vorsitzender, NSDAP) 292

Industrie- und Handelskammer 19, 72, 205, 315

Inflation 43, 44, 66, 73, 143-145, 359

Interkonfessioneller Ausschuß zur Versorgung notleidender Bürger 204

Iphofen 53

Israel 11, 149, 229

"Der Israelit" (Frankfurt a.M.) 90, 148

Israelitische Bruderschaft s. Chevra Kadischa

Israelitische Erziehungs- und Unterrichtsanstalt 47, 99, 108, 109, 139, 142, 151, 152, 162-165, 167, 168, 172, 212, 304-306, 358

Israelitische Lehrerbildungsanstalt (ILBA) 2, 7, 47, 94, 95, 133, 134, 143, 148, 149, 155, 165, 167-175, 182, 226, 344, 352, 433, 438

Israelitischer Frauenverein 186, 190, 197, 201, 428

Israelitischer Hilfsverein 189, 190, 197, 428

Israelitischer Lehrerverein für Bayern 174, 306

Israelitischer Wanderunterstützungsverein 187-190, 428

"Israelitisches Familienblatt" (Hamburg, Frankfurt a.M.) 148

Israelsky, Jakob (Fotograf) 56

Italien 63

Ivria (zionist. Studentenverbindung) 184, 289

Jahrzeitstiftungen 195, 200

Jakob, Siegfried (Inh. e. Viehhandlung) 63

Jena 148

Jerusalem 2, 3, 5-7, 17

Josef-Dessauer-Stiftung 195

Judenedikt 14, 15, 135, 137, 142, 147, 158

Judenzählung 319

Jüdische Arbeitsgemeinschaft 289

Jüdische Erziehungsanstalt (Ahlem) 196

Jüdische Kinderheilstätte (Bad Kissingen) 194

"Jüdische Rundschau" (Berlin) 85, 125, 259, 260

Jüdische Volkspartei 115, 127, 130, 141

Jüdischer Fortbildungsverein 216, 217, 225, 226

Jüdischer Frauenbund 186

Jüdischer Jugendverein 226, 228-230

Jüdischer Turn- und Sportverein (J.T.u.S.) 214

Jüdischer Turnverein (J.T.V.) 183, 214

"Jüdisches Echo" (München) 6, 108, 109, 114, 140, 211, 325, 332, 338, 348

Jüdisches Landheim (Wolfratshausen) 426

Jüdisches Winterhilfswerk 428

"Jüdisches Wochenblatt für Unterfranken und Aschaffenburg" (Erfurt) 6, 80, 203, 304, 309, 310, 354

Jugendgottesdienste 94, 230

Jungbayern s. Bayerischer Wehrkraftverein

Jungdeutscher Orden 77, 299, 359

Jungjüdische Vereinigung 321, 469

Jung-Jüdischer Wanderbund (J.J.W.B.) 228-230, 394

Jungsturm (völk. Jugendgruppe) 328

Jungzionistischer Arbeitskreis 107, 114, 115, 181

Kaddisch 186, 195

M. Kahn & Cie. (Textilwarengroßhandlung) 58, 205

Kahn, Julius (Inh. e. Textilwarengroßhandlung) 58, 205, 206

Kahn, Maier (Inh. e. Tuch- u. Schnittwarenhandlung) 62, 63

Kahn, Moses (Inh. e. Textilwarengroßhandlung) 58

Kahn, Rosa 166

Kahn, Wilhelm (Inh. e. Weinhandlung, DDP-Stadtrat) 62, 63, 75, 77, 239, 240

Kahn, Wolf (Inh. e. Tuch- u. Schnittwarenhandlung) 62

Kahr, Gustav von (bayer. Ministerpräsident u. Generalstaatskommissar) 24, 25, 250, 256, 257, 259, 271, 274, 279, 446

Kaiserslautern 168

Kampfgemeinschaft gegen Warenhaus und Konsumverein der NSDAP 352

Kapp, Wolfgang (Generallandschaftsdirektor in Ostpreußen) 284, 294, 324

Karbach 150, 156

Kareski, Georg (Vors. d. jüd. Gemeinde Berlin) 107, 387, 396

Karlstadt 150

Kartell Jüdischer Verbindungen (KJV) 183

Kartell Zionistischer Verbindungen 183

Kartell-Convent der Verbindungen deutscher Studenten jüdischen Glaubens (K.C.) 180, 292

Kartell-Verband der Katholischen Deutschen Studentenverbindungen (K.V.) 285, 291, 292

Kassel 171

Kastanienbaum, Moses (Rohproduktengroßhandlung) 64

Katholische Kirche 35, 37, 266, 300, 314, 315, 331, 404

Katholischer Frauenbund 424

Katholischer Volksverein 268

Gebr. Katzmann (Hoteliers) 231

Katzmann, Bruno (Soldat) 87

Kaufmann, Theo (Hauptschriftleiter d. "Würzburger General-Anzeigers") 217, 341, 434

Kautsky, Karl (SPD-Politiker) 471

Kegelclub Dreißiger 433

Kegelclub Lustig 433

Keren Hajessod (Palästinafonds) 110, 113, 116

Keren Kajemeth le Jisrael (Palästinafonds) 110, 111, 113

Kerlen, Kurt (Geschäftsführer d. Deutschvölk. Schutz- u. Trutzbundes, Nürnberg) 236, 237, 294

Kern, Hugo (Student) 91, 282

Würzburger Kickers 213, 214

Kimpel, Albert (Teilh. e. Weinhandlung) 215

Kindergarten 125, 143, 147, 194

Kirchensteuer s. Kultusumlage

Kirchheim 150

Kitzingen 77, 146, 148, 156, 220, 244, 246, 371

Kleemann, Hermann (Teilh. e. Textilgroßhandlung) 350

Kleinlangheim 80, 245

Kleinrentner 198

Knilling, Eugen von (bayer. Ministerpräsident) 250

Koblenz 6

Köln 63, 103, 134, 145, 148, 171

Königsberg 63, 159

Königshöfer, Jonas (Milchproduktenhändler) 61, 96

Königshofen 461

Kösener Kongreß 283

Koffler, Georg (Inh. e. Eier- u. Fettwarengeschäftes) 61, 204

Kokoschka, Oskar (Maler u. Graphiker) 60

Kollwitz, Käthe (Graphikerin u. Bildhauerin) 60

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 78, 84-86, 91, 92, 257-259, 294, 336, 339

Konservatorium für Musik 48, 406

Koscher 94, 344

Koschere Studentenmensa 183

Koscherfleisch 53, 74, 94, 97, 340

Koschermilch 61, 96

Kranken- und Pfründnerhausstiftung 190-192, 429

Krankenhaus 143, 147, 190-192, 202

Krankenschwesternorganisation des U.O.B.B. 192

Kranzler, Majer Leib (Inh. e. Rohproduktenhandlung) 64

Kreis-Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft 388

Kreistag 388

Kreuzzüge 307

Kriegerverein 213

Kriegsblindenvereinigung 313

Kultusumlage 17, 18, 38, 54, 100, 101, 118, 137, 142-146, 356

Kunze, Richard (antisemit. Agitator, Berlin) 241, 256

Kupsch, Bernhard (Kaufmann) 329

Kurhospiz (Bad Kissingen) 194

Laban, Rudolf von (Tanzpädagoge) 48

Landesheim für Sieche s. Altersheime

Landespolizei 245, 295, 342-346, 350

Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern 5

Landesverband jüdischer Metzgermeister 337, 341

Landesverein für Israelitische Kultusgemeinden 153

Landgericht Würzburg 6, 248, 258, 259, 310, 329, 351, 353

Langemarck 289, 292

Josef Laredo (kunstgewerbl. Kaufhaus) 59, 60

Laredo, Oskar (Inh. e. kunstgewerbl. Kaufhauses) 59, 60, 310

Laubhüttenfest 308

Laudenbach 29, 150

Lausch (Buchhandlung) 249

Lazarus, Ludwig (Inh. e. Buchhandlung) 65

Lebowitsch, Egmont (Inh. e. Textilgeschäftes) 328

Leier, Heinrich (Hauptschriftleiter d. "Fränkischen Volksblatts") 79, 300, 301, 331, 332, 351

Lein & Steinberg (Kleiderfabrik) 378

Leipzig 54, 130, 170

Leiserowitz, Josef (Schneider u. Kürschner) 51, 446

Lemberg 118, 268

Leningrad 262

Lernen 95

Levien, Max (Revolutionspolitiker, München) 258

Lewkowitz, Georg (Fotograf) 56

Liberale Ortsgruppe in der Kultusgemeinde 99, 101-103, 108, 113, 129-131, 140, 141, 156, 157, 159, 160, 309, 357

Lipday, Willy (Kaufmannsgehilfe, NSDAP-Stadtrat) 334

Lippmann, Adolf (Kaufmann) 198

Litauen 134

Literatur-Klub 216

Lodz 51

Löffler, Hans (Oberbürgermeister) 76, 111, 178, 204, 206, 208, 239, 247, 299, 314, 315, 321, 333, 336, 344, 345, 348, 351, 355, 359

Emil Löser & Co. (Textilwarenhandlung) 59

Loeser, Liesl (Tanzlehrerin) 48

Loeser, Trudel (Tanzlehrerin) 48

Löwenfeld, Philipp (SPD-Politiker, München) 338-340

Löwenstein, Leo (Vors. d. R.j.F., Berlin) 318

Löwenthal, Hermann (Versicherungsagent) 91

London 149

Ludendorff, Erich (General a.D., völk. Politiker) 284, 285, 323-325

Ludwig III. (bayer. König) 267, 379, 426

Lübeck 63

"Luisengarten" 243, 328

Luther, Martin 444

Luxemburg, Rosa (sozialist. Politikerin) 90

Maasser ("Zehnter") 111

D. Mai (Getreide-, Mehl- u. Futtermittelgroßhandlung) 60, 204

Mainfranken (Studentenverbindung) 286

Mainstockheim 150, 151, 156

"Die Mainzeitung" (unterfränk. NSDAP-Organ) 467

Makkabi-Sportclub 433

Manasse, Paul (Universitätsprofessor) 223, 364, 453

Manau 300, 312, 330, 332, 349

Mandelbaum, Aron (Lehrer) 162, 164, 447

Mandelbaum, Max (Apotheker) 46

Mann, Golo (Historiker) 236

Mannheim 61, 145

Manstein, Ernst von (Kunstmaler, Lehrer) 175

Marburg 281, 287

Markelsheim 23

Markomannia (kath. Studentenverbindung) 286

Marktbreit 29, 240, 244, 246, 250, 312, 325, 328, 354

"Marktbreiter Wochenblatt" 249-251, 301, 360

Marktheidenfeld 150, 156

Marschgruppe der Universität 284

Marx, Karl 271

Marx, Wilhelm (Reichskanzler) 79, 337

Maßbach 134

Mayer, Heinrich (Zigarrenfabrikant) 54

Mayer, Jacques (Zigarrenfabrikant) 54, 436

Mayer, Wolf (Bankier) 54

"Mazzestube" (kleine Synagoge) 95, 127, 133

Mazzot 74, 195, 196, 200, 242, 330, 333

Mecklenburg-Schwerin 154

Meiningen 327

Meisner, Christian (Rechtsanwalt) 297, 298

Meister, Wilhelm s. Bang, Paul

Memmel, Theo (Lehrer, NSDAP-Kreisleiter) 355, 360, 473

Menorah 97

Mergentheim 23, 89

Mertens, Johannes (Regierungsrat a.D., NSDAP-Stadtrat) 334

Metallwarenfabrik "Progress" 55

Metzgerinnung 341

Mexiko 244

Meyer, S. (Rabbiner, Regensburg) 78, 270

Meyer & Lißmann Nachf. (Seidenhaus, Putz- u. Modewarenhandlung) 202

Michel, Abraham (Händler) 196

Michel, Jakob (Schüler) 196

Michel, Josef (Schüler) 196

Michel, Mina (Witwe) 196

Milchige und fleischige Speisen 98

Minjan 151

Mir 134

Mischehen 34-36, 210, 356, 358

Misrachi 115

Mittelpartei in der Kultusgemeinde 140, 141

Mittelstandshilfe 199-202, 429

Mizwotverkauf 195

Mölter, Ludwig (Journalist, NSDAP-Aktivist) 327, 329

Mohrsche Malzfabrik Adler & Blum 53, 204

Montessori-Kinderhaus 194

Morgenroth, Max (Schuhfabrikant) 378

Moskau 341

Mosse-Verlag (Berlin) 55

Mosse, Rudolf (Zeitungsverleger) 75

Müller, Hedwig (Inh. e. Reformhauses) 473

Müller, Richard (Rechtsanwalt) 436

München 4, 6, 16, 22, 54, 89, 92, 99, 108, 109, 111, 122, 130, 141, 159, 164, 176, 202, 251, 256-262, 265, 279, 306, 323, 324, 335, 337, 339

"Münchner Post" (SPD-Organ) 339, 340

Münich, August (Oberzollsekretär, NSDAP-Stadtrat) 334

Münster, 171, 278

Münsterschwarzach 208

Munk (Rabbiner, Berlin) 337

Nassovia (Studentenverbindung) 282

Nathansen, Semi (Zahnarzt) 94, 100, 102, 103, 105, 133, 134, 210, 422

Nathansen, Simon (Schüler) 307

Nationalliberale Partei 75, 80

Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation 352

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 78, 81, 235, 248, 250-252, 254, 256, 261, 263, 264, 266, 274, 277-281, 296, 298-303, 310-313, 318, 321, 323-337, 341-343, 345, 346, 348-354, 356, 357, 359-361, 427

Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund (NSDStB) 280, 288, 290-292, 346, 351, 456

Naturheilverein 460

Naturwissenschaftlicher Verein 377

Neidenstein 63

Neubauer, Jekutiel (Rabbiner) 134, 170, 171, 226

Neue Würzburger Straßenbahn-Gesellschaft 388

Neues Gymnasium 166, 306

Neumarkt 148

Neuner 213

Neutraler Jugendbund 149, 230-232, 394

New York 26, 149

Niederland, Abraham (Kantor u. Schächter) 45, 122, 123, 188, 403

Niederland, Willy (William G. Niederland) 122, 188, 211, 308

Niederwerrn 14

Nikolaus II. (russ. Zar) 117

Noar Agudati (jüd. Jugendbund) 233

Nobel, N. A. (Rabbiner, Frankfurt a. M.) 103

Nolde, Emil (Maler u. Graphiker) 60

Normannia (kath. Studentenverbindung) 454

Notstandsküche 202, 429

Notsteuer 146

Novemberpogrom 1938 4, 5, 7

NS-Schülerbund 352

Nürnberg 22, 28, 52, 99, 111, 115, 141, 159, 164, 236, 259, 323, 328, 334, 344, 413

Nürnberg, Siegbert (Arzt) 110, 215

Numerus clausus 290-292

S. & N. Nußbaum (Maßgeschäft u. Tuchlager) 378

Nußbaum, Fritz (Lehrer) 134

Nußbaum, Herbert (Apotheker) 77, 296, 297, 386

Oberaltertheim 150

Oberrealschule 47, 108, 115, 166, 305

Ochsenfurt 53, 55, 240

Odessa 119

Österreich 27, 60, 117-119, 121, 124, 178, 179, 287, 370

Oettingen 110

Ohawe Emeth-Verein (orthodoxer Lernzirkel) 187, 428

Oldenburg 154

Oppenheimer, Helena (Köchin) 197

Oppenheimer, Klara (Ärztin) 166

Oppenheimer, Ludwig (Teilh. e. Zigarren- u. Tabakwarengroßhandlung) 214

Oppenheimer, Max Emanuel (Teilh. e. Zigarren- u. Tabakwarengroßhandlung) 214

Simon Emanuel Oppenheimer's Nachf. H. Buxbaum & Co. (Schuhfabrik) 52, 213

Orthodoxe Ortsgruppe s. Verein zur Wahrung und Förderung religiöser Interessen

Ostjüdische Gemeinschaft 115, 127, 201, 357

Ostjüdischer Frauenverein 127

Ostrach, Paula (Inh. e. Handweberei) 51

Ostrach, Schaja (Kaufmann) 119, 121, 122, 128

Ottensoser, Ida (Lehrerin) 163, 164

Ottensoser, Lazarus (Rabbiner, Höchberg) 110

Palästina 27, 28, 107-113, 124, 149, 232, 233, 370

Paulinenstiftung 163

Perschmann, Siegfried (Inh. e. Buchhandlung, NSDAP-Aktivist) 249, 276, 459

Pessach 98, 196, 242, 243

Petljura, Simon (ukrain. Politiker) 121, 122

Pfauenapotheke 296

Pfeuffer, Friedrich (Teilh. e. Posamentrie-, Knopf- u. Futterartikelgroßhandlung) 308

Pfeuffer, Ludwig (Schüler) 95, 308

Pfeuffer, Samuel (Teilh. e. Posamentrie-, Knopf- u. Futterartikelgroßhandlung) 232

Pfründnerhaus s. Altersheime

Piloty, Robert (Universitätsprofessor) 316

Pius XI. (Papst) 312

"Platzscher Garten" 236, 294, 323

Pöhner, Ernst (Polizeipräsident, München) 256, 262

Polen 20, 110, 115, 118, 120, 121, 123, 127, 128, 210, 255, 257, 304, 307

Polizeistelle für Nordbayern (Bamberg) 84, 240

Poms, Heinrich (Handlungsgehilfe) 257-259

Posen-Westpreußen 371

Post-Sportverein 213

Präparandenschule Burgpreppach 170, 175

Präparandenschule Höchberg 170, 175

Prag 178

Preuß, Hugo (Staatsrechtsprofessor, DDP-Politiker) 75

Preußen 35, 39, 118, 119, 154, 159, 171, 174, 259, 288

Prinzregent Luitpold-Feuerwehrstiftung 205

Privatsynagoge im Haus Bibrastraße 17 95, 160, 161, 182, 411, 417

Produktenbörse 60, 61

Prunn 229

Przemyśl 54

Purim 354, 355

Racky, Adolf (Schriftsetzer, SPD-Stadtrat) 344

Räterepublik in Würzburg 81, 91, 254, 278, 279, 282

Rapallo 243

Rathenau, Walter (Reichsaußenminister) 243, 244, 248, 253, 265, 288, 295, 315, 323, 327

Realgymnasium 134, 166, 305

Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg 152, 153, 156, 157, 163, 164, 169, 172, 247, 314, 333, 349, 466

Reichenberg 14, 26, 150

Reichsbank 66

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 296, 297, 310, 313, 321, 345

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (R.j.F.) 213-215, 308, 310, 314, 318-322

Reichsflagge (Wehrverband) 279, 324

Reichshammerbund 238

Reichskammer der bildenden Künste, Landesleitung Unterfranken 65

Reichskristallnacht s. Novemberpogrom 1938

Reichsschrifttumskammer 217

Reichssippenamt 4

Reichswehr 81, 262, 279, 295, 312

Reinstein, Arnold (Oberschüler) 92

Reiß, Alfred (Oberschüler) 92

Reiß, Hermann (Teilh. e. Branntweinbrennerei) 53, 92

Reiß, Julius (Teilh. e. Branntweinbrennerei) 53

Religionsgesellschaftliches Steuergesetz 144

Religionsunterricht 136, 159, 160, 165, 168, 173, 270, 307

Republikschutzgesetz 244, 248, 274, 275, 323

Revolutionärer Aktionsausschuß 91

Rheno-Palatia (jüd. Studentenverbindung) 114, 179, 180, 183, 283, 284, 289, 292, 304, 421

Rhönclub 213

Riesenfeld, Alfred (Lackfabrikant) 54

Riesenfeld, Bruno (Lackfabrikant) 54

Riesenfeld, Nathan (Arzt) 46

Riesenfeld, Walter (Schüler) 54, 171, 303

Riess, Curt (Journalist) 52, 305

Rimpar 150

Rindskopf, Ignaz (Inh. e. Weingroßhandlung) 100, 101, 146, 194

Ring Deutscher Korporationen 284, 292

"Risches" (Antisemitismus) 309

Ritualbad 142, 143, 147

"Ritualmord" von Manau 300, 312, 330-334, 349

Rodges (religiös-zionist. Lehrgut bei Fulda) 27

Rohatyn 118, 119

Rohling, August (Universitätslehrer) 330

Rosegger, Peter (Heimatdichter) 312

Rosenblatt, Albrecht (Mühlenbesitzer, Hypotheken- u. Versicherungsmakler) 379

Rosenblatt, Alfred (Inh. e. Strickwarenfabrik) 351

Rosenblatt, Irma (Schülerin) 115, 397

Rosenthal, Hermann (Inh. e. Textilwarengroßhandlung) 201, 269

Rosenthal, Karl (Rechtsanwalt) 6, 76, 87, 99, 102, 105, 108, 132, 219, 248, 309-315, 317, 329, 333, 343, 345, 346, 353, 355, 467

Rosenthal, Kläre 394

Rosner, Anna (Händlerin) 20

Rotes Kreuz 191, 205, 206, 215

Roth, Alfred (Hauptgeschäftsführer d. Deutschvölk. Schutz- u. Trutzbundes, Hamburg) 243

Roth, Christian (bayer. Justizminister) 274

Rothenburg o.T. 108, 238

Ruderverein von 1875 214

Rudnitzki, Elias (Schuhmacher) 378

Ruland, Ludwig (Universitätsprofessor) 272, 315, 316

Rumänien 117, 121, 304

S. Ruschkewitz (Kaufhaus) 59, 202

Ruschkewitz, Ernst (Geschäftsführer) 381

Ruschkewitz, Fritz (Schüler) 92, 254

Ruschkewitz, Max (Kaufmann) 389, 432

Ruschkewitz, Siegmund (Kaufhausbesitzer) 18, 59, 205, 253, 254

Rußland 27, 38, 51, 110, 115, 117, 119-122, 127, 128, 183, 243, 254, 307, 316

Rypinski, Else (Sängerin) 123

Rypinski, Philipp (Kapellmeister) 123

"Saale-Zeitung" (Bad Kissingen) 466

S. Sachs (Kleiderfabrik) 378

Sachsenhaus, Moses (Hausierer) 196

Sachsenhaus, Rosa (Hausiererin) 196

Salia (parität. Studentenverbindung) 177-179, 282-284, 289, 320, 389, 390, 455

"Salia-Kriegsberichte" 177, 319

Samusczyn 121

Sandler, Aron (Vorstandsmitglied d. jüd. Gemeinde Berlin) 106

Sauer, Friedrich (Amtsgerichtsdirektor) 347

Saxo-Thuringia (Studentenverbindung) 286

Schabbat 94, 95, 97, 98, 225, 232, 233, 308

Schächten 94, 143, 335-338, 340, 341, 349

Schächtverbot 335-341

Scheidemann, Philipp (Reichskanzler) 75

Scheinfeld 244, 324

Schiedermair, Richard (Direktor d. Realgymnasiums) 306

Schiff, Adolf (Teilh. e. Textilwarengroßhandlung) 208

"Der Schild" (Organ d. R.j.F., Berlin) 321, 322

Schild-Sportverein 433

Schiurim (religiöse Lehrkurse) 167, 168, 171, 182, 195, 225, 226, 417

Schlachthof 336, 337

Schlenker, Jettchen (Witwe) 198

Schlesien 54

Schlör, Ferdinand von (Bischof) 269

Schloß, David (Rechtsanwalt) 433

Schloß, Ernestine (Damenschneiderin) 378

Schlüchtern 23

Schnitzler, Arthur (Schriftsteller) 261, 262

Schöffengericht 347

Schomre Schabbos. Vereinigung der Sabbatfreunde 232

Schrannenhalle 139, 278

Schulausschuß 162, 163

Schulbedarfsgesetz 162

Schulverein 164

Schutz-Staffel (SS) 4, 352

Schwabach 168

Schwabacher, Adolf (Inh. e. Mehl- u. Nahrungsmittelgroßhandlung) 207, 208

Schwabacher, Albert (Teilh. e. Nahrungs- u. Futtermittelgroßhandlung) 208, 386

Schwabacher, Amson (Inh. e. Weinhandlung) 207

Schwabacher, Benno (Teilh. e. Getreide-, Mehl- u. Futtermittelgroßhandlung) 353

Schwabacher, Isidor (Rentier) 204

Schwabacher, Wilhelm (Teilh. e. Nahrungs- u. Futtermittelgroßhandlung) 75, 208, 216

Schwanfeld 71

Schwarz, Ludwig (Schausteller u. Fotograf) 56

Schwarz, Stefan (Geschäftsführer d. Landesverbandes d. Israelit. Kultusgemeinden in Bayern) 5

Schwarzenbergische Ämter 250

Schwarzschild, Isak (Schmied) 55

Schweinfurt 65, 77, 146, 155, 156, 189, 220, 240, 269, 371

Schweiz 16, 27, 173, 199, 370

Schwesternheim 192-194

Schwimmverein 213

Seckbach, Benno (Kultusdiener) 134, 305

Seckbach, Gustav (Kaufmann) 134

Seelos, Karl (Staatsanwalt) 347, 348

S. Seligsberger Wwe. (Antiquitäten- u. Möbelgeschäft) 65

Seligsberger, Ernestine (Teilh. e. Antiquitäten- u. Möbelgeschäftes) 65

Seligsberger, Salomon (Inh. e. Antiquitäten- u. Möbelgeschäftes) 65

Seligsberger, Sara (Zionistin) 111

Seligsberger, Siegmund (Teilh. e. Antiquitäten- u. Möbelgeschäftes) 65, 140, 167

Seligsberger, Simon (Teilh. e. Antiquitäten- u. Möbelgeschäftes) 65

Gebr. Sichel (Wäschefabrik u. Textilgroßhandlung) 378

Sichel, Hugo (Teilh. e. Tuchgroßhandlung) 76, 101, 313

Sichel, Karl (Inh. e. Wäschefabrik u. Baumwollwarengroßhandlung) 91, 200, 202, 204

Sichel'sche Stiftung 428

Silbermann, Kurt (Curt C. Silberman) 128

Silbermann, Siegfried (Möbelfabrikant) 55

Silberschmidt, Rosa (Lehrerin) 47

Simon, Karl (Kaufhausbesitzer) 58

Sindelfingen 51

Sirkus, Albert (Inh. e. Schuhhandlung) 24, 100, 126, 130, 131

Societätsverlag (Frankfurt a.M.) 55

Sonn, David (Schächter) 336, 337

Sophienschule 47, 51, 166, 194, 306

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 5, 6, 19, 76, 78, 82-86, 89-91, 115, 246, 256, 269, 271, 277, 279, 293-297, 303, 313, 321, 325, 326, 334-336, 338-341, 345, 357

Sozialistische Proletarierjugend 258, 259

Sozialistische Studentengruppe 290

Spartakusbund 90, 258

Speck, Ritter von (Major) 321

Spindel, Berta (Kaufmannsfrau) 121

Spindel, Chaim (Teilh. e. Eier- u. Fettwarengeschäftes) 62

Sprinz, Robert (Arzt) 191

Staatliche Polizeidirektion 5

Staatsanwaltschaft 257

Staatspolizeiamt Nürnberg-Fürth 5, 84, 295

Stadelmayer, Franz (Polizeireferent d. Stadtverwaltung) 239, 240

Stadtamt für Leibesübungen 433

Stadtrat, Stadtmagistrat 19, 23, 37, 59, 83, 138, 148, 152, 195, 204,

207, 208, 238-240, 242, 246-248, 254, 261, 269, 297, 303, 321, 323, 326, 344, 345, 386

Stadttheater 48, 68, 83, 261, 262, 341-344, 347

Stadtverwaltung 162, 207, 262, 327

Städtische Polizei 240

Städtische Sparkasse 144, 146

Städtische Volksbücherei 215

Stahl, Johanna (Journalistin) 48, 102

Stahlhelm 213, 278, 279, 300, 303, 359, 364

Stang, Georg (BVP-Landtagsabgeordneter) 79, 266, 268, 271

Stapel, Wilhelm (Journalist, Hamburg) 241, 252

Stein, Salomon (Rabbiner, Schweinfurt) 155

Steinam & Cie. (Herrenmaßgeschäft) 51

Steinam, Adolf (Inh. e. Herrenmaßgeschäftes u. e. Stoffhandlung) 52

Steinam, Seligmann Löb (Schneider) 51, 52

Steinhäuser, Selig (Lehrer) 175

Sterbfritz 23

Stern, Albert (Expedient) 79

Stern, Bernhard M. (Privatier) 43, 320

Stern, Bruno (Rechtsanwalt, DDP-Stadtrat) 19, 46, 75-77, 138, 345

Stern, Franz (Medizinstudent) 76

Stern, Otto (Rechtsanwalt, Gemeindevorsitzender) 138, 141, 148, 268, 308

Stoll, Jakob (Lehrer) 170, 172-175

Stolz, Markus (Reisender) 119

Strauß, Benno (Inh. e. Werkzeugmaschinen- u. Industriebedarfsgroßhandlung) 97

Strauß, Herbert (Herbert A. Strauss) 95, 127, 128, 160, 303, 307, 423

Strauß, Jakob (Hotel- u. Varietébesitzer) 68, 205, 328

Strauß, Max (Arzt) 45, 81, 278

Strauß, Siegfried (Inh. e. Metallwarenfabrik) 55

Streicher, Julius (NSDAP-Gauleiter, Nürnberg) 302, 323, 334

Stresemann, Gustav (Reichsaußenminister) 273, 275

"Der Stürmer" (Nürnberg) 301, 323, 328, 330, 331, 334, 459, 467

Stummer, Friedrich (Universitätsprofessor) 272

Sturm-Abteilung (SA) 4, 323, 327, 328, 346, 349, 355

"Die Sturmfahne" (unterfränk. NSDAP-Organ) 327

Stuttgart 47, 51, 134, 214

Südamerika 60

Synagoge 2, 137, 147, 149, 160, 161, 204, 211, 213, 304, 403

Synagogenplätze 142

Tachauer, David (Lehrer) 47, 108

Tachauer, Gustav (Lehrer) 134, 160, 161

Tallis 97

Talmud 93, 147, 171, 182, 349

Talmud-Thora-Schule 168

Tanger 59

Tarnopol 130

Tauberbischofsheim 340

Tefillin 97

Tennisclub 1897 214

Tennisclub Rot Weiß 214

Tennisverein 214

Thein, Franz Josef (Journalist) 349-351

Theresienstadt 191

Thiele, Max (Hrsg. d. "Marktbreiter Wochenblatts") 250

Thora 93, 166, 172, 181, 182, 195, 225

Thüngen 62, 150, 151, 156, 197

Thüringen 122, 123, 154

Thuringia (kath. Studentenverbindung) 286

Tierschutzverein (München) 335, 337

Trabelsdorf 66

Trost, Karl (Metzger, BVP-Stadtrat) 341

Tschechoslowakei 179, 370

Tucholsky, Kurt (Schriftsteller) 309

Turngemeinde 213

Übertritte zur jüdischen Religionsgemeinschaft 39

Uffenheim 138

Uhlfelder, Justin (Inh. e. Großmetzgerei) 340

Uhlfelder, Maier (Inh. e. Großmetzgerei) 353

Ukraine 119, 121, 122, 130

Ullstein-Verlag (Berlin) 55

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) 85, 86, 89, 240, 258, 259, 294

Unabhängiger Orden Bne Briss (U.O.B.B.) 192, 193, 219-221, 226, 303, 428

Ungarn 60, 117, 121, 127, 134, 316

Unitas-Verband 285, 454

Universität 2, 7, 47, 49, 76, 138, 165, 171, 176, 177, 180, 272, 280-292, 313, 314, 326, 342, 346, 377

Unna, Amalie (Lehrerin) 163

Unna, Isak (Rabbiner, Mannheim) 413

Unteraltertheim 150

Unterfränkischer Viehhändlerverband 63

Urbanisierung 28-30

Urspringen 29, 150, 156

USA 11, 16, 27, 53, 124, 182, 187, 196, 200, 246, 268, 370

Vaterländische Verbände 279, 300

Veda (parität. Studentenverbindung) 179, 183, 289, 389

Veitshöchheim 51, 150, 408

Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden (VBIG) 3, 151, 153-155, 174, 175, 183, 189, 192, 193, 250, 335, 337, 338, 341

Verband der deutschen Juden 242

Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands 226, 228-230

Verband jüdischer Frauen für Palästinaarbeit 114

Verband Jüdischer Studentenvereine in Deutschland 183

Verband nationaldeutscher Juden 81

Verband schlagender Korporationen 178, 282

Verbindung Jüdischer Studenten (V.J.St.) s. Hatikwah

Verein Deutscher Studenten 286

Verein Deutscher Weinbrennereien 53

Verein ehemaliger Angehöriger der schweren Artillerie 213

Verein Frauenheil 424

Verein für israelitische Krankenschwestern 192

Verein israelitischer Kinderhort 426

Verein zur Förderung ritueller Speisehäuser (Hamburg) 67

Verein zur Wahrung und Förderung religiöser Interessen 99-103, 108, 109, 129-132, 310, 357

Vereinigte Nationale Rechte 80, 266, 273-275, 325, 359, 450

Vereinigung für das liberale Judentum 99

Vereinigung Jüdischer Akademiker (V.J.A.) 181, 182, 225, 289, 389

Versailler Friedensvertrag 253, 292

Verschönerungsverein 205

Veteranen- und Kampfgenossenverein 213

"Völkischer Beobachter" (München) 313, 323, 329, 348

Völkischer Block 280, 299, 325, 326, 335, 357, 360

Vogtland 54

Volkach 208

Volksfortbildungsschule 162

Volksgericht 269

Volkshochschule 84

Volksschule s. Israelitische Erziehungs- und Unterrichtsanstalt

Volksspeisung 204

Vorchheimer, Emanuel (Teilh. e. Weinhandlung) 62

Vorchheimer, Siegfried (Teilh. e. Weinhandlung) 62

Vorchheimer, Viktor (Inh. e. Weinhandlung) 62

"Vossische Zeitung" (Berlin) 48

Vulkanolwerk (Kraftfutterfabrik) 60

Wachtel, Jakob (Reisender) 119

Wahlrecht für Ostjuden in der Kultusgemeinde 129-132

Wander- und Skiabteilung des R.j.F. 215

Wandervogel 222-224, 229

Wandsbek 148

Warschau 196

Wedekind, Frank (Schriftsteller) 261, 262

Weglein & Lehmann (Bank) 66, 134

Weidenfeld, Moses (Inh. e. Rohproduktenhandlung) 64, 446

Weinberg, Magnus (Rabbiner, Neumarkt) 148

Weißbart, Hermann (Schneider) 378

Weisz, Leo (Fußballtrainer) 214

We-Ku-Wo (Werkstätte kunstgewerblicher Wollwaren) 251

Welbhausen 138

Weltwirtschaftskrise 9, 43, 44, 73, 85, 145-147, 273, 278, 359, 360

Werkleute. Bund deutsch-jüdischer Jugend 439

Wernfeld 55

Wien 20

Wiener, Alfred (C.V.-Syndikus, Berlin) 333

Wiesbaden 296

Wiesenfeld 150

Wiking (völk. Wehrverband) 325

Wilna 51

Windsheim 80

Wintermann, Rudolf (ev. Pfarrer, Frankfurt a.M.) 333, 334

Wirceburgia (parität. Studentenverbindung) 178, 179, 289, 389

Wirsberg, Friedrich von (Fürstbischof) 13

Witkowsky, Gustav (Student) 106

Witten 83

Wohlfahrtsamt der Stadt Würzburg 185, 429

Wohlfahrtszentrale s. Zentrale für jüdische Wohlfahrtspflege

Wohlgemuth, Joseph (Rabbiner, Kitzingen) 148

Wohltätigkeitsstiftungen 200

Wolf, Lorenz (Stadtsekretär, Dettelbach) 252

Wolff, Hermann (Händler auf Messen u. Märkten) 28

Wolff, Max (Inh. e. Buchdruckerei) 433

Wolz, Karl (Lehrer a.D., NSDAP-Stadtrat) 327, 345

Women's International Zionist Organization 114

Wuchergericht 255

Württemberg 29, 37, 122, 123, 154, 174, 244

"Würzburger General-Anzeiger" 6, 46, 48, 78, 84, 205, 213, 234, 239, 242, 243, 255, 262, 271, 286, 298, 302, 311, 312, 315, 317, 329, 341, 344, 346, 377, 390, 448

"Würzburger Hof" 459

Würzburger Rudergesellschaft von 1905 214

Würzburger Verfassung der Deutschen Studentenschaft 455

Würzburger Volksbildungsverein 215, 216

Zahn, Julius (Bürgermeister) 314

Wilhelm Zapff (Textilkaufhaus) 58

"Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden" (Berlin) 10, 176

Zell 92

Zentrale für jüdische Wohlfahrtspflege 199, 201, 202, 428, 435

Zentrumspartei 78-80, 90, 267, 387

Zionistensteuer 111

Zionistische Jugendgruppe s. Jungzionistischer Arbeitskreis

Zionistische Ortsgruppe 27, 107-110, 113, 115, 116, 129, 140, 183, 184, 346, 357

Zionistische Vereinigung für Deutschland (ZVfD) 105, 111, 314

Zionistischer Studentenstammtisch 107, 183

Zweckverband Jüdischer Korporationen 289

Zwickau 328